

15. Jahrgang

1/88

Vierteljahres-
zeitschrift für
Stadtgeschichte
Stadtsoziologie
und
Denkmalpflege



Otto Borst

Vom Nutzen und Nachteil der
Denkmalpflege für das Leben

Dietrich Lutz

Stadtsanierung und Quellenverlust

Wilhelm
Ribhegge

Europäische Urbanität 1500–1800

Hans Paul Bahrdt

Städtische Lebensformen in Zukunft

Gerhard Knopp

Altstadtsanierung: zum Beispiel Lohr

Kohlhammer

Herausgegeben von Otto Borst



ISSN 0170-9364

Die alte Stadt. Vierteljahresschrift
für Stadtgeschichte, Stadtsoziologie
und Denkmalpflege

In Verbindung mit Hans Paul Bahrdt,
Helmut Böhme, Rudolf Hillebrecht,
Eberhard Jäckel und Friedrich Mielke
herausgegeben von Otto Borst

Redaktionskollegium: Professor Dr. Otto Borst, Lehrstuhl für Landesgeschichte am Historischen Institut der Universität Stuttgart, Keplerstraße 17, 7000 Stuttgart 1 (Hauptschriftleiter) – Professor Dr. Burkhard Hofmeister, Direktor des Instituts für Geographie an der Technischen Universität Berlin, Budapester Straße 44/46, 1000 Berlin 30 – Professor Dr. Rainer Jooß, Historisches Seminar an der Pädagogischen Hochschule Schwäbisch Gmünd, Oberbettlingerstraße 200, 7070 Schwäbisch Gmünd – Professor Dr. Hermann Korte, Fakultät für Sozialwissenschaft der Ruhr-Universität Bochum, Universitätsstraße 120, 4630 Bochum – Architekt Dipl.-Ing. Hellmut Richter, Ministerialrat im Bayerischen Staatsministerium des Innern, Oberste Baubehörde, Karl-Schornagel-Ring 60, 8000 München 22 – Schriftleitung: Johannes Schultheiß, Rotenbergstraße 5, 7000 Stuttgart 1, Tel.: 0711 / 282683 – Redaktionslektorat: Frauke Borst, Lipperheidestraße 27C, 8000 München 60.

Redaktionelle Zuschriften und Besprechungsexemplare werden an die Anschrift der Schriftleitung erbeten: 7300 Esslingen am Neckar, Marktplatz 16, Postfach 269, Tel. (0711) 357670.

Die Zeitschrift erscheint jährlich in Vierteljahresbänden mit einem Gesamtumfang von etwa 420 Seiten. Der Bezugspreis im Abonnement beträgt jährlich DM 116,-; Vorzugspreis für Studierende gegen jährliche Vorlage einer gültigen Studienbescheinigung DM 92,- einschließlich Versandkosten und Mehrwertsteuer; Einzelbezugspreis für den Vierteljahresband DM 30,- einschließlich Mehrwertsteuer und zuzüglich Versandkosten ab Verlagsort. Preisänderungen vorbehalten. Abbestellungen sind nur 6 Wochen vor Jahresende möglich.

Verlag, Vertrieb und Anzeigenverwaltung: W. Kohlhammer GmbH, 7000 Stuttgart 80, Heßbrühlstraße 69, Postfach 800430, Tel. 78631. Verlagsort: Stuttgart. Gesamtherstellung: W. Kohlhammer Druckerei GmbH + Co., Stuttgart. Printed in Germany. *Die Zeitschrift* und alle in ihr enthaltenen einzelnen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Alle Urheber- und Verlagsrechte sind vorbehalten. Der Rechtsschutz gilt auch für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen. Jede Verwertung bedarf der Genehmigung der W. Kohlhammer GmbH. Der Verlag erlaubt allgemein die Fotokopie zu innerbetrieblichen Zwecken, wenn dafür eine Gebühr an die VG WORT, Abt. Wissenschaft, Goethestr. 49, 8000 München 2, entrichtet wird, von der die Zahlungsweise zu erfragen ist.

Verlag W. Kohlhammer Stuttgart Berlin Köln Mainz

15. Jahrgang

Die alte Stadt

Heft 1/1988

INHALT

ABHANDLUNGEN

OTTO BORST, Vom Nutzen und Nachteil der Denkmalpflege für das Leben.....	1
DIETRICH LUTZ, Stadtsanierung oder der Quellenverlust für die Landesgeschichte Baden-Württembergs.....	23
WALTER HAAS, Wandlungen in der Denkmalpflege.....	41
WILHELM RIBHEGGE, Europäische Urbanität 1500–1800.....	53
HANS PAUL BAHRDT, Städtische Lebensformen in Zukunft.....	68

ALTSTADTSANIERUNG

GERHARD KNOPP, Altstadtsanierung: zum Beispiel Lohr a. M.....	83
DIE AUTOREN.....	107

NOTIZEN.....	108
--------------	-----

BESPRECHUNGEN

<i>Allgemeine Geschichte, Stadtgeschichte</i>	
PETER BROWN, Die letzten Heiden. Eine kleine Geschichte aus der Spätantike (Eckart Olshausen).....	113
THURI LORENZ, Römische Städte (Holger Sonnabend).....	114
SIEGFRIED MÜLLER, Leben im alten Hannover (Rainer Jooß).....	117

Kommunalwissenschaft, Urbanistik

- HORST MATZERATH, Urbanisierung in Preußen 1815–1914 (*Wolfgang R. Krabbe*) 118
BERND WALTER, Die Beamtenschaft in Münster zwischen ständischer und bürgerlicher
Gesellschaft (*Wolfgang R. Krabbe*) 118
ANDREW LEES, Urban Society in European and American Thought 1820–1940
(*Dirk Schubert*) 119

Architektur

- GÜNTHER FISCHER u. a., Abschied von der Postmoderne. Beiträge zur Überwindung der
Orientierungskrise (*Erika Spiegel*) 120
DIETER HOFFMANN-AXTHELM, Wie kommt die Geschichte ins Entwerfen? Aufsätze zu
Architektur und Stadt (*Otto Borst*) 123

Stadtsoziologie

- JÜRGEN KRÄMER / RAINER NEEF (Hrsg.), Krisen und Konflikte in der Großstadt im
entwickelten Kapitalismus (*Sylvia Kahlert*) 124

Stadt im Unterricht

- KARL HEINZ BORCK, Quellen zur Geschichte der Stadt Hildesheim im Mittelalter
(*Johannes Schultheiß*) 125

Vorankündigung Heft 2/1988

Themenschwerpunkt: »50 Jahre Wolfsburg«

ULFERT HERLYN / WULF TESSIN
Von der Werksiedlung zur Stadt. Ein städtebauliches Experiment in sozialwissenschaftlicher
Retrospektive

DIETRICH KAUTT
Stadtentwicklung in der Polarität städtebaulicher Leitbilder

JÜRGEN FRIEDRICHS u. a.
Ausgewählte Probleme der Wolfsburger Innenstadtentwicklung

WULF TESSIN
Stadt-Umland-Politik im Raum Wolfsburg

KARL DIETER KEIM
Jugendliche und kommunale Politik

ULRICH SCHWEITZER
Neuanfang in Wolfsburg. Integrationsprobleme von Neuzuzüglern

Otto Borst

Vom Nutzen und Nachteil der Denkmalpflege
für das Leben

Als ein junger Dichter einmal im naheliegenden Glauben, er habe den literarischen Stein der Weisen entdeckt und sei ein Neoteriker allerlautersten Wassers, dem alten Fontane sein Manuskript zugehen ließ, schrieb der beschwichtigend zurück: »Junger Mann, alles schon einmal dagewesen«. Schreiber dieser Zeilen sieht sich mit dem vermeintlichen Neutöner in der gleichen Ecke; er hielt die Travestie von Nietzsches Titel für einen seiner originelleren Einfälle und muß hinterher feststellen, daß in jüngerer Zeit schon andere Leute auf diese Idee gekommen sind.

I

Die ernüchternde Erkenntnis birgt freilich auch den unzweifelhaften Nachweis, daß Nietzsches Traktat ein immer noch unerledigtes Thema festgehalten hat. Gibt es überhaupt Neues unter der Sonne? Gehören wir zu den hoffnungslos Konservativen, zu den Reaktionären gar, wenn wir uns plötzlich in einer Art von Geschichtsverfinsterung erkennen, in einer von Geschichte bis zum Ersticken durchsetzten Welt, die nur noch das Sammeln kennt und das Registrieren und das Aufbewahren? Ist taufrisches Handeln überhaupt noch möglich? Bleibt angesichts verdunkelter Horizonte nur noch der Fluchtweg Geschichte? Nietzsche hat, das war vor 100 Jahren inmitten fassaden- und geschichtsbehangener nostalgischer Gründerzeit, die Übereinstimmung von Wissen und Handeln gestört gesehen. Zugunsten der ungesteuerten Ansammlung einer ungeheuren »Menge von unverdaulichen Wissenssteinen« verliere das historische Wissen seine Funktion, dem Leben zu dienen. Es gehöre nurmehr dem zeitgemäßen enzyklopädischen Bildungsideal. Ein Übermaß an Historie schade »dem Lebendigen«. Die durch Wissenschaft angestrebte Objektivität führe ebenso zur »Schwächung der Persönlichkeit« wie zu dem irrtümlichen Schluß, Wissenschaft könne einen Maßstab zur Beurteilung der Vergangenheit liefern. Der Maßstab auch des Erkennens liege im Handeln, kantisch gesprochen, im Primat der praktischen Vernunft.

Im Kern dieser Deutung liegt ein Problem, das ebenso unverändert geblieben ist wie unerledigt, die Grundfrage, inwieweit sich die Aufgabe von Geschichte, dem Leben zu dienen, verwirklichen lasse. Verändert hingegen hat sich manche Einzelbeobachtung und manche Einzelsystematik in diesem Traktat. Damals haben sich die Leute nicht demonstrativ auf ihr »Recht auf Geschichte« berufen, heute tun sie es. Damals stand die Geschichte nicht vor dem Gesetz und war nicht einklagbares Rechtsgut, heute ist sie es.

Ich erkläre kurz, was damit gemeint ist. Ausgang der siebziger Jahre trug man in Demonstrationszügen am Mittelrhein und im Ruhrgebiet Plakate durch die Straßen, auf denen auch »Recht auf Geschichte« aufgemalt war.¹ Bewußt oder unbewußt wollte man damit sagen, daß die Zukunft mit der Herkunft irgendwie gekoppelt sei, daß egalere Präsentismus zu einer Verkümmernng gegenwärtiger und zukünftiger Lebensqualität führe, daß man dem Menschen nicht ungestraft – zum Beispiel – seine gebaute Umwelt willkürlich abreiße und ihm damit seine Geschichte entziehe.

Es ging diesen Demonstranten damals um Geschichte als Teil ihrer Existenz. Sie sind seitdem nicht von der Bildfläche verschwunden, sondern haben, wie sie sagen, »Geschichtswerkstätten« errichtet, deren Zahl von Monat zu Monat größer wird, eine Gegenbewegung gegen den Verbrauch von Geschichte als Nostalgie-Artikel oder als Machtdemonstration jeweils derer, die augenblicklich die Macht und das Sagen haben. Ein Beispiel dazu: im selben Haus, dem Stuttgarter Kunstgebäude, in dem im Mai vergangenen Jahres die Napoleon-Ausstellung eröffnet worden ist, nach Investition von acht Millionen Mark nebenbeibemerkt, ist fast zur selben Eröffnungstunde eine Anti-Ausstellung eröffnet worden, eine Vortragsreihe, in der statt Napoleons pseudoadliger Verwandtschaft der Armenarzt Georg Kerner vorgestellt worden ist, einer von denen, die in der Bitternis der Diktatur einem Häuflein Elender und Entrechteter versuchsweise noch einen Funken Hoffnung gegeben habe (bis der tote Kerner übrigens selbst auf dem Schinderkarren aus der Stadt gefahren worden ist).

Napoleon gegen die Biographie der Namenlosen, gegen die Wirklichkeit, gegen den Alltag, gegen uns. Geschichte als Ausstellungsstück gegen Geschichte als Auseinandersetzung. Nietzsche weiß noch gar nichts von dieser Antinomie. Er hätte seinen Traktat wohl noch sehr viel kürzer gefaßt, hätte er zur Zeit der Niederschrift – der Essay ist 1874 publiziert worden – erfahren, daß zu allem Überfluß jetzt Geschichte sogar noch Gegenstand von Prozessen geworden ist. Etliche davon sind in stadio nascendi vor Jahren in dieser Zeitschrift gebracht worden; mittlerweile ist ihre Zahl – bei gleichbleibender Thematik und Behandlung – so angeschwollen, daß es witzlos wäre, den Abdruck weiterer Prozesse hinzuzufügen.

Aus Dutzenden ein Beispiel: Das rheinlandpfälzische Oberverwaltungsgericht in Koblenz² wies jüngst in zweiter Instanz die (gegenteilige) Auffassung der Kreisverwaltung Neuwied zurück, die Villa der Eigentümerin weise keine künstlerischen Besonderheiten auf, sondern stelle ein Stilgemisch dar. Dagegen machte die Koblenzer Bezirksregierung geltend, die Villa sei gerade wegen ihrer verschiedenen Stilelemente ein typisches Beispiel

wilhelminischer Baukunst. Das Verwaltungsgericht schloß sich dieser Auffassung an und gab der Klage statt. Die Eigentümerin ging in die Berufung und argumentierte, der alte Bau sei nur mit einem Millionenaufwand instand zu setzen. Die Richter stützten jedoch ihr Urteil auf ein Sachverständigengutachten. Danach ist die umstrittene Villa ein Zeugnis künstlerischen Schaffens und handwerklichen Wirkens vom ausgehenden 19. Jahrhundert und dient der Nachwelt als Anschauungsobjekt. Es bestehe ungeachtet der Höhe der Renovierungskosten öffentliches Interesse an der Erhaltung des Baues. Die Besitzerin einer mit Jugendstilelementen angereicherten Villa der frühen zwanziger Jahre erzählt mir kürzlich, nicht nur ihr Haus stehe unter Denkmalschutz, auch dessen Innenarchitektur. Sie habe das Linoleum des Großen Zimmers, das an verschiedenen Stellen durchgetreten und insgesamt unansehnlich geworden sei, ersetzen wollen. Aber man habe ihr das strikt verboten. Das Linoleum habe eine seltene Ornamentik und stamme aus der Frühzeit der deutschen Linoleumgeschichte. Das leicht lädierte und zerschlissene Museum im eigenen Haus – Nietzsche wäre wahrscheinlich, hätte er diese Mär vernommen, noch früher wahn-sinnig geworden.

Diese gesetzliche Auflage – und Hunderte gleicher gesetzlicher Auflagen – geht letztlich wie alle Denkmalpflege und aller Denkmalschutz auf den Wert von Geschichte zurück. Von »besonderem geschichtlichen« bzw. »heimatgeschichtlichem Wert« lautet die Urteilsbegründung. Auch dort, wo der wissenschaftliche Wert an die erste Stelle der richterlichen Argumentation gerückt wird, geht es um Geschichte: die Teildisziplinen der Kunstgeschichte profitieren davon, die Technikgeschichte, die Medizingeschichte und so fort. Das schiene naheliegend und vernünftig, wenn nun irgendwo erkenntlich würde, daß man sich auf den Etagen der Rechtsprechung oder der öffentlichen Institutionen und Bezuschussung hinlänglich mit dem Sinn und den Funktionen von Geschichte vertraut gemacht hätte.

Niemals in allen Jahren habe ich gehört, daß sich ein Denkmalpfleger mit einem Geschichtslehrer zusammengesetzt hätte und nach dem unerläßlichen »Cui bono?« gefragt hätte. Ich wüßte nicht, daß sich einer der Landtage, die sich im Verlaufe der letzten zehn, zwanzig Jahre ein Denkmalschutzgesetz zugelegt haben, in einem Hearing der grundsätzlichen Frage gestellt hätten, wozu Geschichte überhaupt dienlich ist, was sie leisten kann und was nicht. Daß Rechnungshöfe derlei nie getan haben, verstehe ich: Rechnungshöfe sind in allen Fachfragen kompetent. Der Gesetzgeber indessen, der Politiker und vor allem der Kommunalpolitiker, der für die Dinge »vor Ort« zuständig ist, kurz: die drei Gewalten im Staate sollten sich vergewissert haben, welche Funktionen Geschichte hat und welche nicht.

Erst vor kurzem hat mir ein sehr engagierter und erfolgreicher Kommunalpolitiker, in dessen Dezernat auch die Kultur beheimatet ist, zu erkennen gegeben, daß er im Grunde von »Geschichte« ja nicht viel halten könne. Niemand wisse da so recht Bescheid. Wenn einmal ernsthaft nach dem Sinn von Geschichte und nach dem Umgang mit Geschichte gefragt werde, dann sei das, wie wenn man in einen Schwamm greife. Für ihn, der ein Publikum und ein Wahlvolk um sich habe, sei Geschichte jedenfalls ein Instrument, das er

¹ Die Plakate der Demonstrationen gegen die Bauarbeiten am Frankfurter Börne-Platz im September 1987 trugen u. a. die Aufschriften »Macht Geschichte nicht zunichte!« oder »Die Vergangenheit bewahren«, vgl. die Abb. in: DIE ZEIT Nr. 40 v. 25. 9. 87, S. 17.

² Aktenzeichen 1 A 103/85, nach F.A.Z. Nr. 105 v. 7. 5. 87, S. 10. Was die Denkmal- (und Geschichts-)Prozesse angehenden Berichte in dieser Zeitschrift anlangt, so wäre auf die Artikel »Geschichte vor Gericht« in Jg. 5 (1978), S. 168–174 und oder »Was ein Kulturdenkmal ist oder: Geschichte und Gesetz« in Jg. 7 (1980), S. 427–430 zu verweisen.

ohne große Skrupel einzusetzen gesonnen sei. Einmal abgesehen davon, daß auch der Sinn von Denkmalpflege damit reichlich problematisch und schwammig würde: so wie dieser Kommunalpolitiker denkt ganz fraglos die Mehrzahl der öffentlich Verantwortlichen auch heute.

II

Gibt es, bei dieser Gretchenfrage, »Wie hält'st Du's mit der Geschichte?«, anderes als nur Schablonenwörter, Vertröstungen oder quasi-geistreiche Formeln? Wir wenden uns ab vom wieder installierten Rummel mit Geschichte und definieren, was Geschichte leistet: Sie vermag erstens zu kritisieren, zweitens zu relativieren und drittens zu identifizieren.

Zur ersten, zur kritisierenden Funktion. Der Umgang mit Vergangenen kann – kann – dazu ermächtigen, Gegenwärtiges kritisch abzutasten und zu diagnostizieren. *Ein* Beispiel von zahllosen anderen: 1932 hat Theodor Heuss in einem Buch mit der Überschrift »Hitlers Weg« die mit diesem Un-Namen eingeleitete Entwicklung so klar und – die Zukunft, das, was kommen wird, wortwörtlich vorwegnehmend – so richtig analysiert, daß es einem noch heute den Atem verschlägt, beginnt man zu lesen. Heuss hat dabei lediglich aus der Geschichte geschöpft, und natürlich aus der neueren. Hätte er sich vorher nur der mittelalterlichen Archäologie gewidmet oder auch nur der fürstlichen Reichsgründung unter Bismarck, wäre das Buch – schon sein Thema ist ein Ausweis für diese kritisch-schöpferische Funktion – nie geschrieben worden. Geschichte kann einem Fingerzeige, kann einem Maßstäbe und Kategorien liefern zur Beurteilung der Gegenwart.

Zweitens zur relativierenden Funktion. Wer nur aus der schieren Gegenwart heraus lebt, begibt sich mit dem Verzicht eines Blicks auf Vergangenheit der Vergleichsmöglichkeiten. Der Vergleich zwischen »damals und heute« bringt die Möglichkeit, die eigene Existenz und die eigene Gegenwart in einem volleren und in einem wirklichen Sinne zu verstehen. Wir alle »vergleichen« in diesem Betracht und gewinnen dabei, der Schulbus, der heute mit dem Schulbus in die Mittelpunktschule gekarrt wird und erfährt, daß »früher« zwei, drei Schulklassen nach einstündigem Fußmarsch in einem einzigen Schulzimmer beieinander saßen, der Verwaltungsrat, der feststellt, daß diese Haushaltsplanstelle oder jene statistische Entwicklung früher niedriger oder höher lag als heute: im Grunde relativieren wir alle früher oder später mit Hilfe geschichtlichen Vergleichsmaterials. Ich will nicht sagen, daß gerade diese Geschichtsfunktion uns souverän und frei von aller stumpfen Gegenwartsabhängigkeit mache. Daß sie aber zu einer geistigen Höhe und Distanz verhelfen kann, bis hin zur Empfindlichkeit gegenüber ideologischen Bauernfängereien und sprachlichen Eintagsfliegen, ist offenbar. Relativierung des Lebens (und der Sprache) durch Geschichte: das ist der Schuljunge, der vierzehnjährige, der mir vor Jahren auf die Frage, wozu das Schulfach Geschichte eigentlich gut sei, zur Antwort gab: »Weil man auch die andere Seite kennenlernt«. Und das ist der gestandene Mann, den sein Verein mit der Herstellung der Vereinschronik beauftragte und der mir unlängst gestand, seit seiner vor Monaten begonnenen Beschäftigung mit den Entwicklungen seiner Gemeinschaft sei er ein ganz anderer Mensch.

Drittens zur identifizierenden Funktion. Krisenträchtig ist der Fortschritt nicht deshalb, weil er durch sogenannte »verkrustete Strukturen« gebremst wird, sondern weil er zu ungebremst verläuft. Unser Problem sind die großen Wandlungsbeschleunigungen der modernen Welt. Dieses Problem wird nicht durch revolutionäre Beschleunigungsüberbietungen, sondern durch die Entwicklung kompensatorischer Langsamkeiten gelöst oder wenigstens erträglich. Darum blühen im Zeitalter der beschleunigten Weltvereinheitlichungen kompensatorisch die Regionalismen. Und darum gehört zur modern wachsenden Verhaltensgeschwindigkeit ihre Kompensation durch zunehmende Kultur der Bewahrung und vor allem durch eine Kultur der Kontingenzerfahrung, der Ligatur im geschichtlich gewordenen Raum des Zugehörigkeitswissens.³ Daß Geschichte die Identifikation mit einem Lebensraum, das Sich-Selbst-Wiederfinden in diesem Raum am schönsten und nachhaltigsten ermöglichen kann, wissen wir alle. Dietrich Bonhoeffer hat sich in der Haft einmal angestrengt um eine »gute Genealogie« des deutschen Geistes bemüht, mitten in den Konvulsionen einer aufgepfropften »braunen« Kultur: Solche »guten Geister« (und selbstverständlich Entwicklungen, Eigenheiten) sind es, die es uns ermöglichen, sich mit diesem und jenem Raum In-Eins-Zu-Setzen (zu identifizieren) und ihn als »Heimat« anzunehmen. In diesem Sinne hat die Stuttgarter Staufer-Ausstellung, auch hier nur *ein* Beispiel, gewiß sinnstiftend gewirkt und ein, man könnte sagen, baden-württembergisches Zugehörigkeits- und Zusammengehörigkeitsgefühl bestärkt.

Mit diesen drei Funktionen läßt sich Geschichte sehr wohl, vielleicht darf ich das sogar unterstreichen, sehr präzise bestimmen. Sollte man hier von vagen und schwammigen Bedingtheiten reden wollen, erscheint man entweder schlicht desinformiert oder bringt alle Wissenschaften, die dem Leben dienen wollen, in das gleiche Verdikt. Mit diesen ihren drei Funktionen dient die Geschichte dem Leben ebenso wie meiner und deiner Existenz: Von Nostalgie, das dürfte aufgefallen sein, war und ist nicht die Rede. Das heißt, um Nostalgie wörtlich zu übersetzen, vom Heimweh nach Vergangenheit, von der Sehnsucht nach dem Früheren, von der Sehnsucht nach dem Schoß der Geschichte, nach dem Uranfang, nach dem Nabel aller Entwicklungen und Häutungen.

Ohne mich psychologisch und psychoanalytisch mit diesem Fallen-Lassen-Wollen in das Vergangene näher zu beschäftigen, will ich hier nur anmerken, daß wir diese Flucht in Geschichte nicht meinen. Uns geht es um die Auseinandersetzung mit Geschichte, um verbindliche Schlüsse und Lernprozesse, nicht um ästhetisch-nostalgische Unverbindlichkeiten, sollten sie auch noch so verführerisch und wie eine Droge sein. Sobald der innere Bezug nachläßt oder schließlich überhaupt aussetzt, wird aus der Geschichte Nostalgie und noch deutlicher: sobald sich die Horizonte durch den Zugriff noch fremder, unkalkulierbarer Außenkräfte zu verdunkeln beginnen, wird aus Geschichte Nostalgie, in der Romantik der Spätantike, in der Romantik des deutschen und nationalen Humanismus

³ Auf diese Zusammenhänge hat – vor den Vertretern der neueren Historik und Geschichtsdidaktik – vor allem H. Lübke hingewiesen, am deutlichsten in seinem Buch »Philosophie und Aufklärung (1980).

um 1500, in der Romantik dieser Umbruchphase um 1800, in der Romantik der Gründerzeit am Ausgang des letzten Jahrhunderts, in der Romantik heute.

III

Wir spüren gar nicht mehr, wie sehr wir uns mit den Fahnen der Vergangenheit behängen. »Er ist mit uns« schreiben Studenten unter ein Karl-Marx-Bild vor der Fachschaftswahl. Wir bekommen einen ganzen Jahreskalender »Historischer Feste in deutschen Städten«⁴ in die Hand gedrückt, »Das Mittelalter wird lebendig«, heißt es da, und: »Tapfere Ritter kämpfen mutig um Turniersiege«. In Spanien gab es fünf Tote bei einem solchen »Historienspiel«,⁵ wer hätte das gedacht, der Todesvermerk »Gestorben bei einem Ritterspiel« zu Ausgang des 20. Jahrhunderts! Im Foyer des Betonhochhauses grüßt gleich eine ganze Phalanx überdimensional vergrößerter Merian-Stiche. Wir kaufen und verschicken Bildpostkarten mit den Stadtinterieurs von München oder Frankfurt um 1900, wie wenn das heute wäre, wir machen bei unserer Möblierung daheim auf »antik« und fahren, am Wochenende, sonntags, in der »Historischen Straßenbahn«⁶ oder dem wiederaufpolierten »Dampfzüge«, das Historische ist Tag und Nacht parat, Platon und Jacob Burckhardt in den besten Ausgaben an jedem Kosk, Mozart mit Köchel-Nummer neben Ketchup und Wurst, Harnoncourt spielt die Klassiker auf ihren Instrumenten, makellos Reproduktion von Geschichte, ein paar Kerzen dazu, das große Hifi der Vergangenheit: die Vervielfältigungs-Revolution macht's möglich, daß wir uns vor Geschichte kaum mehr zu retten wissen. Im Blick auf die Architektur unserer Tage stellt man befremdet fest, »die Geschichte« sei »über die Utopie gekommen«,⁷ im Blick auf unsere Epoche spricht man von breitem »Romantizismus«,⁸ und lapidar hat ein subtiler Beobachter gemeint, wir lebten überhaupt im 19. Jahrhundert.⁹

Nietzsche hat diesen Überhang von Historischem, als er von dessen »Übermaß« sprach, nicht einmal ahnen können. Kurz vor Erscheinen seines Essays war auch die letzte Fassung

⁴ Neue Württ. Ztg. v. 13. 6. 87, Beil. (worunter am meisten aber neue, in den letzten Jahren organisierte und geschaffene Feste sind); auch die da und dort aufkommenden »Geschichtsfeste« wären in diesem Zusammenhang zu bedenken.

⁵ s. F.A.Z. Nr. 237 v. 13. 10. 87, S. 9 (beim »Nachspielen einer mittelalterlichen Schlacht« im span. Campello war eine Kanone explodiert).

⁶ nämlich Stuttgarts; es hat sich da ein Verein dieses Namens gebildet, der – Langziel Museum – »eingebraute historische Schienenfahrzeuge und Omnibusse aufarbeiten« will, s. Essl. Ztg. 119. Jg. Nr. 78 v. 3. 4. 87, S. 21.

⁷ W. J. Siedler, Die Architektur und die Wende. Natur und Geschichte haben die Architektur eingeholt, in: F.A.Z. Nr. 92 v. 20. 4. 85, Beil.

⁸ J. C. Fest, Die verneinte Realität. Überlegungen zum Romantizismus heute, in: *ders.*, Aufgehobene Vergangenheit (= dtv 10212, 1983), S. 118 ff.

⁹ W. J. Siedler, Die Modernität des Wilhelminismus, in: *ders.*, Weder Maas noch Memel. Ansichten vom beschädigten Deutschland (= dtv Zeitgeschichte 10 383, 1985), S. 99; vgl. auch S. 66, wo von den geistigen Fluchtbewegungen unserer Tage die Rede ist. Mittlerweile ist auch die Klage, die Darstellung der neueren und neuesten Geschichte ersticke in einem »Zuviel an Geschichte« nicht mehr neu, jüngst wörtlich so E. Schulz, Geschichtswiss. in unserem Jh., in: Hist. Zs., Bd. 245 (1987), S. 2 f.

von Stiftern »Mappe meines Urgroßvaters« erschienen: Die »Studienmappe« des Altvorvordern wird wie ein Heiligtum gehalten. Heute hat man derlei rasch kopiert und faksimiliert und reproduziert; die fortwährende Wiederholung und beliebige Verbreitung von Vergangenheiten ist machbar geworden. Wir haben, bevor wir »das Alte« in Gestalt von Bauwerken oder Landschaften besuchen, längst vorher gewußt, wie es aussehen würde. Das Alte, natürlich immer auch das Schöne, das Vornehme, das Elitäre, ist heute auch ein soziologisch-politisches Phänomen und mehr denn je vermarktet.

Merkwürdig bleibt nur, daß man sich zwar über und über mit Geschichte behängt, die Verlage melden seit Jahren einen zunehmenden Absatz von historischen Romanen und Biographien, aber um so weniger registriert, daß Geschichte gar keine »Größe an sich« sein kann. Sie ist auch, wie wir von Nietzsche gelernt haben, keine Wissenschaft an sich. Unlängst hieß es in der Bonner »Welt«, als es zur amerikanischen Verurteilung des österreichischen Bundespräsidenten Stellung zu nehmen galt, lapidar, aber wahr:¹⁰ »Außerdem ist Geschichtsschreibung keine objektive Wissenschaft.« Geschichte als solche ist das Vergangene, das Abgestorbene, das erst in unserer Imagination lebendig wird. Erst mit unserer denkerischen Gestaltungskraft entsteht Geschichte, wobei wir wenigstens in Klammer anfügen, daß zwischen Denken und Sprache ein unausweichlicher Zusammenhang besteht. Auch das Bild als Geschichtsquelle bedarf der Interpretation und damit der denkerisch-sprachlichen Bearbeitung.

Wenn Geschichte keine – naturwissenschaftlich exakt bewiesene und fixierte – Größe ist und demnach auch nicht jene definitive Dominante, welche die Lehre vom Städtebau mitunter haben möchte, dann nur deshalb, weil sie zu meinem Leben eine Gegenkraft ist, mit der ich mich auseinandersetzen habe. Daß sie einigermaßen ohnmächtig ist, fällt dabei nicht ins Gewicht; wir denken geschichtlich genug, um darin ein Intermezzo zu sehen. Als vor Jahren die Kultusministerien beschlossen, von einem Unterrichtsfach »Geschichte« weitgehend abzusehen, hagelte es in den Zeitungen nur so von Artikeln mit der Überschrift »Wozu Geschichte?«. Ganz Ängstliche meinten, daß jetzt das Ende von Geschichte gekommen sei – als ob Geschichte nicht zum Menschen gehörte wie der Schatten zum Baum. Ein paar Jahre später, als der Spuk vorüber war, sprach man erleichtert und beflissen von der »Legitimationskrise«.

Derlei temporäre Anfälligkeiten bestärken uns nur in der Ansicht, daß es mit der Geschichte als unantastbarer, droben thronender Instanz nicht weit her ist. Wenn sie das wäre, die Magna Mater, die Göttin für immer, dann wäre es leichter, endlich einmal die »untere Abgrenzung der Begriffsbestimmung des Kulturdenkmals« zu finden, und dann hätte Walter Frodl, der Altmeister der österreichischen erfolgreichen Denkmalpflege, vor Jahren im wiedergewonnenen Goldenen Saal des Augsburger Rathauses nicht sagen können: »Ich glaube nicht an Denkmalpflege als Wissenschaft.«¹¹

¹⁰ Nach dem Kurzbericht in der F.A.Z. Nr. 105 v. 7. 5. 87, S. 2.

¹¹ W. Frodl, Wandlungen im Konzept der Denkmalpflege im letzten halben Jh., in: Denkmalschutzinformationen, hrsg. v. Dt. Nationalkomitee f. Denkmalschutz 10 (1986), S. 58.

Die tönernen Füße, auf denen Denkmalpflege steht, sollten nicht übersehen werden. Wenn man bedenkt, daß, wie sehr richtig bemerkt wurde, »nicht Geschichte, sondern heile Vergangenheit« als »das Leitbild der architektonischen und politischen Restauration«¹² auch in unseren Tagen erscheint, so wäre zu fragen, inwieweit der Denkmalpfleger auch heute noch in diese Ecke gehört, inwieweit auch er noch die Vergangenheit als Tröstung meint und nicht die Geschichte als Auseinandersetzung. Sicher haben wir einigen Bescheid über die Entwicklungen unserer nationalen Denkmalpflege¹³ und über die Verflechtungen unserer internationalen.¹⁴ Aber von ihren Abhängigkeiten und von ihren Manipulierbarkeiten hat man noch kaum gesprochen. Daß sie sich nicht im luftleeren Raum vollzieht und daß man heute amtlich und vor aller Öffentlichkeit von »Denkmalpolitik« spricht und der Denkmalpflege »einen hohen politischen Stellenwert«¹⁵ zumißt, müßte nachgerade noch betont werden.

Sicher gibt es den Denkmalpfleger als den Handlanger der politischen Romantik im deutschen Humanismus oder der (jeweils) nationalen Repräsentation im Absolutismus nicht mehr. Aber doch war im 19. Jahrhundert der Denkmalpfleger wieder zur Hand, als, nicht ohne massive politisch-restaurative Tendenzen, mit sanfter Gewalt »Geschichte in Dienst der Baukunst«¹⁶ gestellt wurde. Daß damals der von Nietzsche monierte Überhang an Vergangenheit mit allen seinen Folgen auch in der Kunst konstatiert wurde, zeigt Max Schaslars 1878 erschienener Traktat »Über moderne Denkmalswuth«.¹⁷ Er hat die Kommerzialisierung des Historischen als »ein sicheres Kennzeichen für die allmähliche Abnahme an organischer Lebenskraft einer Sphäre«¹⁸ genommen und sich damit doch sehr deutlich in Nietzsches Nähe gestellt. Der Schluß, den er aus dem Anblick dieser degenerativen Entwicklung zieht, ist modern genug: der »Depravation der Kunst« gehe ein »Gefühl impotenten Epigonthums« einher, man stelle Denkmäler auf und wolle alles erhalten, man lege Sammlungen an und baue »prächtige Museen«, ohne »die große Menge der Nation« zu berücksichtigen und die Frage, »welche Wirkung auf ihre Seelenbildung sie davon empfängt«.¹⁹

Damals kümmerte sich der Denkmalpfleger wohl ausschließlich noch um Einzelobjekte,

¹² W. Sofsky, Ruinen, in: Neue Rundschau 98 (1987), H. 4, S. 160.

¹³ N. Huse (Hrsg.), Denkmalpflege. Deutsche Texte aus drei Jahrhunderten (1984). Diese mit Auszügen aus Goethes Essay »Von deutscher Baukunst« anhebende Edition könnte freilich zu Mißverständnissen führen: deutsche Denkmalpflege geht bis weit in die humanistische bzw. Renaissance-Zeit zurück, und das Dritte Reich bleibt mit seinen einschlägigen geistigen Implikationen – von einer Handvoll gleichgültiger Sätze abgesehen – bei Huse überhaupt ausgeklammert.

¹⁴ H. Maier (Hrsg.), Denkmalschutz. Internationale Probleme – Nationale Projekte (1976).

¹⁵ So Dietmar Schlee, der Innenminister des Landes Baden-Württemberg, in dessen Ressort auch die Denkmalpflege des Landes liegt, in einer Ansprache, in: Denkmalpflege in Baden-Württemberg (s. A 15), S. 3.

¹⁶ M. Brix / M. Steinhauser (Hrsg.), »Geschichte allein ist zeitgemäß«. Historismus in Deutschland (1978), S. 199 ff.

¹⁷ Berlin: Habel 1878.

¹⁸ ebda., S. 6.

¹⁹ ebda., S. 7.

und die Stärke seines Standes lag in der naiven Haltung, »ein Gebäude einfach als Kunstwerk zu verstehen«.²⁰ Im wesentlichen dürfte diese Prämisse auch in den zwanziger Jahren noch gegolten haben. Erst das Dritte Reich hat da für Änderungen gesorgt. Die vielfach vorher schon »völkisch« und biologisch-rassistisch beanspruchten Kategorien vermischten sich jetzt mit weitausholenden Stadtplanungs-Programmen.²¹ Wie die Biologie, die »germanische Archäologie« oder die Rassenkunde mußte sich die Denkmalpflege eine »Gleichschaltung« gefallen lassen; sie kam jetzt tief gebräunt daher. Eine grundlegende, Details wie Zusammenhänge gleichermaßen umfassende Untersuchung über die Rolle und Profile der Denkmalpflege im Dritten Reich fehlt merkwürdigerweise bis zur Stunde, nicht einmal Ansätze dazu wollen sich zeigen. »Altstadtsanierung« indessen empfand man damals, wie der Frankfurter Oberbürgermeister Friedrich Krebs vor der Kulturtagung des Deutschen Städtetages 1937 erklärte, als »Kulturaufgabe deutscher Gemeinden«,²² und man hat – der Krieg kam dazwischen – diese Kulturaufgabe offensichtlich wesentlich »totaler« anfassen wollen, als wir heute vermuten.

IV

Wie immer auch, die Übergriffe und Ausgriffe der nationalsozialistischen Praxis haben die Denkmalpflege aus ihrer feudal-restaurativen Ecke herausgeholt und sie zu einem Teil,

²⁰ so D. Hoffmann-Axthelm in seinem vielleicht da und dort einseitigen und fast inquisitorischen, aber doch reizvollen und auf alle Fälle bedenkenswerten »Plädoyer für die Abschaffung der Denkmalpflege«, in: ders., Wie kommt die Geschichte ins Entwerfen? Aufsätze zu Architektur und Stadt (= Bauwelt Fundamente 78, 1987), S. 183. Die Gegenwartsprobleme der Denkmalpflege – Bereitschaft zu irgendwelchem »Ringtausch«, zu Fassaden-Denkmalpflege, zur Kopie, zur »Synthese aus Schutz und Abriß« (S. 181) – kommt hier doch deutlich zum Vorschein. Was die latente Konzession an die – durch Denkmalpflege ermöglichte – »touristische Hochglanzfolie« (S. 197) angeht, so hat hier das v. Chr. Becker herausgegebene Buch »Denkmalpflege und Tourismus« (= Materialien zur Fremdenverkehrsgeographie H. 15, 1987), siehe allein Überschriften wie die von der »touristischen Nutzung von Kulturdenkmälern« oder den »volksbildnerischen Aufgaben der Schlösser und Gärten«, die Gefahren eher eingeebnet als verdeutlicht.

²¹ Es kann hier beispielsweise auf Joseph Schlippe verwiesen werden, der 1925 Leiter des Städtischen Hochbauwesens in Freiburg wurde, nebenher aber auch Aufgaben der städtischen Denkmalpflege erledigte. Nach 1945 wird er mit dem Wiederaufbau Freiburgs betraut, tritt 1951 altershalber in den Ruhestand, hat jedoch die Leitung des Freiburger Staatlichen Amtes für Denkmalpflege bis 1956 inne. In seinem Artikel »Über Denkmalpflege des alten und Gestaltung des neuen Freiburg« von 1929 enthält er sich gewiß exponierter ideologischer Prämissen, stellt aber doch unmißverständlich klar, daß es für den Heimatschutz »keine Versöhnung mit einer Weltanschauung und Kulturauffassung gibt, die in einer öden internationalen Gleichmacherei das Ziel sieht«. In einem Aufsatz von 1941 kann er vermerken, daß ihm diese acht Jahre nationalsozialistischer Baupolitik ein ideales Arbeiten in seinem Sinn ermöglicht hatten; die Baugestaltung Freiburgs werde »als richtungsgebendes Beispiel einer Baupolitik im Sinne des Dritten Reiches auswärts viel beachtet«. Und 1959 gibt der mittlerweile Pensionierte ein Resümee seiner jüngsten Arbeit: sie ist so unbehelligt kontinuierlich nicht zuletzt nach ihren baulichen und denkmalpflegerischen Prinzipien, daß dieser letzte Bericht nach Wort und Inhalt wie eine Neuauflage der programmatischen Aufsätze von 1929 und 1941 erscheint.

²² W. Klötzer (Hrsg.), Die Frankfurter Altstadt. Eine Erinnerung (1983), S. 255 ff.; leider ist auch der Abdruck dieses Textes seiner bräunsten Passagen beraubt.

heute würden wir sagen, von Stadtentwicklung gemacht. Damit erhielt die Denkmalpflege Funktionszuweisungen, die uns heute selbstverständlich sind. Was heute »Sanierung« heißt, hieß damals »Gesundung«, und die sehr entscheidende Abkehr von der Objektsanierung wurde damals mit der Hinwendung zum »Straßengefüge« und so weiter unterstrichen, heute praktiziert man das unter dem Stichwort »Ensemble«. Man hat im Dritten Reich unter Vorwegnahme unserer Sanierungs- und Sozialpläne rechtsverbindliche »Gesundungspläne« aufgestellt, und man hat dabei, so in Frankfurt 1936,²³ »die grundsätzliche Frage« nicht vergessen, »ob Verkehr und Wirtschaft ausschließliche Totalität für sich beanspruchen dürfen oder ob ihnen die aus dem Vermächtnis der deutschen Vergangenheit überkommenen volkstümlichen und künstlerischen Werte eine Grenze zu setzen befugt sind«: Den Worten nach moderner instrumentiert, könnte dieser Wink mit dem Zaunpfahl auch von 1988 stammen.

Denkmalpflege ist also ihrerseits mit Geschichte verbunden, und sie ist das auch deshalb auf Gedeih und Verderben, weil sie von der Geschichte als einem Korrelat der Gegenwart Kenntnis nehmen muß, als einer Kraft, mit der wir alle uns auseinanderzusetzen haben. Das Wort vom »Geschichtsbewußtsein«, hinter das sich auch die jüngsten Lehrpläne und politischen Deklarationen immer wieder zurückziehen, ist deshalb irreführend, weil es allein um Wissen und Festhalten von Geschichte nicht geht. Wir denken nicht nur an Geschichte, wir sind uns nicht nur ihrer bewußt – wie beim Verkehrsbewußtsein, beim Ernährungsbewußtsein, beim Modebewußtsein, beim Umweltbewußtsein, beim »gesteigerten Denkmalbewußtsein«,²⁴ und so weiter, wo allemal das »Drandenken« gemeint ist –, sondern wir kämpfen mit ihr und stoßen sie wohl auch ab, wenn wir sie bewältigt, das heißt in unsere Gewalt bekommen haben. Geschichte ist ein Transitorium, das uns zu Reifungen und Festigungen unserer Existenz verhilft. Umgang mit Geschichte meint einen Prozeß, der seine Zäsuren und Brechungen und irgendwann einmal auch sein Ende hat.

Allein aus dieser Sicht hat Johann Gustav Droysen zutiefst recht, wenn er in seiner »Historik«, seinen 1857 begonnenen Vorlesungen über Enzyklopädie und Methodologie, einem bis heute nicht überholten oder ersetzten Unternehmen sagt: »Auch Verfassungen, Glaubensmeinungen, die Formen und Schöpfungen des Gemeindelebens, die Baulichkeiten der Städte usw. sind historisches Material, aber ihr Zweck war nicht und ist nicht, unverändert zu bleiben; sie leben sich mit den Generationen weiter, nach dem Bedürfnis jeder Gegenwart werden sie sich stetig in unmerklichen Schritten, wie man wohl gesagt hat, organisch umbilden; ihr Lebensprozeß geht ununterbrochen weiter, ob sie wachsen oder in sich verkommen. Es gibt keine bestimmte Persönlichkeit, an die sie geknüpft bleiben könnten, keinen bestimmten Zeitpunkt, in dem sie normativ und für ihre fernere Dauer festgestellt wären. Sie haben gar nicht den Zweck, historisches Material für diese oder jene Vergangenheit zu sein. Erst die historische Betrachtung (wir sagten Imagination,

²³ ebda. S. 232f., aus einer Eingabe des Frankfurter Geschichtsvereins vom 8. Juni 1936 an den Magistrat.

²⁴ Feststellung des baden-württembergischen Innenministers (s. A 15), S. 4.

d. Vf.) macht sie dazu, und zwar dadurch, daß sie diese ihre Entwicklung in einem bestimmten Zeitpunkt und unter dessen Gleichzeitigkeit zu fassen sucht.«²⁵

Mir scheint in diesen Sätzen eine sehr, sehr beherzigenswerte Beisteuer zur Frage vom Nutzen und Nachteil von Denkmalpflege, man kann auch sagen vom Sinn und Unsinn von Denkmalpflege zu liegen. Abgesehen davon, daß die Baulichkeiten der Städte gar nicht den Zweck haben, »unverändert zu bleiben«: Man kann die Vergangenheit und einzelne Zeugnisse von ihr gar nicht aseptisch erhalten, man kann Zeitlichkeit überhaupt nicht festhalten in unserem Kulturhaushalt. Wir tun so, als ob das möglich wäre: die Welt ein Museum, von jeder Art ein Exemplar für den Anschauungsunterricht, die Welt eine Arche Noah.

V

Rechter Umgang mit Geschichte schafft nicht Sehnsucht, sondern Wirklichkeit. In Wirklichkeit wurde das Haus Dieters auf der Darmstädter Mathildenhöhe, eines der wenigen im Krieg nicht zerstörten Häuser der Künstlerkolonie, erst kürzlich durch einen Anbau entstellt und der Hochzeitsturm durch den Einbau eines Fahrstuhls empfindlich beeinträchtigt. In Wirklichkeit wird aus jedem »erhaltenden« denkmalpflegerischen Eingriff auch ein zerstörender, nämlich Geschichte zerstörender Akt. Er sei der Meinung, sagte unlängst der amerikanische Kunstkritiker Alexander Eliot, »daß die fortgesetzte Zerstörung der Sixtinischen Fresken durch Reinigung das größte und unnötigste Unglück der Kunstgeschichte ist«. Wir stellten oft »die totale Gegenwart« her, meint der Kommentator dieses (eigentlich gar nicht amerikanischen) Urteils,²⁶ »auf Kosten einer Vergangenheit, der man nicht mehr soll ansehen können, daß sie vergangen ist«.

Ich erinnere mich hier des Berichts einer Gruppe von Konstanzer Studenten, die unter Führung Arno Borsts an einem Seminar über die Klosterkultur am Bodensee mitgemacht hatten, an dessen Ende das von einer Schweizer Großfirma gänzlich sanierte Kloster Paradies besuchten und fast weinend feststellten, nun sei auch das letzte Stück benediktinischen Geistes aus den Mauern getrieben. In Wirklichkeit verändert sich alles. Nichts, was geschaffen wurde, hat dem Gang der Geschichte je standhalten können. Auch das Kunstprodukt Stadt hat sich verändert, es hat sich so verändert, daß ein kritischer Beobachter den »Untergang des eigentlich Städtischen«²⁷ glaubte feststellen zu müssen und voraussagte: »Fünf Jahrzehnte noch, und die Stadtlandschaft Europas ist unkenntlich gemacht.«²⁸ Jeden Tag wird mindestens eine Tierart auf der Welt ausgelöscht.²⁹ Die Papiere der industriellen Massenfertigung lösen sich auf, der »Zerfall in Bibliothek und Archiv« ist wie eine Zeitbombe. Feststeht schon jetzt, daß in den ersten 70 Jahren unseres

²⁵ J. G. Droysen, *Historik* (1971), S. 116.

²⁶ U. Greiner, Getilgte Spuren, in: *DIE ZEIT* Nr. 49 v. 27. 11. 87.

²⁷ W. J. Siedler, Gemordete Städte, in: *ders.* (s. A 9), S. 109.

²⁸ *ders.*, Lob des Baumes, ebda., S. 139.

²⁹ Nach F. A. Z. Nr. 47 v. 25. 2. 88, S. 8 u. Essl. Ztg. 119. Jg. Nr. 111 v. 15. 5. 87, S. 19.

Jahrhunderts an Naturstein-Denkmalern etwa so viel Schäden entstanden sind wie in den 400 Jahren zuvor.³⁰ Seit 1970 hat sich dieser Prozeß rapide verstärkt.

Da sieht einer, das Buch erschien vor kurzem, nach genau drei Jahrzehnten die Orte seiner niederbayerischen Kindheit wieder und merkt, ich zitiere Martin Gregor Dellins Kommentar dazu, »wie da nun die Häuser fremd geworden sind mit ihren Eternit-Verkleidungen und sprossenlosen Isolierglas-Kippfenstern, in denen fremdes Licht steht, wie die Höfe von Betonmauern abgegrenzt, die Dörfer von Straßen zerschnitten oder umrandet und die Felder zu langweiligen Großflächen zusammengelegt worden sind, kurz: wie die Welt von gestern verloren ist und nur noch in den Büchern, in der Sprache weiterlebt«.³¹

Vollzieht sich Zeitlichkeit und Vergänglichkeit in Schüben? Kann man sie aufhalten, soll man sie aufhalten? Das Prinzip, alles für immer zu konservieren, ist ein Traum, und nicht einmal ein schöner. Behängen wir uns deshalb mit Geschichte, weil wir sie verlieren? Verlieren wir sie, wenn wir kein Zeugnis mehr dafür haben? Ist das ein Ausweg oder ein Abweg, wenn ich heute in einer großen Öffentlichen Bibliothek die Zeitung des Dritten Reiches nicht mehr im Original sehen kann – es gibt hundert andere und ähnliche Fälle –, sondern nur durch ein »Sichtgerät«, ein Lesegerät für Mikroverfilmtes?

Die Fragen werden nicht leichter, wenn die Wörter feierlicher werden. Wenn irgendwo ein Gebäude oder ein Ensemble oder – man bedenke – eine ganze Stadt erhalten werden soll, dann spricht man immer in letzter Instanz von einer »gebauten Urkunde«. Und genau da liegt der Hund begraben, weil diese sprachlich ohnehin verblüffende Formel nichts als ein Denkfehler ist. Eine Urkunde bleibt, was sie ist, und die Notare sagen hoffentlich, ein Bauwerk ändert sich, und wenn es vollends renoviert, das heißt erneuert wird, dann ist es eben gerade keine Utopie mehr, sondern eine Neuredaktion, der Historiker nennt schon eine dreißig Jahre später – wörtlich – nachgeschriebene Urkunde eine Fälschung.

VI

Mit der Begriffsapparatur der Bodendenkmalpflege steht es nicht besser. Von »Archiven unter der Erde« redet man jetzt da, und neuerdings las ich vom Diktum des zuständigen staatlichen Bodendenkmalpflegers, unter diesem Marktplatz einer angesehenen alten Mittelstadt befände sich ein »regelrechtes Stadtarchiv«.³² Jedermann weiß, daß man in

³⁰ Stuttgarter Nachrichten 41. Jg. Nr. 299 v. 30. 10. 86, S. 14; zu den Denkmalverlusten – bei den mittelalterlichen Fachwerkhäusern 80 Prozent durch Kriegseinwirkung und Abriß nach 1945 – s. C. Blechen, Bilanz der Versäumnisse. Der Kunsthistorikertag in Berlin, in: F.A.Z. Nr. 235 v. 10. 10. 86, S. 25.

³¹ M. Gregor-Dellin, Dampfnudeln. Eine Kindheit in Niederbayern, in: F.A.Z. v. 13. 5. 87.

³² Der zuständige Innenminister dieses Bundeslandes gab sich da nur scheinbar zurückhaltender, wenn er – gleichermaßen fragwürdig – zum Vergleich griff und erklärte, »die archäologischen Denkmale, die seit Jahrhunderten im Boden unserer Stadtkerne ruhen«, seien »für die Geschichte unserer Städte oft ebenso aussagekräftig wie ein Archiv« (in: Denkmalpflege in Baden-Württemberg. Nachrichtenblatt des Landesdenkmalamtes 16, 1987, H. 1, S. 5): Was ist das, ein »aussagekräftiges« Archiv?

Archiven planmäßig und auftragsgemäß Schriftstücke sammelt. Daß man unter dem Marktplatz auf gleich wichtiges stößt, will niemand in Zweifel stellen. Aber es ist nicht geordnet und hat keine Signaturen. Nur ein Mal in der Geschichte der deutschen Archäologie ist die Verbindung zwischen Fundort und Bearbeiter aufgeleuchtet, als der Major z. Wv. Steimle als Reichsstreckenkommissar der Reichs-Limes-Forschung 1910 in Württemberg fungierte. Einmal wollten seine Mitarbeiter ihn aufs Kreuz legen, führten ihn unter Beisein hoher Gäste an eine besonders attraktive Stelle, der Herr Oberarchäologe bückt sich, kratzt den schon halb entblößten Terra-Sigillata-Scherben vollends aus der Erde und liest: »Cäsar s. l. Steimle«.

Archäologie war immer so etwas wie eine Nachweiswissenschaft. Wenn Geschichte – leider – auch eine dekorierende Funktion besaß und besitzt, gewissermaßen die Rolle des Hofnarren, dann hat die Archäologie dieses Geschäft am nachdrücklichsten besorgt, Kaiser Wilhelms liebstes Kind, auf der Saalburg und drum herum, heute macht man's vom Ministerpräsidenten abwärts, und es ist ein Jammer, daß wir vom Hochdorfer Keltenfürsten, dem jüngst ausgegrabenen, nicht den Vornamen haben, er könnte nur Lothar heißen. Im Ernst: als sich Berlin zu seiner leidvollen 750-Jahr-Feier anschickte, hieß es prompt in Bonn, man sei natürlich älter, die neuentdeckte Wallanlage auf dem Venusberg reiche bis in die Steinzeit zurück, worauf sich Professor Dr. Kirchner aus Berlin zu Wort meldete: »Die örtlichen Archäologen werden wissen, ob immerhin der Bonner Raum – der auch ihr natürliches Umland mit einschließt – diesen Anspruch machen kann. Andernfalls könnte wohl auch von einem zehntausendjährigen Berlin gesprochen werden, im Hinblick auf die Rastplätze der Rentierjägertrupps im Tegeler Flußtal aus dem Ende der Altsteinzeit.«³³

Wer ist die Schönste, das ist in diesem Falle erstaunlicherweise die Älteste, im ganzen Land? Was machen wir bloß mit solchen Etikettierungen, die allemal in einem Superlativ endigen? Archäologen im Schweizer Kanton Freiburg haben vor wenigen Wochen gemeldet, das älteste Dorf Europas entdeckt zu haben, es wurde im Jahre 3867 vor Christus gebaut.³⁴ Was machen wir mit dieser erstaunlichen Jahreszahl? Gleichfalls vor wenigen Wochen sollte das Kino in einer Mittelstadt mit großem historischem Baubestand geschlossen und in eine Videobude plus Diskothek verwandelt werden. In Zusammenarbeit mit dem Landesdenkmalamt ließ die Stadtverwaltung prüfen, ob das 1914 eröffnete Kino nicht auch ein Stück Heimatgeschichte verkörpere.³⁵ Acht Wochen später hatte mans: das älteste Kino Deutschlands.³⁶

Was machen wir mit dieser verblüffenden Etikette? Bleibt nicht jedem Historiker das Wort im Halse stecken, wird er genötigt, was für einen Bodendenkmalpfleger fast tägliche Übung ist, vom »ältesten Fachwerk Deutschlands« oder auch vom »ältesten Keller Deutschlands« zu sprechen? Was machen wir mit diesen Superlativen? Da gibt es doch

³³ F.A.Z. Nr. 46 v. 24. 2. 87, S. 8.

³⁴ nach Essl. Ztg. 119. Jg. Nr. 93, v. 23. 4. 87, S. 15.

³⁵ ebda. 119. Jg. Nr. 72 v. 27. 3. 87, S. 3.

³⁶ ebda., v. 19. 5. 87.

gleich Dutzende von Fragen für den Historiker, und wir sehen in ihm gewiß keinen kleinkarierten Spielverderber, wenn er zunächst einmal ganz einfach danach fragt, was mit diesem »Deutschland« des ältesten Kinos und so fort gemeint ist, das Kaiserreich vor 1914, das Deutsche Reich bis 1945, oder gar die Bundesrepublik, oder gar der deutschsprachige Raum? Wer hat das denn nachgeprüft? Wo sind die Quellen dafür? Und wird hier nicht, so wie die Natur heute von gewissen Kreisen,³⁷ die Geschichte gegen die Menschen – oder deren Machenschaften – ausgespielt?

Wie immer auch: Mittelalterarchäologie ist kein Ästhetik-Abenteuer für den Kenner und nicht das Groß-Hobby für die Nation, sondern ein Teil von Geschichte. Sie muß sich, bei uns hierzulande die einleuchtende Fortsetzung der klassischen Archäologie, gefallen lassen, in dieser Position, in die sie arriviert ist, von den Funktionen her, die Geschichte erfüllt und erfüllen soll, taxiert zu werden. »Geschichte in Deutschland wiegt soviel, wie sie zur Verwirklichung der Menschenrechte im Alltag beiträgt.« So hat vor kurzem einer unserer erfahrensten Publizisten erklärt.³⁸ Das mag in der Konfrontation mit mittelalterlicher Stadtarchäologie schockierend klingen; wir können nur hinzufügen: hoffentlich. Archäologie wird genau so von der öffentlichen Hand finanziert wie der Geschichtsunterricht an der Realschule oder am Gymnasium. Wo ist ihr Lernziel? Wo bringt sie mehr als – politisch freilich willkommenen – Ästhetizismus, als unverbindliches Gefallen an der grauen, nicht mehr vorstellbaren und deshalb doppelt »faszinierenden« Vorzeit, als rein chronologische Markierung und Sensation? Wenn ich eines Scherbens im Boden ansichtig werde und ihn heraushole, ist die »Datierung« die erste und bleibend zentrale Frage. Ist Chronologie, zumal einer zur Zeitlosigkeit geronnenen Vorzeit, mehr als ein vordergründiges Tabellarium, das die Auseinandersetzung mit der Geschichte und die Fragen an sie – damit begänne der Sinn von Geschichte – eher verbaut als erlaubt?

VII

Sind Datierungsvermerke, sind Zahlen alles? Sind sie gar, für den Insider, eine Art Dekorationsleiste, die ihm die Begeisterung für die Patina des »Alten« auf keinen Fall nehmen kann? Oder sind sie, für diese archäologische Selbstbeschäftigung, nur das Aufhängeschild, mit dem die Öffentlichkeit dieses Tuns beflissen genug dokumentiert ist? Geht es also wirklich nur um die Zahl, im besten Falle darum, diese und jene Stadtgeschichte durch diesen und jenen Fund noch ein paar Jahre zurückzudatieren? Wie immer

³⁷ Auf Angriffe aus dieser Ecke hat Ministerpräsident Lothar Späth in einer Regierungserklärung aufmerksam gemacht, nach Essl. Ztg. 119. Jg. Nr. 77 v. 2. 4. 87, S. 1.

³⁸ H. Pross in der Neuen Rundschau 98 (1987), H. 4, S. 27. – Wir sind uns im klaren darüber, daß derlei funktionale und unsere Gegenwart betreffenden Geschichtszuweisungen täglich erteilt werden (und wir also beliebig viele Zitate zur Verfügung haben). Entscheidend ist, daß die ernstzunehmenden unter ihnen zur Kenntnis genommen und auf politischer und volkerzieherischer Ebene umgesetzt werden.

auch: Geschichte, sofern sie sinnvoll rezipiert wird, hat etwas mit meiner Existenz zu tun. Und diese ausgegrabene Zahl? Wie heißt der Kontext, der existentielle, dazu?

Merkwürdig, wie unempfindlich unsere Archäologen und Bauarchäologen gegenüber Geschichtszahlen sein können, wenn sie nicht zu ihrem Handwerksbereich gehören. Ich greife ein einziges Beispiel für diese am Ende haarsträubende Harthörigkeit heraus. Da hat ein Bauforscher, wie er versichert, »in Zusammenarbeit mit dem Stadtarchiv und der Denkmalpflege«³⁹ im historischen Kern einer ehemaligen Reichsstadt (Esslingen) dendrochronologische Untersuchungen durchführen lassen. Das Ergebnis hat wieder etwas von einer kleinen Sensation an sich und ist natürlich wiederum superlativer (»die älteste«) Art: sein untersuchtes Häuserensemble gehört »heute noch zur ältesten erhaltenen Häusergruppe in Deutschland«.⁴⁰

Daß hier auch nach dem historischen »Umfeld« gefragt ist, scheint unser Bauarchäologe gespürt zu haben. Aber schon der erste Satz seines historischen Berichts könnte abenteuerlicher gar nicht sein. Was die südwestdeutsche Stadtgeschichte im allgemeinen anlangt, so wird in der Forschung seit Jahrzehnten unterstrichen, daß »des riches stätte« erst zu Ausgang des 13. Jahrhunderts auftreten, vorher aus verschiedenen, aber rasch einleuchtenden Gründen nicht. Und nur die allerwenigsten dieser aus dem Interregnum zu »Reichsstädten« sich aufschwingenden Kommunen erhielten damals oder später eine Reichsstadturkunde mit Datum und Siegel. Was die Esslinger Stadtgeschichte anlangt, so wird seit vielen Jahrzehnten unterstrichen, daß es sich (auch hier) beim Weg von der Siedlung zur Stadt nicht um einen einzigen amtlichen Akt mit Datum und Siegel handelt, sondern um einen Entwicklungsprozeß. Es gibt nur eine einzige Urkunde in diesem Zusammenhang, die vom 26. Januar 1219.⁴¹ In ihr erscheint die Stadt Esslingen auch nicht dem Namen nach, aber doch ist von einem »Sigillum universitatis populi de Esslingen« die Rede. Man wird sagen dürfen: Im Januar 1219 *war* Esslingen im rechtlichen Sinne Stadt.

Für unseren Bauarchäologen sind das weiter keine aufregenden Forschungsergebnisse. Er beginnt seinen vor wenigen Monaten im Druck erschienenen Forschungsbericht mit dem lapidaren Satz: »Esslingen ist seit 1212 Freie Reichsstadt.«⁴² Ein kleiner Schönheitsfehler, honni soit qui mal y pense? Ein temporäres Ärgernis, weil dreißig oder fünfzig Jahre Forschung (von der Forschung) nicht registriert und für die Katz publiziert worden sind? Entscheidend ist nicht, daß ein bauarchäologischer Forscher eine falsche Zahl geboten hat, sondern daß er überhaupt eine Zahl geboten hat, ja eine Datierung: »seit« diesem oder jenem Jahr ist dies eine Stadt resp. Reichsstadt. Daß das ein spezifisch modernes, an Ministerialerlasse und Verfassungsparagraphen gewöhntes Denken ist, würde man ihm

³⁹ R. Hussendörfer, Bauforschung in Esslingen, in: J. Cramer (Hrsg.), Bauforschung und Denkmalpflege. Umgang mit hist. Bausubstanz (1987), S. 80. – Das Buch resp. Forschungsprojekt ist von einer namhaften deutschen Forschungsgemeinschaft gefördert worden.

⁴⁰ ebda., S. 78.

⁴¹ Wirt. Urkundenbuch 3, S. 75, Nr. 612.

⁴² R. Hussendörfer (s. A 39), S. 75.

sicherlich kaum plausibel machen können. Daß eine mittelalterliche Stadterhebung einen über Jahre, vielleicht über Jahrzehnte hin umgreifenden Prozeß ausmachte, wird ein naturwissenschaftlich-exaktes, ein (dendro-)chronologisch arbeitendes Gehirn kaum je begreifen können. Es wird allenfalls dieses Jahr 1212, das es unter allen Umständen haben mußte, in eine Art Prioritätenliste aufnehmen, in eine Datenbank von »Stadtgründungen«, die uns nicht einmal an die Oberfläche geschichtlicher Erkenntnis zu führen vermöchte. Die Leistung der bürgerlichen Coniuratio, der Weg zur kommunalen Verselbständigung innerhalb der »Stadtgründung« erbege eine Thematik, die auf die gemeindliche Selbstverwaltung von heute unmittelbar zuführte. In einer derart existentiellen Perspektive spielte die Jahreszahl, selbst wenn es sie gebe, tatsächlich keine entscheidende Rolle mehr. Hier ginge es nicht um die ältere Stadt und die jüngere Stadt und diesen ganz von EDV-Perfektion und Vervielfältigungsmechanismen bewerkstelligten Triumph monumentaler »Auflistung«, sondern um den schlichten Versuch, Stadtgeschichte für moderne Stadtgegenwart lebendig zu machen.

VIII

Töricht, jetzt einfach sagen zu wollen, der baden-württembergische Innenminister habe nicht recht, wenn er jüngst sagte, aus archäologischer Grabung könnten »wertvolle neue Erkenntnisse über die Stadtgeschichte und die historische Stadtentwicklung gewonnen werden«. ⁴³ Aber so einfach ist diese Umsetzung offenbar nicht. Es genügt anscheinend nicht, nur die dendrochronologischen Daten einzusetzen, und fertig ist die Laube. Die wissenschaftlich-didaktischen Zusammenhänge und Wechselbeziehungen zwischen Denkmalpflege und Geschichtswissenschaft scheinen bis jetzt noch nicht einmal präzise geortet, geschweige denn bearbeitet worden zu sein. »Die Grundlagen aller Denkmalpflege liefert die wissenschaftliche Arbeit der geschichtlichen Landeskunde.« ⁴⁴ Schön wär's, kann man da nur sagen. Angesichts dieser ungemein engen und genuinen Kommunikation zwischen den hier beteiligten Disziplinen, die wir soeben – als das platte Gegenteil – vorgeführt bekommen haben, wird sich der staatliche und kommunale Geldgeber grundsätzliche Überlegungen leisten dürfen.

Man wird sich vor allem überlegen dürfen, ob die elementaren, nämlich die begrifflichen, die sprachlichen Voraussetzungen die richtigen sind. So werbewirksam die Rede vom »Archiv unter der Erde« auch sein kann (welcher erzogene Mitteleuropäer wird schon Archive zerstören): Der Archäologe gräbt nicht im Archiv, sondern in der Erde. Und Dinge, »die vielleicht aus der Erde gegraben« ⁴⁵ sind, wir bedienen uns der Sprache Droysens, sind nicht Quellen, auf die man im Archiv stoßen kann, sondern Überreste. »Denkmalpflege« beschäftigt sich mit vorhandener Geschichte, »Bodendenkmalpflege«

⁴³ nach dem Abdruck dieser Rede in: Denkmalpflege in Bad.-Württ. (s. A 15), S. 5.

⁴⁴ A. Laufs, Geschichtl. Landeskunde. Aufgaben und Leistungen, in: Zs. f. württ. Landesgesch. 37 (1978), S. 2.

⁴⁵ J. G. Droysen, Historik (1971), S. 38.

mit abgelegter Geschichte. Es ist gewiß lobenswert, den Leuten (wieder) ihre Erinnerungsmöglichkeit geben zu wollen. Aber an den Keltenfürsten von Hochdorf kann sich niemand erinnern. Und die identifizierende Funktion von Geschichte kann hier auch nicht greifen: Wer mag (und kann) sich schon identifizieren mit diesem »Mann«, von dem wir nicht viel mehr als ein Gerippe und einen (freilich prächtigen) Wagen haben? Dient die Archäologie hier wirklich damit dem Leben, unserer Existenz, deiner und meiner Gegenwart? Wer hat hier Vorrang, die Sucht nach dem Ur-Sprung oder die Sorge um eine mit der Geschichte verbundene und eine von der Geschichte nicht weggerissene Zukunft?

Schließlich: müssen wir uns, nachdem uns die angstfreien Blicke in die Zukunft ohnehin schon verstellt sind, jetzt auch noch die Zäune der Archäologen gefallen lassen? Für jede Stadt, für jede Siedlung einen Atlas, die Zonen, wo nichts mehr geschehen darf, wo es »heiß« ist, sind säuberlich eingezeichnet? Man wird den an sich richtigen Gedanken, daß man die alten Menschen genausowenig verkommen lassen kann wie die alten Gebäude, kaum stärker pervertieren können als durch derlei archäologische Schutzzonenkataloge. Groteske, beklemmende Vision: die ganze Stadt ist »unter Schutz« gestellt, es darf nicht mehr gebaut werden, und der ganze Stadtboden ist »unter Schutz« gestellt, es darf nicht mehr gegraben werden. »Viel zu viele Füße«, so jüngst der Geschäftsführer des Verbandes der Landesarchäologen in der Bundesrepublik Deutschland, »trampeln ganze Kapitel im Buch der Geschichte kaputt.« ⁴⁶ Er denkt dabei an die Truppenübungsplätze, an Moto-Cross, an den Massentourismus. Wir denken noch weiter, an die (leider gar nicht mehr so vielen) Leute, die täglich zur Arbeit gehen: Sie trampeln, die Barbaren, ganze Geschichtsbuchkapitel kaputt. Gab es das nicht schon einmal, das grausige Bild von der Stadt der Toten?

IX

Ein Defizit ist vielleicht doch klar geworden, die fehlende Kongruenz zwischen den Funktionen Geschichte und der Legitimation von Denkmalpflege. Die Denkmalpflege muß es sich gefallen lassen, auf ihre didaktische Berechtigung hin abgefragt zu werden, auf gut deutsch mit der Frage: was bringt diese – wie immer geartete – Unterschutzstellung im Sinne unserer 3 Geschichtsfunktionen? Wo wird nicht nur Hobby-Neugierde und irgendwie ästhetische, unverbindliche Lust am Alten befriedigt? Wo geht es um mehr als gefällige Augenweide: um die Bereicherung und um die Sicherung, die zusätzliche, unserer eigenen und gegenwärtigen Existenz? Die Erhaltung des historischen Bauerbes, hat der ressortzuständige Salzburger Landesrat Bertl Göttl kürzlich gesagt, stärke das Heimatbewußtsein. ⁴⁷

⁴⁶ Zit. nach dem Bericht v. H. P. Jahn, Essl. Ztg. 119. Jg. Nr. 260 v. 10. 11. 87, S. 3.

⁴⁷ Salzburger Volksztg. 43 Nr. 2 v. 3. 1. 87, S. 7; vgl. auch R. Reimisch, Altstadt und Heimatgefühl, in seinem wichtigen Beitrag »Altstadt als ästhet. Problem am Beispiel Braunau am Inn«, in: Oberösterreich 36 (1986), H. 4, S. 1; auch die Denkmalpolitik zielt ja darauf ab, »Fixpunkte für die Identifikation mit unserem geschichtlichen u. kulturellen Umfeld zu erhalten«, so Innenminister D. Schlee (s. A 15), S. 3.

So weit, so gut. Jeder vernünftige Historiker, der in seiner Arbeit auch eine öffentliche, eine politische Aufgabe sieht, würde hier nicht nein sagen.

Aber wie macht man das? Was geschieht, wenn der Bau, wie man immer so schön und immer so falsch sagt, in seinem »alten Glanz erstrahlt«? Eine »Urkunde«, auch die sogenannte »gebaute«, muß interpretiert werden. Geschichte, um mit ihr etwas »anfangen« zu können, muß immer umgesetzt werden, sonntäglich verfährt der Prediger auf der Kanzel so, und der Arrangeur einer erinnernden Kunstausstellung, und wer ein Stück von Lessing oder Schiller inszeniert. Man ist längst daran gewöhnt, daß man Glucks spätbarocke »Iphigenie in Aulis« oder Mozarts »politischen« »Don Giovanni« in ungeniert modernem Gewande aufführt, und einer der führenden europäischen Musikverleger hat vor kurzem erklärt, in der Musikpraxis (Stichwort Harnoncourt) sei »ein missionarischer Eifer nach rückwärts« fehl am Platze. »In nicht allzu ferner Zeit wird der historische Klang zu ätherisch, wenn nicht blutleer erscheinen.«⁴⁸

Nur wo der Umgang mit der Geschichte auf die eigene Existenz abzielen kann, nur dort kann die Geschichte – und die Denkmalpflege – lebendig sein und dem Leben dienen. Das Sammeln und Zusammensetzen von Keramikscherben kann eine aufregende Sache sein, natürlich. Aber der didaktische Wert für das breite Publikum von Geschichtskonsumenten muß erst einmal erwiesen werden. Schon zu Dehios Zeiten – der vor »Scheinaltertümern« dringendst warnte – ist reichlich »historisiert« worden, »ohne daß«, so sehen wir heute,⁴⁹ »dadurch das Geschichtsverständnis halbwegs gefördert worden wäre«. Nachdem Geschichte als einklagbares Rechtsgut in einen ganz neuen und bisher nie dagewesenen Rang geschlüpft ist, hat die Frage »Cui bono?« auch einen ganz neuen Stellenwert.

Aus zwei Gründen, die mit wenigen Sätzen noch angedeutet werden sollen. Der eine beginnt, wo die Argumentation der Denkmalpflege immer endigt: Man müsse das Gebäude oder den Straßenzug erhalten, weil Geschichte hier ablesbar sei, nachvollziehbar, vorzeigbar, optisch beweisbar, man könne hier Geschichte festmachen und so fort. Aber das optisch Bewiesene ist noch lange nicht das gedanklich Reflektierte und Verarbeitete. »Welche Art von Geschichtsbewußtsein fördern wir mit unseren proper sanierten Altbauten?«⁵⁰ – ich denke, diese Gretchenfrage darf gestellt werden. Wir sind längst darüber hinaus, die Definition, Ziel aller »Denkmalpolitik« sei »die Erhaltung der kulturellen Landschaft in ihrer ganzen Vielfalt«⁵¹ völlig ungefragt gelten zu lassen. Denkmalpflege (oder was man dafür hält) ist mittlerweile eine Volksbewegung, auch diejenigen marschieren auf die Denkmale los, die den Denkmalschutz früher mit allen Mitteln umgangen haben. Indessen, »Für das Vergangenheitsverständnis freilich ist damit allein noch nicht

⁴⁸ Fr. Hänslers in einem Interview der Essl. Ztg. 119. Jg. Nr. 299 v. 29. 12. 1987, S. 21.

⁴⁹ M. Zimmermann in dem sehr bedenkenswerten Leitartikel »Wenn alte Bauwerke nachwachsen«, in: F.A.Z. Nr. 288 v. 12. 12. 1987, S. 1.

⁵⁰ H. Rahms, Wird zuviel des Guten getan?, in: F.A.Z. Nr. 137 v. 11. 6. 87, S. 31.

⁵¹ So D. Schlee, Innenminister des Bundeslandes Baden-Württemberg, in einer öffentl. Ansprache (s. A 15), S. 3.

viel gewonnen. Geschichte eignet man sich nicht an, indem man von schätzenswerten Gebäuden Besitz ergreift.«⁵² Und die historischen Ausstellungen der letzten Jahre haben »bis zum Überdruß verdeutlicht, daß sie gar nichts verdeutlichen können«,⁵³ daß der Historiker etwas wesentlich anderes ist als der Produzent eines Fantasia-Lands beliebiger Requisiten, die gleichwohl Sinn stiften sollen. »Die totale Visualisierung verlangt vom Zuschauer ein Assoziationsvermögen, über das er nur verfügen kann, wenn er schon eine üppig wuchernde historische Bildung hat.«⁵⁴

X

Jenseits aller Geistreicheleien, aber auch jenseits aller ideologischen Verdächtigungen werden wir sorgfältig zu prüfen haben, inwieweit die didaktische Auslegung des Denkmalbegriffs nicht hinüberspielt in die allgemeine Visualisierung unserer Tage und mithin in die Meinung, die Präsentation von Geschichte (und von einer Gründerzeitvilla) habe ihren Wert schon in sich. Jede Woche erhalte ich mindestens *eine* Einladung zu einem festlichen Abend, und, so die von vorgestern, einer »Multi-Media-Schau: 220 Jahre Zeitgeschichte in Wort und Bild, mit Mode, Musik und Tanz«. Vor zwanzig Jahren hatte sich die Geschichte gegen die Manipulation in den Ministerien und Parlamenten zu wehren, heute muß sie sich gegen die Vermarktung in Kaufhäusern und in den Museen wehren. Ich habe noch keinen Museumspädagogen getroffen, der mir auf meine immer gleiche Frage, ob man mit seinen Arrangements Geschichte lernen und verstehen könne, mit einem »Ja« geantwortet hätte. Ansätze dazu, aber mehr nicht, so sagen sie alle. Also bleibt es doch beim inneren Bezug und bei der wortgebundenen, bei der gedanklichen Auseinandersetzung und Verarbeitung. Das Land Baden-Württemberg hat jüngst ein umfängliches Gutachten in Auftrag gegeben, in dem neben vielen anderen Fragen auch *der* Frage nachgegangen werden mußte, wo das baden-württembergische »Haus der Geschichte« zu stehen kommen solle. Der Schlußsatz im Plädoyer eines namhaften Historikers: »Geschichte kann man nicht ausstellen.« Kann und will die Denkmalpflege anderes als Geschichte ausstellen?

Als der Bayerische Minister des Innern im Herbst vergangenen Jahres vorstellte, was man in Jahren für die Altstadtsanierung in Bayern getan habe, erklärte er, damit würden »Wege zur Geschichte« möglich. Wer das als bare Münze nehmen wollte, mußte annehmen, früher, als Denkmalpflege nur eine feudale oder postfeudale Allüre war, habe man dergleichen Wege zur Geschichte entbehren müssen. Tatsächlich wäre das die logische Konsequenz: erst jetzt, wo man sich der denkmalpflegerischen Zubereitung von ganzen Bürgerstädten und ganzen Freizeit-Landschaften annimmt, wo man natürlich auch die

⁵² M. Zimmermann, Vom Sockel geholt, in: F.A.Z. Nr. 129 v. 6. 6. 84, S. 1.

⁵³ E. Straub, Geschichte als Spielzeug, in: Stuttgarter Ztg. 43. Jg. Nr. 249 v. 22. 10. 87, S. 1.

⁵⁴ ders., ebda.

Sehenswürdigkeiten-Schilder (und diesen ganzen, den dümmlichen Leuten zgedachten kostenlosen Informationszauber) nicht vergißt: erst jetzt sei eigentlich Annäherung an Geschichte möglich.

Man muß einmal, ein Beispiel von Dutzenden, von Hunderten, wieder Rilkes 1902 niedergeschriebenes »Worpswede« lesen, einen Exkurs über die Entwicklung und Eigenheiten von Landschaftsmalerei und einen Kranz von fünf Künstlerbiographien. Meisterlich, wie Rilke die Rolle von »Geschichte«, »Vergangenheit« und »Tradition« aus diesen Lebensläufen herauszulösen weiß. Geschichte erscheint hier nicht degradiert als eine beflissen-demokratische Freizeitofferte, sondern als eine höchst individuelle Lebensmacht und als ein Medium privaten Schicksals. Otto Modersohns Kunst hat zwei Elemente, die Persönlichkeit und die Landschaft, und gerade in letzterem wirkt unübersehbar Modersohns Jugendland nach, das Stück Stadtmauer nahe seines Soester Vaterhauses, der Klostergarten, überhaupt »die Gärten von Soest«,⁵⁵ die Gartengasse, die Sprache dieser Stadt. Wenn man dort in dieser ehemals großen Stadt aufwächst, »so denkt man immerfort an die Vergangenheit. Wie alles wohl war, denkt man und man wird nicht müde zu suchen, was etwa aus diesen Tagen des Glanzes und der Größe noch könnte geblieben sein. Und da findet man vor allem zwei Dinge: die Kirchen und die Gärten«.⁵⁶

Merkwürdig, daß diese offenbar lebensbestimmende Stadtheimat noch so ganz ohne alle dekretierte Denkmalpflege auskommen und doch prägend wirkend sein kann. Sie vermag sogar Dauerndes, Unvergängliches zu suggerieren. »In den Kirchen sah er die Vergangenheit aufbewahrt, festgehalten, dort konnte sie nicht vergehen.«⁵⁷ Noch merkwürdiger, daß eine durchaus unorganisierte und offenbar noch unaufgeräumte Geschichtsatmosphäre dem Sensorium des werdenden Künstlers »Stoff« für ein ganzes Malerleben mitgeben kann. Fritz Overbeck bleibt in Bremen, einem Gehäuse voller Impressionen, in der Bahnhofstraße stehen, sieht dort die Auswanderergruppen, die »mit stumpfem Ausdruck zurückschauen, als erwarteten sie, gerufen zu werden«, die geschundene Kreatur, die später in seiner Malerei immer wieder durchscheint.⁵⁸ Hans am Ende wächst in Trier auf, der »alten, dunklen, von Vergangenheit beladenen Stadt«, die »zu viel Zeiten« hat kommen und gehen sehen. »Und was sie nun lebte, war Verfall, ein Greisentum voll Größe und Erinnerungen, in sich versunken und ungerne gestört.«⁵⁹ Und dann der Wechsel des Vaters, eines Pfarrers, in ein thüringisches Dorf, wo es »keine Vergangenheit« gibt, aber das Pfarrhaus, und das »trauliche Dunkel der Wälder«⁶⁰ und eine schwerblütig-weite, Worpswede vorwegnehmende Landschaft. In Schulpforta, wohin der junge Hans am Ende dann geschickt wurde, erweist sich das äußerlich verlorene Zuhause, das nirgendwo auf

⁵⁵ R. M. Rilke, *Worpswede* (= Insel Taschenbuch 1011, 1987), S. 99.

⁵⁶ ebda., S. 101.

⁵⁷ ebda.

⁵⁸ ebda., S. 146.

⁵⁹ ebda., S. 161.

⁶⁰ ebda., S. 168.

Geschichtsrezeption abgerichtete, als eine eminent historisch-biographische Macht: »Da stieg in der Erinnerung das schöne Pfarrhaus auf, des Vaters Bücher, die Bilder, die an den Wänden hingen, das Dorf, und sogar die Strudel im Flusse unten hatten nichts Unheimliches mehr und trugen nur dazu bei, das Gefühl zu erheben, daß man das alles kannte, liebte und begriff«.⁶¹ Ein Fall von Identität zwischen Umwelt und (Lebens-)Geschichte, wie er nicht augenfälliger sein könnte.

Töricht anzunehmen, nur ad hoc abgestimmte und vom Saubermann einer eilfertigen Denkmalpflege zubereitete Geschichte erlaube den Leuten »Wege zur Geschichte«. Niemand wird im Ernst annehmen wollen, der Zugang zur Geschichte habe erst jüngst, habe erst damit begonnen, daß man die Altstädte sanierte und die Dörfer von ihren Unebenheiten befreite. Findet Begegnung mit Geschichte erst statt, seit man Freizeitämter hat (deren täglicher Arbeitsausstoß natürlich irgendwo dingfest gemacht werden muß) und seit man in der Erwachsenenbildung (deren Effektivität sich entsprechend der Investitionen erweisen muß) ein Politikum ersten Ranges entdeckt hat?

Das »Cui bono?« ist noch aus einem anderen Grunde berechtigt. Wo millionenschwere Museen – wie bei uns – aus dem Boden schießen, wo bald jede kleinere Gemeinde ihre eigene Galerie unterhält und die Kunst auf die Straße geht,⁶² man braucht diese neue und verwaltete Kultur im einzelnen gar nicht mehr vorzustellen,⁶³ fragt man sich, wie das weitergehen soll. Städte über 20000 Einwohner haben 1975 pro Einwohner 64 Mark ausgegeben, 1985 waren's 138 Mark.⁶⁴ Insider wissen längst, daß der Kostenexplosion im Krankenhauswesen eine Kostenexplosion – mit nahezu gleichen Zahlen – im Bildungswesen gefolgt ist.⁶⁵ Daß man auch hier in Bälde, ich sage einmal sehr verkürzt, existentiell verfahren muß, weiß man in Bundesländern wie Niedersachsen heute schon. Wir werden, auch in den beiden süddeutschen Bundesländern, von der wilhelminischen Protzerei⁶⁶ Abschied zu nehmen und uns gründlich zu überlegen haben, ob die alte Stadt ein Denkmal

⁶¹ ebda., S. 170.

⁶² G. Knapp, Die Kunst geht auf die Straße, in: Südd. Ztg. Nr. 214 v. 18. 9. 87, S. 45: »Keine Kreisstadt, die nicht ihren Skulpturenpark, ihr Bildhauer-Symposion hat, die nicht mit frischgekauften Plastiken ihre Fußgängerzone besetzt.«

⁶³ Zum kommunalen Engagement in Sachen Denkmalpflege jetzt C.-P. Echter, *Denkmalpflegerische Maßnahmen, Aktivitäten u. finanzielle Leistungen der Gemeinden*, Berlin: Deutsches Institut für Urbanistik 1987.

⁶⁴ Diese und andere Zahlen verdanke ich Herrn Dr. Christian Engeli (Schr. v. 12. 5. 87) vom Deutschen Institut für Urbanistik in Berlin.

⁶⁵ Zahlen dazu bei M. Arnold, *Medizin zwischen Kostendämpfung u. Fortschritt* (1986), S. 13 ff. (Frdl. Hinweis v. Herrn Prof. Dr. P. Mattes, Esslingen). – Daß die Arbeitslosigkeit die Kommunen zusätzl. belastet (u. vor allem noch belasten wird), sei nur nebenbei erwähnt, vgl. F.A.Z. Nr. 160 v. 15. 7. 87, S. 9.

⁶⁶ E. Beucamp gelegentlich der Beurteilung der Pläne zur Stuttgarter »Kulturmeile«: »Steigern sich die Länder und Städte nicht in einen unnötigen Konkurrenzrausch und in ein fast neo-wilhelminisches Protzen? Selbst die Schwaben scheinen sich nun aufreißen zu lassen, Vernunft und Augenmaß zu verlieren« (F.A.Z. Nr. 88 v. 14. 4. 87, S. 29).

ist oder ein Lebensraum.⁶⁷ Und wir werden uns in einer ganz neuen Dringlichkeit an das zu halten haben, was der Geschichte und der Denkmalpflege ihren vornehmsten Sinn gibt: ihr Dienst am Leben.

Dietrich Lutz

Stadtsanierung oder der Quellenverlust für die Landesgeschichte Baden-Württembergs*

1. Vorbemerkung

Das tägliche Brot des Denkmalpflegers ist es, zu erleben, wie mittelalterliche Quellensubstanz in bisher nicht gekannter Größenordnung vernichtet wird, ohne daß die »klassische Mediävistik«, wie ich die überwiegend aus Schriftquellen schöpfende Geschichtsschreibung – also auch die Landesgeschichte – abkürzend nennen möchte, hiervon in mir erkennbarer Weise Notiz nimmt, geschweige denn etwas gegen diese Entwicklung tut. Vielmehr scheint es, daß Mittelalterarchäologie und Mediävistik im Zustand wohlwollenden Nebeneinanders verharren und allenfalls die Ergebnisse des jeweiligen Nachbarn zur Kenntnis nehmen, ohne sie als Herausforderung zu fachübergreifender Zusammenarbeit zu verstehen. Nur so läßt sich erklären, daß gemeinsame Veranstaltungen wie die Reichenau-Tagung »Geschichtswissenschaft und Archäologie«¹ oder der in Freiburg im Entstehen begriffene Forschungsschwerpunkt »Archäologie und Geschichte des ersten Jahrtausends in Südwestdeutschland«² eher die Ausnahme denn die Regel sind, während in Hessen oder in Norddeutschland die historisch-archäologische Zusammenarbeit bereits seit einiger Zeit für beide Seiten unübersehbare Erfolge zu verzeichnen hat³.

Deshalb scheint mir die in der Folge der erstaunlich erfolgreichen Ausstellung über das Fürstengrab von Hochdorf⁴ verstärkte Hinwendung zur Archäologie der gegebene Anlaß, neben der Herausstellung allgemein anerkannter und überregional bedeutsamer Erfolge auch auf Probleme hinzuweisen, die sich gerade jetzt in unserem Land mit besonderer

* Meinem Lehrer Professor Dr. Otto Meyer in Dankbarkeit gewidmet

¹ H. Jankuhn / R. Wenskus (Hrsg.), *Geschichtswissenschaft und Archäologie. Untersuchungen zur Siedlungs-, Wirtschafts- und Kirchengeschichte. Vorträge und Forschungen 22* (1979).

² Vgl. H. Steuer (Hrsg.), *Das erste Jahrtausend. Bericht über ein Symposium am 21./22. 6. 1985 in Freiburg* (im Druck).

³ Vgl. hierzu z. B. W. Schlesinger (Hrsg.), *Althessen im Frankenreich. Nationes. Historische und philologische Untersuchungen zur Entstehung der europäischen Nationen im Mittelalter 2*, 1975. R. Gensen, *Frühmittelalterliche Burgen und Siedlungen in Nordhessen*, in: *Ausgrabungen in Deutschland, Ausstellungskatalog Mainz 1975*, S. 313–337; Für Norddeutschland vgl. H. Steuer, *Bibliographie zur Archäologie des Mittelalters in Niedersachsen 1945–1973*, in *ZAM 2* (1974), S. 135f. (Museen und Forschungsstellen). Für Hamburg vgl. R. Schindler, *Archäologische Stadtkernforschung in Hamburg*, in: *Neue Ausgrabungen in Deutschland*, hrsg. von der RGK., Berlin 1958 S. 596–601.

⁴ *Der Keltenfürst von Hochdorf. Methoden und Ergebnisse der Landesarchäologie, Ausstellungskatalog Stuttgart 1985.*

⁶⁷ Vgl. C. Meckseper / H. Siebenmorgen (Hrsg.), *Die alte Stadt: Denkmal oder Lebensraum? Die Sicht der mittelalterl. Stadtarchitektur im 19. u. 20. Jh.* (= Kl. Vandenhoeck-Reihe 1508, 1985), mit deutlichem Gewicht auf »Lebensraum«, den es ebenso sensibel und flexibel zu erhalten wie gleichzeitig »für eine humane Zukunft« (S. 8) zu tradieren gelte. In diesen Zusammenhang würden dann – neuerdings wohl häufiger anfallende – Nachrichten gehören wie diese: »Verkehrssicherheit wichtiger als Denkmalschutz« (F.A.Z. Nr. 18 v. 22. 1. 88, S. 9, betrifft den Abriß des »Beamtenhauses Nr. 1« beim Schacht König Wilhelm II. im Salzbergwerk von Bad Friedrichshall-Kochendorf).

Schärfe stellen. Denn hier führte die frühe Siedlungsverdichtung bereits im Hochmittelalter zu zahlreichen Stadtgründungen, die wiederum bereits wenig später zu Zentren von Produktion und Handel wurden und heute durch Sanierungsmaßnahmen allenthalben den größten Strukturwandel ihrer Geschichte erleben.⁵

2. Definition

Bevor ich auf die Bedeutung archäologischer Quellen und die Beurteilung ihrer gegenwärtigen Situation zu sprechen komme, ist es vermutlich nützlich, einige Worte zum Selbstverständnis der Mittelalterarchäologie vorzuschicken.

Die Mittelalterarchäologie sieht sich grundsätzlich als Teil aller Disziplinen, die sich mit dem Mittelalter beschäftigen, und ist so gesehen eine Hilfswissenschaft der Mediävistik im weitesten Sinne. Ihre Fragen sind keine anderen als die der gesamten Geschichtswissenschaft.⁶ Aus dem Unterschied des methodischen Ansatzes ergeben sich allenfalls andere Dimensionen der Aussage, jedoch stets mit dem Ziel der Aufhellung vergangener Wirklichkeit insgesamt.

Sie hat sich in der Bundesrepublik im wesentlichen erst nach dem Zweiten Weltkrieg entfalten können, als beim Wiederaufbau der vielen, stark zerstörten Städte Befunde und Funde angetroffen wurden, die zunächst meist von den Ur- und Frühgeschichtlern der Denkmalämter so gut als eben möglich betreut und geborgen wurden. Daraus entwickelten sich in Einzelfällen große Grabungen wie zum Beispiel in Frankfurt/Main (karolingische Pfalz und staufische Burg),⁷ Köln (verschiedene Kirchen und Teile der römischen und mittelalterlichen Stadt),⁸ Paderborn (Dom und Bischofspfalz)⁹ oder Hamburg (bischof-

⁵ Vgl. hierzu D. Lutz, Probleme der Stadtsanierung aus archäologischer Sicht, in: Denkmalpflege in B.-W. 14 (1985), S. 76–83; E. Schallmayer, Stadtkerngrabungen aus der Sicht der Archäologischen Denkmalpflege, in: Denkmalpflege in B.-W. 16 (1987), S. 14–21.

⁶ W. Schlesinger, Archäologie des Mittelalters in der Sicht des Historikers, in: ZAM 2 (1974), S. 7 f.; W. Janssen, Methoden und Probleme archäologischer Siedlungsforschung, in: H. Jankuhn / R. Wenskus (s. A 1), S. 101–191, bes. S. 186 f.

⁷ O. Stamm, Zur karolingischen Königspfalz in Frankfurt am Main, in: Germania 33 (1955), S. 391–401; ders., Der königliche Saalhof zu Frankfurt am Main. Mit einem Vorbericht über die Ausgrabungen des Museums für Vor- und Frühgeschichte 1958–1961, in: Schr. d. Hist. Mus. Frankfurt/M. 12 (1966); U. Fischer, Zur Datierung der Frankfurter Pfalz, in: Fundber. aus Hessen 9/10, 1969/70, S. 120–122; ders., Altstadtgrabung Frankfurt am Main. Hundert Jahre Stadtarchäologie, Vorgeschichte bis Hochmittelalter, in: Ausgrabungen in Deutschland (s. A 3), 426–436.

⁸ Vgl. hierzu W. und B. Janssen, Stand und Aufgaben der Archäologie des Mittelalters im Rheinland. Mit einer Bibliographie 1945–1972, in: ZAM 1 (1973), S. 192 (Stichwort Köln); H. Kier / U. Krings (Hrsg.), Köln: Die Romanischen Kirchen. Von den Anfängen bis zum Zweiten Weltkrieg, Köln 1985.

⁹ W. Winkelmann, Die Königspfalz und die Bischofspfalz des 11. und 12. Jhs in Paderborn, in: Frühmittelalterl. Studien 4 (1970), S. 398 ff.; ders., Est locus insignis, quo Patra et Lippa fluentant. Über die Ausgrabungen in den karolingischen und ottonischen Königspfalzen in Paderborn, in:

liche Burg).¹⁰ Der methodische Ansatz ist dem aller anderen archäologischen Disziplinen vergleichbar, wobei die Entwicklung von Anfang an überwiegend durch siedlungsgeschichtliche Fragestellungen bestimmt wurde.¹¹

Die Entwicklung aus und die Orientierung an der meist die gesamte Arbeitskraft fordernden Praxis, verbunden mit einer bislang nur rudimentären Vertretung des Faches an den Universitäten,¹² haben die Erarbeitung einer Theorie und eines Lehrgebäudes der Mittelalterarchäologie bis jetzt als zweitrangig erscheinen lassen, was unter anderem auch zur Folge hatte, daß je nach der Interessenlage einzelner Nachbardisziplinen Eingemeindungsversuche unternommen wurden, wie zum Beispiel der von H. Jankuhn im ersten Band der Zeitschrift für Archäologie des Mittelalters, wo er schreibt: »Die Archäologie des Mittelalters ist eine direkte Fortsetzung der vor- und frühgeschichtlichen Archäologie, und zwar sowohl nach Problemstellung wie nach methodischem Ansatz.«¹³ Wenn man den methodischen Ansatz noch mit Einschränkungen gelten lassen kann, muß man für den ersten Teil des Satzes feststellen: Hier irrt der Verfasser. Der wesentliche Unterschied zwischen Mittelalterarchäologie und Ur- und Frühgeschichte besteht, auf einen knappen Nenner gebracht, darin, daß bei der Ur- und Frühgeschichte das Geschichtsbild im wesentlichen durch die Erträge der Archäologie gewonnen wird. Die Mittelalterarchäologie dagegen stellt nur eine Quelle unter mehreren gleichrangigen dar. Sie muß sich deshalb notwendigerweise ständig mit den Nachbardisziplinen auseinandersetzen, will sie mit ihren Schlüssen nicht völlig ins Abseits geraten.

3. Der Beitrag der Mittelalterarchäologie zur Geschichtsschreibung

Nach diesen mehr theoretischen Vorbemerkungen will ich im folgenden versuchen, anhand einiger Beispiele den möglichen Beitrag der Mittelalterarchäologie zur Geschichtsschreibung zu skizzieren.

Da die Siedlungsarchäologie im Zentrum unserer Arbeit steht, werde ich die Beispiele hauptsächlich aus diesem Gebiet nehmen. Am Beginn steht die Prospektion, das heißt die

Château Gaillard 5, 1970, S. 203–25; ders., die karolingische und die ottonische Königspfalz in Paderborn, in: Kölner Römer-Illustrierte 2 (1975), S. 275–278; U. Lobbedey, Die Ausgrabungen im Dom zu Paderborn 1979/80 und 1983, in: Denkmalpflege und Forschung in Westfalen 11 (1986).

¹⁰ R. Schindler, Ausgrabungen in Alt-Hamburg. Neue Ergebnisse zur Frühgeschichte der Hansestadt. Hamburg 1957; ders., Archäologische Altstadtforschung in Hamburg, in: Neue Ausgrabungen in Deutschland (Hrsg. von der RGK) Berlin 1958, S. 596–601; ders., Die Hammaburg, in: Kölner Römer-Illustrierte 2 (1975), S. 249.

¹¹ Daran ändert auch die vor allem in den 50er Jahren betriebene archäologische Bauforschung wenig, da ihr ebenfalls vielfach siedlungsgeschichtliche Fragestellungen zugrunde lagen.

¹² So gibt es bislang nur einen einzigen Lehrstuhl (Bamberg) für Mittelalterarchäologie in der Bundesrepublik; vgl. hierzu auch H. Hinz, Mittelalterarchäologie, in: ZAM 10 (1982), S. 11–20, bes. S. 18.

¹³ H. Jankuhn, Umriss einer Archäologie des Mittelalters, in: ZAM 1 (1973), S. 9.



Abb. 1: Wilferdingen, Enzkreis. Neu entdeckte Kirche »zu der Eych« im Flurstück »Im Kloster von Süden«; Aufnahme R. Gensheimer, freigeig. d. Regierungspräsidium Stuttgart Nr. 000/41 528/21-10-86.

Erkundung von Siedlungsplätzen, die hierzulande zur Zeit beinahe ausschließlich auf der Basis einer vereinfachten Listeninventarisierung betrieben wird, was allenfalls ein Notbehelf sein kann. Wenn man weiß, daß zum Beispiel durch eine sorgfältige archäologische Landesaufnahme die Kenntnis ehemaliger Siedlungsplätze im Schnitt um 50% vermehrt wird,¹⁴ muß man das Fehlen jeden Ansatzes hierzu in Baden-Württemberg besonders bedauern; dies vor allem, wenn man sich vor Augen hält, daß bei Vorliegen besserer Unterlagen die stets zu knappen Grabungsmittel weit effektiver eingesetzt werden könnten. Hieran ändert auch die seit einigen Jahren in Gang gekommene und sehr erfolgreiche Luftbildarchäologie nichts (vgl. Abb. 1), da die komplementär nötige Feldforschung aus Personalmangel nicht betrieben werden kann.¹⁵ Selbst bei vorzüglicher Prospektion bleibt jedoch die Grabung als verbundenes System archäologischer Datenerfassung unbestritten die beste Erkenntnisquelle der Archäologie.¹⁶ Bezogen auf das Siedlungsgefüge erlaubt sie

¹⁴ W. Janssen (s. A 6), S. 121.

¹⁵ Die beste Darstellung der Methode gibt für unseren Raum: O. Braasch, Luftbildarchäologie in Süddeutschland. Spuren aus römischer Zeit, in: Kleine Schriften zum Kenntnis der römischen Besetzungsgeschichte Südwestdeutschlands 30 (1983).

¹⁶ W. Janssen (s. A 6), S. 139 ff.

neben Antworten auf großräumige Fragestellungen vor allem klein- und kleinräumige Untersuchungen mit dem Ziel der exemplarischen Darstellung des Siedlungsganges, wie er zum Beispiel in Ladenburg mit recht gutem Erfolg gezeigt werden kann.¹⁷

Hier sind es vor allem die Fragen der Entwicklung eines Platzes vor Einsetzen gesicherter schriftlicher Nachrichten, also zum Beispiel Stadtwerdungsprozesse, wie Expansion, Stagnation, Rückgang, Verödung und Neubesiedlung, die aus Schriftquellen nur sehr rudimentär zu erheben sind. Die Archäologie liefert Fakten, die zum Beispiel an die Stelle der längst als fragwürdig erkannten historisch-geographischen Rückschreibung treten können.

Die außergewöhnliche Vielperiodigkeit mittelalterlicher Siedlungsplätze (vor allem der Städte) wirft ein helles Licht auf die Dynamik der Siedlungsentwicklung und die dahinter stehenden Faktoren, die aus anderen Quellen vielfach erst post festum erkennbar werden (Erstnennung, Weihe, Wüstfallen usw.). So können wir mit einigem Recht feststellen, daß Grabungen in Städten Entwicklungen und Veränderungen zeigen, die wir bisher zwar ahnten, in ihrer Mannigfaltigkeit jedoch nur in den wenigsten Fällen tatsächlich nachzeichnen konnten, wie beispielsweise die verschiedenen Arten und Urheber der Landgewinnung durch Seeaufschüttung in Konstanz.¹⁸ Darüber hinaus liefert jede Siedlungsgrabung Aufschlüsse zur Struktur des Platzes, zur Wirtschaftsgeschichte, Sozialtopographie, Bevölkerungs- und Technikgeschichte, um nur einige Aspekte zu nennen.

Aus der landwirtschaftlichen Produktion seien aus Südwestdeutschland zwei Beispiele genannt, die für manch andere stehen können. So gaben die Siedlungsuntersuchungen in Eschelbronn¹⁹ und Sindelfingen²⁰ umfassende Einblicke in Wirtschaftsweise und Gelände-nutzung des Hoch- und Spätmittelalters.²¹ Selbst aus spätmittelalterlichen Brunnen und Fäkaliengruben lassen sich noch wesentliche Informationen zur Lebensgrundlage des Menschen in Stadt und Land gewinnen.²²

¹⁷ Vorläufige Zusammenfassung der Ergebnisse: Archäologischer Plan des römischen Ladenburg, hrsg. vom Landesdenkmalamt, B.-W., Stuttgart 1986.

¹⁸ J. Oexle, Stadtkernarchäologie in Konstanz, in: Der Keltenfürst ... (s. A 4), S. 451 ff.; dies., Die Grabungen im Salmansweilerhof zu Konstanz, in: Arch. Ausgrabungen in Baden-Württ. 1985, S. 228–235.

¹⁹ D. Lutz, Die Wasserburg Eschelbronn bei Heidelberg, ein Niederadelssitz des 13. bis 18. Jahrhunderts, in: Chateau Gaillard 8, 1977, S. 193–222.

²⁰ B. Scholkmann, Sindelfingen / Obere Vorstadt. Eine Siedlung des hohen und späten Mittelalters, in: Forschungen und Berichte d. Arch. d. Mittelalters in B.-W., hrsg. v. Landesdenkmalamt B.-W. 3, 1978.

²¹ Zu Sindelfingen vgl. U. Körber-Grohne, Pollen-, Samen- und Holzbestimmungen aus der mittelalterlichen Siedlung unter der Oberen Vorstadt in Sindelfingen, in: Forschungen und Berichte (s. A 20) 3, 1978, S. 184–198; M. Stork, Die Tierknochenfunde der mittelalterlichen Siedlung Sindelfingen / Obere Vorstadt, ebda., S. 165–180.

Zu Eschelbronn vgl. U. Körber-Grohne, Samen, Fruchtsteine und Dreschreste aus der Wasserburg Eschelbronn bei Heidelberg (13. Jh.), in: Forschungen und Berichte (s. A 20) 6, 1979, S. 113–127.

²² U. Maier, Nahrungspflanzen des späten Mittelalters aus Heidelberg und Ladenburg nach Bodenfunden aus einer Fäkaliengrube und einem Brunnen des 15./16. Jhs, in: Forschungen und Berichte (s. A 20) 8, 1983, S. 139–183.

Über die vorwiegend in den Städten angesiedelte handwerkliche Produktion und den Lebensstandard bürgerlicher Oberschichten konnten in den letzten Jahren die Untersuchungen in Konstanz und Heidelberg neue Aufschlüsse geben.²³ In diesem Zusammenhang verdienen besonders die Aufschlüsse zu mittelalterlichen Produktionsweisen, wie die Abfälle der Paternosterer in Konstanz Beachtung (vgl. Abb. 2). Sie erlauben einen Einblick in mittelalterliche Technologie, wie er uns sonst nur selten möglich ist.²⁴

Neben der Erweiterung unserer Kenntnis des mittelalterlichen Alltags kann uns z. B. die bisher nur selten genutzte Chance der Untersuchung von Friedhöfen auch interessante Aufschlüsse zur Medizingeschichte geben, wie das Beispiel des Friedhofs der Wüstung Zimmern bei Stebbach (Kreis Heilbronn) zeigt, wo einerseits ein großer Teil der Bestatteten deutliche Spuren von Ernährungsmängeln zeigte²⁵ und andererseits eine Wirbelsäule geborgen wurde, die Spuren einer geradezu klassisch verlaufenen Bechterewschen Erkrankung aufwies.²⁶

Auf dem Gebiet des Befestigungswesens und den eng damit verbundenen Fragen adeligen Lebens ist die Mittelalterarchäologie auf dem besten Wege, neue Aspekte zu erschließen. So ist die Genese der mittelalterlichen Adelsburg ein Thema, das die Forschung seit mehr als einem Jahrhundert beschäftigt, ohne daß es bislang möglich gewesen ist, darauf eine gültige Antwort zu finden. Die Untersuchungen, die vor allem R. Gensen seit mehreren Jahrzehnten im Raum Marburg angestellt hat, haben gezeigt, daß sich durchaus Belege für den Bau von burgartigen Befestigungen vor dem 11. Jahrhundert finden lassen, auch wenn wir die Inhaber dieser »Burgen« noch nicht kennen.²⁷ Ähnliche Ergebnisse wird man auch in Baden-Württemberg erwarten können, wenn das Forschungsprojekt »Das erste Jahrtausend« in Freiburg, das auch Untersuchungen an Burgen beinhaltet, seine Arbeiten in vollem Umfang aufgenommen hat.

Schon heute erlauben die zahlreichen Befunde und Funde aus Untersuchungen an Burgen im Lande einen Einblick in Leben und Sachkultur ihrer Bewohner, wie ihn Schriftquellen schwerlich vermitteln können. Ob es sich nun um Erzeugnisse des Töpferhandwerks handelt, wie in Marbach, Kreis Ludwigsburg,²⁸ oder um die Reste einer

²³ Zu Konstanz: *J. Oexle*, Stadtkernarchäologie in Konstanz – die Grabungen in der Brückengasse 5 und 7, in: *Arch. Ausgrabungen* 1984, S. 240–244; *dies.*, Archäologische Untersuchungen am Konstanzer Fischmarkt, ebda., S. 244–250; *dies.*, Die Grabungen im Salmansweilerhof zu Konstanz, in: *Arch. Ausgrabungen* 1985, S. 228–235; Zu Heidelberg: *D. Lutz*, Stadtkernarchäologie in Heidelberg, in: *Arch. Ausgrabungen* 1986.

²⁴ *J. Oexle*, Würfel- und Paternosterhersteller im Mittelalter, in: *Der Keltenfürst...* (s. A 4), S. 455–462.

²⁵ Briefliche Mitteilung von Frau *H. Czarnetzki*, Tübingen, die die Skelette einer vorläufigen Untersuchung unterzog. Weitere Aufschlüsse sind von den derzeit laufenden Untersuchungen des Friedhofs im ehem. Hl. Geist-Spital in Heidelberg zu erwarten.

²⁶ *A. Czarnetzki* / *Ch. Uhlig* / *R. Wolf*, Menschen des frühen Mittelalters im Spiegel der Anthropologie und Medizin. Ausstellungskatalog Stuttgart 1982, S. 62.

²⁷ *R. Gensen* (s. A 3), S. 313–337.

²⁸ *H. Schäfer*, Burg, Schloß und Stadt Marbach am Neckar, in: *Denkmalpflege in B.-W.* 9, 1980, S. 59–69.

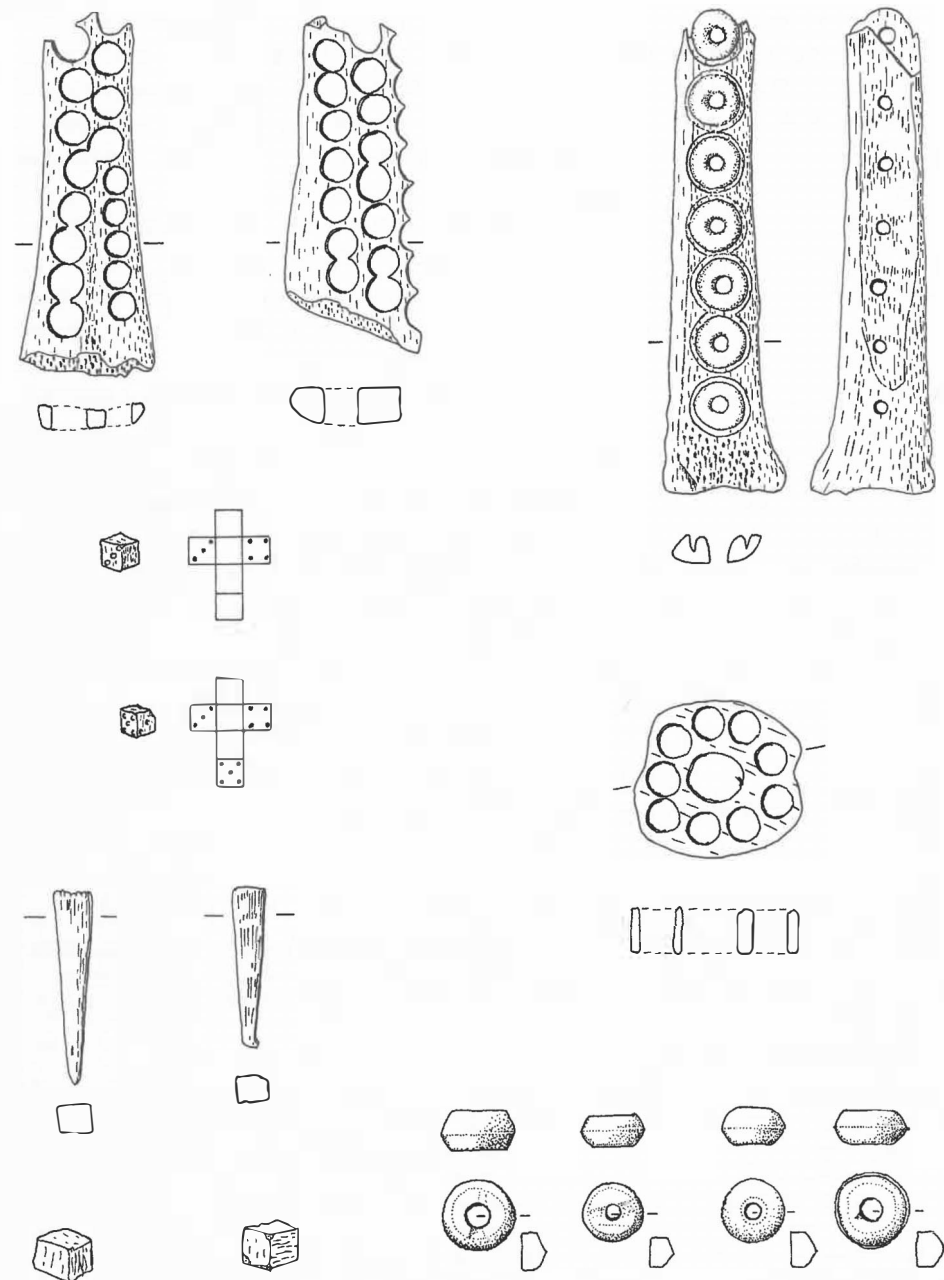


Abb. 2: Konstanz. Beinstreifen mit Produktionsspuren, Halbzeuge und Perlen für Paternosterschnüre und Würfel, nach *J. Oexle* (s. A 24), S. 455 ff., Umzeichnung: *C. Moor*.

Kleidertruhe, die 1525 während des Bauernaufstandes auf der Burg Mandelberg bei Böisingen (Kreis Freudenstadt) verbrannte und uns außer Stecknadeln und einem Fingerhut wappenverzierte Gewandappliken aus Buntmetall überlieferte,²⁹ stets werden außer den Antiquitäten, die schon für sich genommen oft einen hohen künstlerischen Wert besitzen, auch Beziehungen erkennbar, die aus anderen Quellen nicht, zumindest aber nicht in dem Maße hervorgehen.³⁰

Für die Gewinnung eines umfassenden Geschichtsbildes aus Archäologie und den übrigen Arten von Quellen gibt es drei grundsätzliche Möglichkeiten:³¹

1. Das Geschichtsbild resultiert im wesentlichen aus den Schriftquellen; der archäologische Befund tritt als Ergänzung hinzu (z. B. bei vielen Kirchen oder Klöstern, wo normalerweise der Baubestand eine herausragende Rolle spielt).
2. Archäologische und schriftliche Quellen tragen etwa je hälftig zum Gesamtbild bei, ergänzen und kontrollieren sich gegenseitig (z. B. Wasserburg Eschelbronn: Der natürliche Sohn Friedrichs des Siegreichen Ludwig von Bayern erwirbt 1485 die Burg, und danach setzt eine umfassende Erneuerung ein, die auch archäologisch gut belegt ist).³²
3. Die archäologischen Quellen tragen im wesentlichen das Gesamtbild, alle übrigen haben Ergänzungsfunktion. (Dies gilt z. B. für die Frühphasen vieler Städte und Dörfer und besonders für die meisten Wüstungen, über deren Werden und Vergehen Schrift- und Bildquellen nur selten Auskunft geben.)³³

Die Übergänge zwischen den einzelnen Stufen sind selbstverständlich fließend, und man wird vereinfachend sagen dürfen, daß mit Abnahme der Schriftquellen die Bedeutung der archäologischen Quellen zunimmt. Zum Methodischen ist festzuhalten, daß jede Disziplin zunächst ihre Quellen bearbeiten muß und erst dann an den Vergleich mit den Ergebnissen der andern gehen kann, um Zirkelschlüsse zu vermeiden.

²⁹ D. Lutz, Erste Ergebnisse der Grabungen in der Ruine Mandelberg bei Böisingen (Schwarzwald), in: Arch. Korrespondenzbl. 13 (1983), S. 409–413.

³⁰ So konnte U. Gross, Heidelberg, in seiner noch ungedruckten Dissertation »Bemerkungen zur mittelalterlichen Keramikentwicklung im Raum zwischen Schwäbischer Alb und Neckarmündung« nachweisen, daß bestimmte Stücke der rotbemalten Feinware nur im Umkreis adeliger Sitze auftreten.

³¹ W. Janssen (s. A 6), S. 141 ff.

³² D. Lutz (s. A 19), bes. S. 208.

³³ Genannt seien nur drei Beispiele: G. P. Febring, Grabungen in Siedlungsbereichen des 3. bis 13. Jahrhunderts sowie an Töpferöfen der Wüstung Wülfigen am Kocher, in: Château Gaillard 3, 1966, S. 48–60; H. Schäfer, Die abgegangene Siedlung Dunkerod, Gemeinde Niederstetten-Adolzhausen, Main-Tauber-Kreis, in: Denkmalpflege in B.-W. 6, 1977, S. 70–75; G. P. Febring / D. Lutz, Archäologische Grabungen im Bereich der Dorfwüstung Zimmern auf der Gemarkung Stebbach, Kreis Sinsheim, I. Kampagne 1968, in: Zs. f. Gesch. d. Oberrheins 117 (1969), S. 357–366; D. Lutz, Archäologische Grabungen im Bereich der Dorfwüstung Zimmern auf Gemarkung Stebbach, Kreis Sinsheim. Vorläufiger Bericht über die zweite Kampagne 1969, in: Zs. f. Gesch. d. Oberrheins 118 (1970), S. 57–66; A. Schäfer, Die Wüstung Zimmern auf Gemarkung Stebbach. Zur Identifizierung des ausgegrabenen Dorfes, in: Zs. f. Gesch. d. Oberrheins (117), 1969, S. 367–374.

Die Verknüpfung und gegenseitige Ergänzung schriftlicher und archäologischer Quellen läßt sich an einem einfachen Beispiel schlaglichtartig zeigen. Die Burg Mandelberg bei Böisingen, Gemeinde Pfalzgrafenweiler, Lkr. Freudenstadt, war um 1430 ziemlich heruntergekommen und wohl unbewohnt. Markgraf Bernhard von Baden hatte sie 1431 an Heinrich von Neipperg mit der Auflage verliehen, sie in baulich guten Stand zu bringen und zu bewohnen. Die Auflage wurde offensichtlich nicht erfüllt, denn sie wird 1436 verbunden mit der Setzung einer Frist von einem Jahr wiederholt. Auch dies scheint nichts genutzt zu haben, weshalb der Markgraf 1438 das Lehen einzieht und an Georg von Ow weitergibt. Dagegen klagt der Neipperger vor dem Lehengericht in Ettlingen, verliert jedoch den Prozeß. Danach erfahren wir aus den Schriftquellen bis zum Untergang der Burg im Jahr 1525 nichts mehr.³⁴

Hier hilft uns der Grabungsbefund entschieden weiter. Die Burg wird, wie Baureste und Funde zeigen, im 15. Jahrhundert gründlich erneuert und durch die Anlage eines mit Türmen verstärkten Zwingers an die neuen fortifikatorischen Gegebenheiten angepaßt. Hierzu gehörte auch die Erstellung eines großen Wohnbaues, der bis 1525 benutzt wurde, wo er während des Bauernaufstandes in Flammen aufging.³⁵

Während jede der beiden Informationen für sich genommen wenig Möglichkeiten bietet, zu neuen Aussagen zu gelangen, mag das Beispiel doch veranschaulichen, wie Archäologie und Landesgeschichte zum gegenseitigen Nutzen zusammenwirken können. Dies gilt erst recht, wenn die Verhältnisse nicht so einfach sind wie bei diesem Beispiel.

4. Die archäologischen Quellen

Wenden wir uns den Quellen zu, aus denen die Mittelalterarchäologie schöpft, so ist zuerst festzustellen, daß es sich um eine Quellengattung *sui generis* handelt, die prinzipiell gleichrangig neben den übrigen Quellen der Geschichtswissenschaft steht.³⁶ Der manchmal noch zu beobachtende Gegensatz in der Bewertung archäologischer und anderer Quellen ist im Grunde unsinnig, da der Historiker generell jede Quelle auf ihre Aussagemöglichkeit prüfen und für die Erarbeitung des Geschichtsbildes heranziehen muß. Ebenso müßte die Verwendung der archäologischen Quelle als Schmuck oder Beiwerk, wie er vielfach bei heimatkundlicher Literatur leider immer noch vorkommt, dem ernsthaften Historiker längst zu wenig sein, da er auf diese Art eine mögliche Basis gesicherter Aussagen weit unter Wert abgibt. Gleiches gilt in umgekehrter Richtung auch für den Mittelalterarchäologen, der, im Bestreben, seinen Befunden ein sicheres Datengerüst zu

³⁴ G. Wein, Burg Mantelberg an der Waldach, in: Freudenstädter Beitr. z. gesch. Landesk. zw. Neckar, Murg und Kinzig 1 (1976), S. 31–44.

³⁵ D. Lutz, Die Ruine Mandelberg bei Böisingen im nördlichen Schwarzwald, in: Château Gaillard 12, 1984, S. 127–141.

³⁶ Vgl. hierzu W. Schlesinger (s. A 6), bes. S. 7f.

geben, leider immer wieder der Versuchung erliegt, diese in unkritischer Weise mit Schriftquellen zu verknüpfen.³⁷

An der Spitze der archäologischen Quellen stehen die auf uns gekommenen Monumente, da sie – ungestörte Erhaltung vorausgesetzt – ihren Aussagewert am reinsten bewahrt haben. Neben ihrem Quellenwert ist mit ihnen ein hoher Anschauungswert für weiteste Bevölkerungskreise verbunden, der sie zu einem besonders schätzenswerten Teil unserer Kulturlandschaft macht.

Hierzu gehören zunächst alle Arten und Reste bestehender und abgegangener Siedlungen von der Großstadt bis zum verschwundenen Einzelhof, einschließlich der darin vorhandenen Bauten jeder Art. Eng damit verbunden sind die Reste von Bodennutzung, Rohstoffgewinnung und Warenproduktion, ob es sich nun um Altäcker, Feldeinteilungen, Erzgänge, Glashütten, Mühlen oder den Abfall einer Schusterwerkstatt handelt, um – *pars pro toto* – einige zufällig herausgegriffene Beispiele zu nennen. Verbunden werden beide Gruppen durch die Reste mittelalterlicher Verkehrserschließung wie zum Beispiel Altstraßen, Hohlwege, Brücken, Kanäle usw. Diesen unmittelbar zugeordnet sind Herbergen, Hospitäler, Zollstellen, Landtürme und ähnliche. Die »Bekrönung« mittelalterlichen Lebens überhaupt bilden Anlagen der Sicherung und Verteidigung, die wiederum von Stadtbefestigungen über Höhenburgen zu Ringwällen, Landwehren, Linienwerken und Warttürmen ein kaum zu überblickendes Spektrum aufweisen (vgl. Abb. 3).

Diese erste Kategorie kann im Grunde genommen ohne weitere Erschließung, sieht man einmal von einer genauen Vermessung und Beschreibung ab, in die Betrachtung der verschiedenen Bereiche der Geschichtswissenschaft einbezogen werden, was deshalb auch seit langem gang und gäbe ist. Daraus haben vor allem Orts- und Landesgeschichte sowie Bau- und Kunstgeschichte erheblichen Gewinn gezogen.

Wesentlich anders wird die Situation, wenn es darum geht, durch Prospektion und Grabung neue Quellen zu erschließen, worin einer der Schwerpunkte jeder Archäologie besteht. Neben dem Schutz der Quellen (= Bodendenkmale) und ihrer Pflege ist es eine der Hauptaufgaben der Mittelalterarchäologie in der Denkmalpflege, neue Quellen zu erheben und der Forschung zugänglich zu machen. Sie hat diese Chance in der Vergangenheit bereits in großem Umfang genutzt und wird sie in Zukunft noch stärker nutzen müssen. Hierin besteht ein wichtiger Unterschied zur »klassischen Mediävistik«, deren Quellenbestand allenfalls noch durch zufällige Entdeckungen geringfügig vermehrbar ist. Die durch Prospektion und Grabung zu gewinnenden Quellen bedürfen des sichtenden und

³⁷ In neuerer Zeit hat dies *K. List* am Beispiel des ehem. Klosters Schuttern in mehreren Aufsätzen beinahe exemplarisch vorgeführt. *K. List*, Die frühe Geschichte des Reichsklosters Schuttern. Ergebnisse der Grabungen 1972–1975, in: *Die Ortenau* 58 (1978), S. 96–115; *ders.*, Die Reichs- abtei Schuttern. Ergebnisse der Grabungen in den Jahren 1972 bis 1975, in: *Denkmalpflege in B.-W.* 4, 1975, S. 107–116; *ders.*, Offoniscella – Kloster Schuttern, eine merowingische Gründung in römischen Ruinen, in: *Arch. Korrespondenzbl.* 9 (1979), S. 119–130; *ders.*, Kreuzkirche und Offo-Verehrung im Kloster Schuttern, in: *Freiburger Diözesanarchiv* 101 (1981), S. 5–19.

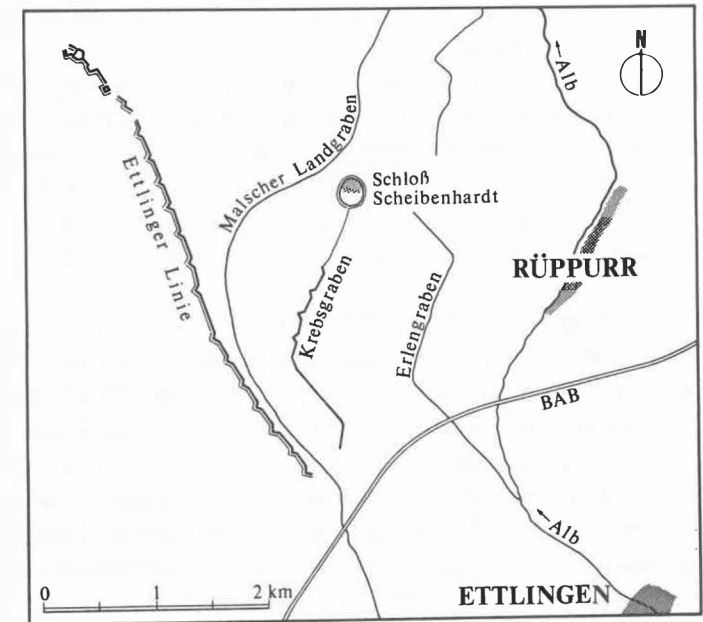


Abb. 3: Übersichtsplan der Ettlenger Linien zwischen Ettlingen und Karlsruhe. Die zu Beginn des 18. Jahrhunderts entstandenen Befestigungen sind in wesentlichen Teilen gut erhalten, Zeichnung: *Th. Schwarz*.

wertenden Sachverstandes des Ausgräbers, das heißt: ein a priori nicht vorhandenes Element der Subjektivität tritt hinzu, das, wie bei jeder Quelleninterpretation, beachtet werden muß.³⁸

Im Idealfall zeichnen sich die aus Grabungen gewonnenen Quellen vor allem durch absolute Tatsächlichkeit, vielfach große Anschaulichkeit und tendenzfreie Tradition aus. Gerade der letzte Gesichtspunkt verdient hervorgehoben zu werden, da er sonst bei keiner Quellengattung in diesem Maße anzutreffen ist. Dennoch soll an dieser Stelle nicht verschwiegen werden, daß die Überlieferung durchaus ausschnittshaft ist und selbst für rein archäologische Fragen vielfach nur begrenzte Aussagen erlaubt.³⁹ Beleuchtet werden in erster Linie zahlreiche Bereiche mittelalterlicher Alltäglichkeit, die durch andere Quellen selten, und wenn, dann nur unzureichend, zu erfassen sind. Sie verdeutlichen mit ihren

³⁸ Vgl. hierzu in Auswahl: *H. Borger*, Möglichkeiten und Grenzen der Archäologie des Mittelalters, dargestellt am Beispiel Xanten, in: *Frühma. Studien* 2 (1968), S. 252–277; *M. de Bouard*, Manuel d'Archéologie médiévale. De la fouille à l'histoire. Regards sur l'histoire, Paris 1975; *P. Grimm*, Der Beitrag der Archäologie für die Erforschung des Mittelalters, in: *Probleme des Frühmittelalters in arch. u. hist. Sicht*, hrsg. von *H. A. Knorr*, Berlin 1966, S. 39–74.

³⁹ Dies belegt jede mehrperiodige Siedlungsstelle, da auf ihr beinahe zwangsläufig jüngere Strukturen die Überbleibsel der älteren beeinträchtigen oder beseitigen; vgl. *P. Marzolf*, Die neuen Grabungen in St. Michael auf dem Heiligenberg, in: *Forschungen und Berichte* (s. A 20) 8, 1983, S. 57–78, bes. 63 ff.

Schichtfolgen und den darin enthaltenen Gegenständen Abläufe, die die sonstigen Quellen allenfalls punktuell erhellen.⁴⁰

Jede Grabung vervielfacht die Information über den jeweiligen Untersuchungsgegenstand und bietet einen Facettenreichtum an Aussagemöglichkeiten, der bisher nur in den seltensten Fällen wirklich ausgeschöpft wurde, ja zum Teil mit herkömmlichen Mitteln bereits nicht mehr ausschöpfbar ist.⁴¹ Das zeigen zum Beispiel die laufenden Grabungen in Konstanz, wo in einem einzigen Jahr Grabungstätigkeit rund 200 000 Fundstücke geborgen wurden, etwa das zwanzigfache dessen, was in den hundert Jahren davor zutage kam.⁴²

Mit dieser Bemerkung möchte ich überleiten zur dritten Kategorie archäologischer Quellenerschließung: der Publikation oder Materialvorlage. Da jede Grabung systembedingt mit der teilweisen oder völligen Zerstörung der Quelle verbunden ist, ist ihre Erschließung erst mit der Publikation von Befunden und Funden abgeschlossen. Welche »Schätze« in den Archiven und Magazinen von Museen und Denkmalämtern ruhen, die einer interessierten Landesgeschichtsforschung auf manche Frage Antwort geben könnten, mag eine schlichte Zahl belegen. Allein beim Landesdenkmalamt Baden-Württemberg werden Grabungserträge aus dem Tätigkeitsfeld der Mittelalterarchäologie für mehr als 120 Arbeitsjahre aufbewahrt. Ihre Zahl nimmt, bedingt durch ständig steigende Grabungserfordernisse, zu und nicht ab.

Bei allem Wert archäologischer Quellen muß der selbstkritische Archäologe auch ihre Grenzen kennen. So wichtig ihre Aussagemöglichkeiten für alle Bereiche mittelalterlicher Sachkultur vom einfachen Eßnapf aus Holz bis zur kompliziertesten Schichtenfolge des Siedlungsablaufes einer Burg oder Stadt sind, darf doch nicht verschwiegen werden, daß der handelnde Mensch und seine Motive auf diese Art kaum zu fassen sind. Auch der gesamte Bereich des geistigen Lebens kann durch archäologische Betrachtung allenfalls in seinen äußeren Erscheinungsformen erschlossen werden.

An dieser Stelle wird die Verbindung zur aus Schriftquellen schöpfenden Geschichtswissenschaft deutlich und die gegenseitige Abhängigkeit unmittelbar einleuchtend. Man kann deshalb mit einiger Berechtigung sagen, daß beide Disziplinen heute auf weite Strecken nicht mehr ohne einander auskommen können. Deshalb sollte man sich keinesfalls zu dem Schluß verleiten lassen, den vor wenigen Jahren noch H. Jankuhn zog, daß nämlich »die Ablösung archäologischer Arbeitsweisen durch historische primär eine Frage der Quellenslage« sei.⁴³ Nicht die gegenseitige Ablösung ist das Problem, sondern die ergänzende Zusammenarbeit.

⁴⁰ Erinnert sei an die zahllosen Erstnennungen von Orten, die in der Regel ein zufälliges Ereignis belegen, jedoch so gut wie nie den davor liegenden Entstehungsprozeß illustrieren.

⁴¹ Hier werden auf Dauer nur rechnergestützte statistische Auswertungsmethoden, die sich allenthalben im Entwurfs- oder Erprobungsstadium befinden, helfen können, die enormen Fundmengen einigermaßen sachgerecht zu bearbeiten.

⁴² J. Oexle, Die Grabungen ... (s. A 23), S. 228–235.

⁴³ H. Jankuhn (s. A 13), S. 8.

5. Zustand und Bedrohung der Quellen

Der Zustand der Quellen der Mittelalterarchäologie ist durchaus unterschiedlich. Neben gut erhaltenen Monumenten im Wald oder in geschütztem Gelände finden wir solche, die in Auflösung begriffen oder bereits weitgehend verschwunden sind und sich gerade noch dem geschulten Auge zu erkennen geben. Am Ende der Skala stehen dann diejenigen, die obertägig nicht mehr zu erkennen sind und allein durch Luftaufnahmen (s. Abb. 1),⁴⁴ naturwissenschaftliche Prospektionsmethoden⁴⁵ oder Grabungen erschlossen werden können.

Dazu gehören vor allem Siedlungen jeder Art und hier wiederum insbesondere die bestehenden Orts- und Stadtkerne, die wir geradezu als Stadtarchive unter dem Boden ansehen können, da sie speziell für jene Zeiträume Auskünfte erteilen können, für die die klassischen Archive kaum Material bereit halten, nämlich die Frühzeit aller Siedlungen.⁴⁶ Ihr Zustand ist besonders beklagenswert, da sie seit dem Beginn des 19. Jahrhunderts ständig zunehmenden Gefährdungen ausgesetzt sind. Neben den herkömmlichen Straßenausbau traten Leitungsbauten jeder Art und, vor allem im Zuge der Siedlungserweiterung und der verstärkten Nutzung innerörtlicher Flächen, Baumaßnahmen bisher unbekanntem Umfangs.⁴⁷

Den Höhepunkt in dieser Hinsicht bilden jedoch die sogenannten Sanierungen und die damit verbundenen Veränderungen der Infrastruktur. Betrachten wir hierzu Baden-Württemberg etwas genauer, können wir folgendes feststellen: Bis und um 1500 gibt es im Land nach Ausweis des Historischen Atlas' von Baden-Württemberg etwa 300 Städte.⁴⁸ Dieser Zahl stehen Mitte 1985 mindestens 700 förmlich ausgewiesene und staatlich geförderte Sanierungsgebiete in Städten und Dörfern gegenüber, wobei in manchen Orten mehrere Bereiche gleichzeitig ausgewiesen sind. Nach Aussage des Innenministeriums sollen in den kommenden Jahren jeweils rund 80 Stadterneuerungsmaßnahmen zusätzlich in die Förderung aufgenommen werden. Damit wird die Zahl der geförderten Stadterneuerungsgebiete bis 1990 auf über 1100 ansteigen.⁴⁹ Das heißt vor allem aber auch, daß es

⁴⁴ O. Braasch (s. A 15).

⁴⁵ Literaturhinweise vgl. D. Lutz, Bibliographie zur Archäologie des Mittelalters in Baden-Württemberg 1945–1980, in: ZAM 9 (1981), S. 189 f., Nr. 1 768 ff.

⁴⁶ So sind z. B. die Gründungsphasen und frühen Entwicklungsstufen aller im Hist. Atlas Baden-Württemberg, Stuttgart 1972 ff. auf den Karten IV, 6 bis IV, 9 verzeichneten mittelalterlichen Städte mehr oder minder unbekannt, um nur ein willkürlich herausgegriffenes Beispiel zu nennen.

⁴⁷ Beispielhaft wurde dies bereits 1972 in England herausgearbeitet: The Erosion of History, Archaeology and Planning in Towns. A Study of historic towns affected by modern development in England, Wales and Scotland. London 1972.

⁴⁸ Hist. Atlas von Baden-Württemberg, Karte IV, 4, Städte des Mittelalters, Stuttgart 1973.

⁴⁹ Innenministerium Baden-Württemberg, Presseinformation vom 18. Juli 1985; sowie: Wohnungs- und Städtebauprogramm 1985/1986. Leitlinien der Förderprogramme für den Wohnungsbau, die Stadtkernerneuerung und die Denkmalpflege. Hrsg. vom Innenministerium Baden-Württemberg, August 1985; Stadterneuerung – Wohnungsbau – Denkmalpflege 1987/1988. Leitlinien der Förderprogramme, hrsg. vom Innenministerium Baden-Württemberg, Sept. 1986.

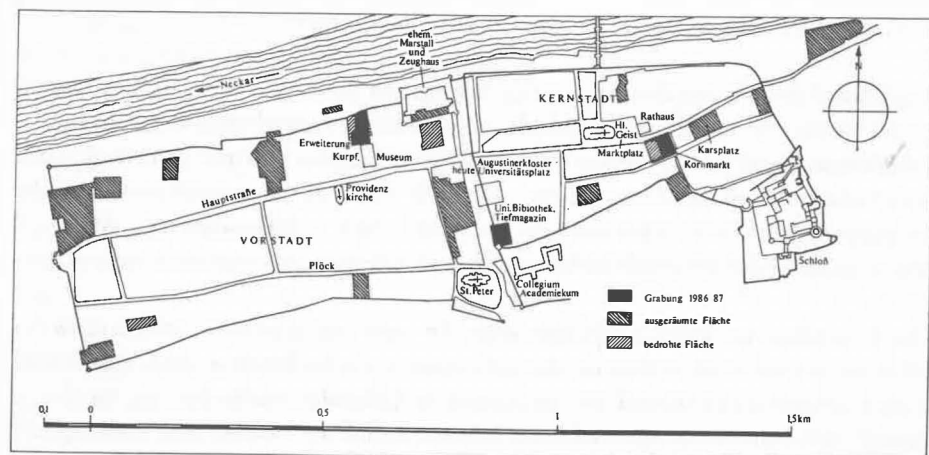


Abb. 4: Heidelberg. Mittelalterlicher Stadtkern mit Erweiterung des 15. Jahrhunderts und Schloß; gekennzeichnet sind die Bereiche, die bereits in der Vergangenheit so stark verändert wurden, daß Aussagen zur Stadtgeschichte nicht mehr möglich oder durch Planungen unmittelbar bedroht sind. Zeichnung: C. Moor.

rund 1000 innerörtliche Bereiche mit verstärkter Tiefbauaktivität und damit erhöhter Bedrohung archäologischer Quellen geben wird.

Seit Einrichtung einer Mittelalterarchäologie in der Denkmalpflege Baden-Württembergs im Jahre 1962 fanden günstigstenfalls in 20 Städten Grabungen mit siedlungsgeschichtlichen Fragestellungen statt. Das heißt in knapp 7% des Bestandes um 1500. In weiteren 15 bis 20 Städten wurden bei Baumaßnahmen Beobachtungen gemacht, die zum Teil stadthistorisch verwertbare Aufschlüsse und Ergebnisse brachten. Fassen wir zusammen, so stellen wir fest, daß gerade in etwas mehr als 10% aller Städte Baden-Württembergs in den letzten 25 Jahren überhaupt archäologische Beobachtungen gemacht wurden. Zu den Dörfern, in denen die Veränderungen teilweise mindestens ebenso schlimm sind, möchte ich lieber nichts sagen.⁵⁰ Diese Beobachtungen sind beinahe durchweg recht lückenhaft und können deshalb nur mit großen Vorbehalten als dem Stand der Wissenschaft entsprechend bezeichnet werden.

Sieht man bedeutende mittelalterliche Städte wie Konstanz oder Heidelberg etwas näher an, ergeben sich folgende Verhältnisse: Heidelberg hatte vor 1600 eine besiedelte Fläche von ca. 60 Hektar (vgl. Abb. 4), die trotz der Zerstörung der Stadt im Pfälzischen Erbfolgekrieg 1692/93, bei der auch wesentliche Teile der städtischen Archivalien zugrunde gingen, in ihrer archäologischen Substanz bis nach dem Zweiten Weltkrieg weitgehend erhalten geblieben ist. Seit Einsetzen größerer, flächenübergreifender Pla-

⁵⁰ Für Kenner sei hier an die Anfang der 70er Jahre bundesweit gepriesenen Orte Stebbach, Gem. Gemmingen, Kr. Heilbronn und Kürnbach, Kr. Karlsruhe erinnert.

nungen und Baumaßnahmen etwa ab 1960 wurden mindestens vier Hektar archäologisch relevanter Fläche völlig zerstört, was knapp 7% des Bestandes bedeutet.⁵¹ Von dieser Fläche wurden wiederum, selbst bei Anlegen großzügiger Maßstäbe, allenfalls 0,3 Hektar archäologisch untersucht, was maximal 7,5% der Gesamtverlustfläche oder ca. fünf Promille der mittelalterlichen Stadt entspricht. 1986 und in folgenden Jahren sind allein in Heidelberg Bodeneingriffe auf mehr als einem weiteren Hektar Fläche geplant, wobei vorzugsweise Plätze zur Debatte stehen, die seit Jahrhunderten nicht bebaut waren, und deshalb besonders gute Erhaltungsbedingungen für Geschichtszeugnisse unter dem Boden bieten. Weitere Flächen werden sicher hinzukommen, wie die letzten Monate bereits gezeigt haben. Seit September 1986 muß in Heidelberg allein an drei Stellen auf einer Fläche von ca. 6000 m² (= 0,6 ha) gegraben werden, wobei die zeitlichen Vorgaben so knapp bemessen sind, daß von Anfang an wenig Aussicht besteht, die vermuteten Befunde angemessen zu erheben.⁵² Der ebenfalls ins Spiel gebrachte Gedanke der Freihaltung wenigstens eines Platzes als archäologisches Reservat hatte von vornherein keine Chance, in die Tat umgesetzt zu werden.⁵³

Im flächenmäßig etwas kleineren, im Mittelalter möglicherweise jedoch sicher bedeutenderen Konstanz (um 1500 ca. 50 Hektar überbauter Fläche)⁵⁴ wurden seit 1945 mindestens 2,5 Hektar, das entspricht 5% der gesamten Altstadtfläche, so verändert, daß sie stadthistorisch keine Aussage mehr erlauben. Hier hat das Landesdenkmalamt seit 1983 in konzentriertem, überproportionalem Einsatz knapp 0,5 Hektar Fläche in verschiedenen Teilen der Altstadt untersucht.⁵⁵ Dabei zeigte sich in wenigen Jahren und auf einer Fläche, die ungefähr einem Prozent des Stadtareals um 1500 entspricht, welche beinahe überwältigende Menge an Informationen und Lebenszeugnissen aller Art im Boden einer mittelalterlichen Stadt stecken kann. Es sind vor allem Befunde, die bisher schwer oder nicht erklärbare Fragen der Siedlungsentwicklung (Landgewinnung, seeseitige Stadtmauer usw.), der Frühgeschichte (röm. Kastell, früheste mittelalterliche Besiedlung nördlich des Münsters usw.) einer Beantwortung näher und damit die seit langem festgefahrene Diskussion mit neuen Argumenten wieder in Gang bringen können.

⁵¹ Diese Schätzung wurde im Sommer 1984 ohne Berücksichtigung kleinerer (meist privater) Bodeneingriffe und aller Veränderungen in den Straßen aufgestellt. Inzwischen wurden mehrere neue Großprojekte in Angriff genommen, die damals noch nicht absehbar waren. Vgl. D. Lutz (s. A 5), S. 80f.

⁵² D. Lutz (s. A 23).

⁵³ Weder das Regierungspräsidium Karlsruhe als obere Denkmalschutzbehörde noch die Stadt Heidelberg als Eigentümerin des Kornmarktes waren bereit, zugunsten der Reste des um 1555 aufgelösten kurfürstlichen Spitals auf den Bau einer Tiefgarage zu verzichten. Das geordnete Parkieren in der Innenstadt wurde einhellig als das höhere Rechtsgut angesehen und das Bauvorhaben nach der grundsätzlichen Freigabe am 18. Februar 1986, am 10. April 1986 vom Regierungspräsidium Karlsruhe genehmigt.

⁵⁴ Historischer Atlas von Baden-Württemberg, Karte IV, 7,1.

⁵⁵ J. Oexle, Stadtkernarchäologie ... (s. A 23); dies., Archäologische Untersuchungen (s. A 23); dies., Stadtkernarchäologie ... (s. A 18).

Durch Planungen, die teilweise sofort oder doch in allernächster Zeit in die Tat umgesetzt werden sollen, sind in Konstanz ca. 2 Hektar stadthistorisch außerordentlich bedeutsamer Flächen akut bedroht. Es handelt sich um Bereiche auf dem Münsterhügel und in den angrenzenden Stadtvierteln, die für die Entwicklungsgeschichte der Stadt wesentliche Schlüssel enthalten können.⁵⁶ Eine angesichts der immensen Bedeutung der Stadt während des gesamten Mittelalters dringend gebotene archäologische Untersuchung dieser Flächen würde beim derzeitigen Personalstand zwischen sechs und zwölf Jahre Grabungszeit erfordern, was angesichts der Terminvorstellungen der verschiedenen Bauherren kaum durchzusetzen sein dürfte. Dessen ungeachtet bestünde hier die einmalige Möglichkeit, zu verschiedenen Fragen der Stadtgeschichte aussagefähiges Material beizubringen, das aus anderen Quellen nicht mehr zur Verfügung steht.

Diese beiden in keiner Weise negativen Beispiele lassen folgendes sehr deutlich erkennen:

1. Neben den Altverlusten aus der Zeit vor 1945 und bis um 1970 gibt es eine »sanierungsbedingte« Verlustrate, die an verschiedenen Orten des Landes bezogen auf die mittelalterlichen Siedlungskerne die 10%-Marke bereits deutlich überschritten hat.
2. Umfang und Geschwindigkeit sowohl der Bedrohung als auch der Verluste steigen in jüngster Zeit erheblich und werden in Zukunft bei zunehmenden Investitionen in den Kerngebieten der Städte weiter steigen.
3. Bezogen auf die bedrohten und im Untergehen begriffenen Gebiete liegt die Untersuchungsrate unter 1% oder anders ausgedrückt: Mehr als 99% aller siedlungsgeschichtlich relevanten Bodeneingriffe erfolgen ohne sachgemäße archäologische Betreuung.
4. Mit diesen baulichen Maßnahmen ist oft ein Strukturwandel verbunden, der eindeutig nivellierenden Charakter hat und dazu führt, daß die jeweiligen Orte kaum noch als eigenständige Siedlungen zu erkennen sind.

Vor dem Hintergrund dieser Beispiele gewinnt eine Meldung aus dem Pressedienst des Innenministeriums Baden-Württemberg vom Juli 1985 neue Bedeutung.⁵⁷ Darin teilt der Herr Innenminister mit: »Mehr als 4 Mrd. DM für die Verbesserung unserer gebauten Umwelt sind zugleich wichtiger Beitrag zur Konsolidierung der Bauwirtschaft.«

Die vorgesehenen Mittel verteilen sich auf folgende Programme:

- | | |
|--|-----------------------|
| 1. Zweites mittelfristiges Programm für Stadt- und Dorfentwicklung, 1985–1990, | mindestens 3 Mrd. DM. |
| 2. Stadtqualitätsprogramm, 1986–1992, | 500 Mio. DM. |
| 3. Denkmalnutzungsprogramm, 1986–1991, | 250 Mio. DM. |
| 4. Stadtstrukturprogramm, 1987–1991, | 250 Mio. DM. |

⁵⁶ *H. Maurer*, Konstanz als ottonischer Bischofssitz. Zum Selbstverständnis geistlichen Fürstentums im 10. Jh. in: Veröff. des Max-Planck-Inst. f. Gesch. 29, Göttingen 1973.

⁵⁷ Pressemitteilung des Innenministeriums Baden-Württemberg vom 18. Juli 1985.

Da diese Programme, wie vom Ministerium zurecht betont wird, einen Multiplikationseffekt haben, wird allein durch sie ein jährliches Bauvolumen von mindestens 1,2 bis 1,3 Mrd. DM in zumeist denkmalpflegerisch und archäologisch bedeutsamen innerörtlichen Bereichen aktiviert. Rechnet man die normale Bautätigkeit, wie zum Beispiel Wohnungs-, Geschäfts- und Straßenbau, die gerade hier wiederum besonders stark ist, hinzu, kommt man leicht auf eine doppelt so hohe Summe. Das heißt: wir müssen mit mehr als 2,5 Mrd. DM jährlichem Bauvolumen in Bereichen rechnen, die überdurchschnittlich viele und für die Entwicklung des Landes im Mittelalter und der frühen Neuzeit besonders wertvolle archäologische Denkmale enthalten. Selbst wenn weniger als die Hälfte der aufgewandten Mittel direkt oder indirekt zu Bodeneingriffen führen, bleibt noch immer ein Bauvolumen von mehr als 1 Mrd. DM jährlich, das nach entsprechender archäologischer Betreuung verlangt.

Diesem Sachverhalt steht eine Mittelalterarchäologie in der archäologischen Denkmalpflege des Landes Baden-Württemberg gegenüber, deren reguläres Arbeitspotential zwischen 20 und 25 Mitarbeitern und 1,0 bis 1,5 Mio. DM Jahresetat pendelt. Das bedeutet, daß auf 1000 DM, die für Erdbaumaßnahmen in archäologisch hochbrisanten Zonen eingesetzt werden, bei sehr optimistischer Schätzung maximal eine deutsche Mark zur Verfügung steht, die zur Rettung und Auswertung eben dieser Geschichtszeugnisse eingesetzt werden kann. Wenn man dann noch weiß, daß Förderprogramme meist kurzfristig beschlossen und rasch abgewickelt werden,⁵⁸ kann man ermessen, welche Chancen einer archäologischen Denkmalpflege bleiben, unvermeidbare Substanzverluste auch nur einigermaßen angemessen zu betreuen.

So gesehen ist das, was in den Städten und Dörfern des Landes zur Zeit geschieht, bezogen auf die archäologischen Quellen schlimmer als alle Brände und Kriege der Vergangenheit zusammengenommen, und das Schlagwort von der archäologischen Wüste in der Bundesrepublik hat einen durchaus realen Hintergrund.⁵⁹ Um es für Archivkenner und -freunde plastisch auszudrücken: Die Situation ist etwa so, als ob es in ca. 90% der Archive des Landes gleichzeitig mehr oder minder heftig brennen würde und die Feuerwehr bestünde landesweit aus einer Truppe von 20 bis 30 Leuten, die zudem noch mit allen Mitteln am Erscheinen auf dem Brandplatz gehindert würden. Das mag übertrieben klingen, ist aber streng genommen nur eine blasse Schilderung der tatsächlichen Verhältnisse.

Dieser Beitrag verfolgt beileibe nicht den Zweck, ein altbekanntes Klagegedicht zu wiederholen. Er wurde vielmehr in der Absicht geschrieben, die auch betroffenen Historikerkollegen und alle an Landesgeschichte Interessierten und für sie Verantwortlichen von einem

⁵⁸ So sind z.B. alle Programme, die nach 1984 gestartet wurden, mit sehr kurzen Laufzeiten ausgestattet, da mit ihnen eine rasche Verbesserung der Situation der Bauindustrie erreicht werden sollte.

⁵⁹ *H. Berger* als Vorsitzender des Verbandes der Landesarchäologen in der Bundesrepublik Deutschland am 24. November 1979 in der Nürnberger Zeitung.

drohenden beziehungsweise längst eingetretenen Verlust zu unterrichten. Dies erscheint um so dringlicher, da sich wohl nicht ganz zufällig bei den meisten in der Denkmalpflege tätigen Mittelalterarchäologen der Eindruck festgesetzt hat, als hätten viele in der historischen Landesforschung tätigen Personen und Einrichtungen diese Gefahr noch nicht zur Kenntnis genommen. Sie sollten sich darüber klar werden, daß auch ihre Quellen unwiederbringlich beseitigt werden und damit Zeugnisse von unschätzbarem Wert verloren gehen. Es genügt eben nicht, die Geschichte über dem Erdboden notdürftig zu bewahren und darüber die Wurzeln zu vergessen oder – schlimmer noch – zu vernichten. Geschichte kann nur als Ganzes verstanden und bewahrt werden.

Walter Haas

Wandlungen in der Denkmalpflege¹

Denkmalpflege hat die immer gleiche Aufgabe, das Überkommene zu bewahren. Sie ist also ihrem Wesen nach unwandelbar – so jedenfalls die weit verbreitete Meinung. Deshalb wird ein Denkmalpfleger, der nicht immer genau das tut und fordert, was seine Vorgänger und er selbst seit eh und je getan und gefordert haben, leicht schief angesehen. Er ist fast so unglaublich wie ein Polizist, der stiehlt oder ein Pfarrer, der unkeusch lebt.

Doch ich behaupte nicht nur, der Denkmalpfleger *darf* sich wandeln, sondern sogar, die Denkmalpflege *muß* sich wandeln. Das ist weder Zugeständnis an menschliche Unvollkommenheit noch Ruf zur Besserung. Das ist Ausdruck des Wesens der Denkmalpflege.

Ja, Denkmalpflege hat das aus der Vergangenheit stammende kulturelle Erbe zu pflegen und zu bewahren. Aber daß man ein Gebäude (ich beschränke mich hier auf die Baudenkmalpflege, sie ist ein hinreichend weites Feld!) erhält, solange es seinen Zweck erfüllt, ist doch nur selbstverständlich. Denkmalpflege, von der sich hier zu sprechen lohnt, beginnt erst da, wo diese Selbstverständlichkeit aufhört. Eine Grundvoraussetzung jeder Denkmalpflege ist außerdem das Bewußtsein, daß Werke vergangener Zeit unwiederholbar und also auch unwiederbringlich sind.

Der Denkmalpfleger handelt nicht im eigenen Interesse (obwohl ihn natürlich interessiert, was er tut), sondern er erfüllt einen Auftrag. Es geht hier nicht darum, zwischen staatlichem, kommunalem, kirchlichem Auftrag oder dem einer Bürgerinitiative zu unterscheiden. Ausgangspunkt seiner Tätigkeit ist ein in den Menschen unserer Gesellschaft verbreitetes Bewußtsein. Ein wenig hochtrabend gesagt: Auftraggeber des Denkmalpflegers ist der Zeitgeist. Und sein Auftrag gilt dem Bewahren von Objekten, deren Erhaltung nicht mehr selbstverständlich ist und die deshalb gefährdet sind – gefährdet durch den Zeitgeist! Mit diesem elementaren Widerspruch muß der Denkmalpfleger leben. Er hat sich im Auftrag seiner Zeit gegen die Tendenzen seiner Zeit zu wenden. Er kann sich seine Ziele und Objekte nicht frei wählen, sondern er reagiert auf Gefahren und Gefährdungen. Wo sie sich ändern, muß sich die Reaktion des Denkmalpflegers entsprechend ändern.

Als Historiker bin ich der Meinung, daß ein Blick in die Geschichte meist lehrreich ist und oft Klarheit zu verschaffen vermag. Versuchen wir hier, Klarheit über das Wesen der

¹ Diesem Vortrag auf der Internationalen Städtetagung der Arbeitsgemeinschaft Die alte Stadt am 22. Mai 1987 in Ladenburg war der Auftrag vorausgegangen, in der Zeitschrift »Der Architekt« über Geschichte der Denkmalpflege zu referieren. Vgl. W. Haas, Über Motive und Ziele der Denkmalpflege, in: Der Architekt Jg. 1987, S. 314–316.

Denkmalpflege und dem von mir postulierten Zwang zu beständigem Wandel aus ihrer Geschichte zu gewinnen.

Ich wäre versucht, diese Geschichte im 15. Jahrhundert beginnen zu lassen, wenn ich hier nicht mit der Anwesenheit von Lesern der Zeitschrift »Die alte Stadt« rechnen müßte, die – jedenfalls seit der Auslieferung des Heftes 4/1986 – wissen, daß es Denkmalpflege auch schon in der Antike gegeben hat.² Nun war das Erhalten von Tempelbauten und Heiligtümern im Altertum unmittelbar kultisch begründet und kann deshalb hier übergangen werden. Doch aus der Spätantike gibt es so etwas wie Denkmalschutzgesetze. Sie betreffen allerdings nur öffentliche Gebäude. Als nämlich im 4. und 5. nachchristlichen Jahrhundert die römische Staatsgewalt im Schwinden war, kam es vor, daß sich Privatleute öffentliche Bauten aneigneten oder sie ausschachteten. Damit wurde manifest, daß die Macht des Kaisers nicht mehr ausreichte, das Seine zu bewahren. Die ersten »Denkmalschutzgesetze«, kaiserliche Erlasse von 376 und wieder von 458 n. Chr., stellten Beeinträchtigung öffentlicher Bauten unter Strafe (vorher war das nicht etwa straffrei, sondern undenkbar!) und ordneten generell ihre Erhaltung an. Um das Fortbestehen des Staates zu sichern, mußten die Bauten bewahrt werden, die ihn repräsentierten. Theoderich hat diese Edikte noch einmal erneuert, weil er sich als legitimer Fortsetzer der römischen Staatsgewalt erweisen mußte. Ist es nötig zu erwähnen, daß diese Gesetze aufs Ganze wenig bewirkt haben? Schon im 6. Jahrhundert sind sie vollends in Vergessenheit geraten. Rückblickend ist festzustellen, daß eine ganze Anzahl antiker Bauten nur durch die Übertretung dieser Gebote erhalten geblieben ist. Denn nahezu alle Denkmäler des Altertums, die heute noch ganz oder teilweise aufrecht stehen, sind am Ende der Antike von irgend jemandem in Besitz genommen und in irgend eine neue Nutzung einbezogen worden. Das Marcellus-Theater in Rom (vgl. Abb. 1) oder der Septimius-Severus-Bogen auf dem Forum wären nicht erhalten geblieben, wenn sie nicht in Privatbesitz gelangt und zu bewohnbaren und wehrhaften Gebäuden ausgebaut worden wären.

Im Laufe des Mittelalters sind Bevölkerungszahl und wirtschaftliche Bedeutung Roms immer geringer geworden. Entsprechend gering war auch der »Veränderungsdruck« und entsprechend groß die Chance, daß die verbliebenen Bauten der Antike außer durch Alter, fehlenden Unterhalt oder auch Metallräuberei unbeeinträchtigt blieben. In erneute Gefahr kamen die antiken Reste, als im 15. Jahrhundert nach der Rückkehr der Päpste in die Stadt die Bautätigkeit auflebte und es für die Bauherren wesentlich billiger war, Baumaterial aus Ruinen als aus Steinbrüchen zu gewinnen. Papst Pius II. verbot mit seiner Bulle vom 28. 4. 1462 Beeinträchtigung und Beseitigung antiker Reste in Rom und der Campagna, und zwar auch solcher auf privatem Grund. Ihm ging es nicht um das Erhalten staatlicher Hoheitszeichen, sondern um die wertvollen Relikte des Altertums, dessen Wiedergeburt (»rinascità«) ja das namengebende Ziel der Epoche war. An den erhaltenen Bauten und Ruinen konnte man erfahren, wie man in der Antike gebaut hatte und damit zugleich, wie

² K. J. Krause, Denkmalschutz im Altertum, in: Die alte Stadt 1986, H. 4, S. 267–285.

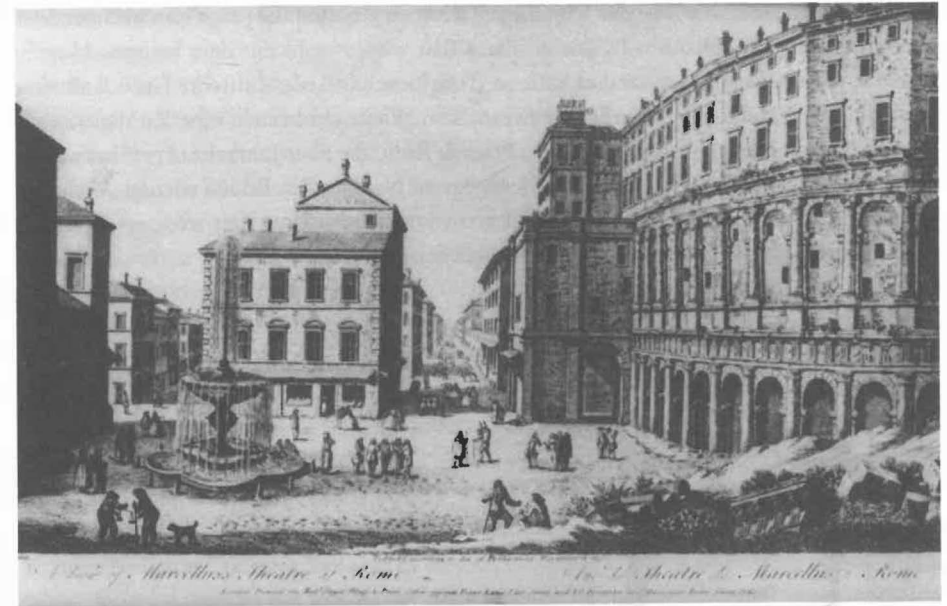


Abb. 1 Rom, Marcellustheater, erhalten als Teil des Palazzo Savelli-Orsini, Stich 1750.

man richtig baut. Sie sind deshalb Gegenstand intensiver Studien der Renaissance-Architekten gewesen,³ die damit das begründet haben, was wir heute historische Bauforschung nennen. Nach dem Willen dieses Renaissance-Papstes sollten die Monumente erhalten bleiben, auch wenn wirtschaftliche Interessen der Eigentümer entgegenstanden. Der Denkmalwert wurde höher angesetzt als der durch ihre Beseitigung erzielbare materielle Gewinn. Freilich band eine päpstliche Anordnung den Papst selbst nicht. Pius starb zwar schon 1463 und hatte also wenig Gelegenheit, von seiner eigenen Bulle zu dispensieren. Aber bei seinen Nachfolgern wechseln Schutz und Ausbeutung der Ruinen ab. Das Kolosseum ist Denkmal für beides. Das Baumaterial seiner heute fehlenden Teile ist weitgehend für päpstliche Neubauten verwendet worden, die erhaltenen Teile sind durch päpstliche Sicherungsmaßnahmen vor weiterem Einsturz bewahrt worden.

In Deutschland sind vor 1800 nur wenige Fälle zu nennen, bei denen man von »Denkmalpflege« sprechen kann (das Wort selbst wurde erst im späten 19. Jahrhundert geprägt und ist jetzt rund 100 Jahre im Gebrauch). In Füssen im Allgäu wurde im 11. Jahrhundert die Klosterkirche St. Mang neu gebaut. Dabei sollte offensichtlich auch die Ostkrypta völlig erneuert werden, aber als ihre Umfassungsmauern schon standen,

³ Davon geben die zahlreichen erhaltenen Bauaufnahmen Zeugnis. Für 1987/88 ist angekündigt: H. Günther, Das Studium der antiken Architektur in den Zeichnungen der Hochrenaissance (Röm. Forschungen der Bibl. Hertziana, Bd. 24).

entschloß man sich, den Rest des Vorgängers doch zu erhalten. Er prägt nun bis heute den Raum der Krypta (vgl. Abb. 2). Dieser ältere Bau wurde wohl mit dem heiligen Magnus direkt in Verbindung gebracht und hatte so Reliquiencharakter. Kultische Gründe dürften also für seine Erhaltung maßgebend gewesen sein. Vielleicht besteht eine Parallele zu der Diskussion um die Erhaltung von Alt-St. Peter in Rom, die über Jahrzehnte geführt wurde, bis Papst Julius II. ihr durch den 1506 begonnenen Neubau den Boden entzog. Auch dort war die 100 Jahre alte ehrwürdige Basilika aus konstantinischer Zeit weniger als Kunstwerk, sondern vielmehr als Reliquie geschätzt gewesen.

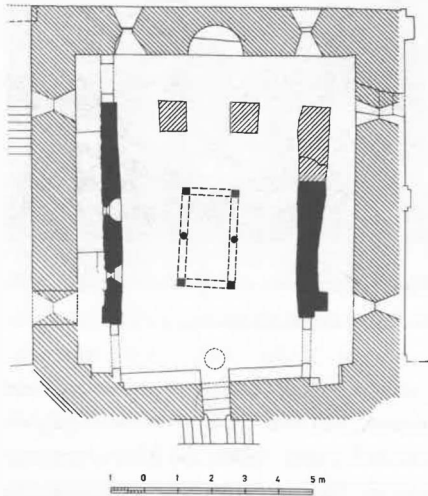


Abb. 2 Füssen, St. Mang, Grundriß der Magnus-Krypta mit dem älteren Kern

Um die Erhaltung eines *Kunstwerkes* ging es dagegen nach 1484 in Freiberg in Sachsen, als man die »Goldene Pforte«, das im 13. Jahrhundert entstandene Hauptportal des spätromanischen »Domes«, bei dem durch einen Brand veranlaßten Neubau wiederverwendete.⁴ Es ist an seinem alten Platz abgetragen und an einem neuen wieder zusammengefügt worden, und sicher war es seine reiche Form, die dieses Portal erhaltenswert machte. Da es an seiner alten Stelle anscheinend nicht genug zur Geltung kam, rückte man das Prunkstück beim Neubau ins rechte Licht. Bemerkenswert ist hier vor allem, daß es sich um ein mittelalterliches Werk handelte (kein antikes!), das weder Reliquiencharakter hatte noch seine Bedeutung erhielt, weil es mit der Erinnerung an eine historische Person oder ein besonderes Ereignis verbunden gewesen wäre. Es hatte als Kunstdenkmal die Wertschätzung genossen, die zu seiner Erhaltung führte.

⁴ H. Magirus hat in einem Vortrag über die Geschichte der Denkmalpflege in Sachsen auf die Goldene Pforte als Denkmal früher Denkmalpflege hingewiesen. Vgl. H. Magirus, Der Freiburger Dom, Weimar 1972, S. 223–275, bes. S. 236.

Dem Barock lagen denkmalpflegerische Neigungen fern. Wenn in dieser Epoche bei Bauarbeiten oft alte Substanz bewahrt blieb, wird man die Gründe dafür anderswo suchen müssen. An der Lateransbasilika in Rom zum Beispiel war es der Zeitdruck vor dem Jubeljahr 1650, der Barromini zwang, sich auf den Umbau des Langhauses zu beschränken, und einen Neubau nicht erlaubte. Bei vielen Domen und Klosterkirchen hätte man sich im 17./18. Jahrhundert einen barocken Neubau gar nicht leisten können und beschränkte sich auf eine Barockisierung, die Mauern und Dachwerk weitgehend unberührt ließ. Unter solchen Bedingungen sind hervorragende Raumschöpfungen entstanden wie die Klosterkirchen von Ellwangen, Ochsenhausen, Rottenbuch oder – mit stärkeren Eingriffen – von Ettal. Wenn im barockisierten Freisinger Dom die romanische Krypta fast unberührt erhalten blieb, zeigt das nicht Interesse an der Romanik, sondern nur Desinteresse an den Nebenräumen des Domes, weil sich alle Aufmerksamkeiten auf den Hauptraum konzentrierte.

Geschlossenheit und Einheitlichkeit waren stets das Hauptziel barocker Baumaßnahmen. So ist es auch kein Widerspruch, wenn man sich bei Hinzufügungen zu älteren Bauwerken oder Ensembles, die man nicht ganz umgestalten konnte, historisierender Formen bediente. Die zum Teil erst im Barock gebauten Loggien an der Florentiner Piazza Ssma. Annunziata oder die 1722/27 in spätgotischen Formen errichteten Langhausteile der Zisterzienserkirche von Zwettl in Niederösterreich sind Beispiele,⁵ die sicher nicht auf Denkmalpflege zielten. Wenn man jedoch in Amorbach 1742/47 die romanischen Westtürme in den Neubau der Abteikirche einbezog, ohne sie ihm anzupassen, so geschah dies gewiß nicht aus Sparsamkeit oder Eile. Das Kloster hatte wenige Jahre zuvor, 1734, sein 1000jähriges Bestehen gefeiert. Damals dürfte die vielfach umgebaute Kirche im Kern noch die karolingische gewesen sein. Als man sie dann durch den Neubau ersetzte, sollte dennoch das ehrwürdige Alter der Abtei sichtbar bleiben. Das Turmpaar war geeignet, davon zu zeugen und wurde als Monument erhalten.⁶

Am Speyerer Dom ist abzulesen, welcher Wandel des Geschichtsbewußtseins sich im 18. Jahrhundert abgespielt hat. 1689 war das Bauwerk mit der ganzen Stadt im Pfälzischen Erbfolgekrieg zerstört worden, ab 1698 setzte man die Teile instand, die nicht eingestürzt waren. Das Vorhandene wurde zunächst sichtlich nur als erhaltene Substanz geschätzt, die es einem ersparte, sie neu schaffen zu müssen. Was aber hinzuzutun war, die Dachkörper z. B., wurde ohne den Gedanken an Rekonstruktion getan. Die Wiederaufbauplanungen mühten sich jahrzehntelang, einen barockem Empfinden entsprechenden

⁵ Zahlreiche weitere bei W. Götz, Die Entwicklung der Denkmalpflege in Deutschland vor 1800, Diss. Leipzig 1956, und bei W. Götz, Rekonstruktion und Kopie vor 1800, in: Denkmalpflege in Rheinland-Pfalz 1982–1983, Worms 1984, S. 58–73.

⁶ Am Dom in Fulda waren wenige Jahrzehnte zuvor beim Dientzenhofer-Neubau von 1704/12 ebenfalls die mittelalterlichen Türme stehen geblieben, aber sichtlich nur aus praktischen Gründen. Man konnte Treppentürme im Neubau da brauchen, wo sie schon standen, umkleidete sie aber vollständig und erlaubte ihnen nicht, sich als Altbauteile zu erkennen zu geben.

Raum zu schaffen, ohne Erhaltenes beseitigen zu müssen. Ehe man aber zur Verwirklichung des Geplanten kam, brachte ein Generationswechsel den Umschwung. 1772 wollte man nicht mehr einen barocken Dom, den man nolens volens unter Einbeziehung der Altbausubstanz bauen mußte, sondern man schätzte den mittelalterlichen Bau als Denkmal und wollte ihn durch rekonstruierendes Ergänzen der zerstörten Teile als Ganzes wiedergewinnen.⁷

Dieses, der Denkmalpflege zugrunde liegende Geschichtsbewußtsein hatte sich schon in der Aufklärung im 18. Jahrhundert weit entwickelt. Aber dem Beginn systematischer Denkmalpflege ging erst noch eine große Zerstörungswelle voraus.

Die militärische Nutzlosigkeit der Stadtbefestigungen war im 18. Jahrhundert erwiesen, und in Paris waren die »Boulevards« schon bald nach 1700 an die Stelle der Bollwerke getreten. Ab etwa 1790 setzte auch in Deutschland das Abbrechen der Stadtmauern ein. Damit wollte man sich vor allem aus der drückenden Enge befreien, die man in den Städten empfand. Anstelle der Umwallungen schuf man zum Beispiel in Bremen, Frankfurt oder Würzburg Anlageringe, die den alten Städten eine neue Großzügigkeit geben und Entwicklungsmöglichkeiten schaffen sollten. In nicht wenigen Städten freilich beseitigte man die Befestigung, ohne einen erkennbaren Gegenwert dafür zu erzielen.

Die systematische Säkularisation der Klöster und der geistlichen Herrschaften begann in Österreich unter Josef II. schon in den 80er Jahren. In Frankreich wurde sie im Gefolge der Revolution 1792 durchgeführt, im übrigen deutschen Reich mit dem Reichsdeputationshauptschluß von 1803 festgelegt. Viele Kirchen- und Klosterbauten wurden mit der Aufhebung der kirchlichen Institutionen nutzlos. Manche blieben erhalten, weil sich eine – mehr oder weniger angemessene – neue Nutzung fand, manche nur, weil auch das Abbrechen Mühe gemacht und Kosten verursacht hätte. Vieles wurde abgebrochen.

Am Eifer des Zerstörens entzündete sich der Wille zum Erhalten, zur Denkmalpflege.

1803 schrieb der junge Schenkendorf einen flammenden Protest gegen die Nutzung und Veränderung der Marienburg⁸ und erreichte damit schließlich ein Eingreifen des preußischen Königs. Als 1806 der Speyerer Dom abgebrochen werden sollte, ordnete Napoleon, der sich 1804 selbst zum Kaiser gemacht hatte, an, die Grabkirche der mittelalterlichen Kaiser zu erhalten. 1807 gelang es Friedrich Weinbrenner, den Abbruch der Klosterkirche von St. Blasien zu verhindern. 1782 fertiggestellt, war sie eben erst unmodern geworden und deshalb besonders gefährdet. 1812 erreichte derselbe Weinbrenner eine Verfügung des badischen Großherzogs, die den Abbruch von Türmen und Toren verhindern sollte, und der bayerische König Ludwig I. erließ 1826, also bald nach seiner Thronbesteigung, eine Verordnung gleicher Zielrichtung.

In all diesen Fällen ging es um das Erhalten bedeutender Monumente in einem

⁷ Zum Vorgehen im einzelnen: W. Haas, Romanische Bauformen im 18. Jahrhundert, in: Pfälzer Heimat 12 (1961), S. 103–108.

⁸ Vgl. N. Huse, Denkmalpflege. Deutsche Texte aus drei Jahrhunderten, München 1984, S. 47.

Interessenkonflikt. Einerseits wollte man ja Möglichkeiten für Verkehr und Stadtentwicklung schaffen, und die Stadtbewohner sollten nicht nur beim Osterspaziergang, sondern auf Dauer »aus dem hohlen, finsternen Tor ... aus der Straßen quetschender Enge ... alle ans Licht gebracht« werden. Andererseits verloren die Städte mit ihren Befestigungen und Toren wesentliche Charakterzüge und Identitätsmerkmale. Weinbrenner und Ludwig I. stehen neben Pius II., wenn sie sich mit den Mitteln der Gesetzgebung für Monumente einsetzten, die die wirtschaftlichen Argumente gegen sich hatten.

Nach dem Ende der Napoleon-Ära wandte sich das eben erst erwachte deutsche Nationalbewußtsein einzelnen Bauwerken zu, mit denen es sich identifizierte. Bei der Marienburg ging es nicht ums bloße Erhalten, wie bei den Stadttoren. Sie hatte den polnischen Königen drei Jahrhunderte als Schloß gedient, ehe sie nach 1772 preußische Kaserne wurde. Zuvor aber war sie 1309–1457 Hochmeisterresidenz des Deutschen Ordens gewesen, und nur dieser Phase ihrer Geschichte galt nun das Interesse. Um sie aber zu einem Denkmal ausschließlich dieser Epoche zu machen, mußte das später Hinzugefügte beseitigt und das Verlorene rekonstruiert werden. In dem Ergebnis dieser Bemühungen mischen sich die beiden Dinge, die im Deutschen als »Denkmal« bezeichnet werden, im Englischen aber deutlicher unterscheidbar sind: »monument« und »memorial«, authentisches Zeugnis und nachträglich errichtetes Erinnerungsmal.

Zum wichtigsten deutschen Nationaldenkmal wurde der Kölner Dom, der aber im Mittelalter Torso geblieben war und sich nicht in dem Zustand präsentierte, in dem man ihn als Denkmal sehen wollte. Gerade an der Aufgabe, dieses Bauwerk zu vollenden, entzündeten sich die nationalen und romantischen Leidenschaften. Schon vor den Befreiungskriegen, als Köln noch dem französischen Kaiserreich einverleibt war, hatte man sich eine deutliche Vorstellung von dem vollendeten Dom geschaffen.⁹ Die Zeichnung des Innenraumes von Georg Moller, die man fast für ein Portrait des Bauwerks halten konnte, ist schon 1811/13 entstanden, als Vision dessen, was erst ein halbes Jahrhundert später Wirklichkeit wurde (vgl. Abb. 3).

Für diese Zeit wurde es zu einem wichtigen Ziel, verlorene Zustände von Denkmälern wiederzugewinnen und das Unvollendete zu Ende zu führen. Voraussetzung war die Kenntnis des Gewesenen und des Geplanten, die nur durch das Erforschen der bestehenden Bauten und der erhaltenen Pläne zu gewinnen war. Aus der neuen Aufgabe ergab sich ein neuer Ansatz von Bauforschung, die auf praktisch verwendbare Ergebnisse ausgerichtet sein mußte.

Viele Bauten haben im 19. Jahrhundert erst das uns vertraute Aussehen bekommen. An den Werken des Mittelalters interessierte allein deren ursprüngliche Form. Eine ganze Anzahl von Kirchen, die wir als wohlherhaltene Werke der Romanik oder Gotik bewundern – der Bamberger Dom zum Beispiel oder die Regensburger Schottenkirche – sind damals

⁹ Zum Kölner Dom zusammenfassend: N. Huse (s. A 8), S. 39 ff., ebda. der Vorschlag von J. Görres (1814).

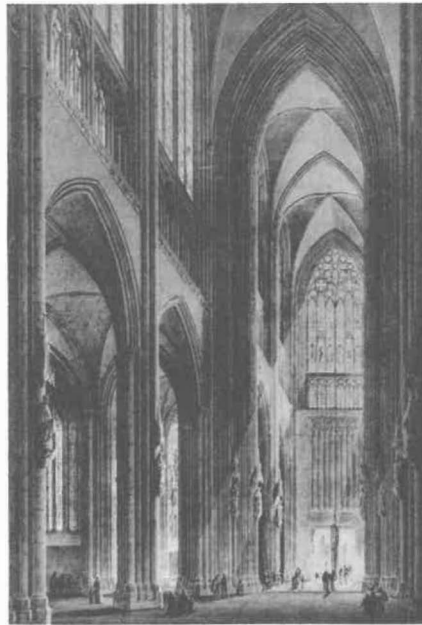


Abb. 3 Köln, Dom. Innenraum gegen Westen, Lithographie nach der Zeichnung von G. Moller 1811/13

erst durch Beseitigen barocker Ausstattung und Wandbehandlung in den – vermeintlichen – mittelalterlichen Zustand zurückversetzt worden. Zugrunde lag die Anschauung, die Denkmäler seien einheitlich konzipierte Kunstwerke, deren Urzustand der einzig authentische sei und die von späteren Veränderungen stets nur beeinträchtigt worden seien.

Das purifizierende Vorgehen setzt die Überzeugung voraus, man könne nicht nur das latent Vorhandene durch Freilegen wiedergewinnen, sondern auch das Verlorene von neuem schaffen. Die Beobachtung der mittelalterlichen Formen und Bauweisen bei der Vollendung unfertiger Bauten hatte nämlich zu einer Perfektion der Nachahmung geführt, die viele Architekten gehindert hat (und manche heute noch hindert), Denkmäler als etwas Unwiederholbares und jeweils Einmaliges zu verstehen. Die Baumeister konnten sich so sehr mit einer historischen Epoche identifizieren, daß ihnen die Grenzen des wissenschaftlich begründeten Rekonstruierens oft unwichtig wurden. Sie waren sich ja der Übereinstimmung des selbst Geplanten mit dem vom mittelalterlichen Vorgänger Gewollten sicher.

Durch Bauen und durch Gestalten-Wollen, also durch die normale Ausübung ihres Berufes, haben sich die Architekten, denen fast allein im 19. Jahrhundert die Pflege der Denkmäler anvertraut war, für diese Aufgabe disqualifiziert. Denn der Denkmalpfleger hat nicht seine Architektur, sondern das Denkmal zur Geltung zu bringen. Sein Ziel muß es sein, selbst vergessen zu werden.

Ziel vieler Restaurierungen war die Darstellung eines großen historischen Moments gewesen. Der Fortschritt der Geschichtsforschung und der wachsende Einblick in die Geschichtsabläufe und ihre Auswirkungen auf die Bauwerke haben dieser Vorgehensweise den Boden entzogen. Denn Bauten sind das Ergebnis von Entstehungsprozessen, haben nach ihrer Fertigstellung in anderen Epochen Wandlungen erfahren, sind gealtert und haben sich auf mancherlei Weise verändert. Wenn einem das bewußt geworden ist, kann man die vielfältigen Schicksale der Baudenkmäler nicht einfach ignorieren und den ersten Vollendungszustand als den künftig einzig möglichen wiederherstellen wollen. »Nicht restaurieren, konservieren!«, lautet seit dem Beginn des 20. Jahrhunderts die vielzitierte Devise Denkmalpflege, in der damals die Kunsthistoriker tonangebend geworden waren, nicht nur als Theoretiker, sondern auch als leitende Konservatoren der inzwischen in den meisten Ländern eingerichteten Denkmalämter.

Mit dem Sehen historischer Zusammenhänge ging das Erkennen der räumlichen und städtebaulichen parallel. Bis in das 20. Jahrhundert hinein hatte die Geschichtsschreibung vor allem die Persönlichkeiten im Blick gehabt, aber auch Nationen, Stämme, Städte und Armeen gesehen, als seien sie Individuen. Eine ähnlich isolierende Betrachtung erfuhren auch Bauwerke. Der rechtliche Begriff der »Domfreiheit«, der synonym mit »Immunität« eine genau umgrenzte Zone eigenen Rechts bezeichnet, wurde umgedeutet in einen von Bebauung freigehaltenen Raum rings um den sich stilrein präsentierenden Monumentalbau. Jede vermeintliche Beeinträchtigung durch anschließende Gebäude wurde so von ihm ferngehalten. In Deutschland sind der Kölner Dom und das Ulmer Münster die berühmtesten Beispiele unter den vielen Bauten, die dieses Schicksal erlitten haben.

Zwar wurde die Bedeutung der mittelalterlichen Straßen- und Platzräume schon frühzeitig wieder erkannt,¹⁰ doch erst etwa seit dem Ersten Weltkrieg wurde das Bewahren gewachsener städtebaulicher Zusammenhänge zu einer Aufgabe der Denkmalpflege. Dabei konnten sich deren Bemühungen nicht mehr auf das Herausragende beschränken, sondern mußte auch das Unscheinbare und Alltägliche umfassen, das zur Geschlossenheit eines historischen Ganzen beiträgt. Seit 20 Jahren etwa spricht man in diesem Zusammenhang von »Ensemble-Schutz«. Sein Ziel ist es, nicht primär das Einzelne zu erhalten, sondern das Ganze vor Störungen zu bewahren.

Für die Denkmalpflege bedeutete diese Aufgabe ein neues Problemfeld. Von der Allgemeinheit wird ja immer leicht das Ungewöhnliche als schützenswert anerkannt, das nur Kuriose ebenso wie das Ehrwürdige und Große, aber nur schwer das Gewöhnliche (der Gewohnheit Entsprechende).

Diese Ausweitung des Denkmalbegriffs war, wie man an den Kunstdenkmäler-Inventaren der 20er und 30er Jahre ablesen kann, in vollem Gange, als der Zweite Weltkrieg

¹⁰ Vgl. C. Sitte, Der Städtebau nach seinen künstlerischen Grundsätzen. Ein Beitrag zur Lösung moderner Fragen der Architektur und monumentalen Plastik unter besonderer Beziehung auf Wien, Wien/Leipzig 1889.

andere Aufgaben stellte. Für mehrere Jahre beanspruchten die im Krieg zerstörten oder beschädigten Baudenkmäler alle Aufmerksamkeit. Bei den Fragen des Wiederaufbaus ließ die jeweilige Situation für den Einzelfall oft einen breiten Entscheidungsspielraum zwischen recht unterschiedlichen Möglichkeiten offen. Das rekonstruierende Wiederherstellen des Zustandes vor der Zerstörung (Hamburg, Katharinenkirche; Nürnberg, Lorenzkirche), die Rekonstruktion eines älteren Zustandes, der vor der Zerstörung schon verändert war (Hildesheim, St. Michael), die frei interpretierende Wiederherstellung (Hannover, Marktkirche), die Wiederherstellung der Grundform ohne die volle Ausgestaltung (München, Michaelskirche, 1955), die Neugestaltung unter Einbeziehung der erhaltenen Substanz (Frankfurt, Paulskirche; München, Glyptothek), die Kombination erhaltener Teile mit einem Neubau (Hamburg, Görtzsches Palais) und schließlich das Beibehalten des alten Stadtgrundrisses (Rothenburg o.d.T.), das Durchführen neuer Verkehrsachsen durch die zerstörten Stadtzentren (Bremen, Hamburg, Ulm) oder das Neuplanen über die Altstadtgrenzen hinweg (Hannover) seien als Beispiele genannt. Wir finden Denkmalpfleger fast überall unter den Verfechtern wie unter den Gegnern der jeweils getroffenen Entscheidungen. Auch wenn ein völlig verschwundenes Baudenkmal durch Neubebauung der leeren Stelle endgültig verloren gegeben werden sollte (Hildesheim, Marktplatz nach 1950), oder wenn es darum ging, eine völlige Rekonstruktion auf dem Platz des Zerstörten zu errichten (Frankfurt, Goethehaus), gingen die Meinungen auch unter den Denkmalpflegern weit auseinander. Ihre übereinstimmende Grundhaltung zeigte sich aber immer da, wo es darum ging, die Ruinen bedeutender Baudenkmäler vollends zu beseitigen. Wenn auf diesem Weg Platz geschaffen werden sollte für Neubauten ohne historische Bindung (Bremen, Ansgarikirche; Dortmund, Altes Rathaus), oder wenn die Reste eines Baues nur aus einem Ressentiment heraus verschwinden sollten (Berlin, Schloß; Braunschweig, Schloß), konnte dies immer nur gegen die Denkmalpflege oder über sie hinweg entschieden werden.

Historische Bauforschung ist in den Wiederaufbaujahren in einigen Städten und an einigen Bauten betrieben worden. »Stadtkernarchäologie« – ein damals erst geprägter Begriff –, vorbereitende und begleitende Bauforschung hat es an den Ruinen und beim Wiederaufbau gegeben, am ehesten da, wo die Bauarbeiten nur zögernd einsetzten. Aber nur ein ganz geringer Teil der Forschungschancen wurde in diesen Jahren genutzt, weil nur ganz wenige Kräfte dafür verfügbar waren und die Einsicht nicht sehr verbreitet war, daß hier Geschichtsquellen von großer Wichtigkeit nur vorübergehend offenlagen und beim Wiederaufbau in vielen Fällen endgültig vernichtet wurden.

Nach dem Zweiten Weltkrieg mußte sich der Denkmalbegriff weiterentwickeln, weil während der Wiederaufbaujahre auch *die* Bauten nicht mehr unberührt blieben, die den Krieg noch heil überstanden hatten. Die Entwicklung der landwirtschaftlichen wie der industriellen Produktionsweisen, des Verkehrs und der Lebensgewohnheiten brachten es mit sich, daß die Zeugnisse der vor- und frühindustriellen Phase unserer Geschichte innerhalb weniger Jahre zu Raritäten geworden sind: die Bauten, die ländliches Wohnen

und Wirtschaften dokumentieren, die älteren Produktionsstätten von den Mühlen bis zu den Zechen und Fabriken, die früheren Wohnungen der Arbeiter und sogar die der Bürger. Hier stehen keine großen ästhetischen Werte oder Werke hohen Alters auf dem Spiele, auch keine Denkmäler großer Persönlichkeiten und Ereignisse. Es geht darum, ob die Vergangenheit, die unsere Gegenwart geprägt hat, dem Vergessen-Werden überlassen werden darf.

Das ist eine neue, zusätzliche Aufgabe, denn die ganze „klassische Denkmalpflege« ist ja nach wie vor zu tun. Die neuen Arten von Denkmälern verlangen neue Vorgehensweisen, denn unverändertes Erhalten ist hier als generelles Ziel weder erreichbar noch erstrebenswert. Die Frage ist meistens: Wie läßt sich das Wesentliche bewahren, wenn man das Gebäude weaternutzt, oder wie kann man es anders nutzen, um es besser bewahren zu können? Nur in Ausnahmefällen kann man Bauten der Nutzung entziehen und sie zu Museumsstücken machen.

Die Häufung der Fälle, in denen vor allem auf dem Land Gebäude an ihrem angestammten Platz nicht mehr erhalten werden konnten, führte zum Entstehen der Freilichtmuseen, in die solche Objekte verpflanzt werden. Mit ihrem Standort verlieren sie freilich einen wesentlichen Teil ihrer Identität, und so kann die Translozierung auch nicht eine Alternative zur Instandsetzung in situ sein, sondern sie darf nur vorgenommen werden, wenn der völlige Verlust anders nicht zu verhindern ist. In diesen Museen werden die entwurzelten Bauten weniger als individuelle Schöpfungen verstanden, sondern sie sollen vor allem den Haustyp repräsentieren, dem sie zugehören. So ergibt es sich oft, daß beim Aufrichten am neuen Ort nicht der letzte am originalen Platz bestehende Zustand zugrunde gelegt, sondern versucht wird, den Bau beim Instandsetzen wieder in seinen ursprünglichen Stand zu versetzen.¹¹

Aus der wachsenden Gefährdung immer weiterer Gruppen von Geschichtszeugnissen hat sich also in den sechziger und siebziger Jahren eine erhebliche Ausweitung des Aufgabenfeldes der Denkmalpflege ergeben. In dieser Phase sind in allen deutschen Ländern Denkmalschutzgesetze geschaffen worden, die das als notwendig Erkannte ermöglichen sollen. Diese Gesetze haben die Denkmalpflege selbst gründlicher verändert als die Situation der Denkmäler. Ein Gesetz verlangt ja die Definition seines Anwendungsbereiches. Deshalb haben sich die Abgrenzungsfragen in den Vordergrund geschoben. Was ist im Sinne des Gesetzes ein Denkmal? Und: Wer ist zur Denkmalpflege verpflichtet, und was ist dem Verpflichteten zuzumuten? In der Konsequenz rechtlichen Denkens wurde aus Denkmalpflege eine entschädigungspflichtige Einschränkung von Nutzungsrechten. So ist es leicht erklärlich, daß inzwischen in den meisten Denkmalämtern Juristen führende Positionen einnehmen. Manchmal ist der Gesetzesvollzug als Rechtsvorgang wichtiger geworden als das handwerkliche Tun an den Baudenkmalern selbst.

¹¹ Vgl. die von H. Schmid herangezogenen Beispiele, Zum Forschungsstand des altoberschwäbischen Bauernhauses, in: Museumsmagazin. Aus Museen und Sammlungen in Baden-Württemberg 3 (1986), S. 7–22.

Das soll nicht heißen, daß an den Denkmälern weniger oder nichts geschähe – im Gegenteil. Die Gesetzgebung hat es mit sich gebracht, daß der Denkmalschutz zu einem Politikum geworden ist und damit zum Feld von Politikern. Engagierte Freunde der Denkmalpflege hat es unter ihnen schon immer gegeben. Aber die Denkmalpflege als Bereich, in dem man sich profilieren und zur Wiederwahl empfehlen kann, ist relativ neu. Man kann dies, indem man spektakuläre Programme aufstellt und mit viel Geld und kurzen Fristen »Sanierungen« durchzieht, deren Qualität dann unter dem Zeitdruck leidet. Man kann es, indem man für die Restaurierung bestimmter Denkmäler sorgt und einen Teil des Etatsegens auf sie lenkt. Man kann es aber auch, indem man seine Klientel vor den »Übergriffen« der Denkmalpfleger schützt. Aber wenn sich jemand mit Denkmalpflege beliebt machen will, sind immer die Denkmäler in Gefahr. Sie werden dabei ja als Mittel zu einem ihnen fremden Zweck mißbraucht.

Die Denkmalpfleger – gleich, ob Architekten, Künstler, Kunsthistoriker, Juristen oder Politiker diese Funktion ausüben – haben sich meistens unbeliebt machen müssen. Gegen den Strom zu schwimmen, ist ein Wesensmerkmal ihrer Aufgabe. Sie haben für die Erhaltung alter Kirchen gesprochen, wo man schönere neue oder auch gar keine mehr haben wollte, haben Türme und Befestigungen verteidigt, als man sie der freien Entwicklung der Städte opfern wollte, haben die Straßendurchbrüche bekämpft, als der Individualverkehr sein Recht oder Vorrecht forderte, haben ein Schindeldach verlangt, wo ein Kupferdach für die Ewigkeit aufgebracht werden sollte. Jetzt warnen sie vor Fußgängerzonen, weil sie sich weigern, ihr Blickfeld auf die Hauptstraßen zu beschränken. Sie weisen nachdrücklich darauf hin, daß von den Fachwerkhäusern viele verputzt bleiben und nicht freigelegt werden wollen, und sie behindern Restaurierungen, bei denen wieder einmal ein Baudenkmal schöner werden soll, als es je war.

Gerade weil die Denkmalpflege die immer gleiche Aufgabe hat, das Überkommene zu bewahren, muß sie sich wandeln, so oft sich die Gefährdungen ändern. »Der schlimmste Feind der Denkmalpflege ist das Geld«. Dieser Satz¹² hat nicht nur die ihr entgegenstehenden Wirtschaftsinteressen im Auge, sondern auch die Mittel, die es erlauben, an den Denkmälern mehr als das Notwendige zu tun.

Zu den unwandelbaren Forderungen guter Denkmalpflege gehört die Zurückhaltung, ja die Askese. Vielleicht tun wir uns deshalb heute manchmal so schwer mit ihr.

Wilhelm Ribhegge

Europäische Urbanität 1500–1800

Zu Beginn dieser Überlegungen möchte ich ein stadtgeschichtliches Ereignis aufgreifen, das die europäische Öffentlichkeit ebenso erregte und faszinierte wie abstieß: die Herrschaft der Wiedertäufer in Münster in den Jahren 1534/35. Der Vorgang mag zugleich als Kontrast zu dem dienen, was wir unter europäischer Urbanität verstehen. Selten stand in der neueren Geschichte eine Stadt im Mittelpunkt von Erwartungen und Hoffnungen, wie dies für Münster damals der Fall war. Die Täuferbewegung, ursprünglich eine friedliche Bewegung in Süddeutschland, hatte einen starken Anhang unter niederländischen und ostfriesischen Handwerkern und Kleinbürgern gefunden, deren endzeitliche Erwartung auf ein „Neues Jerusalem“, also die neue Stadt schlechthin, das meint die biblische Metapher, sich zunächst auf Straßburg, schließlich aber auf die Stadt Münster gerichtet hatte. Üblicherweise sieht man diesen Vorgang eher im Rahmen der Geschichte der Reformation oder der Sozialgeschichte. Daß hier aber auch die Stadtgeschichte gefragt ist, ist offenkundig.¹

1525, dem Jahr des Bauernkriegs, war es in Münster zu sozialen Unruhen gekommen, die von den Handwerkern ausgingen und sich gegen die gewerblichen Aktivitäten eines Frauenklosters richteten. Die Webstühle wurden gewaltsam aus dem Kloster entfernt. Aus dem Streit entstand allmählich, gefördert von den Gilden, eine lutherisch-reformatorische Bewegung. 1532 war die Stadt bereits überwiegend lutherisch. Der Bischof, der traditionell mit der Stadt auf gespanntem Fuß stand, nahm das noch hin. Bald jedoch trafen die ersten Wiedertäufer aus Holland in Münster ein. Ein junger Prediger namens Bernhard Rothmann, der einen starken Rückhalt in der Bevölkerung, nicht zuletzt unter den Frauen der Stadt hatte, radikalisierte sich von Monat zu Monat und machte sich die Lehre der Wiedertäufer zu eigen.² Es gab somit drei Konfessionen, das hieß zugleich drei Parteien in der Stadt. Dem Rat kam es wie den meisten Räten der damaligen deutschen Städte mehr auf den innerstädtischen Frieden als auf das rechte Bekenntnis an. Er tolerierte alle Bewegungen, während der Bischof, gestützt auf einen Beschluß des Reichstags von Speyer

¹ N. Cohn, *The Pursuit of the Millennium. Revolutionary and Mystical Anarchists of the Middle Ages*, London 1984 (¹1957), S. 252–280; K.-H. Kirchoff, *Die Täufer in Münster 1534/35. Untersuchungen zum Umfang und zur Sozialstruktur der Bewegung*, Münster 1973; G. Brendler, *Das Täuferreich zu Münster 1534/35*, Berlin 1966; R. van Dülmen (Hrsg.), *Das Täuferreich zu Münster 1534–35. Berichte und Dokumente*, München 1974 [mit ausführlicher Bibliographie]; F. Dürrenmatt, *Die Wiedertäufer [Drama]*, München 1979.

² R. Stupperich (Hrsg.), *Die Schriften Bernhard Rothmanns*, Münster 1970.

¹² Er wird sowohl Paul Clemen wie Georg Lill zugeschrieben. Daß er nicht sicher zuzuordnen ist, tut seiner Treffsicherheit keinen Abbruch.

von 1529, von dem Rat vergeblich die Vertreibung der »Ketzer«, der Wiedertäufer, verlangte.³ Ihre gleichmacherische soziale Lehre galt als gefährlich. »Wehe, wehe«, so predigten die Täufer, nach dem Bericht einer Quelle, »dem hochmütigen Münster: Wehe euch, die ihr Gold, Silber, Steine und kostbare Kleider zum Schmucke traget! Verflucht seid ihr, weil ihr den Schmuck des Leibes höher schätzt als den der Seele.«⁴ Selbst jüngere adelige Nonnen waren von den Predigten so begeistert, daß sie sich den Täufem anschlossen. Frauen gaben zum Protest ihrer Männer Schmuck und Vermögen ab. Nicht nur die Handwerker und die unteren Schichten der Stadt, auch ein Teil der Oberschicht fühlte sich angesprochen. Man entwickelte eigene symbolhafte Umgangsformen. Eine zeitgenössische Quelle berichtet: „Wenn sich Männer begegneten auf der Straße, so gaben sie sich die Hand und küßten sich auf den Mund und sagten ›Lieber Bruder, Gottes Friede sei mit Euch, antwortet der andere ›Amen.‹ So hatten die Frauen, die sich hatten taufen lassen, auch eine eigene Losung untereinander: Dieselben Wiedertäuferinnen pflegten ohne Kopftuch zu gehen und gingen mit einer Mütze und dieselbe Mütze hatte einen Überschlag oben auf dem Haupte. Sie wollten sich halten wie Brüder und Schwestern, so große Liebe wollten sie untereinander haben.«⁵ In den Anfängen hatte diese täuferische Bewegung durchaus etwas Sympathisches. Es waren neue städtische Umgangsformen. Die Bewegung erklärt sich zum Teil aus einer Verunsicherung der Bevölkerung, die nicht nur wirtschaftliche, sondern auch sozialpsychologische Gründe hatte. So hatte man unerklärliche Erscheinungen am Himmel beobachtet, Epidemien waren aufgetreten. Die Täufer in Münster entwickelten eine besondere Gabe, überall göttliche Zeichen zu entdecken und zu deuten.

Mit der Wahl zum Rat der Stadt am 23. Februar 1534 politisierten sich aber die Dinge. Die Täufer stellten jetzt die Mehrheit im Rat und die beiden Bürgermeister, darunter Knipperdolling, der einer alten Münsteraner Kaufmannsfamilie entstammte. Weiterhin bestand aber die Gefahr, daß der Bischof mit Gewalt eingreifen würde. Anfang Februar 1534 waren bischöfliche Bauern und Reiter in die Stadt gezogen, aber durch das Verhandlungsgeschick des Bürgermeisters wieder hinauskomplimentiert worden. Die Täufer selbst erhielten Zuzug aus den umliegenden Gemeinden. Nach ihrem Wahlsieg plünderten sie die Klöster, drangen in den Dom ein, zerstörten Kunstwerke, Reliquienbehälter, die Orgel, benutzten die ornamentierten Sitze des Kapitelsaals als Abtritt, zerstörten die Glasfenster und verbrannten Bücher und Handschriften jener Dombibliothek, durch die Münster erst vor wenigen Jahrzehnten zu einem Zentrum des nordwestdeutschen Humanismus geworden war.⁶ So finden sich früh bildungsfeindliche, antiintellektuelle und kunstfeindliche Züge in dieser Bewegung. Die bis dahin überwiegend friedliche

³ H. Neuhaus, Das Reich und die Wiedertäufer von Münster, in: Westfälische Zeitschrift Bd. 133 (1983), S. 9–36, hier S. 12f.

⁴ R. van Dülmen (s. A 1), S. 44.

⁵ ebda., S. 45.

⁶ R. Weiss, Learning and Education in Western Europe from 1470 to 1520, in: The New Cambridge Modern History Bd. 1, Cambridge 1967, S. 116.

Bewegung nahm gewaltsamen Charakter an. Die noch in der Stadt verbliebenen Katholiken und Lutheraner wurden zu »Gottlosen« erklärt und Ende Februar, soweit sie sich nicht taufen ließen, bei winterlichem Wetter aus der Stadt vertrieben. Ihr Eigentum wurde eingezogen. Erst jetzt begann die eigentliche Herrschaft der täuferischen Stadt, die Kirchengemeinschaft und politische Gemeinschaft in einem war, eine kommunale Theokratie. Religiöse und weltliche Gesetze waren identisch. Man dachte fundamentalistisch. Von der Toleranz, die noch der vorherige Rat gegenüber den Täufem geübt hatte, war jetzt umgekehrt keine Rede mehr. Es begann die Aufhebung des Privateigentums und die Einführung der kommunalen Gütergemeinschaft, durch die die Täuferherrschaft bis zur Gegenwart für die einen berühmt und für die anderen berüchtigt wurde. Die Einführung der Polygamie, genauer: der Mehrfrauenehe, übrigens nach streng patriarchalischen Gesetzen, setzte einige Monate später unter dem neuen »König« Jan van Leyden ein, ein 26 Jahre alter, hochbegabter junger Mann, der sich bis dahin in Holland vergeblich als Gastwirt und Schauspieler versucht hatte. Er brachte einen willkürlichen, ja schließlich despotischen Stil in die täuferische Stadt ein. Unter Jan van Leyden wurde die kommunale Gesellschaft eine ausgesprochen theatralische Inszenierung. Offensichtlich war sein Königtum als eine Art Karikatur der feudalen Umwelt gedacht. Als der Bischof Franz von Waldeck Jan van Leyden nach der Eroberung der Stadt bei seiner Festnahme fragte »Bist Du ein König?« kam die spitze Gegenfrage »Bist Du ein Bischof?«. – Friedrich Dürrenmatt hat die Theatralik dieser Szenen in seinem Stück »Die Wiedertäufer« herausgearbeitet.⁷

Über ein Jahr lang wurde die Stadt belagert. Die Eingeschlossenen mußten sich verteidigen. Protestantische wie katholische Fürsten fanden sich bei dem Kampf gegen die Täufer zusammen. Die Belagerer standen im Auftrag des Reichs.⁸ Die Täufer lebten praktisch von der Außenwelt abgeschlossen, verstanden es aber immer wieder, Boten und Briefe an Freunde nach draußen zu schicken. Schließlich setzte der Hunger ein, und die Stimmung in diesem Neuen Jerusalem verdüsterte sich. Eine der letzten Schriften Rothmanns trägt den Titel »Von der Wrake«, von der Rache: »Nun liebe Brüder, die Zeit der Rache ist an uns gelangt. Gott hat den verheißenen David erweckt, gerüstet mit seinem Volk, zur Rache und Strafe an Babylon. Darum liebe Brüder rüstet euch zum Streit, nicht allein mit den demütigen Waffen der Apostel zum Leiden, sondern auch mit dem herrlichen Harnisch Davids zum Rächen, mit Gottes Kraft und Hilfe alle babylonische Gewalt und all das gottlose Wesen auszurotten. Seid unverzagt, Gut, Weib, Kind und Leib in die Schanze zu schlagen.«⁹

Die ständige Berufung auf das Alte Testament – zu Lasten des Neuen Testaments –

⁷ Eine ältere eindrucksvolle und plastische Beschreibung der täuferischen Bewegung in Münster findet sich in dem neunten Kapitel des sechsten Buches von Rankes »Deutsche Geschichte im Zeitalter der Reformation«.

⁸ H. Neuhaus (s. A 3); N. Cohn (s. A 1); G. R. Elton, Europa im Zeitalter der Reformation, München 1981, S. 99–102.

⁹ R. van Dülmen (s. A 1), S. 208.

unterscheidet die Täufer auch von Lutheranern und Katholiken. Es gelang den Fürsten nicht, die Stadt zu erobern. Erst durch Verrat konnten sie die Täufer im Juni 1535 überwältigen.

Die Niederwerfung war so massiv, daß es seitdem keine Täuferbewegung in einer größeren Stadt mehr gegeben hat. Nicht nur in Münster setzte seitdem die Politik der Zurückdrängung der alten städtischen Freiheiten des Mittelalters ein.¹⁰

Überall suchte der fürstliche Staat seine Herrschaft über die Städte auszudehnen. Die Spannungen zwischen Stadt und fürstlichem Hof prägen seitdem die städtische Entwicklung vom 16. bis in das 18. Jh. Am deutlichsten läßt sich dies in der städtischen Architektur verfolgen, wo die fürstliche Planungshoheit, nicht nur in Preußen, den Haupt- und Residenzstädten ihren bis heute unverkennbaren Stempel aufdrückte. Dem Verlust an baulicher Planungshoheit entsprach der Verlust an politischer Selbständigkeit. Nur wenige Städte in Deutschland konnten ihre politische und rechtliche Selbständigkeit aus dem Mittelalter in das 19. oder gar 20. Jh. hinüberretten, wie Frankfurt, Lübeck, Hamburg und Bremen. Auch der Versuch Savonarolas in Florenz am Ende des 15. Jahrhunderts, ein theokratisch geprägtes republikanisches Stadregiment zu errichten, war gescheitert. Kurz zuvor hatte der florentinische Humanist Ficino einen Satz geprägt, der auch als Motto für diese Überlegungen zur »europäischen Urbanität« stehen könnte: »Eine Stadt besteht nicht aus Steinen, sondern aus Menschen.« Daß ein solcher Satz nicht ganz so harmlos ist, wie er zunächst klingt, hat das Beispiel der Täufer in Münster gezeigt.¹¹

Wenn es aber jemals eine Bewegung gegeben hat, die sich den Gedanken Ficanos zu eigen gemacht hat, eine Bewegung, die geradezu zum Träger der Urbanität in Europa wurde, so waren es die städtischen Humanisten des 16. Jahrhunderts.¹² Selten haben Intellektuelle in Europa so stark aus, für und in den Städten gelebt wie die Humanisten Europas des 16. Jahrhunderts, auch wenn das Motiv nur darin lag, in der Nähe der Officin, der Druckerpresse zu sein, die ihre Bücher herausbrachte. Denn gedruckt wurde in der Stadt. So korrigierte Erasmus von Rotterdam seine Bücher gleich in der Werkstatt von Johannes Froben in Basel oder in den berühmten Druckereien von Aldo Manutio in Venedig.¹³ Im April des Jahres 1987 befaßte sich ein deutsch-französisches Historikerkolloquium in

¹⁰ P. M. Hohenberg / L. H. Lees, *The Making of Urban Europe 1000–1950*, Cambridge, Mass./London 1985.

¹¹ Zur Rolle Ficanos in Florenz und generell zu dem Komplex Stadt, Kultur und Urbanität: J. R. Hale, *Die Medici und Florenz. Die Kunst und die Macht*, Stuttgart/Zürich 1979 (*Florence and the Medici*, 1977), dt. Tb 1981.

¹² R. Mandrou, *Des humanistes aux hommes de sciences XVI^e et XVII^e siècles*, Paris 1973; A. Krailsheimer (Hrsg.), *The Continental Renaissance 1500–1600*, Harmondsworth 1971; A. G. Dickens, *The German Nation and Martin Luther*, London 1976; M. Dowling, *Humanism in the Age of Henry VIII*, London 1986.

¹³ Zu Erasmus: R. H. Bainton, *Erasmus. Reformator zwischen den Fronten*, Göttingen 1972 (*Erasmus of Christendom*, 1969); G. Faludy, *Erasmus von Rotterdam*, Frankfurt 1973 (engl. 1970); A. J. Gail, *Erasmus von Rotterdam in Selbstzeugnissen und Bilddokumenten*, Reinbek 1974.

Marburg mit der Frage »Humanismus und höfisch-städtische Eliten im 16. Jahrhundert«. Man fand genügend Stoff, um 15 Referate anzubieten.

Die Urbanität der Humanisten bestand aber natürlich nicht nur in ihrer gleichsam physischen Nähe zur Stadt, sondern in der Begründung eines neuen Lebensstils, neuer Lebens- und Umgangsformen in Europa. Auch wenn wir heute die Entstehungsgeschichte der Urbanität weithin vergessen haben, so unterscheidet sich unsere Vorstellung von Urbanität kaum von der der Humanisten: in manchem haben wir sogar eher einen Rückfall zu verzeichnen. Die Modernität der »Utopia« des Londoner Thomas Morus von 1516, die außer ihrem literarischen Stil durch die Verschmelzung von Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft, von Erzählung und Zeitkritik, von Konversation und Analyse fasziniert, besteht nicht zuletzt darin, daß Utopia eine Stadtgesellschaft ist: die Insel besteht aus 54 Städten und der Hauptstadt Amaurotum. Um zu verhindern, daß die Leser der Utopia allzusehr utopischen Gedankenflügen nachgingen, malte Morus diese Insel in einer verblüffenden Ähnlichkeit zum zeitgenössischen England aus, mit der Hauptstadt London an der Themse und seinen zahlreichen spätmittelalterlichen Städten. Stadt und Land ergänzen sich in Utopia. Sie stehen nicht gegeneinander. Auch werden »Urbanität« – wenn man darunter mehr den Lebensstil versteht – und »Urbanisierung« – gewissermaßen die materielle Grundlage der städtischen Lebensform – wie »Zivilität« und »Zivilisation« im engen Zusammenhang gesehen. Auf Utopia genießt man das Leben und die Bildung, aber man arbeitet auch. Der Lebensstil der Feudalität, die Trennung in eine müßige, herrschende Klasse und eine stumpf arbeitende, beherrschte Klasse, ist abgeschafft. Da ja alle arbeiten, meint man in dem urbanen Utopia, genüge es andererseits, wenn man nur sechs Stunden am Tag arbeite. Das Problem der modernen Industriegesellschaft, die Arbeitszeitverkürzung, ist somit auf Utopia bereits gelöst. Das Prinzip »Muße und Arbeit« ist eine moderne urbane Abwandlung der alten benediktinischen Klosterregel des »ora et labora«, bete und arbeite. – Morus verfaßte diese Schrift eher nebenbei zum Zeitvertreib während einer Gesandtschaft in Brügge, Antwerpen und später zu Hause in London. Sie entstand in einem durch und durch städtischen Milieu. In der literarischen Form wird die »Utopia« als ein Gespräch gestaltet. Auch das ist urban: die Stadt führt zum Gespräch zusammen, zudem unterschiedliche und gegensätzliche Meinungen. Denn die Teilnehmer dieses Gesprächs diskutieren miteinander.¹⁴

Der unermüdliche Propagator der urbanen Kultur des Gesprächs und der Toleranz war der Humanist Erasmus von Rotterdam, der mit Morus eng befreundet war. Eines seiner meistgelesenen Werke waren die Colloquien, wörtlich »Unterhaltungen«, »Gespräche«, in denen er seine Figuren sich über alle möglichen Themen und Fragen unterhalten läßt: über den Umgang der Frau mit dem schwierigen Ehemann, den Kartäuser und den Soldaten über die Nutzlosigkeit des Kriegs, eine Gruppe lebenserfahrener Männer im geistlichen

¹⁴ W. Ribhegge, *Thomas More: Utopia (1516). Geschichte als Gespräch*, in: *Die alte Stadt* 1983, H. 4, S. 327–347; R. Marius, *Thomas More. A Biography*, London 1985 (dt. 1987), S. 152–198.

Gastmahl, den jungen Mann und die Hure oder einen Ritter, der im Gespräch den Adel parodiert.¹⁵ Die Würze der Konversation, in der alle Schichten der Gesellschaft auftauchen, besticht weniger im Inhalt als in ihrem Witz. Eben deswegen wurden die »Colloquien« so beliebt, so beispielsweise der folgende Dialog »Der Abt und die gebildete Frau«, ein Plädoyer für die weibliche Bildung. Auch das gehört zweifellos zur Urbanität:¹⁶

Der Abt Antronius betritt das Studierzimmer Magdalias, der »gelehrten Frau«. Diese Begegnung ist der Inhalt des Dialogs. Die Frau erkundigt sich, ob dem Gast ihre Einrichtung gefalle. Er wisse nicht so recht, antwortet der Abt. »Warum?« – »Weil alles voll von Büchern ist.« – Frauen sollten sich um die Annehmlichkeiten des Lebens kümmern. – Woher kommen denn diese Annehmlichkeiten, fragt die Frau, aus den äußeren Dingen oder aus der inneren Einstellung. – »Aus den äußeren.« – »Ihr seid mir ein feiner Abt, aber ein grober Philosoph.« Was er denn für angenehmer halte? »Den Schlaf, das Essen, die Freiheit zu tun, was man will, das Geld, die Ehren.« – »Liege ihm nicht auch an der Weisheit? – Darauf könne er verzichten, meint der Abt. Er wird ärgerlich: »Der Umgang mit Büchern macht blöde.« Was nutze letztlich auch die Bildung? »Mit größten Mühen erwirbt man sich Bildung, und nachher muß man sterben.«¹⁷ Aber gebe es nicht heutzutage schon in einigen Familien in Spanien, England, Italien und Deutschland gebildete Frauen (Erasmus dachte dabei unter anderem an die Familien Morus in London und Pirckheimer in Nürnberg). »Wenn ihr nicht auf der Hut seid«, so die Frau, »wird es noch so weit kommen, daß wir in den theologischen Schulen den Vorsitz führen, in den Kirchen predigen und Eure Mitren in Beschlag nehmen.« – Der Abt: »Das möge Gott verhüten.« – Die Frau: »Es wird an Euch liegen, das abzuwenden, denn wenn ihr so weitertut wie bisher, werden eher die Gänse predigen, als daß man Euch stumme Hirten länger erträgt. Ihr seht, daß die Bühne sich wandelt. Entweder muß man abtreten oder seine Rolle spielen.« – Wie habe er nur einer solchen Frau begegnen können, klagt der Abt. Sie solle ihn doch einmal zu Hause besuchen, dann werde er sie freundlicher empfangen: »Wir werden tanzen, reichlich trinken, jagen, spielen und lachen.« – Die Frau hat das letzte Wort: »Mich reizt es allerdings jetzt schon zum Lachen.«

Wir stellen uns die Humanisten wohl manchmal etwas zu »humanistisch«, zu fein und weltabgeklärt, vor. Sie konnten auch, wie dieser Dialog zeigt, ganz schön frech sein. Zur Urbanität dieser Colloquien des Erasmus zählten nicht nur der Inhalt, sondern ebenso ihre Szenen. Sie spielen sich meist in Häusern oder in gepflegten Gärten nahe bei den Häusern ab. Auch die Utopia des Thomas Morus wurde als ein solches »Gartengespräch« – in Antwerpen – gestaltet. Die Äußerlichkeiten des menschlichen Umgangs werden wichtig

¹⁵ Teilabdruck in: *Erasmus von Rotterdam*, Colloquia familiaria / Vertraute Gespräche (lat. u. dt.), in: Ausgewählte Schriften, hrsg. v. W. Welzig, Bd. 6, Darmstadt 1967 (597 Seiten); Erasmus von Rotterdam, Colloquia familiaria (lat. u. dt.), Stuttgart 1976 (reclam); darin: »Der Abt und die gelehrte Frau«, »Altmännergespräch: oder das Fuhrwerk« und »Die Soldatenbeichte«.

¹⁶ Abbatis et Erudite (Der Abt und die gelehrte Frau), in: W. Welzig (Hrsg.) (s. A 15), S. 252–265

¹⁷ »Immensis laboribus comparatur eruditio; ac post moriendum est.«

genommen. Stein des Anstoßes für den Abt in eben diesem Dialog war ja auch die Inneneinrichtung einer Wohnung, die Bibliothek einer Frau. Auch hier wird darauf hingewiesen, daß die materielle und ideelle Seite der Urbanität zusammengehören.¹⁸

Urbanität war – und ist – nicht zuletzt die Kunst des Zusammenlebens auf engem Raum. Norbert Elias hat in seinem Werk »Über den Prozeß der Zivilisation« eindrucksvoll aufgezeigt, wie die Vorstellung von »urbanitas«, »civilitas« und »humanitas« aus den Schriften des 15./16. Jahrhunderts entsteht. Elias hat diesen Vorgang bis in das 18. Jahrhundert, etwa in den Schriften Voltaires, weiterverfolgt.¹⁹ Die Verhaltensweisen ändern sich. Man legt Wert auf gute Umgangsformen und Manieren. Dies geschieht, um dem einzelnen mehr Schutz für seine Individualität und Privatheit zu bieten. Indem man förmlicher wird, beim Essen, bei der Begrüßung und in den alltäglichen Umgangsformen, geht man wohl ein wenig auf Distanz, respektiert aber dabei die Individualität des einzelnen. Dies gilt auch für die Intimsphäre, die noch im späten Mittelalter häufig allen gemeinsam war. Erasmus hat in seinen Erziehungsschriften immer wieder auf die Respektierung dieser Distanz gedrängt, wie überhaupt die Humanisten der Erziehung einen hohen Stellenwert für die Kunst des Zusammenlebens beimessen. Dies erklärt ihre intensive Beschäftigung mit Fragen der Erziehung, der Schulen und der Studien.²⁰ Glücklicherweise haben die protestantische Reformation und die katholische Gegenreformation, wenn auch verkürzt, dieses Anliegen übernommen und weitergeführt, als die Humanisten bereits außer Kurs geraten waren.²¹ Was beiden Bewegungen aber abging, war die Liberalität der Humanisten und leider oft auch die Toleranz: ein wesentliches Merkmal der Urbanität.

Die Kunst des Zusammenlebens mußte aber nicht nur von Kindheit an gelernt, geübt und mühsam erworben werden, sie blieb auch für die Erwachsenen eine schwierige Kunst. Erasmus hat in seiner berühmtesten Schrift, dem »Lob der Torheit«, von 1509 dazu eine eigene Philosophie entworfen,²² die tiefsinniger ist als sie auf den ersten Blick zu sein scheint: Man kann sich überhaupt nur gegenseitig ertragen, so argumentiert er, wenn man seine Torheit, die eigene miteingeschlossen, erträgt. Mit Ironie, Humor und bissiger Satire relativiert das Lob der Torheit alle Menschen, auch und nicht zuletzt deren eigene Wichtigkeit. In diesem Lob der Torheit findet sich der Kern der Philosophie der Urbanität

¹⁸ Vgl. das Kapitel »Morgenröte einer neuen Zeit«, in: L. Mumford, Die Stadt. Geschichte und Ausblick Bd. 1, München 1979, S. 367–400.

¹⁹ N. Elias, Über den Prozeß der Zivilisation, 2 Bde, Frankfurt 1980.

²⁰ So Erasmus in seiner Schrift »Institutio Principis Christiani« (Die Erziehung des christlichen Fürsten), Ausgewählte Schriften Bd. 5, Darmstadt 1968, S. 111–338. Erziehung ist bei Erasmus immer auch Erziehung zu einem friedvollen Verhalten, privat und öffentlich. Seine Urbanität hat einen pazifistischen Charakter.

²¹ R. R. Bolgar, Education and Learning, in: the New Cambridge Modern History Bd. 3: The Counter-Reformation and Price Revolution 1559–1610, Cambridge 1971, S. 427–451.

²² In: Ausgewählte Schriften Bd. 2, Darmstadt 1975, S. 2–212; Das »Lob der Torheit«, Thomas Morus gewidmet (von daher der griechische Titel »encomion moriae«), ist die bekannteste und bis heute beliebteste Schrift von Erasmus. Vgl. die dt. Textausgabe als Insel-Taschenbuch mit den Randzeichnungen von Hans Holbein d. J. (Frankfurt 1979).

bei Erasmus. Bereits Sebastian Brant, der in Straßburg und Basel lebte, hatte in seinem »Narrenschiff« von 1499, das nicht zuletzt durch seine Illustrationen, darunter einige von Dürer, bekannt wurde, etwas ähnliches unternommen.²³ Brants »Narrenschiff« fällt gegenüber dem »Lob der Torheit« von Erasmus noch etwas naiv aus. Das »Problembewußtsein«, wenn man so will, aber ist beiden gemeinsam.

Wenn Erasmus 1514 geradezu in einem Triumphzug rheinaufwärts nach Basel fuhr und in den Städten am Rhein immer wieder begeistert empfangen wurde, so zeigt dies, daß seine Meinungen einen starken Rückhalt in den Städten fanden. Unter dem Eindruck dieser Reise schrieb er am 21. September 1514 aus Basel an Jakob Wimpfeling: »Ich höre, allenthalben seien bei den Deutschen ausgezeichnet gebildete Männer, daher habe ich mehr und mehr Freude an meinem Deutschland, es gefällt mir, und ich bedauere und schäme mich, es so spät kennengelernt zu haben.«²⁴

Urbanität aber ist kein gesicherter Besitz. Das wußten nicht zuletzt nachdenkliche und sensible Humanisten wie Erasmus. Gefährdungen kamen keineswegs nur von Bewegungen wie den Täufern. Gefahren drohten auch von den Fürsten und der fürstlichen Politik. Die Städte waren zwar seit dem Spätmittelalter wichtige Faktoren des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens in Europa geworden, besonders in Deutschland, was ein scharfsinniger Beobachter wie Macchiavelli in seiner Schrift »Il principe« (1513) aufmerksam registrierte. Aber auch in England, Frankreich, natürlich in Italien, das großenteils aus Stadtrepubliken bestand, und in den Niederlanden, wo sich um Brüssel, Brügge, Gent, Antwerpen die blühendste städtische Kultur Nordwesteuropas entfaltete. Im deutschen Reichstag waren die Städte anteilig mit etwa 80 Sitzen vertreten,²⁵ in England konnten die »boroughs« neben den Baronen ihre Vertreter in das Unterhaus schicken, die Augsburger Fugger finanzierten 1519 in Deutschland die Wahl Karls V. zum Kaiser, aber die Politik war und blieb eine Domäne des Adels, der Könige, Herzöge und Grafen und ihrer Höfe.

Um vor der Willkür fürstlicher Politik, die zudem allzu leicht in Krieg ausarten konnte, geschützt zu sein, machte man sich Gedanken, wie man mäßigend auf sie einwirken könne. »Wenn schon kein Tier so roh oder wild ist«, schrieb Erasmus in der Schrift »Institutio Principis Christiani« von 1516, die an den damals 16jährigen Herzog von Burgund, den späteren Kaiser Karl V. gerichtet war, daß es nicht gezähmt werden könne, warum solle man annehmen, »daß irgendein menschlicher Charakter so roh und hoffnungslos sei, daß er durch sorgfältige Erziehung nicht kultiviert werden könne?« Anders als der Florentiner Macchiavelli, der in seinem »Il principe« das Konzept einer Machtpolitik ausgebrütet hatte, versuchte Erasmus in dieser Schrift, den Fürsten zu einer friedlichen, eher verwaltden Politik zu bewegen. Denn alles andere sei heidnisch und tyrannisch. »Der Tyrann ist

²³ S. Brant, Das Narrenschiff, Stuttgart 1975 (reclam, neuhochdt. Übertragung mit Illustrationen, teilweise von Albrecht Dürer).

²⁴ Erasmus von Rotterdam, Briefe, hrsg. v. W. Köhler, Wiesbaden 1947, S. 115.

²⁵ G. Schmidt, Der Städtetag in der Reichsverfassung. Eine Untersuchung zur korporativen Politik der Freien und Reichsstädte in der ersten Hälfte des 16. Jhs., Wiesbaden 1984.

darauf aus, das Vermögen der Bürger bei wenigen, und zwar bei den schlechtesten anzusammeln, und durch Verringerung des Einflusses der Bürger festigt er seine Macht.« Der christliche König dagegen sei überzeugt, daß der Reichtum des Fiskus im Reichtum der Bürger bestehe. »Der Tyrann legt es darauf an, daß alle durch Gesetze und Denunziationen mächtig an ihn gebunden sind. Der König freut sich an der Freiheit der Bürger.« Manches an dieser Schrift wirkt vielleicht etwas naiv, aber der Tenor, das Plädoyer für eine Politik im Interesse der Bürger, ist offenkundig. Am leidenschaftlichsten bemühte sich aber Erasmus, die fürstliche Politik von der Vorstellung abzubringen, daß der Krieg ihr ureigenstes Handwerk sei. Er ging so weit, die Theorie des gerechten Krieges abzulehnen. Seine Kampfschrift »Julius exclusus de coelis«, »Papst Julius vor der verschlossenen Himmelstür«, und die berühmte »Querela pacis«, die »Klage des Friedens«, sind geradezu pazifistische Schriften. Andere wie Vives und Thomas Morus schlossen sich diesen Forderungen an. Doch blieben sie, wie sich bald zeigte, schon für die damalige Zeit leider ohne Erfolg. Die Fürsten ließen sich nicht ihren Handlungsrahmen durch die humanistische Urbanität beschneiden, weder die Kaiser Maximilian I. und Karl V. noch Heinrich VIII. von England und Franz I. von Frankreich, eben jene Politiker des damaligen Europa, die man ansprechen wollte. Dennoch gehört der pazifistische Impuls zu dem humanistischen Verständnis der Urbanität hinzu. Wie sollte man in den Städten leben, wenn sie umkämpft oder mit der jetzt aufkommenden Waffe der Artillerie beschossen wurden? Hier zeigt sich die gegensätzliche Interessenlage von Hof und Stadt, die das 16. wie das 17. und 18. Jahrhundert prägt, nur daß die Stadt und ihre politischen wie geistigen Interessenvertreter immer mehr an Einfluß verloren. Für die fürstliche Politik bestand bis 1789 die Stadt immer noch wesentlich aus Steinen und keineswegs nur aus Menschen, um das Bild Ficinos nochmals aufzugreifen.

Auch die Humanisten schwankten zwischen Hof und Stadt. Humanistische Juristen wie Morus, Busleiden, Budé, Viglius von Ayatta,²⁶ die politischen Ehrgeiz entwickelten, bewegten sich zwangsläufig in der Nähe der Höfe. Die soziale Basis der Humanisten blieb jedoch die Stadt, aus deren Milieu sie kamen und aus dem sie lebten. Auch verbanden nicht alle Humanisten mit der Urbanität den europäischen Horizont wie Erasmus, sondern sie zogen häufig den nationalen vor. Jakob Wimpfeling gab seiner Schrift »Germania« von 1501 den Untertitel »Zur Ehren Straßburgs«. Es war ein Dokument national gefärbter Urbanität. Wimpfeling stand auch wie die meisten Humanisten anfangs dem reformatorischen Anliegen Luthers nahe. A. G. Dickens hat in seinem Buch »The German Nation and Martin Luther«,²⁷ das leider nie ins Deutsche übertragen wurde, zu Recht darauf hingewiesen, daß die Reformation in Deutschland vor allem eine urbane Bewegung gewesen ist und ohne die Mitwirkung der Städte, ihrer Humanisten, Prediger, Drucker und nicht zuletzt ihrer Leserschaft kaum möglich gewesen wäre. Hier war, wie bereits das

²⁶ F. Postma, Viglius von Ayatta als humanist en diplomat 1507–1549, Zutphen 1983.

²⁷ (s. A 12).

Beispiel Münster zeigte, die Bereitschaft vorhanden, sich von den neuen Lehren erregen und mitreißen zu lassen, zumal von der neuen religiösen Sprache, der deutschen Sprache und den Psalmen und Kirchenliedern in deutscher Sprache. Auch Luther wußte um die Rolle der Städte. Deshalb wandte er sich in einigen Schriften direkt an die Räte der Städte, so in seiner Mahnung, Schulen zu errichten und auszubauen. Schließlich wurden fast alle größeren Städte Deutschlands mit Ausnahme Kölns protestantisch.

Noch bei Albrecht Dürer und einem anderen Nürnberger, Hans Sachs (»Wittenbergsche Nachtigall«), kann man nachspüren, wie sehr die lutherische Reformation zugleich städtisches und nationales Empfinden ganz unmittelbar ansprach. Aber anders als bei Erasmus und Morus war die Mentalität Luthers nicht wirklich urban. Das richtige geistliche Leben war ihm letztlich wichtiger als das richtige weltliche Leben. Und neben seiner berühmten Programmschrift »Von der Freiheit eines Christenmenschen« schrieb er die andere Programmschrift »An den christlichen Adel deutscher Nation«. Sie sprach eben den Adel an. Luther kritisierte zwar häufig die Fürsten, aber die Tatsache fürstlicher Politik selbst war für ihn unumstritten. Es gab für ihn viele Gründe, das provinzielle Wittenberg nicht zu verlassen. Er hat es aber auch tatsächlich nicht getan. In dem Maße, wie sich schließlich die Fürsten in Deutschland die Reformation oder auch die katholische Gegenreformation zu eigen machten, ging das ursprünglich sehr lebendige urbane Element in der reformatorischen Bewegung zurück. Es schien opportun, Landes- und Kirchenorganisationen miteinander in Einklang zu bringen. Verluste, die schleichend eintreten, bemerkt man zudem häufig nicht. Die Studie von Po-chia Hsia über Münster von 1535 bis 1618 hat minutiös aufgezeigt, wie eine städtische Gesellschaft, nicht zuletzt ihre Jugend, unter dem Einfluß der Gegenreformation, die hier von den Jesuiten getragen wurde, allmählich an städtisch-zivilem Ehrgeiz verliert. Führende Familien der Stadt zogen sich seit dem 16. Jahrhundert aus der kommunalen Politik zurück und entwickelten andere Interessen.²⁸ Das war kein Einzelfall.

Das kommunale Gegenstück zu der wachsenden Macht der einzelnen Staaten oder Territorien in Deutschland sind die »home towns«, die deutschen »Heimatstädte«, wie sie Mack Walter in seiner Studie, die die deutsche Stadtgeschichte bis in das 19. Jahrhundert verfolgt, beschrieben hat.²⁹ Der Horizont der Städte verengte sich. Die Stadtmauern, die an Funktion verloren und allmählich verfielen, wurden zum Symbol eines begrenzten Blickfelds, ja einer gewissen städtischen Inzuchtigkeit: das Gegenteil von Urbanität. Andererseits entstehen aber im 18. Jahrhundert im Zuge der Aufklärung in diesen deutschen Klein- und Mittelstädten häufig neue Zentren der Bildung, weniger der Politik. Dabei konnten Universitätsstädte wie Jena, Halle, Göttingen, Tübingen, Marburg, und

²⁸ R. Po-chia Hsia, *Society and Religion in Münster 1535–1618*, New Haven/London 1984; vgl. Rezension in: *Die alte Stadt* 1986, H. 2, S. 157–159.

²⁹ M. Walker, *German Home Towns. Community State and General Estate 1648–1871*, London 1971; vgl. das Kapitel »Historische Perspektiven« in G. A. Craig, *Über die Deutschen*, München 1982, S. 19–41.

seit dem Ende des 18. Jahrhunderts auch Münster, anregend wirken. Örtliche Verlage, Zirkel und Salons oder der Leserkreis der moralischen Wochenschriften und anderer Zeitschriften, die »Intelligenzblätter«, bilden »Kreise«, wobei häufig sogar die Schranken zwischen adeligem und bürgerlichem Publikum, zwischen männlicher und weiblicher Welt überwunden werden.³⁰ Die Bediensteten sind von dieser neuen Kultur natürlich ausgeschlossen. Man findet solche Kreise in Hamburg und Weimar, ja fast überall an allen größeren Orten. Der Osnabrücker Justus Möser hat diese Welt, die uns heute vielleicht etwas bieder erscheint und tatsächlich bei aller Aufklärung recht konservative Züge trug, in seinen »Patriotischen Phantasien« Mitte des 18. Jahrhunderts eindrucksvoll beschrieben.³¹ Goethe setzte dieser trauten Welt der deutschen home-towns in seinem Versepos »Hermann und Dorothea« gleichsam ein literarisches Denkmal. Wenn die Städte aber noch bewußt an die Tradition der großen städtischen Politik des späten Mittelalters und der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts anknüpften, wie beispielsweise die Reichsstadt Frankfurt, etwa wenn man sich dort zum Empfang des Kaisers rüstete, dann ging es weniger um die Präsentation stolzer Urbanität, sondern schon eher um geschichtliche Nostalgie. Immerhin ließ sich dabei nicht schlecht leben: Frankfurt beherbergte im 18. Jahrhundert die größte Messe Europas.

Fernand Braudel hat in seiner Studie über die Geschichte der Zivilisation vom 15. bis zum 18. Jahrhundert mit dem Akzent auf der Geschichte des Alltags die Veränderungen des städtischen Lebens in Europa detailliert beschrieben.³² Die Städte werden zwar häufig entpolitisiert, aber sie bleiben ein neuralgisches System der europäischen Gesellschaft. Die bewegenden Ereignisse der Politik vom Dreißigjährigen Krieg bis zur Politik Friedrichs des Großen, die möglicherweise das historische Interesse bannen, täuschen leicht über die wichtige Rolle der Städte in der Gesellschaft des 17. und 18. Jahrhunderts hinweg.

Einen systematischen Überblick über diese Entwicklung des Systems der europäischen Städte von 1500 bis 1800 hat kürzlich Jan de Vries in seiner Studie »European Urbanization 1500–1800« geliefert.³³ Da uns diese Perspektive noch sehr fremd ist, lohnt es, kurz dabei zu verweilen. Das Buch sagt wenig über die Entwicklung der innerstädtischen Lebensformen aus, wie man es bei Braudel nachlesen kann. Auch politisches Handeln, die fürstliche Urbanisierungspolitik, wie wir sie überall in Versailles oder in Berlin und

³⁰ O. Borst, *Kulturfunktion der deutschen Stadt im 18. Jahrhundert*, in: O. Borst, *Babel oder Jerusalem? Sechs Kapitel Stadtgeschichte*, Stuttgart 1984, S. 355–392; F. Kopitsch (Hrsg.), *Aufklärung, Absolutismus und Bürgertum in Deutschland. Zwölf Aufsätze*, München 1976; K. Gerteis, *Die deutschen Städte in der Frühen Neuzeit*, Darmstadt 1986.

³¹ J. Möser, *Sämtliche Werke*, 2. Abt. Bd. 4–7, Oldenburg 1943–54; J. Möser, *Patriotische Phantasien*, Stuttgart 1970 (reclam, Auszug).

³² Abschnitt »Das Städtewesen«, in: F. Braudel, *Geschichte der Zivilisation. 15. bis 18. Jahrhundert*, München 1971, S. 257–656.

³³ J. de Vries, *European Urbanisation, 1500–1800*, London 1984; W. Braünfels, *Abendländische Stadtbaukunst*, Köln 1979; P. Clark (Hrsg.), *The Transformation of English Provincial Towns 1600–1800*, London 1984.

Potsdam, in Turin oder Wien, in Würzburg oder Passau, in Dresden oder Karlsruhe verfolgen können, werde ich hier nicht behandeln. Das alles kann man ausführlicher in dem Dumont-Band von Wolfgang Braunfels über die Abendländische Städtebaukunst studieren.

Es handelt sich in diesem Buch von de Vries über die europäische Urbanisierung eher um ein Planspiel, das größere Zeiten und Räume erfaßt und sich auch wenig um nationale Grenzen kümmert. »Urbanisierung« bedeutet natürlich etwas anderes als »Urbanität«. Es geht um eine tendenzielle Entwicklung der Städte als ein System, eben nicht um das innerstädtische Leben. De Vries stützt seine Aussagen auf die vorhandene Literatur über jene 279 europäischen Städte, die den Gegenstand seiner Studie bilden: Städte, deren Einwohnerschaft die Mindestzahl von 10 000 während dieser 300 Jahre wenigstens einmal überschritten haben. Dazu zählen 6 Städte in Skandinavien, 53 in England, 8 in Schottland, 8 in Irland, 21 in Holland, 20 in Belgien, 56 in Deutschland, 78 in Frankreich, 4 in der Schweiz, 65 in Italien, 43 in Spanien, 5 in Portugal, 8 in Österreich und 3 in Polen. So entsteht das ungewöhnliche Bild des historischen Panoramas der europäischen Urbanisierung, das den Leser ebenso beeindruckt wie das – auf S. 170 – abgebildete Satellitenphoto von 1977 »Europa bei Nacht«. Hier strahlen die bei Nacht erleuchteten Städte für die Gegenwart jenes »System der Urbanisierung« gleichsam in den Weltraum aus, das der Autor auf festem Boden für die Vergangenheit untersucht hat. Die Entwicklung dieses Systems der europäischen Städte wird dabei in drei Phasen dargestellt: 1500–1600/50 (The long sixteenth century), 1600/50–1750 (The age of rural proletariat) und 1750–1850/80 (The new urbanisation). Die nationalstaatliche Entwicklung der europäischen Länder in dieser Zeit schlägt sich in der Expansion der einzelnen Hauptstädte nieder. Mit ihnen verändert sich die »Rangordnung« unter den Städten, die de Vries für wichtig hält. Die wachsende wirtschaftliche Verflechtung, die Verlegung des Seetransports aus dem Mittelmeer – dem europäischen Meer der Antike und des Mittelalters – in den Atlantik, schlägt sich in der Expansion einzelner Hafenstädte und dem Rückgang anderer – beispielsweise Venedigs –, nicht zuletzt auch der deutschen Hansestädte, nieder. Dabei änderte sich die Hierarchie der europäischen Städte. Veränderungen in diesem System werden aber nicht mehr wie im Mittelalter durch Neugründungen, sondern durch Bevölkerungswanderungen und durch bewußte politische Maßnahmen wie den Ausbau der Bürokratie in den fürstlichen Städten bewirkt. Man müßte ergänzen, auch durch den Aufbau des Militärsystems, worauf Mumford in seinem Buch »City in History« nachdrücklich hinweist. In der Unterwerfung der Städte und des Städtebaus unter die militärische Zweckmäßigkeit sieht Mumford einen erheblichen Verlust an Urbanität und städtischer Kultur, auch wenn die Städte wirtschaftlich von derlei Maßnahmen in der Regel profitierten. Solche kritischen und skeptischen Kommentare fehlen in der Studie von de Vries. Das ist der Nachteil einer allzu einseitigen, quantitativ orientierten Forschung zur Stadtgeschichte.

Bissig bemerkt Mumford zur fürstlich-barocken Stadtplanung: »Will man die entschei-

dende Begrenztheit der barocken Planung begreifen, nämlich ihre Unfähigkeit, mit irgendeiner anderen als der höfischen Daseinsform fertigzuwerden, so muß man fragen: Welche Vorsorge traf man für den stadtbürgerlichen Kern? In der Nachbarschaft überhaupt nicht. Der örtliche Markt und die Schule erhielten auf dem Plan keine besonderen Plätze zugewiesen. Auch dient der kleine Park inmitten des großen Platzes nicht als Spielplatz für Kinder aus der Nachbarschaft mit Ausnahme derer, die kraft Eigentums rechtlichen Anspruch darauf haben. Die Institutionen der Stadtverwaltung rangierten hinter dem Palast des Fürsten, und die Theorie dieses stadtbürgerlichen Kerns hat Palladio vortrefflich beschrieben.«

Mumford zitiert den italienischen Stadtplaner: Die zentralen städtischen Gebäude sind für ihn das Schloß, das Schatzamt, das Gefängnis und das Irrenhaus. »Das waren die Dominanten. Zwischen ihnen erstreckten sich in langweiliger Wiederholung die Fassaden, und hinter diesen Fassaden gingen die vergessenen und verleugneten Teile des Lebens irgendwie weiter.«³⁴

Gelegentlich verwandelte der barocke Städtebau die Städte – so Venedig, London, Paris, St. Petersburg – in große Theaterbühnen, auf denen sich die gesellschaftliche Elite stilgerecht bewegen konnte, nicht zuletzt durch die Schaffung großer Plätze im Innern der Städte. Darauf haben Hohenberg und Lees in ihrem Buch »The Making of Urban Europe 1000–1950« (1985) hingewiesen. In Umwandlung des bereits erwähnten Spruchs von Ficino schienen die Städte jetzt doch eher aus Steinen als aus Menschen zu bestehen. Allerdings, die moderne demokratische Gesellschaft fühlt sich auf dieser alten städtischen Bühne auch nicht gerade unwohl. Die Stadt verbindet die Zeiten und Jahrhunderte.

Eine der eindrucksvollsten Beschreibungen eines städtischen Systems findet sich in dem 1724–26 erschienenen Buch von Daniel Defoe »Tour through the Whole Island of Great Britain«.³⁵ Defoe war Journalist, nicht nur der Autor von »Robinson Crusoe«, und eine ungewöhnlich fleißige und schreibfreudige Persönlichkeit. Dieses Buch schwankt im Stil zwischen einem Touristenführer, einem Handbuch der Städte und Plätze und einem Unternehmensführer. Es ist jedenfalls reich an Material und von daher, wenn auch nicht immer ganz zuverlässig, sehr informativ. Wo gibt es sonst aus dem 18. Jahrhundert in Europa die Beschreibung einer Stadtlandschaft in einer so dichten und zugleich breit angelegten Form? Was immer interessiert an Bristol oder Liverpool, an den alten Städten aus der römischen Zeit oder an modernen gewerbetüchtigen Städten, mit denen Defoe sympathisiert, hier findet sich alles, einschließlich einiger recht abfälliger Bemerkungen über den Müßiggang der damaligen britischen »leisure«-class in Badeorten wie Tunbridge Wells und Bath. Das Bad diene diesen Leuten, so der Puritaner Defoe, nur als Vorwand zum Vergnügen. Es seien die besten Orte Englands, um moralisch herunterzukommen.

³⁴ L. Mumford (s. A 18), S. 459.

³⁵ D. Defoe, A Tour through the Whole Island of Great Britain, hrsg. v. G. D. H. Cole u. D. C. Browning, London 1962.

Am ausführlichsten und begeistertsten fällt Defoes Bericht über London aus. Eingehend werden die Londoner Märkte beschrieben, die Fischmärkte in Billingsgate und Fishstreet, der Gemüsemarkt in Covent Garden, Märkte für Obst, Korn, Heu, Leder, Häute und Felle, Tuche und nicht zuletzt für die Kohle, die aus Newcastle upon Tyne per Schiff nach London gebracht wurde. Gelegentlich traf eine Flotte von 500 bis 700 Schiffen mit Kohle im Londoner Hafen ein. Defoe erwähnt die innerstädtische Post. Dergleichen gebe es weder in Paris noch in Amsterdam oder in Hamburg. London ist eine kapitalkräftige Stadt. Defoe beschreibt die Börse und die Überseeesellschaften wie die Südsee-Kompanie und die Ost-Indien-Kompanie. Die Aktie hält er für eine wunderbare Erfindung. Der Aktienmarkt bewirke, daß sich der hohe wie niedrige Adel ständig in der Nähe der Hauptstadt aufhalten müsse, weil von den Bewegungen der Börse das Schicksal Tausender von Familien abhängt.

So hatte sich in London eine besondere Beziehung von Hof und Stadt, von Court und City entwickelt, die sich von den Verhältnissen anderer Länder Europas merklich unterschied. Bereits im Mittelalter befand sich der Hof in Westminster – außerhalb der Stadt. Die Stadt beschränkte sich auf den engen, ummauerten Bezirk der City of London zwischen dem Tower und Westminster. Die Herrschaft der Councils und des Mayors der City war und blieb auf diesen engen Raum beschränkt. Hier herrschten die Gilden. Inzwischen, so Defoe, habe die Stadt die Oberhand gegenüber dem Hof gewonnen, aber insgesamt hätten Court und City ihre gegenseitige Abhängigkeit voneinander erkannt, zum Vorteil beider Seiten.³⁶

Ein Ereignis, das noch in den 1720er Jahren nicht vergessen war, war der große Brand von London von 1666, der zu der Neuplanung der Stadt durch Christopher Wren geführt hatte. Das gesamte mittelalterliche London war abgebrannt. Jetzt entstanden die neuen Gebäude wie die St. Paul's Cathedral, die Defoe nicht genug loben kann. Nur der Petersdom in Rom, er bedauert dies, sei noch größer. Städtisches und imperiales Denken schließen sich bei Defoe nicht aus. Was das Feuer angeht, so hält Defoe den Bürgern von London einen traditionell bodenlosen Leichtsinn vor. Selbst der große Brand von 1666 sei anfangs nicht ernst genommen worden, weil jedermann angenommen habe, es handle sich um einen der üblichen kleineren Stadtbrände, die regelmäßig vorkamen. Die Häuser seien damals auch so hochgezogen gewesen, und die oberen Stockwerke so weit in die Straßenfront gebaut, daß man von den oberen Geschossen bei einem Brand in das Haus auf der anderen Straßenseite hinüberspringen könne. Eine andere Kehrseite der Bebauungsdichte und der oft miserablen hygienischen Verhältnisse war über Jahrhunderte die Pest gewesen, die regelmäßig einen größeren Teil der Londoner Bevölkerung hinwegge-

³⁶ »But the City, I say, has gained the ascendant, and is now made so necessary to the Court (as before it was thought rather a grievance) that now we see the Court itself the daily instrument to encourage and increase the opulence of the city, and the city again, by its real grandeur made not a glory only, but an assistance and support to the Court, on the greatest and most sudden emergencies.« D. Defoe (s. A 35), S. 338.

rafft hatte. Auch das gehört zur Geschichte der europäischen Stadt in der frühen Neuzeit.

Im übrigen gab es viele, die sich in der Stadt des 18. Jahrhunderts wohlfühlten wie die Schriftsteller und Dichter Johnson und Boswell,³⁷ die glaubten, ohne das anregende Klima der Stadt London nicht arbeiten und produzieren zu können. London wuchs zudem in den Außenbezirken von Jahrzehnt zu Jahrzehnt und da man keine exakten Volkszählungen kannte, nicht einmal die Kirchenregister waren zuverlässig, da es ja mehrere Konfessionen gab, wußte auch Defoe die Bevölkerungszahl der Stadt nicht genau anzugeben. Sie lag gegen Ende des Jahrhunderts bei etwa 800 000. Nicht nur in England, überall in Europa wertete man die Stadt im 18. Jahrhundert überwiegend positiv. Urbanität galt als Wert. Ähnlich wie Johnson in London empfand der Verleger und Schriftsteller Nicolai in Berlin, und Voltaire verspottete in seinem »Candide« in dem Baron Thunder-thon-Thronk ländliche Unbeholfenheit und Unbildung. Erst seit dem Ende des Jahrhunderts, zumal im 19. Jahrhundert, zugleich mit der Entstehung moderner Industriestädte, kommt verstärkt in literarischen Kreisen Stadt pessimismus und ein antiurbanes Denken in Europa auf, so bei den britischen Dichtern William Blake und William Wordsworth und deutschen Romantikern.³⁸ Sie boten wenig Hilfe, um die enormen Probleme zu lösen, die sich der modernen Stadt des 19. und 20. Jahrhunderts stellten.³⁹

Immerhin, selbst in den unruhigen Zeiten der Französischen Revolution und der späteren napoleonischen Kriegszüge dachte man in der deutschen Provinz immer noch an die Welt der Urbanität, die inzwischen durch die deutsche Aufklärung des 18. Jahrhunderts gefiltert und ein wenig entpolitisiert worden war. So schrieb das »Morgenblatt für die gebildeten Stände« in seiner Ausgabe vom 25. April 1812: »Die Römer besaßen ein hochsinniges, bedeutendes Wort, das in keiner Sprache sich so richtig und erschöpfend ausdrücken läßt, – es hieß Urbanität.« Man habe darunter »Milde, Gefälligkeit, Artigkeit, Höflichkeit und Gewandheit in den Sitten, im Betragen, in der Schreibart, im geselligen Umgang« verstanden. Das »Morgenblatt« deutete die Urbanität anthropologisch: »Keine Tugend bringt aber größeren Gewinn als die, welche die Römer Urbanität nannten. Der Mensch ist ein geselliges Wesen. Zu seinem Vergnügen, zu seiner Erholung bedarf er durchaus Gesellschaft, Mittheilung und Umgang, und sucht sie auf.«

Ganz offensichtlich war nicht nur römische, sondern auch deutsche Urbanität mit einem Hauch von Biedermeier gemeint. Würde diese Tugend die Stürme der Industrialisierung, des Bevölkerungswachstums und der Entstehung jener Großstädte in den nächsten hundert Jahren bestehen, an die an jenem Sonnabend im April 1812 die Redakteure des »Morgenblatt« kaum gedacht haben konnten?

³⁷ A. Lees, *Cities Perceived. Urban Society in European and American Thought 1820–1940*, Manchester 1985, S. 8 f.

³⁸ ebda., S. 9; H. Brunschwig, *Gesellschaft und Romantik in Preußen im 18. Jahrhundert*, Berlin 1975.

³⁹ An die politische Funktion städtischer Politik durch die Jahrhunderte europäischer Geschichte hindurch erinnert: D. Sternberger, *Die Stadt als Urbild. Sieben politische Beiträge*, Frankfurt 1985.

Hans-Paul Bahrdt

Städtische Lebensformen in Zukunft

Begriffliche Vorbemerkungen – Großstadtkritik – Was ist Urbanität? – Urbanität und Öffentlichkeit – Kulturelle Chancen auf der Basis städtischer Öffentlichkeit – Wie urban sind moderne Städte? – Bauliche Voraussetzungen für die Entfaltung einer städtischen Öffentlichkeit – Es gibt kein Generalkonzept – Pragmatische Vorschläge –

Begriffliche Vorbemerkungen

Wenn man sich Gedanken darüber macht, welchen Charakter in der Gegenwart das Leben in unseren großen Städten hat, und wie es in Zukunft aussehen wird, insbesondere wie »urban« es sein wird, ob »Urbanität« überhaupt eine Zukunftschance haben wird, so gerät man in mancherlei Verlegenheiten. Zunächst stellt man fest, daß das Wort »urban« und die von ihr abgeleiteten Wörter »Urbanität«, »Urbanisierung«, »Urbanismus« in ihrer Bedeutung schillern. Einige dieser Begriffe haben einen sehr weiten Inhalt und werden weitgehend wertneutral gebraucht. Das gilt z. B. für den Begriff »Urbanisierung«. Hier denken wir einfach an den Prozeß der Verstädterung, festgemacht überwiegend an äußeren Merkmalen: Zunahme an Bevölkerung in vorher kleineren Siedlungsgebilden, die Entstehung eines größeren Sektors von Handel und Gewerbe als wir sie etwa in Dörfern finden, Arbeitsteilung, Differenzierung der sozialen Schichtung, damit im Zusammenhang auch Verkehrsprobleme usw. Unter »Urbanismus« versteht man vielfach den umfassenden Themen-Komplex, mit dem sich Institute und Zeitschriften, die sich mit Stadtentwicklung und Stadtplanung befassen, auseinandersetzen. Die dazugehörige Wissenschaft nennt man Urbanistik. Eine Bewertung ist zunächst nicht damit verbunden. Ein Fachmann für »Urbanistik« kann z. B. große Vorbehalte gegen die moderne Verstädterung haben und einer städtebaulichen Richtung angehören, die das Großstadtwachstum bremsen möchte und eine Stadt sich wünscht, die so wenig städtisch oder großstädtisch ist wie möglich. Ich denke an die sog. »Gartenstadtbewegung« oder an die »Nachbarschaftsbewegung«, überhaupt an die ehrwürdige Tradition der Großstadtkritik, die ja bis in die Gegenwart immer wieder zu praktischen Konsequenzen im Städtebau geführt hat. Ein sog. »Urbanist« kann also mit »Urbanität« sehr wenig im Sinne haben. Aber es kann auch das Gegenteil der Fall sein. Er kann davon träumen, daß das Zentrum der Stadt, für die er plant, einen »wahrhaft urbanen« Charakter behält oder wieder gewinnt.

Im letzteren Fall verwendet er einen engeren und wertbehafteten Begriff von »urban« und »Urbanität«. Er meint einen bestimmten Verhaltensstil, vielleicht einen Lebensstil,

oder aber auch den Typus einer baulichen Umwelt, der zu einem »urbanen« Verhalten und zu »Urbanität« des sozialen Getriebes auffordert.

Uns geht es jetzt vor allem um die letzteren, engeren und bewertenden Begriffe. Dabei haben wir natürlich im Auge, daß zwischen den beiden genannten Begriffsgruppen ein Zusammenhang besteht. »Urbanität« als positiv bewertetes Verhalten oder als Merkmal einer baulichen Umwelt oder eines sozialen Klimas entwickelt sich (und hat sich stets in der Vergangenheit entwickelt) dort, wo die äußeren Eigenschaften einer Stadt vorhanden sind. Allerdings können wir uns auch einen »urbanen« Menschen vorstellen, der auf dem Lande wohnt (heute ist dies keine Seltenheit). Auch gibt es sicher kleine Ortschaften, die freilich nicht im herkömmlichen Sinne Dörfer sind, welche eine ausgesprochen »urbane Atmosphäre« haben, etwa internationale Kurorte und Seebäder.

Aber noch wichtiger ist die Tatsache, daß auch größere Städte nach unserem Eindruck mitunter »Urbanität« vermissen lassen. Ja man kann sogar die These vertreten, daß gewisse Entwicklungstendenzen, die zunächst typische Folgeerscheinungen der »modernen Verstädterung« waren (Größenwachstum, aufgelockerte Bebauung, großflächige Industrieansiedlung, motorisierter Massenverkehr), einer vorher vorhandenen »Urbanität« abträglich sein können bzw. der Entfaltung von »Urbanität« im Wege stehen. In diesem Sinne habe ich vor vielen Jahren einmal die Parole formuliert: Ziel des Städtebaus solle »die Urbanisierung der Großstadt« sein. Da war natürlich an eine gebaute Umwelt gedacht, die der Entfaltung von »Urbanität« als eines Lebensstils gerecht wird, der positiv bewertet wird.

Aber was ist eigentlich mit einem »urbanen Milieu« oder einem »urbanen Verhalten« gemeint?

Das Wort kommt von »urbs«. Damit ist nicht jede Stadt gemeint, sondern vor allem die Hauptstadt eines großen Reichs, z. B. das alte Rom. Auch später dachte man wohl weniger an kleine Städte, sondern an die wenigen Großstädte der Vergangenheit (Paris, London), die zugleich die Kultur, die Handelsbeziehungen, das politische Leben eines sehr großen Gebietes repräsentierten, gewissermaßen real zusammenfaßten oder widerspiegelten. Sie zeichneten sich meist durch ethnische, auf jeden Fall kulturelle Vielfalt aus. Stets waren es Zentren, von denen aus sich kulturelle Innovationen ausbreiteten. In Städten dieser Art wurden die Maßstäbe gesetzt, die dann auch für die sog. Provinz galten. Aber diese hinkte in der Regel hinterher und ihre Bewohner galten als provinziell. Das war das Gegenteil von »urban«.

Großstadtkritik

Aber diese sehr großen Städte galten keineswegs als vorbildlich, auch in den Augen ihrer Bewohner sehr oft nicht.

Man kann geradezu sagen: Das reflektierte, meist auch ambivalente Verhältnis zur großen Stadt gehört gerade zur Urbanität. Sie ist eine ihrer Voraussetzungen und gehört

zum Bewußtsein eines »urbanen Menschen«. Großstadtkritik gibt es schon seit der Antike, und es sind vor allem die Großstädter, die sie üben.

Sie meldet sich deutlich in der frühen Neuzeit, also schon lange vor der Industriellen Revolution. Und seitdem diese das moderne Großstadtwachstum in Gang gesetzt hat, ist sie nicht mehr verstummt.

Vor allem wirft man der großen Stadt vor, daß sie ganz allgemeine Desintegrationerscheinungen hervorbringt. Die Vielzahl von Menschen erschwert die soziale Kontrolle. Die Sitten lockern sich. Angesichts der ethnischen und kulturellen Vielfalt platzen unterschiedliche Traditionen und Wertmaßstäbe aufeinander. Daraus entstehen Orientierungsschwierigkeiten und Verwirrung. Hinzukommt, daß die Schnelligkeit, mit der immer neue Strömungen auftauchen, in Konkurrenz treten und wieder obsolet werden. Kurzlebige Moden, sowohl im geistigen Leben wie auch im Alltag, sowohl in der Kleidung als auch in der Kunst, der Wissenschaft und in den Umgangsformen, beherrschen das Feld und verführen zu oberflächlicher Anpassung. Das alte Bewährte wird vergessen. Außerdem verlieren die Bindungen an traditionell verankerte kleine Gemeinschaften, in der die Menschen angeblich ihren festen Halt haben, an Bedeutung. Die Menschen werden – so heißt es – wurzellos, vereinsamen oder geraten in den Sog von Vermassung, die ihrerseits keine wirklichen Bindungen vermitteln kann, obwohl viele Menschen dabei in enge Berührung miteinander kommen.

Was ist »Urbanität«?

Welchen positiven Sinn kann demgegenüber ein Begriff wie »Urbanität« haben? Wieso empfinden wir Befriedigung, wenn wir einem »urbanen« Menschen begegnen oder wenn wir einem Ensemble von städtischen Bauten eine »urbane Atmosphäre« zubilligen?

Ganz allgemein könnte man sagen: »Urbanität« verkörpert einen Verhaltensstil, der mit den eben genannten problematischen Desintegrations- und Verfallserscheinungen fertig wird, ihnen entweder vorbeugt oder sie auffängt und im Rahmen dieser Funktion innovativ ist, d. h. kreativ Umgangsformen, neue kommunikative Möglichkeiten und auch ästhetische Neuerungen hervorbringt bzw. deren Rezeption erleichtert. Meinen wir mit Urbanität Eigenschaften von Dingen, z. B. von Baulichkeiten, dann denken wir, daß diese die Entfaltung urbanen Verhaltens begünstigen, zum mindesten nicht behindern, möglicherweise jedoch zu ihm auffordern.

Bei dem Wort Urbanität als einer positiv gemeinten Bezeichnung für einen Verhaltensstil fallen uns Eigenschaften ein wie Aufgeschlossenheit (auch Neugier), erhöhte Kommunikationsbereitschaft und die Fähigkeit, auch unter erschwerten Umständen zu kommunizieren. Ferner Toleranz, nicht nur auf der Ebene der Prinzipien, sondern auch im Alltag, auf jeden Fall Ablehnung von Xenophobie. Freilich denken wir auch an eine gewisse Glätte. Hier mag eine Grenze in der Bewertung liegen. Sicher schätzen wir auch Menschen, die »Ecken und Kanten« haben, die »unbequem« oder »urig« sind. Deren Habitus nennen wir

jedoch nicht »urban«. Vielleicht gehört es geradezu zu einem urbanen Lebensstil, auch nichturbanes Verhalten zu tolerieren oder sogar in seinem Eigenwert zu schätzen.

Sicherlich zeichnet sich ein urbaner Verhaltensstil durch die Beherrschung zahlreicher Regeln und Tricks aus, deren Zweck es ist, anderen Menschen nicht auf die Nerven zu fallen, ihnen nicht »zu nahe« zu treten, »diskret zu bleiben«, »Distanz« zu halten, und zwar gerade dann, wenn viele Menschen, die einander unbekannt sind, zusammentreffen. Ein negativer Aspekt könnte sein, daß dann für spontane Herzlichkeit wenig Platz ist. Jedoch für Höflichkeit bleibt Raum.

Urbanität und Öffentlichkeit

Diese Vielzahl der Einzelzüge von Urbanität läßt sich nicht so leicht auf einen Nenner bringen. Aber eine gewisse Verklammerung erhalten sie doch, wenn wir sagen, es handele sich vor allem um »öffentliche Tugenden«, d. h. um Normen, Bräuche und Gewohnheiten, die ihren Platz in sozialen Feldern haben, die durch den »Aggregatzustand der Öffentlichkeit« geprägt sind. Das deutsche Wort »öffentlich« signalisiert, daß es sich um Verhältnisse handelt, die irgendwie »offen« sind, weder abgesperrt gegen den Einblick noch gegen den aktiven Eingriff von außen.

Für zahlreiche soziale Beziehungsfelder gilt dies nicht: Hier haben nur Mitglieder bestimmter sozialer Gruppen das Recht zur Teilnahme durch Mitwissen, Mitwirkung und Interaktion. Die Art der Teilnahme ist durch bestimmte soziale Rollen festgelegt und gestattet wenig Variation. Wer für sich eine individuelle Besonderheit sucht, die in dem geltenden Rollenrepertoire nicht vorgesehen ist, riskiert häufig, gemaßregelt, auch ausgestoßen zu werden. Dafür sind die Erwartungen hinsichtlich des Verhaltens der anderen Mitglieder des Milieus ziemlich sicher. Man fühlt sich, solange man dieses nicht verläßt, relativ geborgen und ist fest integriert.

Wir brauchen jetzt nicht darüber nachzudenken, ob jemals Menschen in einer Welt gelebt haben, die so heil, sicher, überschaubar und integriert war, daß man sich stets geborgen fühlen konnte. Menschliches Leben war immer bedroht durch plötzlich auftretende Gefahren, Katastrophen, Feindseligkeiten und Tod. Aber mit Sicherheit können wir annehmen, daß in älteren Zeiten und dort, wo ländliches Leben in Dörfern alten Typs sich abspielte, die Ordnungsvorstellungen der Menschen sich auf eine vollintegrierte, nach außen weitgehend abgeschlossene und überschaubare soziale Existenz bezogen waren und auch sich wiederherstellten, wenn Gefahren und zerstörerische Gewalten, die von außen kamen, wieder verschwunden waren. Der Erwartungshorizont signalisierte eine Vertrauenswürdigkeit, auch wenn die Hoffnung hierauf oft zerstört wurde.

Mit der Entstehung städtischen Lebens, vor allem dort, wo größere Städte entstanden sind, existieren aber nun andere Ausgangsbedingungen. Es geschieht jetzt alltäglich, nicht nur bei seltenen Gelegenheiten (Festen, Volks- oder Heeresversammlungen), daß einander unbekannte und trotz flüchtiger Kontakte unbekannt bleibende Menschen einander

begegnen, etwas miteinander zu tun haben, zum mindesten aufeinander Rücksicht nehmen müssen, und sich später dann wieder aus dem Auge verlieren. Dies geschieht z. B. auf einem Markt, auf dem es üblich ist, Käufe mit vorher unbekanntem Händlern, zu denen man auch später keine Bindung bewahrt, abzuwickeln. Aber es gibt auch zahllose andere Situationen im städtischen Leben, die hiermit eine gewisse Ähnlichkeit haben.

Erstens: Es treffen Menschen aufeinander, die einander nicht oder nur von flüchtigen Begegnungen her kennen. Man kann sie also nicht voll identifizieren. Nur aus dem »ausschnittartigen« Anblick (bzw. den Äußerungen in diesem Augenblick) können wir gewisse Schlüsse auf die Gesamtperson ziehen, die ihre Identität ja in längeren Zeiträumen reproduziert.

Zweitens: Hieraus ergibt sich einerseits ein Sicherheitsbedürfnis. Das eigene Auftreten wird kontrolliert. Vieles zeigt man nicht. Es bleibt privat (genauer: Gerade durch die Häufigkeit solcher Situationen entsteht das Bedürfnis, eine spezielle Sphäre von der Sphäre jener riskanten Begegnungen abzuschirmen, d. h. aber sich überhaupt erst eine Privatsphäre zu begründen). Man muß sich im Alltag auf Überraschungen einstellen, auf Situationen, die so sind, daß man sich nicht auf sie vorbereiten kann.

Da aber viele Begegnungen unvorbereitet, unvermittelt geschehen und doch funktionieren sollen, muß es in dem Verhaltensrepertoire Normen, Spielregeln, Attitüden geben, die das Risiko des Mißverständnisses oder des Konfliktes vermindern. Hierzu gehört einerseits eine gesteigerte Deutlichkeit in der Ausdrucksweise wie auch eine gesteigerte Wahrnehmungs- und Rezeptionsfähigkeit. Ohne Vorbereitung durch längere Bekanntschaft muß man einem fremden Menschen oder sogar einem größeren schwer überschaubaren Kollektiv oder einer Menschenmenge klarmachen können, was man will. Dazu ist sprachliche Differenzierung ebenso erforderlich wie eine Überprägnanz im Bewegungsspiel und der Kleidung. Überprägnanz, d. h. gesteigertes Ausdrucksverhalten, damit der andere weiß, was er von einem und von der Situation zu halten hat.

Drittens: Zum anderen gehört hierzu aber auch eine Kunst des Ausklammerns dessen, was nicht dazu gehört, die Diskretion, die Beherzigung zahlreicher Distanz-Regeln, freilich auch die Gelassenheit und Toleranz, wenn man dann doch mit ungewohnten, fremdartigen und irritierenden Verhaltensweisen konfrontiert wird.

Eine »öffentliche Sphäre« setzt also voraus, daß die in einem sozialen Feld auftretenden sozialen Kontakte nicht völlig vorgebahnt, kanalisiert und reglementiert sind. Insofern kann man von »unvollständiger Integration« sprechen. Jedoch heißt dies nicht, daß hier nun ein Defizit vorliegt. Vielmehr gelingt es – nur dort sollte man von einer öffentlichen Sphäre sprechen –, durch eine Reihe spezifischer Kommunikationstypen, z. T. neuartigen Kommunikationsmitteln, dennoch zu flüssiger und präziser Interaktion zu gelangen, wobei aber gleichzeitig, wiederum auf der Basis von Normen, Bräuchen, die sich im Kulturprozeß erst entwickeln müssen, gesichert bleibt, daß einander unbekannte und vielfach unbekannt bleibende Menschen mit unterschiedlichen Gewohnheiten und Auffas-

sungen sich nicht ins Gehege kommen, auch wenn sie sich häufig auf engem Raum über den Weg laufen.

Die Ansprüche, die an die kommunikativen Fähigkeiten, gleichzeitig an die Lernfähigkeit von Menschen gestellt werden, schon damit sie in der Lage sind, ihren sozialen Alltag zu bewältigen, sind in einem städtischen Milieu seit alters größer als in nicht-städtischen Umwelten. Sicherlich kommt es zunächst in den Städten zuerst zu einer größeren Verbreitung von schriftlicher Kultur, die den Kreis kleiner Priestergruppen überschreitet.

Hierbei ist zu beachten, daß Städte ja niemals nur in sich selbst ein dichtes, vielfältiges und konflikträchtiges soziales Feld bilden, sondern stets Beziehungen zu einem Umland, aber meist auch zu anderen Städten, unterhalten. Städtisches Leben ist nie derart auf das Geschehen einer einzigen Stadt bezogen, wie dies in früheren Zeiten weitgehend in ländlichen Siedlungen möglich war (Heute ist dies auf dem Lande nicht mehr der Fall. Aber man kann fragen, ob nicht so etwas wie eine partielle Verstädterung des flachen Landes in den Industrieländern stattgefunden hat). Für frühere Zeiten gilt aber sicher, daß der Dörfner nur gelegentlich in die Stadt ging oder fuhr: Das war für ihn dann ein Ausflug in die »große Welt«. Für den Städter, vor allem für den Bewohner einer großen Stadt, war aber die größere Welt, das ländliche Umland, aber auch Menschen aus fernen Regionen des eigenen Landes oder gar des Auslandes, alltäglich präsent.

Kulturelle Chancen auf der Basis städtischer Öffentlichkeit

Die Präsenz jener größeren Welt macht einen Teil der Lebendigkeit des Stadtlebens aus und begünstigt wie gesagt die Entwicklung und Verbreitung schriftlicher Kultur, die ja eine Chance darstellt, mit sprachlichen Äußerungen große räumliche Entfernungen und Zeiträume zu überbrücken und überhaupt Inhalte präzise auszudrücken, die beim bloßen Weitersagen bald verloren gingen oder bis zur Unkenntlichkeit verändert würden. Die Städte sind wie gesagt auch typische Zentren des sozialen und kulturellen Fortschritts. Das Aufeinandertreffen unterschiedlicher Menschen und zahlreicher Informationen in einem Feld mit geringer, lückenhafter Kanalisation der Information in Verbindung mit den gesteigerten Möglichkeiten der Informationsverarbeitung erleichtert die Hervorbringung und die Entwicklung von Innovationen.

Wir können dies unter anderem in der Kunstgeschichte beobachten. Im Mittelalter, das in Mittel-, West- und Südeuropa keineswegs durch Stagnation gekennzeichnet ist, und in der frühen Neuzeit, springen neue Stilelemente und Motive zuerst von einer größeren Stadt zur anderen, von Florenz nach Pisa, von französischen Städten zu deutschen Städten am Rhein, von Holland nach England. Die bedeutenden Künstler wandern von einer Bauhütte zur anderen, sie sind nicht ortsfest. Die Handelsbeziehungen der mit Fernhandel befaßten Städte dürften ihren Beitrag dazu geleistet haben, daß Gotik und Renaissance-Baukunst, bürgerlicher Realismus und Raumperspektive in der Malerei sich in jeweils sehr kurzen Zeitabständen quer durch Europa verbreiten konnten.

Für uns fast ungewohnt, aber doch leicht verständlich ist, daß sich auch religiöse Erneuerungsbewegungen in unserer Geschichte, sowohl solche, die die Amtskirche veränderten, wie auch solche, die in die Ketzerei abgedrängt wurden, zunächst in Städten ausbreiteten, dann von Stadt zu Stadt übergriffen (vor allem von einer Großstadt zur anderen), während das flache Land zunächst abseits lag und traditionalistisch blieb. Das gilt bereits für das Christentum in der Antike, das zuerst in größeren Städten des östlichen Mittelmeers Fuß faßte und dann nach Rom übergriff. Die auf dem Lande wohnenden Menschen hießen »pagani«. Dieses Wort wird später zugleich zur Bezeichnung für »Heiden«. Aber man kann auch an die vor allem in Städten aufblühenden Bettelorden denken, ferner an die Laienbewegungen, die der Reformation vorangingen, und an die Reformation selbst, die zunächst – solange sie noch eine Bewegung war – vor allem ein städtisches Phänomen war. Erst allmählich sorgten Fürsten dafür, daß sie »flächendekend« wurde.

Wie urban sind moderne Städte?

Denkt man jetzt an unsere modernen Städte, so wird freilich höchst zweifelhaft, ob das, was wir als charakteristisch für Stadtleben, aber auch als Voraussetzung für Urbanität skizziert haben, noch Realität ist. Allerdings muß man auch darauf verweisen, daß vieles von dem, was wir angedeutet haben, durchaus noch vorhanden ist, jedoch nicht mehr ein Monopol der Städte, auf jeden Fall nicht der Metropolen ist.

Die Informationsdichte der modernen Gesellschaft, damit freilich auch verbunden eine Informationsüberschwemmung, war noch nie so groß wie heute im Zeichen der Medien-Übersorgung und der modernen Verkehrsmittel. Unser Problem ist nicht, an genügend Informationen heranzukommen, sondern aus einer Flut angeblicher Informationen das zu seligieren, was wichtig ist, und uns nicht verrückt machen zu lassen. Freilich ist dieser Zustand nicht mehr eine Besonderheit der Stadt. Auch in kleineren Siedlungen erreichen uns die Medien, begegnen wir Menschen, die das Neueste wissen. Das Auto gestattet jedem Dorfbewohner – wenn er will täglich –, eine Stadt aufzusuchen. Aber es ist fraglich, ob und in welcher Hinsicht dies seinen Horizont erweitert. Auch in der ländlichen Siedlung begegnet er sozialer Vielfalt, Angehörigen aller Berufsgruppen, Gastarbeitern, Randgruppenangehörigen, Touristen und Ausflüglern. Ein Thema für sich wäre, ob man von einer Verstädterung des flachen Lebens, ja sogar von einer wachsenden »Urbanität« ländlichen Lebens reden könnte.

Wir wollen aber vielmehr danach fragen, ob die Stadt ihre Voraussetzungen für »Urbanität« im engeren Sinn behalten hat, auch wenn sie in vieler Hinsicht ihre »Monopolposition« verloren hat. Dies freilich ist nicht unwichtig. Natürlich hat es seine Auswirkungen, wenn auf dem Lande lebende Menschen es zwar leicht, aber nicht so oft nötig haben, eine größere Stadt aufzusuchen, um in irgendeiner Hinsicht up to date zu bleiben. Sicher bleibt es reizvoll, einmal das nächstgelegene Stadttheater aufzusuchen.

Aber im Fernsehen zu Hause kann man sehr viel besseres Theater sehen und entnimmt dann die Maßstäbe, nach denen man urteilt, ob das nächstgelegene Stadttheater diese auch einigermaßen erreicht. So kann es kommen, daß für einen auf dem Lande lebenden Gebildeten das Kulturleben der nächstgelegenen größeren Stadt keineswegs vorbildlich und maßstabsetzend ist.

Bauliche Voraussetzungen für die Entfaltung einer städtischen Öffentlichkeit

Wir wollen jetzt vor allem danach fragen, ob die heutigen Städte in ihrer baulichen Gestalt noch eine Chance für eine von »Urbanität« gekennzeichnete »städtische Öffentlichkeit« bieten. Nicht zu bestreiten ist, daß mancherlei Städte, vor allem wenn die Zentren mit einer historischen Altstadt identisch sind, Bauformen zeigen, die früher einmal »urbani-tätsfördernd« waren. Ob sie es heute noch sind, ist freilich fraglich.

Kennzeichnend für die traditionelle Stadt war der geschlossene Baublock, der ringsum von öffentlichen Straßen umgeben war. Ganz früher befanden sich – gut abgeschirmt in seinem Innern – private Gärten und Höfe; freilich wurden die Baublöcke schon seit dem Mittelalter immer mehr mit Hofbauten vollgestellt. Dort herrschte Menschengewimmel, das weder öffentlich noch privat war. Nehmen wir an, daß der »soziale Aggregatzustand« von Nachbarschaft geprägt war. Die »vollberechtigten« Häuser waren jedoch der städtischen Straße zugewandt. Aus der Haustür tretend nahm der Bürger teil am öffentlichen Leben der Straßen und Plätze. Auch wenn er einem bestimmten Ziel zusteuerte, partizipierte er an der »Multifunktionalität« dieser Umgebung. Er war durch seine spezielle Verrichtung nicht so eingengt, als daß er nicht das Vielerlei, das um ihn herum geschah, wahrnehmen und gegebenenfalls Kontakte aufnehmen konnte.

Man kann nun sicher feststellen, daß der geschlossene Baublock seit dem 19. Jahrhundert in seinem Innern einen anderen Charakter angenommen hat. Die Häuser bestehen jetzt in der Regel aus einer Vielzahl von Etagenwohnungen, die – schon wegen ihrer autarken Ausstattung – weniger Gelegenheit zu nachbarschaftlichen Beziehungen geben. Und der Freiraum im Innern des Blocks ist zumeist wenig geeignet sowohl für privates wie nachbarschaftliches Leben. Man könnte fragen, ob dadurch das Gleichgewicht von Privatheit und Nachbarschaft einerseits und öffentlichem Raum andererseits, das ja eine Voraussetzung für die Entfaltung einer städtischen Öffentlichkeit ist, denn diese lebt ja auch von der Wechselbeziehung zur Privatheit, nicht bereits gefährdet ist.

Bedeutsamer ist aber natürlich, daß der bisher öffentliche Raum der Straßen und Plätze immer mehr durch den modernen Straßenverkehr dominiert wird. Mit seinem Lärm und Gestank, aber auch mit seinen Zwängen zur Disziplin und mit der Zurückdrängung des Fußgängers auf die Reste ohnehin schmaler Bürgersteige, verliert sich zunehmend die Möglichkeit jenes gelassenen Schlenderns, das eine mehrdimensionale Aufmerksamkeit auf ein multifunktionales und deshalb buntes und die Wahrnehmung anziehendes Geschehen ermöglicht.

Es gibt verschiedene Formen der Öffentlichkeit, die indirekt auch meist etwas mit Urbanität zu tun haben (z. B. die literarische Öffentlichkeit, die politische Öffentlichkeit eines Flächenstaats, sicher auch die Öffentlichkeit der Sport-»Fans«). Gewiß aber war der Ursprungsort aller Öffentlichkeit die konkrete und anschauliche, das Alltagsverhalten durchtränkende Öffentlichkeit der städtischen Straßen und Plätze. Sie ist es, die thematisch vielfältig ist, die nicht nur das Oberbewußtsein anspricht, sondern sich auch in habitualisierte Verhaltensmuster umsetzt und die auch dem Teilnehmer mehr aktive Mitwirkung gestattet und abverlangt als dem passiven Medienkonsumenten.

Die Öffentlichkeit der Straßen und Plätze in einer Stadt ist dann auch der Boden, auf dem das gedeiht, was wir einen urbanen Lebensstil nennen. Insofern hat die durch den motorisierten Straßenverkehr denaturierte enge Innenstadtstraße einen Verlust an Urbanität erlitten. Wo der Mensch – ob im Auto sitzend oder als Fußgänger durch Autos bedrängt – nur damit befaßt ist, ungefährdet im Verkehr vorwärts zu kommen, verhält er sich monofunktional, d. h. er kann den Blick nicht schweifen lassen und »zweckfrei« den Horizont über den primären Bereich der Definition der Situation hinaus ausdehnen.

Eine Denaturierung der baulichen Voraussetzung für die Entfaltung von Urbanität kann man aber auch im größeren Rahmen erkennen. Früher war die Stadt als ganze ein attraktives Zentrum sozialer und kultureller Aktivität aller Art. Die Straßen liefen aus dem Umfeld in dieses Zentrum hinein, das mit aller Selbstverständlichkeit den Verkehr anzog, ihn gegebenenfalls umverteilte und in andere Richtungen weiterleitete. Als die Städte größer wurden, hatte dann jeweils das Stadtzentrum (nicht selten eine historische Altstadt) die Funktion, Verkehrsmittelpunkt und Verkehrsverteiler zu sein. Der Verkehr war aber seinerzeit so geruhsam und unproblematisch, daß auch derjenige, der ein Stadtzentrum durchquerte, genügend überschüssige Kraft, Aufmerksamkeit und Energie besaß, um sich bei dieser Gelegenheit einmal umzuschauen. Das gilt sogar für die Frühzeit der Motorisierung, als es in den Stadtzentren nicht an Parkplätzen fehlte.

Inzwischen wissen wir, welche Probleme bestehen, das Stadtzentrum mit einem privaten Verkehrsmittel überhaupt zu erreichen. Jeder andere Ort in den Außenbezirken einer größeren Stadt oder in ihrem Umland ist leichter erreichbar. Das bedeutet aber, daß derjenige, der das Stadtzentrum aufsucht, dies in der Regel nur gezielt zu einem bestimmten Zweck tut und es dann so schnell wie möglich wieder verläßt. Wer sein Ziel in einem anderen Stadtviertel anstrebt, wird versuchen, die Innenstadt zu umfahren. Inzwischen besteht ja ein großer Teil der Verkehrsplanung daraus, Umgehungsstraßen, Außenringe usw. anzulegen, und es zu ermöglichen, jene Stadtbereiche zu meiden, die früher nicht zuletzt deshalb, weil sich dort Verkehrsknotenpunkte bildeten, urbane Lebendigkeit aufwiesen.

Wo sich heute aber wirklich im städtischen Umfeld echte Verkehrsknotenpunkte bilden, so handelt es sich nicht um Zonen mit urbaner Atmosphäre, sondern im Gegenteil um Örtlichkeiten, in denen die Nutzung der technischen Mittel (Über- und Unterführungen, Ampelregelung, Rolltreppen, Tunnel) jeden Verkehrsteilnehmer so in Anspruch nimmt,

daß er nicht »beiläufig« noch etwas von der städtischen Umwelt wahrnehmen, diese genießen und irgendwie am öffentlichen Leben teilnehmen kann.

Natürlich hat man inzwischen in den meisten Städten Fußgänger-Zonen geschaffen. Und in der Tat findet man in diesen, sofern sie gelungen sind – es gibt auch mißglückte –, einen Hauch von Urbanität. Aber wundern sollte man sich doch darüber, daß in heutigen Städten sich diese Atmosphäre nicht dort bildet, wo der Verkehr zusammenströmt und sich verteilt, sondern daß man hierfür besondere Aussparungen, abgeschirmte Inseln schaffen muß, gewissermaßen Freigehege für Menschen, die in Ruhe zu Fuß gehen wollen, die vielleicht sogar flanieren möchten. Eine städtische Umwelt, die den Namen »urban« verdient, ist eine, in der man »flanieren« kann.

Man könnte nun immer wieder lamentieren und schließlich in völliger Resignation landen, nämlich bei dem Ergebnis, daß unsere heutigen Städte keinerlei Gelegenheit für die Entfaltung einer konkreten erlebbaren städtischen Öffentlichkeit der Straßen und Plätze bieten. Andererseits läßt sich nicht leugnen, daß viele Menschen, trotz allen Hanges zur Zivilisationskritik, einige Verhaltensweisen, die zusammen so etwas wie Urbanität ausmachen, durchaus schätzen und auch fähig sind, sie zu erlernen und weiterzugeben: differenzierte, grenzüberschreitende Kommunikationsfähigkeit, Toleranz, Beachtung von Distanzregeln, Respekt vor der Privatsphäre des anderen, aber auch Neugier, Weltoffenheit usw. Natürlich neigt man dazu, die Gegenwart in jedem Fall kritisch zu betrachten und ihr auch einen Verfall an urbanen Tugenden anzulasten. Man kann selbstverständlich hierfür viele Beispiele anführen. Das Gegenteil zu beweisen ist methodisch kaum möglich. Trotzdem meine ich, daß jene schlichten urbanen menschlichen Eigenschaften vor 50 oder 100 Jahren in größeren Städten nicht häufiger vertreten waren (wenn man einmal von ganz besonderen Personenkreisen und Örtlichkeiten absieht), daß sie durchaus ihre Geltung behalten, sich vielleicht sogar gesteigert haben. Woran es freilich weitgehend fehlt, sind die lokalen Gegebenheiten, die sie begünstigen. Man kann sagen: Ein urbaner Mensch muß gegen die städtische Umgebung, in der er lebt, gegenanwohnen und gegen sie anleben.

Es gibt kein Generalkonzept

Den Städtebauern von heute kann man sicher kein geschlossenes Generalkonzept zukommen lassen, das dieses Problem lösbar macht. Aber einige Hinweise darauf, wie in unseren Städten die Bewahrung oder auch Wiederbelebung einer urbanen Atmosphäre möglich wäre, könnten am Platze sein. Natürlich: Urbanität in dem engeren Sinn, wie wir anfangs festgestellt haben, kann man nicht bauen. Urban ist das Verhalten von Menschen. Sie sind es, die durch ihr Verhalten ein urbanes Klima schaffen. Der Architekt kann aber Baulichkeiten schaffen, die dieses Verhalten begünstigen, gar zu ihm auffordern, was aber nur gelingt, wenn ein Vorverständnis des Verhaltensstils mit seinen sämtlichen Voraussetzungen vorliegt.

Unsere Frage nach der Urbanität heutiger und zukünftiger Städte verlangt auch eine Auseinandersetzung mit der Geschichte der Städte sowie mit den Fragen des Denkmalschutzes. Ich glaube, daß sich aus dem Interesse an der Bewahrung oder Wiederbelebung von Urbanität einige Gesichtspunkte ergeben.

a) Fragen des Denkmalschutzes: Wenn Urbanität eines Milieus etwas mit Vielfalt und Abwechslungsreichtum zu tun hat, dann ist sicher ein städtisches Milieu zu bevorzugen, in dem auch in Gestalt historischer Bauten eine Epochen-Vielfalt vertreten ist. Viele Neubaugebiete sind ja auch deshalb so langweilig, weil alle Bauten aus einer einzigen Epoche der Baugeschichte stammen. Der Mensch, der dort lebt, fühlt sich sozusagen in seiner Epoche eingesperrt. Die Anwesenheit geschichtlicher Zeugen trägt zur Weltoffenheit bei, zur Offenheit für die Welt nicht in räumlicher, aber in einer zeitlichen Dimension.

Es braucht nicht weiter erörtert zu werden, daß unter dem Gesichtspunkt »Urbanität« der sogenannte Ensemble-Schutz mindestens dieselbe, vielleicht noch eine größere Bedeutung hat als der Schutz von Einzelobjekten. Bei unserem Thema geht es ja nicht so sehr um das Besichtigen besonderer Bauten zum Zweck der Förderung von historischer Bildung, sondern eher um das beiläufige Erleben und Wahrnehmen einer Umgebung, das im Alltag kaum bewußt wird, um Rahmenbedingungen eines zielgerichteten, gegenwartsbezogenen Verhaltens, das diesem aber doch so etwas wie ein Spielmaterial für den zweckfrei schweifenden Blick gibt.

b) Das »menschliche Maß« in der Architektur der Vergangenheit: Die Anwesenheit von Geschichte im Stadtbild hat aber noch einen anderen Sinn. Es ist möglich, daß wir aus der Geschichte des Städtebaus auch etwas Bestimmtes für die Stadtgestaltung von heute lernen können. Freilich sollte man nicht sklavisch imitieren und auch nicht willkürlich zitieren, wie es manche Postmoderne tun. Hier kann man an den Slogan denken: Es kommt nicht darauf an zu »kopieren«, sondern darauf, zu »kapieren«.

Oft wird über die Bauweise früherer Epochen gesagt: Damals hätte man noch ein »menschliches Maß« eingehalten. Dieser Begriff ist nützlich, aber man sollte ihn präzisieren. Man würde ihm sicher unrecht tun, wenn man darunter das verstehen würde, was Le Corbusier seinerzeit mit seiner Lehre von dem »Modulor« angestrebt hat. Er glaubte, man könne aus den Proportionen des menschlichen Körpers, etwa aus dem Größenverhältnis von Gliedmaßen, Kopf und Rumpf eine Proportionslehre für die Architektur entwickeln. Aber sicherlich lassen sich aus typisch menschlichen Verhaltensweisen, aus der Sensomotorik des Menschen, d. h. aus dem Zusammenspiel von Bewegungsabläufen und visueller Wahrnehmung, günstige und weniger günstige Größenverhältnisse und Gestaltformen für räumliche Konstellationen entwickeln. So ist es heute interessant, Camillo Sitte zu lesen. Dieser gewinnt Beurteilungsmaßstäbe für gelungene Straßen und Plätze der Vergangenheit, indem er sich den durch die Stadt gehenden Fußgänger vorstellt und dessen Bewegungsablauf auf das jeweilige konkrete Umfeld bezieht. Hierbei schneiden häufig alte

Bürgerplätze besser ab als geometrische Anlagen aus dem Barock, dem Klassizismus oder der Wilhelminischen Periode, in der Sitte lebte. Er hat entdeckt, daß zwischen dem Alltagsverhalten eines Menschen und ästhetischer Rezeption von Architektur ein enger Zusammenhang besteht. Architektur-Rezeption ist nicht in der Regel, sondern nur ausnahmsweise das Ergebnis der Besichtigung durch einen stillstehenden Beschauer.

Aber vielleicht sollte man das Verhältnis des Menschen zum Raum noch grundsätzlicher betrachten. Zwar ist das Verhalten des Menschen im Raum nicht so eingeschränkt, selektiv und zwanghaft wie vielfach das Revierverhalten von Tieren. Erlebnis und Nutzung von Raum ist in vielfältiger Weise möglich, wobei freilich kulturelle (also nicht genetisch vorgegebene) Muster wieder die Möglichkeiten des Raumerlebnisses (genauer: die Möglichkeiten der Situationsdefinition in räumlicher Hinsicht) auf einige Typen reduzieren. Offenbar ist auch der Mensch ein Tier mit Revierverhalten. Aber kennzeichnend ist, daß er auf der Basis von Kultur über eine Reihe typischer Muster für räumliche Konstellationen verfügt und diese auch benötigt. Trifft er sie in der Wirklichkeit an, so flößen sie ihm Vertrauen ein. Sie stehen in Wechselbeziehung mit verschiedenen praktischen Verhaltensweisen, die ebenfalls durch Sozialisation in einer Kultur vermittelt sind, aber sicher auch Elemente von genetisch fundierten anthropologischen Konstanten enthalten.

Wie tief solche Konditionierungen des Raumerlebnisses sitzen, die bedeutsam dafür sind, ob wir zu einer räumlichen Umgebung ein vertrauensvolles Verhältnis aufzubauen in der Lage sind, bemerkt man an solchen Phänomenen wie »Klaustrophobie« und »Platzangst«. Die Begriffe sind uns vor allem als Bezeichnungen für pathologische Erscheinungen geläufig. Aber in milder Form haben wir alle sie schon kennengelernt.

Zwar steht sicher schon genetisch fest, daß der menschliche Raum weder eine Höhle ist, noch ein Fuchsbau, noch auch der Ozean, durch den ortlos ein Heringsschwarm schwimmt. Der Mensch benötigt eine räumliche Umgebung, die stets Grenzen hat, die dem jeweiligen Verhalten entsprechen, die freilich variabel sind und auch austauschbar, wenn das Verhalten sich einem anderen Thema zuwendet. Andererseits ist dieser menschliche Raum so ausgedehnt, daß wir ihm gegenüber treten und ihn zum Objekt machen können, auch wenn wir uns in ihm befinden. Die Raumtypisierungen, die in unsere alltägliche Aneignung der räumlichen Umwelt eingehen, sind aber natürlich geschichtlich und kulturell vielfältig überformt, deshalb langfristig auch variabel, jedoch nicht ganz kurzfristig. Frühe räumliche Umgebung, für die wir keine erkannte Typisierung besitzen, irritiert uns.

Wenn wir in unserm Kopf und in unseren Augen den Raumtypus »öffentliche Straße« oder »öffentlicher Platz« herumtragen und damit bestimmte Erwartungen hinsichtlich des eigenen und fremden sozialen Verhaltens verknüpfen, so handelt es sich natürlich um das Ergebnis einer relativ langen, aber keineswegs aus der Urzeit kommenden geschichtlichen Entwicklung unserer Kultur. Ähnlich steht es mit unseren Erwartungen hinsichtlich der räumlichen Bedingungen einer Privatsphäre. Der Prozeß einer zunehmenden, aber niemals

abgeschlossenen Polarisierung von öffentlicher und privater Sphäre hat sicher etwas zu tun mit der Kulturgeschichte der antiken und abendländischen Stadt. In anderen Kulturen und Perioden finden wir zum Teil keine Entsprechungen, vor allem im Hinblick auf die Gestaltung einer gebauten Umwelt.

Daß es in der Vergangenheit in vielfältiger Hinsicht gelungen ist, städtische Räume zu schaffen, die ein Feld für vertrauensvolle Aneignung durch öffentliches Verhalten und damit für die Entfaltung eines öffentlichen Alltagslebens bieten, ist sicher ein Punkt, in dem wir von der Vergangenheit lernen können. Dies ist auch ein Thema, an dem wir begreifen können, was mit »menschlichem Maß« gemeint sein könnte, nämlich Regeln für Größe, Proportionen und Gestalt einer räumlichen Umgebung, die dem spezifisch menschlichen, d. h. stets kulturell überformten, jedoch langfristig tradierten Verhaltensdispositionen entgegenkommt.

Pragmatische Vorschläge

Die Tatsache, daß das alt überlieferte Schema von geschlossenem Baublock und Straßenraum im Zuge der modernen Großstadtentwicklung und vor allem des modernen Verkehrswesens nicht mehr funktioniert hat, führte dazu, daß dieses Schema von den neueren Städtebauern vielfach aufgegeben wurde. Vielfach entstanden Straßen und Plätze von solcher Weite und dennoch solcher Verkehrsüberschwemmung, daß die begrenzte Proportionalität öffentlicher Räume – also das »menschliche Maß« – verlorenging. Nachdem dem Auto freie Bahn gegeben wurde, blieb dem bedrängten Fußgänger nur noch ein Schwanken zwischen Klaustrophobie und Platzangst. Es ist aber der Fußgänger, nicht der auf das Steuern eines Fahrzeugs konzentrierte und eingeschränkte Autofahrer, der ein für Öffentlichkeit bestimmtes Areal mit öffentlichem Leben füllen kann.

Der schlechte Ruf des vollgebauten geschlossenen Mietblocks hat auch den Wohnungsbau in den weiter draußen gelegenen Wohnvierteln verändert. In der Tat ist es gelungen, durch Zeilenbau, Reihenhausbau und verschiedene Kombinationen von freistehenden Hoch- und Flachbauten Licht, Luft, Sonne und Grün in die Wohngebiete hineinzubringen. Der Verzicht auf den geschlossenen Block, der ja nicht unbedingt mit engen Hofbauten gefüllt sein muß (es ursprünglich ja auch nicht war), bringt aber den Bewohner doch in Orientierungs- bzw. Definitionsschwierigkeiten. Was gehört jetzt zur »öffentlichen Straße«? Welche Flächen haben die Geborgenheit einer nachbarlichen Zone, zu der ja auch eine Grenze nach außen gehört. Welches Areal ist nunmehr privat? Der Begriff »halböffentliches Grün« könnte zum Nachdenken Anlaß geben.

Auf jeden Fall wäre es an der Zeit, wenn die Städtebauer noch einmal über den von öffentlichen Straßen umgebenen Baublock nachdenken würden. Über ihn ist das letzte Wort noch nicht gesprochen, auch wenn er in Zukunft sicher nicht dieselbe Gestalt haben muß wie in sanierungsbedürftigen historischen Altstädten oder sanierungsreifen Gründerzeitvierteln. Nebenbei: Es gibt schon eine Reihe von guten Lösungen: entkernte ältere

Baublöcke, die abgeschirmt vom Verkehr eine wirklich beruhigte Zone für nachbarliche Kontakte bilden. (Das Wort »Entkernung« ist für mich kein Schimpfwort.)

Zu Fußgängerzonen will ich nur sagen: Es muß gelingen, sie durch Ansiedlung von Geschäften und anderen Baulichkeiten, die den Fußgängerverkehr anziehen, attraktiv zu machen. In den letzten Jahrzehnten sind viele Fußgängerzonen entstanden, die tot sind, weil in ihnen keine Gebäude stehen, die von Fußgängern aufgesucht werden, vielmehr introvertierte Großbürogebäude. Wer einerseits die City vom Verkehr entlasten möchte, was sicher oft erstrebenswert ist, andererseits ihre Lebendigkeit erhalten möchte, sollte überhaupt darüber nachdenken, welche Arbeitsstätten im Kerngebiet einer Großstadt am Platze sind. Es gibt viele Bürohochhäuser, in denen Hunderte von Angestellten arbeiten, deshalb viel Berufsverkehr erzeugen, die aber zum öffentlichen Leben einer City nichts beitragen. Nur wenige Menschen suchen sie tagsüber auf. Die Arbeit in ihnen besteht zwar aus Kommunikation. Diese wird aber durch Computer, Telefon und Schreibmaschinen besorgt. Solche Gebäude haben eigentlich nichts in der City zu suchen. Sie erdrücken das öffentliche Leben auf Straßen und Plätzen, aber tragen nichts zu seiner Lebendigkeit bei. Es war nur das Imponiergehabe großer Firmen, manchmal auch staatlicher Behörden, wenn sie ihren Platz im Stadtzentrum erhalten haben.

Selbstverständlich verdankt die Innenstadt einer Großstadt ihren urbanen Charakter auch ihrem Marktcharakter. Man wünscht sich, daß noch andere öffentliche, z. B. politische und kulturelle Funktionen in ihr Platz haben. Gerade die Mischung der Funktionen, die Multifunktionalität, schafft jenes Klima, in dem Urbanität wachsen und sich regenerieren kann. Aber wenn man dies will, muß man Wert darauf legen, daß Kauf und Verkauf hochwertiger langlebiger Güter ihren Standort in der City behalten und nicht in Verkaufszentren außerhalb der Stadt auf die grüne Wiese abwandern. Jeder Städtebauer weiß, daß hier ein ganz zentrales Problem liegt, für das es keine Patentlösungen gibt. In solchen Verkaufszentren außerhalb der Stadt bildet sich eben nicht jene Multifunktionalität heraus, die wir als kennzeichnend für Urbanität ansehen. Sie sind strikt monofunktional.

Ein Angsttraum, der in manchen amerikanischen Städten schon Realität geworden ist: das völlig enturbanisierte Stadtzentrum. In ihm stehen einige Wolkenkratzer, in denen Büroarbeit ohne Außenweltsbeziehung geleistet wird. Dann gibt es noch einige kleinere Lädchen, in denen Firlefanz für Touristen verkauft wird, falls noch Touristen kommen. Vielleicht gibt es auch noch Nachtlokale und Sex-Shops für Provinzler, die ein Großstadterlebnis suchen. Im übrigen erkennt man einige Nischen für Randgruppen, gegen die man vielleicht nichts einwenden will, die aber nichts zur Urbanität beitragen. Nachts ist das Stadtzentrum tot, bei Tage nur halblebendig.

Um nicht ganz negativ zu schließen, noch eine Anregung, die für eine Reihe von Städten – vor allem für solche Städte, die erst in jüngerer Zeit die Schwelle zur Großstadt überschritten haben, gelten könnte. Eine Großstadt besitzt in aller Regel außer einem Hauptzentrum eine Reihe von Nebenzentren. Sie bilden Mittelpunkte in den verschiede-

nen Wohnquartieren. Sie haben eine wichtige Funktion, sind vielfach fußläufig erreichbar und besitzen nicht selten einen urbanen Charakter. Freilich ist es – das gibt es durchaus – eine gemütliche Urbanität, nicht so hektisch wie die der überlasteten City. Diese Nebenzentren sind in den letzten 100 Jahren aber oft mehr oder weniger zufällig entstanden: z. B. in den alten Dorfzentren der später eingemeindeten Randgemeinden oder an Kreuzungen und Verzweigungen von Ausfallstraßen. Manche dieser Nebenzentren sind gut gelungen und besitzen eine geruhsame Lebendigkeit. Vielfach waren die städtebaulichen Rahmenbedingungen aber von vornherein ungünstig. In einem ehemaligen Dorfkern ist die vorgegebene Situation für die Ansiedlung zentraler Funktionen oft eben ungünstiger als in einer historischen Altstadt. Auch in einem Areal, das zunächst nur der Verkehrsverteilung gedient hat, ist es nicht leicht, nachträglich einen Platz mit Fußgängeröffentlichkeit entstehen zu lassen.

Überhaupt hat es den Anschein, als ob solche Nebenzentren niemals ein Thema für anspruchsvolle Städtebauer gewesen wären. In kleineren Großstädten, die bis vor kurzer Zeit noch Mittelstädte waren, haben sich zudem solche Nebenzentren, wie sie hier gemeint sind, vielfach noch gar nicht entwickelt. Allenfalls gibt es sterile Einkaufsseen.

Wer heute die City von unnötigem Verkehr, der jede Urbanität von Straßen und Plätzen abwürgt, entlasten will, andererseits aber das Wuchern der Einkaufszentren auf der grünen Wiese abbremsen möchte, muß den Aufbau und Ausbau von Nebenzentren, die in der Mitte der jeweiligen Stadtquartiere liegen, fördern und über ihre Gestaltung sich neue Gedanken machen. Das Verkehrsproblem ist hier trotz aller Schwierigkeiten immer noch leichter zu lösen als im Stadtzentrum. Die bescheideneren Ausmaße erlauben ein »menschliches Maß« der Bebauung. Dem Fußgänger könnte etwas leichter eine Chance gegeben werden, seinen Beitrag zur Entstehung einer vertrauenerweckenden urbanen Atmosphäre zu leisten.

Literatur

- G. Albers / A. Papageorgion *Venetias*, Stadtplanung, Entwicklungslinien 1945–1980, 2 Bde. Tübingen 1984.
 H. P. Bahrdt, Die moderne Großstadt. Soziologische Überlegungen zum Städtebau, Reinbek 1961.
 E. Howard, Gartenstädte von morgen. Das Buch und seine Geschichte, hrsg. von J. Posener, Frankfurt/Berlin 1968.
 J. Jacobs, Tod und Leben großer amerikanischer Städte. Bauwelt-Fundamente, Bd. 4, Berlin/Frankfurt/Wien 1963.
 W. H. Riehl, Die Naturgeschichte des Volkes, 1. Bd. Land und Leute, Stuttgart und Tübingen 1854.
 R. Sennett, Verfall und Ende des öffentlichen Lebens. Die Tyrannei der Intimität, Frankfurt 1983.
 C. Sitte, Der Städtebau nach seinen künstlerischen Grundsätzen, 2. Auflage, Wien 1889.

Gerhard Knopp

Altstadtsanierung: zum Beispiel Lohr am Main*

Altstadtsanierung im Spannungsfeld zwischen Idee und Verwirklichung

Stadtgeschichte – Die Lage im Raum. Siedlungsstruktur und Verkehrslinien – Die Gestalt der alten Stadt – Ausgangslage 1965: Die Stadt in Bedrängnis – Aufgaben und Ablauf der Planung – Entscheidungen und Lösungsansätze – Zielvorstellungen und Leitbilder – Kurskorrekturen – Verbindliche Planungen – Rückblick und kritische Würdigung

Die Denkanstöße für eine Stadterneuerungsplanung Lohr a. Main erfolgten schon 1960. Die erste Planungsphase setzt – ohne daß der Stadtrat und der beauftragte Stadtplaner ganz übersehen können, wohin sie im einzelnen führen wird –, 1965 ein und findet nach einer zweiten Planungsphase 1972 einen vorläufigen Abschluß in einem die ganze Altstadt und die angrenzenden Erweiterungsgebiete des 19. Jahrhunderts umfassenden rechtskräftigen *Bebauungsplan* mit rd. 40 ha, der zwar den planerischen Anforderungen, nicht aber den Anforderungen des inzwischen in Kraft getretenen Städtebauförderungsgesetzes entspricht. Vorbereitende Untersuchungen mit sozio-ökonomischen Aussagen fehlen. Ebenso eine Bürgerbeteiligung und alternative Neuordnungskonzepte. Da es nicht gelingen kann, den *Bebauungsplan* für seinen gesamten Geltungsbereich innerhalb eines Jahres den Regularien des Städtebauförderungsgesetzes anzupassen und es auch nicht wünschenswert erscheint, einen so großen Bereich förmlich festzulegen, werden 1972–75 in einer dritten Planungsphase andere Wege gesucht, die erarbeiteten Ergebnisse der Planung zu sichern. Schon damals beginnt die Durchführung von Maßnahmen für den Verkehr.

Bei Beginn der Planung für die Altstadtsanierung steht die Stadt vor einer einschneidenden Entscheidung: sich unter Umständen auf einer der Anhöhen westlich oder östlich der Altstadt, 250 bzw. 150 m über dem Main weiterzuentwickeln. Hier, in den weiten Waldgebieten, verfügt sie in großem Umfang über Grund und Boden. Diese Entscheidung steht im Zusammenhang mit der Entwicklung der Gesamtstadt, insbesondere bestimmt sie aber auch die Überlebens- und Entwicklungschance der vernachlässigten Altstadt. Grund-

* Im Rahmen der Berichterstattung zum Thema Altstadtsanierung: Zum Beispiel ... sind seit 1978 eine Fülle interessanter Beispiele mit unterschiedlichen thematischen Schwerpunkten veröffentlicht worden. Es handelt sich überwiegend um Beispiele, die *nach* dem Inkrafttreten des Städtebauförderungsgesetzes durchgeführt wurden. Das Beispiel Lohr a. Main fällt insofern aus dem Rahmen, als es sich um ein Beispiel handelt, dessen planungsmethodische Ansätze und Zielsetzungen längere Zeit *vor* dem Inkrafttreten des Städtebauförderungsgesetzes liegen und das zudem von Anfang an im Zusammenhang mit einer parallel laufenden Stadtentwicklungsplanung stand – für eine kleine Stadt fast schon ein Ausnahmefall.

sätzliche Fragen der Stadtentwicklung, die später in eine den Lohrer Talkessel umfassende Flächennutzungsplanung münden, stehen somit neben der Stadterneuerungsplanung 1965 im Vordergrund.

Aus dieser Vorgeschichte heraus müssen heute bei dem Fallbeispiel Lohr a. Main, neben der Darstellung der Lösungsansätze für einige Problemschwerpunkte, zwei Aspekte von Interesse sein:

- Wie haben sich die Ergebnisse der Planung für die Altstadterneuerung nach über 20 Jahren bewährt?
- Welche Auswirkungen hatte die gleichzeitige Auseinandersetzung mit der Stadtentwicklungs- und Stadterneuerungsplanung für die Altstadt und die Gesamtstadt?

Es wird deshalb versucht, nach einem kurzen Überblick über die Historie der Stadt skizzenhaft die Problemfelder der Stadtentwicklung und Altstadterneuerung, also die Bedrängnis darzustellen, in der sich die Stadt Anfang der 60er Jahre bei Beginn der Planung befand, um dann die Lösungsansätze aufzuzeigen, die den Weg in die Zukunft bestimmt haben. Schließlich – und das ist das Ziel der Berichterstattung – sollen die Tragfähigkeit der Planung, die während der Planung erforderlichen Kurskorrekturen, die Auswirkungen und die Akzeptanz der durchgeführten Maßnahmen und die Wirksamkeit der eingesetzten Instrumentarien bzw. der Vorgehensweisen aus der heutigen Sicht des Berichterstatters kritisch betrachtet werden.

Stadtgeschichte

Lohr (Lar, Lare, Lore wird als natürlicher Weideplatz gedeutet) wird 1296 das erste Mal urkundlich erwähnt. Eine Ansiedlung hat jedoch schon um 800 bestanden. 1333 verleiht Ludwig der Bayer Lohr die Stadtrechte von Gellnhausen (Stat ze obern Lohre vf dem Mön); Graf Ludwig Rieneck erhält 1336 Lohr vom Mainzer Erzbischof als Lehen, Lohr bleibt bis 1559 Mittelpunkt der Grafschaft Rieneck. Im 16. Jahrhundert wird Lohr in die Bauernkriege verwickelt und verliert 1525 wegen der Teilnahme an einem Aufstand für ein Jahrzehnt Freiheiten und Privilegien. Nach dem Aussterben der Rienecker kommt Lohr 1559 als heimgefallenes Lehen zum Erzstift Mainz. Ende des 16. Jahrhunderts wird mit dem Bau des Renaissancerathauses begonnen.

Reformation und Gegenreformation bleiben nicht ohne Auswirkungen für die Stadt. Die geistliche Herrschaft setzt 1601–1624 die Gegenreformation durch. 1649 wird das Kapuzinerkloster gegründet. 1631 plündern die Schweden die Stadt. 1601 hat die Stadt rd. 1800 Einwohner, 1640 (auch als Folge der Pest) nur noch etwa 525. Truppendurchzüge, Einquartierungen und Beschlagnahmen lassen die Stadt bis in die dreißiger Jahre des 18. Jahrhunderts nicht zur Ruhe kommen. Die Wirtschaftskraft ist stark beeinträchtigt.

Bis in das 18. Jahrhundert lebt die Stadt von den wirtschaftlichen Möglichkeiten, die der Main (Schiffsbau, Holztransport, Gerberei, Handel in begrenztem Umfang) und der Spessart (Holz, Papiermühlen, Kohlerei, kleinbäuerliche Betriebe) bieten. Dann kommen

Manufakturen hinzu (Glas- und Spiegelproduktion), die sich aber nur bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts halten können. Ein Eisenhammer- und Blechwalzwerk entstehen zu Beginn des 19. Jahrhunderts, jedoch sind alle Berufe überbesetzt und die wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten eng begrenzt. Strenge Restriktionsbestimmungen für die Aufnahme in die Zünfte sind die Folge.

Um 1800 hat Lohr 2766 Einwohner, das Oberamt Lohr 7970 Einwohner. Die Revolutionskriege bringen seit 1792 für Lohr und den Spessart eine Neuordnung der politischen Verhältnisse. Nach wechselvollen Jahren geht Lohr mit dem Fürstentum Aschaffenburg am 24. Juni 1814 an das Königreich Bayern über. Die Verwaltung wird reorganisiert. Verwaltung, Justiz und Finanzwesen bleiben aber in der Hand eines einzigen Beamten, des Landrichters, vereinigt. Eine langsame Konsolidierung setzt nach den napoleonischen Kriegen, die die Stadt geschwächt hatten, ein, wenn auch Hungersnöte (1816/17 und 1847), mangelnde wirtschaftliche Existenzgrundlagen und die damit verbundene Arbeitslosigkeit die Entwicklung der Stadt beeinträchtigen. 1832 wird eine Lateinschule eingerichtet. 1844–46 wird das Spital (heute Amtsgericht) erbaut. Die Bahnstrecke Würzburg – Aschaffenburg wird 1854 eröffnet, die Stadt damit an ein überregionales Verkehrsnetz angeschlossen (Der Main hatte zu dieser Zeit als Transportweg an Bedeutung verloren). 1875 bekommt die Stadt ihre erste Brücke über den Main, der jahrhundertlang eine Grenze zwischen den Interessengebieten der Mainzer und Würzburger Erzbischöfe bildete.

Die Lateinschule wird 1902 in ein Gymnasium umgewandelt. Die Heil- und Pflegeanstalt wird 1912 eröffnet, die mit ihren großen, für die Stadt nicht disponiblen Freiflächen die Entwicklungsrichtung Lohrs beeinflusst. Die Lungenheilstätten entstehen an den Ausläufern des Spessarts. Die Forstschule, die Forstwirtschaft, das ständig wachsende Eisenwerk Rexroth, Glas- und metallverarbeitende Industrie prägen das Leben der Stadt mit. Mit der Industrialisierung wächst Lohr über die alten Grenzen. 1934 wird die Lindigsiedlung im Norden der Altstadt gegründet, 1939 das linksmainische Sendelbach eingegliedert. Lohr hat 1939 rd. 7100 Einwohner. Aus den 30er Jahren stammt ein sehr interessanter Stadterweiterungsplan, in dem versucht wird, die weiten unbebauten Flächen zwischen Altstadt und Bahnhof in das Stadtgefüge zu integrieren.

Nach dem Zweiten Weltkrieg erhält die Stadt durch Vertriebene und neu angesiedelte Betriebe kräftige Entwicklungsimpulse. Als Sitz des Landkreises Lohr und größte Stadt zwischen Würzburg und Aschaffenburg entwickelt sich Lohr expansiv. Umstrukturierungsprozesse verschiedenster Art führen trotz zeitweilig stagnierender Bevölkerungszahl zu einer erheblichen Ausweitung der Bebauungsgebiete. Die am Rande der Altstadt gelegene Firma Rexroth wird in den Mannesmann-Konzern eingegliedert. Anfang der 60er Jahre, Lohr hat inzwischen über 11 000 Einwohner, steht die Stadt vor der Frage, ob nicht ihre weitere Entwicklung auf einer der Anhöhen erfolgen soll, da durch die nahen Grenzen der umliegenden Orte die Entwicklungsmöglichkeiten stark eingeschränkt sind. Die Gemeindegebietsreform, die 1972 zur Eingemeindung der umliegenden Orte Sackenbach, Steinbach, Wombach, Rodenbach und Halsbach führt, 1978 kommt Pflochsbach hinzu,

schafft eine sinnvolle Arrondierung der Stadt mit guten Entwicklungsmöglichkeiten. Allerdings geht der Sitz des Landratsamtes durch die Landkreisreform verloren (Zusammenlegung der Landkreise Lohr, Karlstadt, Gemünden und Marktheidenfeld zum Landkreis Main – Spessart, Sitz in Karlstadt). Nach der expansiven Phase im Anschluß an den Zweiten Weltkrieg setzt seit Anfang der 70er Jahre (Lohr hat 1974 rd. 16600 Einwohner) eine Konsolidierungsphase ein, die der Stadt eine Stabilisierung »nach innen« bringt, das heißt, eine schrittweise Verbesserung der Infrastruktur, die stufenweise Erneuerung der Altstadt, Verbesserung des Wohnumfeldes, den Ausbau von Gemeinschaftseinrichtungen und die Belebung des kulturellen Lebens. Grundlage für die Durchführung dieser Maßnahmen sind die Anfang der 60er Jahre vom Stadtrat weitsichtig eingeleiteten Planungen für die Stadtentwicklung und die Altstadtsanierung.

Lage im Raum

Siedlungsstruktur und Verkehrslinien

Lohr, die alte kurmainzische Überamtsstadt liegt westlich des Mains auf einem Mittelterrassensporn zwischen dem Rechtenbach und dem Lohrbach im Kreuzungspunkt historischer und heute gut ausgebauter Verkehrswege. Hier weitet sich das im Norden und Süden Lohrs noch weitgehend in seiner Ursprünglichkeit erhalten gebliebene Maintal zum Lohrer Talkessel auf. Die umliegenden Höhen im Osten, Ausläufer des Spessarts, sind stark bewaldet. Sie fassen den Lohrer Talkessel und geben ihm seine Prägung. Sie sind heute im Bewußtsein der Bevölkerung unantastbar.

Die siedlungsstrukturelle Situation ist gekennzeichnet durch die prägnante Lage des sehr geschlossenen Stadtkörpers der historischen Altstadt auf dem Terrassensporn am Scheitelpunkt des Mainbogens und die umliegenden ehemals eigenständigen Dörfer, die inzwischen, teilweise suburbanisiert, eingemeindet worden sind. Ein System einander gegenüberliegender Siedlungen beiderseits des Mains charakterisiert die Situation. Östlich des Mains liegt Sendelbach, unmittelbar der Altstadt gegenüber, seit dem Bau der ersten Mainbrücke 1875 in enger Wechselbeziehung zur Stadt. Nördlich von Lohr beiderseits des Mains, einander gegenüberliegend, haben sich Sackenbach und Steinbach entwickelt. Im Süden ebenfalls, wie Zwillinge einander gegenüberliegend, befinden sich, auch heute noch mit teilweise dörflichem Charakter, Rodenbach und Pflochsbach, sowie vom Main abgerückt Wombach.

Die Bahnstrecke Würzburg – Aschaffenburg mit sehr dichten Zugfolgen führt, nördlich der Altstadt in Hanglage trassiert, an dieser vorbei. Die B 26 führt von Aschaffenburg über Lohr a. Main, als den Main begleitende Straße, nach Karlstadt und weiter nach Schweinfurt. Die B 289 beginnt in Lohr und führt in Richtung Bad Orb. Über die einzige Brücke über den Main führt eine den großen Mainbogen abschneidende, direkte Verbindung nach Karlstadt.



Abb. 1 Lohrer Tal, Blick nach Süden. Skizze: G. Knopp

Die Gestalt der alten Stadt

Die Gestalt der historischen Altstadt wird geprägt durch die geschickte Ausnutzung der topographischen Situation, durch die »anonyme« Stadtplanung.

Eine Höhenzunge schiebt sich im Bereich des Mainbogens relativ nahe an den Fluß heran. Sie wird folgerichtig vom systemgebundenen blattförmigen Stadtgrundriß aufgenommen. Klare Stadtränder, eine maßvolle Höhenentwicklung von 2–3 Geschossen, die durch einige bauliche Dominanten wie dem Turm der Stadtpfarrkirche, dem Stadtturm oder den Türmen des Schlosses überspielt wird, schaffen zusammen mit der Dachlandschaft sowie einem teilweise wertvollen Baumbestand die unverwechselbare Stadtsilhouette einer kleinen mittelalterlichen Stadt am Main vor dem Hintergrund der bewaldeten Bergkulisse des Spessarts.

Lohr war durch die Topographie nie eine dem Main unmittelbar zugeordnete Stadt wie etwa Marktheidenfeld oder, mit Einschränkungen, Karlstadt und Miltenberg. Trotzdem ist eine schöne Beziehung zwischen Fluß, der eine der wirtschaftlichen Grundlagen der Stadt gewesen ist, und Stadtorganismus entstanden. Noch im 19. Jahrhundert wurde der Stadtgrundriß folgerichtig durch die asymmetrische Anordnung der Mainbrücke respektiert; wenn dadurch aus heutiger Sicht enge Bindungen für den Verkehr entstanden sind, so sei darauf hingewiesen, daß diese Zwänge bei einer achsialen Anordnung der Brücke zum Stadtgrundriß wesentlich gravierender wären. Wenn auch die Brücke erst 1875 erbaut und 1965 umgebaut worden ist, bildet sie mit den dahinterliegenden Gebäuden ein Ensemble. Auch die Mainwiesen mit den Lagerplätzen für Holz gehören ebenso wie der Grünraum der Heil- und Pflegeanstalt zur Gestalt der Stadt.

Wesentliche Elemente der Stadtgestalt Lohrs sind bei Planungsbeginn in schlechtem Zustand. Wenn auch erfreulicherweise die Höhenentwicklung und die Dachlandschaft erhalten geblieben sind und keine »markanten« neuen »Dominanten« die Sichtweite stören, so sind die Verwischung der Ortskontur durch die Fabrikanlage Rexroth im Norden und die Zersiedlung im Süden aus stadtplanerischer Sicht stark belastend. An dieser Stelle muß aber nachdrücklich darauf hingewiesen werden, daß die Bewertung der Stadtgestalt erst während der Planung die Dimension bekommen hat, die ihr zusteht.

Ausgangslage 1965: Die Stadt in Bedrängnis

Die ersten Denkanstöße für eine umfassende Planung werden durch die schwierigen Verkehrsverhältnisse in der Altstadt und die Frage nach der zukünftigen Entwicklung der Stadt im Lohrer Talkessel gegeben.

Die durch das Eisenwerk Rexroth und die Heil- und Pflegeanstalt, die durch Überschwemmungsgebiete und die Barrierewirkung des Mains sowie die durch die beiden stadtnahen Nachbargemeinden Sackenbach im Norden und Wombach im Süden stark eingeschränkten Entwicklungsmöglichkeiten der Stadt stellen diese vor die Entscheidung, weitere städtebauliche Entwicklungen auf eine der bewaldeten Anhöhen westlich oder östlich des Mains zu verlegen (Als Modelle dieser Art stehen die Städte Wertheim und Moosbach mit Trabantsiedlungen sowie das auf der Höhe gelegene Gebiet Heuchelhof der Stadt Würzburg).

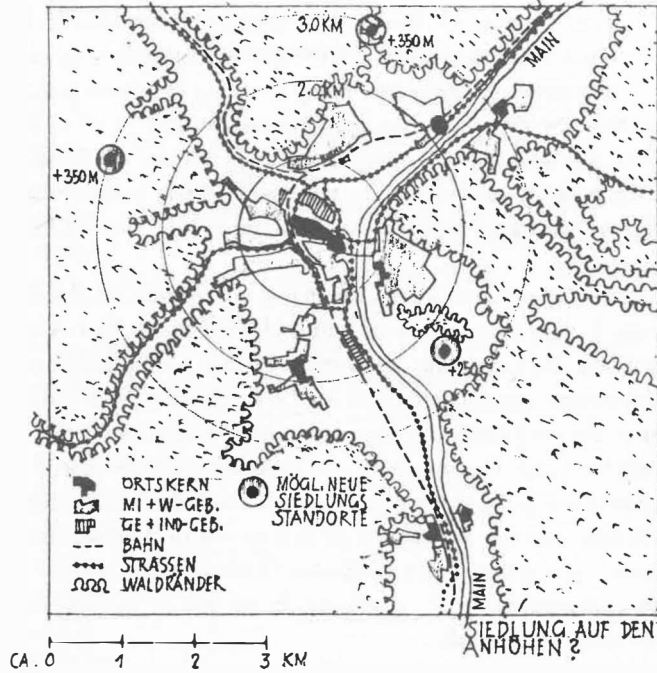


Abb. 2 Siedlungen auf den Höhen? Skizze: G. Knopp

Als letztes größeres stadtnahes Entwicklungsgebiet zwischen der Lindigsiedlung im Norden und der Altstadt steht im Jahr 1965 das etwa 30 ha große sogenannte Nägelseegebiet zur Verfügung, welches allerdings durch bereichsweise Überschwemmungen, seine Durchschneidung durch die B 26, eine heterogene Randbebauung, schwierige Gründungsverhältnisse, das angrenzende Eisenwerk Rexroth und klimatische Nachteile belastet ist.

DIE STADT IN BEDRÄNGNIS (1965)

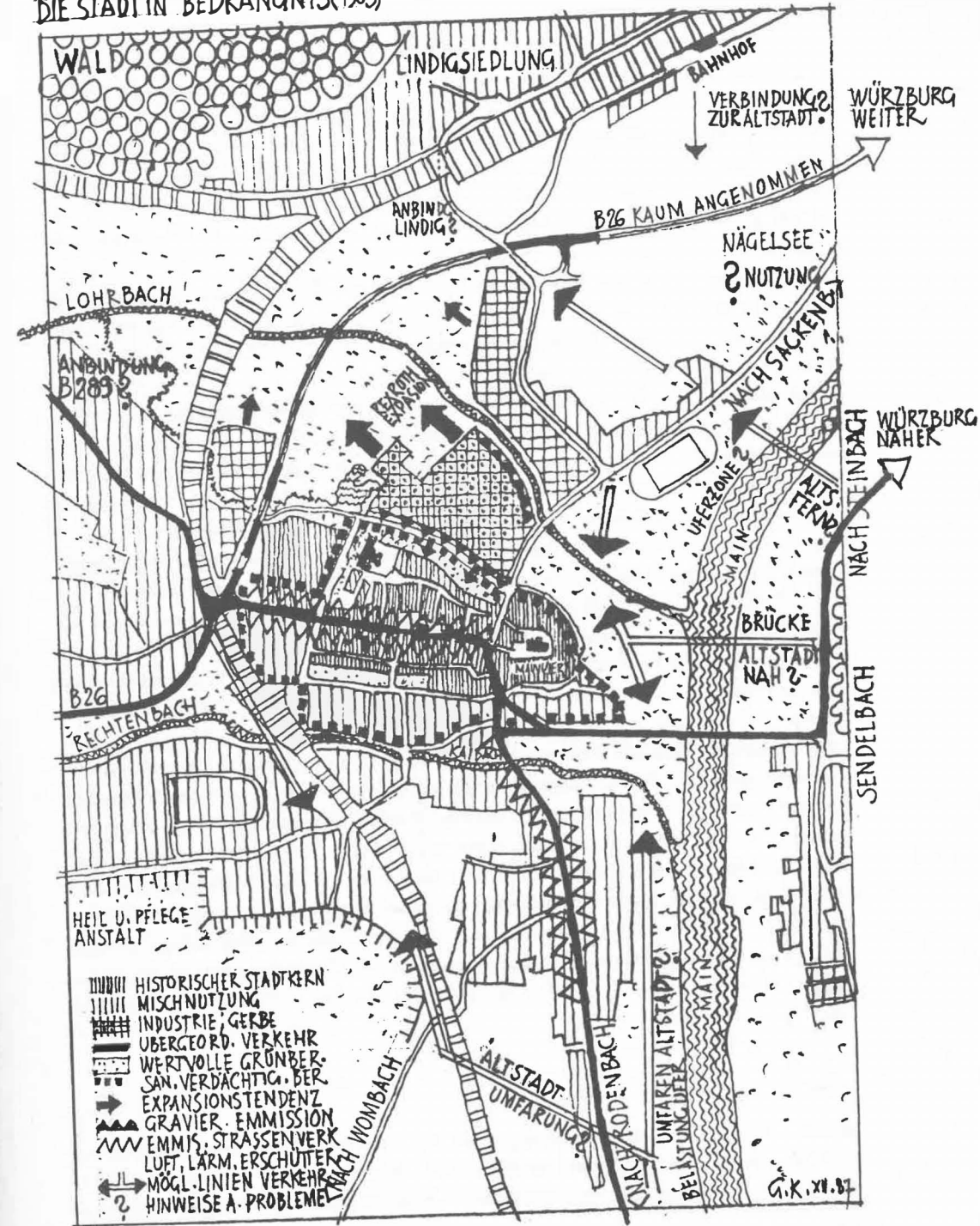


Abb. 3 Die Stadt in Bedrängnis. Skizze: G. Knopp

Verschiedene umfangreiche Nutzungsprogramme, Wohnen, Gewerbe, Schulen, Sportflächen, warten je nach Ausgang der Entscheidung über Entwicklungen auf den Höhen auf ihre Realisierung.

Die Altstadt als Mittelpunkt von Handel und Wandel, als Wohnstandort und Mittelpunkt kulturellen Lebens droht zu veröden. Die Gründe seien nur kurz skizziert und auf das Wesentliche beschränkt. Sie sind symptomatisch und in vielen Beispielen beschrieben.

- Durchgangsverkehr, Ziel- und Querverkehr, gravierende Parkplatzprobleme ersticken eine positive Entwicklung der Stadt.
- Der leidlich gute Zustand der ertragreicheren Gebäude beiderseits des T-förmigen Hauptstraßenzuges täuscht über den schlechten Zustand der am Rande liegenden dichten mittelalterlichen Baustrukturen hinweg. Auch die Urzelle der Stadt, das Mainviertel, ist durch Verfall geprägt.
- Eine deutliche Abnahme der Wohnbevölkerung bei starker Überalterung der verbleibenden Bewohner und beginnender Einquartierung von Gastarbeiter-Familien kennzeichnen die Situation. Die verbleibenden Bevölkerungsgruppen sind finanziell nicht in der Lage, die erforderlichen Sanierungen an den Gebäuden und im Wohnumfeld vorzunehmen. Abgesehen davon ist die äußerst dichte und kleinpärzellierte Gebäudestruktur nicht durch Schönheitsreparaturen in den Griff zu bekommen. Tiefgreifende strukturelle, in den Besitzstand einzelner eingreifende Veränderungen sind erforderlich. Teilabbrüche von Gebäuden in den rückwärtigen Bereichen werden schnell als provisorische Parkierungsflächen genutzt.
- Fehlende Erweiterungsflächen und stark eingeschränkte Modernisierungsmöglichkeiten für den Handel behindern eine Verbesserung der Angebotsstruktur und Einkaufsatmosphäre.
- Die kleinteilige Gebäudestruktur ermöglicht kaum die Einfügung größerer Gebäudemassen, wie sie den Nutzungsanforderungen entsprechen. Zwei neu errichtete Gebäude in der Stadtmitte (eine Bank und ein Kaufhaus) zeigen sehr schnell auch dem Stadtrat auf, wie problematisch solche Maßnahmen sind, wie stark sie das Wesen der Kleinstadt beeinträchtigen. Gewisse Möglichkeiten für Neubauten größeren Maßstabs bieten sich südlich der Altstadt in dem Erweiterungsbereich aus dem 19. und beginnenden 20. Jahrhundert an. Doch ist die Anbindung an die Stadt nicht gut. Die einzige größere innerstädtische Grünanlage, als Gliederungselement und Erholungsbereich günstigerweise erhalten, hängt diesen Bereich psychologisch von dem zentralen Entwicklungsbe- reich ab.

Aufgaben und Ablauf der Planung

Die Komplexität der Aufgabenstellung wird aus der dargestellten Ausgangssituation ersichtlich. Sie ist auch durch einen starken Nachholbedarf an städtebaulicher Planung in einem ländlichen Raum gekennzeichnet, der von den unmittelbaren Folgen des Krieges

weitgehend verschont geblieben ist. Die überkommenen sozio-ökonomischen Strukturen haben sich auch nach dem Kriege nur langsam verändert und waren durch die Lage des Raumes keinem starken Veränderungsdruck ausgesetzt, bis dann Anfang der 60er Jahre ein Stau ungelöster Probleme erkannt wurde, der sich durch die allgemeinen Veränderungen in Gesellschaft und Wirtschaft ergaben und die auch diesen schönen, beschaulichen Lebensraum erreichten. In dieser Situation setzt aber auch hier, die für diese Zeit bezeichnende Wachstumseuphorie ein, vor deren Hintergrund die Erwägungen, die Entwicklungen auf die Höhen zu verlegen, zu sehen sind.

Für die Planung ging es einmal um die Sicherung der künftigen Entwicklung der Stadt, mit Lösung der Verkehrsprobleme, der Vorsorge für ausreichende Wohn- und Gewerbeflächen, eine bessere Ausstattung mit Einrichtungen der öffentlichen Hand, Ausbau der technischen Infrastruktur, dann um die Realisierung der nötigen Maßnahmen. Es ist wichtig, das prozeßhafte der Planung zu verdeutlichen, also den Abbau der anfangs bestehenden Unsicherheit aller an der Planung Beteiligten, die stetige Vertiefung der Erkenntnisse, die Wahl der Planungsinstrumente und die zur Realisierung nötigen Vorgehensweisen.

Die erste Planungsphase 1965–1970, die als Phase des Suchens und der Unruhe bezeichnet werden kann, dient der Klärung der Situation, des methodischen Vorgehens sowie des Formulierens von Zielen und mündet in die Erarbeitung planerischer Leitbilder für die Gesamtstadt und die Erneuerung der Altstadt ein. Sie ist durch die Suche nach Ansätzen für die Planung, eine gewisse Unsicherheit über den zu beschreitenden Weg, ein fehlendes Problemverständnis für Teilaspekte der Planung (Denkmalschutz, Landschaft, Umweltbelastung) und eine große Unruhe im kommunalpolitischen Raum mit intensiven, kontrovers geführten Diskussionen, dann wieder durch die kontroversen längeren Planungsphasen gekennzeichnet. Wie ein roter Faden läuft der Gedanke der Wechselwirkung zwischen dem Teil und dem Ganzen und die Erkenntnis der Notwendigkeit einer interdisziplinären Zusammenarbeit durch die Planung.

Im Vordergrund stehen

- die Entscheidung: Entwicklung im Talkessel oder auf der Höhe. Und nach der Entscheidung, im Tal zu bleiben und die Entwicklung durch den gemeinsamen Flächennutzungsplan der Planungsgemeinschaft Lohr a. Main zu sichern,
- das Verteilungsgerangel um die Entwicklungspotentiale zwischen der Stadt und den umliegenden Orten,
- die Verkehrsplanung mit äußerst heftigen Kontroversen um alternative Lösungen. Insbesondere beim Standort für die neue Mainbrücke, die zu einer parteipolitischen Polarisierung auch vor dem Hintergrund der damaligen innenpolitischen Situation führen (1968–70),
- das Altstadtkonzept, dessen Kernstück eine zunächst sehr umstrittene Fußgängerzone und ein straffes Baublocksanierungskonzept bei weitgehender Erhaltung der wertvollen Bausubstanz, Ergänzung durch Baublockrandbebauung mit Auskernung der Innenhöfe ist,

– die Nutzung des Nägelseegebietes zunächst als Wohngebiet, dann als Standort einer großen Schule, anfänglich als Gesamtschule konzipiert.

Das Ergebnis der ersten Planungsphase sind planerische Leitbilder, alternative Strukturkonzepte für den Talkessel Lohr und die Altstadt. Aus heutiger Sicht handelt es sich um Strukturkonzepte. Im Falle der Altstadt handelt es sich um ein Nutzungsschema, noch längst nicht um einen Rahmenplan.

In der zweiten Planungsphase 1971–73, die als Phase der Kurskorrekturen bezeichnet werden kann, werden die Leitbilder konkretisiert und in Planungsinstrumente der Bauleitplanung umgesetzt. Dabei findet zwangsläufig die jedem Stadtplaner geläufige Auseinandersetzung zwischen Ideal und Wirklichkeit, das Ringen um die Erhaltung erkannter Werte statt. Sie bedingt Änderungen durch Zwänge, aber auch freiwillige Kurskorrekturen, die sich aus der Einsicht für das Machbare und aus dem Studium und dem Vergleich mit gleichzeitig laufenden beispielhaften Planungen ergeben.

Trotz dieser Abstriche ist die zweite Planungsphase gekennzeichnet durch eine Beruhigung im kommunalpolitischen Raum. Der Abbau der anfänglichen Unsicherheiten durch gewonnene Zielvorstellungen und Leitbilder und die Bestätigung des methodisch richtigen Wegs schafft Vertrauen auf beiden Seiten und führt zu einer Konsolidierung.

Die zweite Planungsphase mündet ein in

- die Aufstellung eines Flächennutzungsplanentwurfes,
- die Festschreibung eines generellen Verkehrskonzeptes mit Festlegung der zweiten Mainbrücke,
- die Aufstellung (und Genehmigung) eines Bebauungsplanes für die Altstadt und Einbeziehung des Bereiches südlich der Altstadt (19./Anfang 20. Jahrhundert),
- die Entscheidung über die Nutzung des Nägelseegebietes als zentraler Standort für Schulen und Sportanlagen.

Die dritte, aktive Planungsphase 1974–1975 baut auf den Kurskorrekturen auf, schafft Planungssicherheiten durch den Einsatz rechtlicher Planungsinstrumente, durch geklärte Finanzierungsmöglichkeiten und sich abzeichnende Vorgehensweisen. Die Möglichkeiten, die das Städtebauförderungsgesetz eröffnet, schaffen neue Perspektiven.

Die dritte Planungsphase, die verbindliche Planungen schafft, umfaßt

- einen genehmigten Flächennutzungsplan und Landschaftsplan für den Talkessel Lohr,
- einen Bericht über die Vorbereitenden Untersuchungen und die Bürgerbeteiligung,
- ein auf die Umsetzungsmöglichkeiten zugeschnittenes Sanierungskonzept, für einen Teilbereich des großen Bebauungsplanes, mit Alternativen,
- die Einschaltung eines Sanierungsträgers und
- außerdem ein im Zusammenhang mit dem Flächennutzungsplan und nach Prüfung zahlreicher Alternativen erarbeitetes Verkehrskonzept, das in seiner Umsetzbarkeit und Finanzierung abgesichert ist und von dem sich Teile (zweite Brücke, Mainparallele mit Parkplätzen für Altstadt und Festplatz) in Ausführung befinden.

Mit der dritten Planungsphase endet die Tätigkeit des Berichterstatters für die Stadt Lohr a. Main.

Maßnahmen und Planungen nach 1975: In den Jahren nach 1975 werden auf den erarbeiteten Grundlagen eine Fülle von Maßnahmen durchgeführt. Auch die Planung wird fortgeschrieben. So wird u. a. ein Sanierungsgutachten für den Bereich des 1973 zunächst ausgeklammerten Mainviertels ausgearbeitet. Gegenwärtig steht die Planung einer Tiefgarage unter dem Schloßpark im Vordergrund mit Zufahrt von der tiefergelegenen Haag-gasse, die ein Teil des inneren Erschließungsviereckes der Stadt darstellt. Diese Maßnahme wurde schon im Leitbild 1967–68, also vor 20 Jahren, in Erwägung gezogen, war dann aber, da damals zu hochgegriffen, auf eine Parkpalette reduziert worden. Die Planung hat also Kontinuität bewahrt.

Entscheidungen und Lösungsansätze

(Erste Planungsphase 1965–1970)

Eine umfassende Untersuchung aller Standorte für einen möglichen Entwicklungsschwerpunkt auf den Anhöhen war trotz ihrer Tragweite aus finanziellen, personellen und zeitlichen Gründen gar nicht möglich. Zwar werden die Anbindungs- und Erschließungsmöglichkeiten, sinnvolle Größenordnungen einer neuen Siedlung und Kosten im größten Rahmen untersucht. Eine Kosten-Nutzen-Analyse erfolgt jedoch nicht. Die gravierenden Eingriffe in den Waldbestand werden nicht als Problem gesehen. Plausibilitätsüberlegungen, die Erfahrungen der Städte Moosbach und Wertheim, die eigenen Erfahrungen des Stadtplaners aus seiner Teilnahme am Planungsgutachten Würzburg, Heuchelhof sowie der sich abzeichnende, kaum zu bewältigende Kostenaufwand und die Sorge um die Entwicklung der Stadt im Talkessel, insbesondere der Altstadt, auch unter dem Aspekt der Konzentration der Finanzmittel, führt zu der Entscheidung, die weiteren Entwicklungsmöglichkeiten im Tal zu untersuchen. Damit konzentriert sich das Interesse auf das Nägelseegebiet als letztes größeres zusammenhängendes Gebiet für eine Bebauung. Eine neue Wohnsiedlung, die eine Verbindung zwischen der Lindigsiedlung und der Altstadt herstellt, wird auf diesem rd. 30 ha großen Gelände geplant, das allerdings mit nachteiligen Randbedingungen belastet ist.

Zur Sicherung der weiteren Entwicklung im Talkessel wird unter teilweise großem Widerstand der Gemeinden der Planungsverband Lohr a. Main und Umgebung mit dem Ziel begründet, über einen gemeinsamen Flächennutzungsplan die Entwicklung der einzelnen Gemeinden zu koordinieren. Das Modell einer Zuweisung unterschiedlicher Funktionsschwerpunkte an die Gemeinden, etwa mit stärkeren Zuweisungen von Funktionen als Gewerbe-, Wohn- oder Erholungsstandort, scheitert im großen und ganzen. Dennoch schafft die überkommunale Zusammenarbeit eine bessere Vertrauensgrundlage und vor dem Hintergrund der sich abzeichnenden Landkreisreform einen Zusammenhalt gegen-

über den Nachbarstädten bzw. Landkreisgemeinden Marktheidenfeld und Karlstadt, das den Sitz des durch Zusammenlegung der vier Landkreise angestrebten neuen Landratsamtes erhofft. Die bevorstehende Landkreisreform unterbricht die Arbeit am gemeinsamen Flächennutzungsplan. Sie hat aber zu Erkenntnissen für mögliche zukünftige Entwicklungsschwerpunkte, für die Verkehrsplanung und mit dieser zusammen für Rahmenbedingungen zur Altstadtsanierung geführt.

Zielvorstellungen und Leitbilder

a) Gesamtstadt

Aufbauend auf den Ergebnissen der Bestandsanalyse wurden Zielmodelle entwickelt, die sich auf etwa 1990 ausrichten. Dabei handelt es sich um Idealbilder, die möglichst optimale Bedingungen für die jeweiligen Strukturelemente ausweisen. Daraus ergaben sich für die weitere Entwicklung der Stadt Lohr im wesentlichen zwei Möglichkeiten:

1. Stadtzielmodell E 1:

In ihm wurde von einer verstärkten Entwicklung in ost-westlicher Richtung ausgegangen, die ergänzt wird durch den intensiven Ausbau im Bereich Lindig-Sackenbach. Dabei

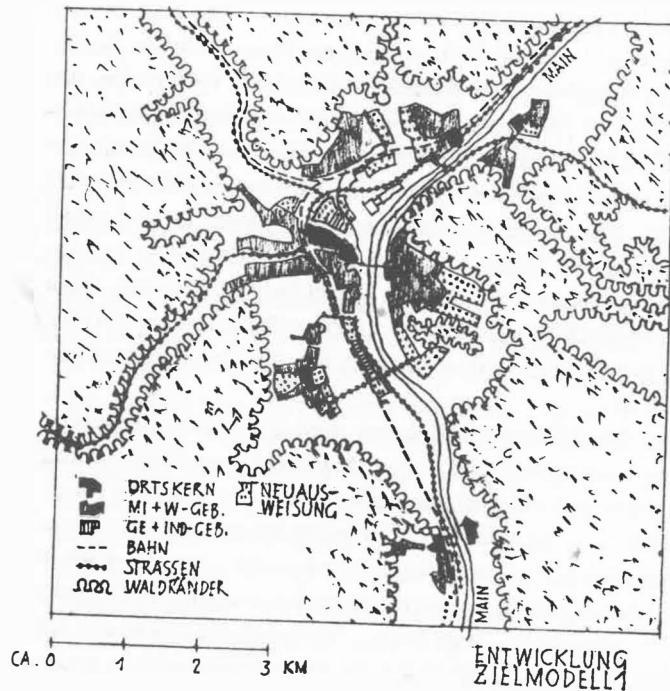


Abb. 4 Stadtentwicklung, Zielmodell 1. Skizze: G. Knopp

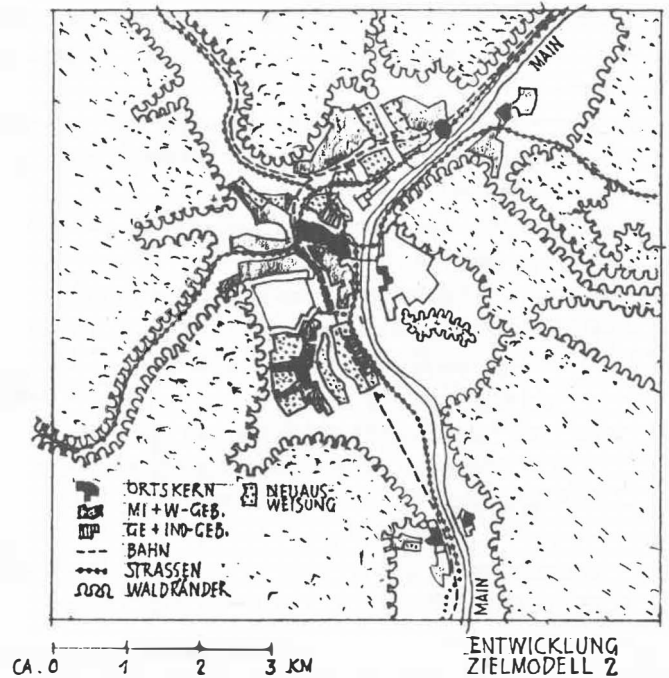


Abb. 5 Stadtentwicklung, Zielmodell 2. Skizze: G. Knopp

wurde unterstellt, daß durch die stadtnahe neue Brücke und die verbesserten Ost-West-Verkehrsverbindungen eine Verstärkung der Entwicklungssachse Sendelbach-Altstadt-Lohrbach/Rechtenbachtal herbeigeführt wird.

2. Stadtzielmodell E 2:

In dieser Alternative wurde versucht, die erkennbaren Tendenzen zu einer bandförmigen Entwicklung parallel zum Main aufzugreifen und zu verstärken. Dies entspricht den topographischen Gegebenheiten und trägt den bestehenden Verkehrsbändern Rechnung (Main, Bahn, B 26, ST 2315).

b) Altstadt

Schon während der Bestandsaufnahme (1967–69) wurden in einem langen Dialog mit dem Stadtrat folgende Zielvorstellungen formuliert:

- Erhaltung der historischen Substanz und des Stadtbildes der Altstadt, insbesondere die qualitativ guten Räume und räumlicher Zusammenhänge,
- Beibehaltung und Ausbau der Altstadt als wirtschaftlicher Mittelpunkt des Talkessels Lohr,
- Stärkere Verflechtung mit dem Umland, größere Attraktivität für das Umland,

- Erhöhung der Funktionsfähigkeit, Anpassung – soweit wie möglich – an die gegenwärtigen und – soweit beurteilbar – zukünftigen Erfordernisse für eine zentrale Dienstleistungszone,
- Schaffung einer städtischen Ergänzungszone für Dienstleistungsbetriebe öffentlicher und privater Art, deren Platz- und Funktionsbedürfnisse den Maßstab der historischen Altstadt sprengen würden,
- Aufrechterhaltung der gemischten Nutzung bei Verlagerung bzw. Zusammenfassung gewerblicher Betriebe,
- Entlastung der Altstadt vom durchgehenden Verkehr,
- Ausbildung eines Straßensystems, das nach Funktionsstufen gestaffelt ist und eine Entflechtung ermöglicht (übergeordnete Haupterschließungsstraßen, Erschließungsstraßen, Andienungsstraßen),
- Herausnahme des fließenden, teilweise auch ruhenden Verkehrs aus der Hauptstraße und Ausbildung einer attraktiven Fußgängerzone vom Amtsgericht zur Lohtorstraße nach Umleitung des Durchgangsverkehrs und Schaffung des gestaffelten Erschließungssystems,
- Ausbildung eines Fußgängersystems zu den einzelnen näher gelegenen Stadtteilen (Schafhof, Valentinusberg, südliche Vorstadt, Schulviertel) und seine Anbindung an die Geschäftszone.

Die Erhaltung des Stadtbildes kann neben den genannten Zielen nur gesichert werden, wenn

- die Bebauung bestimmte Höhen nicht überschreitet,
- neue Baukörper in ihrer Gestaltung die vorhandene Straßen und Platzräume und deren Proportionen beachten,
- im Altstadtbereich das Prinzip der geschlossenen Bebauung nicht aufgegeben wird und
- die charakteristische »Dachlandschaft« erhalten bleibt.

c) Räumliches Konzept

Die qualitativ guten städtebaulichen Räume im Bereich der *Hauptstraße* und des *Mainviertels* mit dem Kirchplatz als Mittelpunkt werden erhalten. Die Raumwände dürfen in ihren Fluchten, Vor- und Rücksprüngen nicht verändert werden. Eine Objektsanierung oder Blocksanierungen unter Beibehaltung wesentlicher historischer Bauteile und Fassaden sind möglich.

Das reizvolle räumliche Konzept der Hauptstraße als Fußgängerzone wird bereichert durch teilweise Öffnung der sanierten Innenhöfe zu den kleinen Quergassen. Die Grünanlage am Südrand der Altstadt wird räumlich gefaßt. Aus diesem Raum führt eine räumlich besser gefaßte Straße in den Bereich südlich der Altstadt, der ein Entwicklungsgebiet für in die Altstadt nicht zu integrierende Nutzungsfunktionen ist, und mündet in einen neu geschaffenen Platz. Dieser Platz ist für die Aufwertung dieses Bereiches von entscheidender Bedeutung. Eine Aufstauung des Kaibaches soll das räumliche Konzept bereichern.



Abb. 6 Fußgängerbereich: Skizze G. Knopp

In dem Bereich südlich der Altstadt wird eine allmähliche Überführung der offenen Bebauung in eine geschlossene angestrebt. Die Stadteinfahrt von der alten Mainbrücke wird bereinigt und räumlich besser gefaßt.

d) Anlagen des Verkehrs

1. *Fließender Verkehr*: Die Straßen werden in vier Kategorien unterschieden. In Gruppe 1 wird ein *übergeordnetes Entlastungsnetz* gebildet, das aus einem verzogenen Tangentenviereck von ca. 1600 × 700 m besteht. Wesentliche Bestandteile des Tangentenvierecks sind eine neue Mainuferstraße im Osten und eine neue Straße entlang der Bahnlinie nach Marktheidenfeld im Westen der Altstadt. Die beiden Straßen werden miteinander verbunden. Im Norden wird das Tangentenviereck durch bestehende übergeordnete Straßen ergänzt. Eine neue, stadtnahe Mainbrücke wird an das Entlastungsnetz angeschlossen.

Aus baukünstlerischer, städtebaulich-räumlicher und denkmalpflegerischer Sicht wird das Auffahrtsbauwerk auf die neue Brücke in den Prübelwiesen nord-östlich des ältesten

erhöhten Teiles der Altstadt (Mainviertel) mit einiger Skepsis beurteilt. Die Abwägung der Vor- und Nachteile führte schließlich zum Ergebnis, daß der Leichtigkeit des Verkehrs Vorzug zu geben ist.

In Gruppe 2 wird das *innerstädtische Haupterschließungsnetz* aus bestehenden, geringfügig auszubauenden Straßen gebildet. Es stellt ebenfalls ein Straßenviereck von ca. 300 × 350 m dar, das im Norden, Süden und Westen den Rand der historischen Altstadt begrenzt, während der östliche Teil des Straßenvierecks durch die Altstadt führt und das Mainviertel von dieser trennt. Das Straßenviereck ist an drei Punkten mit dem übergeordneten Entlastungsnetz verknüpft.

Die Gruppe 3 bilden *quartierbezogene Andienungsstraßen*. Zwei im Norden und Süden parallel zur Hauptstraße verlaufende, bestehende Straßen übernehmen die Funktion der als Fußgängerzone umzubauenden Hauptstraßen und werden als Andienungsstraßen an den westlichen und östlichen Teil des innerstädtischen Haupterschließungsnetzes (Straßenviereck) angeschlossen.

In Gruppe 4 werden die von den beiden Andienungsstraßen der Gruppe 3 kammartig zur Hauptstraße führenden *Gassen* sozusagen *als kleinste Adern des Gesamtsystems* der Erschließung zusammen mit Zufahrten in die Blockinnenhöfe unmittelbar von den beiden Andienungsstraßen eingestuft.

Abgesehen von den Straßen, die für das übergeordnete Erschließungssystem gebaut werden müssen, wird dieses in seinem System nahezu ideale Erschließungskonzept durch den klaren Aufbau des mittelalterlichen Stadtgrundrisses ermöglicht. Nur verhältnismäßig geringe Eingriffe in die Bausubstanz sind an zwei Stellen bei der Anknüpfung der beiden Andienungsstraßen (Gruppe 3) in das Straßenviereck (Gruppe 2) erforderlich.

2. Ruhender Verkehr und öffentliche Parkflächen: An das Tangentenviereck des übergeordneten Entlastungsnetzes werden an die Mainuferparallele großzügig dimensionierte Parkplätze (rd. 160) am Fuße des Mainviertels ausgewiesen. Sie dienen einerseits der Altstadt (Fußwegentfernung zum Rathaus 5–6 Minuten), andererseits dem neuen Festplatz am Main. Die Problematik dieser Entscheidung ist der des Auffahrtsbauwerkes auf die neue Brücke ähnlich.

Von größerer Bedeutung für das Parkproblem in der Altstadt sind die mit Anschluß an das innerstädtische Haupterschließungsnetz vorgesehenen Parkplätze, von denen aus das Rathaus in 2–3 Minuten erreicht werden kann.

An den nördlichen Teil des Straßenvierecks des innerstädtischen Haupterschließungsnetzes werden rd. 180 Parkplätze angeschlossen, deren Zahl durch die aus stadtgestalterischer Sicht vertretbare Errichtung einer zweigeschossigen Parkpalette auf 360 Stellplätze erhöht werden kann. Die Möglichkeit, von dem nördlichen Teil des Straßendreiecks aus in eine unter dem höhergelegenen Schloßplatz angeordnete Tiefgarage mit ca. 200 Stellplätzen einzufahren, wird erwogen, aber aus Kostengründen zunächst fallengelassen. Fast 20 Jahre später wird der Bau dieser Garage in Angriff genommen.

An den südlichen Teil des Straßenvierecks (Gruppe 2) wird unter Ausnutzung der Topographie eine zweigeschossige Parkpalette mit rd. 150 Stellplätzen eingeplant.

Zusammen mit den sonstigen in der Altstadt innerhalb des Straßenvierecks gegebenen Möglichkeiten für rd. 200 Parkplätze werden durch dieses Stellplatzkonzept rd. 700 Stellplätze in einer Fußwegentfernung von 2–3 Minuten angeboten, zu denen 160 Stellplätze am Mainufer in einer Fußwegentfernung von 5–6 Minuten hinzukommen.

Im Verkehrsgutachten werden unter Abschätzung künftiger Entwicklung des Verkehrsaufkommens rd. 800 Stellplätze für die Altstadt für erforderlich gehalten. Die seit dem Gutachten inzwischen erfolgte stärkere Differenzierung zwischen Kurz- und Langzeitparkzonen verbessert das Stellplatzangebot beträchtlich. Das Problem der kaum vorhandenen privaten Stellplätze und Garagen kann nur im Zusammenhang mit der Erneuerung der einzelnen Baublöcke gelöst werden. Private Quartiersgaragen können zum Zeitpunkt der Aufstellung des Strukturkonzeptes nicht in Erwägung gezogen werden.

3. Fußgängerverkehr: Das erläuterte Konzept für den fließenden und ruhenden Verkehr ermöglicht es, die Hauptstraße als Fußgängerzone auszubilden. Sie beschränkt sich zunächst auf die Hauptstraße mit dem Renaissance-Rathaus als Mittelpunkt und soll später über das Mainviertel mit dem Kirchplatz als Mittelpunkt zu den Parkplätzen am Mainufer fortgeführt werden. Dieses Fußgängerwegenetz der Altstadt soll zukünftig stufenweise zu einem System für die Gesamtstadt – auch in Verbindung mit Radwegen – ausgebaut werden. Dabei wird der Verbindung Altstadt – Nägelseegebiet mit Schulzentrum – Bahnhof – Lindigsiedlung – Sackenbach bzw. Waldgebiete eine besonders wichtige Funktion beigemessen.

e) Bebauungsblöcke

Im Strukturkonzept können noch keine Einzelheiten für die Erneuerung der Bebauungsblöcke festgelegt werden. Lediglich Grundsätze für die Planung, wie für die Erhaltung der Raumkanten, die Auskernungsmöglichkeit der Innenhöfe, die Höhenentwicklung und die Dachformen können vorgegeben werden. Das Grundprinzip ist die Erhaltung der Randbebauung mit nach Möglichkeit ausgekernten Innenhöfen, die als Wohn- und Erschließungshöfe dienen sollen. Im zentralen Bereich der Altstadt wird an Kellergaragen und an eine erdgeschossige Überbauung der Innenhöfe gedacht. Einzelheiten können nur im Zusammenhang mit sorgfältigen, auf konkreten Programmen beruhenden Planungen festgelegt werden, da die Anforderungen von Bebauungsblock zu Bebauungsblock sehr unterschiedlich sind.

Die Schwierigkeiten, die sich bei der Erneuerung der Bebauungsblöcke ergeben werden, sind aber bereits in diesem Stadium der Planung absehbar. Abgesehen von baurechtlichen und technischen Problemen zeichnet sich keine große Veränderungsbereitschaft bei den Bewohnern ab. Obwohl von 232 Hauptgebäuden des exemplarisch untersuchten mittleren Bereiches der Altstadt 89 Gebäude, also rd. 38%, erhebliche bis große Mängel aufweisen,

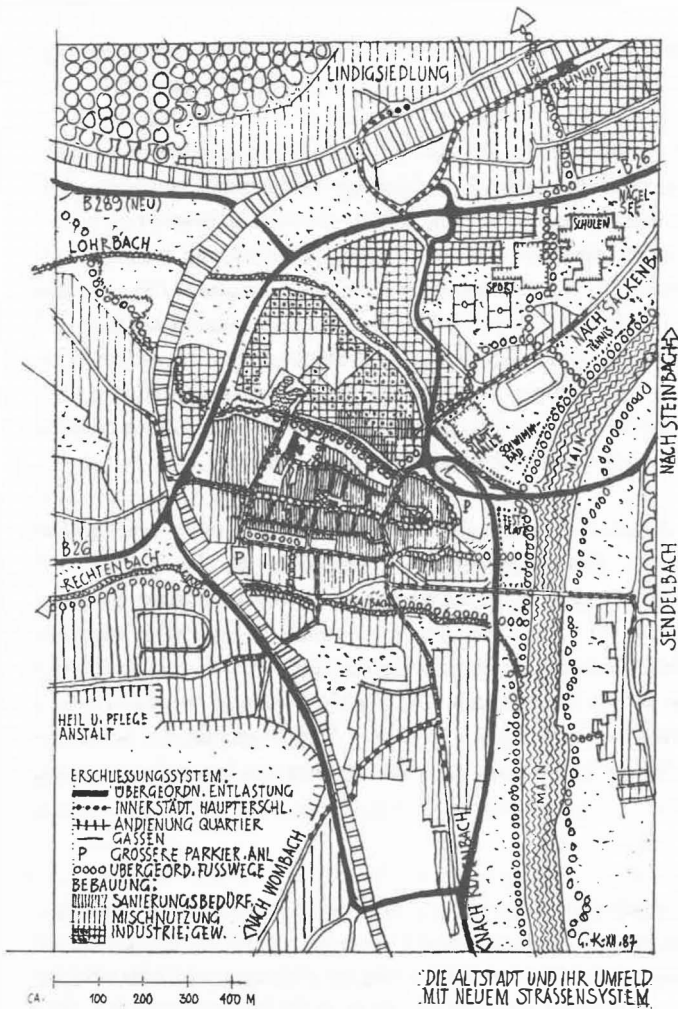


Abb. 7 Die Altstadt und ihr Umfeld mit neuem Straßensystem. Skizze: G. Knopp

waren von den in diesen Gebäuden befragten 328 Haushalten 175 Haushalte mit der Wohnsituation sehr zufrieden und 171 Haushalte zufrieden. Das heißt, daß über 90% der Haushalte zumindest zufrieden waren.

Diese Ausgangslage ließ gleich zu Beginn konkreter Planung im Bereich der Gebäude befürchten, daß Maßnahmen für die Erneuerung der Planung nur langsam und nur mit großen Anreizen eingeleitet werden können.

f) Grünanlagen

Die Erhaltung und Verbesserung des Grünbestandes insbesondere in den Randbereichen der Altstadt ist ein wesentliches Ziel des Strukturkonzeptes.

Kurskorrekturen (zweite Planungsphase)

a) *Gesamtstadt:* Die sich abzeichnende Gebietsreform ermöglicht eine bessere Ausrichtung der Ziele auf die Bedürfnisse der zukünftigen Gesamtstadt. Sich ergebende Spielräume für Neuausweisungen von Gewerbe und Wohngebieten in den zukünftigen neuen Ortsteilen einerseits, andererseits die Notwendigkeit, eine dreigliedrige Schule in Altstadt-nähe zu bauen, führen zur Ausweisung des Nägelseegebietes als Schul- und Sportstättenstandort. Die Entscheidung für einen altstadtnahen Standort der Brücke ermöglicht die verbindliche Entwicklung eines die Stadt vom Durchgangsverkehr entlastenden Verkehrskonzeptes. Das Stadtzielmodell E 2 wird dem Vorentwurf für den Flächennutzungsplan zugrundegelegt. Es entspricht besser der generellen Zielvorstellung, einen ausgewogenen, schwerpunktmäßig abgestuften Siedlungskörper zu entwickeln, schränkt den innerörtlichen, mainüberschreitenden Verkehr ein und läßt, auf lange Sicht, mehr Möglichkeiten offen. Ein Zuwachs von rd. 6000 Einwohnern wird als obere Grenze angenommen. Der Stadtrat beschließt weitere Wohngebietsaufweisungen, die das Einwohnerpotential auf 9000 Einwohner erhöhen.

b) *Altstadt:* Die Umsetzung des Strukturkonzeptes in einen Bebauungsplan, der auch den Bereich südlich der Altstadt als Ergänzungsgebiet umfaßt, macht Modifizierungen erforderlich:

c) *Fußgängerzone:* Das bisherige Konzept der Fußgängerzone wird in zwei Punkten modifiziert: Die geplante rückwärtige Anlieferung aller Betriebe in der Hauptstraße durch Ladenhöfe wird weitgehend aufgegeben, weil sie nur mit unverhältnismäßig hohem Aufwand, nur in einem sehr langen Zeitraum und teilweise nur mit sehr weitgehenden baulichen Eingriffen zu realisieren wäre. Sie würde darüber hinaus zu einer recht erheblichen Lärmbelastung der anliegenden Wohnungen führen, was dem Sanierungsziel, die Wohngebiete der Altstadt aufzuwerten, widerspricht. Allerdings sollte im Einzelfall überprüft werden, ob eine rückwärtige Andienung von Betrieben ohne größere Schwierigkeiten durchgeführt werden kann, um in der Fußgängerzone die Belästigung durch Fahrzeuge möglichst in Grenzen zu halten. Demgegenüber ist in Kauf zu nehmen, daß die als Provisorium vorgesehene Öffnung der Hauptstraße an Vormittagen für die Anlieferung als Dauer-einrichtung geplant wird, wie es auch in anderen Städten als durchaus akzeptabler Kompromiß praktiziert wird.

d) *Innerstädtische Hupterschließungsstraßen:* Entgegen dem ursprünglichen Konzept wird erwogen, Gebäude am südlichen Teil des innerstädtischen Hupterschließungsnetzes abzubrechen, weil wegen der zu erwartenden Lärmbelastung durch den Verkehr eine Wohnnutzung in diesem Bereich nicht zumutbar erscheint. Stattdessen sollte an dieser Stelle die Stadtmauer freigelegt und eine Möglichkeit für Parkierung geschaffen werden.

e) *Andienungsstraßen*: Ebenfalls aus Gründen der Erhöhung des Wohnwertes sollte sichergestellt werden, daß die quartierbezogenen Andienungsstraßen trotz der vorgesehenen Verbreiterungen vorwiegend als Anliegerstraßen dienen können. Unter diesem Gesichtspunkt wird erwogen, die geplanten Straßendurchbrüche zu den innerstädtischen Haupterschließungsstraßen nicht vorzusehen.

f) *Blockauskernungen*: Die vorgesehene Ausbildung von Blockinnenhöfen sollte grundsätzlich beibehalten werden, nur sollten diese Höfe in ihrer Zweckbestimmung hauptsächlich der Erhöhung des Wohnwertes (Belichtung, Belüftung) und der Verbesserung des Freiflächenangebotes dienen.

g) *Entwicklungsgebiet südlich der Altstadt (im 19. Jahrhundert entstanden)*: Die ursprünglich angestrebte stufenweise Überführung der offenen Bebauung in eine geschlossene, die räumlich gefaßte Straßenräume ermöglicht und an die Strukturen des 19. Jahrhunderts anknüpft, erweist sich als undurchführbar. In Teilbereichen bleiben aber räumliche Fassungen durch Ergänzung des Gebäudebestandes möglich (Platz vor der Hauptschule).

h) *Denkmalschutz*: Im Vollzug des Bayerischen Denkmalschutzgesetzes wird für die Stadt Lohr eine Denkmälerliste ausgearbeitet, deren Aussagen bei künftigen baulichen Veränderungen zu berücksichtigen sein werden.

i) *Nutzungskonzept*: Art und Maß der Nutzung, insbesondere der Umfang der festzusetzenden Kerngebiete, wird überprüft.

Verbindliche Planungen

(dritte Planungsphase 1974–1975)

a) *Gesamtstadt*: Auf den Flächennutzungsplan wird nicht näher eingegangen. In den vorangegangenen Phasen hat die Diskussion um ihn die Planungen für die Altstadt wesentlich beeinflusst. Nur insoweit spielt der Flächennutzungsplan in diesem Bericht eine Rolle.

b) *Altstadt*: Die Vorgaben des inzwischen in Kraft getretenen Städtebauförderungsgesetzes führen zu einer Eingrenzung der Probleme und einer Ausrichtung der Planung auf das in überschaubaren Zeiträumen Machbare. Die vorbereitenden Untersuchungen, die Bürgerbeteiligung und die alternativen Sanierungskonzepte werden auf einen Teilbereich der Altstadt beschränkt. Vier Bereiche werden für eine förmliche Festlegung vorgeschlagen.

Rückblick und Kritische Würdigung

Rückblickend sollen die Tragfähigkeit der Planung in ihren verschiedenen Phasen und Planungsebenen, die Probleme der Koordination der Gesamtplanung und der Einzelmaßnahmen, vor allem aber die durchgeführten Maßnahmen unterschiedlicher Art in ihrer Funktion, Gestalt und Einfügung sowie ihrer Akzeptanz durch die Bürger der Stadt kritisch gewürdigt werden.

- Die Entscheidung im Vorfeld der Planungen gegen die städtebauliche Entwicklung auf einer der Anhöhen westlich oder östlich der Altstadt, 250 bzw. 150 m über dem Main, hat sich rückblickend als richtig erwiesen. Sie hat bewirkt, daß alle Kräfte – Denken, Planen, Handeln, Finanzieren – im Tal geblieben sind. Das war die große Chance für die Altstadt.
- Die zunächst entwickelten Leitbilder aus den späten sechziger Jahren, also die Stadtzielmodelle für die Gesamtstadt wie das Strukturkonzept für die Altstadt, haben sich, obwohl stark idealisiert, als tragfähig erwiesen. Sie haben in einer Phase bestehender Unsicherheiten das Verständnis für die Ziele der Planung gefördert und nach lebhaften Auseinandersetzungen den Blick für das Machbare eröffnet. Trotz aller erforderlichen Kurskorrekturen waren sie Grundlage für die Bauleitplanung und sind es in gewisser Weise bis heute geblieben.
- Die angewandten methodischen Ansätze, gestützt auf die Mitte der sechziger Jahre laufenden modellhaften Beispiele (insbesondere auf die Untersuchung des städtebaulichen Seminars der Stiftung Regensburg des Kulturkreises im Bundesverband der Deutschen Industrie e.V. »Regensburg, zur Erneuerung einer Alten Stadt«, unter der Leitung von Werner Hebelbrand und Walter Schmidt), haben bis heute – wenn auch inzwischen inhaltlich verfeinert und begrifflich präzisiert – weitgehend ihre Gültigkeit behalten.
- Bei den Planungsinstrumenten zur Umsetzung des Strukturkonzeptes für die Altstadt waren hingegen einige Korrekturen erforderlich. So ist zwar der das gesamte Altstadtgebiet und ihre südlichen Randgebiete umfassende Bebauungsplan bis heute noch in Kraft, er gilt aber als eine Art Rahmenplan, aus dem Teilbebauungspläne entwickelt werden. Er dient aber auch als Interventionsmittel, wenn sich Entwicklungen anbahnen, die mit den Zielen der Gesamtplanung nicht im Einklang stehen. Die Vorstellung jedoch, mit ihm in einem Zug alle Probleme in seinem Geltungsbereich zu klären, hat sich als undurchführbar erwiesen. Selbst die bei Abschluß der Vorbereitenden Untersuchungen 1975 für einen Teilbereich der Altstadt ins Auge gefaßten vier förmlich festgelegten Sanierungsgebiete mußten auf zwei verringert werden.
- Die Koordination der verschiedenen Fachplanungen (Verkehr, sozio-ökonomische Untersuchungen, Landschaftsplanung) war besonders erschwert, da es nicht möglich war, alle Untersuchungen gleichzeitig in Auftrag zu geben. Dies stellt rückblickend eine negative Erfahrung dar.

- Bei der Durchführung der Einzelmaßnahmen für den Verkehr (Brückenplanung, Mainuferparallele) ergab sich eine starke Verselbständigung der Planung mit nur sehr beschränkten Interventionsmöglichkeiten seitens der städtebaulichen Planung.
- Der richtige Gedanke, insbesondere für die Blocksanierung einen Sanierungsträger einzuschalten, konnte nicht konsequent weitergeführt werden. Die Gründe dafür liegen in der großen Verflochtenheit und Kleinmaßstäblichkeit der Parzellen und Baustruktur, den zu vielen Eigentümern und Einzelinteressen, in den zu hohen Erwartungen der Eigentümer in Bezug auf die Förderung sowie in Organisationsproblemen bei der Tätigkeit des Sanierungsträgers und dessen zu hohen Verwaltungskosten. Der Versuch mußte abgebrochen werden. Die Umsetzung der Blocksanierung stagniert.
- Der Umsetzungsgrad der verschiedenartigen Maßnahmenbündel und Einzelmaßnahmen ist sehr unterschiedlich. Die Maßnahmen des Verkehrs, einer der Anlässe für die Planung, konnten konsequent und zügig durchgeführt werden. Auch die Umgestaltung des Stadtbodens ist fortgeschritten. Einzelbauwerke der öffentlichen Hand wurden teilweise hervorragend renoviert (altes Rathaus, Bayersturm, Pfarrkirche) sowie ein neues Rathaus am Schloßpark errichtet. Hingegen ist ganz eindeutig eines der Hauptanliegen der Stadtsanierung, die Blocksanierung, zu kurz gekommen.
- Die durchgeführten Maßnahmen sind aus funktioneller Sicht und in ihrer Akzeptanz im ganzen positiv zu sehen.

Aus der Sicht des Berichtstatters stellen sich die einzelnen Maßnahmen unter den angeführten Aspekten rückblickend gesehen differenziert dar:

- Die neugeschaffenen Anlagen des Verkehrs, 2. Brücke, Mainuferparallele mit großem Parkplatz und Festwiese am Fuße des historischen Mainviertels, die umgestaltete Einfahrt zur Altstadt von Norden sowie die Parkpalette an der Grabenstraße, erfüllen die ihnen zugedachten Funktionen vorzüglich. Problematisch bleiben die Einfügung der Mainparallele in die Flußniederung, auch unter dem Aspekt des Lärmschutzes, sowie die überdimensionierte, vorwiegend auf die Bedürfnisse des Fahrverkehrs ausgerichtete Stadteinfahrt.
- Das innerstädtische Haupterschließungsnetz ist in angemessener Weise ausgebaut worden. Die Zufahrt zu der Tiefgarage unter dem Schloßplatz mit Zugang zum neuen Rathaus ist einwandfrei.
- Die auf der Grundlage eines Wettbewerbes in eine Fußgängerzone umgebaute Hauptstraße hat sich in ihrer zurückhaltenden Gestaltung dennoch zur Schlagader der Stadt für Bürger und Handel entwickelt. Die geringe Straßenbreite der Hauptstraße, die lebendige Raumfolge, die sich aus sehr engen und aufgewerteten Bereichen (Marktplatz mit altem Rathaus) ergibt, prädestiniert diese zu einem Bereich, der dem Fußgänger vorbehalten bleibt. Die Enge schafft Leben. Großartige, dichte Stadtfeste werden ermöglicht.
- Die Einbeziehung der engen, teilweise zum Schloßplatz mit neuem Rathaus führenden Gassen nördlich der Hauptstraße in das Fußgängersystem ist gelungen.

- Die Freilegung der Fachwerke der Bürgerhäuser, das schon renovierte Renaissance-Rathaus, das einen im Erdgeschoß liegenden sich zur Hauptstraße öffnenden Versammlungsraum enthält, steigert das Ambiente und stellt ein besonders gelungenes Beispiel des Wechselspiels zwischen Freiraum und überbautem Raum in Unterfranken dar.
- Das neue Rathaus am Schloßpark stellt eine den Vorstellungen der Bürger entsprechende Lösung mit vielfältigen Innen- und Außenraumfolgen dar und gibt den Startschuß für eine Umgestaltung des Schloßplatzes mit dem renovierten, einst als Landratsamt, heute als Museum dienenden Schloß.

Das wesentliche, bedenklich stimmende Problem ist die Frage nach der Fortführung der Blocksanierung, nach der Modernisierung der sich im privaten Eigentum befindlichen Bausubstanz. Die hier bestehende Handlungsbarriere führt zwangsläufig, nicht nur in Lohr, zu einem Abfluß der Fördermittel in Bereiche, die im Eigentum der Städte liegen: in Freiräume, öffentliche Gebäude und infrastrukturelle Maßnahmen (manchmal ist es der »Verschönerung« etwas zu viel geworden). Das Sanierungsgutachten für das Mainviertel berechtigt durch die dargestellten qualitätvollen Ansätze zu der Hoffnung, daß nach



Abb. 8 Planungskonzept Mainviertel. Fortschreibung der Planung. Zeichnung: K. u. V. Trojan

Lösung der primären Probleme für die Revitalisierung der Stadt in Zukunft auch die Sanierung der privaten Bausubstanz in den Vordergrund tritt. In diesen Aufgabenbereich, der der verbesserten Wohnqualität für die in der Altstadt verbliebenen Bürger dient, sollten in Zukunft die Förderungsmittel vorwiegend fließen.

Die *tour d'horizon* durch die städtebauliche Planung in Lohr zeigt das Zusammenwirken unterschiedlicher Planungsebenen und Fachdisziplinen, die Koordinationsprobleme in einem langwierigen Planungsprozeß. Der gesamte Planungsprozeß, der in seiner entscheidenden Phase einen Zeitraum von rund 10 Jahren einnimmt und sich bis heute, parallel zu der Durchführung vielfältiger Maßnahmen, in ruhigeren Bahnen fortsetzt, spiegelt die Entwicklung städtebaulicher Planung im ländlichen Raum wider. Er zeigt die anfängliche Unsicherheit bei der Suche nach Lösungsansätzen und die nachteilig sukzessive Einbindung von Erkenntnissen verschiedener Fachdisziplinen in den Planungsprozeß. Während von Anfang an die Verkehrsplanung als notwendiges Planungsinstrument anerkannt ist und einen hohen – manchmal zu hohen – Stellenwert einnimmt, wächst das Verständnis für Stadtentwicklungsplanung im Vorfeld der Flächennutzungsplanung, für Landschaftsplanung und für Umweltschutz. Bezeichnend ist die Selbstverständlichkeit, mit der zu Beginn der Planung große Waldgebiete zunächst auch unter dem Aspekt, daß sie kaum etwas einbringen, zur Disposition gestellt wurden.

Auch eine umfassende Stadterneuerungsplanung, bei der neben der Verkehrsplanung auch sozio-ökonomische, denkmalpflegerische, stadträumliche und das Wohnumfeld betreffende Aspekte einfließen, hat heute deutlich an Gewicht gewonnen. Die Bereitschaft zu rigorosen Eingriffen, zur Flächensanierung, wandelt sich zu einer Bereitschaft, mit der historischen Substanz behutsam umzugehen und dafür Rahmenbedingungen zu schaffen. Gleichzeitig spiegelt der Planungsprozeß intensive kommunalpolitische Auseinandersetzungen wider, die zeitweise – Ende der sechziger Jahre – vor dem damaligen allgemeinen politischen Hintergrund mit äußerster, manchmal der Sache gar nicht dienender Schärfe geführt wurden. Er zeigt aber auch, wie Einwirkungen von außen, z. B. die Gemeindegebietsreform oder modellhafte Beispiele in anderen Städten, Kurskorrekturen bewirken können. Im Falle Lohr hat die Zeit Entscheidungen heranreifen lassen, die zu Beginn der Planung nicht herbeizuführen gewesen wären.

Vergleicht man die Ausgangslage 1965 mit der heutigen Situation der Stadt Lohr, so wird deutlich, was für eine außerordentlich positive Entwicklung die Stadt durchgemacht hat. Erblasten wie der Standort der Firma Rexroth, heute Tochter des Konzerns Mannesmann können nicht korrigiert werden. Dem gegenüber können Dinge, die man heute vielleicht etwas anders lösen würde, kaum ins Gewicht fallen. Jede Entwicklungsstufe einer Stadt, ist durch ihre »Zeit« geprägt. Kritik am Vergangenen dient dem besseren Zukünftigen. Die bemerkenswerten Ergebnisse in Lohr sind ohne das Instrumentarium des Städtebauförderungsgesetzes (heute: des 2. Kapitels des Baugesetzbuches) wie auch der Möglichkeiten der Städtebauförderung undenkbar. Im Falle Lohr standen sie im richtigen Zeitpunkt zum Wohle der Stadt zur Verfügung.

Autoren

OTTO BORST ist Ordinarius für Landesgeschichte an der Universität Stuttgart und Herausgeber dieser Zeitschrift. Mitglied des Denkmalrats beim Regierungspräsidium Stuttgart seit 1978. Seine Abhandlung »Stadtplanung: Leitlinien aus der Geschichte?« (= Deutsche Akademie für Städtebau und Landesplanung, Berichte der Landesgruppe Niedersachsen-Bremen Bd. 9, 1987, S. 77–88) darf in gewisser Weise als Pendant zu seinem hier veröffentlichten Beitrag angesehen werden.

DIETRICH LUTZ, geb. 1939 in Aalen/Württ. Nach Studium der Geschichte und Archäologie in Mainz, Kiel und Würzburg Dissertation über »Die Inschriften der Stadt Rothenburg o. T.« (Dt. Inschriften 15/1976). Seit 1968 Mittelalterarchäologe bei der baden-württ. Denkmalpflege in Stuttgart und Karlsruhe. Grabungen in verschiedenen Siedlungen, Klöstern, Kirchen, Städten (u. a. Heidelberg und Marbach) sowie Burgen. Veröffentlichungen zu Grundfragen der archäologischen Denkmalpflege sowie zu den genannten Grabungen.

WALTER HAAS (1928) studierte 1948–1955 Architektur an der TH Stuttgart. Freier Mitarbeiter der Denkmalpflege Rheinland-Pfalz während der Restaurierung des Speyerer Domes 1958–1961. Danach Bauforschungsreferent im Bayerischen Landesamt für Denkmalpflege bis 1978. Seitdem Professor für Baugeschichte an der TH Darmstadt. Forschungsschwerpunkte sind Architektur des Mittelalters und historische Handwerkstechnik. Dazu zahlreiche Aufsätze und Buchveröffentlichungen.

WILHELM RIBHEGGE (1940) ist seit 1983 Professor für Geschichte, Zeitgeschichte und ihre Didaktik an der Universität Münster. In seiner umfassenden Studie über die »Systemfunktionen der Gemeinde« in der Kommunalgeschichte seit 1918 hat er sich einer auch in übrigen Forschungsbeiträgen traktierten Thematik angenommen. 1973 hat er die Biographie »August Winnig. Eine historische Persönlichkeitsanalyse« vorgelegt. Er habilitierte sich 1982 mit einer Studie »Frieden für Europa. Die Politik der deutschen Reichstagsmehrheit 1917/18«. 1985 erschien die »Geschichte der Universität Münster«, die erste Geschichte dieser Hochschule, zugleich eine Regional- und Ortsgeschichte, als Taschenbuch.

HANS PAUL BAHRDT, 1918 in Dresden geboren, hat in Göttingen und Heidelberg von 1945 bis 1952 studiert und im Fach Philosophie mit einer Arbeit über die »Freiheit des Menschen in der Geschichte bei J. G. Herder« promoviert. 1958 Habilitation in Mainz, 1959 Berufung an die TH Hannover, 1962 an die Universität Göttingen. Unter seinen Buchpublikationen und darunter denjenigen zur Stadtsoziologie wären vor allem die Bücher über »Die Moderne Großstadt« (1961) und »Humaner Städtebau« (1968) zu nennen. Hans Paul Bahrdt ist Mitherausgeber dieser Zeitschrift.

GERHARD KNOPP (1930). Von 1959 bis 1962 wiss. Assistent am Lehrstuhl für Städtebau und Landesplanung der TH München. Freier Architekt und Stadtplaner seit 1963. Erstellung Landes- und Regionalplanerischer Gutachten, darunter auch für die Stadt München. Seit 1972 Mitglied der Deutschen Akademie für Städtebau und Landesplanung.

Notizen

Umfrage zur Denkmalpflege

Die Denkmalpflege in den Städten ist nicht nur der Geschichtlichkeit des Denkmals, sondern der Geschichtlichkeit der Stadt verpflichtet. Zu ihren Aufgaben zählen daher über das einzelne Bau- und Denkmal hinaus sein Umfeld, das Ensemble, das Stadtviertel und die Stadt. Jeder, der mit aufgeschlossenem Blick durch unsere Städte und Gemeinden geht, erkennt die großen Leistungen der kommunalen Denkmalpflege, wengleich bisher quantifizierbare Aussagen fehlten. Bei der vorliegenden Umfrage handelt es sich um die erste empirische Erhebung zu den Aktivitäten und Leistungen der Denkmalpflege und des Denkmalschutzes in den Gemeinden.

Die Veröffentlichung stellt die Auswertung einer unter den Mitgliedsstädten des Deutschen Städtetages und unter den Mitgliedsgemeinden des Städte- und Gemeindebundes Nordrhein-Westfalen veranstalteten Umfrage dar, die auf Anregung des Deutschen Städtetages und mit Unterstützung des Deutschen Nationalkomitees für Denkmalschutz zustande gekommen ist. Das Deutsche Institut für Urbanistik hat die Erhebung wissenschaftlich beraten, ausgewertet und den Berichtsband erstellt. Der Deutsche Städtetag hat die Auswertung begleitet. Die Umfragedaten geben den Stand Mai – Dezember 1985 wieder. Angaben zu den finanziellen Leistungen beziehen sich auf das Jahr 1984.

Durch die schriftliche Befragung konnten interessante Aufschlüsse zu folgenden, für die kommunale Denkmalpflege relevanten Themenbereichen gewonnen werden:

- Gebiete von besonderem Geschichts- und Gestaltwert,
- schutzwürdige Stadtgrundrisse,
- Maßnahmen der Gemeinden in den Gebieten

- mit besonderem Geschichts- und Gestaltwert,
- Denkmalliste,
- finanzielle Leistungen der Gemeinden,
- Organisation der Denkmalpflege und des Denkmalschutzes in den Städten,
- kommunale Öffentlichkeitsarbeit,
- wichtige geförderte Objekte in den Gemeinden.

Besonders unter den Großstädten, aber auch bei vielen Mittel- und Kleinstädten fand die Befragungsaktion große Resonanz. Von 1024 angeschriebenen bundesdeutschen Städten und Gemeinden beteiligten sich 557; das entspricht einer Rücklaufquote von 54% (bei den Großstädten 87%).

Nach den Ergebnissen der Umfrage ist in 75% der Befragungsorte ein schutzwürdiger Stadt- oder Ortsteilgrundriß vorhanden. In 80% der befragten Gemeinden liegt eine Denkmalliste vor. 16% der Kommunen geben an, daß eine Denkmalliste in Vorbereitung sei. In 4% der Städte und Gemeinden – ausnahmslos Mittel- und Kleinstädte – liegt eine Denkmalliste noch nicht vor und ist auch nicht in Vorbereitung.

Wie in der bundesdeutschen Regionalentwicklung gibt es auch im Hinblick auf den Stand der Denkmalliste ein Süd-Nord-Gefälle. In den südlichen und westlichen Städten und Gemeinden der Bundesrepublik ist die Denkmalerfassung weiter fortgeschritten als in den nördlichen.

Auskünfte: C. P. Echter, Deutsches Institut für Urbanistik, Abt. Köln, Lindenallee 11, 5000 Köln 51.

Hessen: mehr Geld für den Denkmalschutz

Um rd. 40% auf 17,5 Mio DM sind die vorgesehenen Zuschüsse des Landes zur Erhaltung nichtstaatlicher Kulturdenkmäler in Hessen auf-

gestockt worden. Dr. Wolfgang Gerhardt, Minister für Wissenschaft und Kunst, sagte dazu, mit dieser bedeutenden Steigerung des Denkmal-Etats entspräche die Landesregierung einem steigenden Bedürfnis der Bevölkerung, der eigenen Geschichte gerecht zu werden. Altstadtsanierung und Dorferneuerung seien zudem eine wichtige Aufgabe für Bund, Länder und Gemeinden bis in das nächste Jahrtausend hinein. Hierbei müsse auch die in der Propstei Johannesberg geschaffene Möglichkeit der Fortbildung von Handwerkern, Bauherren und Denkmalpflegern noch viel stärker genutzt werden. Die hessische Denkmalpflege werde sich in Zukunft noch mehr als bisher auf die bauphysikalisch-technische Beratung durch das Fortbildungszentrum stützen. Die Landesregierung werde die Propstei Johannesberg künftig mit jährlich 250 000 DM zusätzlich bezuschussen, um ihr personell und sachlich die Wahrnehmung dieser Aufgaben zu ermöglichen.

Denkmalreichtum Altenburg

Die im Grundriß noch erhaltene große mittelalterliche Stadnanlage von Altenburg gehört zu den denkmalreichsten Orten der DDR. Insbesondere das Schloß mit Schloßkirche und St.-Bartholomäi-Kirche, südlichstes Beispiel romanischer Backsteinbauten aus der Zeit Kaiser Barbarossas, werden zur Zeit instandgesetzt. Dabei ist der über viele Jahrhunderte hin entstandene Schloßkomplex bereits seit den 70er Jahren ein Schwerpunkt denkmalpflegerischer Arbeit. Jetzt gewinnt der spätklassizistische Festsaal mit seiner kostbaren Ausmalung von Karl Mooßdorf, einem Schüler Moritz von Schwind, seine ursprüngliche Schönheit zurück. Im Frühjahr 1987 hatte ein Brand einen der ältesten Teile des Schlosses, die Junkerei, schwer in Mitleidenschaft gezogen. Bis Jahresende soll dieser Gebäudeteil durch ein neues Dach gesichert sein.

Denkmalstau

Ähnlich dem Freiburger oder Ulmer Münster wurde jetzt die Linach-Talsperre von der Frei-

burger Denkmalbehörde als Denkmal von nationaler Bedeutung eingestuft.

Der 1922 im südlichen Schwarzwald gebaute Staudamm veranschaulicht mit seiner Konstruktion der »aufgelösten« Mauer, wie zu Beginn der zwanziger Jahre, der wirtschaftlichen Not folgend, mit dem Werkstoff Beton experimentiert wurde und Konstruktionen entwickelt wurden, um bei sparsamstem Materialeinsatz die Bauaufgabe funktionsgerecht zu lösen.

Die stillgelegte Talsperre soll nun mit Geldern von Bund und Land saniert werden.

Reizthema: Tiefgaragen

Es seien in letzter Zeit durch Bau von Tiefgaragen »wertvolle Denkmäler mehr oder minder unkontrolliert zerstört« worden, klagt Dietrich Lutz, Oberkonservator des Karlsruher Landesdenkmalamts. Dies ließe sich am Beispiel Heidelberg besonders zeigen: Am Karlsplatz, am Kornmarkt, beim Neubau für die Erweiterung des kurpfälzischen Museums und nicht zuletzt beim unterirdischen Büchermagazin für die Universitätsbibliothek.

Zugeklappt hingegen bleiben einige Seiten des »unterirdischen Geschichtsbuches« der Stadt Ulm. Nach jahrelangem Streit über die geplante Tiefgarage am südlichen Münsterplatz wird auf diese jetzt verzichtet. Archäologen des Landesdenkmalamtes hatten der Stadtverwaltung vorgerechnet, daß sie vier Jahre bräuchten, um das unterirdische Geschichtsbuch auszugraben und zu dokumentieren. Das aber hätte den Baubeginn für das Stadthaus von Richard Meier auf dem Münsterplatz unzumutbar lange hinausgezögert.

Allein in Baden-Württemberg werden momentan mehr als 60 Tiefgaragen in historischen Stadtkernen geplant. Dabei sind in jedem Fall archäologische Schichten betroffen.

Riquewihl trägt schwer an seinem Alter

Das mittelalterliche Städtchen Riquewihl, inmitten der elsässischen Weinberge bei Colmar gelegen, trägt schwer an der Last seiner Jahre. Die Einwohner verlassen den einst schmucken Ort,

und von den 280 Häusern aus dem fünfzehnten bis siebzehnten Jahrhundert, die innerhalb der doppelten Stadtmauer stehen, haben mehr als hundert dringend eine Restaurierung nötig. Bei vierzig Häusern, in deren Mauern der Schwamm und in deren Balken der Holzwurm sitzt, sind größere Arbeiten geplant. Zwanzig weitere – architektonische Schmuckstücke mit Renaissance-Simsen und Torbogen aus rosa Sandstein – müssen einer Fassadenrestaurierung unterzogen werden. Die einst prächtigen Wohnsitze wohlhabender Bürger haben zudem weder moderne sanitäre Anlagen noch Heizungen.

Die kleine Stadt, die zur Zeit der Französischen Revolution etwa 4000 Familien zählte, hatte vor zwanzig Jahren noch 1200 Einwohner. Bei der letzten Zählung waren es nur noch 1050, von denen nur jeder Dritte innerhalb der alten Stadtmauern lebt. Jahr für Jahr wird Reichenweier dagegen von 1,5 Millionen Touristen überschwemmt, deren Andrang nicht ganz unschuldig an der Stadtfucht der Ortsansässigen ist.

Stadterneuerungsdichte

Baden-Württemberg besitzt nach den Worten von Innenminister Dietmar Schlee die größte Stadterneuerungsdichte in Deutschland. Dabei sei städtebauliche Erneuerung auch ein wirksamer Beitrag zur modernen Bodenschutzkonzeption, so der Minister anlässlich der Eröffnung des 10. Konstanzer Symposiums »Umwelt und urbanes Wohnen«. Derzeit gebe es nahezu 1000 Stadterneuerungsgebiete in 550 Städten und Gemeinden im Südwesten. 3,8 Milliarden Mark seien bereitgestellt worden. Nahezu alle Kommunen mit mehr als 10 000 Einwohnern seien in Landesprogrammen vertreten, und rund 40% aller an Stadterneuerung beteiligten Gemeinden hätten weniger als 10 000 Einwohner.

Städtetag für Beibehaltung der Gemeinnützigkeit

In einem einstimmigen Beschluß hat sich das Präsidium des Deutschen Städtetages am 11. November 1987 für die Beibehaltung der Gemeinnützigkeit ausgesprochen.

Die steuerliche Sonderstellung der gemeinnützigen Wohnungswirtschaft müsse erhalten bleiben. Die gemeinnützige Wohnungswirtschaft sei für die Versorgung, insbesondere benachteiligter und sozial schwacher Bevölkerungskreise, von jungen Familien, Kinderreichen, Alten und Behinderten unverzichtbar, heißt es in dem Präsidiumsbeschluß.

Der Städtetag hat seinen Beschluß den Finanz- und Wohnungsbauministern der Länder mitgeteilt und um Unterstützung gebeten.

Single-Haushalte

Nach Berechnungen des Statistischen Bundesamtes war 1985 von den 26,4 Millionen Haushalten mit 8,6 Millionen gut jeder dritte Haushalt ein Einpersonenhaushalt.

Noch 1970 lebte nur in jedem vierten Haushalt lediglich eine Person. War damals der Anteil der Frauen unter den Alleinlebenden 70 Prozent, so liegt er heute bei rund 65 Prozent. Deutlich zugenommen – von 8 auf 11 Prozent – hat der Anteil der unter 25jährigen Singles, während die Gruppe der über 65jährigen nach wie vor rund 40 Prozent der Alleinlebenden stellt. Die Alleinlebenden waren 1985 zumeist verwitwet (43 Prozent) oder ledig (39 Prozent), 12 Prozent waren geschieden und 6 Prozent getrenntlebend.

Die Kaufkraft wandert an den Rand der Städte

Die Anziehungskraft des grünen Rands der Städte als bevorzugtes Wohngebiet hat nach einer Untersuchung der Gesellschaft für Konsumforschung (GfK) zu bemerkenswerten Kaufkraftverlagerungen geführt. Laut einer GfK-Mitteilung, die in Nürnberg veröffentlicht wurde, dominieren in der »Rangliste des bundesdeutschen Wohlstandes« nicht mehr – wie noch vor einem Jahrzehnt – die großen Städte. Kleinere Gemeinden und Kreise mit exklusivem Wohnumfeld im Einzugsbereich der Ballungszentren haben sich an die Spitze geschoben. Bei einem mit 100 Punkten veranschlagten Bundesdurchschnitt der Kaufkraft pro Kopf erreicht der Kreis Starnberg bei München 135,2 Punkte. Auf den nächsten

Rängen folgen der Hochtaunuskreis bei Frankfurt mit 129,6 Punkten, Baden-Baden mit 128,5 Punkten, Stuttgart mit 124,0 Punkten und Düsseldorf mit 123,1 Punkten.

Kleinstadtleben

Daß es sich in kleinen und mittelgroßen Städten besser leben läßt als auf dem Land oder in der Großstadt, wird oft behauptet. Überprüft werden soll dieses Urteil bei einem Kolloquium im nordostenglischen Durham im März diesen Jahres. Mitorganisiert wird die Veranstaltung, der weitere folgen sollen, vom Europarat im Zuge der Kampagne für eine Renaissance der Stadt.

Lebendige Altstadt

Auch künftig will Tübingen an der seit 15 Jahren praktizierten Altstadtspolitik festhalten. In den Altstadtgebäuden soll oberhalb des Erdgeschosses nur die Nutzung der Häuser zum Wohnen zugelassen bleiben. Sinn dieser Regelung ist, eine Verödung der Innenstadt nach Feierabend zu verhindern durch die Gewährleistung einer ausreichenden Zahl von Bewohnern.

Der Gemeinderat der Stadt mußte sich jetzt erneut mit dem Bebauungsplan der Altstadt und mit einer von der Verwaltung beantragten Veränderungssperre dazu befassen. Auslöser war ein Antrag der Volkshochschule Tübingen, die in einem Altstadtgebäude einen Zweigbetrieb hatte einrichten wollen. Ein entsprechender Antrag war bereits in den zuständigen Ausschüssen gescheitert.

Höhere Honorare für Architekten

Die Honorare für freischaffende Architekten und Ingenieure sollen um 50 Prozent angehoben werden. Eine entsprechende Rechtsverordnung, die noch der Zustimmung des Bundesrates bedarf, soll am 1. April in Kraft treten. Bundesbauminister Oscar Schneider (CSU) meinte zur geplanten Anhebung der seit 1976 geltenden Honorarsätze, man müsse der Tatsache Rechnung tragen, daß die Probleme und Anforderungen in den Bereichen des Umweltschutzes, des Landschafts-

schutzes, der Stadterhaltung und des Denkmalschutzes ständig gewachsen seien. Eine angemessene Honorierung städtebaulicher Leistungen sei notwendig, damit die freischaffenden Architekten und Ingenieure weiterhin die erforderlichen Leistungen bringen könnten.

»Umwelt hat Geschichte«

Bundespräsident Richard von Weizsäcker überreichte am 13. Oktober 1987 in der Villa Hammerschmidt die fünf Ersten Preise im Schülerwettbewerb Deutsche Geschichte. »Umwelt hat Geschichte« lautete das Motto des Wettbewerbs, den die Hamburger Körber-Stiftung für Jugendliche zwischen 11 und 21 Jahren ausgeschrieben hatte. Aufgabe war es, die Lokalgeschichte von Umweltveränderungen und -problemen der letzten 200 Jahre zu erforschen. Die über 5000 Wettbewerbsteilnehmer haben Pionierarbeit geleistet – nicht nur für die Geschichte, sondern auch für die aktuelle Umweltdiskussion. Wissenschaft und Unterricht hatten sich mit diesem Thema bislang nicht beschäftigt. Mehr als die Hälfte aller Teilnehmer wird für ihre bemerkenswerten Einzel- und Gruppenarbeiten mit einem der 410 Preise im Gesamtwert von 250 000 DM ausgezeichnet. Die Jury bewertet den Wettbewerb als »außerordentlich erfolgreiche Initialzündung«. Die Ergebnisse und Erfahrungen bei der ersten umwelthistorischen Spurensuche seien für Geschichtswissenschaft, Unterricht und Umwelterziehung eine »unschätzbare Fundgrube«.

Veranstaltungen, Kongresse, Fortbildungen Kongreß über Altlastensanierung in Hamburg

Vom 11. bis 15. April 1988 findet im Hamburger Congress Centrum ein Altlastenkongreß statt. Beteiligt sind die niederländische Organisation für angewandte naturwissenschaftliche Forschung (TNO), die Umweltbehörde Hamburgs, das Bundesministerium für Forschung und Technologie (BMFT), das Umweltbundesamt, die Technische Universität Hamburg-Harburg und das Niederländische Ministerium für Wohnungswesen, Raumordnung und Umwelt.

Der Kongreß soll einen Überblick über die gegenwärtige Situation und die neuesten Entwicklungen auf dem Gebiet der Sanierungsverfahren und des Bodenschutzes geben und den internationalen Informationsaustausch zwischen allen Beteiligten fördern. Der Kongreß richtet sich insbesondere an Behörden, Forschungsinstitute, die Industrie und Organisationen, die sich mit der Erfassung und Sanierung kontaminierter Standorte befassen. Die Teilnahmegebühr beträgt 350 Mark. Anmeldeschluß ist der 1. März 1988. Kongreßunterlagen bei: TNO Corporate Communication Departement, P.O. Box 297, 2501 BD Den Haag, Niederlande.

4. Internationaler Kongreß für Denkmalschutz 1989 in Toronto

Zum 4. Mal bereitet der Heritage Trust, London, einen weltweiten Kongreß für Denkmalschutz vor. Er soll vom 23.–26. Mai 1989 in Toronto stattfinden unter dem Motto »Denkmalschutz und Industrieentwicklung«. Drei Sektionen sind vorgesehen. Für die Sektion A zum Thema »Industrieansiedlung und Auswirkungen auf die Umgebung« ist England federführend. Die Leitung der Sektion B »Erhaltung der gebauten Umwelt in Industriegebieten« hat die Bundesrepublik Deutschland übernommen. Sie wird erste Zwischenergebnisse der Forschungen zur Denkmalerhaltung, insbesondere der Steinkon-

servierung, vorstellen. Die Sektion C wird von Kanada betreut und gilt der »Wasserverschmutzung und Schutz der natürlichen Umwelt.

Aus dem Seminarprogramm des Deutschen Instituts für Urbanistik

EDV in der Stadtplanung, vom 21. 3.–25. 3. 1988; Stadtgestaltung und Stadtentwicklung. Das neue Ansehen der Stadt, vom 25. 4. bis 29. 4. 1988; Stadtverträgliche Verkehrspolitik, vom 2. 5.–5. 5. 1988; Kommunale »Außenpolitik«. Zur Auslandsarbeit der Gemeinden, vom 29. 5.–31. 5. 1988.

Anforderung von Programmen, Anfragen und Anmeldungen an: Deutsches Institut für Urbanistik, Straße des 17. Juni 110, Postfach 12 62 44, 1000 Berlin 12.

Ausbildung: Raumtherapeut

Für Architekten, Bautechniker, Bauhandwerker, Farbgestalter, Möbelschreiner und Studenten beginnt im Sommer 1988 ein Menschenkundliches Studienseminar auf goetheanistischer und geisteswissenschaftlicher Basis mit Ausbildung zum Raumtherapeuten im Bereich von Schulen, Sonderschulen, Schulheimen, Krankenhäusern, Arbeitsräumen wie Computerarbeitsräumen etc.

Anfragen an: Studienwerk für goetheanistische Kunst und Wissenschaft, Inselstraße 8, D-7815 Kirchzarten 2.

Besprechungen

PETER BROWN, *Die letzten Heiden. Eine kleine Geschichte der Spätantike. Vorwort von P. Veyne. Aus dem Englischen übersetzt von H. Fliessbach (Originalausgabe mit dem Titel »The Making of Late Antiquity«, Cambridge/Mass. und London 1978), Berlin: Klaus Wagenbach 1986, 160 S., DM 29,80.*

Das Buch, das hier zu besprechen ist, nennt sein Verf. selbst ein »Essay über die Natur jener Veränderungen, die sich in der Zeit zwischen Marc Aurel und Constantin vollzogen haben« (19). Anlaß dazu war ihm der Verdruß über die gängigen Anschauungen vom allgemeinen Niedergang der Welt der hohen Kaiserzeit, über den die Menschheit geradezu zwangsläufig in die von Neuplatonismus und Christentum geprägte Erlösung hineindrängte. Sein Anliegen ist es, der Welt der Soldatenkaiser ihre Eigenart zu belassen, sie also nicht als Krise oder Verfall abzustempeln und damit als Abklang oder Vorstufe zu entwerten. Infolgedessen sieht er auch den Wandel, der in die spätantike Zivilisation führt, nicht in einer Errettung aus wirtschaftlichen, finanziellen, politischen und militärischen Katastrophen, sondern in einer bemerkenswerten Ablösung verschiedener Stile der sozialen Beziehungen (vgl. die Einleitung des Verfassers und das Vorwort von P. Veyne, 7–30).

Vier Themenkreise sind es, mit deren Hilfe der Verf. diesen Wandel verdeutlicht. Er befaßt sich im Kapitel »Disput um das Heilige« (31–58) mit den »Vorstellungen der Menschen darüber, wo diese »göttliche Macht« auf Erden zu finden sei und unter welchen Bedingungen man Zugang zu ihr erlangte« (43). Er zeigt hier, wie sich der Welt des 3. und 4. Jhs. die göttliche Macht mit Vorliebe in wenigen Auserwählten offenbarte, etwa in der Realität eines Johannes von Lykopolis und

eines Simeon Stylites, oder in der literarischen Gestaltung der Acta Martyrorum wie auch der biographischen Verklärung einer vita Isidori des Damaskios.

Das Kapitel »Zeitalter der Ambition« (59–86) gilt der Kritik an der These, mit der J. Geffcken den »Ausgang des griechisch-römischen Heldentums« auf das Jahr 260 fixiert hat, und zwar aufgrund der Beobachtung, daß heidnische Kultinschriften zuvor sehr häufig anzutreffen sind, danach aber – von einer kurzen Renaissance unter den Tetrarchen abgesehen – schließlich ganz ausbleiben.

Der Verf. beobachtet hierin vielmehr einen Stilwandel religiöser Ausdrucksformen – weg von der inschriftlichen Dokumentation religiöser Munifizen, die einen Ausgleich für überbordenden Reichtum und Einfluß bedeutete, hin zu einer »entfesselten Ellbogengesellschaft«, die an die Stelle solcher Ausgleichsmechanismen die offene Ambition setzte. – »Der Aufstieg der christlichen Kirche im späten zweiten und im dritten Jahrhundert« soll im dritten Kapitel (87–114) seine Erklärung finden. Auf dem Boden der allgemeinen Empfänglichkeit spätantiker Religiosität für intensive Beziehungen zu einem Jenseits (etwa über den Schutzengel/daimon/comes/genius) empfiehlt sich der Christ durch seine besonders positive Sicht der jenseitigen Welt; der daraus resultierende Optimismus verlieh den Christen ihre heitere Unerschütterlichkeit, mit der sie Aufsehen erregten und ihrem Glauben immer neue Freunde gewannen. – Ein weiterer Schlüssel zum Verständnis der Spätantike ist dem Verf. die Askese der ägyptischen Mönche; aus ihrer Reihe hebt er als besonders illustre Beispiele den Großen Antonius (251–356 v. Chr.) und Pamochos (292–346 v. Chr.) hervor. In diesem vierten Kapitel (115–138) wird vor der Folie der heidnischen Religiosität, der

das Übermenschliche grundsätzlich und allgemein zugänglich war, die typisch christliche Einstellung zum Göttlichen deutlich, das außerhalb der götterlosen Welt verharret und von den neuen Heroen, den christlichen Heiligen (epigeios theos), den Menschen vermittelt wird.

Von dem Eigenwert der spätantiken Kultur kann der Verf. tatsächlich überzeugen, selbst wenn die bekämpften Positionen längst nicht mehr so einmütig, so zweifelsfrei, so unkorrigiert vertreten werden, wie dies P. Veyne oder auch der Verf. glauben machen möchten. Immerhin fehlt eine umfassende Darstellung der Spätantike, die der hier verfochtenen Position voll Rechnung trägt – und so lange wird man dem Verf. dankbar sein für dieses anregende und bemerkenswerte Essay.

Stuttgart

Eckart Olshausen

THURI LORENZ, *Römische Städte (Grundzüge Bd. 66), Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft 1987, X, 206 S., 39 Abb., kart. DM 36,- (Mitgl. DM 27,-)*.

Das Phänomen »Stadt« ist, wie bereits ein oberflächlicher Blick in die Liste wissenschaftlicher Publikationen lehrt, gerade in jüngster Zeit wieder zu einem zentralen Thema in der Altertumswissenschaft geworden. Dieses wiedererwachte Interesse gründet zum einen auf der Erkenntnis, daß die Stadt – sieht man von zeitlich oder regional bedingten Sonderentwicklungen ab – stets Zentrum des politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens in der Antike gewesen ist. Zum anderen kann man die antike Welt geradezu als eine Welt der Städte bezeichnen: Die griechisch-römische Welt jedenfalls war, wie M. I. Finley einmal betont hat, stärker urbanisiert als irgendeine andere Gesellschaftsordnung vor der Neuzeit. Den Voraussetzungen, Bedingungen und Folgen des für die Antike so charakteristischen Städtewesens intensiv nachzugehen, ist daher in der Forschung ein primäres Anliegen geworden. Förderlich hat sich dabei auf die antike Stadtforschung das Zusammenwirken verschiedener Disziplinen ausgewirkt. So haben nicht

allein Archäologen und Althistoriker, sondern auch Geographen, Rechtshistoriker und Sozialwissenschaftler der Diskussion um die antike Stadt durch neue Fragestellungen und Forschungsmethoden ein weites Feld neuer Perspektiven eröffnet.

Neben vielen Einzeluntersuchungen (sei es zu bestimmten Städten, sei es zu übergreifenden Aspekten des Themas Stadt) sind zuletzt einige Arbeiten erschienen, deren Zielsetzung angesichts der Fülle neuer Erkenntnisse grundsätzlich zu begrüßen ist, nämlich dem allgemeinen Bedürfnis nach Aufarbeitung und übersichtlicher Vermittlung des inzwischen Erreichten Rechnung zu tragen. Hervorzuheben ist in diesem Zusammenhang etwa das 1984 erschienene Buch von Frank Kolb »Die Stadt im Altertum«, ein großangelegter Versuch, die vielfältigen Aspekte städtischen Lebens vom Alten Orient bis in die römische Kaiserzeit hinein zu erfassen. Bescheidener, jedoch nicht weniger verdienstvoll, ist das Anliegen des hier vorzustellenden Buches des Grazer Archäologen Thuri Lorenz: Nicht »der« antiken Stadt, sondern den römischen Städten gilt sein Interesse. Wer hinter dem lapidaren Titel »Römische Städte« die bloße Aneinanderreihung einzelner »wichtiger« oder besonders gut dokumentierter Städte wie z. B. Pompeji oder Herculaneum vermutet, wird positiv überrascht: Dem Verfasser geht es vielmehr um eine systematisch angelegte und dabei sowohl historisch als auch archäologisch orientierte Durchdringung des Phänomens »Römische Stadt« vom 4. Jh. v. Chr. bis in die Spätantike, geleitet von dem Gedanken, »eine einheitliche Linie durch die komplexe römische Städtethematik« zu legen (X).

Das Buch ist in fünf Hauptabschnitte gegliedert. Im 1. Kapitel (1–47) läßt der Autor – z. T. überflüssig lang – antike Schriftsteller zu Wort kommen, die sich zum Thema Stadt und da insbesondere zu geographischer Lage, Gründungsriten, Bauten geäußert haben (Platon, Aristoteles, Polybios, Cicero, Vitruv). Spezielle Punkte wie Pomerium, Groma, Decumanus und Cardo werden herausgegriffen und kommentiert. Nützlich ist hier die Übersicht über die verschiedenen lateinischen Bezeichnungen für

»Stadt« und ihre jeweiligen Bedeutungen. Während Begriffe wie »urbs« und »oppidum« die Stadt als architektonisches Gefüge charakterisieren, stellen, so hebt der Verfasser zurecht hervor, »colonia« und »municipium« juristische Termini dar, die über die äußere Form und Gestalt der Stadt nichts aussagen. Der 2. Abschnitt (48–69) ist den Voraussetzungen für bzw. Einflüssen auf die römische Stadtanlage gewidmet (insbesondere Etrusker, Griechen, Phönizier, das römische Militärlager). Einem knappen, aber inhaltsreichen Überblick über die Geschichte des römischen Städtewesens in Italien und den Provinzen (70–83) folgt im 4. Kapitel eine Darstellung der – in drei Phasen geteilten – Entwicklung des römischen Stadtplans, die der Verfasser anhand zahlreicher konkreter Beispiele von Städten im römischen Italien verdeutlicht (84–124). Im 5. Abschnitt (125–176) wird das Augenmerk auf die Urbanisierung der Provinzen im Norden und Westen des Reiches (im wesentlichen Spanien, Gallien, Germanien, Britannien) gelenkt. Neben der Beschreibung einzelner typischer Stadtanlagen diskutiert der Autor hier eine Fülle von Einzelfragen wie insbesondere Stadtbefestigung und Straßenbau.

Was das Buch vor allem auszeichnet, ist die durchdachte Konzeption und die klare Strukturierung. Die Gründung von Städten bzw. die Ansiedlung von römischen Bürgern in bestehenden Städten war für den römischen Staat, das ist bekannt, vor allem ein Mittel zur Herrschaftssicherung und zur Kontrolle der eroberten Räume. Als »Vorposten des Reiches« (Cicero) und als Verwaltungsmittelpunkte sollten diese Städte die Botmäßigkeit der Landbevölkerung gewährleisten und zugleich zur Integration der lokalen Eliten beitragen. In der späten Republik und vor allem in der frühen Kaiserzeit kam das sozialpolitische Motiv hinzu, ehemaligen Soldaten sowie Proletariern aus der Hauptstadt Siedlungsplätze zu geben. Auf diese Weise entstanden in Italien, seit Caesar und Augustus auch in den Provinzen, zahlreiche römische Städte, bis in der Mitte des 2. Jahrhunderts n. Chr. die Urbanisierung des Reiches so gut wie abgeschlossen war. Das methodisch äußerst gelungene und durchaus originelle Verfahren des Verfassers besteht darin, daß

er die Geschichte der römischen Stadtgründungen entsprechend der Expansion des Reiches in verschiedene Phasen aufteilt und damit den historischen Kontext erhellt, in den die einzelnen Gründungen gehören. Die von ihm vorgeführten Städte stehen deshalb nicht isoliert und separiert da; wie sie in ihrer Entstehung jeweils eine bestimmte Phase der römischen Machtausdehnung repräsentieren, so spiegeln sie in der Art der Stadtanlage jeweils ein bestimmtes Stadium planerischen Gestaltungsvermögens der Römer wider. Diesem letzten Aspekt – Stadtanlage und Stadtplanung – gilt im übrigen das Hauptaugenmerk des Verfassers. Entgegen zuweilen geäußerten Auffassungen kann er dabei nachweisen, daß der Grundtyp römischer Stadtanlage mit dem Netz sich rechtwinklig kreuzender Straßen nicht schon von Anfang an da war, sondern sich erst allmählich (Beispiel Ariminum-Rimini 268 v. Chr., S. 72) herausgebildet hat. Seit dem 2. Jahrhundert v. Chr. kommt es dann, zuerst in den Städten des Ostens, dann auch im Westen, zur monumentalen und repräsentativen Ausgestaltung der Städte, ganz nach dem Vorbild der Hauptstadt Rom, eine Entwicklung, die in der römischen Kaiserzeit ihren Höhepunkt erreicht. Nordafrikanische Städte wie Leptis Magna oder Thamugadi dokumentieren diesen Vorgang noch heute in eindrucksvoller Weise.

Methodisch sinnvoll ist auch das vom Autor gewählte Verfahren, die römische Urbanisierung vor allem anhand der Städte in den Provinzen des Nordens und des Westens vorzuführen, trafen die Römer hier doch, anders als im schon in vorrömischer Zeit stark urbanisierten Osten, auf Regionen, in denen bis dahin städtische Zentren kaum existierten. Gerade in Gallien und Britannien konnte sich römischer Gestaltungswille rein und originär verwirklichen, hier lassen sich die Prinzipien und Eigenarten römischer Stadtgestaltung quasi in nuce nachvollziehen. In diesem Zusammenhang vernachlässigt der Verfasser auch nicht die im 3. Jahrhundert n. Chr. in den Städten der Grenzprovinzen vorgenommenen baulichen Veränderungen, als die militärische Situation zunehmend unsicherer geworden war und man die Städte nun, auf reduziertem Areal, mit starken Mauern umgab.

Bei aller Stringenz und konzeptionellen Originalität hat das Buch freilich auch seine Schwächen. Diese liegen vor allem in der Tatsache begründet, daß das Thema »Römische Städte« eine Vielzahl von Gesichtspunkten beinhaltet, die der Autor (sei es aus Platzgründen, sei es aufgrund seines primär archäologischen Interesses) entweder nur kurz umrissen oder ganz weggelassen hat. Hier seien bloß zwei Punkte genannt, die eine gründlichere Erörterung verdient gehabt hätten.

Erstens ist es bedauerlich, daß der Verfasser – unter Hinweis auf divergierende Aussagen in modernen Lexika (!) – ausdrücklich auf eine Definition dessen verzichtet, was er unter »Stadt« eigentlich versteht. Statt dessen läßt er antike Schriftsteller zu Wort kommen, um dann feststellen zu müssen, daß diese ebenfalls keine klare Definition bieten. Dies kann nicht verwundern: Mit Platon, Aristoteles oder Cicero sind gewissermaßen die falschen Zeugen befragt, sie argumentieren im Hinblick auf »Stadt« vor allem in ethischen oder philosophischen Kategorien. Der Verfasser spricht also durchweg von römischen »Städten«, ohne sich über den Bedeutungsinhalt des Begriffs »Stadt« vergewissert zu haben.

»Römische Städte« sind für ihn (abgesehen von den sog. *canabae legionis*, den Legionsvorstädten) alle von Rom aus gegründeten oder besiedelten Orte in Italien und den Provinzen, die nach einem bestimmten Stadtplan angelegt waren. Zur näheren Bestimmung des städtischen Charakters wäre es sicher hilfreich gewesen, Kriterien der modernen Stadtforschung wie Zentralortfunktion, Bevölkerungskumulation, berufliche Spezialisierung und soziale Differenzierung in die Überlegungen mit einzubeziehen. Auch der Weg, von der Vorstellung des antiken Menschen auszugehen, kann weiterführen, wenn man sich nicht allein auf die Schriftsteller stützt, sondern mehr noch die faktische architektonische Gestaltung von Städten in Betracht zieht. Für Griechen und Römer gehörte zu »Stadt« jedenfalls ein gewisser zivilisatorischer Standard, der seinen sichtbarsten Ausdruck in typisch urbanen Bauten wie Markt, Tempel, Theater, Gymnasium, Thermen fand (siehe dazu auch die bekannte Aussage des Pausanias 10,4,1). Vor dem Hinter-

grund solcher Überlegungen hätte der Verfasser nicht nur das »Römische«, sondern auch das »Städtische« an den von ihm behandelten Orten schärfer fassen können.

Ein zweiter Kritikpunkt betrifft die vom Autor arg vernachlässigte städtische Bevölkerung. Der äußerst knappe Abschnitt »Bevölkerungsfragen« (170–172) wird der Fülle der damit zusammenhängenden Fragen in keiner Weise gerecht. Statt pauschaler Formulierungen (»Die Menschen wurden nach ihrem rechtlichen Status beurteilt und verhielten sich auch danach«, S. 170) wären Aussagen zur sozialen Zusammensetzung, zum urbanen Leben, zu den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Aktivitäten sinnvoller gewesen – Bereiche, über die wir vor allem durch Inschriften inzwischen recht gut informiert sind. Auch Fragen wie der Erfolg der Romanisierung mittels Städtepolitik oder das Verhältnis zwischen Stadt- und Landbevölkerung hätten hier durchaus ihren Platz gehabt. Das diesbezügliche Schweigen des Verfassers läßt die römischen Städte als leblose Plankonstruktionen, nicht aber als die vitalen Zentren menschlichen Zusammenlebens, die sie waren, erscheinen.

Diese Einwände können den positiven Gesamteindruck jedoch nicht gravierend beeinträchtigen. Das Buch ist (von gewissen stilistischen Nachlässigkeiten und gelegentlichen plakativen Wendungen abgesehen) sorgfältig gearbeitet, der Stoff verständlich und übersichtlich dargestellt. Planskizzen einzelner Städte veranschaulichen die Ausführungen im Text, eine umfangreiche Bibliographie (mit Spezialliteratur zu den behandelten Städten) gibt Anregungen zur Weiterarbeit, ein differenzierter Index erleichtert den Umgang mit dem Buch. Das Werk vermittelt zwar nicht viele neue Erkenntnisse im einzelnen, bietet jedoch eine komprimierte Zusammenschau eines komplexen Phänomens. Jedem, der die historischen Voraussetzungen römischer Urbanisation kennenlernen und die Entwicklung des römischen Stadtplans nachvollziehen möchte, wird dieses Buch in Zukunft eine wichtige Informationsquelle und Orientierungshilfe sein.

Stuttgart

Holger Sonnabend

SIEGFRIED MÜLLER, *Leben im alten Hannover. Kulturbilder einer deutschen Stadt, Hannover: Schlütersche Verlagsanstalt 1986. 168 S.*

Ein recht gelungenes Buch gilt es hier anzudeuten. Der Verfasser zeichnet auf knappem Raum ein lebendiges Bild des Lebens in einer größeren landesfürstlichen Stadt, die ein erstaunlich hohes Maß an Autonomie und Selbstverwaltung besaß, ehe sie 1636 Sitz der Calenberger Linie der Welfen und damit sogar namengebende Residenzstadt für Land und Dynastie wurde.

Der Verfasser gliedert seinen Stoff in zwei große Bereiche: zum einen die politische Ordnung und soziale Gliederung und zum anderen die Lebensbedingungen und Lebensformen. Entschieden zu kurz kommt der kirchlich-sakrale Bereich – vermutlich will oder darf der Verfasser hier eigenen Forschungsergebnissen nicht zu viel vorgreifen.

Das Buch bemüht sich sehr um eine verständliche Sprache und hält die rechte Mitte zwischen allgemeinen, der Forschungsliteratur entnommenen Hinweisen und buntem, auch original zitiertem Lokalkolorit. Die Auswahl der Bilder ist im allgemeinen gelungen, auch wenn es sehr viele Schriftproben geworden sind. Hervorhebung verdienen auch die zwar etwas schwer zu findenden Anmerkungen, das Literaturverzeichnis, das Register, das sehr gediegene Layout und die Qualität von Druck und Papier.

Esslingen

Rainer Jooß

HORST MATZERATH, *Urbanisierung in Preußen 1815–1914 (Schriften des Deutschen Instituts für Urbanistik, Bd. 72), Stuttgart: Kohlhammer/Deutscher Gemeindeverlag 1985, 453 S., Tab., 5 Karten im Schubert, 58,- DM.*

Matzerath ist als Kenner der neueren Stadtgeschichtsforschung hinlänglich ausgewiesen. Er bereichert mit dem vorliegenden Buch, einer Berliner (FU) Habilitationsschrift, diese noch junge

historische Disziplin um eine Arbeit, die mit Sicherheit in Zukunft zu deren Standardwerken zählen wird.

Der Verf. hebt in seinem Buch das Phänomen der Urbanisierung aus dem Gesamtzusammenhang des Modernisierungsprozesses hervor und verdeutlicht deren vielschichtige Aspekte am preußischen Beispiel. Er entwickelt keine explizite Theorie der Urbanisierung, umreißt stattdessen mit seiner empiristisch-quantitativen Methode den Gegenstand, indem er ihn in verschiedene Teilprozesse auflöst, die zusammengenommen den Signifikanzbereich erschließen und verdeutlichen. Das so gewonnene Gesamtbild setzt sich aus sieben Faktoren zusammen: aus Kommunalverfassung und Stadtsystem, aus dem städtischen Bevölkerungswachstum, dem von der Wirtschaftsentwicklung gesteuerten Städtewandel, dem Wachstum des städtischen Siedlungskörpers, der Veränderung der städtischen Gesellschaft, dem Ausbau der städtischen Einrichtungen und dem Wachstum der kommunalen Verwaltung. Matzerath unterteilt seine Langzeitanalysen in drei Zeitebenen. Diese Periodisierung orientiert sich an den Industrialisierungsphasen, indem sie 1840 und 1870 die Schnittpunkte ansetzt, welche die Vor- von der Frühindustrialisierung und diese von der Hochindustrialisierung trennen. Der Autor, der zwar einen engen Zusammenhang von Urbanisierung und Industrialisierung konstatiert, weist jedoch zu Recht darauf hin, daß die Urbanisierung einen eigenständigen Prozeß darstellt.

Die erste, von 1815 bis 1840 reichende Periode ließ noch keine einschneidenden Veränderungen erkennen, die den Urbanisierungsbegriff rechtfertigen würden. Die sieben Teilprozesse befanden sich in dieser Reform- und Nachreformzeit gewissermaßen in einer Latenzphase. In der zweiten, von 1840 bis 1870 angesetzten Periode, vollzog sich in dem die Urbanisierung vorwiegend bestimmenden Prozeß des Bevölkerungswachstums ein bemerkenswerter Umschwung: in den Städten wirkte es sich nämlich entschieden schneller als auf dem Lande aus. Dieser Umschwung war vor allem ökonomisch bedingt, denn die aufstrebende Textil-, Schwer- und Maschinenbauindustrie bevorzugte die

Städte vor den ländlichen Regionen als Standorte. Jene begannen, ihren Siedlungsraum z. T. schon recht erheblich zu erweitern, mußten dabei jedoch, da ein ausreichendes Städtebaurecht noch fehlte, einen gewissen Wildwuchs in Kauf nehmen. Unter diesen Voraussetzungen änderte sich auch die städtische Sozialstruktur, in der das entstehende Industrieproletariat und das zahlenmäßig geringe Industriebürgertum eine zunehmend wichtigere Rolle spielten. Zwangsläufig vermehrte sich die Aktivität der Stadtverwaltungen, die im Versorgungsbereich initiativ wurden, ohne daß aber schon von einer zukunftsorientierten Kommunalpolitik die Rede sein konnte.

Für die dritte, von 1871 bis 1914 dauernde Periode, treten, wie Matzerath feststellt, definitive Unsicherheiten auf, angesichts bevölkerungsreicher industrieller Landgemeinden den Begriff der Stadt eindeutig festzulegen, mit dem statistisch alle Gemeinden über 2000 Einwohner bezeichnet wurden (hilfreich: die 1887 eingeführte Kategorie Großstadt für alle Orte über 100 000 Einwohner). Die Verleihung der StO wurde schließlich zum entscheidenden Kriterium für die Anerkennung als Stadt. Kennzeichen dieser dritten Urbanisierungsphase war die Verstärkung der Bevölkerung im Staate – bis zum Ersten Weltkrieg wohnten fast zwei Drittel der Einwohner Preußens in Städten –, das Großstadtwachstum sowie die Bildung industrieller Agglomerationen. Das städtische Wachstum war allerdings nicht allein der Industrie zu verdanken, sondern auch schon dem tertiären Sektor. Der Siedlungskörper verdichtete sich, wuchs bereits in starkem Ausmaß über die kommunalen Gemarkungsgrenzen hinaus und teilte sich binnenstrukturell in unterschiedliche Nutzungsflächen oder Stadtquartiere. Als eine Konsequenz dieser Entwicklung machte sich der Ausbau der Leistungsverwaltung bemerkbar, als eine weitere die zunehmende Schuldenwirtschaft der Städte und schließlich, bedingt durch die Aufgabenexpansion, die Vollendung des Bürokratisierungsprozesses in der Kommunalverwaltung.

Münster

Wolfgang R. Krabbe

BERND WALTER, *Die Beamtenschaft in Münster zwischen ständischer und bürgerlicher Gesellschaft. Eine personengeschichtliche Studie zur staatlichen und kommunalen Beamtenschaft in Westfalen 1800–1850 (Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Westfalen XXII A: Geschichtliche Arbeiten zur westf. Landesforschung. Wirtschafts- u. sozialgeschichtl. Gruppe Bd. 3), Münster: Aschendorff 1987, XII u. 588 Seiten, Tabellen u. Diagramme, kart. DM 118,-.*

Nachdem in zwei gewichtigen Vorleistungen Monika Lahrkamp (Münster in napoleonischer Zeit, Münster 1976) die politisch-gesellschaftlichen Veränderungen in Münster und Heinz Reif (Westfälischer Adel 1760–1860, Göttingen 1979) den Funktionswandel des münsterschen Adels während des späten 18. und frühen 19. Jhs. untersucht hatten, versucht Walter in dem vorliegenden Buch, einer von K. G. Faber angeregten Münsteraner Diss., diesen Gegenstandsbereich mit einer Studie zu erweitern, welche die analogen Wandlungen in der staatlichen und kommunalen Beamtenschaft verfolgt. Der Aspekt ist notgedrungen eng, lohnt aber eine intensive Forschungsarbeit, die vom Verf. auch sehr sorgfältig und methodisch versiert (computergestützt) unternommen wurde.

Als nach dem Wiener Kongreß die Provinz Westfalen eingerichtet wurde, rekrutierte der preußische Staat drei Viertel der in der Provinzhauptstadt residierenden höheren wie der Subaltern-Beamten aus der einst fürstbischöflich-münsterschen und der preußischen Bürokratie seiner früheren Westprovinzen. Die Spitzen der Verwaltungs- und Justizbehörden wurden indes mit preußischen Beamten der Kernlande besetzt. Damit realisierte Hardenberg – wie Walter wohl zu Recht vermutet – die preußischen Souveränitäts- und Zentralisierungsansprüche. Innerhalb der Beamtenschaft klappte eine erhebliche Diskrepanz zwischen der Gruppe einheimischer und der altpreußischer Herkunft, die vor allem auf den Konfessionsunterschieden beruhte. Von der sozialen Herkunft wie vom Ausbildungsniveau her war diese Bürokratie nämlich recht homo-

gen. In der fürstbischöflichen Beamtenschaft hatten sich die bürgerlichen (später z. T. nobilitierten) Kräfte gegenüber den altadligen durchgesetzt, weil sie ein juristisches oder kameralistisches Universitätsstudium absolviert hatten; sie wurden schon bei der ersten preußischen Annexion 1802 von den neuen Machthabern übernommen. Auch die altpreußischen Beamten, die zuvor in den niederrheinisch-westfälischen Provinzialbehörden gearbeitet hatten, entstammten mehrheitlich einheimischen Bürgerfamilien, und die von Adel waren ebenfalls zur Hälfte nach dem Indigenatsprinzip berufen worden. Sie erhoben sich jedoch über ihre Kollegen aus fürstbischöflich-münsterschen Diensten, welche sich wiederum von ihnen abkapselten und sich gesellschaftlich (auch durch Heirat) mit den altständischen Familien ihrer Herkunftsregion verbanden. In der münsterschen Stadtverwaltung dominierten auch diese bürgerlichen Räte seit dem 18. Jh. Erst nach Bildung der Provinz Westfalen, als sie in der Staatsverwaltung vermehrte Karriereöglichkeiten fanden, löste sie die Gruppe der Kaufleute in der Dominanz ab; deren obere Schicht verband sich nun mit dem Geschlechterkreis der einst fürstbischöflichen Beamtenfamilien.

Von einigen kleineren Irrtümern, die dem Verf. bei der Darstellung seines Stoffes unterlaufen sind, seien zwei etwas schwerer wiegende korrigiert: 1. Der Stadtkreis Münster war bis 1875 vom Promenadenring umgrenzt; die davor liegenden Ländereien gehörten zu den die Stadt umschließenden Landgemeinden St. Mauritz, Überwasser und Lamberti und damit zum Landkreis (nicht Stadtkreis!) Münster (S. 51 u. a.). 2. Aufgrund des Verfassungsversprechens Friedrich Wilhelms III. erwarteten die liberalen bürgerlichen Kreise nach 1815 keine Provinzialstände, sondern gesamtpreußische »Reichsstände« (S. 143).

Walter bettet seinen Gedankengang, der auf überzeugenden Analysen des gewonnenen Datenmaterials beruht, geschickt in den politisch-gesellschaftlichen Rahmen der Zeit ein, der von den anfangs genannten und anderen Autoren abgesteckt wurde. Die handbuchartigen Ausführungen hätten jedoch etwas gekürzt werden kön-

nen. Völlig überflüssig erscheint es mir jedoch, daß die Hrsg. 135 Seiten des Buches mit der Aufarbeitung von Walters Datensatz füllen ließen. Die Historische Kommission für Westfalen hätte den stattlichen Preis dieses Buches verringern können, wenn sie nicht der immer stärker um sich greifenden Mode gefolgt wäre, die mühsam erstellten Computerauszüge mit abzudrucken, welche bloße Grundlage des Buchtextes sind. Man sollte sie lieber dem meist frequentierten Archiv zur Verfügung stellen; Interessenten, die sie weiter auswerten möchten, könnten sie auch dort einsehen. Die Kurzbiographien der Kommunal- und Staatsbeamten auf den Seiten 382–483 – ebenfalls Bestandteil des überdimensionierten Anhangs – erfüllen schon den Zweck, den die EDV-erstellten Tabellen und Graphiken befriedigen sollen.

Man kann insgesamt festhalten, daß der Verf. mit seiner ausführlichen und abgewogenen Beschreibung der Herrschaftswchsel von 1802 und 1815 Erkenntnisse vermittelt, die auch dem Kenner der Geschichte Münsters zu Beginn des 19. Jhs. Neues bringen.

Münster/Dortmund

Wolfgang R. Krabbe

ANDREW LEES, *Urban Society in European and American Thought 1820–1940, Manchester: Manchester University Press 1985, XI u. 360 S., Illustrationen, £ 25,-.*

Gleichzeitig mit den Industrialisierungs- und Urbanisierungsprozessen sind die Städte, vor allem die Großstädte, immer Gegenstand geistiger, kritischer, positiver wie negativer Reflexionen gewesen. Dennoch hat es bisher nur wenige Arbeiten gegeben, die Auseinandersetzung mit der Großstadt nachgezeichnet und zum Thema gemacht haben. A. Lees führt dazu aus: »The rise of the big city in Europe and America during the nineteenth and twentieth centuries had an enormous impact not only on the structure of society but also on patterns of thought and feeling« (IX). Lees geht es um die Frage: »How did perceptions of urban life vary from decade to decade, from country to country, and from one

occupational and social group to another?» (S. IX).

Lees analysiert dabei vergleichend die Auseinandersetzung mit der Großstadt in England, Frankreich, Deutschland und den USA. Er greift dabei auf literarische Quellen, auf Zeitschriftenartikel unterschiedlichster Herkunft und Buchpublikationen verschiedenster Professionen von Architekten und Planern, Statistikern, Soziologen bis hin zu Medizinern und Historikern zurück. Dabei ergibt sich eine erstaunliche Vielfalt und Komplexität pro- und antigroßstädtischen Denkens mit unterschiedlichen Richtungen und Bewertungen. Verdienstvoll ist es dabei, auf internationale Bezüge in den Auseinandersetzungen mit der Großstadt hinzuweisen, ein Thema, zu dem bisher noch keine Untersuchungen vorlagen. Die Großstadt kann so zum Laboratorium für progressive und reaktionäre Reformer werden. Lees konstatiert: »Imperial Germany did not produce any one study of urban growth comparable in its range or detail to the works of Menriot and Weber« (S. 195), klassischen Studien zum Urbanisierungsprozeß in Frankreich und den USA und England. Dieses Defizit mag zur Ideologisierung der Auseinandersetzung über die Großstadt in Deutschland beigetragen haben, die Kleinstädte waren ohnehin kaum Gegenstand kritischer Reflexion.

Während in den USA ein breiter Konsens über die Vorzüge der Großstädte bestand, gab es in Deutschland immer die Sehnsucht nach Dorf, Land und heiler Idylle. »The United States had become a truly urban nation – not only in a statistical sense but also in its cast of mind, in its ideals, and its folk ways« (S. 295), schrieb schon 1925 der Historiker George Moway. Während amerikanische Denker eher pro-großstädtisch eingestellt waren, englische Autoren die Großstadt akzeptierten und tolerierten, gab es in Deutschland eine starke Polarisierung in der Auseinandersetzung, in der fast immer das großstadtfeindliche Denken überwog (311).

Man kann die Literatur über die Großstadt nicht in »anti-urbanists« und »city haters« und »pro-urbanists«, »city lovers« einteilen, so Lees, dies Denkschema wäre zu einseitig und eindimensional. Viele Autoren sahen die verstärkte

Welt als eine komplexe Mischung von Gut und Böse, »a realm marked by sharp contrasts that suggested a superabundance of both dangers and opportunities«. (S. 307). Lees hat damit eine grundlegende Arbeit zur Auseinandersetzung mit der Großstadt verfaßt, mit einem Literaturverzeichnis, das allein eine wahre Fundgrube darstellt. Ein Buch, dem man eine Übersetzung ins Deutsche wünschen müßte.

Die Auseinandersetzungen mit der Großstadt fanden 1945 kein Ende, im Gegenteil, sie wurde neu belebt. Gerade großstadtfeindliche Argumente wurden und werden implizit und explizit immer noch zur Begründung stadtplanerischer Konzepte angeführt.

Hamburg

Dirk Schubert

GÜNTHER FISCHER / LUDWIG FROMM / ROLF GRUBER / GERT KÄHLER / KLAUS-DIETER WEISS, *Abschied von der Postmoderne. Beiträge zur Überwindung der Orientierungskrise (Bauwelt Fundamente 64)*, Braunschweig: Vieweg 1987, 222 S., zahlr. Abb., DM 36,-.

Der vorliegende Band ist erschienen in der Reihe »Bauwelt Fundamente«, die 1964 mit einer Sammlung der »Programme und Manifeste zur Architektur des 20. Jahrhunderts« eröffnet und in der auch seither immer wieder Neuauflagen von Klassikern der Architektur und des Städtebaus herausgebracht wurden: Le Corbusier, Ludwig Hilberseimer, Bruno Taut, Adolf Behne und viele mehr. Daneben haben es die Herausgeber verstanden, künftige Klassiker aufzuspüren: Die erste Übersetzung von Jane Jacobs »Tod und Leben großer amerikanischer Städte« ist in dieser Reihe erschienen, Kevin Lynchs »Das Bild der Stadt«, Aldo Rossi, Robert Venturi, Christian Norberg-Schulz, dazu grundlegende Werke zur neueren Stadtbaugeschichte: Benevolo, Piccinato, Albers. Der Leser geht also mit einigen Erwartungen an einen neuen Band der Reihe heran, zumal er in diesen Erwartungen durch den Untertitel »Beiträge zur Überwindung der Orientierungskrise« und durch die Ankündi-

gung, daß hier »Wege zu einem neuen, befreienden, realitätsbezogenen Baupensum« gewiesen würden, bestärkt wird.

Die in dem Band zusammengefaßten Aufsätze erfüllen diese Erwartungen nur in sehr ungleichen Raten. Den Auftakt bilden zwei Beiträge von Günther Fischer, in denen sich der Verfasser mit bemerkenswerter Klarsicht und Klarheit zweier höchst riskanter und vielfach zerredeter Themen annimmt: des »komplizierten Weges zu einer nachfunktionalistischen Architektur« und des Verhältnisses von »Architektur und Kommunikation«. Die Postmoderne kommt dabei, mit Recht, nur insoweit zur Sprache, als sie die – notwendige – Kritik des Funktionalismus, die im Zentrum des ersten Beitrages steht, nicht geleistet hat, nicht leisten konnte, weil sie sich jeweils nur auf einzelne Defizite konzentrierte und diese zu eigenen Stilrichtungen entwickelte: Historismus, Regionalismus, Empirismus. Eine Auseinandersetzung mit dem, was das eigentlich Neue, und nun Alte, am Funktionalismus war, fand nicht statt: der – fatalen – Gleichsetzung des Bauwerks mit der Maschine. Fatal deswegen, weil, und dies wird hier anhand einer systematischen Analyse der architektonischen Dimension deutlich gemacht, weder die Fixierung auf spezialisierte Funktionen noch das zwanghafte Streben nach Optimierungen, wie sie dem Maschinen-Denken notwendig innewohnen, das leisten können, was Architektur recht eigentlich begründet: die »Transformation eines Dinges in einen kulturellen Gegenstand«.

Vermutlich war sich der Verfasser darüber im klaren, daß auch »kulturelle Gegenstände«, wenn sie in falsche Hände geraten, ihre Tücken haben. Jedenfalls stellt er im folgenden den verworrenen und überzogenen Erwartungen, die vielfach mit einer »multikulturellen« oder »kommunikativen« Architektur verbunden werden, eine wiederum überaus systematische Analyse der Ergebnisse gegenüber, die die Forschung über architektonische Kommunikation bis jetzt erbracht hat, und zwar in zwei Schritten: einer »näheren Bestimmung der spezifischen Eigenart architektonischer Kommunikation innerhalb des gesamten Spektrums kommunikativer Möglichkeiten« und einer Darstellung der »Klappen und

Hindernisse«..., »die jede architektonische Botschaft auf ihrem Weg durch die Kommunikationskette überwinden muß.« Wer je versucht hat, die höchst esoterische zeichentheoretische Literatur auf ihren sachlichen Gehalt für die architektonische und städtebauliche Praxis hin zu durchleuchten, der kann die Disziplin und Prägnanz, mit der hier ein Fazit gezogen und eine Basis geschaffen wurde, nur bewundern.

Auch die knappe Aussage »Regionalismus ist kein Stil«, die einem Beitrag von Gert Kähler, der gekürzten Fassung eines Habilitationsvortrages, vorangestellt ist, ist geeignet, Begriffe zu klären und Mißverständnisse zurechtzurücken. Dies um so mehr, als sich der Verfasser nicht mit einer vordergründigen Kritik von Erkern und Sprossenfenstern, vorgeblendeten Ziegeln und herabgezogenen Dächern begnügt, sondern seinen »Versuch einer Annäherung an einen (untauglichen) Begriff« mit sehr grundsätzlichen Überlegungen zu den unterschiedlichen, je für sich aber durchaus legitimen Möglichkeiten der Architektur verbindet, sich mit »Orten« auseinanderzusetzen: entweder indem sie selbst Orte baut – etwa Pyramiden! – oder indem sie an vorhandenen Orten den »genius loci« aufzuspüren, aufzunehmen und weiterzuentwickeln sucht.

Weitere Beiträge sind der Kritik des funktionalistischen und der Entwicklung eines nachfunktionalistischen Wohnungsbaus gewidmet. Die Ausgangspunkte und manche Gegenvorschläge sind ähnlich, die Akzente allerdings werden anders gesetzt: Günther Fischer geht aus von der weitgehenden Normierung und Standardisierung der Wohnungsgrundrisse, die in immer stärkerem Gegensatz zu der zunehmenden Heterogenität der Lebensformen steht, und von der Addition oder Stapelung der normierten und standardisierten Wohnungen in städtebaulichen Großformen: Block, Zeile, Hochhaus, die Haus und Parzelle als die primären städtebaulichen Grundeinheiten überspringen. Seine Empfehlung sind »Neue Lofts«, und das heißt: offene Grundrisse, in denen unterschiedliche und wechselnde Nutzungen möglich sind; jedem »Loft« sein Anteil an einem »Außenhaus«, das seinerseits in die offene Tragstruktur des Hauses integriert ist (daher nicht mehr als sechs Geschosse); schließlich

eine konstruktive und ästhetische Trennung von innerer Hülle, die an unterschiedliche funktionale und klimatische Erfordernisse angepaßt werden kann, und äußerer Hülle oder auch: Fassade, die nicht mehr auf die jeweilige Reflexion der internen Nutzungsstruktur angewiesen, sondern der Stadt zugewandt, unveränderbar und Träger einer eigenen Identität ist.

Gert Kähler wiederum geht aus von den »in Raumschachteln unterteilten Wohnungen«, die ebenfalls durch freie Grundrisse und fließende Räume abgelöst werden sollten, konzentriert sich dann aber sehr schnell auf sein eigentliches Thema »Wohnung und Herrschaft oder: »die Staatsgewalt geht vom Volke aus« (warum nur diese überzogenen Titel, die doch leicht die Ernsthaftigkeit der Texte in Frage stellen?). Gemeint ist das Fehlen einer »Utopie von oben«, einer überirdischen, kosmischen Ordnung, wie sie stets die Wohnsitze der Herrschenden, von der Villa Hadriana bis zur Villa Rotonda, geprägt und geheiligt hat, wie sie aber – sieht man von Ansätzen bei Le Corbusier, Bruno Taut, Melnikow und den russischen Konstruktivisten ab – dem Massenwohnungsbau für den Herrscher von heute, das Volk, versagt ist. Der Verfasser ist sich, wenn auch etwas widerstrebend, wohl darüber im klaren, daß »das eine unbefragte Zentrum der Herrschaft oder des Glaubens« nicht mehr zu restaurieren, die Existenz mehrerer, gleichberechtigter Welten nicht mehr zu verhindern ist. Wie aber können mehrere gleichberechtigte Welten im Massenwohnungsbau ihren Ausdruck finden? Die Hoffnungen richten sich auf Byker, das Wohnquartier von Ralph Erskine in Newcastle upon Tyne, wo »ein Hauch des ›Göttlichen im heutigen Massenwohnungsbau verwirklicht, ein Hauch jener Idee eines Zusammenlebens« spürbar zu sein scheint« ...

Die beiden restlichen Beiträge könnte man mit Stillschweigen übergehen, wenn sie nicht symptomatisch wären für die unübersehbare Tendenz zu einer Literarisierung der architektonischen und städtebaulichen Diskussion, wie sie in Büchern und Zeitschriften geführt wird und wie sie die vielbeklagte Ästhetisierung weit in den Schatten stellt. Unter dem Titel »Sichtbeschränkungen« wird, ausgehend von der Beobachtung,

daß auf Architekturzeichnungen in der Regel weder Menschen noch Alltagsabläufe zu sehen sind, den Architekten ihr hier selbst-, da objektbezogenes Denken vorgeworfen, einigen neueren, nicht gerade vielbeachteten Autoren nachgewiesen, daß auch sie nicht auf dem richtigen Wege seien, und schließlich – wer sonst? – Norbert Elias als Kronzeuge dafür aufgerufen, daß es gälte, »von der Vielheit der Menschen, von den vielfältigen Graden und Arten ihrer Abhängigkeiten in ihrer Angewiesenheit aufeinander« auszugehen und seine Verantwortung für den »Aufbau des Menschengeschlechts« wahrzunehmen. Ob irgendein Architekt, wenn er denn weder im Umgang mit Bauherren, Handwerkern und Behörden noch angesichts der Raumprogramme für Schulen, Arbeitsämter und Krankenhäuser gelernt hat, daß er es mit einem »Menschengeflecht« zu tun hat, sich darüber von Norbert Elias, so ehrwürdig er sein mag, belehren läßt?

Oder ob einhundertundsiebzehn sorgfältig eingerückte Zitate, von Ernst Bloch über Jürgen Habermas bis zu Harry Glück, auch nur einen Leser davon überzeugen, daß sich die Attraktivität des Einfamilienhauses erst überwinden, ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Privatheit, Gemeinschaft und Öffentlichkeit erst herstellen läßt, wenn das »Niemandland von Aufzug, Treppenhaus und Gang« mit neuen Inhalten gefüllt wird? – ein Thema im übrigen, das der Verfasser bereits vor sechs Jahren auf sechs Seiten, noch dazu angereichert mit englischen und holländischen Beispielen, durchaus erschöpfend behandelt hat, während er jetzt, am Ende eines 60 Seiten langen Beitrages, nur ein Modell für »privatheitsorientiertes Wohnen« anbietet, bei dem in einem sechsgeschossigen Haus 14 der 16 Wohnungen mit individuellen Zugängen ausgestattet und, wie er meint, die diesbezüglichen Defizite der beiden letzten Wohnungen (im 4. und 5. Stock) dadurch zu heilen sind, daß sie einen Aufzug und damit sogar noch die Möglichkeit erhalten, zwischen Treppe und Aufzug zu wählen, »die Individualität dieses einzigen gemeinsamen Weges auszubauen« – ein Beitrag zur Überwindung der Orientierungskrise, ein Weg zu einem »realitätsbezogenen Baupensum«?

Wie hoch auch immer man die praktische

Relevanz der hier in den Mittelpunkt gestellten Probleme einschätzen mag: Es werden Sachverhalte, deren Existenz, auch deren Vor- und Nachteile jederzeit empirisch nachprüfbar sind, in literarische Artefakte umgewandelt, deren Volumen in keinem Verhältnis zu ihrer Substanz steht. Wenn Architekten ein hier selbst- da objektbezogenes Weltbild haben, sollte sich dies nicht an ihren Bauten nachweisen lassen? Wenn Haushalte in jedem Fall einen eigenen Zugang zu ihrer Wohnung haben wollen, sollten sie nicht in der Lage sein, dies auch zu sagen, und hinzuzufügen, wozu und warum?

Hamburg

Erika Spiegel

DIETER HOFFMANN-AXTHELM, *Wie kommt die Geschichte ins Entwerfen? Aufsätze zu Architektur und Stadt (Bauwelt Fundamente 78), Braunschweig: Vieweg 1987, 206 S., 26 Abb. u. Pläne, Kart. DM 36,-.*

Er sei »kein vorsichtiger Autor«, sagt der Vf. Sein Bändchen mit Aufsätzen aus den vergangenen zehn Jahren beweist das auf jeder Seite. Vf. hat diese Beiträge, wie er versichert, im originalen Wortlaut vom Ort der Erstveröffentlichung übernommen, was andererseits deshalb bemerkenswert bleibt, weil manche dieser Arbeiten nichts weniger als stimulierend, ja provozierend wirkt; von Antiquitäten keine Spur, der Band ist hellste Aktualität.

Der erste Teil mit fünf Aufsätzen und Objektplanung, dem Hausbau im allgemeinen und dem Wechselspiel zwischen Hausbau und Stadtbau im besonderen, der »Dialektik des Regionalismus« und den Spannungen zwischen »Typologie und Populismus«.

Den zweiten Teil füllt ein einziger, 1983 veröffentlichter und nicht einmal 20 Seiten umfassender Essay »Architektur & Krieg«. Es ist, die Stationierung von Mittelstreckenraketen spielt dabei nicht die geringste Rolle, eine Abrechnung mit dem Krieg, mit einem sinnlosen Gemetzel, das nicht mehr in Hitlers oder Himmlers Namen stattfindet, sondern anonym und in technischer Perfektion. Aber es ist auch eine Abrechnung mit

der Architektur, die »nie neutral« ist und schon lange ein Bündnis mit der Zerstörung eingegangen ist. Und es ist schließlich eine Mahnung an die Verantwortlichen, das eigene Gewissen nicht aufzugeben, auch gerade als Architekt nicht. (Eine kleine Korrektur: der Schaffhausener Munot und die »Festung Freudenstadt«, die übrigens zugleich Stadt sein sollte, könnten vielleicht auf Dürers Musterplan zurückgehen. Aber wir haben keinen verlässlichen urkundlichen Beleg dafür!)

Am interessantesten und so brandneu wie am ersten Tag ist zweifellos der dritte Teil, ein Bündel von 6 Aufsätzen. Der letzte Beitrag, »Wie kommt die Geschichte ins Entwerfen?«, hat dem Buch den Titel gegeben. Es ist ein vehementes Verdikt aller isolierten Historie und alles unbefugten und unverarbeiteten Mitgehens eben nicht von Geschichte, sondern von Vergangenheit. Unter den übrigen Beiträgen – »Aneignung von Stadtquartieren«, »Vom Umgang mit zerstörter Stadtgeschichte«, »Architektur als Geschichtsfälschung« und »Kreuzberger Ausschabung« – bietet das »Plädoyer für die Abschaffung der Denkmalpflege«, das erstmals vor 8 Jahren erschien, den zweifellos stärksten Tobak. Denkmalpflege sei eine Sackgasse geworden. Sie hat seit notwendig gewordener Aufgabe des bloß kunstgeschichtlichen Maßstabs kein Ziel mehr und sie hat sich durch die täglich ermöglichte Synthese von Abriß und Denkmalschutz selbst desavouiert. Vf. sucht vor allem mit Beispielen aus Berlin darzutun, daß die Denkmalpflege zum Komplizen der Abrißmaschinerie geworden ist. Vf. hält es für den Ausdruck tiefster Degeneration, wenn die Denkmalpflege sich zu Tauschgeschäften hergibt und, siehe Fassade und Kopie, »konsequent durchgezogen« bei der Geschichtsfälschung landet. »Hoffnung auf ein wirkliches Festhalten der Vergangenheit und ihrer gebauten Verhältnisse gibt es nur dort, wo das Gebaute in lebendige kulturelle Prozesse von unten geht.« Nicht nur für den Planer und Architekten, auch für den Stadthistoriker und den Stadtsoziologen bietet vor allem dieser dritte Teil eine Menge von nachdenkenswerten Schlüssen und Interpretationen.

Stuttgart

Otto Borst

JÜRGEN KRÄMER / RAINER NEEF (Hrsg.), *Krise und Konflikte in der Großstadt im entwickelten Kapitalismus. Texte zu einer »New Urban Sociology«* (Stadtforschung aktuell Bd. 9), Stuttgart: Birkhäuser 1985, 370 S., kart. DM 42,-.

Intention der Herausgeber ist es, mit dem vorliegenden Sammelband einen Überblick über die Forschungsrichtung der »New Urban Sociology« zu geben. Theoretische Grundlagen dieser soziologischen Richtung sind die marxistische Gesellschaftsanalyse und die Herrschaftsanalyse Max Webers. Den darauf aufbauenden verschiedenen Ansätzen ist gemeinsam, daß sie die traditionelle Stadtforschung ablehnen, deren Gegenstand die Analyse des städtischen Raums oder örtlich-institutioneller Aspekte sozialer Entwicklung war und ist. Aus der Sicht der neuen Stadtforschung gibt es keinen sozialen Prozeß, der eine Besonderheit der Stadt ist, sondern der Raum ist lediglich ein Faktor, der die Entwicklung sozialer Prozesse beeinflussen kann. Das »Städtische« spiegelt nur zentrale gesellschaftliche Entwicklungstendenzen und Unvereinbarkeiten besonders deutlich und vielfältig wider. Städtische Entwicklungen – wie Bewohnerbewegungen, Ausprägungen kommunaler Stadtpolitik etc. – können demnach allein aus gesamtgesellschaftlichen Prozessen erklärt werden. Folgerichtig hält diese Forschungsrichtung eine Soziologie der Stadt für obsolet, da die Stadt in entwickelten Industriegesellschaften eben »keine signifikante Einheit gesellschaftlicher Organisation mehr darstellt« (23).

Ausgangspunkt des Buches sind zwei Basistexte, die die beiden Hauptrichtungen der Theoriebildung einer neuen Stadtforschung aufzeigen: die politische Soziologie der »sozialen Konsumtion« (Saunders) und die politische Ökonomie der »baulich-räumlichen Umwelt« (Harvey). Die sich anschließenden – in der Regel auf umfangreichen empirischen Untersuchungen beruhenden – Aufsätze sind eher von ihren Forschungsinhalten als systematisch von einem theoretischen Ansatz dominiert. So gibt es Arbeiten, die relativ eindeutig einer der o. a. Haupttheorierichtungen zugeordnet werden können, aber

auch andere, in denen sich beide überschneiden. Lediglich der Beitrag über informelle Produktion von Gütern und Dienstleistungen (Pahl/Wallace) bildet eine eigenständige dritte Richtung.

Die Herausgeber haben die vorliegenden Texte nach den Kriterien der Tragfähigkeit eines weitreichenden theoretischen Ansatzes sowie des politischen Nutzens und der wissenschaftlichen Anregungskraft der empirischen Analysen in der aktuellen Krisensituation ausgewählt. Die im folgenden aufgeführten Kapitelüberschriften des Buches umreißen zugleich auch seine inhaltlichen Schwerpunkte: Stadtentwicklung und städtische soziale Bewegungen, staatliche Politik auf kommunaler Ebene, die Wohnungsproblematik im modernen Kapitalismus sowie Aspekte städtischer Lebensweise: Segregation, Konsumtion und informelle Arbeit.

In der neuen Stadtforschung ist Stadtentwicklung das Ergebnis kapitalistischer Verwertungsstrategie und politischer Herrschaftskonzepte. »Bei dieser Sicht sind Lage und politische Aktivität der beherrschten Bevölkerung für die Analyse von Städten unabdingbar« (82). Bezüglich kommunaler Stadtpolitik wird die gesellschaftliche Funktion dieser Politik hinterfragt. Von Interesse sind dabei die Beziehungen des »local state« zur örtlichen Wirtschaft, zu Organisationen und sozialen Bewegungen der Stadtbewohner, aber auch das Verhältnis zum Zentralstaat. Die Wohnungspolitik wird v. a. auf Vorteilsnahme und Benachteiligung von Bevölkerungsgruppen hin analysiert. Der Bausektor insgesamt wird in seiner Bedeutung für die gesamtgesellschaftliche Entwicklung dargestellt. Die letzte Textgruppe zeigt in zwei Beiträgen Möglichkeiten und gegenwärtige Bedingungen städtischer Lebensweisen auf. »In dem einen wird Segregation in erster Linie als Eröffnung resp. Ausschluß von Konsumtionsmöglichkeiten im Zusammenhang mit der Wohnung konzeptualisiert, im anderen werden Haushalt und Wohnung als Ort informeller Produktion von Gütern und Dienstleistungen untersucht« (307).

Wenn Aufbau und abgehandelte Thematiken des Buches für den Leser auch auf den ersten Blick interessant erscheinen, so erweist sich das Lesen doch über weite Strecken als Qual – und

das nicht nur aufgrund einer äußerlich recht unsauberen Redigierung der Texte.

Jeder einzelnen Textgruppe widmen die Herausgeber ausgiebige Vorworte, um nach eigenen Worten den Stellenwert und die Aussagekraft der dargestellten Untersuchungen für hiesige Verhältnisse aufzuzeigen. Leider tun die Herausgeber bei diesen »Einleitungen« des Guten etwas zuviel. Anstatt sich auf die folgenden Texte zu beschränken, versuchen sie darüber hinaus noch weitere Ansätze – entsprechend kurz – darzulegen und zu kritisieren. Damit werden die Einleitungen unnötig überfrachtet und verwirren eher, als daß sie den Zugang zur jeweiligen Textgruppe erleichtern. Den Anspruch, mit diesen ausführlichen Vorworten dem interessierten Leser die Einschätzung zu erleichtern, erfüllen sie sicher nicht.

Auch inhaltlich vermögen nur wenige Beiträge in bezug auf ihre wissenschaftliche Anregungskraft zu überzeugen – wobei als positive Ausnahmen auf die Beiträge von Fainstein/Fainstein über die »Centrifizierung« von Stadtvierteln und Pahl/Wallace über Arbeitsstrategien von Haushalten in Krisenzeiten hinzuweisen ist. Zugegebenermaßen ist es ein schwieriges Unterfangen, umfangreiche Forschungsprojekte auf »Aufsatzlänge« zu reduzieren. Gleichwohl ist es dann unabdingbar, sich bzgl. der empirischen Befunde auf die Belegung des theoretischen Ansatzes bzw. der Forschungshypothesen zu beschränken und sich nicht in empirischen Details zu verlieren, die für den Leser keinen Erkenntniswert haben, weil er sie z. B. ohne spezielle »Ortskenntnis« gar nicht nachvollziehen kann.

Ein vom Titel her attraktives Buch, das leider nur in wenigen Beiträgen die Erwartungen erfüllt.

Essen

Sylvia Kahlert

HEINZ-GÜNTHER BORCK (Hrsg.), *Quellen zur Geschichte der Stadt Hildesheim im Mittelalter. Im Auftrag des Hildesheimer Heimat- und Geschichtsvereins bearbeitet von Jürgen Borchers, Heinz-Günther Borck, Gotthard Fellendorf, Hubert Main-*

zer und Eva-Maria Smolka, Hildesheim: Gerstenberg 1986, 184 S., 25 Abb., kart. DM 19,80.

Aufgrund eines Beschlusses des Hildesheimer Heimat- und Geschichtsvereins, die Beschäftigung mit der Stadtgeschichte und besonders den stadthistorischen Unterricht an den Hildesheimer Schulen zu fördern, hatte sich im Januar 1983 eine Arbeitsgruppe gebildet, deren Aufgabe die Zusammenstellung der hier anzuzeigenden Quellensammlung war. Im selben Jahr war es auch, daß mit »Und nocheinmal: Quellen« der Geschichtsdidaktiker J. Rohlfes (in: GWU 34/1983) in den damals Anfang der 80er Jahre lautstark geführten Streit um die Quellenarbeit im Geschichtsunterricht eingriff. Die Hildesheimer Arbeitsgruppe muß ihr Ohr sehr nahe an dieser Auseinandersetzung gehabt haben, was aber nicht verwundern soll, gehörten ihr doch neben Stadtarchivdirektor H.-G. Borck fast durchweg Lehrer an. So mag verwunderlich allenfalls sein, daß ausgerechnet die lerntheoretischen und unterrichtspraktischen Aspekte dieser Diskussion nirgendwo zur Sprache kommen. Gerade dies aber kommt dem Buch zugute, hatte es sich in der Vergangenheit doch zunehmend gezeigt, daß, unter dem Primat der Lernzielerreichung, im schulischen Unterricht mit Quellen allzu fahrlässig umgegangen wurde. Sie wurden rigoros gekürzt, vereinfacht, aus Sinnzusammenhängen gerissen, kurz: so zubereitet, daß ihr Aussagegehalt für die Schüler von vornherein feststand. Und dies bei der geflüchteten Begründung, Quellenarbeit im Geschichtsunterricht entsprechen den Arbeitsweisen und Erkenntnisregeln der Fachwissenschaft.

68 Quellen nun stellt die Hildesheimer Sammlung vor, die weder derartige Quellenfledderei betreibt, noch den Schüler als kleinen Geschichtswissenschaftler sieht. In diesem Rahmen bewegt sich dann auch der Tenor des Vorworts, das einerseits festhält, daß schulischer Unterricht seinen Bildungsauftrag nur dann erfüllen kann, »wenn er durch die Bereitstellung einer ausreichend großen Zahl von Geschichtsquellen und deren systematische und methodische Auswertung den Schülern die Möglichkeit zu kritischer

Beschäftigung mit den Quellenaussagen und damit zur Erarbeitung fundierter und umsetzbarer Kenntnisse bietet« (V) und andererseits der Sprachbarriere mittelalterlicher Quellen Rechnung trägt. Da deren Mehrzahl nur in mittellateinischer oder niederdeutscher Fassung überliefert ist, wurde der Zugang zu den Originalquellen durch Übersetzung ins Hochdeutsche erleichtert. Dies erscheint unter dem Gebot schulischer Lernökonomie gleichermaßen notwendig wie legitim, und es ehrt die Arbeitsgruppe, wenn sie auf die damit verbundene »Gefahr der Manipulation« (VI) hinweist, zumal 13 der behutsam übersetzten Quellen noch der Originaltext mitgegeben wurde.

Die Aufteilung der Sammlung in die Sachgebiete ›Verfassung und Verwaltung‹ (H.-G. Borck), ›Bevölkerung‹ (J. Borchers), ›Wirtschaft‹ (G. Fellendorf), ›Außenpolitik‹ (H. Mainzer) und ›Kirche‹ (E.-M. Smolka) ist der Handhabung des Buches äußerst dienlich; gleichfalls die jeweiligen Einführungen sowie das darauf bezogene Stichwortverzeichnis zur Erläuterung der Sachbegriffe. Und immer bleibt das Bemühen deutlich, neben Hildesheimer Besonderheiten auch Sachverhalte zu dokumentieren, die für die deutsche mittelalterliche Stadt überhaupt typisch sind. Dies macht das Buch andernorts fast genauso interessant. Einem Lehrer, der die sogenannten »Zunftrevolutionen« des 14. Jahrhunderts, das Streben der Handwerker um politische Mitbestimmung und Aufnahme in den Rat der Stadt, nicht jährlich wiederkehrend anhand der Augsburger Zunfturhebung von 1368 erläutern

möchte, dem bietet sich hier willkommene wie geeignete Abwechslung: Das Statut über die Besetzung des Rates der Stadt Hildesheim vom 11. Dezember 1345 hat Verfassungsrang (Quelle 7, 37ff.); die vorhergehenden Auseinandersetzungen, bekanntgeworden als »Hildesheimer Pfennigstreit«, sind durch zwei weitere Quellen mitbelegt.

Was hier ausschnittshalber für das Sachgebiet ›Verfassung und Verwaltung‹ beschrieben wurde, kann getrost auf die anderen Sachgebiete übertragen werden. Daß dabei eines mit ›Außenpolitik‹ überschrieben ist, bedarf noch einer Erläuterung, am besten der des Verfassers: »Parallel zur rechtlichen und wirtschaftlichen Emanzipation der bürgerlichen Gemeinde vom Stadtherrn entwachsen die Städte dem agrarisch-aristokratischen Lehnsystem, das Staat und Gesellschaft bestimmte; sie gewannen eine Sonderstellung im Rahmen der auf dem Besitz von Grund und Boden beruhenden Feudalordnung« (125).

Abschließend läßt sich sagen, daß man sich mehr solcher Sammlungen (nicht nur für den stadthistorischen Unterricht) wünschen möchte; vielleicht auch als Ausgleich zu den aus den Stadtmuseen verschwundenen Texttafeln, zu den dort mehr und mehr zu besichtigenden Alltags- und Gebrauchsgegenständen. Der beabsichtigten Fortsetzung dieser Sammlung jedenfalls möchte man ein ähnliches Ergebnis wünschen.

Stuttgart

Johannes Schultheiß

Kohlhammer



Peter Dormer

Die neuen Möbel

Internationale Trends und ihre Traditionen 1987. 208 Seiten mit 200 Abbildungen, davon 75 in Farbe. Format 22 x 25,4 cm Leinen im Schuber DM 118,- ISBN 3-17-009798-9

Isa Vercelloni

Wohnstil und Wohnideen

Das Beste aus CASA VOGUE Aus dem Englischen übersetzt von Liselotte Mickel 1985. 224 Seiten mit 306 Farbtafeln Format 25 x 30 cm Leinen im Schuber DM 118,- ISBN 3-17-008916-1

Verena Dietrich

Architektinnen

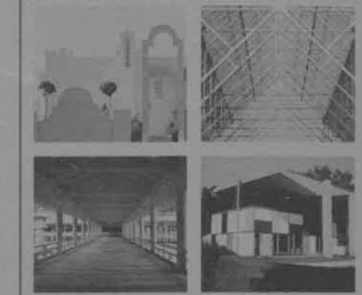
Ideen, Projekte, Bauten 1986. 196 Seiten mit 916 Abbildungen, davon 216 in Farbe. Kart. DM 59,- ISBN 3-17-009336-3



Jörg Kurt Grütter

Ästhetik der Architektur

Grundlagen der Architektur-Wahrnehmung



Kohlhammer

Jörg Kurt Grütter

Ästhetik der Architektur

1987. 258 Seiten mit 448 Abbildungen, davon 32 in Farbe. Kart. DM 79,- ISBN 3-17-009394-0

Selim O. Chan-Magomedov

Pioniere der sowjetischen Architektur

Der Weg zur neuen sowjetischen Architektur in den zwanziger und zu Beginn der dreißiger Jahre Unveränd. Nachdruck der 1. Aufl. von 1986 618 Seiten mit 1544 Abbildungen Format 24 x 27 cm Leinen im Schuber ca. DM 118,- ISBN 3-17-009230-8 Vertrieb der Originalausgabe des Verlags der Kunst, Dresden

Helge und Margret Bofinger

Junge Architekten in Europa

mit einem Vorwort von Philip Johnson 1983. 188 Seiten mit 1197 Abbildungen, davon 327 in Farbe. Kart. DM 59,- ISBN 3-17-007713-9

Verlag W. Kohlhammer
Postfach 80 04 30 · 7000 Stuttgart 80



15. Jahrgang

2/88

Vierteljahres-
zeitschrift für
Stadtgeschichte
Stadtsoziologie
und
Denkmalpflege



Mit Beiträgen
von

Ulfert Herlyn
Dietrich Kautt
Jürgen Friedrichs
Wulf Tessin
Karl-Dieter Keim
Ulrich Schweitzer

Eine Werksiedlung
wird Großstadt

50 Jahre
Wolfsburg

Kohlhammer

Herausgegeben von Otto Borst



ISSN 0170-9364

Die alte Stadt. Vierteljahreszeitschrift
für Stadtgeschichte, Stadtsoziologie
und Denkmalpflege

In Verbindung mit Hans Paul Bahrdt,
Helmut Böhme, Rudolf Hillebrecht,
Eberhard Jäckel und Friedrich Mielke
herausgegeben von Otto Borst

Redaktionskollegium: Professor Dr. Otto Borst, Lehrstuhl für Landesgeschichte am Historischen Institut der Universität Stuttgart, Keplerstraße 17, 7000 Stuttgart 1 (Hauptschriftleiter) – Professor Dr. Burkhard Hofmeister, Direktor des Instituts für Geographie an der Technischen Universität Berlin, Budapester Straße 44/46, 1000 Berlin 30 – Professor Dr. Rainer Jooß, Historisches Seminar an der Pädagogischen Hochschule Schwäbisch Gmünd, Oberbettringerstraße 200, 7070 Schwäbisch Gmünd – Professor Dr. Hermann Korte, Fakultät für Sozialwissenschaft der Ruhr-Universität Bochum, Universitätsstraße 120, 4630 Bochum – Architekt Dipl.-Ing. Hellmut Richter, Ministerialrat im Bayerischen Staatsministerium des Innern, Oberste Baubehörde, Karl-Scharnagl-Ring 60, 8000 München 22 – Schriftleitung: Johannes Schultheiß, Rotenbergstraße 5, 7000 Stuttgart 1, Tel.: 0711 / 28 26 83 – Redaktionslektorat: Frauke Borst, Lipperheidestraße 27C, 8000 München 60.

Redaktionelle Zuschriften und Besprechungsexemplare werden an die Anschrift der Schriftleitung erbeten: 7300 Esslingen am Neckar, Marktplatz 16, Postfach 269, Tel. (0711) 35 76 70.

Die Zeitschrift erscheint jährlich in Vierteljahresbänden mit einem Gesamtumfang von etwa 420 Seiten. Der Bezugspreis im Abonnement beträgt jährlich DM 116,-; Vorzugspreis für Studierende gegen jährliche Vorlage einer gültigen Studienbescheinigung DM 92,- einschließlich Versandkosten und Mehrwertsteuer; Einzelbezugspreis für den Vierteljahresband DM 30,- einschließlich Mehrwertsteuer und zuzüglich Versandkosten ab Verlagsort. Preisänderungen vorbehalten. Abbestellungen sind nur 6 Wochen vor Jahresende möglich.

Verlag, Vertrieb und Anzeigenverwaltung: W. Kohlhammer GmbH, 7000 Stuttgart 80, Heßbrühlstraße 69, Postfach 800430, Tel. 7 86 31. Verlagsort: Stuttgart. Gesamtherstellung: W. Kohlhammer Druckerei GmbH + Co., Stuttgart. Printed in Germany. *Die Zeitschrift* und alle in ihr enthaltenen einzelnen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Alle Urheber- und Verlagsrechte sind vorbehalten. Der Rechtsschutz gilt auch für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen. Jede Verwertung bedarf der Genehmigung der W. Kohlhammer GmbH. Der Verlag erlaubt allgemein die Fotokopie zu innerbetrieblichen Zwecken, wenn dafür eine Gebühr an die VG WORT, Abt. Wissenschaft, Goethestr. 49, 8000 München 2, entrichtet wird, von der die Zahlungsweise zu erfragen ist.

Verlag W. Kohlhammer Stuttgart Berlin Köln Mainz

15. Jahrgang

Die alte Stadt

Heft 2/1988

INHALT

EDITORIAL	127
ABHANDLUNGEN	
ULFERT HERLYN / WULF TESSIN, Von der Werksiedlung zur Großstadt. Zur Entwicklung der städtischen Identität Wolfsburgs	129
DIETRICH KAUTT, Stadtentwicklung in der Polarität städtebaulicher Leitbilder: Das Beispiel Wolfsburg.	155
JÜRGEN FRIEDRICHS / VOLKER KIRCHBERG, Probleme der Wolfsburger Innenstadtentwicklung	172
WULF TESSIN, Stadt-Umland-Politik im Raum Wolfsburg	195
KARL-DIETER KEIM, Jugend und kommunale Politik. Eine essayistische Annäherung ...	216
ULRICH SCHWEITZER, Neuanfang in Wolfsburg. Integrationsprobleme von Neuzuzüglern	236
AUTOREN	250
BESPRECHUNGEN	
<i>Stadtentwicklung, Denkmalpflege</i>	
NORBERT HUSE, Denkmalpflege. Deutsche Texte aus drei Jahrhunderten (Otto Borst)	251
CORD MECKSEPER / HARALD SIEBENMORGEN (Hrsg.), Die alte Stadt: Denkmal oder Lebens- raum? Die Sicht der mittelalterlichen Stadtarchitektur im 19. und 20. Jahrhundert (Erika Spiegel)	252
MEINHOLD LURZ, Meisenheim. Architektur und Stadtentwicklung (Hartmut Hofrichter)	254
<i>Stadtsoziologie</i>	
HERMANN KORTE, Stadtsoziologie. Forschungsprobleme und Forschungsergebnisse der 70er Jahre (Gerhard Berger)	257
KLAUS KONRAD / REINHARD MARTIN u. a., Stadtentwicklung und Stadtpolitik. Unterrichtsein- heiten für die Sekundarstufe 1 und 2. Didaktischer Teil und Materialenteil (Rainer Jooß) ...	258

Editorial

Das biographische Datum eines 50. Geburtstages wird im allgemeinen als Anlaß zu einem Rückblick einerseits und guten Wünschen für die Zukunft andererseits genommen. Der menschliche (= männliche?) Lebenslauf wird im Volksmund häufig mit folgenden Etappen beschrieben: mit 20 fängt das Leben an; mit 30 bist Du ein junger Mann; mit 40, ja, das geht noch an; mit 50 fängt das Alter an. Es liegt auf der Hand, daß die Lebenszyklen von Städten und Stadtvierteln sich in anderen, längeren zeitlichen Intervallen vollziehen und daher normalerweise Stadtjubiläen erst nach einigen hundert Jahren von den jeweiligen Kommunen begangen werden. Uns erscheint es jedoch mehr als sinnvoll, bei der Neuen Stadt Wolfsburg schon die ersten 50 Jahre zum Anlaß einer Rückschau zu nehmen, weil die Stadt seit ihrer Gründung im Jahre 1938 eine städtebauliche und soziale Entwicklung durchlaufen hat, die – ganz wertneutral ausgedrückt – ihresgleichen sucht, die aber zugleich auch – was ihre rasante Dynamik anbetrifft – inzwischen zu einem gewissen Abschluß gekommen ist, so daß ein erstes Resümee auch von daher sinnvoll erscheint.

Das Geleitwort zur ersten soziologischen Untersuchung über die Stadt Wolfsburg vor 20 bis 30 Jahren beginnt mit dem Satz: »Stadtneugründungen auf europäischem Boden (vor allem auf bundesrepublikanischem; Verf.) sind selten und die Möglichkeit, ihr Wachstum zu beobachten, sollte der Soziologe nutzen, weil ihm nur hier der Prozeß der Urbanisierung greifbar wird.«¹ Es ist deshalb nicht verwunderlich, daß eine ganze Reihe von Sozialwissenschaftlern diese Gelegenheit beim Schopf ergriffen und sich in empirischen Untersuchungen mit der Stadt, ihrer Entstehungs- und Entwicklungsgeschichte, ihrer besonderen politisch-ökonomischen Situation als VW-Stadt auseinandergesetzt und spezielle Themen aufgegriffen haben wie Innenstadtentwicklung, Stadt-Umland-Politik, Gewalt in Neubauvierteln, Probleme von Neuzuzüglern usw. Es ist nun das Ziel dieses Heftes, einige dieser Untersuchungen in ihren wesentlichen Ergebnissen einer breiteren kritischen Öffentlichkeit zur Diskussion zu stellen, um zugleich auch das wissenschaftliche Interesse an diesem »Stadtexperiment« wachzuhalten. Deshalb ist es auch nicht das Ziel der hier versammelten Beiträge, in einer Art »Hofberichterstattung« die Stadt Wolfsburg zum 50. Geburtstag zu feiern, sondern ihre bisherige Entwicklung unter sozialwissenschaftlicher Perspektive durchaus kritisch zu würdigen.

¹ H. P. Bahrdt und H. Plessner, Geleitwort zu: M. Schwonke / U. Herlyn, Wolfsburg. Soziologische Analyse einer jungen Industriestadt, Stuttgart 1967, S. V.

Die hier veröffentlichten Beiträge lassen sich thematisch in drei Blöcke gliedern. Die Artikel von *U. Herlyn / W. Tessin* einerseits und *D. Kautt* andererseits versuchen die Entwicklung Wolfsburgs zusammenfassend zu interpretieren. Während Kautt dies mit Blick auf die städtebaulichen Leitbilder tut, die für die Wolfsburger Stadtentwicklung bestimmend waren, gehen Herlyn / Tessin der Frage nach, inwieweit die »Geburtsmerkmale« der Stadt (»Stadt des KdF-Wagens«, also des VW-Werks, und »Stadt aus der Retorte«) noch heute den Charakter und das Wesen der Stadt ausmachen. Sie stützen sich dabei auf die Ergebnisse einer Untersuchung aus dem Jahre 1967 und ihrer Wiederholungsstudie aus dem Jahre 1982.

In einem zweiten thematischen Block wenden sich *J. Friedrichs / V. Kirchberg* und *W. Tessin* speziellen Themen der Stadtentwicklung zu. Friedrichs / Kirchberg analysieren die Innenstadtentwicklung, also den Prozeß der City-Bildung in Wolfsburg, Tessin hingegen untersucht die Wolfsburger »Außen-«, d. h. Umland-Politik. Beide Prozesse stehen nicht nur wechselseitig in engstem Zusammenhang, sondern waren gemeinsam für die Entwicklung Wolfsburgs zur Großstadt maßgebend. Brachte die Umland-Politik der Stadt, kulminierend in der Eingemeindung von 20 Umlandortschaften im Rahmen der Gebietsreform von 1972, die Stadt quantitativ auf »Großstadtniveau« (von 95 000 auf 130 000 Einwohner), ist der Innenstadtausbau als Versuch zu interpretieren, die Stadtmitte qualitativ zum »urbanen Zentrum« der Großstadt bzw. der Stadtregion zu machen.

In einem dritten thematischen Block werden die Probleme bestimmter Bevölkerungsgruppen in und mit der Stadt Wolfsburg aufgegriffen. Während *K. D. Keim* dies mit Blick auf die Jugendlichen (und die darauf bezogene Jugendpolitik) tut vor dem Hintergrund der unterschiedlichen bundesweiten Strömungen in der »Jugendbewegung« nach dem Zweiten Weltkrieg, untersucht *U. Schweitzer* die Probleme von Neuzuzüglern in Wolfsburg, wobei es ihm freilich mehr um die generelle Problematik des ersten Einlebens geht, die gleichsam am Beispiel Wolfsburgs abgehandelt wird. Beide Gruppen (die Jugendlichen wie die Neuzuzügler) sind für Wolfsburg in den vergangenen 50 Jahren insofern von typischer Bedeutung, als die Stadt auch vom Altersaufbau ihrer Bevölkerung her »jung« war und die Bevölkerungsmehrheit nicht in Wolfsburg geboren, sondern zugezogen war. Allerdings scheinen mit der allmählichen Normalisierung des Altersaufbaus der Stadt und dem drastischen Rückgang der Zuzugsquote seit Anfang der 70er Jahre beide Gruppen etwas an Bedeutung zu verlieren, und Wolfsburg wird sich mit ihrem 50. Geburtstag allmählich auf die Gruppe der alten Menschen einstellen müssen.

U. Herlyn, W. Tessin

Mai 1988

Ulfert Herlyn / Wulf Tessin

Von der Werksiedlung zur Großstadt

Zur Entwicklung der städtischen Identität Wolfsburgs

I. Kurzer Abriß der Wolfsburger Stadtentwicklung nach 1945 – II. Wolfsburg als Stadt des Volkswagens – III. Wolfsburg als Arbeiterstadt – IV. Wolfsburg als junge Stadt – V. Wolfsburg als »Stadt aus der Retorte« – VI. Zusammenfassung und Ausblick

Die Stadt Wolfsburg, unter dem vorläufigen Namen »Stadt des KdF-Wagens« am 1. Juli 1938 gegründet, stellt in Deutschland eine der wichtigsten Stadtneugründungen des 20. Jahrhunderts dar. Sie entstand als Folge der Entscheidung der nationalsozialistischen Machthaber, namentlich Hitlers, einen preiswerten PKW-Typ, den »Volkswagen für alle Deutschen«, zu entwickeln. Nachdem es nicht gelungen war, die vorhandenen deutschen Automobilwerke für die Idee zu gewinnen, den Volkswagen neben ihrer eigenen Produktion in Bauteilen herzustellen und zu montieren, wurde der Bau eines eigenständigen, eben des Volkswagenwerks notwendig.¹ Als Standort für das VW-Werk wurde der Raum Fallersleben – Gut Wolfsburg gewählt, weil hier günstige Verkehrsverhältnisse vorlagen (Eisenbahn- und Wasserstraßenanschluß, Nähe zur Autobahn) und der Standort (für das damalige Reichsgebiet) zentral gelegen war; schließlich sollten die zukünftigen privaten Autokäufer sich selbst ihren VW direkt vom Werk abholen. Die zentrale Lage schien überdies den größtmöglichen Schutz vor etwaigen feindlichen Luftangriffen zu bieten. Das geplante Werk, vom Kölner Architekten Mewes entworfen, »in dem sich der nationalsozialistische Gedanke ›Schönheit der Arbeit‹ und die technischen Höchstwerte unseres Zeitalters harmonisch vereinigen«² sollten, bestand nicht nur aus riesigen Produktionsflächen, Fabrikhallen, Verwaltungsgebäuden und einem Kraftwerk, sondern sollte darüber hinaus auch eine Reihe von Anlagen »für die weltanschaulichen, sportlichen und sozialen Belange der riesigen Gefolgschaft, die in diesem Werk schaffen wird«,³ umfassen: einen großen Aufmarschplatz mit Festhalle, Werkssportfelder, Schwimmhallen, Sporthallen, eine große Schießsportanlage, ein werkseigenes Krankenhaus usf.; hierzu ist es allerdings dann später nicht mehr gekommen. Die Grundsteinlegung für das Werk fand am 25. Mai 1938 statt.

¹ Vgl. hierzu ausführlich: *C. Schneider*, Stadtgründung im Dritten Reich, Wolfsburg und Salzgitter, München 1979; *M. Walz*, Wohnungsbau- und Industrieansiedlungspolitik in Deutschland 1935–1939, Frankfurt 1979.

² So die Braunschweiger Neuesten Nachrichten v. 18. Februar 1938, Nr. 41, S. 13.

³ Ebda.

Die Planung der »Stadt des KdF-Wagens« wurde dem Architekten Koller übertragen. In seinem städtebaulichen Entwurf vereinigten sich Elemente der Gartenstadtbewegung, des Heimatschutzstils und des landschaftsgebundenen Bauens mit den eher strengen, klassizistischen Gebäude- und Achsenvorstellungen der Machtrepräsentationsarchitektur des damaligen Generalbauinspektors Speers.⁴ Während jedoch der Bau des VW-Werks rasch voranschritt und schon bald – allerdings nun als Rüstungsbetrieb – die Produktion aufgenommen werden konnte, kam der Aufbau der Stadt nur langsam voran. Schwierigkeiten ergaben sich vor allem in der Beschaffung von Arbeitskräften und von Baumaterial. 1943 kam die Bautätigkeit in der Stadt sogar völlig zum Erliegen. Von den 17000 Bewohnern, die Anfang 1945 in der Stadt lebten, waren fast 9000 als Zwangsarbeiter eingesetzte Kriegsgefangene. Wolfsburg glich zu dem Zeitpunkt mehr einem Barackenlager als einer Stadt; das VW-Werk war zu mehr als der Hälfte zerstört.

Bevor im folgenden untersucht werden soll, inwieweit die beiden zentralen Entstehungsbedingungen der Stadt – eine Stadtneugründung auf der grünen Wiese einerseits und ihre gleichsam definitionsgemäße Ausrichtung auf das VW-Werk andererseits – noch heute die Stadt prägen und charakterisieren und ihre Identität zu einem großen Teil bestimmen, soll ein kurzer Überblick über die Entwicklung der Stadt nach 1945 gegeben werden, die an anderer Stelle bereits ausführlicher beschrieben worden ist.⁵

I. Kurzer Abriss der Wolfsburger Stadtentwicklung nach 1945

Die Entwicklung des VW-Werks und der Stadt nach dem Zweiten Weltkrieg ist imposant. Die Beschäftigtenzahl im VW-Werk (bis Ende der 60er Jahre unter der Leitung von Generaldirektor Nordhoff) kletterte von 7000 (1945) über 30000 (1957) auf annähernd 60000 (1970/71). In den 70er Jahren stagnierte die Beschäftigtenzahl (mit z. T. gravierenden Einschnitten), um Mitte der 80er Jahre noch einmal sogar auf fast 65000 zu klettern. Parallel hierzu stieg die Einwohnerzahl der Stadt, die nach 1945 nun Wolfsburg hieß, von 20000 (1946) auf über 90000 (1971), ehe durch die Gebietsreform und die Eingemeindung von 20 Umlandortschaften⁶ 1972 die Stadt

⁴ Vgl. zum Stadtgründungskonzept: D. Kautt, Wolfsburg im Wandel städtebaulicher Leitbilder, Wolfsburg 1983; M.-L. Recker, Die Großstadt als Wohn- und Lebensbereich im Nationalsozialismus – Zur Gründung der »Stadt des KdF-Wagens«, Frankfurt 1981.

⁵ Vgl. z. B. A. Schinz, Wolfsburg – eine reine Industriestadt, in: Geographische Rundschau, H. 4 (1958), S. 63 ff.; M. Schwonke / U. Herlyn, Wolfsburg, Soziologische Analyse einer jungen Industriestadt, Stuttgart 1967; U. Herlyn / U. Schweitzer / W. Tessin / B. Lettko, Stadt im Wandel, Eine Wiederholungsuntersuchung der Stadt Wolfsburg nach 20 Jahren, Frankfurt 1982; W. Meibeyer, Monographie der Stadt Wolfsburg, in: Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hrsg.), Die Mittelstadt (2. Teil), Forschungs- und Sitzungsberichte Bd. 69, Hannover 1972.

⁶ Vgl. hierzu den Beitrag von W. Tessin über die Stadt-Umland-Politik im Raum Wolfsburg in diesem Heft.

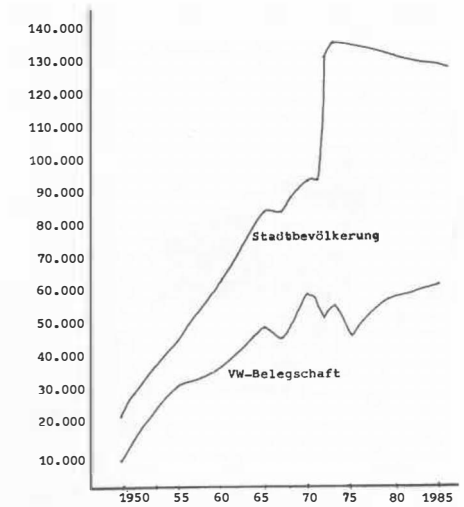


Abb. 1 Entwicklung der Bevölkerung und VW-Belegschaft in Wolfsburg.

ihre maximale Größe von ungefähr 130000 EW erreichte; im letzten Jahrzehnt ist die Bevölkerungsentwicklung leicht rückläufig gewesen (vgl. Abb. 1). Das Statistische Jahrbuch 1987 der Bundesrepublik Deutschland weist gar als heutige Größe Wolfsburgs nur noch 122000 EW aus.

Der Wohnungsbau und der Ausbau der Infrastruktur in der Stadt konnten dieser rasanten Entwicklung verständlicherweise nur schwer folgen. In den 50er und 60er Jahren wurden jährlich rund 1500 Wohnungen fertiggestellt; innerhalb von nur 25 Jahren verzehnfachte sich der Wohnungsbestand in Wolfsburg. Der Massenmietwohnungsbau hatte absolute Priorität; dem damaligen städtebaulichen Leitbild der »gegliederten und aufgelockerten Stadt« entsprechend erfolgte er in größeren Siedlungskomplexen, die durch Grün- und Waldflächen voneinander getrennt wurden: es entstand eine Industriestadt im Grünen,⁷ mit dem VW-Werk nördlich des Mittellandkanals und dem Hauptsiedlungsgebiet der Stadt südlich des Kanals (vgl. Abb. 2).

Bis 1972, kulminierend in der Eingemeindung von 35000 EW aus dem Umland, standen Werks- und Stadtentwicklung unter dem Motto des quantitativen Wachstums. Es wurden in den verschiedensten Bereichen Produktionsleistungen, Rekordmarken und Wachstumsraten erreicht, wie sie damals in keiner anderen Stadt der BRD zu verzeichnen waren. Mitte der 70er Jahre aber setzt dann für Stadt und Werk eine Phase der Konsolidierung ein. Man scheint an den »Grenzen des Wachstums« angelangt und konzentriert sich nun – im Werk wie in der Stadt – auf die Sicherung und den qualitativen Ausbau der vorhandenen Strukturen. Im Werk findet eine

⁷ Vgl. zum Wandel bzw. zur Kontinuität der die Stadtentwicklung Wolfsburgs bestimmenden städtebaulichen Leitbilder den Beitrag von D. Kautt in diesem Heft.

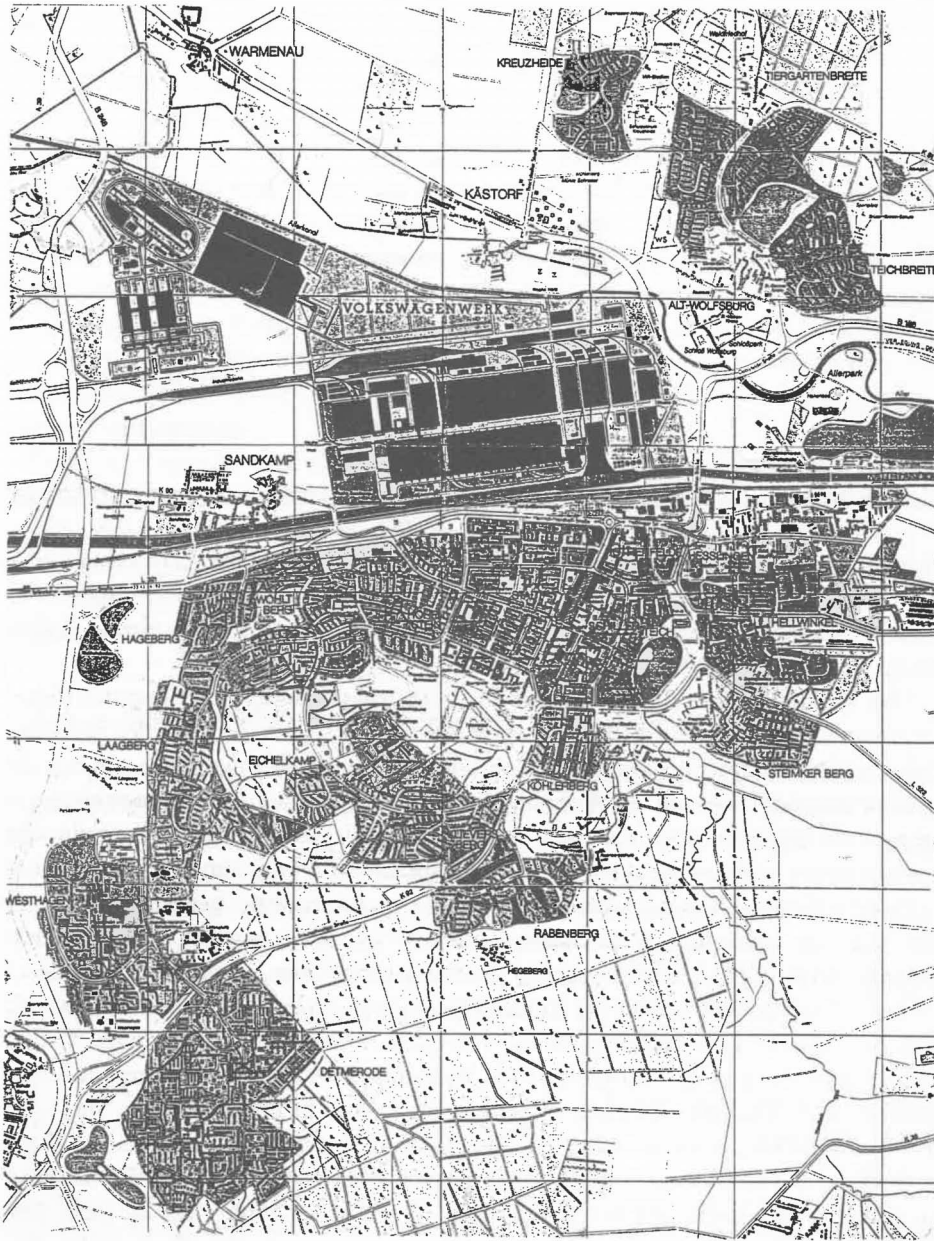


Abb. 2 Siedlungsstruktur der (Kern-)Stadt Wolfsburg um 1980.

umfängliche Rationalisierung und Automatisierung der Produktion statt, in der Stadt eine qualitative Aufwertung. Bis dahin hatte sich die Stadtentwicklungspolitik weitgehend im Wohnungs- und Siedlungsbau mit den dazugehörigen Wohnfolgeeinrichtungen erschöpft, nun wird alles daran gesetzt, die Stadt zu einer attraktiven, lebendigen Stadt mit zentralörtlichem Charakter auszubauen: Man entwickelt den privatwirtschaftlichen Handels- und Dienstleistungsbereich im Rahmen der sog. Innenstadtplanung⁸ und baut eine Reihe von Freizeit- und Kultureinrichtungen mit überlokaler Bedeutung wie das Theater (1973), das Freizeitbad Badeland (1977), das Planetarium (1983) und die Eissporthalle (1983) und versucht schließlich, auch über eine Denkmalpflege- und Stadtgestaltungspolitik (sowohl in der Kernstadt als auch im eingemeindeten Umland) die städtebauliche Attraktivität der Stadt zu steigern und das Milieu und Image der Stadt »aufzumöbeln«. Unsere Frage ist nun jedoch, inwieweit der Charakter und das Wesen der Stadt Wolfsburg nicht doch noch immer von den Besonderheiten der Stadt bestimmt werden und zwar von der Tatsache, daß es sich einerseits um eine Stadtneugründung, eine »Stadt aus der Retorte«, in jedem Fall um eine »junge« Stadt handelt, andererseits um die Stadt des Volkswagens und damit auch um eine (Industrie-)Arbeiterstadt. In den 50er Jahren sprach man von Wolfsburg z. T. noch von einer »Werkssiedlung«, einer »Goldgräberstadt« oder in bezug auf die Bevölkerung, damals hauptsächlich Flüchtlinge und Vertriebene, von einem »zusammengewürfelten Volk«. Diese Charakterisierungen⁹ treffen heute nicht mehr zu: Wolfsburg ist keine Werkssiedlung mehr, sondern – so unsere These – eine »richtige« Stadt geworden (vgl. Abb. 3 u. 4), zugleich aber, so möchten wir im folgenden deutlich machen, noch immer eine »besondere« Stadt geblieben, als Stadt des Volkswagens (Kap. II), als Arbeiterstadt (Kap. III), als (auch demographisch) »junge« Stadt (Kap. IV) und schließlich als »Stadt aus der Retorte« (Kap. V).

II. Wolfsburg als Stadt des Volkswagens

Es gibt keinen Topos, der die Stadt besser charakterisieren würde als dieser. Wolfsburg wurde als »Stadt des KdF-Wagens« gegründet und ist die Stadt des Volkswagens geblieben. Das VW-Werk bildet die ausschließliche wirtschaftliche Grundlage der Stadt; mehr als zwei Drittel aller Arbeitsplätze in Wolfsburg sind VW-Arbeitsplätze. Trotz der schon Mitte der 50er Jahre einsetzenden Dezentralisierung und Internationalisierung und der spätestens seit den 70er Jahren forciert betriebenen Rationalisierung und Automatisierung der VW-Produktion ist die Beschäftigtenzahl beim Werk in Wolfsburg zwischenzeitlich auf über 60 000 gestiegen. Man muß nicht erst das Basic-Nonbasic-Konzept¹⁰ bemühen, um sich klar zu machen, daß auch die Arbeits-

⁸ Vgl. hierzu den Beitrag von J. Friedrichs / V. Kirchberg in diesem Heft.

⁹ Vgl. hierzu ausführlich M. Schwonke / U. Herlyn (s. A 5), S. 56ff.

¹⁰ Vgl. hierzu H. Kistenmacher, Basic-Nonbasic-Konzept, in: Hdw. d. Raumforschung und Raumordnung, Bd. 1, Hannover 1970, S. 149ff.



Abb. 3 Stadtmitte Wolfsburgs um 1950.



Abb. 4 Stadtmitte Wolfsburgs um 1980. Quelle: Fotoarchiv der Stadt Wolfsburg.

plätze außerhalb des VW-Werks weitgehend von dem Leben, was im Werk verdient wird. So ist denn dieser Wirtschaftskoloß in Wolfsburg rahmensetzend sowohl für die gesamte Stadtentwicklung und Stadtentwicklungspolitik als auch für das alltägliche Leben in dieser Stadt; rahmensetzend nicht im Sinne eines verzierenden Bilderrahmens, sondern durchaus im Sinne eines (wenn auch bisweilen komfortablen) Prokusubettes.

Das VW-Werk setzt den finanziellen Rahmen für die Wolfsburger kommunale Haushaltspolitik; es macht Wolfsburg zu einer finanzstarken Stadt. Noch immer ist Wolfsburg eine der Großstädte mit der höchsten Realsteuerkraft und der niedrigsten Pro-Kopf-Verschuldung.¹¹ Zugleich aber ist die Stadt auch damit extrem abhängig von der Gewinn- und Beschäftigungslage beim Werk, so daß Rezessionen wie die von 1966/67, 1971/72 und 1974/75¹² und abgeschwächt 1983 sofort auf die Haushaltslage der Stadt durchschlagen; die Gemeindefinanzreform von 1969 und die Abschaffung der Lohnsummensteuer in den frühen 80er Jahren haben daran nur wenig ändern können, noch immer werden knapp 25% aller gemeindlichen Einnahmen durch das Gewerbesteueraufkommen beim Werk gedeckt.¹³ Es bestimmt auch über seine Beschäftigungslage die Bevölkerungsentwicklung und ist damit rahmensetzend für die Wohnungsmarktentwicklung in der Stadt. Werden beim Werk in größerem Umfang Entlassungen oder keine Neueinstellungen vorgenommen, dann verändert sich noch im selben Jahr der Wanderungssaldo der Stadt (vgl. Abb. 5); und seit das VW-Werk seine Beschäftigtenzahl bei ungefähr 60 000 stabilisiert hat, ist – verstärkt durch den Geburtenrückgang, der 1984 in Wolfsburg erstmals auf ein Geburtendefizit hinauslief¹⁴ – auch das rasante Bevölkerungswachstum der Stadt zum Erliegen gekommen. Die Wohnungsbaupolitik und der Wohnungsbau reagieren direkt, wenn auch mit einem gewissen »time lag«, auf diese Wachstumsperspektiven und Konjunkturzyklen beim Werk.

Das VW-Werk bestimmt als Industriebetrieb die Sozialstruktur der Stadt (Arbeiterstadt, vgl. hierzu Abschnitt III) und ist damit u. a. rahmensetzend für den gesamten Bereich der kommunalen Infrastruktur, an deren Ausbau sich das Werk überdies massiv finanziell beteiligt hat. Dabei ist das VW-Werk als großzügiger, perfekt organisierter Betrieb auch prägend für eine relativ hohe Anspruchshaltung der Wolfsburger Bevölkerung gegenüber allen kommunalen (materiellen wie personellen) Infrastrukturleistungen. Orientierungspunkt der Wolfsburger Infrastrukturpolitik war, so ein ehemaliger Oberstadtdirektor,¹⁵ der Wolfsburger Normalbürger, »d. h. der VW-Arbeiter«.

¹¹ Stat. Jhrb. dtsh. Gemeinden 1986, 73. Jg., S. 27.

¹² Vgl. hierzu ausführlich U. Herlyn u. a. (s. A 5), S. 76 ff.

¹³ Vgl. hierzu die Statistischen Jahrbücher der Stadt Wolfsburg aus den 80er Jahren.

¹⁴ Statistisches Jahrbuch der Stadt Wolfsburg 1984, S. 35.

¹⁵ W. Hesse, Stationen – Steiniger Weg zum Bonner Sommer, Bonn 1987, S. 62.

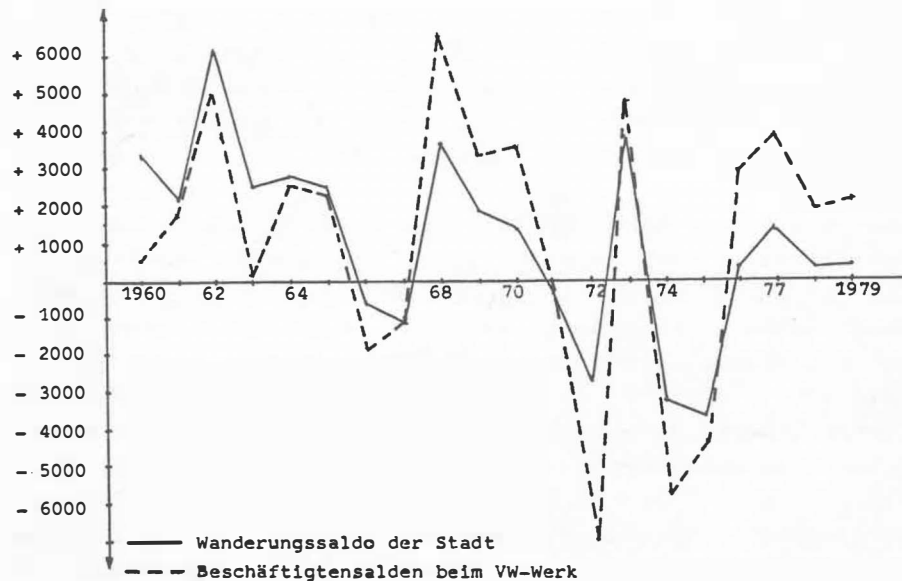


Abb. 5 Belegschaftsentwicklung beim VW-Werk und Wanderungssalden der Stadt.

Das VW-Werk mit seinen zur Zeit über 64000 Arbeitsplätzen als alles andere überragender Industriebetrieb bestimmt die Bedingungen auf dem Wolfsburger Arbeitsmarkt und ist damit rahmensetzend für die kommunale Wirtschaftsförderungspolitik, deren Ziel es bald wurde, die VW-bestimmte Monostruktur der Stadt zu überwinden und deren Problem es zugleich war, daß im Schatten von VW (z. B. wegen des dortigen Lohn- und Sozialleistungsniveaus) kein anderer Industriebetrieb gedeihen konnte. Die Stadt hat sich daher ganz auf den tertiären Bereich konzentriert (insbesondere im Rahmen der Innenstadtentwicklung), aber dabei auch nur einen begrenzten Erfolg erzielen können: Nur ein Viertel aller Arbeitsplätze liegen in Wolfsburg im tertiären Sektor.¹⁶

Das Werk ist mit seinen regionalen und überregionalen Verflechtungen, also mit seinen Pendlerströmen und Gütertransporten, rahmensetzend für die gesamte Verkehrsinfrastruktur. Der Anschluß der Stadt bzw. besser des VW-Werks an das nationale Eisenbahn- und Autobahnnetz sowie der Ausbau des Straßennetzes im Raum Wolfsburg ist nur mit Blick auf das Werk erforderlich wie politisch durchsetzbar gewesen. Wolfsburg ist noch immer die Großstadt mit dem höchsten PKW-

¹⁶ In anderen niedersächsischen Städten wie Wilhelmshaven, Oldenburg, Osnabrück, Hannover, Braunschweig oder Göttingen liegt diese Quote bei 50–70%. Selbst die Industriestadt Salzgitter hat mit ca. 35% Tertiärbeschäftigten noch eine höhere Quote als Wolfsburg. Vgl. hierzu: Niedersächsisches Institut für Wirtschaftsforschung, Regionalbericht 1984, Hannover 1984, S. 75.

Besatz;¹⁷ »Autogerechtigkeit« war daher immer oberstes Ziel städtischer Verkehrspolitik.¹⁸

Wenn man ferner berücksichtigt, daß das VW-Werk auch der wichtigste Energielieferant im Bereich Strom und Fernwärme ist, so wird klar, daß alle kommunalpolitisch relevanten Strukturen und Prozesse in Wolfsburg von vornherein mit dem VW-Werk direkt oder indirekt verknüpft sind. Sowohl in den sich entwickelnden sozio-ökonomischen Strukturen wie im »kollektiven Bewußtsein« der Stadt ist das Werksinteresse als Allgemeinwohl immer schon enthalten und aufgehoben. Das VW-Werk produziert die zentralen Problemstellungen der Stadt, die kommunalpolitisch zu bearbeiten sind, es eröffnet oder schafft aber zugleich auch einen Teil der Problemlösungskapazitäten, deren sich die Kommunalpolitik bedienen kann: Mit dem Gewerbesteueraufkommen des VW-Werks, dem zusätzlichen finanziellen Engagement des Werks im Wohnungsbau und im Bereich der Freizeitinfrastruktur und mit dem ökonomischen Gewicht und politischen Einfluß des Werks auf Landes- und Bundesebene konnte man den Stadtaufbau zügig vorantreiben.

Demgegenüber scheint die persönliche, direkte Einflußnahme des VW-Werks auf die Stadtentwicklung und Kommunalpolitik eher nachrangig und im wesentlichen beschränkt auf jene Aspekte zu sein, bei denen Werksinteressen unmittelbar berührt sind: Baugesuche des Werks, Entsorgungsprobleme, Festsetzung der Hebesätze etc. Nur selten kommt es bei diesen Dingen zu ernststen Auseinandersetzungen, nur dann nämlich, wenn das VW-Werk etwas verlangt, was die Stadt nicht schnell und reibungslos genug erfüllen kann (z. B. weil die rechtlichen Verfahren zu lange dauern), wenn das Werk unklare, widersprüchliche oder sich kurzfristig ändernde Forderungen stellt, oder aber diese Forderungen mit dem Allgemeinwohl-Anspruch der Stadtverwaltung nicht kompatibel gemacht werden können. Aber all das kommt selten genug vor.

Zur Zeit Nordhoffs in den 50er und 60er Jahren war der direkte Einfluß des VW-Werks auf die Wolfsburger Kommunalpolitik größer. Nordhoff war noch die alles beherrschende Figur in Wolfsburg und mischte sich auch in Dinge, die für das Werk nicht unmittelbar relevant waren.¹⁹ Dem entsprach damals auch ein relativ hoher Anteil von Werksangehörigen im Stadtrat, so daß ein Extra-Erlaß für Wolfsburg sicherstellen mußte, daß bei der Anwendung des § 26 NGO der Rat beschlußfähig blieb, wenn die VW-Ratsmitglieder den Saal wegen Befangenheit verlassen mußten.

¹⁷ Stat. Jhrb. dtsh. Gemeinden 1986, 73. Jg., S. 365.

¹⁸ Reichow, der 1959 das Buch »Die autogerechte Stadt« veröffentlichte, war zwischen 1947 und 1952 städtebaulicher Berater in Wolfsburg.

¹⁹ Vgl. hierzu H. Hilterscheid, Industrie und Gemeinde, Berlin ²1977. Aufschlußreich sind die Bezeichnungen für den damaligen Generaldirektor des VW-Werks gewesen, der seinerzeit in der Bevölkerung als »General«, »Ehrenbürger«, »der große Meister«, »der Papst von Wolfsburg«, »der liebe Gott«, »der Kaiser bzw. der König von Wolfsburg« titulierte wurde. Vgl. hierzu M. Schwonke / U. Herlyn (s. A 5), S. 45.

Das Nachlassen werksseitiger kommunalpolitischer Interventionen in Bereichen, die nicht unmittelbar für das Werk von Bedeutung sind, ist wohl darauf zurückzuführen, daß das VW-Werk inzwischen weit über die Stadt hinausgewachsen und zu einem weltweiten Konzern aufgestiegen ist, die Stadt Wolfsburg inzwischen einerseits weitgehend »fertig« geworden, andererseits nur noch ein Standort unter vielen VW-Standorten ist und die heutigen Führungsleute im Werk weder Zeit noch Lust haben (zumal als Ortsfremde), sich auf die Wolfsburger Kommunalpolitik herab- und einzulassen.

Beim VW-Werk hat sich also in bezug auf die Stadt inzwischen ein Verhältnis herausgebildet, wie es für nationale oder gar internationale Konzerne üblich zu sein scheint.²⁰ Auch Castells und Godard²¹ kamen in ihrer Studie über Monopolville, den Raum Dünkirchen, ja zu dem Schluß, daß die großen Konzerne dort nicht die kommunale Entwicklung direkt bestimmen, vielmehr das lokale politisch-administrative System über eine relative Autonomie verfüge. Und dennoch blieben die Interessen der großen Konzerne letzten Endes immer beherrschend, weil die Unternehmen und der Staatsapparat auf seinen verschiedenen Ebenen – quasi arbeitsteilig – dasselbe Ziel der Organisation eines funktionierenden Produktions-, Zirkulations- und Konsumtionszusammenhangs verfolgten, oder, wie ein Wolfsburger Arbeiter es – schlichter – ausdrückte: »Das Werk und die Stadt, das ist doch eine Einheit. Die ziehen doch am selben Strang.«²²

Doch der Topos von Wolfsburg als der Stadt des Volkswagens bezieht sich nicht nur auf die Beziehungen zwischen dem Werk und der Stadtentwicklung bzw. Kommunalpolitik, sondern das Werk drückt – noch immer – dem alltäglichen Leben der Stadt und ihren Bewohnern in vielen Bereichen seinen Stempel auf. Es bestimmt z. B. weitgehend die Berufswahl und Berufschancen der Heranwachsenden: Ein Arbeitsplatz bei VW gilt noch immer als finanziell lukrativ und relativ sicher, die Lehrlingsausbildung als gut. Selbst viele, die eine Ausbildung außerhalb des VW-Werks erhalten haben, drängen, wenn sie keine Anstellung im erlernten Beruf finden, ins Werk. Wahrscheinlich arbeiten in Wolfsburg bei VW mehr Bäcker oder Friseurinnen als außerhalb des Werkes. Bei VW zu arbeiten, ist nicht peinlich, sondern eher das Gegenteil: Man ist stolz darauf, VW-ler zu sein. Für Frauen bedeuten die durch das VW-Werk bestimmten Arbeitsmarktverhältnisse allerdings besondere Probleme: den Zwang (aus Mangel an Alternativen im Tertiärbereich) in der PKW-Produktion (am Band) arbeiten zu müssen, die geringe Chance, eine Teilzeitbeschäftigung zu finden, und zusätzliche Belastungen der Haushaltsführung bei einem auf Wechselschicht eingestellten Betrieb.

²⁰ Vgl. hierzu z. B. die Arbeit von W. L. Warren / J. O. Low, *The Social System of the Modern Factory*, New Haven 1947.

²¹ M. Castells / F. Godard, *Monopolville – L'entreprise, l'Etat, l'urban, Paris – la Haye* 1974.

²² Zit. in: U. Herlyn u. a. (s. A 5), S. 108.

Gerade dieser Aspekt der Wechselschichtarbeit bei VW wirkt sich auch sonst im Tagesablauf der Stadt aus, vor allem zu den jeweiligen Stoßzeiten und im Freizeitverhalten der Betroffenen.²³ Regelmäßige Freizeit- und Feierabendtermine können von Wechselschichtarbeitern nur unter erschwerten Bedingungen wahrgenommen werden. Andererseits sichern die Löhne bei VW und die Jahreswagen-Regelung den Beschäftigten wiederum Vorteile: In den 70er Jahren lag der Jahresbruttodurchschnittslohn je Lohnsteuerpflichtigem in Wolfsburg um 20% über dem vergleichbarer niedersächsischer Städte wie Hannover, Braunschweig oder Osnabrück.²⁴ Die spezifischen Arbeitsbelastungen, die gesamte technisch-ökonomische Ausrichtung des VW-Werks dürfte bewußtseinsprägend sein und bestimmte Freizeitverhaltensweisen nahelegen (Konsum und passive/aktive körperliche Regeneration dürften im Vordergrund stehen). Erwähnt wurde schon, daß das VW-Werk als leistungsfähiger Betrieb mit hohem Sozialleistungsniveau auf Seiten der Belegschaft ein hohes Anspruchsniveau auch gegenüber der Stadt produziert: Geld ist doch da! Naheliegenderweise läuft ein Großteil der Identifikation der Wolfsburger Bürger mit ihrer Stadt über das VW-Werk mit seiner Weltgeltung; über das VW-Werk vermitteln sich Bekanntschaften. Das Auf und Ab bei VW, z. B. der 1987 aufgeflogene Devisenskandal bei VW oder die aktuelle VW-Privatisierungsaktion der Bundesregierung, sind Gesprächsstoff in Wolfsburg, und die Lokalpresse berichtet ausführlich über Entwicklungen im Werk. Und selbstverständlich prägt das VW-Werk über seine Beschäftigungsstruktur das Milieu der Stadt: Wolfsburg ist Arbeiterstadt!

III. Wolfsburg als Arbeiterstadt

In keiner anderen Großstadt der Bundesrepublik war zum Zeitpunkt der (vor-)letzten Volks- und Berufszählung, nämlich 1970, der Arbeiteranteil so groß wie in Wolfsburg. Fast 62% der Erwerbstätigen waren als Arbeiter beschäftigt. In keiner Stadt, selbst in den Ruhrgebietsstädten nicht, überstieg damals der Arbeiteranteil die 60%-Grenze. Auch heute noch liegt der Anteil der Arbeiter an den in Wolfsburg Beschäftigten (also inkl. der Einpendler) um die 60%. Dennoch erinnert die Stadt nur sehr entfernt an das, was man sich unter einer »klassischen« Arbeiterstadt, z. B. einer Ruhrgebietsstadt, vorstellt. Schon 1956 schrieb Erich Kuby: »Das heutige Wolfsburg macht einen durchaus bürgerlichen Eindruck. (...) Die Menschen auf der Straße, von denen doch die Mehrheit, wie die Statistik beweist, während der Schicht im blauen Overall an Pressen, Drehbänken und Fließbändern stehen, unterscheiden sich in Auftreten und Erscheinung nicht von Lehrern, Bankbeamten und Regierungsräten.«²⁵

²³ Ebda., S. 188 ff.

²⁴ Quelle: Stadt Wolfsburg, Informationspaket, 1979, S. 0001.

²⁵ E. Kuby, *Das ist des Deutschen Vaterland*, Stuttgart 1957, S. 409.

S. Mallet²⁶ einerseits und J. H. Goldthorpe und D. Lockwood²⁷ andererseits hätten ihre Studien über die »Neue Arbeiterklasse« bzw. den »affluent worker« sicherlich auch in Wolfsburg und im VW-Werk machen können. Kennzeichnend für diese »moderne« Arbeiterschaft ist, daß sie in zukunftsträchtigen Branchen und dort wiederum in großen kapital- und technikintensiven Betrieben arbeitet, relativ gut verdient, ein instrumentelles Verhältnis zur Arbeit, zum Betrieb und auch zu den Gewerkschaften entwickelt und ein relativ ausgeprägtes Selbstbewußtsein über ihre betrieblichen Funktionen und Rechte hat. Außerhalb der Arbeitszeit äußert sich der Typus des »neuen Arbeiters« in steigenden Konsumbedürfnissen, einer wachsenden Freizeitorientierung, in der Herauslösung aus den traditionell engen Großfamilien- und Nachbarschaftsbeziehungen, in einer zunehmenden Konzentration auf die eigene Kleinfamilie. Dennoch, so die erwähnten Autoren, die sich mit der »neuen« Arbeiterschaft befaßt haben, unterscheidet sie doch noch einiges vom (Klein-)Bürgertum. Noch immer sind ihre sozialen Kontakte außerhalb von Familie, Verwandtschaft und Nachbarschaft begrenzt, noch immer ist ihre Freizeit durch spezifische Arbeitsbelastungen, Überstunden, Schichtarbeit und Mitarbeit der Frau restringiert, noch immer gehen Arbeiterkinder seltener auf weiterführende Schulen als Kinder des (Klein-)Bürgertums, noch immer wird das Leben, insbesondere aber die Verwendung des Einkommens, weniger und kurzfristiger verplant, noch immer ist die Partizipation des Arbeiters am kulturellen und politischen Leben einer Stadt relativ gering.

Diese Umschreibung der »neuen«, gut verdienenden Arbeiterklasse entspricht ziemlich genau dem, was man in Wolfsburg sieht. Auch der gut verdienende VW-Arbeiter geht seltener ins Theater, ist seltener im Verein organisiert, interessiert sich weniger für die Lokalpolitik, lebt stadtteilbezogener, ist hinsichtlich der Ausbildung seiner Kinder weniger aufstiegs- und bildungsorientiert als der Angestellte oder Beamte.²⁸ Obwohl diese Unterschiede also auch in Wolfsburg fortbestehen, so hat sich in der Stadt aber eben auch nicht die »traditionelle Arbeiterkultur«²⁹ entwickelt; nur einmal (1946) erreichte die SPD mehr als 50% der Stimmen in Wolfsburg. Seit Mitte der 70er Jahre »regiert« ununterbrochen die CDU! Diese mangelnde Verwurzelung des Wolfsburger (VW-)Arbeiters in der traditionellen Arbeiterkultur und politischen Arbeiterbewegung hängt nicht nur mit den spezifischen, »modernen« Arbeitsbedingungen im VW-Werk zusammen (hohes Lohn- und Sozialleistungsniveau, Mit-

²⁶ S. Mallet, *Die neue Arbeiterklasse*, Neuwied 1972.

²⁷ J. H. Goldthorpe / D. Lockwood u. a., *The affluent worker in the class structure*, Cambridge 1969.

²⁸ Dies sind Ergebnisse unserer 2. Wolfsburg-Studie (s. A 5).

²⁹ Unter diesen Begriff würden z. B. Verhaltensweisen fallen wie geringe Teilnahme am öffentlichen (kulturellen wie politischen) Leben, Konzentration der sozialen Beziehungen auf die Familie bzw. Verwandtschaft, z. T. das Stadtviertel, nachbarschaftliche Solidarität, Wertschätzung körperlicher Arbeit (auch in der Freizeit, z. B. im Garten), dichotomisches Weltbild, Interesse für Mannschafts- und/oder Kraftsportarten (Fußball, Boxen), Trennung der weiblichen und männlichen Lebenswelten.

bestimmung, zukunftssträngige Branche, Sozialpartnerschaftsideologie etc.), sondern auch damit, daß es in Wolfsburg als neuer Stadt keine Traditionsbestände einer alten Arbeiterkultur gab und gibt.

Der größte Teil der nach dem Krieg beim VW-Werk eingestellten Arbeiter bestand aus Flüchtlingen, Vertriebenen und ehemaligen Soldaten, die zum überwiegenden Teil aus anderen Berufen kamen. Dann wurden Arbeitskräfte aus dem Umland rekrutiert, die aus der Landwirtschaft freigesetzt wurden; und noch immer werden Leute eingestellt, die in anderen Berufen ausgebildet worden sind. Das ist keine Belegschaftszusammensetzung, aus der sich eine traditionelle Arbeiterkultur hätte entwickeln können. Auch die Stadt als Ganze und der Wohnungsbau in ihr boten kaum Anknüpfungspunkte für das Entstehen von Arbeitermilieus. Die Prototypen des traditionellen Arbeiterwohnbaus, die Mietskaserne bzw. die Arbeitersiedlung, kamen in Wolfsburg bereits nicht mehr zur Anwendung. Die VW-Arbeiter leben überwiegend in modernen, gut ausgestatteten Wohnungen, in durchgrüntem, infrastrukturell ausreichend erschlossenen Siedlungen. Nichts erinnert an das Wohnungs-elend der »alten« Arbeiterklasse.

Wolfsburg ist dennoch – nicht nur statistisch – Arbeiterstadt, wenn auch moderner Prägung. Sie bleibt jedoch um so mehr Arbeiterstadt, als die andere Hälfte der Bevölkerung, die Gruppe der Angestellten, Beamten und Selbständigen, nicht in der Lage ist, der Stadt ein bürgerliches Gepräge zu geben. Das ist wesentlich auch eine Frage der Quantität. In keiner Großstadt der BRD war und ist der Anteil der Selbständigen an der Erwerbsbevölkerung so gering wie in Wolfsburg: statt über 6% lag er 1972 bei 3%!³⁰ Hieran hat sich – eigenen Berechnungen zufolge – nichts geändert. Auch der bildungsbürgerliche Anteil an der Wolfsburger Bevölkerung ist unterdurchschnittlich. In den 70er Jahren entsprach der Anteil der Wolfsburger mit Hochschulabschluß in etwa dem der Revierstädte, während er um mehr als die Hälfte kleiner war als in Universitätsstädten wie Saarbrücken, Darmstadt oder Erlangen, ganz zu schweigen von Städten wie Heidelberg oder Göttingen.³¹ Es fehlen also in Wolfsburg schon rein quantitativ die besitz- und bildungsbürgerlichen Kristallisationspunkte einer »bürgerlichen Kultur«. Dies äußert sich im Defizit an gehobenen Restaurants, an Feinschmeckerlokalen, Antiquitätengeschäften, Kunstgalerien, ambitionierteren Programmkinos, exklusiven Boutiquen usw.; auch das 1973 fertiggestellte Theater scheint – trotz guten Besuchs und individueller Zufriedenheit der Besucher – keinen allzu großen Einfluß auf das kulturelle Leben der Stadt gehabt zu haben.³² Das liegt wesentlich daran, daß es sich um ein reines Gastspieltheater handelt, also kein eigenes Ensemble hat: Und genauso schnell wie die Theatergruppe Wolfsburg wieder

³⁰ Stat. Jhrb. dtsh. Gem. 1972, 59. Jg., S. 411.

³¹ Ebda.

³² In den 50er Jahren bezeichnete man die vom VW-Werk finanzierten Auftritte H. v. Karajans mit den Berliner Philharmonikern als »Karajans Wüstenritte«.

verläßt, so schnell fahren die Theaterbesucher zu sich nach Haus. Wo sollte man auch hin?

Die Stadt hat auf diese Sozialstruktur und dieses Milieu zunächst einmal mit einer Infrastrukturpolitik reagiert, die sich, so ein ehemaliger Oberstadtdirektor,³³ am Wolfsburger Normalbürger, d. h. am VW-Arbeiter orientierte. Ein Schwerpunkt der Wolfsburger Infrastrukturpolitik lag also bei jenen Einrichtungen, an deren Benutzung keinerlei bildungsbürgerliche Voraussetzungen geknüpft sind: Sportanlagen, Hallen-, Frei- und Freizeitbäder, Grünanlagen, Stadtbücherei, Volkshochschule, eine Stadthalle mit einem populären Veranstaltungsprogramm.

Die Stadt hat sich dennoch nie ganz mit der VW-geprägten Sozialstruktur abfinden können. Schon in den 50er Jahren galt es, durch Schaffung und Ansiedlung von Arbeitsplätzen im tertiären Bereich, die Sozialstruktur der Stadt abzurunden und zu »veredeln«. Den Ausbau der zentralörtlichen Infrastruktur (Schulwesen, Krankenhaus, Behörden) bzw. des privaten Handels- und Dienstleistungsbereichs verfolgte man also nicht nur aus ökonomischen Gründen, sondern ganz bewußt auch mit Blick auf die Sozialstruktur: »Und seien es nur ein paar hundert Beschäftigte im Tertiärbereich. Wir wollten das Milieu der Stadt aufwerten. Sind da aber von allen Seiten ziemlich im Stich gelassen worden. Selbst als die VW-Stiftung gegründet wurde, entschied man sich gegen die Stadt: die Stiftung kam nach Hannover. Das war eine große Enttäuschung.«³⁴

Zur Zeit des Aufbaus des Universitätswesens in den 60er und 70er Jahren hoffte man in Wolfsburg auf die Gründung einer Universität, zumindestens einer Fachhochschule in der Stadt. Aber auch diese Hoffnung zerschlug sich. Immerhin wird 1988/89 ein Institut für Fahrzeugbau des FH Braunschweig/Wolfenbüttel in Wolfsburg seinen Lehrbetrieb für zunächst 60 Studenten aufnehmen. Dies dürfte wahrscheinlich nur deshalb möglich geworden sein, weil sich das VW-Werk und die Stadt Wolfsburg an der Finanzierung des Institutes (inkl. der Personalkosten) beteiligen werden.

Darüber hinaus hat sich die Hoffnung der Stadt hinsichtlich einer Abrundung der Sozialstruktur teilweise auf das VW-Werk selbst gerichtet und auf dessen interne Tertiärisierung: Vor allem durch den Ausbau der Konzernverwaltung und der Forschungs- und Entwicklungsabteilung hat sich der Anteil der Angestellten bei VW stark vergrößert, heute sind fast ein Viertel aller VW-Beschäftigten Angestellte! Dieser Angestelltenboom ist aber offensichtlich nicht so stark gewesen, daß Wolfsburg seinen Charakter als Arbeiterstadt verloren hätte. Insbesondere ist keine entscheidende Veränderung im soziokulturellen Milieu der Stadt erkennbar. Die Gruppe der mittleren, höheren und leitenden Ingenieure und Kaufleute bei VW tritt im gemeindli-

³³ W. Hesse (s. A 16), S. 62.

³⁴ Der ehemalige Oberstadtdirektor Hesse in einem Gespräch mit einem der Verfasser am 24. 11. 84.

chen Leben kaum in Erscheinung.³⁵ »Sie gehen zwar als private Konsumenten in die Sportvereine, in die Stadtbücherei, ins Theater usf., übernehmen aber sehr selten Funktionen in Vereinen, Verbänden und den Parteien, engagieren sich kaum im kulturellen Leben. Viele von ihnen wohnen noch nicht allzu lange in Wolfsburg und haben noch Kontakte woandershin, sind z. T. noch mobilitätsorientiert und wollen deshalb nicht in Wolfsburg Wurzeln schlagen, sind beruflich stark eingespannt und sind ausschließlich wegen der Verdienstmöglichkeiten und/oder beruflichen Karriere nach Wolfsburg gekommen und nicht etwa, weil die Stadt sie angelockt hätte. So bleiben sie (noch) auf Distanz zur Stadt und pendeln zwischen der Arbeit bei VW und der privat verbrachten Freizeit im Eigenheim mit Garten.«³⁶

Mallet³⁷ hat ja bekanntlich zur »neuen Arbeiterklasse« die Wissenschaftler, die Ingenieure und Techniker, die in den Konstruktions- und Forschungsabteilungen der modernen Industrie arbeiten, aber auch die leitenden Angestellten und die qualifizierten Arbeiter zusammengefaßt. Bei aller Fragwürdigkeit dieses Konzeptes und der Differenzierungen innerhalb dieser neuen Klasse hinsichtlich betrieblicher Stellung, Funktion, Ausbildung und Bezahlung so scheint sie doch zumindestens dahingehend »homogen«, daß sie die bürgerliche Kultur nicht lebt und trägt, sondern sie allenfalls partiell konsumiert. Insofern ist Wolfsburg Arbeiterstadt in diesem erweiterten Sinne geblieben; das Milieu der Stadt ist Ausdruck der Hegemonie dieser »neuen Arbeiterklasse«. Aber nicht darin unterscheidet sich Wolfsburg von Städten wie Hannover, Braunschweig oder Osnabrück (auch dort stellt die neue Arbeiterklasse die Bevölkerungsmehrheit), sondern durch das nur in Ansätzen Vorhandensein subkultureller Milieus: Keine sichtbaren Studenten- oder Geschäftsleutemilieus, keine sich öffentlich in Szene setzende Honoratiorenclique oder Bildungsschickeria, keine Yuppies, keine Arme-Leute-Ghettos, kaum Drop-outs, keine traditionelle Arbeiterkultur, sieht man einmal von einer recht lebendigen »Kleingärtnerszene« ab. Auch die Ausländer, in Wolfsburg vor allem Italiener, fallen weniger auf als anderswo. Wolfsburgs Sozialstruktur und kulturelles Milieu ist seltsam konturlos geblieben. Großstädtische Heterogenität hat die Stadt in den ersten 50 Jahren ihrer Existenz erst in Ansätzen hervorgebracht: Zu erwähnen wären hier die dörflichen bzw. kleinstädtischen Milieus in den eingemeindeten Ortschaften, die sich herausbildenden Status- und Prestigeunterschiede der einzelnen Stadtteile in der Kernstadt oder die sich immer deutlicher abzeichnenden Stadtteilmilieus aufgrund unterschiedlicher Altersstrukturen in den einzelnen Stadtvierteln.

³⁵ »Die Wolfsburger gingen auch wenig aus. Die VW-Führungsschicht schon gar nicht.« W. Hesse (s. A 16), S. 75.

³⁶ U. Herlyn u. a. (s. A 5), S. 91.

³⁷ S. Mallet (s. A 25).

IV. Wolfsburg als junge Stadt

»Im Jahre 2000 ist jeder vierte Bürger über 60 Jahre alt.« Mit dieser Überschrift wurde in den Wolfsburger Nachrichten vom 20. 1. 1988 ein Artikel über den natürlichen Alterungsprozeß der Wolfsburger Bevölkerung veröffentlicht, der zeigen soll, daß die für die Bundesrepublik erwartete Zunahme älterer Bewohner für die »junge Stadt« Wolfsburg eine besondere Planung erfordert. Die für verschiedene Politikbereiche folgenreiche Zunahme bedeutet nämlich in Wolfsburg in absoluten Zahlen eine Steigerung um 10 000 Personen über 60 Jahre (etwa die Hälfte der jetzigen Zahl alter Menschen über 60 Jahre) bis zur Jahrtausendwende. Das bedeutet, daß im Jahre 2000 in der »jungen Stadt« Wolfsburg prozentual in etwa so viele alte Menschen wohnen wie in der Bundesrepublik³⁸ und sich damit der Altersaufbau »normalisiert« hat.³⁹ Allerdings – und das sind die sehr langfristigen Wellen von atypischen Altersstrukturen – wird die Normalisierung nur eine kurze Zeit andauern, weil sich später die Überalterung in Wolfsburg dramatisch zuspitzen wird, wenn nicht nur die Kinder der im und nach dem Zweiten Weltkrieg zugezogenen jungen und mobilen Bevölkerungsgruppen alle alt geworden sind, sondern auch deren Enkel, die sich heute am Ende des zweiten Lebensjahrzehnts, überwiegend jedoch im dritten Lebensjahrzehnt befinden. Wenn man davon ausgeht, daß erst nach »Durchwachsen« dieser starken Zuzugs- und Geburtskohorten der Altersaufbau insgesamt sich beruhigt und normalisiert, dann ist man gar nicht mehr so weit entfernt von den theoretischen Annahmen von H. G. Peisert, der von etwa 100 Jahren ausgeht, in denen sich erst die Besonderheiten des Altersaufbaus neuer Städte verlieren.⁴⁰

Die Anomalien der Altersstruktur der Wolfsburger Bevölkerung früher und heute werden am deutlichsten, wenn sie mit dem jeweiligen Altersaufbau der Bundesrepublik verglichen werden (vgl. Abb. 6 und 7). Vor 30 Jahren zeigten sich noch mit aller Schärfe die für Neubausiedlungen klassischen Über- und Unterbesetzungen: Die jungen und mobilen Altersgruppen sind deutlich überrepräsentiert mit entsprechend vielen Kindern und einem deutlichen Defizit an älteren Menschen über 50 Jahren (über 65 Jahre waren nur 5% gegenüber 10,5% im Bundesdurchschnitt). Heute erkennen wir bei erheblich veränderter bundesrepublikanischer Altersgliederung eine weitgehende Angleichung des Wolfsburger Altersaufbaus, der immer noch einen Überhang bei den Kindern der ersten starken Zuzugskohorten, also den heute 40–50jährigen und deren überwiegend in den 60er Jahren geborenen Kindern, aufweist. Diese Angleichung der Altersstrukturen ist einmal auf die sich zwar in den

³⁸ So wird prognostiziert, daß im Jahr 2000 in Wolfsburg 17% der Einwohner über 65 Jahre alt sein werden, in Braunschweig sind es 2% mehr, in Niedersachsen 1% weniger und in der Bundesrepublik 1% mehr (vgl. Wolfsburger Nachrichten vom 6. 11. 1987).

³⁹ Vgl. M. Schwonke und U. Herlyn (s. A 5), S. 70.

⁴⁰ H. G. Peisert, Bevölkerungsentwicklung in Neuen Städten, Hannover 1959.

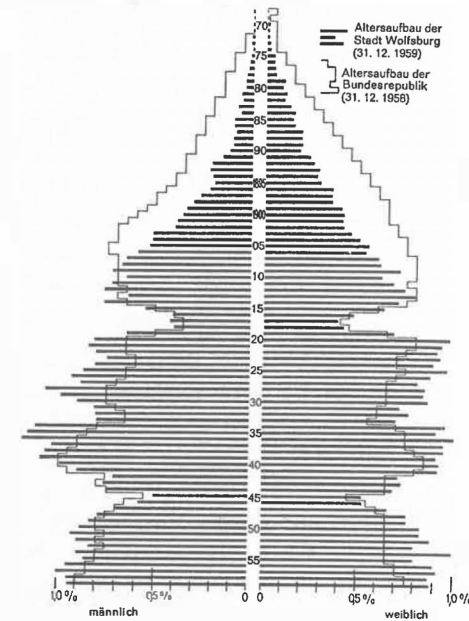


Abb. 6 Lebensbaum der Bundesrepublik und der Stadt Wolfsburg 1958/59.

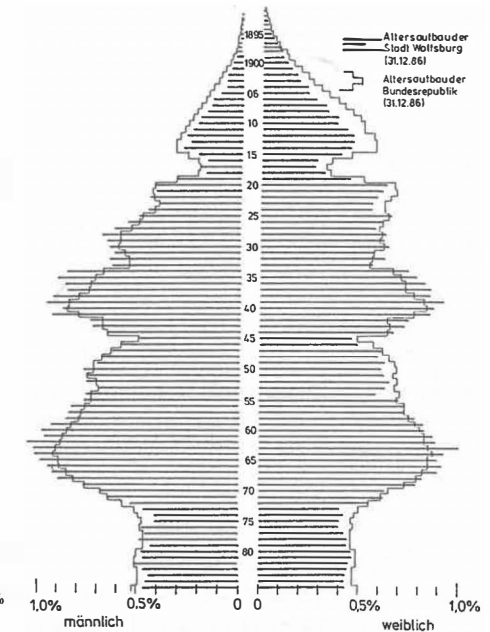


Abb. 7 Lebensbaum der Bundesrepublik und der Stadt Wolfsburg 1986.

60er und besonders 70er Jahren durchschnittlich abschwächende, aber immer noch über dem Durchschnitt vergleichbarer niedersächsischer Städte liegende Zuwanderung von jüngeren Personen zwischen 20 und 40 Jahren zurückzuführen; zum anderen hängt sie mit einer umfänglichen Eingemeindung im Jahre 1972 zusammen: »Rund 35 000 EW sind »Eingemeindungsgewinne«, ergeben sich also nicht aufgrund von Wanderungs- und/oder Geburtenüberschüssen, sondern aus dem Verwaltungsakt der Erweiterung des Gemeindegebietes«⁴¹ und diese eingemeindete Bevölkerung hatte einen »normaleren« Altersaufbau.

Der – wie gesehen – ursprünglich atypische Altersaufbau der ganzen Stadt wiederholte sich im Laufe der Geschichte der Stadt in jedem gerade fertig gewordenen neuen Stadtviertel, die erheblich von dem jeweiligen Durchschnitt der gesamtstädtischen Altersstruktur abweichen (vgl. Abb. 2). Es gibt somit in der noch an Bewohnern jungen Stadt einige extrem überalterte Stadtteile (vgl. Tab. 1). Diese auch aus anderen Städten bekannten demographischen Wellen erreichen in Wolfsburg eine besondere Höhe, weil in verschiedenen Zeitabschnitten fast alle Zuwanderer in ein- und dasselbe Stadtviertel kamen.

⁴¹ U. Herlyn u. a. (s. A 5), S. 65; vgl. zu Problemen der Gebietsreform in Wolfsburg insb. W. Tessin, Stadtwachstum und Stadt-Umland-Politik, München 1986 und seinen Beitrag in diesem Heft.

Stadtteile (vgl. Abb. 2)		Anteil über 60 Jahre
Steimker Berg	überaltert	44,3%
Hohenstein		38,5%
Köhlerberg		37,1%
Hageberg		35,8%
Wohltberg		35,1%
Kreuzheide	überdurchschnittlich	10,8%
Teichbreite	jung	10,3%
Detmerode		9,0%
Westhagen		6,5%
Stadt insgesamt		18,3%

Quelle: Stadtentwicklungsamt Wolfsburg, Seniorenbefragung 1986, S. 5 (gekürzte Wiedergabe)

Tabelle 1: Anteile der über 60jährigen Bewohner in ausgewählten Stadtteilen am 1. 1. 1987

Dementsprechend schwankt der Bedarf an auf Kinder und Jugendliche bezogenen Einrichtungsplätzen, vor allem Schulen, stark, was die lokale Planungspolitik vor nicht geringe Aufgaben stellt. Reagierte man früher darauf mit beweglichen Klassen und der Veränderung der Schulbezirke, so konnten wir in der zweiten Untersuchung nach einer kleinen Fallstudie der Stadtviertel Teichbreite und Rabenberg feststellen, »daß die »Kinder- und Schülerberge« durch elastische Einzugsbereiche aufgefangen und reguliert werden«,⁴² Aber nicht nur die Auslastung kinderbezogener Einrichtungen – teilweise wurden bereits Grundschulen geschlossen – schwankt, sondern auch z. B. der Bedarf an Bestattungsplätzen. Kamen im Durchschnitt der Jahre 1948–1957 auf 1000 Einwohner 5,2 Gestorbene, so waren es im Durchschnitt der Jahre 1975–1984 schon 8,7 Gestorbene.⁴³

Schließlich wird man auch Umnutzungen vornehmen, wenn Infrastruktureinrichtungen für bestimmte Zwecke nicht ausgelastet werden. Dies mag im Einzelfall für die Betroffenen ärgerlich und für die Planungsverantwortlichen schwierig sein, aber soziologisch interessanter sind die über die Verteilung und Nutzung einzelner Einrichtungen hinausgehenden Konsequenzen von besonderen Altersstrukturen. Die Tatsache, ob jüngere oder ältere Menschen in einer Stadt überwiegen, teilt sich dem gesamten Leben der Stadt mit, bestimmt gewissermaßen ihren Rhythmus, denn alte Menschen spielen nicht nur in ökonomischer bzw. steuerlicher Hinsicht eine besondere Rolle.

»Man muß sie auch als Faktoren der Integration ernstnehmen. Sie tradieren ein Stück Stadtgeschichte, sie halten an Verhaltensnormen fest und geben sie weiter, sie sind die länger Ansässigen, die ihr Interesse und ihre Energie nicht mehr primär dem

Beruf und dem Aufstieg zuwenden. Sie haben sich in der Regel am Wohnort auf Dauer eingerichtet und repräsentieren das Dauernde. Ihre »Beschaulichkeit«, ihre durch lange Erinnerungen bestimmte Einstellung zu ihrem Wohnort, die sich in den immer wiederkehrenden Gesprächen über das, was früher war, ausdrückt, wirken mit an dem, was einer Stadt Atmosphäre gibt. Hierfür ist nicht nur das Alter der Gebäude, sondern auch das Alter der Bewohner wichtig. Die ältere Generation verharrt in der Regel räumlich, sozial und im Verhalten auf der Position, die sie erreicht hat. Sie wird damit zum stabilisierenden Faktor, auf den gerade eine lebendige und dynamische Stadt nicht verzichten kann.«⁴⁴

Das langjährige weitgehende Fehlen dieser Bevölkerungsgruppe verlieh dem alltäglichen Leben im positiven Sinne eine oft hervorgehobene Dynamik, eine fortschrittsorientierte Geschäftigkeit. Ins Negative gewendet erscheint diese Qualifizierung in der häufig von den Bewohnern genannten Metapher »hektische Stadt«, in der die Menschen keine Zeit füreinander zu haben scheinen. Arbeit und Konsum sind die beiden Pole, zwischen denen das eigentliche Leben in Wolfsburg – in den 50er Jahren auch »Goldgräberstadt« genannt – zu kurz zu kommen scheint. Das Fehlen von Muße und Beschaulichkeit im Alltag (man hat keine Zeit und muß weiter: »Wenn ich heute jemand treffe, immer den Blick auf die Uhr; als wenn sie wegläuft« (Facharbeiter, 42 Jahre alt) hängt sicherlich auch mit der Unterrepräsentation alter Leute zusammen wie eben auch mit den vergleichsweise vielen Kindern, die dem Wolfsburger Erscheinungsbild auf den Straßen und Plätzen lange Zeit den Stempel aufdrückten. Der weitgehende Ausgleich von Jung und Alt in den letzten Jahren hat zunehmend zu einer Normalisierung und Beruhigung geführt. Hinzukommen die in Wolfsburg schon seit längerer Zeit üblichen Vorruhestandsregelungen (besonders die 58er Regelung), die mit dazu beitragen, daß die nicht direkt vom Arbeitsrhythmus geprägte Schicht von Einwohnern in Wolfsburg zunimmt.

Die Rede von der »jungen Stadt« war aber nicht nur auf das Lebensalter der Bevölkerung bezogen, sondern meinte von Anfang an auch die neuen Bauten, die alle aus der Lebenszeit der Bewohner stammten. Es gab bis auf Ausnahmen (z. B. St.-Annen-Kirche, Schloß Wolfsburg) keine baulichen Überlieferungen aus früherer Zeit. Die Bewohner vermissen die Gegenwart der Geschichte, vor allem alte Häuser, die aus anderen historischen Epochen stammen. Die aus dem Kriege stammenden Wohngebiete in der Stadtmitte sind zwar inzwischen weitgehend unter Denkmalschutz gestellt, aber das ändert nichts daran, daß man überwiegend in neuerer Architektur leben muß. Die alten Gebäude repräsentieren andere historische Zeiten und vermitteln immer auch damit zunächst die Vorstellung eines anderen Lebens und bieten sich für mannigfache Projektionen an. So kommt es nicht von ungefähr, daß häufig auf das alte Braunschweig verwiesen wird und man voller Stolz auf den nahe gelegenen,

⁴² U. Herlyn u. a. (s. A 5), S. 164.

⁴³ Statistisches Jahrbuch der Stadt Wolfsburg 1984, S. 35.

⁴⁴ M. Schwonke und U. Herlyn (s. A 5), S. 71.

inzwischen eingemeindeten Ort Fallersleben verweist. In der Tat hat man mit der Eingemeindung von 1972 über 1000 Jahre alter Ortschaften (wie Vorsfelde und Fallersleben) die Gelegenheit benutzt, Wolfsburg an geschichtlicher Tradition teilnehmen zu lassen. Schon bei der Gründung der Stadt hieß Wolfsburg: »Stadt des KdF-Wagens« bei Fallersleben. Es ist der Geburtsort von Heinrich Hoffmann von Fallersleben, dessen Geburtshaus heute neben dem Schloß im Fachwerkstil aus dem 16. Jahrhundert und dem alten Brauhaus die attraktivsten Häuser in diesem traditionsreichen Ort darstellen. In einem kürzlich über Wolfsburg erschienenen Journal heißt es: »Ganze Straßenzüge wie z. B. die Westerstraße in Fallersleben mit ihren zum Teil noch aus dem 17. Jahrhundert stammenden Bürgerhäusern oder die Amtsstraße in Vorsfelde stehen als Ensemble unter Denkmalschutz und werden von den Bürgern mit viel Liebe und finanziellem Aufwand erhalten.«⁴⁵ Die Pflege des historischen Erbes im Raum Wolfsburg läßt sich die Stadt durch umfängliche Bauerhaltungsmaßnahmen sehr viel Geld kosten. Wenn auch bis auf Ausnahmen die Zeugen vergangener Zeiten weitgehend fehlen, so ist doch der lebenszeitgeschichtliche Wandel der Baukultur an fast keinem Ort besser ablesbar als in Wolfsburg, denn alle städtebaulichen Leitbilder schlagen sich lupenrein in der Stadt nieder (vgl. den Beitrag von D. Kautt).

V. Wolfsburg als »Stadt aus der Retorte«

Wenn A. Mitscherlich vor gut 20 Jahren polemisch sagte: »Städte werden produziert wie Automobile«,⁴⁶ so trifft dieser Satz in seiner entwaffnenden, die ganze Unbekümmertheit technizistischer Planungsorientierung offenlegenden Brutalität auf keine andere Stadt besser zu als auf die Volkswagenstadt Wolfsburg. Mit diesem häufig gebrauchten Begriff wird darauf abgehoben, daß die Stadt nicht organisch gewachsen ist, sondern in einem einzigen Entwurf als künstliches Gebilde am Reißbrett von Architekten entstanden ist. Gerade die Bezeichnung »Retortenstadt« zeigt an, daß die Mixtur zwar eine gebrauchsfähige, funktionierende Umwelt hervorgebracht hat, aber auch, daß die geschichtslose räumliche Umgebung dem geschichtlich lebenden und denkenden Menschen letztlich fremd bleiben muß und sie sich deshalb einer emotional gefärbten Aneignung sperrt. Die moderne Umgebung wurde durchweg als kalt, nüchtern, abweisend, ungemütlich bezeichnet, mit der man »nicht warm« werden kann. Es war ja in Wolfsburg nicht so wie in vielen Städten, die neben anderen ein oder zwei moderne Viertel haben, sondern bis auf wenige Ausnahmen bestand alles

⁴⁵ J. Maaß, Denkmalpflege in einer jungen Stadt, in: Architektur und Wirtschaft Journal Wolfsburg, Wiesbaden 1987.

⁴⁶ A. Mitscherlich, Die Unwirtlichkeit unserer Städte – Anstiftung zum Unfrieden, Frankfurt 1965, S. 33.

aus Modernität, für die es kaum Anknüpfungspunkte für die größtenteils aus gewachsenen Orten anderer Regionen Zuwandernden gab.

Wenn die Vorgeschichte des Individuums keine Entsprechung in einer geschichtsarmen städtischen Umwelt findet, wie z. B. in der modernen Umgebung der Neuen Stadt Wolfsburg, dann kann es zu einer »Beschränkung der psychischen Bewegungsfreiheit« kommen: In einem solchen Fall sind – wie H. P. Bahrtdt ausgeführt hat – die Betroffenen in der »eigenen Epoche eingesperrt«.⁴⁷

Bezeichnend für die Schwierigkeiten, sich die Stadt als »ihre« Umwelt zu erschließen, ist z. B., daß man wegen des Einkaufs langlebiger Konsumgüter häufig genug in das ca. 30 km weit entfernte Braunschweig fährt, was nicht allein mit dem breiter gefächerten und qualitätsvolleren Angebot allein erklärt werden kann. In der Altstadt von Braunschweig – einer Stadt mit »Patina« – wird ein »gewisses Flair« wahrgenommen, d. h., man ist mit der Kulisse dieser alten, traditionsreichen Stadt vertraut, man hält sich gerne dort auf und fühlt sich in der Atmosphäre eher geborgen als in Wolfsburg, wo »überall der Wind bläst«, daß »man regelrecht friert« und die Straßen und Häuser »nichts ausstrahlen«. Was viele bewegt, drückt einer der sog. »Pioniere« plastisch aus: »In Braunschweig – nur 25 km weg – ist es doch ganz anders in der Innenstadt. Wenn Sie z. B. da rumgehen, spazieren gehen, merken Sie, daß dort ein gewisses Flair vorhanden ist. Das haben Sie hier nicht. In Wolfsburg hasten alle nur und haben als Ziel nur das Einkaufen. Aber wenn Sie durch Braunschweig gehen, da sitzen die Leute, trinken Kaffee – es sind auch viele Studenten da. Es gibt ein städtisches Treiben, das es in Wolfsburg, der Arbeiterstadt, nicht gibt« (Bauführer, 51 Jahre alt, seit 1942 in Wolfsburg).

Es scheint ein Beleg für die nicht ohne weiteres in die eigene Lebenswelt integrierbare moderne bauliche Umwelt in der Massierung wie in Wolfsburg zu sein, daß die Klage über eine fehlende Atmosphäre sich so hartnäckig hält. In einer Untersuchung zur Ortsbezogenheit in Wien konnte festgestellt werden: »Die spezifische Ausstrahlung einer Gegend (Image, Prestige, Atmosphäre) wird im Lauf der Zeit vergessen und irrelevant. Atmosphäre weicht sozialen Motiven der Verbundenheit mit einem Ort.«⁴⁸ Es wird in Wolfsburg eine längere Zeit dauern, bis die überwiegend moderne bauliche Umwelt, der es anscheinend an Ausstrahlungsmacht mangelt, in den Lebenszusammenhang der Bewohner als positiver Faktor integriert werden kann. Die Akzeptanz dieser Umwelt ändert sich nun grundlegend mit dem Faktum der Vertrautheit in den »formativen Jahren«⁴⁹ und damit der Dauer des Wohnens in diesem Ort.

⁴⁷ H. P. Bahrtdt, Geschichtliche Bedingtheiten der Wahrnehmung – Wahrnehmung von Geschichtlichem, unveröff. Ms., 1975, S. 9f.

⁴⁸ E. Bodzenta / J. Speiser und K. Thum, Wo sind die Großstädter daheim?, Wien 1981, S. 106.

⁴⁹ Mit diesem Ausdruck meint Inglehart die ersten 20 Jahre, die den Menschen besonders nachhaltig prägen; vgl. R. Inglehart, Wertwandel in den westlichen Gesellschaften, in: H. Klages und P. Kmiecik (Hrsg.), Wertwandel und gesellschaftlicher Wandel, Frankfurt 1979.

Gerade bei den in Wolfsburg Aufgewachsenen – so konnten wir feststellen – wurde die Modernität der Stadt nicht so negativ empfunden als von jenen, die in ihren jungen Jahren eine andere Umwelt erlebt hatten. In diesem Zusammenhang dürfen auch nicht die positiv empfundenen Momente wie Sauberkeit, Ordentlichkeit und insbesondere die großzügig gestalteten und waldreichen Frei- und Grünflächen vergessen werden.

Die Metapher von Wolfsburg als Stadt aus der Retorte bezieht sich nun nicht nur auf das äußere Bild der Stadt, sondern auch auf die Bevölkerungszusammensetzung. Vor allem die nicht in Wolfsburg geborenen Einwohner haben nicht nur Distanz zu dem äußeren Erscheinungsbild der Stadt, sondern auch ein distanziertes Verhältnis zur Einwohnerschaft, die einem lange Zeit verbreiteten Topos zur Folge als »zusammengewürfeltes Volk« bezeichnet wurde, weil sie aus ganz verschiedenen Gegenden Deutschlands, zu großen Teilen aus Gebieten östlich der Oder-Neiße, stammten.⁵⁰ In dieser Verschiedenartigkeit der geographischen wie – damit zusammenhängend – der kulturellen Herkunft sahen viele die wesentlichen Schranken zur sozialen Integration im Nahbereich des Wohnens wie in der ganzen Stadt. Wenn Gleichartigkeit eine der Voraussetzungen für integrative Prozesse darstellt, dann waren mit der Schichtzugehörigkeit, der Beschäftigung bei einem Arbeitgeber, dem VW-Werk, dem Lebensalter bzw. der Stellung im Lebenszyklus charakteristische Indikatoren von großer Ähnlichkeit vorhanden, die auf einen zügigen gemeindlichen Integrationsprozeß schließen ließen. Die Fremdheit, mit der sich die früheren Bewohner so sehr beschäftigten und die sich in einem über lange Zeit sehr distanzierten Verhältnis zur Stadt und zu den Menschen festsetzte, verwandelte sich einmal dadurch, daß die in den 60er und 70er Jahren Zuziehenden sich kulturell nicht so total fremd waren, zum anderen jedoch vor allem dadurch, daß die erste Wolfsburger Generation der hier Geborenen in den 70er Jahren zunehmend auch im öffentlichen Leben dieser Stadt in Erscheinung trat. Der Topos »zusammengewürfeltes Volk« verschwand im Laufe der Jahre zusehends und wurde in unserer zweiten Untersuchung im Jahr 1980 kaum noch erwähnt. Nicht das bewußte und nachträgliche Sich-Gewöhnen und Einfügen in die soziale Realität der Stadt, sondern gerade das selbstverständliche Hineinwachsen in das soziale Handlungsfeld am Heimatort vermittelt ein Zusammengehörigkeitsgefühl, das in der Regel die Grundlage sozialer, politischer und kultureller Initiativen darstellt. Viele sind zwar noch nicht mit letzter Selbstverständlichkeit Wolfsburger, aber die Kommunikationsstrukturen zwischen den Bewohnern haben sich doch stark in den 70er und 80er Jahren verdichtet, so daß der Grad an Identifizierung heute sich ganz wesentlich zur früheren Zeit verändert hat.

⁵⁰ In der ersten Wolfsburg-Studie wurde der Bevölkerungsanteil der Flüchtlinge und Heimatvertriebenen für das Ende der 50er Jahre mit über der Hälfte der Bevölkerung Wolfsburgs angegeben; vgl. M. Schwonke und U. Herlyn (s. A 5), S. 64.

Den Grad an Identifizierung haben wir versucht zu messen mit dem Begriff Heimat, der zwar in der Geschichte stark ideologiebefrachtet ist,⁵¹ dem aber sowohl zur Zeit der ersten Untersuchung in den 50er und frühen 60er Jahren ein hoher Aufforderungscharakter zukam als auch 20 Jahre später, als es nach einer Zeit der konsequenten gesellschaftlichen Modernisierung in den 60er und frühen 70er Jahren zu einer Renaissance des Heimatgefühls kam. Der Anteil der von uns befragten über 40jährigen und mindestens 20 Jahre in Wolfsburg Wohnenden, die sich in der Volkswagenstadt heimisch fühlen, ist in den letzten Jahrzehnten stark angestiegen und das, obwohl es sich in großer Zahl um Flüchtlinge und Vertriebene handelte, die ihre angestammten Heimatorte wider Willen verlassen hatten. Die Tatsache, daß selbst den gebürtigen Wolfsburgern zwischen 20 und 40 Jahren die Stadt nicht mehr am Herzen liegt als den älteren zugezogenen Einwohnern, mag als Indiz für die immer mehr an Boden gewinnende Theorie sein, daß Heimat eben nicht ohne weiteres mit dem Ort der Geburt bzw. frühen Kindheit gleichgesetzt werden kann, wie es in dem geflügelten Wort anklingt: »Vergiß nie die Heimat, wo Deine Wiege stand, Du findest in der Fremde kein zweites Heimatland«; sondern, daß Heimat die aktiv angeeignete Umwelt eines Ortes ist, an dem wesentliche Erfahrungen zur Gewinnung von Identität erlebt wurden und werden im Sinne des Philosophen Waldenfels: »Heimat ist etwas, was erworben und gestaltet und nicht bloß vorgefunden wird ... Es gibt keine natürliche Heimat ... Wir haben immer noch Heimat vor uns.«⁵²

Das Ergebnis unserer Untersuchung muß aber auch als Kohortenschicksal interpretiert werden insofern, als viele der von uns Befragten gezwungen worden waren, Haus und Hof in Dorf und Stadt aufzugeben und zu verlassen. Nach einer teils wechselvollen Lebensgeschichte war die Stadt Wolfsburg mit ihren herausragenden Arbeitsplatzmöglichkeiten die letzte Chance, um wieder festen Boden unter die Beine zu bekommen, und diese Chance ließen sie sich nicht entgehen, sondern griffen nach dem Strohalm und zwangen sich gewissermaßen – übertrieben formuliert –, in Wolfsburg ihre zweite Heimat zu finden. Für die Zunahme der Heimatbezogenheit als eine »Form der Zugehörigkeit«⁵³ sind eine Reihe von Faktoren zu benennen:

– eine im Vergleich zu anderen Städten höhere Sesshaftigkeit und Wohnungsimmobilität. Die Wolfsburger sind ausgesprochen sesshaft, denn mehr als die Hälfte der

⁵¹ W. Jens, Nachdenken über Heimat, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 9. 6. 1984, Nr. 134; I. M. Greverus, Auf der Suche nach Heimat, München 1979; F. Lenz-Romeiß, Die Stadt – Heimat oder Durchgangsstation, München 1970; W. v. Bredow und H. F. Foltin, Zwiespältige Zufluchten. Zur Renaissance des Heimatgefühls, Berlin – Bonn 1981; M. Schwonke und U. Herlyn (s. A 5).

⁵² B. Waldenfels, Heimat in der Fremde, in: ders., In den Netzen der Lebenswelt, Frankfurt 1985, S. 36; vgl. auch E. Führ: »Heimat ist eine Qualität von Aneignung der Welt, sie ist ein Aspekt von Arbeit, also Aufnahme und Veränderung von Wirklichkeit«, in: Wieviel Engel passen auf die Spitze einer Nadel, in: ders. (Hrsg.), Worin noch niemand war: Heimat. Eine Auseinandersetzung mit einem strapazierten Begriff, Wiesbaden und Berlin 1985.

⁵³ W. v. Bredow / H. F. Foltin (s. A 11).

1960 Befragten lebte 20 Jahre danach im Jahr 1980 noch in ihren alten Wohnungen. Es muß hier jetzt offen bleiben, inwieweit es sich um eine gewollte oder erzwungene Sesshaftigkeit handelt.

- städtebauliche Faktoren wie Umgestaltung des Zentrums zu einem unverwechselbaren Mittelpunkt (Beurteilung überwiegend positiv) und Einbeziehung von Tradition und Heimatverbundenheit durch Eingemeindung historischer Orte wie z. B. Fallersleben.
- die Beziehungen zu Nachbarn haben – obgleich in der Regel ähnlich distanziert wie anderswo – sich bei den Altwolfsburgern erheblich intensiviert und werden positiv beurteilt. Die jungen, in der Stadt geborenen und aufgewachsenen Wolfsburger sind ohnehin in weit stärkerem Umfang in ein Netz nachbarschaftlicher Beziehungen integriert. Unter den Verhältnissen standardisierter Neubauwohnungen des sozialen Wohnungsbaus hat sich in Wolfsburg jedoch keine arbeiterspezifische Nachbarschaftskultur entwickelt, wie in älteren Wohngebieten mit über Generationen gewachsenen sozialen Quartierzusammenhängen.
- der soziale Verkehrskreis mit Bekannten und Verwandten hat sich erheblich ausgedehnt. Die Zahl der Bewohner ohne Verwandte hat sich über die Dauer von 20 Jahren halbiert und nur noch ungefähr jeder 10. von uns befragte Alteinwohner hat keine Kontakte zu Bekannten. Mit dem Ausbau der Stadt hat die Erweiterung der sozialen Netzwerke in Bekanntschaft und Verwandtschaft Schritt gehalten, von denen im wesentlichen die soziale Unterstützung in alltäglichen Problemsituationen geleistet wird.⁵⁴ Die Wechselschicht-Arbeit beschränkt weniger die Zahl der Kontaktpartner, aber beeinflusst stärker das soziale Klima der »hektischen«, »rastlosen« Stadt Wolfsburg. Anders als vor 20 Jahren sind heute auch die Neuzuzügler sozial eingebunden, wenn sie verständlicherweise auch noch nicht über die Kontaktdichte der Alteinwohner verfügen.
- die Mitgliedschaft in Vereinen hat in Wolfsburg stärker zugenommen als in der gesamten Bundesrepublik in dem untersuchten Zeitraum von 20 Jahren. Gerade ihnen kommt – wie von den befragten Experten immer wieder betont wird – die Funktion zu, Bewohner (auch gerade Neubürger) sozial zu verankern.

Es gab eine gewisse Parallelität zwischen Stadtwachstum und individuellen Lebensgeschichten insofern, als beiden in der Regel die Expansion gemeinsam war, was mehrmals in den Interviews hervorgehoben wurde.⁵⁵ Diese Aufbruchstimmung wird sich mit der Stagnation der baulichen Entwicklung und altersmäßigen Konsolidierung verflüchtigen, bleiben wird aber – so ist zu hoffen – ein sozialer Zusammenhang, der das Heimisch-Sein an diesem Ort ganz wesentlich begründet.

⁵⁴ Vgl. M. Diewald, Sozialkontakte und Hilfeleistungen in informellen Netzwerken, in: W. Glatzer und R. Berger-Schmitt (Hrsg.), Haushaltsproduktion und Netzwerkhilfe, Frankfurt 1986; vgl. außerdem H. Keupp und B. Röhrle (Hrsg.), Soziale Netzwerke, Frankfurt 1987.

⁵⁵ Vgl. U. Herlyn u. a. (s. A 5), S. 251 ff.

VI. Zusammenfassung und Ausblick

In retrospektiver Betrachtung der Stadtentwicklung sehen wir ganz deutlich, daß neben Wandlungen auch viele Kontinuitäten vorhanden sind. Allen voran die Tatsache, daß die Volkswagenstadt die Stadt des Volkswagens geblieben ist mit allen Vorteilen, aber auch mit Nachteilen, die sich am deutlichsten in den bisherigen drei Krisen von 1966/67, 1971/72 und der größten im Jahre 1974/75 manifestierten. In und mit diesen Krisen wurde auch der Bevölkerung deutlich, daß mit dem Abklingen des Wirtschaftswunders im Nachkriegsdeutschland auch Wolfsburg an die »Grenzen des Wachstums« kam. Um im Bild des Lebenslaufs zu bleiben, die Stadt war ausgewachsen, die Zeit des schnellen jugendlichen Wachstums war abgeschlossen. Schon heute können wir sagen, daß der Stadt, die wie kaum eine andere sich in kurzer Zeit einiger Jahrzehnte von einer überwiegend aus Baracken bestehenden Werksiedlung (vgl. Abb. 3) zu einer Großstadt (vgl. Abb. 4) entwickelt hatte, eine gewisse Beruhigung des phasenweise hektischen Stadtausbaus gut getan hat. Für viele Wolfsburger war die Geschwindigkeit des Wachstums – verkörpert in immer wieder neuen, imposanten Stadtteilen – fast nicht mehr verkraftbar, obwohl gerade der Bau neuer Stadtteile mit ihrem Signal- und Symbolcharakter für viele Bewohner am deutlichsten Abschnitte der Stadtentwicklung anzeigen. Wenn E. Kuby noch 1957, also fast 20 Jahre nach der Gründung, sagt: »Wolfsburg sei immer noch nichts anderes als eine komfortable Werksiedlung«,⁵⁶ so stimmt das heute schon lange nicht mehr: Wolfsburg wird zwar als eine Stadt erlebt, in der nun »alles da« sei, die »fertig« und »komplett« sei, aber es fehlt noch an den spezifischen städtischen Lebensformen, die zusammen Urbanität ausmachen.⁵⁷ Mit jedem Jahresring wird Wolfsburg einen Schritt auf jene Normalität hin machen, die nun einmal ältere Städte auszeichnet.

Wenn es im letzten Abschnitt hieß, daß das Heimatgefühl sich in Wolfsburg stark ausgebreitet hat, so hat daran sicherlich die Stadtplanung im weitesten Sinne einen nicht unerheblichen Anteil, denn wir möchten A. Mitscherlich zustimmen, der vor 20 Jahren sagte: »Die gestaltete Stadt kann »Heimat« werden, die bloß agglomerierte nicht, denn Heimat verlangt Markierungen der Identität eines Ortes.«⁵⁸ Gerade die Umgestaltung des Stadtzentrums (vgl. den Beitrag von J. Friedrichs und V. Kirchberg), in dem sich die Stadt selbst darstellt, bietet als ein Identifikationsraum ein treffliches Beispiel (Ganz schlicht, aber eindringlich drückte es ein Kraftfahrer aus: »Seitdem ist es in Wolfsburg wärmer geworden«). Doch bei aller Anerkennung der räumlichen Arrangements wissen wir, daß die Stadtgestalt zwar am sozialen Charakter der Bewohner mitwirkt; entscheidend sind jedoch für eine wachsende Integration die Bewohner selbst, die sich zunehmend weniger fremd sind in Wolfsburg. Die

⁵⁶ E. Kuby (s. A 24), S. 408.

⁵⁷ Vgl. H. P. Bahrdt, Städtische Lebensformen in Zukunft, in: Die alte Stadt 15 (1988), S. 68 ff.

⁵⁸ A. Mitscherlich (s. A 9), S. 128.

entscheidende Etappe ist die Tatsache, daß zunehmend hier auch in Wolfsburg Geborene und Aufgewachsene die Geschicke der Stadt in die Hand nehmen und eben nicht ein »zusammengewürfeltes Volk« von Zugewanderten, sondern Einheimische. Unter dem Gesichtspunkt der »gemeinsamen Erlebnisschichtung« (K. Mannheim) wird man in den 90er Jahren dieses Jahrhunderts eine weitere Etappe städtischer Integration erwarten können, wenn nämlich die zweite Generation von Wolfsburgern in dieser Stadt geboren und aufgewachsen ist. Mit dem Generationenwechsel werden auch jene Gebrauchsspuren im räumlichen Bereich, jene »anheimelnden Spuren generationslanger Benutzung«, jenes »bißchen Dreck«, nach denen sich die Menschen sehnen und jene Traditionen im sozialen Bereich zunehmen, die das schaffen, was immer noch oben auf der Vermisstenliste steht: Atmosphäre.

Städte können eben nicht – wie A. Mitscherlich kritisch gegen eine modernistische Stadtplanung einwendete – wie »Automobile produziert werden«, sondern benötigen eine lange Zeit, um Voraussetzung für lebenswerte Lebenszusammenhänge ihrer Bürger aus sich selbst heraus zu entwickeln. Immerhin rangierte vor einigen Jahren die Stadt Wolfsburg schon auf dem 10. Platz in der Zufriedenheitsskala bundesrepublikanischer Städte.⁵⁹ Ein bemerkenswertes Ergebnis für eine junge Stadt.

⁵⁹ J. Friedrichs, Städte. Eine Dokumentation, Offenburg 1980.

Die Lebenden verbindet das Nacheinander der gewesenen und der werdenden Generationen, Vergangenheit und Zukunft. Dort ist die physische wirkliche Erde, der bleibende Ort, das sichtbare Land, wodurch die stärksten Beziehungen und Verhältnisse notwendig werden. Während des gemeinschaftlichen Zeitalters bleibt aber dieses räumliche, jüngere Prinzip gebunden durch das zeitliche, ältere. Im gesellschaftlichen Zeitalter reißt es sich los, und dies ist das Dasein der Großstadt.

Ferdinand Tönnies, Gemeinschaft und Gesellschaft. Grundbegriffe der reinen Soziologie. Neudruck 1970, S. 253.

Dietrich Kautt

Stadtentwicklung in der Polarität städtebaulicher Leitbilder: Das Beispiel Wolfsburg

Zur Polarisierung der Reformansätze nach 1918 – Zur Selektion städtebaulicher Leitbilder im Dritten Reich – Neue Schlagwörter und alte Leitbilder – Die Wiederkehr des Funktionalismus – Die Wirtschaftswunderstadt – Von der Dichte zur Urbanität – Die Inszenierung der Stadtmitte – Und die Bodenfrage?

Zur Polarisierung der Reformansätze nach 1918

Eine historische Würdigung der 50jährigen Stadtbaugeschichte Wolfsburgs kann nicht unvermittelt im Gründungsjahr 1938 beginnen, weil der Frage nachzugehen ist, wie sich Fachwissen der Städtebauer und gesellschaftspolitische Auffassungen gegenseitig beeinflusst haben. Am gebauten Endergebnis der »fertigen« Stadt – und deren baulichen Veränderungen im Laufe der Zeit – sind seit jeher die tatsächlichen Herrschaftsverhältnisse durch die Baumeister sichtbar gemacht worden.

Die »Möglichkeit als Potenz« des Städtebauers, als dessen gestalterisches Vermögen findet Antrieb und Grenzen in der »Möglichkeit als Potentialität einer, leider unendlichen, Annäherung«¹ an die gesellschaftspolitischen Ideale in der Geschichte. Städtebauliche Leitbilder beschreiben diese Potentialität fachspezifisch. Der handelnde Städtebauer hängt von Leitbildern ebenso ab, wie er durch gedankliches oder gebautes (was ihm nur ausnahmsweise erlaubt wird) Experimentieren Anstoß zu Leitbildern und deren Veränderung gibt.

Städtebauliche Leitbilder sind überlokal und gruppenspezifisch an weltanschauliche »Lager« einer Gesellschaft gebunden. Bei örtlichen Entscheidungen stehen städtebauliche Leitbilder in Konkurrenz mit den Interessen natürlicher oder juristischer Personen, welche auf eine, subjektiv als bestmöglich erachtete, Grundstücksnutzung im weitesten Sinne gerichtet sind. Leitbilder sind in der politischen Diskussion gleichzeitig beliebte Argumentationshilfen zur Durchsetzung von Interessen, weil insoweit die Absicht, einen Vorteil zu erlangen, nicht offengelegt werden muß.

Weil in der Volkswagenstadt – anders als sonst beim Städtebau in Deutschland – so gut wie keine Rücksichten auf privates Grundeigentum oder vorhandene Bebauung zu nehmen waren, haben sich die allgemein anerkannten städtebaulichen Leitbilder dort jeweils rascher und mit weniger lokalen Abwandlungen in Gebautes umsetzen lassen als anderswo. Um so deutlicher heben sich in Wolfsburg die zeitlich aufeinanderfolgenden Leitbilder voneinander ab, meist im Unterschied nebeneinander erstell-

¹ Vgl. E. Bloch, Das Prinzip Hoffnung, Bd. 5, Frankfurt 1959, S. 282.

ter, in sich aber einheitlich gestalteter Wohnsiedlungen. Dies macht die Volkswagenstadt über die Lokalgeschichte hinaus wichtig als Zeugnis für die wechselhafte Entwicklung der Leitbilder in der jüngeren Städtebaugeschichte. Gegründet als »Stadt des KdF-Wagens« symbolisiert Wolfsburg zudem bis über die Wirtschaftswunderjahre hinaus in mehrfacher Weise die städtebauliche Diskussion über die »autogerechte Stadt«, was im Rückblick als Teil einer umfassenden Auseinandersetzung mit den Folgen der Industrialisierung gesehen werden muß.

Schon im 19. Jahrhundert waren angesichts der völlig unzuträglichen Wohn- und Arbeitsverhältnisse, welche die frühe Industrialisierung mit sich gebracht hatte, von einzelnen Reformern viele Ideen zur Erhaltung der »Volksgesundheit« und zur Lösung der »Sozialen Frage« entwickelt worden. Die Bandbreite der Reformvorschläge war sehr groß, entsprechend weit gestreut agierten unterschiedlich strukturierte Gruppierungen mehr oder weniger publikumswirksam für die Durchsetzung meist eng begrenzter Reformvorschläge. Wie viele Reformansätze um die Jahrhundertwende um allgemeine Anerkennung wetteiferten, kann hier nicht dargestellt werden. Die Breite des Spektrums kann ohne Anspruch auf Vollständigkeit aus folgender Aufzählung abgelesen werden: Turnerbewegung, Sozialdarwinismus und Volksbiologie, Erb- und Rassehygiene, reformerischer Wohnungsbau, Bodenreform, Städtebaukunst, Heimatschutzbewegung, Wandervogel, Gartenstadtbewegung u. a. Die Reformer zielten auf Verbesserungen der damaligen gesellschaftspolitischen Verhältnisse. Gemeinsam war ihnen eine mehr oder weniger ausgeprägte vaterländische Gesinnung. Dazu kam meist die Sehnsucht nach vorindustriellen Verhältnissen, bis auf jene Reformer, welche, ausgehend von den Ingenieurwissenschaften, die notwendige Verbesserung von Erschließung und Entsorgung (vom Abwasserkanal bis zur U-Bahn) zum Ausgangspunkt der Entwicklung neuer technischer Systeme machen wollten. Im Gegensatz zu diesen innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft entwickelten Reformvorschlägen befanden sich die Vorschläge der Sozialisten, welche auf eine Änderung der gesellschaftlichen Verhältnisse und auf einen internationalen Zusammenschluß der Massen hinarbeiteten.

Ein revolutionärer Bruch der europäischen Geschichte hatte 1918 nur in Rußland stattgefunden. Dennoch kann das Ende des Ersten Weltkriegs als Stunde Null für die nunmehr verstärkt einsetzende städtebauliche Diskussion dieses Jahrhunderts in Europa bezeichnet werden. Angesichts des enormen technologischen Fortschritts und der nachfolgenden Kapitalkonzentration (Vertrustung) bei den Großfirmen, welche der Erste Weltkrieg ausgelöst hatte, und in affektbesetzter Einschätzung der innen- und außenpolitischen Zukunft angesichts des Verschwindens der drei Kaiser-Monarchien, sonderten sich die am fin de siècle so zahlreich entstandenen Zirkel und Gruppierungen immer rascher in zwei unterschiedliche, sich bald feindlich bekämpfende Lager.

Bezeichnenderweise war auch der »Deutsche Werkbund« diesem Polarisierungs-

prozeß unterworfen gewesen. Hatten sich bei dem 1907 von Großindustriellen und Künstlern gegründeten Verein noch die unterschiedlichsten Architektenpersönlichkeiten unter dem gemeinsamen Ziel zusammengefunden, mehr Lebensqualität durch bessere Gestaltung (auch industriell gefertigter Produkte) schaffen zu wollen, brachte der Krieg kaum mehr überbrückbare Gegensätze unter den Werkbund-Mitgliedern.

Rückwärtsgewandt sammelten sich etwa im »Heimatschutzbund« oder in der sog. Stuttgarter Schule, wo Schmitthenner und Wenzel in der Nachfolge von Fischer lehrten, all jene, die sehnsuchtsvoll die Segnungen von »Handwerk und Kleinstadt« (H. Tessenow) beschworen, die großstädtische Lebensform attackierten oder gar zusätzliches Heil bei »Kunst und Rasse« (Paul Schulze-Naumburg) suchten. Verallgemeinernd könnte man all diese weltanschaulichen Gruppierungen aufgrund ihrer grundsätzlichen Opposition gegen die Industriegesellschaft als traditionalistisches Lager bezeichnen. Seine exponierten Vertreter dachten national, völkisch und befürworteten eine ständisch-hierarchische Staatsordnung unter Führung der alten Eliten.

Ganz dem Maschinenzeitalter zugetan war dagegen das Lager der fortschrittlichen Funktionalisten. Auch dies ist eine stark verallgemeinernde Bezeichnung für jene meist jüngeren Architekten und Künstler, die in der Beherrschung der industriellen Form und Produktion eine Möglichkeit zur Lösung der sozialen Fragen gefunden zu haben glaubten. Persönlich vielfach noch eng verbunden mit den älteren Werkbundmitgliedern aus der arts and craft-Bewegung, standen die Mitglieder des 1928 in Berlin gegründeten »Ring« oder des 1928 in Sarraz erfolgten Zusammenschlusses in den »Congrès Internationaux d'Architecture Moderne« (CIAM) innerlich doch den um 1919 entstandenen linken Gruppierungen wie der »Novembergruppe« oder dem »Arbeitsrat der Kunst« näher. Auch ließ der Umbruch der Machtverhältnisse dieser jungen Generation gar keine andere Wahl als antihierarchisch zu denken und sich kämpferisch für mehr Humanität bei der Unterbringung der Massen und für die neue Republik einzusetzen.²

Die »Traditionalisten« forderten aus ihren rückwärtsgewandten Vorstellungen heraus, die »Entballung« der Großstädte und suchten die Volksgesundheit durch »sanitäres Grün« zu verbessern. Sie strebten die Auflockerung der Städte an und die Weiterführung tradierter, weil semantisch aufgeladener Bauformen. Die »Funktionalisten« wollten die Vorteile arbeitsteiliger Produktionsprozesse nutzen, um eine sichtbare Gliederung der Städte nach deren Hauptfunktionen Arbeiten – Wohnen – Erholen zu erreichen, die untereinander durch bestmögliche Systeme für Verkehr und Versorgung verbunden werden sollten, wie es später in der »Charta von Athen« ausformuliert worden ist. Entsprechend wurde eine ornamentlose Architektur gefordert, die Nutzungen und statische Strukturen nach außen unter Verzicht auf Semantik

² Eine ausführliche Darstellung der Polarität städtebaulicher Leitbilder findet sich bei *D. Kautt*, *Wolfsburgs Wandel im Spiegel städtebaulicher Leitbilder des 20. Jahrhunderts*, erscheint 1988.

wirken lassen sollte, wie es das Wort von Louis Sullivan zum Ausdruck gebracht hatte: form follows function.

Am Beispiel Wolfsburg läßt sich zeigen, wie die polar gegensätzlichen städtebaulichen Leitbilder im Verlauf der letzten 50 Jahre von den jeweils herrschenden gesellschaftspolitischen Vorstellungen angezogen bzw. abgestoßen wurden, ohne daß nur eines der beiden Leitbilder sein Gegenbild hätte völlig verdrängen können.

Hervorragende Architekten gab es in beiden weltanschaulichen Lagern. Sie alle wollten sich und anderen glauben machen, die Qualität der künstlerischen Entwürfe entscheiden in erster Linie über das Wohlbefinden der in der Stadt lebenden Menschen. Doch zur Beurteilung städtebaulicher Leistungen reicht es nicht aus, lediglich nach der gestalterischen Kraft des Städtebauers, nach deren künstlerischer Potenz zu fragen, wie es auch nicht ausreicht, die gesellschaftspolitische Leistung, die sich in der Verwirklichung eines städtebaulichen Leitbildes als Potentialität äußert, an der – leider oft mangelhaften – Gestaltungskraft der beteiligten Architekten zu messen.

Zur Selektion städtebaulicher Leitbilder im Dritten Reich

In allen gesellschaftspolitischen Bereichen selektierte der Nationalsozialismus aus vorhandenen Ideen und Programmen – auch der politischen Gegner – jeweils das aus, was der Erhaltung und Sicherung der Macht dienlich schien. Alles andere wurde mit brutaler Rigorosität verfemt und unterdrückt. Eigenständig war bestenfalls die propagandistische Aufmachung, mit welcher die Nationalsozialisten gerade auch Städtebau und Architektur zur »Dekoration der Gewalt« einzusetzen verstanden.

Die gegliederte und aufgelockerte Stadt³ war 1938 bereits internationaler Standard im Städtebau, wenn auch im jeweiligen weltanschaulichen Lager spezifisch begründet. Die Kabinettsentwürfe für eine Reichsbauordnung, von der Ministerialbürokratie noch in der Weimarer Republik begonnen und nach 1933 kontinuierlich fortgesetzt, hatten dieses über allem Meinungsstreit der unterschiedlichen Lager anerkannte Leitbild ebenso zum Inhalt wie die nach dem CIAM-Kongreß von Athen 1933 von Le Corbusier ausformulierte »Charta«, welche allerdings erst 1947 in (West-)Deutschland veröffentlicht wurde. Es verwundert daher nicht, daß der Anfang 1938 im Auftrag von »Kraft durch Freude« (KdF)⁴ entwickelte Entwurf für die »Stadt-des-KdF-Wagens« dem Schema der gegliederten und aufgelockerten Stadt folgt; für ausreichende Abstandsflächen zur Industrie war bereits damals gesetzlich vorgesorgt.

³ J. Göderitz / R. Rainer / H. Hoffmann, Die gegliederte und aufgelockerte Stadt, Tübingen 1957 (Das Manuskript war bereits in den 40er Jahren entstanden); vgl. hierzu auch P. Lammert, Die gegliederte und aufgelockerte Stadt vor und nach 1945, in: Die alte Stadt 14 (1987), S. 352ff.

⁴ KdF war die Kultur- und Freizeitorganisation der Deutschen Arbeitsfront (DAF). Die KdF sollte auch den Vertrieb der Volkswagen durch Selbstabholung durch die von ihr organisierten »Volkswagenparer« sicherstellen.

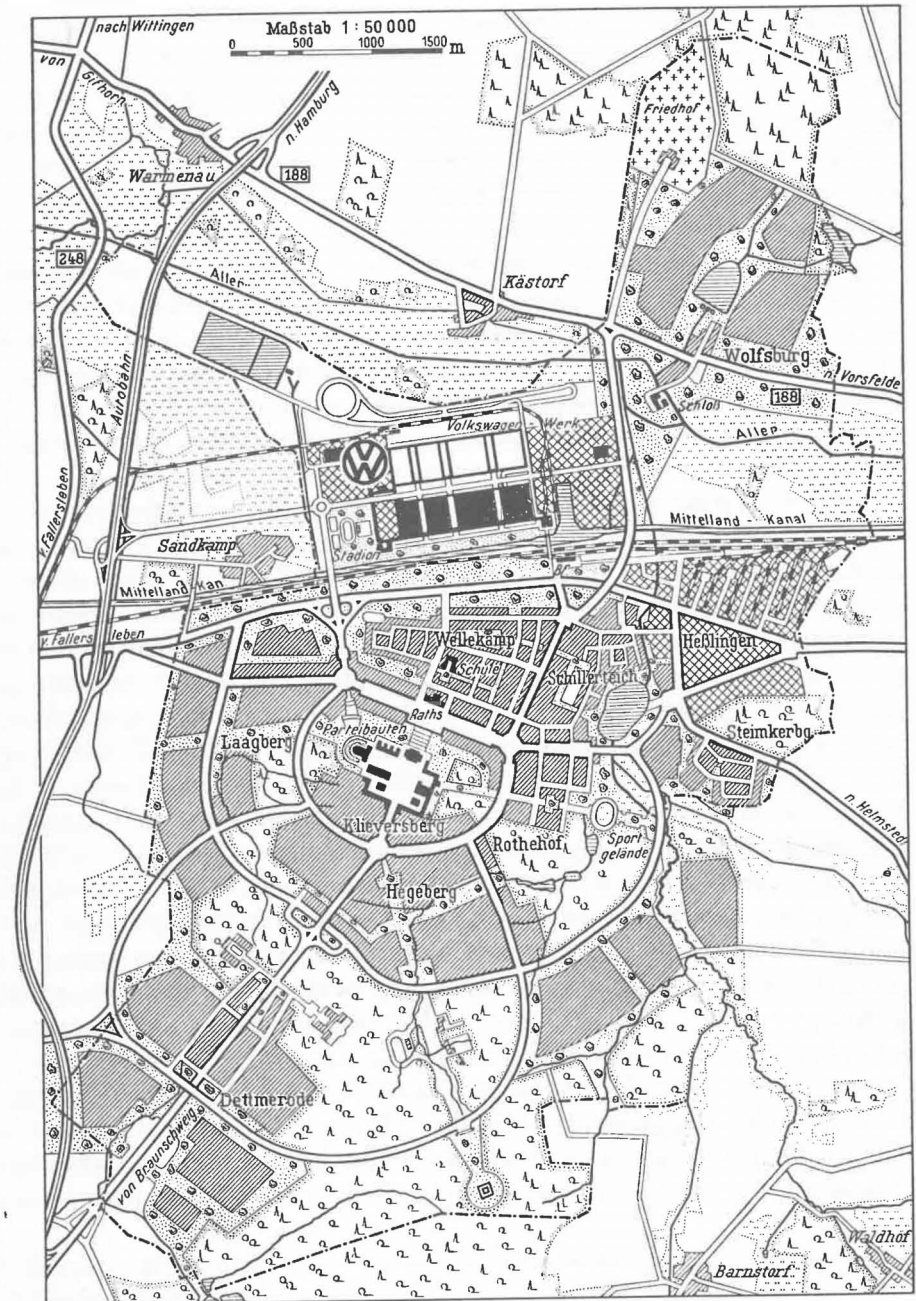


Abb. 1 Der Stadtentwurf Wolfsburgs von 1938.

Peter Koller und Herbert Neumeister haben ihren Stadtentwurf zunächst in bewußter Gegenüberstellung zum nördlich des Mittellandkanals vorgesehenen Volkswagenwerk entwickelt (vgl. Abb. 1). Das Straßennetz – spangenförmig auf die west- und ostseitig gelegenen Werkseingänge ausgerichtet – sollte über »Kreisplätze« an die als »Achsen« geplanten Hauptstraßen angebunden werden. An der höchsten Stelle des Klieversberges sollte ein alles beherrschender Gebäudekomplex für Parteibauten die »Stadtkrone«⁵ bilden; am Hangfuß zugeordnet war eine über hundert Meter breite Aufmarschstraße geplant. Durch den Einfluß von Albert Speer, dessen Befugnisse als Generalbauinspekteur durch Führererlaß auch auf die Stadt-des-KdF-Wagens übertragen worden war, hatte sich dieses Repertoire von Hitlers »Hofstil« bei der weiteren Bearbeitung des Stadtentwurfs immer deutlicher, auch gegen die Zwänge der Topographie, durchgesetzt. Koller zeichnete sogar eine »Grün-Achse« in den Stadtplan ein, die zu nichts weiter führen sollen als zur Beauftragung, denn der mitten im Wald eingezeichnete point de vue versprach keine andere Aussicht.

Hitler selbst hatte sich die Entscheidung über die Pläne vorbehalten und der »Führer« wollte seine unumschränkte Macht in überdimensionalen Achsen, Aufmarschplätzen und Foren zur Erhebung und Abschreckung der Massen offen zur Schau stellen. Zur »Inszenierung« hatte er für die »Prädikatsstädte«⁶ (Stadt der Reichsparteitage, Stadt der Bewegung usw.) eigene Beauftragte ernannt, die dort mit entsprechenden Vollmachten ausgestattet, nach dem Vorbild der Planungen des Generalbauinspektors Albert Speer für die Reichshauptstadt, die »Neugestaltung« ins Werk setzen sollten. Die Kreisplätze und die Stadtkrone sind dem Repertoire von Hitlers »Hofstil« zuzurechnen. Daß in der Volkswagenstadt so gut wie nichts (mehr) davon gebaut worden ist, lag vor allem an den zunehmenden Schwierigkeiten bei der Beschaffung von Bauleuten und Material, welche dem Stadtaufbau bereits Ende 1941 durch Erlaß der Reichskanzlei ein Ende setzten. Angesichts Hitlers Absicht, nicht »mit Siedlungen und Arbeiterhäusern zu beginnen..., keine Heimstätten, keine kleinen Privatbauten, sondern das Gewaltigste, was es seit den Riesenbauten Ägyptens und Babylons gegeben hat«,⁷ zu bauen, mag die Fertigstellung von knapp 3000 Wohnungen und etwas über 60 Läden und Kleinbetrieben zur täglichen Versorgung der Bevölkerung in der Stadt-des-KdF-Wagens überraschen.

Die Erklärung liegt in der Beteiligung weiterer Machtzentren innerhalb der nationalsozialistischen Herrschaft am Stadtaufbau. Während Hitler – durch Speers Oberleitung – die repräsentative Gesamtstruktur bestimmt hatte, opponierte das Reichsarbeitsministerium mit seinen traditionalistisch eingestellten Architekten-Kadern in den

⁵ P. Koller, Die Stadt des KdF-Wagens, in: Die Kunst im Deutschen Reich 1939, 3. Jg., Folge 4, S. 157ff.; vgl. dazu D. Kautt, Stadtkrone oder städtebauliche Dominante: Herkunft und Wandel einer Idee, in: Die alte Stadt 11 (1984), S. 139ff.

⁶ J. Dülfer / J. Thies / J. Henke, Hitlers Städte, Köln 1978.

⁷ H. Rauschning, Gespräche mit Hitler, zit. in: A. Speer, Technik und Macht, Esslingen 1979, S. 47.

zentralen Dienststellen unter Berufung auf die »Einheitsbauordnung für das platte Land« vom 22. März 1931. Ausschlaggebend für die Ausformung der noch vor Kriegsende erstellten Wohngebiete waren jedoch die Vorgaben des Bauherren für Stadt und Werk des KdF-Wagens. Dr. Robert Ley hat über die von ihm geleitete Deutsche Arbeitsfront (DAF) und deren »Reichsheimstättenamt« sowie als »Reichsorganisationsleiter der NSDAP« und seit 1940 auch als »Reichskommissar für den Sozialen Wohnungsbau« (RKSU) Einfluß auf den Stadtaufbau genommen. 1942 wurde Ley unmittelbar »Beauftragter für die Stadt-des-KdF-Wagens«, nachdem Speer dieses Amt abgegeben hatte. Leys gestalterische Vorliebe galt kleinstädtischem Habitus, doch hinter dem zur Schau getragenen Biedermeier setzte er sich für wirtschaftliches Bauen ein und stand als RKSU nach Übernahme der Bauabteilung des Reichsarbeitsministeriums und Beauftragung von Hans Spiegel mit der Entwicklung sog. Erprobungstypen in scharfer Konkurrenz zu den von Ernst Neufert geleiteten Normungs-Bestrebungen Albert Speers.

Das von der DAF zum Bau der Volkswagenstadt unter der örtlichen Leitung Peter Kollers eingerichtete »Stadtbaubüro« hat an 3 verschiedenen Standorten Wohngebiete erstellt, um auf diese Weise ein Aufeinanderzuwachsen der geplanten Stadtteile zu ermöglichen. Dies erlaubt uns heute, das beabsichtigte Strukturschema dieser »Lehrstätte sowohl der Stadtbaukunst, wie der sozialen Siedlung«⁸ zu beschreiben.

Die Eigenheim-Reihenhaussiedlung »Steimkerberg« zur Ansiedlung von Führungskräften war schon Ende März 1940 fertiggestellt worden.⁹ Am künftigen Stadtrand, mitten in einem Waldstück gelegen, wurden in dieser Siedlung ein- bis zweigeschossige Häuser entlang einem einfachen, dem hängigen Gelände gut eingefügten Erschließungssystem zu kleinen Räumen geordnet. Eine Grünachse, von einem U-förmig umbauten Ladenplatz für die örtliche Versorgung ausgehend, betont die Einbindung der Siedlung in die Landschaft, während die puritanisch verwendeten architektonischen Gestaltungsmittel (Satteldächer, Sprossenfenster, Klapppläden, Stichbögen u. dgl., an den Knickpunkten der Straßen auch Erker) bewußt auf einen bürgerlich-kleinstädtischen Bedeutungsgehalt hinzielten. Anstriche in Pastellfarbtönen hatten süddeutsches Biedermaier zum Vorbild. Die Bewohner sollten sich am Steimkerberg heimisch fühlen, was auch erreicht worden ist. Robert Ley hat sich anerkennend geäußert. Albert Speer dagegen »zu wenig Schmuck« bemängelt. Diese am traditionalistischen Leitbild von »Handwerk und Kleinstadt« orientierte »Siedlung mit Eichenlaub und Schwertern« (Carlo Schmid um 1950)¹⁰ war noch mit großer Typenvielfalt (insgesamt 20 Typen auf 483 Wohnungen) konzipiert worden für »finanziell besser

⁸ Hitler bei der Grundsteinlegung zum Volkswagenwerk am 26. Mai 1938, zit. in: Motorschau, H. 7 (1938), S. 506.

⁹ In: Bauen, Siedeln, Wohnen, H. 20 (1940), S. 656ff.

¹⁰ D. Kautt, Wolfsburg im Wandel städtebaulicher Leitbilder, Wolfsburg 1983 (Diss.), S. 249. Ebendort auch umfassende Literaturnachweise zur Stadtbaugeschichte Wolfsburgs.

gestellte Volksgenossen«; Verstöße gegen die für Volkswohnungen bestehenden Richtlinien wurden im wohlverstandenen Interesse des Volkswagenwerks zugelassen, ungeachtet einer bis Kriegsende unklar gebliebenen Finanzierung.

Für die Wohnungsbaupolitik des Dritten Reiches und die städtebauliche Struktur weit aussagekräftiger sind die – nicht mehr ganz fertiggestellten – Wohngebiete in der Stadtmitte. Am zentralsten, weil am Fuße der geplanten Stadtkrone und gegenüber dem VW-Werk gelegen, zeigt das Gebiet »Wellekamp« eine repräsentative, achsenbezogene Baukörperanordnung, dreigeschossig, in fast geschlossenen Baublöcken, wobei die Wirkung durch architektonische Stilmittel (Arkaden, Walmdächer, Risalite) noch überhöht worden ist. Dagegen finden sich weiter weg vom Zentrum im »Schillerteich-Viertel« nicht nur einfachere, architektonische Formen der nur noch zweigeschossigen Bauten (Satteldächer, Zwerchgiebel, Klappläden), sondern auch deren städtebauliche Anordnung in offener Zeilenstellung. Die offene Zeilenstellung war zuvor nur in den Großsiedlungen der 20er Jahre – kranbahnbedingt – von den der Moderne zugetanen Architekten gebaut worden. Offene Zeilen entsprachen in keiner Weise der mit völkischem Gedankengut operierenden Propaganda für eine traditionalistisch hergerichtete Kleinstadt.

Die allmähliche Vereinnahmung fortschrittlichen Bauens zeigte sich noch deutlicher in der stetigen Wiederholung weniger Typengrundrisse der »Volkswohnungen«. Obwohl beim Bau der Stadt-des-KdF-Wagens nur handwerkliche Baumethoden zum Einsatz kamen, wäre ein rascher Planungs- und Baufortschritt ohne die serienmäßige Wiederholung gleicher Wohnungstypen nicht möglich gewesen. Was mit dem Führer-erlaß vom 15. Nov. 1941 über den »Sozialen Wohnungsbau nach dem Kriege« reichseinheitlich geregelt worden ist,¹¹ hatte zuvor schon seine Vorläufer beim Aufbau der Volkswagenstadt: Die »Typung der Volkswohnung«, die »Standardisierung« einzelner Bauelemente sowie die »Normung« der Maßsysteme. Städtebaulich mußten sich die vorgeschriebenen gleichen Haustiefen monoton auswirken, auch wenn dies¹² »durch den Austausch der Typen Abwechslung in der Gestaltung« (und einheitliche Dachkonstruktionen) ermöglichen sollte. Die Fassaden sollten, nach besonderen Gestaltungsmerkmalen unterschiedlicher Regionen und nach Durchführung entsprechender Gau-Wettbewerbe, als »Landschaftsnorm« verbindlich werden. Auch dafür war die semantische Abstufung der Fassaden in der Volkswagenstadt Vorläufer.¹³ Typung und Normung im Wohnungsbau zeigen, wie im Dritten Reich mit zunehmender Kriegswirtschaft arbeitsteilige Rationalisierungsbestrebungen weitergeführt wur-

¹¹ G. Fehl / T. Harlander, Hitlers sozialer Wohnungsbau 1940–1945, in: Stadtbauwelt 84 (1984), S. 391 ff.

¹² J. Jakob, Erprobungstypen, in: Der soziale Wohnungsbau in Deutschland, H. 9 (1941), S. 290 ff.

¹³ Das Stadtbaubüro entwarf zur gleichen Zeit »alpenländische« Fassaden für Volkswohnungen, die für Tiroler Rückwanderer in Tirol erstellt werden sollten; vgl.: Der soziale Wohnungsbau in Deutschland, H. 4 (1941).

den, um eine reichseinheitliche Serienproduktion standardisierter Elemente (Volksempfänger, Volkskühlschrank, Volkswohnung) vorzubereiten, allerdings verborgen hinter einer traditionalistisch, landschaftsnormgerecht gestalteten Fassade. Der Öffentlichkeit konnte so die Weiterführung eines an sich funktionalistischen Baukonzeptes verborgen bleiben.

Eine andere Form der Selektion städtebaulicher Leitbilder im Dritten Reich ist die rasche Abwendung vom Bau von Kleinsiedlungen mit Landzulage. Obwohl in der offiziellen Propaganda lautstark zur volksbiologischen Gesundung aus Blut und Boden hervorgehoben, wurde nach 1933 die Landzulage bald beschnitten und der Arbeiter bei festgelegten Niedriglöhnen in die Fabrik gezwungen, statt ihm die Möglichkeit zu geben, auf eigener Scholle zu verwurzeln. Der völlige Verzicht auf den Ausbau der am Rand der Stadt-des-KdF-Wagens von Koller vorgeschlagenen Kleinsiedlungen spiegelt nur die allmähliche Abkehr der NS-Führung von den anfänglichen Leitbildern agrarromantischer Großstadtfeindschaft, wie sie z. B. von Gottfried Feder (Mitverfasser des NS-Parteiprogramms von 1927) propagiert worden sind.

Ob grundsätzliche Wandlungen in der Kirchenpolitik des NS-Staates für den Wegfall kirchlicher Planungen in der Stadt-des-KdF-Wagens verantwortlich zu machen sind, ist noch nicht ausreichend untersucht.¹⁴ Das Stadtbaubüro hatte zunächst 4 Standorte für evangelische, 2 Standorte für katholische Kirchenbauten – jeweils mit ihrer Hauptfassade in die Bauflucht großer Straßenachsen integriert – vorgesehen. Die Baugrundstücke waren mit den Kirchenleitungen abgesprochen gewesen, bis dann – nach einer grundsätzlichen Anfrage des Gauleiters – Speer Ende 1940 vom Obersalzberg aus dem Stadtbaubüro mitgeteilt hat, daß keine Kirchenbauplätze ausgewiesen werden können.

In der Literatur ist bis in jüngste Zeit behauptet worden, der nationalsozialistische Städtebau sei maßgeblich von Luftschutzüberlegungen geprägt worden, die breiten Grünzonen hätten vor allem der Vorsorge gegen Bombenangriffe dienen sollen. Abgesehen davon, daß lange vor dem Zweiten Weltkrieg über den Luftschutz im Städtebau international eine Diskussion in Gang gekommen war, welche – wie andere Einzelaspekte auch – zur Durchsetzung des Leitbildes von der aufgelockerten Stadt mit beigetragen hat, zeigt der Planungsablauf in der Volkswagenstadt, daß Luftschutzbestimmungen nur eine untergeordnete Rolle gespielt haben. Noch viel weniger hatte Koller versucht, die Stadt in »Zellen« entsprechend den Ortsgruppen der NS-Partei einzuteilen, wie im zeitgenössischen Schrifttum empfohlen worden war. Die Partei hatte vielmehr erst im Nachhinein den Auftrag zur Ortsgruppenbildung erhalten und – ohne ein räumlich schlüssiges Konzept – ihre Aufteilung in 6 Ortsgruppen erst Ende 1940 mitteilen können. Doch trifft das düsterste Kapitel nationalsozialistischer Neugestaltung der Städte auch auf die Volkswagenstadt zu.

¹⁴ K. J. Siegfried, Dokumente zur Kirchenplanung in der Stadt des KdF-Wagens, Wolfsburg 1979.

Arbeits- und Konzentrationslager¹⁵ waren ein nicht wegzudenkender Teil, waren mit wirtschaftliche Voraussetzung für den Stadtaufbau.

Um so härter traf die Stadt der Zusammenbruch. Von ca. 17000 Einwohnern waren bei Kriegsende 11000 Dienstverpflichtete und Zwangsarbeiter. Nach deren Abzug rückten in die weit über die Gemarkung verstreuten Wohngebiete und Barackenlager in rascher Folge immer neue Flüchtlinge ein. Nach Stilllegung des Volkswagenwerks bestanden in der Stadt keine Arbeitsmöglichkeiten. Da die Rechtsverhältnisse von Werk und Stadt völlig ungeklärt geblieben waren, war die Verwaltung der britischen Besatzungsmacht noch umfassender als anderswo. Planungen oder gar neue städtebauliche Leitbilder waren nicht gefragt, solange jedermann Mühe hatte, wenigstens ein Dach über dem Kopf zu haben und seinen notdürftigsten Lebensunterhalt mit Hilfe von Schwarzmarkt und Lebensmittelkarten zu sichern. Es bedeutete schon viel, daß die von den Briten eingesetzte Stadtverwaltung Architekt Wolber vom aufgelösten Stadtbaubüro übernahm und ihn mit einer Bestandsaufnahme beauftragte, soweit die nach der Plünderung noch auffindbaren Pläne dies zuließen. Peter Koller, im November 1945 aus russischer Kriegsgefangenschaft in die im Juni 1945 von der Stadtverordnetenversammlung »Wolfsburg« benannte Stadt zurückgekehrt, unterlag einem Entnazifizierungsverfahren und konnte nur – formell als technischer Zeichner – im Architekturbüro seines früheren Abteilungsleiters für Hochbau Titus Taeschner unterkommen. Unter der Hand war Koller 1947 allerdings von der Militärregierung Gifhorn mit der Erarbeitung einer Denkschrift über den Weiterbau der Stadt Wolfsburg beauftragt worden. Doch die von den Briten kontrollierte Öffentlichkeit verlangte nach Aktivität, die sich als städtebaulicher Neuanfang verstehen ließ.

Neue Schlagwörter – Alte Leitbilder

Auf Empfehlung der Bezirksregierung hat die Stadt Wolfsburg im Februar 1947 H. B. Reichow als städtebaulichen Berater beauftragt. Er übte diese Beratung bis Ende März 1952 aus; solange hatte er das Verfahren für den von ihm zusammen mit Fritz Eggeling aufgestellten Generalbebauungsplan hingezogen. Reichow war während des Dritten Reiches Stadtplaner in Stettin gewesen und hatte von dort aus sich publizistisch mit dem Stadtaufbau aus Siedlungszellen entsprechend der Parteigliederung sowie mit der »Aufsiedlung des Ostens« befaßt. Sein in dieser Zeit entstandenes Manuskript über die »organische Stadtbaukunst«¹⁶ wurde (mit Ergänzungen) erst 1948 veröffentlicht. Reichow war nicht Mitglied der NS-Partei gewesen. Formell

¹⁵ K. J. Siegfried, Rüstungsproduktion und Zwangsarbeit im Volkswagenwerk 1939–1945, Frankfurt / New York 1986.

¹⁶ H. B. Reichow, Organische Stadtbaukunst, Braunschweig 1948; vgl. auch D. Kautt (s. A 10), S. 152 ff.

unbelastet, verfügte er wie kaum ein anderer über die Fähigkeit, einer von den Alliierten auf demokratische Regeln verpflichteten Gesellschaft, die Weiterführung kleinstädtischer, industrieindlicher, womöglich immer noch volksbiologischer Leitbilder zu vermitteln. Er trug die in angelsächsischen Ländern anhängige Diskussion über »neighbourhood-units« übersetzt als »Nachbarschafts-Idee« weiter, indem er seine »Siedlungszellen« damit soziologisch (statt zuvor parteiorganisatorisch) begründet hat. Das »Organische«, die »Nachbarschaft«, und später die »städtebauliche Dominante« wurden durch Reichow zu Schlüsselbegriffen, mit welchen die Kontinuität traditionalistischer Leitbilder in die städtebauliche Diskussion der Nachkriegszeit überführt werden konnte, ja sogar in das Leitbild von der »autogerechten Stadt«¹⁷ Eingang finden konnte.

Die über die Währungsreform vom Juni 1948 hinaus noch jahrelang handwerklich strukturierte Bauwirtschaft hatte nach dem Krieg auch gar nicht die Chance gehabt, der Wohnungsnot durch rasche Serienproduktion Herr zu werden. Der erst allmählich nachlassende Mangel an Baumaschinen und Material, der bis in die 50er Jahre andauernde Arbeitskräfteüberschuß, die notorische Kapitalknappheit ebenso wie das rasche Verschwinden stahlgefertigter Fertighäuser, wie sie von ehemaligen Rüstungsbetrieben entwickelt worden waren, beweisen das.

Reichow beschränkte seinen Wolfsburger Generalbebauungsplan entsprechend den von ihm als sehr gering eingestuften Entwicklungsmöglichkeiten auf die Unterstadt zwischen Klieversberg und Mittellandkanal. Er kehrte die im ursprünglichen Kollerplan von Süd nach Nord auf den Zentralort Braunschweig bezogene Haupterschließungsrichtung um zugunsten einer, von der westlich gelegenen Kleinstadt Fallersleben ausgehenden Haupterschließung, deren Ende eine kleine »Stadtkrone« als städtebauliche Dominante auf der Schillerreich-Insel abschließen sollte. Je eine weitere west-ost orientierte Sammelstraße sollte im Norden Gewerbegebiete am Mittellandkanal erschließen und im Süden dem Hangfuß des Klieversberges folgen. Einzelne »organische Siedlungszellen« sollten, fischgrätartig an den Haupterschließungsstraßen aufgereiht, jeweils zu »Nachbarschaften« zusammengefaßt werden. Besonders wichtig war Reichow die Trennung der Verkehrsarten innerhalb seines »organischen Verkehrsgerippes«, das ein sich nach außen verästelndes System von Fahrstraßen jeweils am einzelnen Haus verbinden sollte, mit einem davon unabhängigen Verästelungssystem der Fuß- und Radwege. Freilich in die Praxis ließ sich diese »organische Stadtbaukunst« von Reichow nur schwer umsetzen. Die von Reichow im einzelnen geplanten Wolfsburger Baugebiete »Köhlerberg« und »Hohenstein« stecken voller Kompromisse. Auch die beabsichtigte Führung der Haupterschließungsstraßen scheiterte an planerischen Mängeln Reichows bei der Berücksichtigung der topographischen Verhältnisse sowie der spezifischen Verkehrsbedürfnisse der Volkswagenstadt

¹⁷ H. B. Reichow, Die autogerechte Stadt, Ravensburg 1959.

(vgl. Abb. 2 im Beitrag von Herlyn / Tessin, S. 132). Dennoch zeigen Reichows Siedlungen »Köhlerberg« und »Hohenstein«, sowie die zeitgleich entstandene »Ost-Siedlung« von Koller, die Kontinuität traditionalistischer Leitbilder von »Handwerk und Kleinstadt«. Die Gestaltung der nur ein- bis zweigeschossigen Häuser läßt in ihrer spartanischen Ausführung die äußerst beschränkten wirtschaftlichen Möglichkeiten der beginnenden 50er Jahre erkennen.

Am 1. Oktober 1951 wurde Wolfsburg kreisfreie Stadt mit fast 30000 Einwohnern. Dank der Attraktivität des Volkswagenwerkes und vieler Einpendler stand die Stadt hinsichtlich der Wohnungsnot an der Spitze deutscher Städte. Nicht nur weil Reichows Planungen schleppend vorangekommen waren, sondern weil die Leistungsfähigkeit seiner auf kleine Häuser zielenden Bebauungsvorschläge angesichts höherer Baufertigstellungsraten nicht mehr ausreichte, begann die Überzeugungskraft der »organischen Stadtbaukunst« als städtebauliches Leitbild allmählich nachzulassen.

Die Wiederkehr des Funktionalismus

Die »Systemzeit« war 1933 zu Ende gegangen. Die Vertreter der Moderne waren zuvor schon nur eine Minderheit und weit davon entfernt gewesen, allgemein anerkannt zu sein. Durch die NS-Herrschaft als »entartet« und »bolschewistisch« gebrandmarkt, waren die meisten Vertreter des neuen Bauens geflohen und hatten im Ausland den Durchbruch des internationalen Stils mitbeschleunigt. Erst wieder vom Ausland inspiriert, regte sich im Nachkriegsdeutschland das Interesse am Funktionalismus mit Erstarren der Bauwirtschaft und mit Hilfe einer nachwachsenden Architekten-Generation. Entscheidend für dieiedereinsetzende öffentliche Diskussion des Funktionalismus in Städtebau und Architektur waren der mit Mitteln der Marshallplanhilfe unter international besetztem Preisgericht 1951 durchgeführte ECA-Wettbewerb¹⁸ (735 Teilnehmer) und das im Rahmen der »Interbau« 1957 durch international anerkannte Architekten modern wiederaufgebaute Hansa-Viertel in Berlin.

In Wolfsburg demonstriert die mit dem Bau der »Wohlberg«-Siedlung (wieder!) eingeführte Zeilenbauweise den Beginn eines neuen, funktionalistischen Leitbildes. Nicht mehr die semantisch vorgetäuschte Kleinstadt-Idylle, das kleine Haus im (eigenen) Garten, bestimmte den städtebaulichen und architektonischen Entwurf, sondern die möglichst sonnig gelegene, möglichst rasch mit guter Sanitärausstattung herstellbare Wohnung in freier Landschaft beflügelte die Städtebauer. Der Zeilenbau – kranbahnbedingt – kehrte wieder; bis zu fünf Geschossen übereinander waren jetzt möglich. Balkone, Pult- oder Flachdächer schufen den Wohnblocks ein ungewohnt

¹⁸ Vgl. *H. Wanderleb* (Hrsg.), *Neuer Wohnbau*, Ravensburg 1952. ECA (Economic Cooperation Administration) war die Bezeichnung für einen vom Bundeswohnungsminister ausgelobten städtebaulichen Realisierungs-Wettbewerb.

modernes Aussehen. Da die Bauten noch überwiegend handwerklich erstellt wurden, waren die Serien klein. Die individuelle Experimentierfreude der Architekten war groß. Uniformität konnte nicht aufkommen. Auch wenn die gestalterische Sicherheit mit den neuen Materialien erst allmählich wuchs, die Freude über steigende Fertigstellungszahlen stand über allem.

Die ersten öffentlichen Bauten in Wolfsburg fallen in diese Zeit der allmählich wechselnden Leitbilder. Zunächst bauten beide Kirchen ihre ersten Gotteshäuser »von rechter Funktionalität«, was die äußeren Natursteinquader noch eher verschleiern. Beim Stadt Krankenhaus verlangte der Rat der Stadt, daß Wirtschaftlichkeit vor aufwendiger Architektur zu gehen habe: entsprechend naiv präsentierte es sich als nackter Funktionsbau. Auch Schulbauten verzichteten auf jegliche Repräsentation, statt dessen wurde viel Wert auf gute Belichtung und Einbindung in die Landschaft gelegt. Mit der Entscheidung über den unter namhaften Architekten beschränkt ausgelobten Rathaus-Wettbewerb trat 1954 die Entwicklung des Stadtzentrums in den Mittelpunkt des öffentlichen Interesses. Titus Taeschner hatte den ersten Preis für einen funktional gegliederten Rathaus-Entwurf erhalten, welcher gleichzeitig städtebaulich den Marktplatz faßt und dennoch die Übergänge zur Stadt-Landschaft deutlich werden läßt. Weitergehende Planungen nahmen 1955 ihren Anfang in einem von R. Hillebrecht, P. Koller und W. Wortmann gemeinsam erstellten Gutachten über den Stadtkern von Wolfsburg.

Die Wirtschaftswunderstadt

Was sich seit Beginn der 50er Jahre zunächst zaghaft und experimentierend an funktionalistischen Neuerungen hervorgewagt hatte, drängte mit der Zeit auf größere Realisierungen. Dies setzte aber nicht nur hohen Wohnungsbedarf, sondern vor allem eine große Wirtschaftskraft, Verfügbarkeit über den Boden und eine leistungsfähige Organisation bei der Stadt voraus. In Wolfsburg kam im Jahre 1955 alles zusammen: Der millionste VW-Käfer lief vom Band und das Volkswagenwerk begann, sich mit dem ersten Werk außerhalb Wolfsburgs zum Konzern zu wandeln. Die Klärung über die Rechts- und Eigentumsverhältnisse war endlich erreicht und die Stadt im Wege der sog. Erstaussstattung Eigentümerin fast ihrer gesamten Gemarkung geworden. Der Grundstein für Rathaus und Porsche-Stadion war gelegt sowie die Einigung mit der Bundesbahn über den Neubau des Bahnhofes erreicht worden. Schwierigste Verhandlungen, die Rat und Verwaltung jahrelang in Anspruch nahmen, fanden damit ihren Abschluß. Gleichzeitig wurde die Bauverwaltung unter Peter Koller als neugewähltem Stadtbaurat neu organisiert.

Koller entwarf für die noch nicht 40000 Einwohner zählende Volkswagenstadt einen neuen Flächennutzungsplan für 100000 Einwohner, der – dieses Mal – auf alle nur Repräsentation heischenden Gestaltungselemente verzichtete. Dagegen spielten

Kapazitätsberechnungen der Infrastruktur und das Freihalten von Vorbehaltsflächen aller Art eine wichtige Rolle bei der Ausweisung neuer Bauflächen. Die Gliederung der Stadt in Kollers Flächennutzungsplan von 1955 wurde nur noch von funktionellen Überlegungen bestimmt. Statistische Berechnungen insbesondere über die Tragfähigkeit privater und öffentlicher Dienste spielten eine wesentliche Rolle bei der Flächenaufteilung und Zuordnung. Kollers Vorgehen bei der Planung kann als typisch gelten für die beginnende Verwissenschaftlichung der Stadtplanung jener Jahre, die mit zunehmender Vernachlässigung gestalterischer Anforderungen an die Stadtplanung einherging.

Die in rascher Folge in der zweiten Hälfte der 50er Jahre gegen große Widerstände mitten im Wald entstandenen Neubau-Gebiete »Hellwinkel«, »Eichelkamp«, »Laagberg-Süd« und »Rabenberg« symbolisieren die völlige Loslösung von Straßenerschließung und Gebäuden in sogenannten »fließenden« Räumen. Der anfangs noch vorherrschende Zeilenbau vereinheitlichte sich durch immer häufiger verwendete, gleichartige Bauelemente (Bandfassade). Bald trat mit fortschreitender Bautechnik das Hochhaus hinzu. Im Baugebiet »Eichelkamp« sind so gut wie alle Typen vertreten, mit denen damals beim Wohnhochhausbau experimentiert worden ist (vgl. Abb. 2 im Beitrag von Herlyn / Tessin, S. 132). Am deutlichsten ausgeformt wurde das neue Leitbild der Wirtschaftswunderstadt in den nördlich des Mittellandkanals entstehenden Stadtteilen Tiergarten- und Teichbreite. Erstmals hatte die Kalkulation ergeben, daß die teurere Großtafel-Fertigbauweise das Risiko von Lohnsteigerungen während der Bauzeit aufwiegen würde. Dadurch war der Wohnungsbau dem funktionalistischen Wunschbild von der Wohnmaschine einen entscheidenden Schritt nähergekommen.

Die Wiederkehr des Funktionalismus in den 50er Jahren konnte nicht mehr an die Erfahrungen der Moderne aus den 20er Jahren anknüpfen. Was in der Weimarer Republik hart erkaufte Experiment gewesen, von großen Architekten gestaltet und von mutigen Stadtparlamenten beschlossen worden war, war unter dem Druck der sich mehr und mehr industrialisierenden Bauwirtschaft zur plagiatsbehafteten Dutzendware in der Obhut großer Bauträgergesellschaften geworden. Bei steigendem Wohlstand konnte nicht ausbleiben, daß diese Art Massenwohnungsbau in Mißkredit kam. In der Öffentlichkeit wurden die Planungen als zu technokratisch kritisiert, das Wort von der »Unwirtlichkeit der Städte« machte die Runde. Und trotzdem mußte an den stark wachsenden Industriestandorten rasch weitergebaut werden.

Von der Dichte zur Urbanität

Anfang der 60er Jahre herrschte großer Mangel an Arbeitskräften, andererseits war die Kapitalausstattung allgemein stark angewachsen. Wo, wie in Wolfsburg, immer noch hoher Bedarf an Neubauwohnungen bestand, herrschten somit gute Vorausset-

zungen für die Wohnungsproduktion in Großserien, wie sie inzwischen im Ausland entwickelt worden waren.

Da »Wachstum« damals ohnehin in allen Gesellschaftsbereichen Konjunktur hatte, fand sich rasch – mit Hilfe kurzschlüssiger Interpretation soziologischer Stadtforschung – eine neue Formel. Mit der Behauptung, durch immer dichteres Stapeln der Wohnungen würde auch die Möglichkeit zur zwischenmenschlichen Begegnung häufiger wahrgenommen, wenn nur zwischen den öffentlichen Verkehrs- und Grünflächen und der Privatheit der Wohnung genügend »halb-öffentliche« Begegnungszonen bereitgestellt würden, entstand das neue Leitbild: Urbanität durch Dichte. Erst später sollte sich zeigen, daß die unübersichtlichen, pfeifendem Wind ausgesetzten Restflächen der anonymen Erdgeschoßzonen vor Treppen- und Fahrstuhlschächten eher zum Vandalismus statt zur nachbarschaftlichen Begegnung aufgefordert haben.

Im Vertrauen auf grenzenloses Wachstum und inzwischen den eigenen Markungsgrenzen baulich immer näher kommend, entschloß sich die Stadt Wolfsburg auf Vorschlag des 1960 neugewählten Stadtbaurates Rüdiger Recknagel zur äußersten Verdichtung für die im Südwesten beidseits der Autobahn-Zubringerstraße gelegenen Bauflächen. »Detmerode« und »Westhagen« sind idealtypische Stadtviertel des Dichte-Leitbildes. Detmerode, auf streng rechtwinkligem Raster als Demonstrativ-Bauvorhaben des Städtebauministeriums entwickelt, ist ein sich selbst versorgen sollender Stadtteil. In das mehrere Hochhaustypen umfassende Wohngemeinde sind auch erdgeschossige Einfamilienhäuser (Bungalows) integriert worden. Dieser Stadtteil konnte noch nach dem einheitlich entworfenen Erst-Konzept fertig gebaut werden (vgl. Abb. 2 im Beitrag von Herlyn / Tessin, S. 132). »Westhagen« zeigt dank bereits fortgeschrittener Produktivität individuellere Gebäudegestaltungen. An eine zentrale »Gemeinschaftszone« sind Läden, öffentliche Einrichtungen und – erstmals in Wolfsburg – zentrale Parkhäuser¹⁹ angeschlossen. Erst halbfertiggestellt, geriet der Stadtteil Westhagen in die erste Konjunkturkrise seit der Währungsreform, was zum zeitweisen Stop der Bauarbeiten geführt hat. Die Weiterführung in den 80er Jahren erfolgte dann nach veränderten Leitbildern mit reduzierten Dichten und teilweise postmoderner Gestaltung. Die serienmäßig erstellten »Wohnmaschinen« der »Urbanitäter« erwiesen sich – nur für die letzte Spitze des Bevölkerungswachstums entwickelt – als keine auf Dauer tragfähige städtebauliche Konzeption.

Weniger problematisch, aber zur städtischen Lebensform auch wenig beitragend, erwies sich die städtebauliche Konzentration von Einfamilien-Hausgruppen im Stadtteil »Kreuzheide«, der – zeitgleich mit Westhagen – für die Besserverdienenden im Norden der Stadt erschlossen wurde. Hier lebte das von der Gesellschaft hochge-

¹⁹ Kollers erste Planung für die Stadt-des-KdF-Wagens hatte die Unterbringung der Autos ausschließlich in Großgaragen am Rande der Baugebiete vorgesehen, doch ist keines dieser Parkhäuser gebaut worden. In der Nachkriegszeit wurden die zuvor freigehaltenen Standorte mit Wohnungen überbaut.

schätzte und von allen Bundesregierungen finanziell geförderte Leitbild von der ländlich geprägten Lebensform in neuer Form fort. Von der »volksbiologischen« Wirkung war in der öffentlichen Diskussion über das Einfamilienhaus allerdings nicht mehr die Rede (und ließe sich aus den stagnierenden Kinderzahlen auch nicht mehr belegen). Um so eher wurde das eigene Haus nun zum Statussymbol. So konnte auch in Wolfsburg eine noch so rigide, auf einheitliche Gestaltungsprinzipien ganzer Hauszeilen gerichtete Stadtplanung nicht völlig verhindern, daß einzelne Bauherren ihren Status mit entsprechend semantisch überfrachteten Häusern zur Schau stellen.

Die Inszenierung der Stadtmitte

Werner Durth hat den »Übergang vom Organismus- zum Bühnenmodell« eindringlich als konsumorientierte »Inszenierung der Alltagswelt«²⁰ beschrieben. Möglich wurde dies durch einen weiteren Fortschritt an Produktivität, die heute – bei gleichzeitig gestiegenem Volkseinkommen – längst die Serienfertigung auch handwerklich anmutender Bauteile ermöglicht hat.

Wetteifernd mit der Zunahme privater Repräsentationswünsche und einem steigenden Anspruch nach neuen Reizen zur Weckung von Identifikation mit der jeweiligen Stadt (vom Brief-Signet bis zum Theaterbau) hat auch Wolfsburg seinen Beitrag geleistet. Das von Aalvar Aalto entworfene Kulturzentrum konnte im August 1962 eingeweiht werden. Es hat den Marktplatz nach Süden abgeschlossen, ist (noch) Abschluß der Wolfsburger Innenstadt.²¹ Nur noch mit Blickbeziehung zur Kernstadt, weil eingebettet in das Grün des Klieversberg-Hanges, folgte 1973 das von Hans Scharoun entworfene Stadttheater. Damals bestand auch noch eine Blickachse aus der Hauptgeschäfts-(Porsche-)Straße heraus zum Wolfsburger Schloß, die von Koller bewußt offen gehalten worden war.

Die eigentliche Inszenierung der Stadtmitte erfolgte aber erst, nachdem 1976 durch Umbauten eine neue Verkehrsführung über einen »City-Ring« möglich wurde. Gerhard Kern, vom Planungsamtsleiter zum Stadtbaurat geworden, hat, nach Schließung des Mittelabschnitts der Porschestraße, dort eine Verkaufslandschaft eingerichtet. Diese Fußgängerzone will mit Geschäftsflächen und Verweilzonen ein angenehmes »Ambiente« erzeugen, Kinder- und Wasserspiele miteinbezogen. Raumwirkungen sind Nebensache, Kulissen zählen. Die Stadt wurde zur Bühne, wo im Schichtrythmus des VW-Werkes die Szenen wechseln, der Bürger zum Komparsen der Konsumwelt werden soll. Die Gestaltung müht sich um »Urbanität« und gibt dennoch nur die

²⁰ W. Durth, *Die Inszenierung der Alltagswelt*, Braunschweig 1977.

²¹ Die seit 1970 andauernden Überlegungen zur Schaffung eines multifunktionalen »Südkopfes« als neuen Abschluß der Porschestraße treten inzwischen – nach mehrfachen Umformulierungen von Programmen und Entwürfen – ins Realisierungsstadium ein.

(konsumorientierte) Seite einer durch und durch auf Arbeitsteilung angelegten – einer modernen – Stadt wieder (vgl. Abb. 3 und 4 im Beitrag Herlyn / Tessin, S. 134).

Und die Bodenfrage?

In Fachkreisen ist allgemein bekannt, daß Wolfsburg seine Gemarkung fast vollständig im städtischen Eigentum hat und daß fast alles Gebaute auf Erbbaurecht beruht. Weniger bekannt ist, daß schon im Dritten Reich an eine spätere Privatisierung (evtl. mit Erbbaurecht) gedacht worden war, daß erst 1955 mit dem Erstaussstattungsvertrag die Stadt Eigentümer der Flächen wurde und daß um 1980 mit der Privatisierung von Wohnbaugrundstücken begonnen worden ist. Im einzelnen kann dies hier nicht ausgeführt werden.²²

Die Frage, ob die Kommunalisierung des Grund und Bodens die städtebaulichen Leitbilder verändert habe, muß mit nein (!) beantwortet werden. Angesichts der Bemühungen der Bodenreformer, d. h. seit Ende des 19. Jahrhunderts anhaltenden Debatte um ein besseres Bodenrecht zur Verbesserung des Städtebaus, mag dieses Nein überraschen. Freilich, in der Volkswagenstadt konnte rascher gebaut werden als anderswo, konnten die Bodenpreisteigerungen öffentlich abgeschöpft bzw. zur Finanzierung des Wohnungsbaus (und einer sehr hohen Ausstattung bis hin zur Fernheizung) verwendet werden. Erleichterung für die Umsetzung von Leitbildern gab es in Wolfsburg also allemal, sogar entscheidende. Aber eben keine andersartigen Leitbilder. Nicht einmal Ansätze dazu, keine Experimente!

Die Gesellschaft ist Bauherr der Städte (und nicht etwa die Planer). Dies erklärt, weshalb die Leitbilder der bundesrepublikanischen Gesellschaft sich auch – und gerade – in Wolfsburg wiederfinden. Gerade in Wolfsburg, wo keine privaten Grundstücksinteressen hinderlich waren, gerade in Wolfsburg, das mit seiner Autoproduktion Schrittmacher der wirtschaftlichen Entwicklung gewesen ist, sind die Leitbilder der Gesellschaft kristalliner ausgeformt worden als anderswo. Über diese – paradoxe? – Antwort auf die Bodenfrage darf weiter nachgedacht werden.

²² Vgl. D. Kautt (s. A 10), S. 202 ff.

Jürgen Friedrichs / Volker Kirchberg

Probleme der Wolfsburger Innenstadtentwicklung

Problem

Die Innenstadt von Wolfsburg bietet für den Stadtforscher eine Mischung aus besonderen und allgemeinen Problemen. Zu den besonderen, für Wolfsburg spezifischen Problemen gehören: 1. Die Stadt ist jung, von einem Stadtzentrum oder einer »City« kann hier erst seit ca. 1960 gesprochen werden; es besteht vor allem aus der Porschestraße. 2. Die Nutzungen, Geschäfte, Gastronomie und kulturelle Einrichtungen sind stärker als in anderen Städten von dem Wandel der Beschäftigtenstruktur eines Unternehmens, des VW-Werkes, abhängig.

Zu den allgemeinen Problemen, die Wolfsburgs City mit anderen Städten gemeinsam hat, zählen:¹ 1. Die City steht im Wettbewerb mit Stadtteilzentren, z. B. Fallersleben, Detmerode, Vorsfelde, sowie mit anderen Städten, vor allem Braunschweig und Gifhorn. 2. Seit Jahren ist auch in der Region Wolfsburg eine Suburbanisierung festzustellen. Daher vergrößert sich der Wettbewerb mit den außerhalb Wolfsburgs liegenden Zentren Braunschweig und Gifhorn.

Wir werden im folgenden zuerst die Art und das Ausmaß des Wettbewerbs der City von Wolfsburg mit den anderen Zentren, einschließlich der Bedeutungsänderungen aufgrund der Suburbanisierung, darstellen. Sodann behandeln wir die Wahrnehmung und Benutzung der Porschestraße und ihrer Teilabschnitte. Hierauf aufbauend, erörtern wir im letzten Teil mögliche Planungskonzepte für die City.²

1. City Wolfsburg und andere Zentren

Die City Wolfsburg weist eine Reihe von Besonderheiten auf. Sie besteht vor allem aus der 1200 Meter langen Porschestraße; diese trug bis in die 70er Jahre noch immer Züge eines Provisoriums. Ihr Hauptstraßencharakter wurde stärker betont als ihr Zentrumscharakter. Erst mit der Ansiedlung mehrerer Textilkaufhäuser und eines

¹ Vgl. J. Friedrichs / A. C. Goodman u. a., *The Changing Downtown*, Berlin / New York 1987.

² Dabei stützen wir uns auf die Ergebnisse eines umfangreichen Forschungsprojektes über die City Wolfsburg, das wir von 1986–1988, gefördert von der Stiftung Volkswagenwerk, durchgeführt haben. Im Rahmen dieses Projektes wurden drei Arten von Erhebungen vorgenommen: 1. Eine Befragung von 2137 Passanten in der City, Fallersleben und Detmerode, 2. eine telefonische Befragung einer Wahrscheinlichkeitsstichprobe von 528 Wolfsburgern und 3. eine schriftliche Befragung von 303 Angehörigen des VW-Werkes; vgl. hierzu den ausführlichen Bericht von O. Behm / V. Kirchberg / J. Friedrichs, *Die City von Wolfsburg*, Frankfurt / New York 1988.

Warenhauses, dem Ausbau der kommunalen Einrichtungen wie dem Rathaus und dem Kulturzentrum, und insbesondere mit der Errichtung der Fußgängerzone im mittleren Teil der Porschestraße Anfang der achtziger Jahre hofften die Stadtplaner, endlich ein »richtiges Zentrum« in der Mitte Wolfsburgs schaffen zu können. Die Hoffnung hat sich bis heute nicht voll erfüllt. Dies hängt u. a. damit zusammen, daß die Umsetzung planerischer Ideen in einen Zeitraum fiel, in dem die Großstädte der Bundesrepublik weitere Bedeutungsverluste ihrer Innenstädte hinnehmen mußten. Auch Wolfsburg muß gegen den Trend der Dezentralisierung von Innenstadtnutzungen kämpfen.

Schwierigkeiten für die Entwicklung des Zentrums ergeben sich auch aus dem fehlenden Reservoir »historischer Erinnerungen«. Zudem liegen auf dem Wolfsburger Stadtgebiet zwei, als historische Zentren in der Region anerkannte »Ackerbürgerstädte«: Fallersleben und Vorsfelde. Sie erlangten ihre Bedeutung nicht als Subzentren eines suburbanisierten Raumes, sondern besaßen lange vorher Zentrumsfunktionen wie Warenmarkt und Verwaltungszentrum.

Die explosive Stadtentwicklung Wolfsburgs seit den 50er Jahren hat die Bedeutung der City nicht in entsprechendem Ausmaß ansteigen lassen. Eine Suburbanisierung, mitausgelöst durch die stark anwachsende Einwohnerzahl und die räumliche Erweiterung, stand dem entgegen: So versechsfachte sich durch die Gebietsreform 1972 das Gemarkungsgebiet der Stadt von rund 35 qkm auf 203 qkm, die Bevölkerungszahl stieg von 60 000 Einwohnern in den 60er Jahren auf über 130 000 Einwohner. Von ihnen sind etwa 35 000 Einwohner sogenannte »Einwanderungsgewinne« des Verwaltungsaktes von 1972.³ Seit dieser Eingemeindung schwankt die Einwohnerzahl in unmittelbarer Reaktion auf die Prosperität des VW-Werkes zwischen 135 000 und 128 000 Einwohnern und liegt 1986 aufgrund einer geringen Geburtsrate und Wanderungsverlusten bei 121 994 Bewohnern.⁴ Neben den vorhandenen traditionellen Nachbarzentren erwuchs der Wolfsburger City nun auch durch die neuen Großsiedlungen Detmerode und Westhagen und ihren Einkaufszentren Konkurrenz. Diese neuen Stadtteile wurden in den 70er Jahren mit jeweils über 12 000 Einwohnern (der Einwohnerzahl Fallerslebens) in drei bis sechs Kilometer Entfernung von der City errichtet.

Zusammenfassend lassen sich vier Problembereiche seit Ende der 70er Jahre erkennen:

1. Die ungebrochene Dominanz des benachbarten Oberzentrums Braunschweig zieht einen Großteil der hohen Kaufkraft der Wolfsburger aus der Stadt.

³ U. Herlyn / U. Schweitzer / W. Tessin / B. Lettko, *Stadt im Wandel*, Frankfurt / New York 1982, S. 65.

⁴ Vgl. Stadt Wolfsburg, Amt für Stadtentwicklung, Stadtforschung und Statistik, *Mittlere Bevölkerungszahlen in Wolfsburg 1967–1984*, in: *Stadt Wolfsburg, Statistisches Jahrbuch 1984*. *Mittlere Bevölkerungszahlen in Wolfsburg 1985–1986*.

2. Der Suburbanisierungsprozeß, gekennzeichnet durch die Ausweitung des Wolfsburger Stadtgebietes (bei einer geringen Bevölkerungsdichte) und Wanderungsverlusten in das Umland, sowie die Errichtung neuer Großsiedlungen behindern den Bedeutungszuwachs der Wolfsburger City.
3. Neben dieser »Dezentralisierung zentraler Funktionen« behaupten sich weiterhin die Ortsteile Fallersleben und Vorsfelde in ihrer ökonomischen, vor allem aber sozialen und kulturellen Attraktivität gegenüber dem Hauptzentrum.
4. Die Stadtverwaltung unternimmt große Anstrengungen, in der Mitte ihrer Stadt ein Zentrum zu gestalten, das nicht nur herkömmliche Aufgaben eines Einkaufszentrums erfüllt, sondern insbesondere ein Ort der Identifikation mit der Gesamtstadt, ein Treffpunkt aller Bevölkerungskreise und ein Platz kultureller Attraktionen sein soll. Der selbstgestellten Aufgabe ist man noch nicht zufriedenstellend gerecht geworden.

1.1 Besuchshäufigkeit

1976 und 1982 führte das Referat für Stadtentwicklung der Stadt Wolfsburg Bürgerbefragungen durch. Dabei wurden die Bewohner nach der Nutzung ihrer Hauptgeschäftsstraße gefragt.⁵ Weiter erstellte das Institut für Handels-, Stadt- und Regionalforschung »PRISMA« 1982 ein Einzelhandelsgutachten für die City und das Zentrum Fallersleben im Auftrage der Industrie- und Handelskammer Lüneburg – Wolfsburg. Dieses Gutachten beschränkte sich aber allein auf die ökonomische Dimension der Cityattraktivität.⁶ Dadurch ergeben sich Vergleichsmöglichkeiten zu den von uns in der Porschestraße und im Zentrum Fallersleben durchgeführten Passantenbefragungen.

Häufigkeit	Bürgerbefragung (N = 663) 1976	Bürgerbefragung (N = 617) 1982	Differenz 1982–1976	Uni Hamburg (N = 528) 1986	Differenz 1986–1982
fast täglich	31,0	21,1	– 9,9	27,3	+ 6,2
wöchentlich	44,1	45,7	+ 1,6	47,0	+ 1,3
monatlich	17,7	27,3	+ 9,6	19,7	– 7,6
vierteljährlich	1,6	1,5	– 0,1	3,4	– 1,9
seltener	4,3	4,2	– 0,1	2,2	– 2,0
nie	0,4	0,2	– 0,2	0,4	– 0,2

Tabelle 1: Besuchshäufigkeit der Porschestraße 1976, 1982, 1986, in % der Wolfsburger, Differenzen in Prozentpunkten.

⁵ Vgl. Stadt Wolfsburg, Referat für Stadtentwicklung, Fußgängerzone Porschestraße. Bürgerbefragung 1982 im Vergleich zur Bürgerbefragung 1976, in: Stadt Wolfsburg, Daten der Stadt Wolfsburg 1983.

⁶ Vgl. Prisma, Institut für Handels-, Stadt- und Regionalforschung GmbH, Einzelhandelsgutachten Wolfsburg, Hamburg 1983.

Unter der Annahme, daß die (schriftliche) Bürgerbefragung mit der (Telefon-)Befragung unserer Untersuchung vergleichbar ist, läßt sich feststellen, daß dem deutlichen Rückgang der Besuchshäufigkeit von 1976 bis 1982 (zurückführbar auf die bis 1981 andauernden Bauarbeiten an der Fußgängerzone Porschestraße) ein fast ebenso deutlicher Anstieg in den dann betrachteten vier Jahren folgte (vgl. Tabelle 1). Die City wird heute häufiger besucht als vor vier Jahren. Legt man dagegen die Daten von 1976 zugrunde, so wurde in diesem Zeitraum lediglich der Einbruch um 1980 kompensiert.

Häufigkeit	PRISMA 1982 (N = 198)	Uni Hamburg 1986 (N = 372)	Differenz 1986–1982
wöchentlich	87,0	84,4	– 2,6
monatlich	2,0	8,9	+ 6,9
vierteljährlich	2,0	4,6	+ 2,6
seltener	9,0	2,2	– 6,8

Tabelle 2: Besuchshäufigkeit des Zentrums Fallersleben 1982 und 1986 in % der Passanten in Fallersleben, Differenzen in Prozentpunkten.

Für den beobachteten Zeitraum läßt sich in Fallersleben eine leichte Abnahme der Besuchshäufigkeit zeigen. Nimmt man an, daß die Besuchshäufigkeit ein Indikator für die Bedeutung eines Zentrums ist, dann scheint die seit 1982 gestiegene Bedeutung der City sich – wenn auch nur geringfügig – zuungunsten des Subzentrums Fallersleben ausgewirkt zu haben.

Der Anteil der häufig (bis zu einmal wöchentlich) die City aufsuchenden Passanten liegt 1986 mit knapp 90% über dem Anteil dieser Gruppe in Detmerode (88%) und in Fallersleben (84%). Das Passantenaufkommen liegt in der City ebenfalls über dem Aufkommen des Zentrums Detmerode und dieses wiederum über dem des Zentrums Fallersleben (vgl. Abbildung 1). Sowohl die Besuchshäufigkeit wie das Passantenaufkommen zeigen also die herausragende Stellung der City im Kontext zu den Subzentren.

1.2 Folgen der Suburbanisierung

Durch die Suburbanisierung müßte der Anteil der Bewohner aus den Stadtrandgebieten an den Citybesuchern ähnlich stark zunehmen, wie der Anteil der Bewohner aus den innerstädtischen Stadtteilen abnimmt, wenn der Migrationsprozeß nach außen das Verhalten zum Stadtzentrum *nicht* negativ beeinflußt. Nimmt der Anteil der Bewohner aus dem Umland und den Stadtrandortsteilen jedoch nicht zu, dann kann davon ausgegangen werden, daß die Dezentralisierung der Bevölkerung einen direkten negativen Einfluß auf die Bedeutung der City hat.

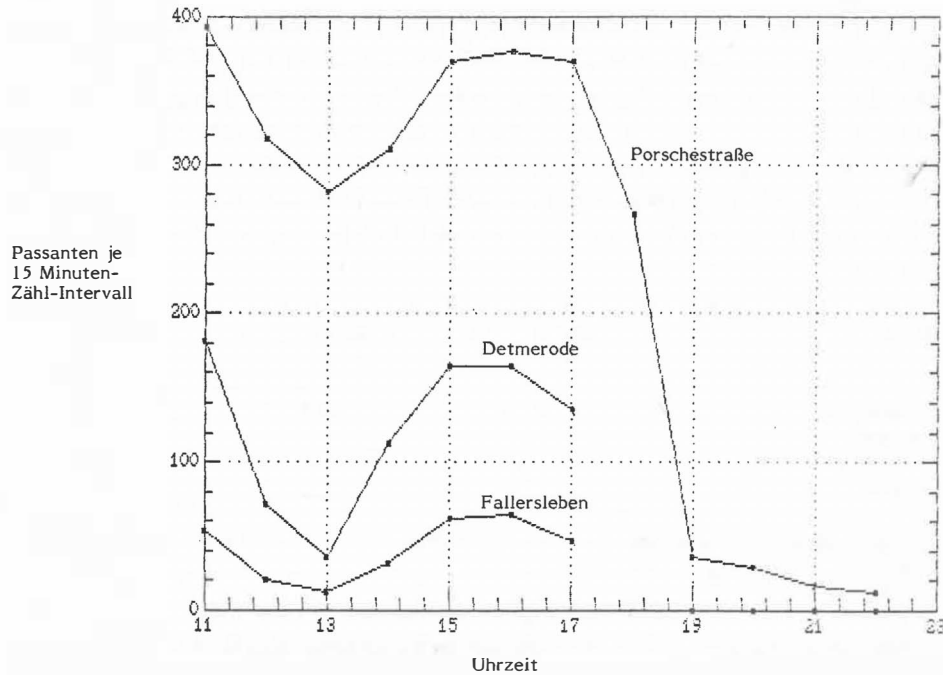


Abb. 1 Passantenaufkommen (15 Minuten-Zähl-Intervalle) in den Zentren Porschestraße, Fallersleben, Detmerode im April 1986.

Um das zu untersuchen, wurde von uns das Stadtgebiet Wolfsburgs in drei Ringgebiete um das Stadtzentrum unterteilt: Die *innere Stadt* befindet sich im Radius von ungefähr 3 km um die Porschestraße, ein *mittlerer Wohnort-Ring* liegt außerhalb des 3-km- und innerhalb des 6-km-Radius, und ein *Stadtrand-Ring* liegt außerhalb des 6-km-Radius bis zur Stadtgrenze (vgl. Abbildung 2). Die Landkreise Gifhorn und Helmstedt gelten als *Umlandgemeinden*. Als weitere Datenquellen neben unserer Passantenbefragung können wir auf die Passantenbefragung der »Untersuchung Kundenverkehr« der Universität Köln 1980 und 1984⁷ und auf die Einzelhandels-Untersuchung des PRISMA-Institutes 1982 zurückgreifen.⁸

Demnach hat der Anteil aus dem Stadtrand von 1980 bis 1984 um fast drei Prozentpunkte zugenommen und stagniert seitdem. Der Anteil aus dem Mittleren Ring ist deutlicher gestiegen und zudem bis heute ungebrochen. Der Anteil der Besucherschaft aus der inneren Stadt ist dagegen stark gesunken. Der Anteil der Besucherschaft aus den Umlandgemeinden ist unverändert; er schwankt um die 15 Prozentmarke.

⁷ Vgl. Institut f. Handelsforschung an der Universität Köln, Untersuchung Kundenverkehr Wolfsburg 1984.

⁸ (s. A 6).

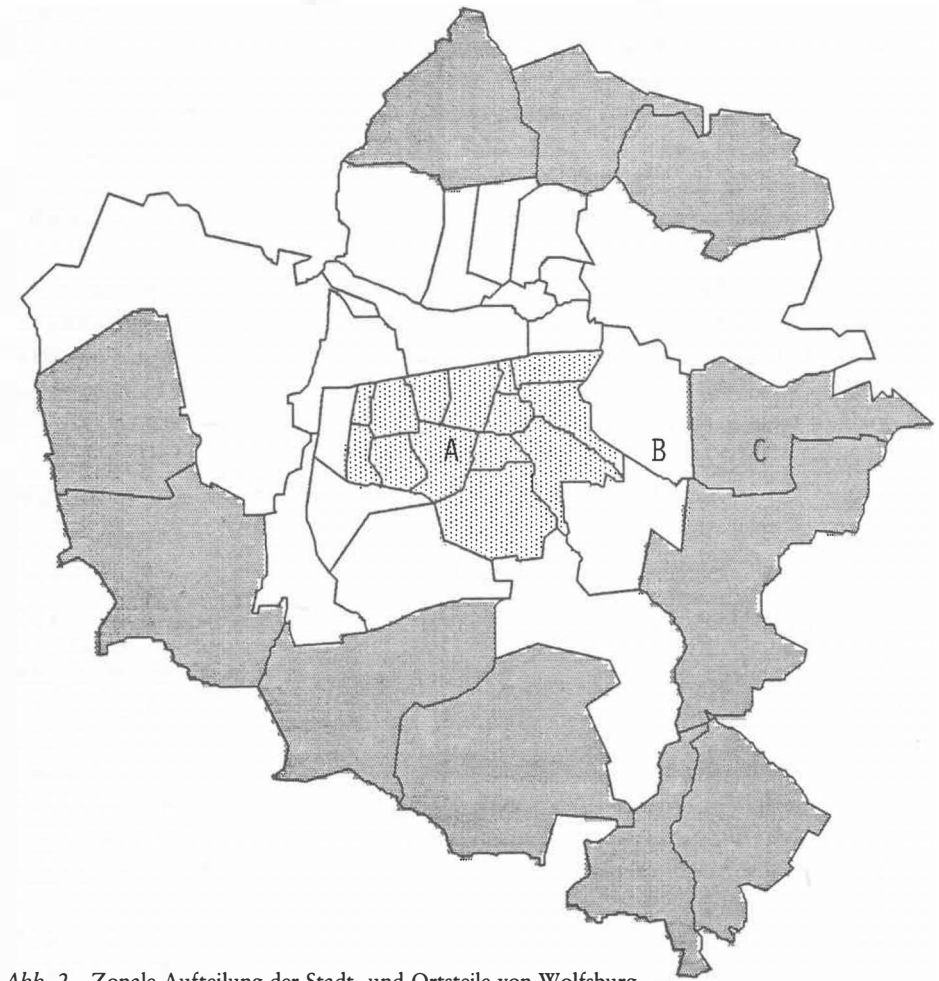


Abb. 2 Zonale Aufteilung der Stadt- und Ortsteile von Wolfsburg.

Stadtgebiet	Kundenverkehr 1980	PRISMA 1982	Kundenverkehr 1984	Uni Hamburg 1986	Differenz 1980-1986
Innerer Ring	48,7	50,4	38,6	38,1	-10,6
Mittlerer Ring	28,6	31,0	34,2	37,3	+ 8,7
Äußerer Ring	5,0	5,8	7,9	7,7	+ 2,7
Umlandgemeinden	17,7	12,8	19,3	16,9	- 0,8

Tabelle 3: Besucheraufkommen in der City, nach Wohnort-Ringen, in % der Passanten, Differenz in Prozentpunkten.

Der Verlust von Besuchern aus dem inneren Stadtgebiet wird durch einen erhöhten Anteil der Besucherschaft aus den mittleren Stadtgebieten ausgeglichen. Vor allem deshalb wird sie in immer geringeren Maße ein Nebengeschäftszentrum für die unmittelbare Nachbarschaft, was sie zweifelsfrei Anfang der 80er Jahre noch für rund 50% ihrer Benutzer war.

Die Verlagerung der Wolfsburger Bevölkerung findet aber schwerpunktmäßig nicht in die mittleren Stadtteile, sondern in den Stadtrand statt, wie ein Vergleich der Zu- und Fortzugssalden belegt. Von 1980 bis 1984 sind aus der inneren Stadt 969 Personen und aus den mittleren Stadtteilen 1674 Personen mehr fort- als zugezogen. Der Zuzug in die Stadtrand-Gemeinden ist dagegen deutlich stärker als der Fortzug; von 1980 bis 1984 sind hier 1598 Personen mehr zu- als fortgezogen. Noch eindeutiger wird die Verlagerung in die Stadtrandgebiete, wenn die Zahlen der natürlichen Bevölkerungsveränderungen berücksichtigt werden (vgl. Tabelle 4).

Stadtgebiet	1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986
Innere Stadtteile	100,0	96,4	94,4	92,7	90,5	89,8	89,0
Mittlere Stadtteile	100,0	100,3	99,9	98,7	98,3	99,3	99,2
Stadtrand-Gebiete	100,0	105,3	110,1	113,1	114,6	117,0	118,7
Umlandgemeinden	100,0	k. A.	100,9	k. A.	100,7	100,9	k. A.

Tabelle 4: Bevölkerungsentwicklung in den Wohnort-Ringen und im Umland, 1980–1986, Index 1980 = 100.

Die Bevölkerung der Stadtrand-Ortsteile steigt um 18,7%, die des mittleren Ringes stagniert und die des inneren Ringes nimmt deutlich um 11% ab. Die Zunahme der Bevölkerung der Wolfsburger Stadtrand-Ortsteile ist deutlicher als die des Umlandes. Ein Vergleich der Bevölkerungsbewegungen (Tabelle 4) mit den Häufigkeitsschwankungen der Zentrenbesuche (Tabelle 3) zeigt folgendes:

1. Der Anteil der Besucher aus der unmittelbaren Umgebung der City ging im beobachteten Zeitraum um ungefähr 10% zurück, was dem Bevölkerungsrückgang dieses Bereiches entspricht.
2. Die Besucher der City aus dem Mittleren Ring haben um ungefähr 10 Prozentpunkte zugenommen, obwohl die Bevölkerungszahl dieser Stadtregion im betrachteten Zeitraum abgenommen hat. Der starke Zugewinn kann also nicht durch Suburbanisierungsfolgen erklärt werden: Der Bereich ist durch eine Ausdünnung der Bevölkerung gekennzeichnet.
3. Die Bevölkerung der Stadtrand-Ortsteile hat um über 18% dazugewonnen. Dagegen hat der Anteil der Besucher der City aus diesem Stadtbereich um nur rund 3 Prozentpunkte zugenommen. Im äußeren Ring liegen die neuen Wohngebiete der innerstädtischen Migranten. Die Neubewohner der äußeren Ortsteile haben ihre Zentrenorientierung geändert, beziehungsweise gar nicht erst zur City aufgebaut.

Der Anteil der Besucher der City aus den äußeren Stadtgebieten nimmt ab. Dem entsprechend müsste die Bedeutung der Subzentren in dem betrachteten Zeitraum steigen. Ihre ursprüngliche Aufgabe als Nebengeschäftszentren der unmittelbaren Nachbarschaft dürfte sich zugunsten eines erweiterten Einzugsgebietes verändern. Ein Vergleich der Besucher des Subzentrums Fallersleben des Jahres 1982 mit dem Jahre 1986 bestätigt dies.

Die Benutzer des Fallerslebener Zentrums kommen heute aus weit mehr Stadtteilen als noch vor vier Jahren. Der Anteil der Besucher aus den Wolfsburger Umlandgemeinden hat sich in vier Jahren mehr als verdoppelt. Waren 1982 noch mehr als 70% der Subzentrumsbenutzer Fallerslebener, so sind dies 1986 nur noch knapp 60%. Die Bedeutung des Subzentrums ist für den Wolfsburg umgebenden Raum gestiegen. Die Besucheranteile aus dem Umland erreichen für das Zentrum Fallersleben fast die Werte der City. Allein das Subzentrum Detmerode weist eine geringe Bedeutung durch einen geringen Anteil an Umlandbesuchern aus: Es ist deutlich ein »erweitertes Stadtteilzentrum« (vgl. Tabelle 5).

Stadtgebiet	City	Fallersleben	Detmerode	Bevölkerungsanteil 1986
Innerer Ring	38,1	4,9	7,7	11,8
Mittlerer Ring	37,3	69,0	85,1	19,8
Äußerer Ring	7,7	12,1	11,8	4,9
Umlandgemeinden	16,9	14,0	5,4	63,8
Summe	100,0	100,0	100,0	100,0
N				352000

Tabelle 5: Besucheranteile und Bevölkerungsanteile.

1.3 Zentrenbenutzung

Einzugsbereiche sind selten kreisförmig gestaltet; administrative und staatliche Grenzziehungen, topographische, verkehrstechnische und regionalwirtschaftliche Besonderheiten wie die Verteilung der Arbeitsstätten verhindern dies.⁹ Weiter weisen benachbarte und nicht gleichrangige Zentren deutliche Asymmetrien auf: Das Subzentrum eines großstädtischen Verdichtungsraumes oder ein einem Oberzentrum benachbartes Mittelzentrum hat einen stark vom jeweils höheren Zentrum »wegstrahlenden« Einzugsbereich. Für das Detmeroder Zentrum gilt dies beispielhaft: Der Einzugsbereich dehnt sich auf dem Wolfsburger Stadtgebiet, wie in der Literatur beschrieben, vom Hauptzentrum weg aus. Auch das Fallerslebener Zentrum deckt vor allem den Bedarf der nordwestlich des Zentrums gelegenen (also dem der City

⁹ Ch. Borchert, Versorgungsorte und Versorgungsbereiche. Zentralitätsforschungen in Nordwürttemberg, Stuttgart 1977, S. 107f.

entgegengesetzten) Umlandgemeinden Boldecker Land und Isenbüttel. Die City versorgt dagegen das gesamte Stadt- und Umlandgebiet gleichmäßig.

Detmerode wird als typisches »Nebengeschäftszentrum« auch durch die Daten der Einpendler-Befragung bestätigt: Es wird nur wenig von Bewohnern aus dem Umland aufgesucht. Die Abhängigkeit der Einzugsbereiche vom Oberzentrum Braunschweig macht die Ausdehnung der City-Nachfrage bis in die nördlichsten Gemeinden des Landkreises Gifhorn und die relative »Abplattung« nach Süden deutlich. Die Verteilung folgt der der Wohnorte der im VW-Werk arbeitenden Bevölkerung.

Die Bedeutung der drei untersuchten Zentren läßt sich durch den Vergleich der Inanspruchnahme dieser Zentren mit den übrigen Zentren der Region ermessen. Gefragt wurden sowohl die Wolfsburger wie die Umlandbewohner nach den Zentren, die im letzten halben Jahr (vor der Befragung) aufgesucht wurden.

Zentrum	Wohnort der/des Befragten	
	Wolfsburg	Umland
City Wolfsburg	98,7	78,3
Braunschweig	70,7	82,3
SB-Markt PLAZA	67,9	41,7
Vorsfelde	63,5	39,3
Fallersleben	48,1	29,1
Detmerode	39,7	10,7
Gifhorn	34,2	52,3
Hannover	43,2	26,7
Westhagen	32,3	7,7
Helmstedt	11,0	25,7

Tabelle 6: Besucheraufkommen in den Zentren, in % der Befragten, die diese im letzten halben Jahr aufsuchten.

Die Zentralität der City für die Wolfsburger ist deutlich erkennbar. An zweiter Stelle rangiert aber schon Braunschweig. Für die Umlandbewohner ist dieses Oberzentrum – selbst wenn sie bei VW arbeiten – wichtiger als die Wolfsburger City. Erstaunlich ist die hohe Bedeutung des SB-Marktes PLAZA in Nordsteimke und des Vorsfelder Zentrums. Diese beiden Zentren werden stärker frequentiert als das Zentrum Fallersleben. Die Bedeutung des SB-Marktes ist unter Umständen in der Monopolstellung dieser Einzelhandelsart und durch die hohe Mobilität der Wolfsburger erklärbar. Detmerode ist für die Wolfsburger von recht hoher lokaler Bedeutung, ebenso das Zentrum Westhagen im benachbarten Stadtteil. Gifhorn und Helmstedt haben praktisch für die Wolfsburger keine Bedeutung, für die Umlandbewohner jedoch Gifhorn. Die Besuchshäufigkeit der Zentren hängt eng mit dem Bekanntheitsgrad des Zentrums zusammen. Die City ist fast keinem (0,2%) der Wolfsburger unbekannt. Völlig unbekannt ist das Zentrum von Fallersleben noch 24,4% und das Zentrum von Detmerode noch 28,4% der Wolfsburger.

1.4 Gründe für das Aufsuchen der Zentren

Fragt man nun nicht nur, wie oft die Wolfsburger ihre Zentren aufsuchen, sondern auch warum, so erhält die Analyse der Zentren-Bedeutung eine qualitative Dimension.

So kann sich in einem Zentrum der Anteil der Besucher erhöhen, die ihren »täglichen Warenbedarf« decken wollen, nicht jedoch der der Besucher, die aus anderen, weniger routinemäßigen Gründen dieses Zentrum aufsuchen. Die »Qualität« des Zentrenbesuches läßt sich auch anhand der Polarität von »Zweck-Notwendigkeit« und »Zweck-Freiwilligkeit« umschreiben. Eine andere Art, die Zentren-Bedeutung zu erfassen, ist die wahrgenommene Möglichkeit, verschiedene Aktivitäten bei einem Besuch zu koppeln: Ein Zentrum, das unterschiedlichste Angebote im ausreichenden Maße zur Verfügung stellt, bietet damit erst die Chance, Aktivitäten zu koppeln.

Von den 13 verschiedenen Zentren-Aktivitäten, die der Fragebogen vorsah, werden fünf von den Besuchern relativ häufig genannt: Fast jeder zweite der befragten Passanten macht in der City seine täglichen Besorgungen (45,3%), knapp 40% der Befragten bummeln (39,1%) und ungefähr jeder vierte erledigt allgemein »Privates« (27,8%). 26,4% besuchen Cafés und Restaurants und/oder gehen in die City, um dort Freunde zu treffen (25,2%). Andere Gründe, insbesondere der Einkauf größerer und teurerer Waren (4,3%) oder der Besuch kultureller Darbietungen (6%) werden dagegen nur selten genannt. Nicht sehr anders stellt sich das Bild in den beiden Subzentren dar: Auch hier kommt jeder zweite Passant in das Zentrum von Fallersleben oder Detmerode (50,1% bzw. 55,6%), um den »täglichen Kleinkram« zu holen. In beiden Zentren will ungefähr jeder vierte einen Schaufensterbummel machen oder allgemein »Privates« erledigen. In Fallersleben stehen der Besuch von Cafés oder Restaurants oder die Nutzung des Zentrums als sozialer Treffpunkt ebenfalls an vierter bzw. fünfter Stelle. Der Anteil der Besucher, die deshalb in das Subzentrum kommen, ist aber deutlich geringer (12,4% und 17%). Für Detmerode gilt ähnliches, die Funktion des Nebengeschäftszentrums wird aber noch deutlicher. Der Anteil der Besucher mit anderen Gründen weitaus geringer (Privates erledigen: 23,8%, Bummeln: 22,5%, Cafés besuchen: 13%, Freunde treffen: 14,8%).

Die Besuchsgründe der City und der Subzentren unterscheiden sich kaum. Vergleicht man die Zusammensetzung der genutzten zentralen Angebote miteinander, so besitzt die Wolfsburger City zur Zeit nur ein unzureichend eigenständiges Profil, wenn auch die Quantität des Angebotes größer ist. Nur in der etwas häufigeren Nennung eines interessanten Schaufensterbummels, des Besuches von Restaurants und Cafés und des Verweilens und Beobachtens weist die City Ansätze einer Profilierung auf.

Die Möglichkeit, verschiedene Aktivitäten an einem Ort zu koppeln, stellt eine weitere bedeutungssteigernde Komponente dar. Hierin ist die City eindeutig im

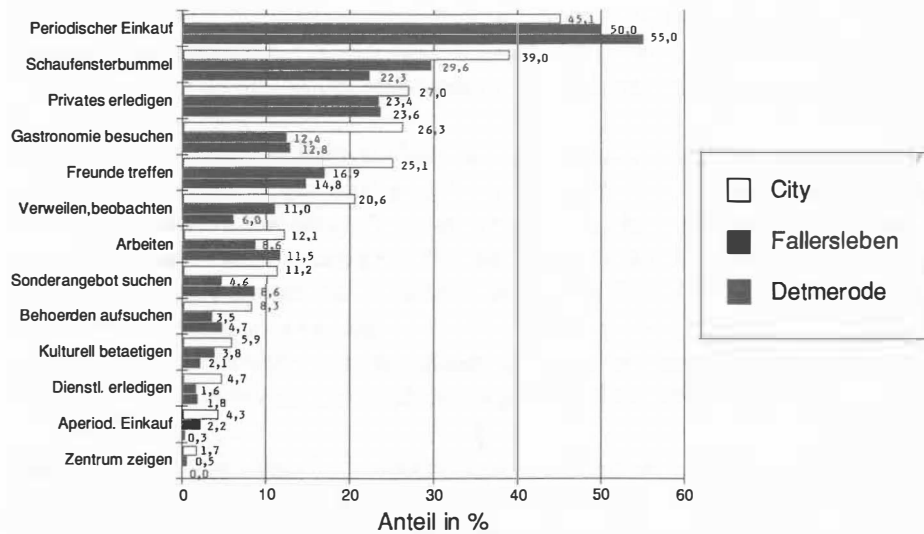


Abb. 3 Aktivitäten in den Zentren.

Vorteil: Im Durchschnitt koppeln Passanten der City 2,3 Aktivitäten gegenüber 1,7 Aktivitäten in Fallersleben und 1,6 im Zentrum Detmerode.

Kommt man aufgrund des Wareneinkaufes in ein Subzentrum, so wird dort selten noch etwas anderes unternommen. Dies ist in der City anders: Jeder vierte nutzt noch andere Angebote neben dem Einkauf. Vor allem wird in der City der Café-, Restaurant- oder Gaststättenbesuch mit anderen Aktivitäten gekoppelt. Kopplungsaktivitäten in der City sind deutlich eher Neigungs- als Bindungsaktivitäten: Passanten, die den Arbeitsplatz aufsuchen, die dienstlich im Zentrum zu tun haben oder notwendigerweise bestimmte Adressen (z. B. Fachärzte) aufsuchen müssen, haben kein Interesse daran, noch etwas anderes an diesem Ort zu tun (nur 10% der gebundenen Besucher koppeln). Personen, die dagegen freiwillige Gründe für ihren Besuch nennen, kombinieren sehr viel häufiger mehrere unterschiedliche Aktivitäten miteinander. Dies gilt für alle Zentren, unabhängig von der Position in der Zentrenhierarchie (vgl. Tabelle 7).

Erlebnis- und Freizeitaktivitäten werden nur relativ selten als isolierte Besuchsgründe aufgeführt, häufig jedoch mit anderen Aktivitäten zusammen. Das Zentrum Detmerode fällt aber gerade bei diesen beiden Aktivitätsgruppen im Vergleich deutlich ab: Es wird zielgerichtet aufgesucht.

Von den demographischen und sozioökonomischen Merkmalen der Besucher weist allein das Alter einen *durchgehend* signifikanten Zusammenhang mit der Nutzung des Gastronomie-Angebotes aller Zentren auf; mit zunehmendem Alter wird die

Kopplungsaktivität	City	Fallersleben	Detmerode
Mindestens eine Aktivität und ...			
Einkaufen	24,8	11,0	16,7
eine Bindungsaktivität	10,2	6,6	1,5
eine Erlebnisaktivität	37,8	21,1	9,3
eine Freizeitaktivität	44,4	39,7	25,3

(Einkaufen = Kauf für den periodischen und aperiodischen Bedarf, Suche nach Sonderangeboten.
Bindungsaktivität = Arbeit, Erledigung notwendiger dienstlicher, behördlicher und privater Angelegenheiten.)

Tabelle 7: Anteile der Besucher der drei Zentren mit spezifischen Kopplungen, in % der befragten Passanten.

Nutzung des Gastronomieangebotes geringer. Alle anderen sozio-demographischen Merkmale weisen keinen signifikanten Zusammenhang mit der Nutzung des Gastronomie-Angebotes auf. Die ansonsten geringe Varianz der sozioökonomischen Merkmale über die Angebotsnutzungen liegt vermutlich an der relativ homogenen Schichtstruktur Wolfsburgs, die von Schwoncke¹⁰ als »nivellierte, proletarisierte Kleinbürgerschicht« bezeichnet wurde (vgl. die Koeffizienten der Tabelle 8).

Merkmal	City	Gastronomie-Besuch in: Fallersleben	Detmerode
Schicht	+0,08**	n.s.	n.s.
Bildung	+0,06**	n.s.	-0,10*
Alter	-0,10**	-0,15**	-0,11**
Einkommen	+0,08**	+0,15**	n.s.

(n.s. = nicht signifikant auf dem 5%-Niveau, * = signifikant auf dem 1%-Niveau, ** = signifikant auf dem 0,1%-Niveau.)

Tabelle 8: Korrelationsmatrix (Kendalls τ) des Gastronomiebesuches mit sozio-demographischen Merkmalen der Besucher.

1.5 Reichweiten der Angebote

Ein weiterer Indikator der Bedeutung des Zentrums, spezieller noch: der einzelnen Zentrenangebote ist das Maß der »oberen Reichweite« des Einzugsbereiches. Die einzelnen »zentralen Angebote« entsprechen den »zentralen Gütern« Christallers, wenn sie auch weit über den ursprünglich rein ökonomischen Charakter dieser Güter hinausgehen. Wir unterscheiden sechs freiwillig und zwei unfreiwillig nachgefragte Zentrenangebote:

1. Periodisch nachgefragtes Angebot (Waren und Dienstleistungen vor allem für den täglichen Bedarf),

¹⁰ Vgl. M. Schwoncke, Wolfsburg. Soziologische Analyse einer jungen Industriestadt, Stuttgart 1967.

2. Aperiodisch nachgefragtes Angebot (breites Angebot an Waren und Dienstleistungen für den aperiodischen Bedarf, z. B. Möbel),
3. Kulturangebot (Kinos, Theater, Ausstellungen, sowie Mittelpunkt darstellung der Stadt oder des Stadtteils),
4. Identifizierungsangebot (städtische Wahrzeichen der Eigenständigkeit),
5. Neuigkeits- und Informationsangebot,
6. Gastronomie- und Kommunikationsangebot,
7. Arbeitsplatzangebot,
8. Angebot an Verwaltungs- und Geschäftsadressen.

Wir berechnen für jedes Zentrum acht *dimensionsspezifische* Reichweiten. Damit wird einer Forderung vieler Regionalforscher genüge getan. So zählt Hommel neben der Befriedigung des täglichen und außerordentlichen Konsumbedarfs auch den Kommunikationsmarkt und das Erleben urbaner Atmosphäre zu dem notwendigen Zentrenangebot, das bei der Einzugsbereichsanalyse berücksichtigt werden muß.¹¹ Linde nennt »Geschmackspräferenzen«, die Zentralitäten mit beeinflussen.¹² Heineberg meint, daß bestimmte Bevölkerungsgruppen aufgrund ihres »Mode-Bewußtseins« entsprechende Anforderungen an (Ober-)Zentren stellen, dort also Einrichtungen mit »Innovationsfunktionen« erwarten und sich deshalb dorthin orientieren.¹³

Bei der Reichweitenberechnung werden nur die Wegzeiten der Personen berücksichtigt, die ausschließlich wegen des jeweiligen dimensionsspezifischen Angebotes in das Zentrum gekommen sind. Die »obere Reichweite« ist in Anlehnung an Heinritz¹⁴ die Entfernung vom Zentrum (in Minuten), die von fünf Sechsteln der Befragten gerade noch in Kauf genommen wird, um ein spezifisches Zentrenangebot nachzufragen.

Die unfreiwillig wahrgenommenen Angebote (insbesondere der Arbeitsplatz) haben stets die größten Reichweiten. In einer strukturschwachen Region wie dem Wolfsburger Umland¹⁵ werden auch weite Wege zum Arbeitsplatz in Kauf genommen. Freiwillige Angebote werden erst nach einem Abwägen der Geld- und Zeitkosten nachgefragt, um den Aufwand zu minimieren.¹⁶ Durchgängig scheinen die oberen Reichweiten der Angebote der City bei 20 Minuten Anfahrts- oder Spazierweg zu liegen. Allein das Gastronomieangebot der City ist so einladend, daß auch ein weiterer Weg in Kauf genommen wird. Immerhin kommen knapp 15% der Besucher

¹¹ M. Hommel, Zentrenausrichtung in mehrkernigen Verdichtungsräumen an Beispielen aus dem rheinisch-westfälischen Industriegebiet, Paderborn 1974.

¹² H. Linde, Standortorientierung tertiärer Betriebsstätten im großstädtischen Verdichtungsraum, Hannover 1977.

¹³ H. Heineberg, Stadtgeographie, Paderborn 1986.

¹⁴ G. Heinritz, Zentralität und zentraler Ort, Stuttgart 1979, S. 108 f.

¹⁵ Vgl. Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung (BfLR), Aktuelle Daten zur Entwicklung der Städte, Kreise und Gemeinden 1986, Bonn 1987, S. 75 f.

¹⁶ Vgl. G. K. Zipf, Human Behavior and the Principle of Least Effort, Cambridge, Mass. 1949.

Angebot	City		Fallersleben		Detmerode	
	Q	%	Q	%	Q	%
Periodische Waren	20	21,8	15	37,6	10	41,0
Aperiodische Waren	20	1,2	10	0,8	5	0,3
Kultur	20	4,1	23	2,4	14	1,6
Identifizierung	20	0,7	20	0,3	0	0,0
Neuigkeiten, Information	20	10,4	20	12,1	15	7,6
Gastronomie, Treffpunkt	25	14,4	15	13,4	12	11,7
Arbeitsplätze	25	12,0	25	8,6	22	11,5
Verwaltungs- und Geschäftsadressen	20	11,9	14	4,8	10	6,5
Gesamt-Reichweite	20	100,0	15	100,0	10	100,0

(Spaltenbezeichnung: Q = Maß der Oberen Reichweite in Minuten; % = Anteil der Personen an allen im Zentrum Befragten (in %), die allein wegen des Angebotes in das Zentrum gekommen sind.)

Tabelle 9: Reichweite der zentralen Angebote in drei Zentren, Befragung der Passanten in den Zentren.

ausschließlich deshalb in die City. (Es sei in diesem Zusammenhang noch einmal betont, daß die Untersuchung an normalen Werk- und Wochenendtagen durchgeführt wurde.)

Das nach Taubmann und Behrens¹⁷ stark die Reichweite eines Zentrums bestimmende Kulturangebot ist für die Innenstadt Wolfsburgs keine übergeordnete zentrale Funktion. Dies zeigt sich schon darin, daß das Kulturangebot des Fallerslebener Zentrums bedeutender ist: Der Grenzwert der zurückgelegten Wegezeit ist höher. Hier befinden sich öffentlich genutzte, historische Gebäude wie ein Schloß, das Geburtshaus Hoffmann von Fallerslebens und ein Heimatmuseum. Die Wolfsburger City hat außer einem Kulturzentrum mit Stadtbücherei, Volkshochschule und zwei Kinos keine Kultureinrichtungen im zentralen Citybereich an der Porschestraße; erst im Anschlußbereich Richtung Süden liegen Theater, Stadthalle und Planetarium. Es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß viele City-Besucher dieses »Kulturforum« nicht mehr zur Wolfsburger City zählen.

Zentrales Angebot des Zentrums Detmerode sind die periodischen Waren. Die Angebots-Reichweiten sind im Vergleich zu den anderen beiden Zentren gering. Das Kulturangebot konzentriert sich hier auf die Stadtbücherei und eine Außenstelle der Volkshochschule.

Bislang haben wir die Reichweiten der Angebote aufgrund der Passantenbefragungen dargestellt. Etwas anders verteilen sich die Angebotsreichweiten bei den schriftlich befragten Bewohnern des Wolfsburger Umlandes. Dieser Befragtenkreis hat mit

¹⁷ Vgl. W. Taubmann / F. Behrens, Wirtschaftliche Auswirkungen von Kulturangeboten in Bremen, Bremen 1986.

den Wolfsburger Konkurrenzzentren Gifhorn, Braunschweig und (mit Abstrichen) Helmstedt und Hannover Alternativen mit akzeptabler Wegezeit. Ein unfreiwillig nachgefragtes zentrales Angebot »Arbeitsplatz« gab es hier nicht, da die Stichprobe ausschließlich Einpendler ins VW-Werk beinhaltete. Der Einfluß der Kombination City- und Arbeitsplatz-Besuch kann vernachlässigt werden: Nur ein Drittel der Einpendler haben beides im letzten halben Jahr überhaupt kombiniert. Auf eine Analyse der Angebots-Reichweiten des Zentrums Detmerode verzichten wir, da nur ein geringer Anteil der Umlandbewohner dieses Zentrum überhaupt im letzten halben Jahr aufgesucht hat (11,7%) und eine Aufgliederung in partielle Reichweiten zu geringe Zellenbesetzungen erbringt.

Für über die Hälfte der Umlandbewohner ist das periodische Warenangebot der wichtigste Grund für das Aufsuchen der Wolfsburger City. Dieser Anteil kann als relativ hoch bewertet werden, da gerade dieses Angebot durch eine hohe Dezentralisierung gekennzeichnet ist. Die höchsten Reichweiten in der Wolfsburger City besitzen für die Umlandbevölkerung Neuigkeiten während eines Stadtbummels (Schaufensterauslagen und andere Informationen funktioneller Art) und das Gastronomie- und Unterhaltungsangebot (Restaurants, Gaststätten, Diskotheken), also Einrichtungen, die auch als Treffpunkt dienen können. Beide Angebote sind auch für das Zentrum Fallersleben die am weitesten nachgefragten. Zum Teil sind hier die Reichweiten sogar größer als in der City (vgl. Tabelle 10).

Wie ändern sich die Reichweiten bei einer Kopplung mehrerer Angebotsnachfragen? Heineberg behauptet, daß die oberen Reichweiten aufgrund der Vernachlässigung der Kopplung von Aktivitäten unterschätzt werden.¹⁸ Nach Heinritz läßt sich folgende Hypothese formulieren: Je zahlreicher und räumlich näher die zentralen Angebote sind, desto größer sind die Kopplungsmöglichkeiten. Je größer diese sind, desto attraktiver (gemessen über die Zahl der Besucher) ist ein Zentrum. Hierdurch erhöht sich die Gesamt-Reichweite eines Zentrums.¹⁹ Dies zeigen mehrere empirische Studien.²⁰

Die Möglichkeit, bei einem Besuch mehrere Aktivitäten gleichzeitig auszuüben, bilden neben der Verringerung der Zeit-Geld-Mühe-Kosten für den Nachfrager auch Agglomerationsvorteile bei den Anbietern aus.

In der Wolfsburg-Untersuchung wurden, wie dargelegt, den Passanten 13 verschiedene Besuchsgründe vorgelegt. Bei Mehrfachnennungen liegen Kopplungs»geschäfte« bei einem Besuch vor. Je komplexer nun die individuelle Begründungsstruktur ist, desto lohnender sollte es für den Besucher sein, auch von weiter her das Zentrum

¹⁸ Vgl. H. Heineberg (s. A 13).

¹⁹ Vgl. G. Heinritz (s. A 14).

²⁰ U. a. W. Droth / S. Staud, Untersuchung zur Entwicklung des Zentrums Blumenthal, Hamburg 1982; U. Meier / S. Schwarten / J. Friedrichs, Hamburger City. Ausgewählte Subzentren und ihre Benutzer, Hamburg 1984; W. Taubmann / F. Behrens (s. A 17).

Angebot	City		Fallersleben	
	Q	%	Q	%
Periodische Waren	35	51,2	28	8,6
Aperiodische Waren	33	30,0	33	2,0
Kultur	35	36,0	40	4,3
Identifizierung	33	10,2	42	5,0
Neuigkeiten, Information	40	49,5	42	6,3
Gastronomie, Kommunikation	35	48,5	35	16,5
Verwaltungs- und Geschäftsadressen	30	30,0	43	4,6

(Spaltenbezeichnung: Q = Obere Reichweite in Minuten; % = Anteil der Besucher, die wegen des Angebotes in das Zentrum gekommen sind, Mehrfachnennung möglich.)

Tabelle 10: Reichweite der zentralen Angebote der untersuchten Zentren, Schriftliche Befragung der Umlandbevölkerung Wolfsburgs.

anzusteuern. Die empirische Überprüfung ergab, daß allein bei den Besuchern aus dem Umland die Kopplung zu einer Ausweitung der Zentrenreichweite führt. Die Wolfsburger haben einen so geringen Anfahrtsweg, daß bei der Erwägung eines Besuches die mögliche Kopplung von Besorgungen nicht ins Gewicht fällt.

85% der Besucher koppeln höchstens drei verschiedene Aktivitäten während eines Besuches miteinander.²¹ Im Bereich von einem bis zu drei verschiedenen Besuchsgründen steigert sich bei den Besuchern aus dem Umland die Reichweite von 35 auf 46 Minuten. Die im Zentrum befragten Umlandbewohner besuchen weniger routinemäßig die Wolfsburger City und kalkulieren bei einem Anfahrtsweg von über einer halben Stunde schon stärker Kosten und Nutzen des Zentrenbesuches als die Bewohner der Stadt (mit Grenzwerten von 10 bis 20 Min. Anfahrts- oder Gehzeit).

Isoliert betrachtet, haben das periodische Warenangebot und das Kulturangebot der City, wenn sie *ausschließlich* genutzt werden, ähnliche Reichweiten von 20 Minuten. Im Gegensatz zu den von Taubmann & Behrens (1986) für Bremen gewonnenen Ergebnissen erweitert sich durch die gleichzeitige Nutzung des Kulturangebotes (also Theater-, Konzert- oder Kino-Besuch) und jeweils eines anderen Angebotes der Einzugsbereich nicht. Das bestehende Kulturangebot hat also keine positiven Effekte auf die Reichweiten anderer Angebote der City. Allein die kombinierte Nutzung des periodischen Warenangebotes und des Treffpunkt- und Gastronomieangebots führt zu einer deutlichen Ausweitung der oberen Reichweite von 20 auf 25 Minuten Wegezeit. Diese Kombination wird von einem nicht unbeträchtlichen Besucherkreis gekoppelt. Alle anderen Kopplungen zweier Aktivitäten erweitern die Reichweiten aber nicht.

²¹ Für Berlin berichtet mit ähnlichen Ergebnissen D. Heuwinkel, Aktionsräumliche Analysen und Bewertung von Wohngebieten, Hamburg 1981.

1.6 Die Nutzung der City: Wunsch und Wirklichkeit

Ein weiterer Faktor der individuellen Zentrenbewertung ist der Nutzen eines Zentrenbesuches. Die elf vorgegebenen Zentrenangebote wurden entsprechend ihrer Nützlichkeit von den Befragten in eine Reihenfolge gebracht. Als hoch nutzenbringend werden die Zentrumsangebote »Waren des periodischen Bedarfes« (Nutzenwert 8,0 auf einer Skala von 1 bis 11), »Waren des aperiodischen Bedarfes« (7,2), »Gastronomie« (7,1), »Kultur« (7,1) beurteilt. Als wenig nutzenbringend gelten die Angebote des »Verweilen und Beobachten« (4,9), der »Mittelpunktserfahrung« (5,1), der »Vermittlung der Zentren-Eigenständigkeit« (4,4) und der »Vermittlung der Identifizierung mit dem Zentrum« (4,1).

Da wir schon in der Operationalisierung des Nutzens von einer hohen Übereinstimmung mit der Wunschintensität ausgegangen sind, kann man auch sagen, daß die Wolfsburger sich für ihre Zentren die Angebote wünschen, die als hoch nutzenbringend eingestuft werden. Nun entspricht die Wahrscheinlichkeit, diese Angebote auch in »Wirklichkeit vorzufinden, nicht den Wünschen. Als in der City zur Genüge vorhandene Angebote gelten danach das »Verweilen und Beobachten« (durchschnittlich mit einer Auftrittswahrscheinlichkeit im Zentrum von 88% von den Wolfsburgern belegt), die Gastronomie (84%), das Angebot für den periodischen Bedarf (85%) und die Möglichkeit, Freunde zu treffen (84%). Als zu den anderen Angeboten relativ gering vorhanden werden eingeschätzt: das Kulturangebot (71%), die Darstellung der Zentrums-Eigenständigkeit (72%), die Möglichkeit, sich mit dem Zentrum zu identifizieren (74%) und das Warenangebot für den aperiodischen Bedarf (75%).

Die Zentrenangebote wurden von den Wolfsburgern nach Wunsch und nach Wirklichkeits-Einschätzung in zwei Rangreihen gebracht. Tabelle 11 macht die Unterschiede zwischen Wunsch-Rangfolge und der Rangfolge der Auftrittswahrscheinlichkeiten (»Wirklichkeit«) deutlich. Ein Problem der Wolfsburger Innenstadt besteht darin, daß einzelne Angebote nicht der Nachfrage entsprechen. Die Differenz-

Angebot	Wunsch	Wirklichkeit	Differenz
Periodisch	1	2	-1
Aperiodisch	2	8	-6
Gastronomie	3	4	-1
Kultur	4	11	-7
Schaufensterbummel	5	6	-1
Freunde treffen	6	3	+3
Sonderangebote	7	5	+2
Mittelpunkt erkennen	8	7	+1
Verweilen und beobachten	9	1	+8
Eigenständigkeit erkennen	10	10	0
Zentrums-Stolz pflegen	11	9	+2

Tabelle 11: Rangplätze der City-Angebote nach Wunsch und Wirklichkeit (Wahrscheinlichkeit).

spalte der Tabelle 11 zeigt, wo Angebotsdefizite herrschen, also Verbesserungen empfohlen werden können (Angebote mit einem negativen Vorzeichen), und sie zeigt, daß bestimmte Angebote bereits jetzt mehr als ausreichend vorkommen (Angebote mit einem positiven Vorzeichen).

Deutliche Angebotsdefizite bestehen im Kulturbereich und im aperiodischen Warenangebot. Diese beiden Angebote liegen in der City-Erwartung auf den hinteren Plätzen, obwohl sie auf der Wunschliste der Bevölkerung sehr viel höher angesiedelt sind. Hier klaffen Wunsch und Wirklichkeit weit auseinander. Diese Angebote zu stärken, würde der Attraktivität dieser City also weitaus mehr nützen als zum Beispiel mehr Sonderangebote, da hier die Wirklichkeit den Wunsch übertrifft (+2).

2. Subjektive und objektive Karten der City

2.1 Das Image der City

Die Bausteine unserer Umwelt besitzen eine höchst unterschiedliche Fähigkeit, als Merkzeichen durch ihre *Struktur* oder als zentrale Einrichtung durch ihre *Funktion* Aufmerksamkeit zu erzeugen und in Erinnerung zu bleiben.²² Ein Problem für die

Elementtypus »Zentrale Einrichtung«		Elementtypus »Merkzeichen«	
Warenhaus (Hertie)	77,9	Mittl. Pavillon (Die Wabe)	25,7
Textilhaus (C & A)	55,9	Nördl. Eingangspavillon	21,3
Post	52,9	Südl. Eingangspavillon	18,4
Textilhaus (Haerder)	43,4	Bereich Wasserlandschaft/Forum	17,6
Kino (Imperial)	36,8	Grün-/Wasseranlagen am Rathaus	9,6
Textilhaus (WKS)	27,2	Info-Pavillon am Südkopf	7,4
Kleine Läden am Nordkopf	27,2	Gastronomiepavillon am Südkopf	4,4
Textilhaus (Hempel)	23,5	Freiluft-Schach Fußgängerzone	2,9
Kulturzentrum	23,5	Skulpturengruppe (Wölfe)	2,2
Kino (Delphin)	23,5	Wohnhochhaus (Europa)	2,2
Café (Cadera)	19,1	Bereich Biergarten/Spielplatz	1,5
Elementtypus »Straßenzug, Passage«		Elementtypus »Parkplatz«	
Kleist-/Rothenfelderstraße	80,9	Parkplatz hinter der Post	22,8
Goethestraße/Pestalozziallee	71,3	Parkhaus Poststraße/Hertie	9,6
Poststraße	52,9	Parkplatz Nordkopf/Heßlingerstraße	7,4
Kaufhofpassage (östl. Teil)	27,2	Tiefgarage am C & A-Kaufhaus	5,1
Schillerstraße	25,0	Parkplatz am Robert-Koch-Platz	2,2
Kaufhof (westl. Teil)	9,6	Parkhaus am Haerder-Kaufhaus	1,5

Tabelle 12: Kartierungshäufigkeit der innerstädtischen Elemente, in % der Nennungen.

²² Vgl. K. Lynch, Das Bild der Stadt, Berlin 1965.

Planer der Wolfsburger Innenstadt ist es sicherlich, abzuschätzen, inwieweit die Umgestaltung der Porschestraße (insbesondere die Errichtung der Fußgängerzone) das Image der Wolfsburger City verbessert oder überhaupt beeinflußt hat oder inwieweit kommende Veränderungen sich auf das Image auswirken werden.

Aussagen über Veränderungen können wir mit einer Zeitpunkt-Untersuchung natürlich nicht machen – es sei denn, wir wiederholten (imagebezogene) Teile der Untersuchung in fünf Jahren. Aber auch die Querschnittuntersuchung hat Ergebnisse gebracht, die den Einfluß der (vor allem gestalterischen) Änderungen der letzten Jahre behandeln. Um Aussagen über das Image machen zu können, haben wir die Einpendler gebeten, aus ihrer Erinnerung heraus eine Skizze dieser Gegend anzufertigen. Die folgende Tabelle führt die am häufigsten skizzierten Bestandteile der Wolfsburger City-Umwelt auf.

Innerstädtische Elemente, die vornehmlich Gebrauchs-Charakter haben, werden häufiger gezeichnet als Elemente mit vornehmlich strukturellem, also Schau-Charakter. Dabei fällt die häufige Kartierung zentraler Einrichtungen mit kommerzieller Nutzung auf, es überwiegen die großen Waren- und Textilkaufhäuser. Aussehen und Position im städtebaulichen Arrangement, insbesondere die Lage an den Straßenkreuzungen des »City-Ringes«, sowie die vielstöckige und monolithische Bauweise tragen dazu bei, daß diese Elemente zwar eindeutig und in erster Linie »Gebrauchsorte« sind, dann aber auch, weil sie visuell hervorstechen, »Schaubjekt«-Charakter haben. Die in erster Linie durch ihre städtebauliche Position oder ihre Struktur auffallenden Merkmale, z. B. Schaubjekte wie die Skulpturengruppe der »Wölfe« (als Symbolisierung des Stadtnamens) oder die sternförmige Pflasterung in der Mitte der Porschestraße (eine Symbolisierung des Mittelpunktplatzes), werden dagegen nur sekundär wahrgenommen und erinnert (vgl. Abbildung 9).

Die überdurchschnittliche Mobilität im PKW der Befragten macht weiter die Straßenzüge zu einem wichtigen Bestandteil des City-Images. Die beiden meistgenannten Straßenzüge sind gleichzeitig die die Porschestraße durchtrennenden Traversen. Fast drei Viertel der Kartierer ist die Trennung der Porschestraße in drei Bereiche bewußt (die nördliche und südliche Querstraße waren nicht Bestandteil des Kartierungsareals). Neben der Fußgängerzone Porschestraße wird relativ häufig auch der Fußgängerbereich Kaufhofpassage als integraler Bestandteil der City skizziert, soweit es sich um den direkten Anschlußbereich an die Porschestraße handelt. Der entferntere westliche Abschnitt dieser Passage (jenseits der Schillerstraße) fällt dagegen in der Häufigkeit der Kartierung deutlich ab. Überraschend dünn für die Autofahrerstadt Wolfsburg ist die Übernahme von Parkplätzen in das subjektive Vorstellungsbild. Allein der Parkplatz hinter der Post (am Mittelabschnitt der Porschestraße) wird relativ häufig genannt. Alles in allem ist es aber weniger die Fassade, sondern mehr die Art der Geschäfte, (»der Inhalt«), anhand derer sich Image der City bildet.

Daraus läßt sich der Schluß ziehen, daß das Image der City sich vornehmlich

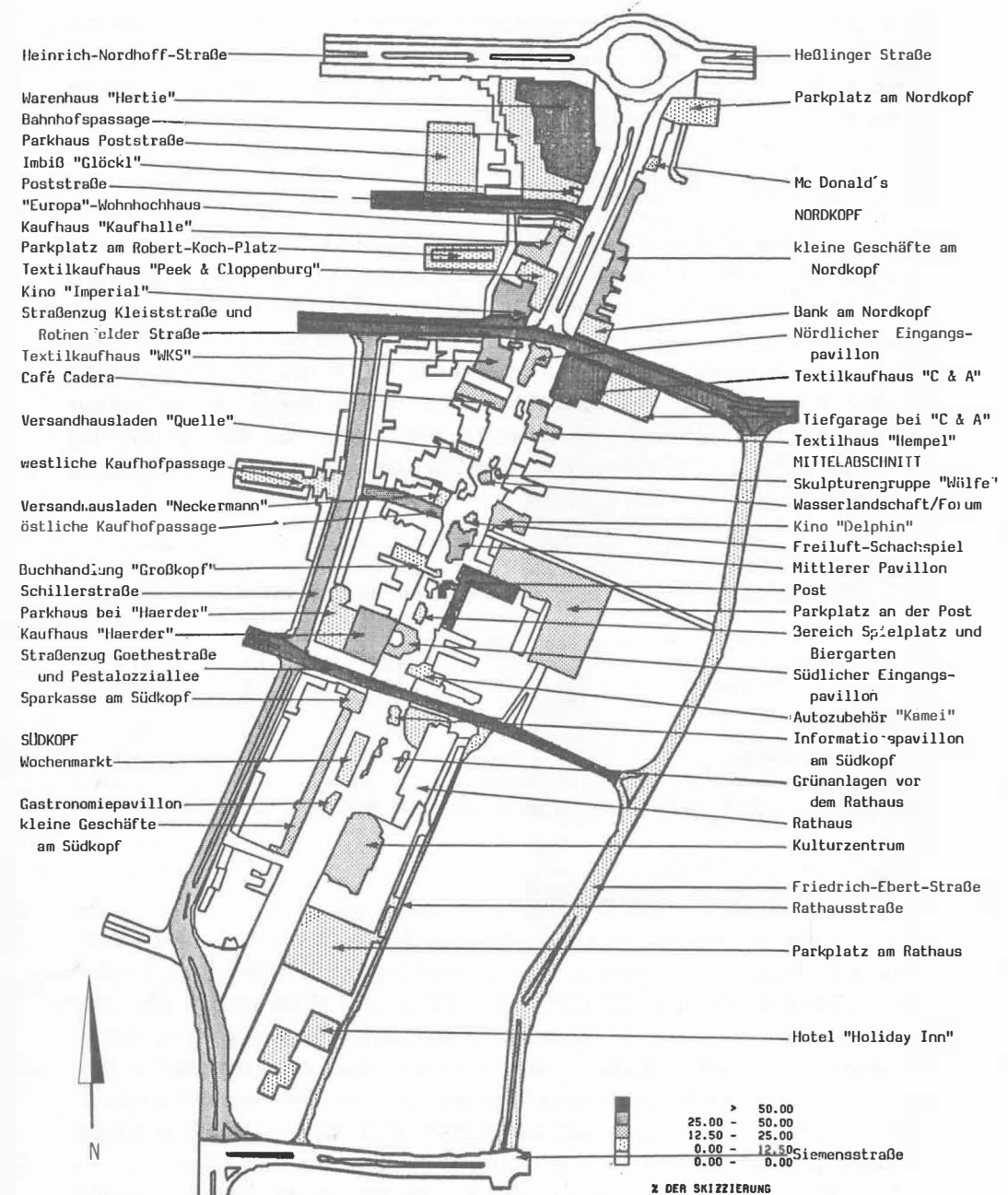


Abb. 4 Subjektive Karte der Porschestraße und Häufigkeit der erinnerten Elemente.

aufgrund der Gebrauchswerte der einzelnen Elemente bildet, weniger aufgrund der gestalterischen oder symbolisierenden Eigenschaften städtischer Elemente. Demnach kommen die städtebaulichen Anstrengungen der letzten Jahre nicht angemessen im Bewußtsein der Besucher zur Geltung.

2.2 Ausdehnung der City: Bewußtseins- und Aktionsraum

Die City besteht im Bewußtsein der Wolfsburger nicht nur aus der Porschestraße, sondern auch aus ihren Nebenstraßen. Eine nicht unbeträchtliche Minorität von 11% erkennt aber nur den Nordkopf und die Fußgängerzone im Mittelteil der Porschestraße als »City« an. Dies spiegelt sich auch im Aktionsraum wider: 41,5% der Wolfsburger benutzen die gesamte Porschestraße, 19,1% den Nordkopf und die mittlere Fußgängerzone, 28,8% ausschließlich die mittlere Fußgängerzone und nur 5,7% die Fußgängerzone und den Südkopf. Der Nutzungsschwerpunkt liegt eindeutig im Norden, also in der Fußgängerzone der Mitte *und* am Nordkopf. Die Befragung der Umlandbewohner bestätigt dies.

City-Abschnitt	Wolfsburger		Umlandbewohner	
	Bewußtseinsraum	Aktionsraum	Bewußtseinsraum	Aktionsraum
Porschestraße insgesamt	76,6	41,5	61,6	41,1
Nordkopf und Mittelteil	10,9	19,1	18,4	26,2
Südkopf und Mittelteil	3,8	5,7	6,5	5,1
Ausschließlich Mittelteil	8,8	28,8	13,6	24,8
Ausschließlich Nordkopf	0,0	4,0	0,0	2,7

Tabelle 13: Bewußtseins- und Aktionsraum der Befragten von der City, in %.

3. Folgerungen für die Planung

Das Zentrum von Wolfsburg ist noch immer in dem Prozeß, sich zu einer City zu entwickeln. Daher ist es schwierig, Aussagen für die mögliche Entwicklung der City von Wolfsburg zu machen, ohne auch andere Städte als Vergleich heranzuziehen. Wir werden daher im folgenden die Ergebnisse der Studien über Hamburg verwenden, da in diesen Studien sehr ähnliche Themen untersucht wurden. Es muß dabei offen bleiben, ob dieser Vergleich mit einer Stadt mit 1,6 Mio. Einwohnern (Region: 2,6 Mio.) gerechtfertigt ist – ob also nur maßstäbliche oder grundsätzliche Unterschiede bestehen. Zumindest dürfte der Vergleich einen heuristischen Wert haben.

Die wohl wichtigste planerische Absicht ist es, die Attraktivität der City gegenüber den anderen Zentren zu stärken. Hierzu kann man bei drei Befunden ansetzen: 1. Die Besucher der Wolfsburger City decken dort in erstaunlich hohem Maße ihren



Abb. 5 Nordkopf-Abschnitt der Porschestraße.



Abb. 6 Fußgängerzone im Mittelteil der Porschestraße.



Abb. 7 Südkopf-Abschnitt der Porschestraße.

Fotos: V. Kirchberg (1986)

periodischen Bedarf. Dieser ungewöhnliche Befund geht auf die hohe Wohnbevölkerung in den City-Randgebieten zurück. Es wäre wünschenswert, diese Wohnbevölkerung zu halten und nicht durch eine Umnutzung der Wohngebäude – als Folge einer Ausdehnung der City – zu verringern. 2. Der Erlebniswert der City ist niedrig. In anderen Studien haben wir feststellen können, daß sich die City von den Subzentren vornehmlich dadurch unterscheidet. Allgemein werden die Subzentren nur zum Einkaufen, die City dagegen wegen ihrer spezifischen Qualität, ihres Wettbewerbsvorteils aus der Kombination von Einkaufen und/oder »Erleben« und/oder Gastrono-

mie aufgesucht.²³ Dieser Wettbewerbsvorteil der City sollte in Wolfsburg gestärkt werden. 3. Die Typologie der Zentrenbesucher weist für die Wolfsburger City typische Besucher auf.²⁴ In Hamburg hingegen fanden wir, daß die Besucher der Subzentren eine nicht-repräsentative Stichprobe der Bevölkerung Hamburgs waren, während die City Personen aller Bevölkerungsgruppen anzieht.²⁵

Diese Überlegungen lassen sich mit der weiteren zusammenführen, wie man die Besuchshäufigkeit durch die Umlandbewohner erhöhen könne. Aus den Ergebnissen läßt sich folgern, daß das Angebot für den aperiodischen Bedarf erhöht werden muß. Ferner ist aufgrund der hohen Einzugsbereiche für die Kultur das Kulturangebot zu vergrößern. Schließlich sollte bedacht werden, daß sich sowohl die Sozialstruktur der Wolfsburger Bevölkerung als auch die der Bevölkerung der Bundesrepublik ändert. Obgleich sich die Einkommenstruktur zu polarisieren droht, ist eine Differenzierung der Lebensstile festzustellen. Das Angebot in der Wolfsburger City wird sich an einen höheren Anteil älterer Personen, einen steigenden Anteil hochqualifizierter Beschäftigter und eine differenzierte Nachfrage unter den Jugendlichen anpassen müssen.

Diese Trends erfordern sehr wahrscheinlich eine größere Differenzierung des Einzelhandels. Die City wird gewiß nicht mehr ein privates und kommunales Angebot überwiegend auf eine Arbeiterbevölkerung ausrichten können. Um dies zu erreichen, wird es erforderlich sein, kleineren und innovativen Geschäften und Kulturangeboten eine Chance zu geben. Das wiederum erfordert eine differenzierte Mietenstruktur, wie sie z. B. in den Passagen in Hamburg besteht.²⁶ So variieren die Mieten in einer Passage in Hamburg zwischen DM 40,- und DM 140,-. Hier wird der Vorteil der Mischung in der Passage zum Vorteil für jedes Geschäft.

Im Gegensatz dazu sind Einzeleigentümer, wie dies für alle Innenstädte und viele Nebenzentren typisch ist, nicht in der Lage, die langfristigen Folgen ihrer individuellen Mieterhöhungen (und ihres so verwirklichten Renditestrebens) zu erkennen: Vielfalt kann sich nicht entwickeln, sondern geht sogar verloren, Filialisten verdrängen Einzelunternehmen, nicht-offizielle Kultur kann sich nicht entwickeln.²⁷ Da es analog dem Management von Galerien kein »City-Management« geben wird, kann es nur Aufgabe der kommunalen Planung sein, solche Vielfalt zu ermöglichen. Sehr schwierig ist es allerdings, zu entscheiden, ob diese neuen Nutzungen am Südkopf, dem weniger wahrgenommenen und benutzten Teil der Porschestraße, angesiedelt werden sollten.

²³ Vgl. U. Maier u. a. (s. A 20).

²⁴ Für die Beschreibung dieser typischen Merkmale vgl. O. Behn u. a. (s. A 2).

²⁵ Vgl. J. Blasius, Einstellung zur Hamburger Innenstadt. Eine Auswertung mit Hilfe der Korrespondenzanalyse, in: ZA-Information 21 (1987), S. 29–51; J. Friedrichs / A. C. Goodmann (s. A 1).

²⁶ Vgl. O. Behn, Passagen in der Hamburger City, Hamburg 1983.

²⁷ Vgl. ausführlich J. Friedrichs, Innenstadtentwicklung aus der Sicht des Soziologen, in: Hamburg in Zahlen 11/1986, S. 311–315.

Wulf Tessin

Stadt-Umland-Politik im Raum Wolfsburg¹

Die Erlangung politischer Selbständigkeit der Stadt gegenüber dem Umland – Der Ausbau der Zentralörtlichkeit der Stadt – Die Funktionalisierung des Umlands als infrastrukturelles Ergänzungsgebiet – Die territoriale Expansion der Stadt ins Umland – Die Gebiets- und Verwaltungsreform – Zur aktuellen Stadt-Umland-Problematik

Die Ausgangsbedingungen der Stadt Wolfsburg, das eigene Bevölkerungs- und Wirtschaftswachstum auf das Stadtgebiet zu beschränken, waren an sich ausgesprochen gut; denn es war die Idee schon bei der Stadtgründung im Jahre 1938, die gesamte einmal im VW-Werk arbeitende Belegschaft mit ihren Familien in der Stadt unterzubringen. »Das Fassungsvermögen der damals geplanten Baugebiete betrug 90 000 Einwohner und war so auf die geplante Werksgröße abgestellt, daß alle Werksangehörigen einschließlich der notwendigen Folgeberufe in Wolfsburg hätten ein Unterkommen finden können.«² Es bestand ganz offensichtlich die (freilich illusionäre) Vorstellung, man könne eine Stadt von 90 000 EW bauen, ohne das Umland siedlungsmäßig beanspruchen zu müssen. Aber mit Blick auf diese Zielvorstellung wurden die Gemeindegrenzen der Stadt relativ großzügig gezogen. Mit knapp 30 qkm hatte Wolfsburg also von Anfang an gegenüber den »alten« Großstädten sehr viel bessere »Startchancen«. Bekanntlich besaßen Städte wie Köln, Hamburg, Hannover usw. ursprünglich einmal, d. h. bevor der Industrialisierungs- und Verstärkerungsprozeß einsetzte, weniger als 10 qkm, manche sogar weniger als 5 qkm Gemarkungsfläche, und sie mußten sich mühselig weitere Flächen eingemeinden. Wolfsburg besaß dagegen von Anfang an eine »komfortable« Gebietsfläche, die auf eine Bevölkerungszahl von knapp 100 000 EW ausgerichtet war. Ein weiteres begünstigendes Moment war, daß die Stadt seit 1955, nach der Regelung der sog. »Erstausrüstung«,³ praktisch das gesamte Bauland in der Stadt bzw. rund 50% der Stadtgebietsfläche besaß (der Rest gehörte besitzrechtlich dem VW-Werk und dem Land Niedersachsen). Dadurch war eine geordnete, langfristig orientierte und flächensparende Stadtentwicklung auch bodenrechtlich möglich. Dennoch zeichnete sich bereits Mitte der

¹ Vgl. hierzu W. Tessin, Stadtwachstum und Stadt-Umland-Politik, München 1986. In der dortigen Veröffentlichung finden sich sowohl der theoretische Rahmen der Untersuchung als auch die Einzelbelege zu den hier referierten Befunden. Aus Platzgründen mußte im Rahmen dieses Beitrages auf beides verzichtet werden.

² P. Koller, Wolfsburg, eine Stadt von Morgen, in: Der Städtetag, H. 6, 1958, S. 2.

³ Vgl. hierzu H. Hilterscheid, Industrie und Gemeinde, Berlin 1977, S. 102 ff.

50er Jahre ab, daß es illusorisch war anzunehmen, man könne einen großstädtischen Reproduktionszusammenhang auf einer Fläche von unter 30 qkm organisieren. Die späten 50er Jahre markieren denn auch ungefähr den Beginn einer Wolfsburger Stadt-Umland-Politik, nachdem es schon 1951 gelungen war, die Kreisfreiheit zu erlangen.

Die Erlangung politischer Selbständigkeit der Stadt gegenüber dem Umland

Wolfsburg war 1938 als kreisangehörige Stadt im Ldkr. Gifhorn gegründet worden: Es lebten damals vielleicht 1000 EW in der »Stadt«, d. h., schon zahlenmäßig waren also nicht die geringsten Voraussetzungen für eine Kreisfreiheit der Stadt gegeben, ja, selbst das Stadtrecht war an sich absolut ungerechtfertigt und nur mit der Entwicklungsperspektive des VW-Werkes bzw. der Stadt begründbar. Von einer kommunalen Selbstverwaltung konnte in Wolfsburg bis 1945 überdies nicht die Rede sein. »Zwar gab es seit 1939 einen Bürgermeister, der aber nicht gewählt, sondern eingesetzt war und außerdem auf die Planung der Stadt kaum Einfluß nehmen konnte.«⁴ »Es waren weder genug Einwohner noch ausreichend finanzielle Mittel vorhanden, um eine Gemeindeverwaltung zu tragen.«⁵ Die politisch-administrative Einordnung Wolfsburgs als kreisangehörige Stadt im Landkreis Gifhorn, im Regierungsbezirk Lüneburg, ist jedoch bis zum Kriegsende nie recht wirksam geworden, auch weil die Stadt in die Reihe der »Neugestaltungsstädte« aufgenommen und der Zuständigkeit des Generalbauinspektors (Speer) unterstellt wurde. Dadurch war sichergestellt, »daß etwaige Ansprüche anderer, für Wohnungs- und Siedlungsfragen (mit-)zuständiger Instanzen auf Mitsprache bei den Planungsarbeiten von vornherein abgefangen werden konnten.«⁶ Dennoch hat man sich schon früh um die Auskreisung bemüht, wie Aktennotizen aus dem Jahre 1942 belegen, aber ohne Erfolg.⁷

Nach dem Zusammenbruch, durch den Wolfsburg auch seine Sonderstellung als »Neugestaltungstadt« verlor, lebte der Auskreisungsgedanke bald wieder auf; konkreter Anknüpfungspunkt für diese erneuten Bemühungen war ohne Frage die Tatsache, daß Wolfsburg Ende 1949 den für die Kreisfreiheit »magischen Schwellenwert« von 25 000 EW erreicht hatte. 1951 wurde im Niedersächsischen Landtag ein Auskreisungsantrag eingebracht, der vor allem auf die Sonderstellung Wolfsburgs als »Neue Stadt«, als Industriestadt in einem rein bäuerlich-ländlichen Landkreis hinwies, auf die periphere Lage der Stadt im Landkreis, auf die ungeheuren Aufgaben, die auf die Stadt zukommen würden, die sie nur als kreisfreie Stadt würde lösen

⁴ M. Schwoncke / U. Herlyn, Wolfsburg, Soziologische Analyse einer jungen Industriestadt, Stuttgart 1967, S. 27.

⁵ Chr. Schneider, Stadtgründung im Dritten Reich – Wolfsburg und Salzgitter, München 1979, S. 44.

⁶ M.-L. Recker, Die Großstadt als Wohn- und Lebensbereich im Nationalsozialismus – Zur Gründung der »Stadt des KdF-Wagens«, Frankfurt 1981, S. 24.

⁷ Vgl. W. Tessin (s. A 1), S. 111.

können.⁸ Ein weniger durchschlagendes, aber aus Wolfsburger Sicht nicht weniger wichtiges Argument war der finanzielle Aspekt: »Die Kosten, die Wolfsburg aufwenden muß, wenn es kreisfreie Stadt werden sollte, sind gering gegenüber denen, die es jetzt an den Kreis als Umlage zu zahlen hat ...«⁹ Vielleicht werden die finanziellen Motive der Stadt deutlicher, wenn man einen Blick auf die Haushaltspläne jener Jahre wirft: Nach Angaben von Hilterscheid¹⁰ kletterten allein die Gewerbe- und Lohnsummensteuereinnahmen Wolfsburgs von 1,2 Mio. DM (1948) über 5,3 Mio. DM (1949) auf 10,3 Mio. DM (1951) als Folge des einsetzenden wirtschaftlichen Aufschwungs bei VW. Die Aussicht, diese rasant anwachsenden und vermutlich noch weiter ansteigenden Steuereinnahmen über die Kreisumlage mit dem Landkreis teilen zu müssen, war aus Wolfsburger Sicht verständlicherweise ein Ärgernis. Was lag also näher, als die Kreiszugehörigkeit aufzukündigen und die immer stärker sprudelnde VW-Steuerquelle allein auszuschöpfen.

Tatsächlich wurde im April im Niedersächsischen Landtag die Auskreisung Wolfsburgs aus dem Landkreis zum 1. 10. 1951 beschlossen. Der Landkreis Gifhorn hatte sich bis zuletzt gegen das Auskreisungsgesetz gewehrt, ohne Erfolg, konnte sich aber im Rahmen der sog. Auseinandersetzungsverhandlungen zwischen Stadt und Landkreis, die beiderseitig hart und zäh geführt wurden, recht gut behaupten: Die Stadt Wolfsburg sah sich gezwungen, dem Landkreis als Entschädigung rund 10 Mio. DM zu zahlen. Hierzu eine Wolfsburger Lokalzeitung: »Die zehn Millionen, mit denen wir dem Kreis den Übergang erträglich machen, sind wahrlich keine Kleinigkeit; und trotzdem erweist sich der Wolfsburger Kommunalpolitiker als kluger Rechner. Man braucht nur zu bedenken, daß allein im nächsten Etatjahr für die Stadt nicht weniger als 3,9 Mio. DM als Kreisumlage fällig wäre, also bereits mehr als ein Drittel der Abfindungssumme.«¹¹

Daß Wolfsburg sich so schnell und billig der Kreisaufsicht und der Kreisumlage hat entziehen können, hing primär damit zusammen, daß im Umland die Stadt (damals noch ein Barackenlager, voller Flüchtlinge, mit Neigungen zum Rechtsradikalismus: 64% DRP bei den Gemeindewahlen 1948!) wie ein Fremdkörper angesehen wurde, vor allem aber damit, daß man sich damals keinerlei realistische Vorstellungen über das zukünftige Wachstum der Stadt und des VW-Werks (damals 14 000 Beschäftigte) zu einem Weltkonzern machen konnte.

Obwohl man sich im Rahmen der Auseinandersetzungsverhandlungen geeinigt hatte, daß hinsichtlich der zukünftigen Entwicklung des Krankenhaus- und höheren Schulwesens, der Landesplanung, der Wasserwirtschaft und des Bau- und Siedlungswesens eine enge Zusammenarbeit aufrechterhalten werden sollte, geschah hier nicht

⁸ Vgl. hierzu W. Tessin (s. A 1), S. 112ff.

⁹ Ebda., S. 113.

¹⁰ H. Hilterscheid (s. A 3), S. 316.

¹¹ Wolfsburger Allgemeine Zeitung v. 1. 10. 1951.

viel; es gab wenig zu regeln, und im Umland bestand ein erhebliches Ressentiment gegenüber Wolfsburg: Ärger über die Auskreisung Wolfsburgs, Angst um persönliche Macht- und Prestigestellungen vor allem bei den Landräten, Furcht vor dem Verlust der kommunalen Selbständigkeit, bäuerliche Sturheit und Ablehnung der Stadt und Industrie als gefährlich für die »ländliche Ordnung«. »Nach der Auskreisung, die viel Wirbel machte, war erst mal über Jahre hinweg totale Funkstille mit dem Umland.«

Ende der 50er, Anfang der 60er Jahre änderte sich dies, wie weiter oben schon angedeutet: Wolfsburg stieß langsam an seine territorialen Grenzen, und das starke Anwachsen der Pendlerzahlen aus dem Umland einerseits und ihr Umsteigen auf den PKW produzierten in den Stoßzeiten erhebliche Probleme auf den Zufahrtsstraßen zum VW-Werk; dieses Problem konnte nur – im allseitigen Interesse (Umland, Stadt, VW) – gemeindeübergreifend gelöst werden. Schließlich zeichnete sich ein Machtwechsel und Einstellungswandel in den Umlandgemeinden ab. Es kam zu ersten einzelgemeindlichen Vereinbarungen zwischen der Stadt und Umlandgemeinden, und es begannen sich daneben kontinuierlichere Zirkel, Gesprächsrunden und lockere Planungsgemeinschaften herauszukristallisieren, die zwar allesamt nur entscheidungsvorbereitenden Charakter hatten, aber doch nicht ganz ohne Einfluß geblieben sind.

Im wesentlichen bestimmten drei Ziele die städtische Umland-Politik:

- das Interesse, die Zentralörtlichkeit der Stadt gegenüber dem Umland auszubauen,
- das Interesse, bestimmte Infrastrukturbereiche ins Umland auszulagern, weil sie auf dem Wolfsburger Territorium nicht (mehr) unterzubringen waren,
- das Interesse, durch Ein- und Umgemeindungsmaßnahmen das Stadtgebiet zu vergrößern.

Bevor auf diese drei Aspekte eingegangen werden soll, ist kurz zu erläutern, warum ein viertes Moment, das typischerweise die städtische Umland-Politik bestimmt, nämlich das Interesse, auf den Prozeß der Wohn- und Gewerbesuburbanisierung restriktiv-selektiv Einfluß zu nehmen (etwa im Rahmen der Regionalplanung oder der interkommunalen Kooperation), keine große Rolle spielte.

Die Wohnsuburbanisierung hatte im Raum Wolfsburg relativ früh begonnen und zwar bereits unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg und der nachfolgenden Teilung Deutschlands, als der Raum um Wolfsburg zu einer Art Durchgangslager für Flüchtlinge und Vertriebene wurde. Schon damals waren rund 50% der Wolfsburger Arbeitsplätze von Einpendlern besetzt! Obwohl die Stadt die hohe Einpendlerquote als Problem ansah, war sie doch damals nicht in der Lage, hieran etwas zu ändern. Angesichts von 5–10%igen Wachstumsraten der Bevölkerung pro Jahr (sic!) in der Stadt hatte sie als Gebietskörperschaft damals ohnehin schon alle Hände voll zu tun, die in die Stadt strömenden Menschen unterzubringen.¹² Angesichts dieser Überfor-

¹² So schrieb der damalige Wolfsburger Stadtbaurat 1956: Wolfsburg »hat in den letzten Jahren eine Bautätigkeit erlebt, bei der (...) die Grenzen der Kapazität in jeder Hinsicht erreicht wurden. Aus

derung der städtischen Wohnungsbaupolitik einerseits und der – vor der Gemeindefinanzreform von 1969 bestehenden – weitgehenden fiskalischen Irrelevanz der Wohnsuburbanisierung für die Stadt andererseits wurde die Wohnbesiedlung des Umlands von der Stadt eher mit achselzuckender Gleichgültigkeit hingenommen. Erst als die Bevölkerungswachstumsraten in der Stadt zurückgingen und im Umland konstant blieben, teilweise sogar anstiegen,¹³ und die Gemeindefinanzreform von 1969 die Wohnsuburbanisierung fiskalisch für die Stadt unmittelbar relevant machte,¹⁴ das war in der zweiten Hälfte der 60er Jahre der Fall, da änderte sich die Einstellung der Städte gegenüber diesem Prozeß. Zu diesem Zeitpunkt war im Raum Wolfsburg aber bereits abzusehen, daß die anstehende Gebietsreform das Problem der Wohnsuburbanisierung durch umfängliche Eingemeindungen weitgehend lösen würde. Es hat daher kaum Versuche der Stadt gegeben, im Rahmen der interkommunalen Kooperation restriktiv-selektiv auf den Prozeß der Wohnsuburbanisierung Einfluß zu nehmen, und eine übergeordnete Regionalplanung gab es ohnehin nicht.

Die gewerbliche Suburbanisierung hat im Raum Wolfsburg nie eine große Bedeutung gehabt. Im Schatten des »VW-Giganten« hat sich weder in der Stadt selbst noch im Umland eine erwähnenswerte VW-Zulieferer- und/oder VW-unabhängige Industrie entfalten können. Als schon in den 50er Jahren der VW-Konzern dazu überging, Zweigwerke in Norddeutschland (Hannover, Kassel, Emden etc.), dann auch im Ausland zu gründen, war klar, daß sich auch das VW-Werk selbst (obwohl unmittelbar an der Grenze zum Umland gelegen) nicht allzu sehr in das Umland ausdehnen würde.¹⁵ Als dies dann doch mit der Auslagerung der Forschungs- und Entwicklungsabteilung in die Nachbargemeinde Sandkamp in der 2. Hälfte der 60er Jahre erfolgte, warf die Gebietsreform auch hier ihre Schatten voraus, und es war von vornherein unstrittig, daß diese Gemeinde z. B. nach Wolfsburg eingemeindet werden würde.

Die Umland-Politik Wolfsburgs war also, wie eingangs erwähnt, zunächst auf drei Ziele gerichtet: erstens auf den Ausbau der Zentralörtlichkeit der Stadt gegenüber

diesem Grunde (...) beginnt sich sogar die Stadt allmählich gegen einen zu starken Zuzug zu wehren.« P. Koller, Die Volkswagenstadt Wolfsburg, S. 202–210, in: Raumforschung und Raumordnung 14 (1956), S. 202.

¹³ In der Zeit zwischen 1965 und 1972 erhöhte sich die Bevölkerungszahl in Wolfsburg »nur« noch um 7000 EW (= 8,5%), im näheren, 1972 eingemeindeten Umland um fast 9000 EW (= 25%). Erstmals zeigten sich negative Wanderungssalden der Stadt gegenüber ihrem näheren Umland! Vgl. W. Tessin (s. A 1), S. 149.

¹⁴ Durch die Gemeindefinanzreform von 1969 wurden die Gemeinden an der Einkommensteuer ihrer Bewohner beteiligt, mußten dafür aber Teile ihres Gewerbesteueraufkommens an das Land abgeben. Vgl. zur Relevanz der Gemeindefinanzreform für die Stadt-Umland-Politik: A. Trümper, Raumbezogene Planung im Großstadt-Umland-Bereich, Bonn 1982, S. 34.

¹⁵ Schon die geringfügige Ausdehnung der Betriebsfläche des VW-Werks auf einige Umlandgemeinden führte allerdings in den Jahren 1960/61 zu erbitterten Auseinandersetzungen zwischen der Stadt Wolfsburg und den betroffenen Umlandgemeinden über die Zerlegung des Steuermeßbetrages der nun mehrgemeindlichen VW-Betriebsstätte; vgl. hierzu W. Tessin (s. A 1), S. 149 ff.

dem Umland, zweitens auf die Funktionalisierung des Umlands zum infrastrukturellen Ergänzungsgebiet der Stadt und drittens auf die territoriale Expansion der Stadt ins Umland durch Um- und Eingemeindungen.

Der Ausbau der Zentralörtlichkeit der Stadt gegenüber dem Umland

Die Entwicklung der Stadt im Bereich zentralörtlicher Funktionen ist ein eher »trauriges Kapitel« der Wolfsburger Stadtentwicklung, vor allem was den Ausbau der Stadt zum Handels- und Dienstleistungszentrum und zum Sitz staatlicher Behörden und Institutionen anbetrifft. Im Bereich der kommunalen Infrastruktur mit zentralörtlicher Bedeutung lief es dagegen sehr viel besser.

Eine fast jahrzehntelange (im nachhinein schwer verständliche) Unsicherheit über die wirtschaftliche Entwicklung und letztendliche Größe der Stadt hat lange Zeit das größere, überlokale Handelskapital daran gehindert, sich in Wolfsburg anzusiedeln, zumal man im nur 30 km entfernt liegenden Oberzentrum Braunschweig bereits präsent war und bei der sprichwörtlich hohen Mobilität der Wolfsburger davon ausgehen konnte, deren Kaufkraft in Braunschweig abzuschöpfen. Seit Anfang der 60er Jahre intensivierte die Stadt im Rahmen ihrer Innenstadtplanungen die Bemühungen um Ansiedlung von Kaufhäusern u. ä., allerdings mit nur mäßigem und erst allmählichem Erfolg. Immerhin ist es ihr bis in die 80er Jahre hinein dann doch gelungen, fast 80% des Marktvolumens im gesamten Wolfsburger Einzugsgebiet auszuschöpfen.¹⁶

Auch die Ansiedlung staatlicher Behörden und Institutionen erfolgte nur schleppend und insgesamt etwas unbefriedigend. Immerhin: als Amtsgerichts-, Post-, Kataster-, Zoll- und Polizeibezirk, auch als Arbeitsamtsbezirk, im Lehrerausbildungs- und Sportwesen (Leistungszentrum) hat Wolfsburg eine gewisse regionale Bedeutung erlangt, wenn es sich auch beim Arbeitsamt z. B. nur um eine Nebenstelle des Arbeitsamtes Helmstedt handelt und der langgehegte Wunsch nach einem eigenen Finanzamt sich zerschlug, ebenso wie der Wunsch, Standort einer (Fach-)Hochschule zu werden. Immerhin wird im Jahre 1988/89 das Institut für Fahrzeugbau der FH Braunschweig / Wolfenbüttel in Wolfsburg den Lehrbetrieb aufnehmen, freilich nur deshalb, weil sich die Stadt und das VW-Werk massiv an der Finanzierung beteiligen werden.

Wolfsburgs Kampf um die Anerkennung als »Oberzentrum« im Rahmen der Landesplanung und Raumordnung ist letztlich an der räumlichen Nähe zum südostniedersächsischen Oberzentrum Braunschweig gescheitert und an der Tatsache, daß es im Raum bereits ein relativ fest gefügtes System von Mittelzentren gab, in das sich Wolfsburg einfügen mußte. Tatsächlich hat die Stadt Wolfsburg den anderen Städten

¹⁶ PRISMA, Einzelhandelsgutachten Wolfsburg, Hamburg 1983 (unv. Ms.), S. 109.

in Südostniedersachsen (sieht man einmal von den benachbarten Unterzentren Falersleben und Vorsfelde ab, die später sogar nach Wolfsburg eingemeindet wurden) praktisch nichts an Zentralörtlichkeit weggenommen, sondern sie hat sich gleichsam zusätzlich etabliert, gespeist durch die Vervielfachung der Bevölkerung in diesem Raum als Folge der Werks- und Stadtgründung.

Im Bereich der kommunalen Infrastruktur mit Umlandbedeutung war die Stadt Wolfsburg dagegen sehr viel erfolgreicher. Nicht zuletzt dank massiver Unterstützung seitens des VW-Werks entstanden Einrichtungen wie die Stadthalle (1958), das Kulturzentrum (1962), das Theater (1973) und das Planetarium (1983), die regionale Bedeutung haben, ebenso wie das städtische weiterführende Schulwesen, das Krankenhaus oder das Freizeitbad »Badeland« (1977).

Die Stadt hat den Ausbau ihrer Zentralörtlichkeit in erster Linie unter ökonomischen Gesichtspunkten betrieben: Da im industriell-gewerblichen Bereich ohnehin schon der wirtschaftliche Schwerpunkt der Stadt lag und dort auch nichts mehr im Schatten des »VW-Giganten« zu machen war, galt es, im tertiären Bereich Arbeitsplätze zu schaffen und die »arbeiterlastige« Sozialstruktur durch Beamte und Angestellte »abzurunden«. Zugleich galt es, eine »richtige Stadt« zu werden, d. h. den Werkssiedlungscharakter der Stadt buchstäblich abzubauen und »urbane« Reproduktionsbedingungen für die VW-Belegschaft zu schaffen. Mit Blick auf die leitenden Angestellten sollte es gelingen, diese Gruppen langfristig an das Werk und die Stadt zu binden.

Das Umland war in diese Politik gleichsam nur als Mittel zum Zweck einbezogen, um die zentralörtlichen Einrichtungen auslasten bzw. privatwirtschaftlich rentabel zu machen (Theater, Stadthalle, Kaufhäuser, staatliche Behörden usw.). Es bedurfte zur Durchsetzung dieser zentralitätsbezogenen Politik auch keiner Verhandlungen mit dem Umland. Die Stadt baute ihre Zentralörtlichkeit ohne Absprachen, ohne finanzielle oder sonstige Beteiligungen des Umlands aus, aber sie brauchte diese Politik auch nicht gegen Proteste aus dem Umland durchzusetzen, weil man dort ja an den zentralörtlichen Service-Leistungen der Stadt durchaus Interesse hatte. Politisches Kapital konnte die Stadt aber andererseits hieraus zunächst auch nicht groß schlagen, denn weder konnte, noch wollte sie ja die Bevölkerung des Umlands von der Nutznießung dieser Einrichtungen ausschließen. Im Umland war weitgehend klar, daß diese zentralörtlichen Serviceleistungen der Stadt keine zu Gegenleistungen moralisch Anlaß gebenden »Opfergaben« der Stadt für das unterversorgte Umland waren, sondern ein Mittel zum Zweck der sozio-kulturellen Ausrichtung, vor allem aber der direkten oder indirekten Kaufkraftbindung des Umlands auf die Stadt. Nur mit dem Anschluß von Umlandgemeinden an die städtische Kanalisation und der Einschulung von Kindern aus dem Umland in städtische Schulen konnte die Stadt bisweilen »handeln«. So lag die Bedeutung der städtischen Zentralitätspolitik für das politisch-administrative Verhältnis von Stadt und Umland zunächst mehr im Atmo-

sphärischen, langfristig aber woanders: durch die Integration des Umlands in den sozio-ökonomischen Reproduktionsprozeß und in den zentralörtlichen Waren- und Dienstleistungszusammenhang der Stadt wurde die reale Basis und politische Legitimation einer kommunalen Selbständigkeit der Umlandgemeinden ganz allmählich ausgehöhlt. Dies war nicht das Ziel der städtischen Zentralitätspolitik, aber deren Folge. Dies sollte sich vor allem im Rahmen der Gebietsreform zeigen, als die Dichte der zentralörtlichen Verflechtungsbeziehungen zwischen Stadt und Umland als ein wesentliches Kriterium für die Eingemeindungsentscheidung herangezogen wurde. Bevor es jedoch soweit war, bestimmte ein anderes Ziel die städtische Umland-Politik.

Die Funktionalisierung des Umlands als infrastrukturelles Ergänzungsgebiet

Gemeint ist damit die Indienstrahmung des Umlands als Erholungs-, Wasserversorgungs-, Müll- und Abwasserbeseitigungsgebiet und als verkehrliche Erschließungsfläche für die Stadt.¹⁷ Die Stadt ist hierzu quasi gezwungen, weil diese Funktionen auf dem immer dichter besiedelten Stadtgebiet nicht mehr unterzubringen sind, gemeindefiskalisch uninteressant, ökologisch »sensibel« oder vom naturräumlichen Potential der Stadt her dort nicht optimal oder überhaupt nicht zu verwirklichen sind z. B. wegen fehlender Trinkwasservorkommen. Zudem unterscheiden sich Infrastrukturleistungen einerseits hinsichtlich ihres Publikumsverkehrs, andererseits in bezug auf ihre Arbeitsplatzintensität. Vor diesem Hintergrund gilt, daß Behörden, Schulen, Krankenhäuser usw. besonders auf den Standort Stadt angewiesen sind (als best erreichbarer Ort der Region), während »technische« Infrastrukturen (Müllkippen, Wasserwerke etc.) dies nicht sind; ein Grund mehr, sie auszulagern. Meist sind es gleich zwei oder drei dieser Argumente, die die Stadt zum Versuch veranlassen, bestimmte Infrastruktur-Service-Leistungen in das Umland hinaus zu »delegieren« und zwar mit einigem Erfolg, wie ein Blick in das Umland der Städte zeigt. Hierfür bieten sich die folgenden Erklärungen an:

- Die Auslagerung bringt u. U. für die betroffene Umlandgemeinde einen gewissen eigenen Nutzen oder doch keine sichtbaren Nachteile, weil der ins Auge gefaßte Infrastrukturstandort ohnehin keiner profitableren Nutzung zugeführt werden kann und er auch nicht die weitere Siedlungsentwicklung der Umlandgemeinde beeinträchtigt.¹⁸
- Die Auslagerung wird durch technische Sachzwänge, z. B. durch spezifische, andernorts nicht anzutreffende Standortbedingungen quasi erzwungen (z. B. Trink-

¹⁷ Vgl. hierzu u. a.: H. Brede, Einebnung oder Verschärfung des Stadt-Land-Gegensatzes, S. 137–155, in: V. Brandes u. a. (Hrsg.), *Leben in der Bundesrepublik*, Berlin 1980, S. 142.

¹⁸ Hierbei ist die Möglichkeit der Stadt bedeutsam, die Externalisierungswünsche an eine Vielzahl von Umlandgemeinden adressieren zu können, so daß die einzelne Gemeinde im Laufe ihrer Geschichte in dieser Hinsicht allenfalls nur ein- oder zweimal von der Stadt »um Hilfe« ersucht werden muß.

wasservorkommen, landschaftliche Reize, Bodenqualität), so daß die Gemeinde im Sinne des Allgemeinwohls (gedrängt auch von übergeordneten staatlichen Stellen) nahezu verpflichtet ist, der Stadt zu helfen.

- Die Auslagerung wird in einen »politischen Deal« eingebunden; d. h. die Umlandgemeinde wird gleichsam »bezahlt« durch die Gewährung eines zinsgünstigen Darlehens, den Anschluß des Dorfes an das öffentliche Nahverkehrsnetz der Stadt, die Erlaubnis zur Einschulung der Kinder in städtische Schulen usw.; häufig verbindet sich auf Seiten »entgegenkommender« Umlandgemeinden die (irrig) Hoffnung, durch »gutnachbarliche Zusammenarbeit« der Eingemeindung in die Stadt zu entgehen.¹⁹ Bisweilen dürfte es der Stadt auch gelingen, ihre zentralörtlichen Service-Leistungen für das Umland als »Vorauszahlung« in den politischen Handel einzubeziehen und mit Hinweis darauf, das Umland zu entsprechenden Gegenleistungen moralisch zu verpflichten.

Wie immer im einzelnen zu begründen: Ein Blick auf das Umland der Städte zeigt, daß die Funktionalisierungspolitik gegenüber dem Umland relativ erfolgreich durchsetzbar (gewesen) sein muß. Und so war es auch im Falle Wolfsburgs. Zentrale Erfolge der städtischen Auslagerungspolitik waren – schon bei der Stadtgründung – die Verregnung der gesamten Abwässer der Stadt im nördlichen Umland, in den 50er und 60er Jahren die Erschließung des Wasserreservoirs im Umland durch den Bau zweier dort gelegener Wasserwerke der Stadt (Westerbeck, Rühren), die Beseitigung des Mülls der Stadt zunächst auf wilden Müllkippen im Umland, später dann auf einer geordneten Mülldeponie in der Nachbargemeinde Fallersleben, und schließlich die weitgehende Auslagerung des VW-bezogenen Ziel- und Quellverkehrs aus dem Stadtgebiet ins Umland (Sandkamp, Kästorf). Einziger Fehlschlag war eigentlich nur der Versuch, einen über das Wolfsburger Stadtgebiet hinausreichenden und in die Nachbargemeinde Vorsfelde hineinreichenden künstlichen See in der Allerniederung anzulegen. Trotz dieses fehlgeschlagenen Projektes, das u. a. auch nur deshalb scheiterte, weil einerseits Grunderwerbsprobleme auftraten, andererseits die Gebietsreform das Verhandlungsklima belastete, ist die Funktionalisierungspolitik der Stadt gegenüber dem Umland also sehr erfolgreich gewesen.

Eine nähere Analyse zeigt, daß die meisten dieser Maßnahmen und Projekte nicht einmal gegen den ursprünglich erklärten Willen der betroffenen Gemeinden durchgesetzt werden mußten oder es zwischen Stadt und Umland auch nur zu längeren und zähen Verhandlungen gekommen wäre oder gar Entschädigungs- oder »Lastenausgleichsforderungen« gestellt worden wären. Die Abwasserverregnung wurde im betroffenen Umlandbereich (zumal von bäuerlicher Seite) zunächst sogar als »Segen« empfunden (Bodenertragssteigerungen), die Mülldeponie war ein von beiden Seiten

¹⁹ Vgl. F. Vorholz, *Interkommunale Einrichtungen. Ein Beitrag zur Stadt-Umland-Problematik*, München 1981, S. 112.

gemeinschaftlich gewolltes und finanziell getragenes Projekt, desgleichen die Anlage des künstlichen Allersees, dessen gemeindeübergreifende Realisierung nicht so sehr am Widerstand der Vorsfelder Kommunalpolitik scheiterte, sondern (s. o.) am Grundwerb. Und auch die Wasserentnahme im Umland für die Stadt war, was das Wasserwerk Westerbeck anbetrifft, ebenfalls nicht strittig, zumal die betroffene Gemeinde und weitere Teile des Umlands gleich mit an das städtische Wasserwerk angeschlossen wurden. Demgegenüber war das zweite Wolfsburger Wasserwerk im Umland in Rühren schwieriger durchzusetzen, weil hier die allgemeine Gebietsreformdebatte das Verhandlungsklima belastete und zunehmend auch ökologische Probleme eine Rolle spielten. Das Vorhaben konnte denn auch nur in beschränktem Umfang realisiert werden: Die Wasserentnahmemenge wurde stark limitiert. Auch die Externalisierung des VW bezogenen Straßenverkehrs aus der Stadt heraus in das Umland hat bei den unmittelbar betroffenen Gemeinden (Mörse, Sandkamp, Kästorf) gewisse Widerstände ausgelöst, wobei sich aber die städtischen Interessen hier vor allem deshalb durchsetzen konnten, weil einerseits das übermächtige Interesse des VW-Werkes dahinter stand, andererseits die West- und Norderschließung des VW-Werks dem gesamten Pendlerverkehr aus dem Umland zugute kam, weshalb auch die beiden betroffenen Landkreise (Gifhorn, Helmstedt) hinter diesen Verkehrsplanungen standen. Die Inanspruchnahme des Umlands als Wasserversorgungs-, Müll- und Abwasserbeseitigungs- und verkehrliches Erschließungsgebiet für die Stadt ist auch deshalb relativ leicht durchsetzbar gewesen, weil erstens in den 50er und 60er Jahren weder in der Stadt noch im Umland ein ausgeprägtes ökologisches Bewußtsein vorhanden war, zweitens die Externalisierungsvorhaben der Stadt doch zahlenmäßig begrenzt und räumlich gestreut, vom Umland also »verkraftbar« waren, und drittens eine gewisse Planungs- und Standortrationalität in diesen Projekten stets enthalten war; d. h. die Stadt konnte das Umland von der Notwendigkeit bzw. Sinnhaftigkeit dieser Vorhaben stets überzeugen. Dieser Erfolg der Externalisierungspolitik der Stadt Wolfsburg ist durchaus nicht außergewöhnlich, sondern hält sich im Rahmen dessen, was Stadt-Umland-Politik normalerweise zu leisten imstande ist.

Die territoriale Expansion der Stadt ins Umland durch Um- und Eingemeindungen

Seit Mitte des 19. Jahrhunderts gehört die Eingemeindung von Teilen des Umlands in die Stadt »zu einer universellen Erscheinung im Prozeß der Großstadtbildung«. ²⁰ Die heutigen Großstädte haben seither mehrmals eine Gebietsvergrößerung erfahren, Hannover zwischen 1859 und 1974 acht, München zwischen 1854 und 1942 allein 15 Eingemeindungsaktionen, in deren Rahmen nach und nach 31 Umlandgemeinden

²⁰ H. Matzerath, Städtewachstum und Eingemeindungen im 19. Jahrhundert, S. 67–89, in: J. Reulecke (Hrsg.), Die deutsche Stadt im Industriezeitalter, Wuppertal 1978, S. 89.

nach München eingegliedert wurden. Die bisher letzte große Eingemeindungswelle erfolgte Ende der 60er, Anfang der 70er Jahre. Trümper²¹ kommt in seiner auf die Großstädte bezogenen Auswertung der Gebiets- und Verwaltungsreform zu dem Ergebnis, daß das Gemeindegebiet von nur 6 von 47 bundesdeutschen Großstädten in Flächenstaaten nicht durch Eingemeindungen noch ein weiteres Mal vergrößert worden sei. Die territoriale Expansion der Stadt in das Umland hinein ist also bis heute ein durchgängiges Merkmal der Stadt-Umland-Entwicklung und einer entsprechenden Umland-Politik der Stadt geblieben, im übrigen einer sehr erfolgreichen Politik, denn sie haben innerhalb von 150 Jahren ihr ursprüngliches Territorium von meist unter 10 oder gar unter 5 qkm auf über 100, 200 und mehr qkm ausweiten können. Die heutigen Großstädte haben also bis heute ihr ursprüngliches Territorium mindestens verzehnfacht, manche gar verhundertfacht!

Es ist nun (aus heutiger Sicht) ausgesprochen interessant festzustellen, daß diese territoriale Expansion der Städte ins Umland hinein nicht das Ergebnis einer mehr oder weniger zwangsweisen Eingemeindung von Umlandortschaften in die Stadt durch den Staat gewesen ist, sondern überwiegend das Ergebnis freiwilliger Vereinbarungen zwischen Stadt und Umlandgemeinden,²² die durch den Staat nur sanktioniert wurden. Eine über Jahrzehnte vorausschauende, aktive, antizipatorische Eingemeindungspolitik hat der Staat lange Zeit weder initiiert noch unterstützt. Sieht man von den spektakulären Großeingemeindungen der Zwischenkriegszeit (Berlin, Hamburg, Ruhrgebiet) ab, die auch schon eine aktivere Intervention seitens des Staates erforderten, so stellen eigentlich erst die Eingemeindungen im Rahmen der allgemeinen Gebiets- und Verwaltungsreform Ende der 60er, Anfang der 70er Jahre eine neue Stufe staatlicher Intervention dar, wohl auch dadurch bedingt, daß es den Städten immer weniger gelang, zu freiwilligen Eingemeindungsvereinbarungen mit den Umlandortschaften zu kommen.

In Wolfsburg beginnt die Eingemeindungspolitik der Stadt gegen Ende der 50er Jahre, ausgelöst durch eine Ratsentscheidung, die riesige Waldfläche auf dem Wolfsburger Stadtgebiet nicht weiteren Siedlungsmaßnahmen zu opfern.²³ Damit war mit einem Schlag das Baulandpotential der Stadt mehr oder weniger zur Gänze »aus dem Verkehr« gezogen. Angesichts weiter steigender Zuzugszahlen, nach wie vor vorhandener Wohnungsnot in der Stadt, begann deshalb die Verwaltung Ende der 50er Jahre mit einer umfänglichen Bodenvorratspolitik im Umland, die auch in den 60er Jahren verstärkt fortgesetzt wurde. Bis zur Gebietsreform 1972 hatte Wolfsburg insgesamt rund 13 qkm Land im Umland aufgekauft, was einer Investitionssumme von über 50 Mio. DM entsprochen haben dürfte. Zu einer solchen »externen Bodenvorratspolitik« war eine »reiche« Stadt wie Wolfsburg (sie hatte durch das VW-Werk bedingt

²¹ A. Trümper (s. A 14), S. 74 ff.

²² H. Matzerath (s. A 20), S. 81 ff.

²³ Vgl. hierzu: D. Kautt, Wolfsburg im Wandel städtebaulicher Leitbilder, Wolfsburg 1983, S. 301 f.

Wolfsburger Seite lakonisch festgestellt: »Auf Seiten der betroffenen Gemeinden gab es keine grundsätzlichen Widerstände; es war eine Frage des Geldes.« Die einzelnen Umlandgemeinden waren für die hoheitsrechtliche Abtretung von Gemeindeteilen gegen (hohe) finanzielle Entschädigungen (sie erhielten eine Art jährlicher »Grundsteuerabfindung« in mehrfacher Höhe dessen, was man bisher an Grundsteuern aus diesen Flächen schöpfte, dazu noch Darlehen und Zuschüsse sowie infrastrukturelle Zusagen); sie waren zu dieser Abtretung von Gemeindeteilen vor allem aus drei Gründen bereit: Angesichts ihrer finanziellen Notlage, verursacht einerseits durch die hohen Erschließungs- und Wohnfolgekosten im Zuge der Suburbanisierung, andererseits durch die finanzielle Benachteiligung der Umlandgemeinden durch die damalige Gemeindefinanzverfassung,²⁵ war man auf eine finanzielle Auffüllung der Gemeindekasse geradezu angewiesen; zudem hätte man die ausgemeindeten Gemarkungsflächen schon deshalb kaum selbst bebauen (lassen) können, weil es sich hier um Flächen im Außenbereich der Gemeinden handelte, die entsprechend § 35 BBauG nicht hätten bebaut werden können. Schließlich hoffte man im Umland, durch eine entgegenkommende Politik in diesem Bereich großräumigere territoriale Gebietsforderungen der Stadt sozusagen vorsorglich abzuwehren: »Wir wollten damit der Stadt Wolfsburg die Schluckbeschwerden nehmen.«

Die Tatsache, daß die finanziell profitierenden Bauern meist eine wichtige Rolle in der gemeindlichen Politik spielten (Nordsteimke, Mörse!), dürfte die Umgemeindungsaktionen ebenfalls »begünstigt« haben. Die Stadt hätte diesen Weg der »kommerziellen« Umgemeindungspolitik weiter beschritten, tatsächlich waren entsprechende Verhandlungen im Osten der Stadt (Reislingen, Vorsfelde) schon weit gediehen, aber gegen Ende der 60er Jahre zeichnete sich ab, daß die seitens der Landesregierung in Angriff genommene allgemeine Gebiets- und Verwaltungsreform im Raum Wolfsburg zu einer territorialen Neuordnung führen würde, die die Baulandengpässe der Stadt mit einem Schlag beheben würde. Daraufhin stellte die Stadt die bisherige Umgemeindungspolitik ein, um sie im Rahmen der Gebietsreform mit anderen Mitteln fortzuführen (s. u.).

Die relativ erfolgreiche Art und Weise, in der Wolfsburg schon vor der Gebiets- und Verwaltungsreform seine Umland-Probleme im Rahmen der interkommunalen Kooperation lösen konnte, ist vor allem auf vier Aspekte zurückzuführen:

²⁵ Die Pendlergemeinden im Umland größerer Städte profitierten von der Wirtschaftsleistung in der Stadt, an deren Zustandekommen sie durch ihre auspendelnden Berufstätigen ja maßgeblich beteiligt waren, bis zur Gemeindefinanzreform von 1969 nur über den sog. »Gewerbesteuerausgleich«, der maximal die Hälfte des auf einen einheitlichen Hebesatz umgerechneten Gewerbesteueraufkommens je Arbeitnehmer in der Stadt betrug, meist aber nur einen fixen Betrag von rund 100 DM beinhaltete. Während die Stadt Wolfsburg pro Arbeitnehmer damals knapp 1000 DM an Gewerbesteuer einnahm, bekamen die Umlandgemeinden im Rahmen des Gewerbesteuerausgleichs pro auspendelnden Arbeitnehmer nur rund 100 DM! Im Ergebnis hatte dies zu Folge, daß

- Die durch die damalige Gemeindefinanzgesetzgebung bedingte ungleich höhere Finanzkraft der Stadt gegenüber den Umlandgemeinden,²⁶ die es ihr z. B. ermöglichte (s. o.), kleine Gebietsteile aus dem Umland »gegen Bezahlung« einzugemeinden. Und letztlich ist auch die Bereitschaft von mehr als 15 Gemeinden (s. u.) im Zuge der Gebietsreform, sich freiwillig mit Wolfsburg zusammenzuschließen, auf dieses Finanzkraftgefälle zurückzuführen.
- Das ungleich besser entwickelte Netz von Kontakten zu staatlichen Stellen: Die Stadt konnte sich eigentlich stets auf die wohlwollende Unterstützung des Regierungspräsidenten in Lüneburg und der Landesregierung in Hannover stützen und profitierte dabei vor allem von ihrer Sonderstellung im Zonenrandgebiet als »Industriemetropole«.
- Die durch das VW-Werk geschaffenen »Sachzwänge«: Die Stadt konnte bisweilen als gebietskörperschaftliche Interessenvertretung des VW-Werks auftreten bzw. als »ideeller Gesamtkapitalist« der Stadtregion.
- Die über das VW-Werk bzw. die zentralörtlichen Service-Leistungen der Stadt gewachsenen Verflechtungszusammenhänge, die zu einem Gefühl der Gemeinsamkeit und wechselseitigen Abhängigkeit zwischen Stadt und Umland führten; nahezu jedes Gemeinderatsmitglied im Umland hatte vielfältige berufliche wie private Beziehungen zur Stadt.

Wenn die Stadt Wolfsburg relativ erfolgreich im Umgang mit ihrem Umland war, so dürfte es schließlich auch damit zusammenhängen, daß hier die Konkurrenz bzw. der Verteilungskampf zwischen Stadt und Umland noch nicht so ausgeprägt war wie in voll entwickelten oder gar polyzentrischen Ballungsräumen.²⁷

Die Gebiets- und Verwaltungsreform

Die allgemeine Gebiets- und Verwaltungsreform in Niedersachsen kam für die Stadt Wolfsburg zu einem stadtentwicklungspolitisch einmalig günstigen Zeitpunkt. Sie führte zur Eingemeindung des gesamten stadtentwicklungspolitisch bedeutsamen Umlands in die Stadt. Während es zunächst so aussah, als würden nur 6 Umlandgemeinden mit der Stadt Wolfsburg zusammengeschlossen werden (WEBER-Kommission 1969), waren es 1972 dann tatsächlich 20 Umlandgemeinden (!), wodurch das Wolfsburger Stadtgebiet von rund 34 qkm auf über 200 qkm ausgedehnt, also in etwa versechsfacht wurde (vgl. Abb. 2). Dieses Gebietsreformergebnis ist im wesentlichen auf drei Faktoren zurückzuführen: auf das Interesse Wolfsburgs an einer »großen« Eingemeindungslösung, auf die Bereitschaft vieler Gemeinden zu einem »freiwilligen«

die Realsteuerkraft in den Umlandgemeinden im Raum Wolfsburg vor 1969 rund 100 DM, in Wolfsburg aber über 800 DM pro Kopf der Bevölkerung betrug!

²⁶ (s. A 25).

²⁷ Vgl. hierzu am Kölner Beispiel F. Vorholz (s. A 19), S. 113.

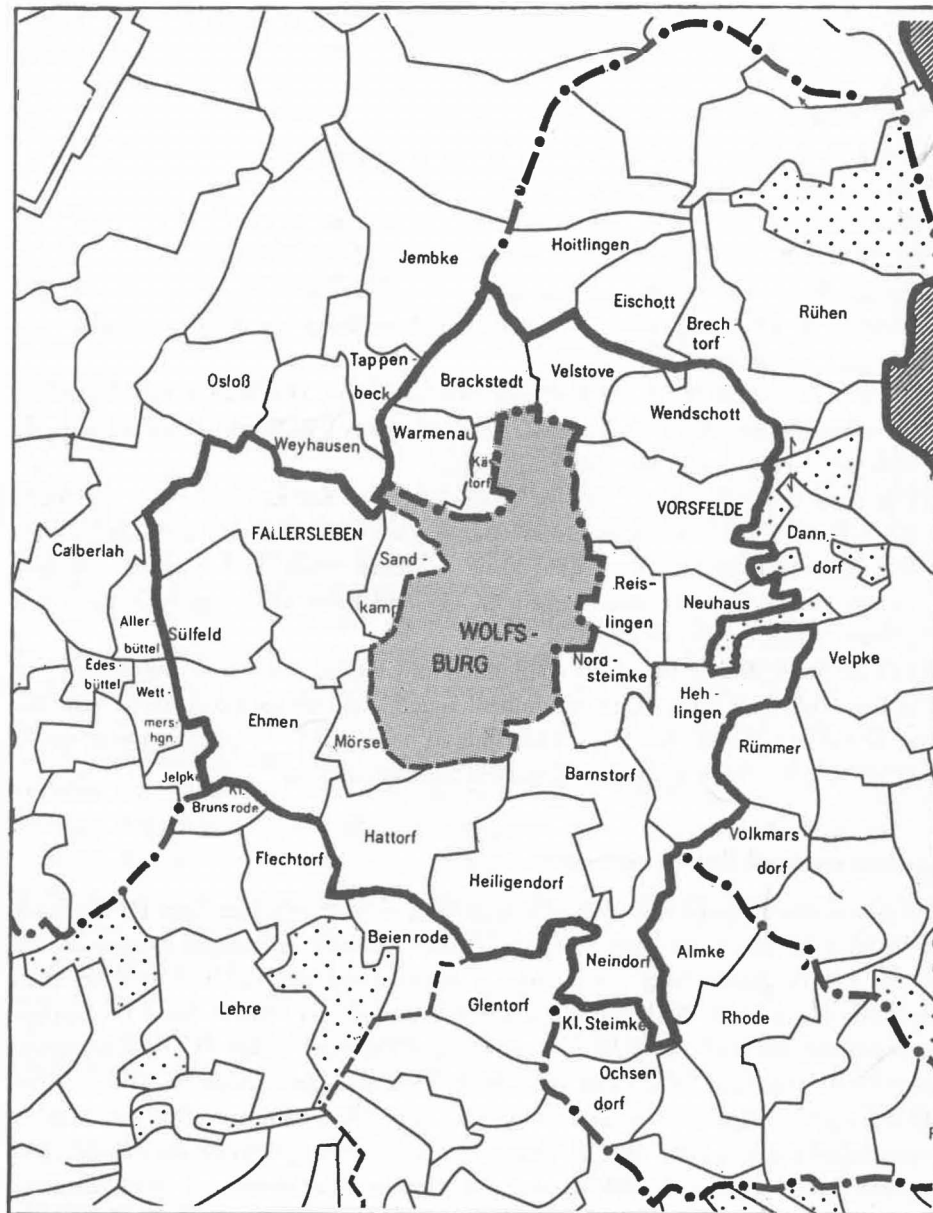


Abb. 2 Ergebnis der Gebietsreform von 1972.

Zusammenschluß mit der »reichen« Stadt Wolfsburg und auf die Zustimmung der niedersächsischen Landesregierung zu einer solchen Lösung.

Maßgebend für das Interesse der Stadt an einer möglichst großen Eingemeindungs-lösung war vor allem die sich abzeichnende Erschöpfung der Baulandreserven in der Stadt. Diese Gefahr war für die Stadt Wolfsburg um so bedrohlicher, als man damals, Ende der 60er Jahre, noch von enormen Wachstumsraten für die Wolfsburger Stadt-region ausging. Damals wurde bis 1990 für den engeren Raum Wolfsburg ein Bevöl-kerungswachstum von rund 100 000 auf ungefähr 200 000 EW, also eine Verdoppe-lung prognostiziert! Angesichts dieses vermuteten Bevölkerungswachstums, das prak-tisch nur noch im Umland hätte stattfinden können (mit all den fiskalischen, planeris-chen und machtpolitischen Konsequenzen für die Stadt), schien eine großflächige Eingemeindung für Wolfsburg geradezu existenznotwendig.

Für die ziemlich große Bereitschaft der Umlandgemeinden, sich mit Wolfsburg zusammenzuschließen, war vor allem die Aussicht maßgebend, am Steueraufkommen der Stadt bzw. des VW-Werks besser als bisher zu partizipieren. Man erwartete eine infrastrukturelle Verbesserung der eigenen Situation, die die Stadt Wolfsburg in den entsprechenden Verhandlungen auch in Aussicht stellte. Die Bereitschaft der Umland-gemeinden war ansonsten um so größer, als für die kleinen Ortschaften im Rahmen der allgemeinen Verwaltungs- und Gebietsreform dieser Jahre nicht die Alternative bestand zwischen dem Erhalt der kommunalen Selbständigkeit einerseits und dem Zusammenschluß mit Wolfsburg andererseits, sondern nur die Wahl zwischen letzte-rem und dem Zusammenschluß mit anderen (»armen«) Umlandgemeinden zu Ein-heits- oder Samtgemeinden. Die Aufgabe der kommunalen Selbständigkeit war also in keinem Fall zu vermeiden. Widerstand ging im Umland nur von den Landkreisen (Gifhorn, Helmstedt) und den benachbarten Städtchen Fallersleben und Vorsfelde aus. »Rivalisierende« kleine Städte im Umland und die Landkreise waren schon immer die Hauptgegner einer territorialen Expansionspolitik der Städte gewesen,²⁸ so also auch im Wolfsburger Fall.

Die Zustimmung des Landes zur »großen« Eingemeindungslösung basierte auf bestimmten, zunächst einmal Wolfsburg unabhängigen Grundsatzentscheidungen: erstens wurden (auch großflächige) Eingemeindungen im Stadt-Umland-Bereich grundsätzlich als Lösung des sog. Stadt-Umland-Problems befürwortet (das war nicht in allen Bundesländern so),²⁹ zweitens sollten freiwillige Zusammenschlüsse zwischen Gemeinden so weit wie möglich akzeptiert werden und drittens sollten Städte ihren Kreisfreiheitsstatus nur dann behalten, wenn sie bereits 130 000 EW hätten bzw. diese Einwohnerzahl (z. B. durch Eingemeindungen) in absehbarer Zeit erreichen würden. Da die Kreisfreiheit Wolfsburgs mit damals annähernd 90 000 EW, aber noch

²⁸ Vgl. hierzu W. Krabbe (s. A 24), S. 376f.

²⁹ A. Trümper (s. A 14), S. 47ff.

enormen Wachstumsaussichten (s. o.), von Anfang an außer Zweifel stand, die meisten der in Frage kommenden Umlandgemeinden sozusagen »freiwillig« zu einem Zusammenschluß mit Wolfsburg bereit waren, zudem enge Verflechtungsbeziehungen (vor allem über das VW-Werk) bestanden, hat die Landesregierung letztlich der großen Eingemeindungslösung zugestimmt, allerdings erst als die SPD die Alleinregierung in Hannover übernommen hatte. Zuvor, zu Zeiten der »Großen Koalition« zwischen SPD und CDU, hatte man zu sehr auf die bäuerlich-konservativen Kräfte in den Landkreisen Helmstedt und Gifhorn Rücksicht nehmen müssen.

Das VW-Werk hat im übrigen zwar durch seine bloße Existenz und Pendlerverflechtungen mit dem Umland den Prozeß und das Ergebnis der Gebietsreform maßgeblich beeinflußt, aber selbst keine aktive politische Einflußnahme ausgeübt. Man war zwar »dafür«, aber man engagierte sich nicht. Selbst als es zeitweise so aussah, als würden nicht einmal alle VW-Betriebsgemeinden im Raum Wolfsburg mit der Stadt zusammengeschlossen werden (und tatsächlich blieb dann auch die allerdings unbedeutende VW-Betriebsgemeinde Weyhausen »draußen vor«), rührte sich im VW-Werk kein Widerstand, einfach deshalb, weil die bestehenden Gemeindegrenzen für das VW-Werk nie eine Schranke oder auch nur ein Hindernis im Verwertungsprozeß gewesen waren.

Zur aktuellen Stadt-Umland-Problematik

Die Versechsfachung des städtischen Gemeindegebiets durch die Gebiets- und Verwaltungsreform scheint ein für alle Mal das grundsätzliche Problem der Stadt gelöst zu haben, eventuell mit ansehen zu müssen, wie sich die Dynamik der Wirtschafts- und Bevölkerungsentwicklung ins Umland verlagert. Dies um so mehr als das Gebiet der Stadt zu einem Zeitpunkt versechsfacht wurde, als sich das (vorläufige?) Ende des Wolfsburger Stadtwachstums abzeichnen begann. Hatte das Planungsleitbild der Stadt 1972 für das Jahr 1990 noch eine Zahl von 200–240 000 EW für das erweiterte Stadtgebiet zugrundegelegt, so war tatsächlich die Bevölkerungsentwicklung bis 1985 eher stagnierend, wenn nicht gar rückläufig (heutige Einwohnerzahl zwischen 125–130 000 EW!). Diese demographische Stagnation ist einerseits dem allgemeinen Bevölkerungstrend in der BRD geschuldet, andererseits und vor allem der insgesamt beschäftigungsmäßigen Stagnation im Wolfsburger VW-Werk, wo die Beschäftigtenzahl gegenüber 1970 nicht mehr ausgebaut wurde und bei rund 60 000 AP stagniert.

Vor diesem Hintergrund mag es zunächst schwer verständlich sein, daß die Stadt Wolfsburg trotzdem mit dem Problem der »Stadtflucht« konfrontiert ist. Aber die Statistischen Jahrbücher der Stadt aus den Jahren 1978–83 zeigen, daß die Stadt gegenüber dem Umland im Umkreis von 30 km jenseits der 1972 geänderten Gemeindegrenzen, ein jährliches Wanderungsdefizit von durchschnittlich 1000 EW aufwies. Der Grund: Die Baulandausweisung in Wolfsburg erfolgte nach der Gebietsreform zu

langsam (ein neuer Flächennutzungsplan mußte erst erstellt werden), die Erschließung der Baugebiete ist in Wolfsburg gegenüber den Umlandgemeinden zu aufwendig (teuer) und schließlich ist aus manchen Umlandgemeinden die Entfernung zum VW-Werk kürzer als aus einem – etwa südöstlichen – Ortsteil Wolfsburgs. Es kommt hinzu, daß in manchen (Akademiker-)Kreisen es »chic« ist, *nicht* in Wolfsburg zu wohnen (wenn man dort schon arbeiten muß). Auch wenn das »Problem« der Stadtflucht von der Wolfsburger Verwaltung noch weitgehend gelassen hingenommen wird, zudem die entsprechenden Zahlen aus den letzten Jahren wieder leicht rückläufig waren, so ist doch festzuhalten, daß eine auch großflächige Eingemeindung (wie im Falle Wolfsburgs) die Eigenheimsuburbanisierung nicht automatisch löst.

Auch im infrastrukturellen Bereich sind nicht alle Abhängigkeiten vom Umland »gekappt« worden. Nach wie vor bestehen grenzüberschreitende und politisch-administrative »Abhängigkeiten« der Stadt vom Umland im Bereich der Wasserversorgung (in Gestalt der beiden »externen« Wolfsburger Wasserwerke Westerbeck und Rühren) und der Abwasserverregnung; ja, es sind durch die Gebietsreform sogar neue »Abhängigkeiten« insbesondere für die Wolfsburger Stadtwerke entstanden. Auch mehr als 15 Jahre nach der Gebietsreform ist es noch nicht gelungen, das eingemeindete Umland vollständig der Versorgungshoheit der Stadtwerke zu unterstellen! Im Wasserversorgungsbereich werden einige Ortsteile vom Wasserverband Vorsfelde (Werder) bzw. Weddel-Lehre versorgt, so daß im Stadtgebiet noch drei unterschiedliche Wassertarife gelten. Im Stromversorgungsbereich gibt es ein ähnliches Problem: Hier versorgen die Wolfsburger Stadtwerke bislang nur das alte Kernstadtgebiet, während der gesamte eingemeindete Ortsteilbereich von der Landelektrizität GmbH mit Sitz in der 1972 nach Wolfsburg eingemeindeten Stadt Fallersleben versorgt wird. Erst wenn die Lieferverträge der Land-E 1993 ausgelaufen sein werden, wird das gesamte Wolfsburger Stadtgebiet einheitlich von den eigenen Stadtwerken mit Strom versorgt werden.

Dennoch hat sich die Stadt-Umland-Problematik für die Stadt natürlich in ihrer Brisanz deutlich verringert. Nach einer mehrjährigen Pause, unmittelbar nach der Gebietsreform, als die Beziehungen zwischen der Stadt Wolfsburg und den benachbarten Landkreisen sehr gespannt waren, haben sich gerade gegen Ende der 70er, Anfang der 80er Jahre diese Beziehungen wieder normalisiert und entspannt. Die Tatsache, daß die territorialen Ansprüche Wolfsburgs sozusagen ein für alle Mal erfüllt zu sein scheinen, hat das Stadt-Umland-Verhältnis entscheidend entlastet. Zudem hat sich die Zahl der grenzüberschreitenden Konflikte und Interessen durch den Umfang der Gebietsreform und durch die Stagnation der stadtreionalen Entwicklung drastisch gesenkt; die verbliebenen sind nicht sehr gravierend, ließen sich bisher immer einvernehmlich regeln oder »ausklammern«, weil sie die städtische Entwicklung nicht entscheidend behinderten. In den bedeutsameren Bereichen wie der Wasserversorgung und der Abwasserverregnung liegen zudem noch aus der Zeit

vor der Gebietsreform Regelungen vor, die auf absehbare Zeit die grenzüberschreitenden Interessen der Stadt absichern. Die Gebietsreform hat also die Notwendigkeit zu interkommunaler Kooperation im Raum Wolfsburg drastisch eingeschränkt, zugleich die Beziehungen selbst entspannt.

Dagegen ist das »alte« Umland-Problem in einem gewissen Sinne als nun intrakommunalisiertes erhalten geblieben in der Form von Verteilungskämpfen zwischen eingemeindetem Umland und der Kernstadt. Dabei geht es um Flächenausweisungen, infrastrukturelle Standortentscheidungen, Gebühren- und Beitragsanhebungen, Mittelzuweisungen usw., wobei insbesondere Projekte wie die Erweiterung der Mülldeponie, der Bau einer Abwasserkläranlage, einer Strafvollzugsanstalt für Jugendliche oder Gewerbegebietsausweisungen zwischen Kernstadt und eingemeindetem Umland äußerst kontrovers diskutiert wurden, weil sie alle ins eingemeindete Umland »abgeschoben« wurden. Obwohl gerade in diesen Fällen das eingemeindete Umland sich nicht durchsetzen können, ist es nicht machtlos.

Dieser Rest an politischem Einfluß manifestiert sich im Falle Wolfsburgs einerseits in der Institution der »Ortsräte«, die im eingemeindeten Umland (als Ersatz für den Verlust der kommunalen Selbständigkeit) geschaffen wurde, andererseits im Rat der Stadt selber, wo das eingemeindete Umland relativ stark vertreten ist. Während die Bedeutung der Ortsräte eher abzunehmen scheint und gewisse Reformvorschläge (Abschaffung der Ortsräte bzw. Einführung einer flächendeckenden Bezirksratsverfassung für ganz Wolfsburg gemäß § 55 NGO) bereits diskutiert wurden, ist der Einfluß des eingemeindeten Umlands im Rat der Stadt Wolfsburg bedeutsam geblieben. Dies hängt zum einen mit dem Umfang der Eingemeindung zusammen (gut ein Drittel der heutigen Wohnbevölkerung lebt im eingemeindeten Umland), zum anderen mit dem spezifischen Wahlverhalten dort, das sich ganz auf den jeweiligen Kandidaten aus den ehemaligen Umlandgemeinden konzentriert; im Ergebnis hat dies zur Folge, daß mehr als ein Drittel der Ratsmitglieder und fast die Hälfte der »regierenden« CDU-Ratsfraktion aus dem eingemeindeten Umland stammt. Auch wenn es im Rat keine parteiübergreifende Umland-Fraktion gibt, so stützt man sich doch (trotz gewisser Rivalitäten) gegenseitig. Bis 1986 war sogar ein Vertreter aus dem ehemaligen, nun eingemeindeten Umland Oberbürgermeister der Stadt Wolfsburg.

Die relative Macht des eingemeindeten Umlands in der Wolfsburger Kommunalpolitik läßt sich verdeutlichen einerseits an der Baulandausweisungspolitik der Stadt, andererseits am Abbau der Infrastrukturdisparitäten im Bereich der unmittelbaren Daseinsvorsorge. So gelang es den eingemeindeten Ortsteilen, die Pläne der Stadt zu durchkreuzen, im Rahmen der Erarbeitung des neuen Flächennutzungsplanes die Baulandausweisung im eingemeindeten Umland sehr selektiv und insgesamt restriktiv zu handhaben. In den betroffenen Ortsteilen sahen einige Bau-Landwirte ihre bodenspekulativen Aussichten in Frage gestellt, die dortigen Geschäftsleute langfristig ihre

Kundschaft schwinden, die Ortsräte die kommunalpolitische Stellung des jeweiligen Ortsteils gefährdet (»Ortsteil 2. Klasse«), langfristig die vorhandene Infrastruktur (Kindergärten, Schule). Tatsächlich wurde dann die Baulandausweisung großzügiger gehandhabt, als ursprünglich von der Verwaltung geplant: »Eigengemeindliches Denken hatte wieder Vorrang.« Und ebenso gelang es den neuen Ortsteilen Wolfsburgs, ihre infrastrukturelle Versorgung im Bereich der unmittelbaren Daseinsvorsorge nachhaltig zu verbessern. Es wurden Schulen gebaut, Sport- und Mehrzweckhallen, Wege und Straßen wurden ausgebessert, Baugebiete erschlossen, vorhandene Ortsteile an die Kanalisation angeschlossen, die Ausrüstung und der Ausbildungsstand der freiwilligen Feuerwehren wurde verbessert. Der Abbau von Disparitäten im Erschließungs- und Versorgungsbereich zwischen Stadt und (eingemeindetem) Umland hat aber zugleich auch zu einer »Vereinheitlichung«, d. h. im Ortsteilbereich zu einer Erhöhung der kommunalen Steuern, Gebühren und Erschließungsbeiträgen geführt. Die inzwischen erfolgte weitgehende Durchsetzung »städtischer« Erschließungs- und Versorgungsstandards mit den damit verbundenen Kosten war lange Zeit ein wesentlicher Konflikt zwischen Kernstadt und eingemeindetem Umland.

Wenn auch, so läßt sich abschließend feststellen, das »alte« Stadt-Umland-Problem nach der Eingemeindung in Form nun intrakommunaler Verteilungskämpfe gewissermaßen erhalten geblieben ist, Kernstadt und eingemeindetes Umland sich um Funktions- und Flächenzuweisungen, die Erschließungsstandards von Baugebieten, um den Aus- bzw. nun auch schon Rückbau von Infrastrukturen oder um die Festsetzung entsprechender Gebühren hier und dort streiten (im übrigen mit abnehmender Tendenz), so ist doch aus der Sicht der Kernstadt das grundsätzliche Umland-Problem gelöst, eventuell mit ansehen zu müssen, wie sich die Dynamik der Wirtschafts- und Bevölkerungsentwicklung ins Umland verlagert. Bei allen nun intrakommunalen Auseinandersetzungen wird auf lange Zeit gewährleistet sein, daß die Stadt Wolfsburg ihre Wirtschafts- und Bevölkerungsentwicklung auf dem eigenen Territorium wird abwickeln können.

Man kann sagen, daß die ganze ökonomische Geschichte der Gesellschaft (d. h. der modernen Nationen) in der Bewegung des Gegensatzes von Stadt und Land sich resümiert.

Karl Marx, Das Kapital I, S. 364.

Karl-Dieter Keim

Jugend und kommunale Politik. Eine essayistische Annäherung

1. »Jugendbewegung«? Was bewegt die Jugend? – 2. Das verspätete Neue? Spaltung und Provokation – 3. Dialog mit der Jugend? Krise statt Integration – 4. Die wilden 80er Jahre? Ein Wolfsburger Lehrstück

Statt nach Bebra hätte den irritierten Beobachter die Zeitgeist-Reise auch nach Wolfsburg führen können.¹ Was suchte er? Das Besondere, Veränderte, Neuartige in der bundesrepublikanischen Kultur; er suchte es in den Städten, und er suchte es vor allem bei der jungen Generation. Er fand es in der Provinz – nicht als Schonraum oder stehengebliebene Biederkeit, sondern als verblüffendes Nebeneinander von Modernität und Mief, von Geschäftigkeit und Öde, von Anspruch und Armut.

Kennen Sie Wolfsburg? Die »Stadt des KdF-Wagens«? Sie liegt unweit der Grenze zur DDR; die jungen Leute fühlen sich Berlin näher als der niedersächsischen Landeshauptstadt. Eine junge Stadt mit einer (noch) jüngeren Bevölkerung. Eine Kommune im Rhythmus einer großen Fabrik, auf der Suche nach ihrer Identität.

Aber doch mit eigener Geschichte. Es gibt eine Geschichte des VW-Werks, eine Geschichte der Stadtentwicklung, eine Geschichte der Erfahrungen, Verdrängungen und Wünsche – und es gibt eine Geschichte der Jugend² und eine Geschichte der Kommunalpolitik. Mit ihrem Zusammenhang befaßt sich dieser Beitrag.

1. »Jugendbewegung«? Was bewegt die Jugend?

In den ersten Jahren nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs sucht die junge Generation einen Neuanfang. Da die Prägungen des Nazi-Regimes noch durchwirken, ist das vor allem eine Frage des *Bewußtseins*. Wie eine Vorstellung von Zukunft

¹ Dies ist eine Anspielung auf die aufregend-vergnügeliche Publikation von M. Horx, *Die wilden Achtziger. Eine Zeitgeist-Reise durch die Bundesrepublik, München und Wien 1987*. Darin wird geschildert, wie der Autor nach viel Spurensuche in Großstädten und anderswo schließlich in Bebra landet und dort die deutsche Wirklichkeit der 80er Jahre zu entdecken glaubt.

² Der Begriff »Jugend« wird in diesem Beitrag keinesfalls administrativ verstanden, also als Altersgruppe der 14–21 bzw. der 14–18jährigen. Statt dessen wird mit dem Begriff ein Bündel von Eigenschaften und Gattungsmerkmalen mit sozio-kulturellem und gesellschaftlichem Charakter bezeichnet, eine Sozialisations- und Lebensphase mit einer relativen Freistellung von Erwachsenenrollen und mit relativ eigenständigen Handlungsräumen.

entwickeln, wo doch schon Kinder während der Kriegsjahre ideologisch und praktisch vereinnahmt waren?

Einige Herren aus dem Werk oder auf dem Rathaus fühlen sich erinnert: »Wir wissen ganz genau, daß nicht in ganz Deutschland jede Stadt so aussehen kann, wie diese aussehen wird. Aber das soll ein Vorbild werden, eine Lehrstätte aus der Stadtbaukunst sozialer Siedlungen«, verkündete Hitler 1938 bei der Grundsteinlegung des VW-Werks. Zu diesem Zeitpunkt wohnten etwa 800 Menschen in der »Stadt«. Ende desselben Jahres waren es etwa 5400 Menschen; davon hausten allerdings etwa 4300 in Barackenlagern. Mühsam war es, so wird berichtet, eine qualifizierte Stamarbeiterschaft in der neuen Stadt anzusiedeln. Während des Krieges mußten ausländische Zivilarbeiter (Zwangsarbeiter), Kriegsgefangene und KZ-Häftlinge herhalten. Viele Zwangsarbeiter, etwa aus Italien oder den Niederlanden, waren zwischen 19 und 23 Jahre alt. Sie alle wurden getrennt nach Nationalitäten untergebracht: Angehörige westlicher Länder in einem »Gemeinschaftslager«, gleichwohl in je abgesonderten Quartieren, mit dem Recht auf Ausgang und Besuch kultureller Veranstaltungen; die Zwangsarbeiter und Kriegsgefangenen aus den östlichen Ländern (insbesondere aus der Sowjetunion) in einem »Ostlager«, das als Ghetto geführt wurde; die KZ-Häftlinge meist in Bunkern, jüdische Mädchen im Keller einer Halle des VW-Werks. Unterernährung und schlechte ärztliche Versorgung führten zusammen mit der körperlichen Anstrengung zu zahlreichen Todesfällen, auch von jungen Arbeitern ab 16 Jahren. Ab 1944 kam es in einem Kinderheim des VW-Werks zu einem Massensterben polnischer und russischer Kinder (mehr als 300) aufgrund katastrophaler hygienischer Zustände. Bis zum Kriegsende überwog die Anzahl der ausländischen Untergebrachten die Anzahl der deutschen bei weitem.

Dann kommen die amerikanischen Truppen, später übernimmt die englische Militärregierung. Die Ausländer werden befreit, empören sich in öffentlichen Aufmärschen, werden in ihre Heimatländer abtransportiert; einige bleiben. Jetzt also, mit der zweiten Hälfte der 40er Jahre, soll das Neue beginnen. Wie schwer, gerade den Jüngeren Orientierungen anzubieten! »Wir waren mit 13 politisch alt«, resümiert der heutige Schulleiter, damals zusammen mit seiner Frau am Aufbau der Jugendarbeit beteiligt. Das trifft den Punkt. Krieg hebt die gesellschaftlichen Voraussetzungen und Möglichkeiten für Jugend auf; Kinder waren, ohne Schonraum, unmittelbar der Erwachsenenwelt ausgesetzt, waren staatlich-militärisch und weltanschaulich in Dienst genommen. Die Jungen und Mädchen sind nun erfahren und ernüchtert. Es leuchtet ein, wenn in der Jugendforschung die 50er Jahre als der Anfang vom Ende der »Jugend« bezeichnet werden, sind doch alle früheren Orientierungen des aufgeklärten Bürgertums wie der klassenkämpferischen Arbeiterkultur zunichte gemacht.

Die soziale Wirklichkeit in Wolfsburg zeigt Brüche wie Kontinuitäten. Die Ideologie des Nazi-Deutschland ist verpönt, ein politischer Einfluß auf die junge Generation wird abgelehnt, alle Formen der sozialen Organisation sind aufgelöst. Die Militärre-

gierung erläßt 1946 eine politische Amnestie für die noch nicht Volljährigen. Das VW-Werk beschäftigt bereits 1600 Jugendliche. »Die Jugend muß kommen«, ruft ein 21jähriger bei der ersten Jugendversammlung des Werks aus, »unserem Volk fehlt heute die große Erneuerung von innen heraus, es fehlt ihr die Jugend als entscheidender Faktor jeder Erneuerung auf dem Boden alt-ehrwürdiger, doch ewig junger Ideale. ... Wer sich vergeht an dem inneren Volksgefühl, das sich nach Gerechtigkeit sehnt, der gehört ausgestoßen aus unserem Denken und muß durch reine Kräfte aus den Reihen der Jugend ersetzt werden.« Ein Neubeginn? Die Sprache enthüllt das kulturelle Elend. Wieder ist von »Jugendbewegung« die Rede, doch niemand weiß die mobilisierenden Kräfte und die Perspektiven in neuer Weise zu benennen. Erste Ansätze einer bündischen, kirchlichen und gewerkschaftlichen Jugendarbeit entwickeln sich (jede Jugendgruppe muß von der Militärregierung zugelassen werden), freilich weitgehend unter Rückgriff auf Ideale und Formen der 20er Jahre.

Wolfsburger Bürger mit dem Bürgermeister an der Spitze bilden einen vorläufigen Jugendausschuß, dem auch sechs Jugendliche angehören. Er ruft nach intensiver Diskussion einen Jugendring ins Leben. Die Aufgaben lauten: freiwillige Zusammenarbeit der Jugendgruppen, Einüben der Selbstverwaltung, Austausch von Anregungen, Durchführung gemeinsamer Tätigkeitsprogramme. Dies ist gleichzeitig eine Absage an eine organisierte Einheitsjugend nach dem Muster der FDJ. Jäh decken die Kommunalwahlen 1948 auf, in welchem Umfang das nationalsozialistische Gedankengut weiterwirkt: Die Deutsche Rechtspartei erzielt mehr als 64% der Stimmen. Die Militärregierung verbietet daraufhin die Partei und setzt in Wolfsburg für einige Monate einen Staatskommissar ein. Ein Grund mehr, die sog. Parteijugend nicht öffentlich zu fördern; Jugendausschuß und Jugendpfleger betreuen ausschließlich die freien Gruppen, also die »Jugendbewegung«. Im Mittelpunkt stehen Lied und Spiel, Sport und Wanderung. Sie entwickeln sich in erstaunlicher Vielfalt. Als mißtrauisch und abwartend wird die Wolfsburger Jugend in ideologischer Hinsicht beurteilt; was sie sucht, ist die »feste Gemeinschaft«. Aber so neutral geht das wohl nicht. Ein Ortsring »Junge Kameradschaft – Wolfsburg«, der erklärtermaßen »durch den Dienst in der Gemeinschaft diese Notlage (der Jugend, K.D.K.) meistern und die Erziehung und Bildung junger Menschen neben Elternhaus und Schule fördern« will, formuliert zwar – und das ist neu – die Prinzipien der gleichen Freiheit und Verantwortung für jedes Mitglied und bekennt sich zum Frieden in der Welt, aber die Gemeinschaft will sich »rein und gesund« halten, trägt Wimpel und Tracht. Und ein Jugendfürsorger meint zum Thema der Gemeinschaftserziehung: »Es ist erforderlich, daß die Jugend Impulse erhält, die ihr nicht nur umfassende Bildungsmöglichkeiten geben, sondern die sie auch von schlechten Vorbildern aus Film und Literatur ablenken.« Inzwischen bringen die weiteren Kommunalwahlen Verschiebungen: Das Wählerpotential der DRP wandert offenbar 1949 in beträchtlichem Umfang zu den Vertriebenenparteien, 1952 von dort vor allem zur CDU.

Ich spreche mit Frau Z., die 1950 mit der Mittleren Reife von der Schule abging. Sie erzählt lebhaft von der vielfältigen Jugendarbeit, war selbst in den 50er Jahren bei den Pfadfindern engagiert. Sehr aktiv sei er gewesen, der Jugendring, und auch die Stadt habe die Gruppen und Vereine gut gefördert, mit Räumen, Materialien, Zuschüssen. Engpässe aber in den Schulen, und viele zusätzliche Anforderungen durch den starken Zuzug von Vertriebenen. Die Arbeiterwohlfahrt wurde verstärkt in der Jugendarbeit tätig. Der Jugendring veranstaltete internationale Jugendwochen und Jugendlager. Durch »Heimatabzeichen« und andere symbolische Gratifikationen sollte eine »innere Verbundenheit zur Stadt« gefördert werden.

Fragen der Bewußtseinsbildung sind mit den *materiellen Notlagen* eng verknüpft. Was brauchen die jungen Menschen? Ausbildung, Arbeit, Wohnraum. Es ist für uns heute schwer vorstellbar, daß in den Nachkriegsjahren Hunderttausende von Jugendlichen über Land ziehen, in Trümmern und Bunkern hausen, vom Schwarzmarkt leben, oft Eltern und Heimat verloren haben. Das VW-Werk hilft bei der Jugendhilfe mit und gewinnt vor allem überregionale Attraktivität durch eine vorbildlich betriebene Lehrlingswerkstatt. Auf Landesebene wird für jeden Stadt- und Landkreis zur Einrichtung eines »Jugendhilfswerks« aufgerufen. Zu seinen Aufgaben gehören insbesondere die Bereitstellung von Wohnheimen sowie die Unterstützung der Arbeitsämter. Entgegen der Zusage des Landes werden den kommunalen Trägern die Kosten der Jugendhilfswerke nicht erstattet, und mit der Währungsreform 1948 sind ihre Wirkungsmöglichkeiten nahezu erschöpft. Ausbildungsverbesserungen leiden vor allem unter dem Widerstand von Handwerk, Handel und Gewerbe gegen ein neues Jugendarbeitsschutzgesetz – eine Kontroverse, die bis in die Rathausparteien hineingetragen wird. Die Stadt beschließt gegen die »Berufsnot« die Einrichtung eigener Lehrwerkstätten, nachdem ein Vorstoß beim Land zur Gründung eines freiwilligen Jugendaufbaudienstes und eines freiwilligen Landdienstes vergeblich war. Ab Ende 1952 gelingt es, die hohe Arbeitslosigkeit zu stoppen.

Seit Anfang der 50er Jahre setzt in Wolfsburg eine starke Wohnungsbautätigkeit ein. Die Entwicklung schildert ein VW-Informationsblatt, das auf die Planungen des ehemaligen Stadtbaubüros unter Leitung von P. Koller sowie auf die Baumaßnahmen der 1953 gegründeten VW-Wohnungsbaugesellschaft Bezug nimmt: »Im Laufe der Zeit seit Kriegsende hat sich ein Torso, bestehend aus einer einladend freundlichen Waldsiedlung, einer Anhäufung von trostlosen Baracken, etlichen tarnanstrichgrauen Wohnblöcken und einigen Dutzend zweckentfremdeter ehemaliger Bauernhöfe zu einem blühenden, lebenerfüllten Gemeinwesen entwickelt, das den Namen »Stadt« mit Fug und Recht für sich in Anspruch nehmen kann.« Etwa 3300 Wohnungen standen bei Kriegsende zur Verfügung; zuziehende Flüchtlinge mußten in diesen Wohnungen mit untergebracht oder aber provisorisch in die Baracken eingewiesen werden. Neueingestellte Arbeitskräfte im VW-Werk wohnten zunächst, getrennt von ihren Familien, in Gemeinschaftslagern. Insofern beeindruckt die Aufbauleistung; immer-

hin beherbergt die Stadt 1952 etwa 30000 Einwohner. Ein besonderes kommunalpolitisches Anliegen ist das Jugendwohnheim. Auch hier verbindet sich die Aufgabe, die Wohnungsnot für junge Menschen abzubauen, mit einem Anspruch, der uns heute mißtrauisch macht: Stadtrat K. weist eindringlich auf die Gefährdungen der heimat- und elternlosen Jugendlichen hin und empfiehlt deren Unterbringung in einem Jugendwohnheim. »Bemühen wir uns«, so seine Rede, »die guten Anlagen dieser Jugendlichen zu erkennen und weiter zu fördern, um so die schlechten Anlagen nach und nach zu beseitigen. Vorbedingung für die fürsorgerische Betreuung ist also der Versuch einer charakterlichen Analyse.« Der Niedersächsische Flüchtlingsminister Heinrich Albertz kauft für das Land das Wolfsburger Schloß und richtet darin, unterstützt vom Roten Kreuz, ein Jugendwohnheim für die Stadt sowie eine Heimvolkshochschule ein. Gerade diese erweist sich in den kurzen zweieinhalb Jahren ihres Betriebs als abwechslungsreiche, fruchtbare Begegnungs- und Diskussionsstätte, die mit ihren offenen Abenden in das städtische Leben insgesamt ausstrahlt. Die Wohnungsfrage vermag auch die organisierte Jugend zu solidarischem Handeln zu bewegen: Das seit längerem vom Jugendring geforderte Projekt eines städtischen Jugendheims wird vorerst zugunsten der Wohnungsbaufinanzierung zurückgestellt. Wenig später können dennoch ein neues »Jugendzentrum« in veränderter Konzeption sowie ein weiteres Jugendwohnheim eingeweiht werden.

Was bleibt? Die Kommunalpolitik hatte ihre Aufgaben der Jugendhilfe angepackt. Unterstützt von den relativ starken Jugendverbänden und dem Jugendring wurden Einrichtungen geschaffen, durchaus innovativ nach Form und Finanzierungsweise. Pädagogisch und politisch war allerdings wenig Orientierungshilfe zu bemerken. Das blieb einzelnen Gruppen und Personen überlassen. Sollte Sie Ihre eigene Zeitgeist-Reise nach Wolfsburg führen, begegnen Sie vielleicht dem Schulleiter, der sich heute noch ab und zu seine Pfadfindertracht überstreift. Oder dem Leiter des städtischen Jugendamtes. Warum ihm? Nun, er gehörte zu den Begründern der »Jungen Kameradschaft«. Die 50er Jahre sind nicht vorbei!

2. Das verspätete Neue? Spaltung und Provokation

Das folgende Jahrzehnt, ab Mitte der 50er Jahre, ermöglicht dem Suchenden wenig Einblick. Chronisten und Geschichtenerzähler(innen) bleiben nahezu stumm; die Jahre werden übersprungen. Daraufhin befragt, antwortet jemand: »Das ist einfach ein Zeichen der Normalisierung. Jetzt geht's der Jugend besser, die dringlichen Probleme sind gelöst.« Es scheint so. Die Jugendverbände erhalten nach und nach ihre eigenen Häuser, die Ausbildungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten verbessern sich spürbar (das VW-Werk expandiert, begrenzt allerdings die Anzahl seiner Lehrlinge), die Stadt wird größer und wohnlicher, die Kommunalpolitik schickt sich an, Jugend-

fragen der routinemäßigen administrativen Wahrnehmung durch das Jugendamt zuzuordnen.

Da hilft ein Blick nach Bonn weiter. Dort war 1953 unter der CDU/FDP-Regierung das Reichsjugendwohlfahrtsgesetz von 1922 novelliert worden: Das »Reich« blieb dem Gesetz zunächst erhalten; vor allem aber wurden zwei wichtige Grundentscheidungen wieder in Kraft gesetzt, nämlich die Jugendpflege als zweite Pflichtaufgabe der Jugendämter neben der Jugendfürsorge sowie die Zweiteiligkeit des Jugendamtes in eine Verwaltung und in einen Jugendwohlfahrtsausschuß. Das hat weit mehr als organisatorische Bedeutung. Mit der Stärkung des Jugendwohlfahrtsausschusses wird das sog. Subsidiaritätsprinzip in der Jugendhilfe anerkannt. Die Familie hat Vorrang vor der Jugendhilfe, die Jugendhilfe durch freie Träger hat Vorrang vor der öffentlichen Jugendhilfe. Das bedeutet: Jugendpolitik ist grundsätzlich der Familienpolitik untergeordnet, und die Gestaltungsmöglichkeiten von Staat und Kommunen sind deutlich beschränkt – anders ausgedrückt: gibt keine allgemeine öffentliche Verantwortung für Entwicklung und Zukunftsperspektiven der jungen Generation. Ohne Frage hat sich die langwierige jugendpolitische Diskussion, die 1961 zu einer zweiten Novellierung des Gesetzes führte, auf die kommunalpolitische Haltung in der zweiten Hälfte der 50er Jahre ausgewirkt. So verstehen wir heute besser, warum es zu keinen politischen Leitlinien, statt dessen zu einer Bestärkung der eher entpolitisierten Jugendarbeit kam. Übrigens mit einer pikanten Erscheinung am Rande: Seit Anfang der 50er Jahre werden laufend empirische Jugenduntersuchungen durchgeführt mit dem erkennbaren Hauptmotiv, zu erkunden, wie und mit welchen politischen Einstellungen die unter dem Nationalsozialismus aufgewachsenen Jünger in ihr neues gesellschaftliches Leben hineinwachsen würden.

Die Politiker sagen: »Keine Experimente!« Die Fachleute merken an: »Jugendpolitik ohne Profil!« Ordnungspolitische Auffassungen aus den 20er Jahren setzen sich wieder durch und werden stabilisiert. Die kommunale Jugendpolitik versteht sich instrumentell. So erweist sich das, was ursprünglich der Jugend in der unmittelbaren Nachkriegszeit als typisch zugeschrieben wurde, nämlich sich abwartend zu verhalten, als Kennzeichen der kommunalen Jugendpolitik bis in die 60er Jahre hinein. Und die »organisierte« Jugend richtet sich ebenfalls ein, Eigeninitiativen gehen zurück, die öffentliche finanzielle Unterstützung entlastet vom Druck, Mitglieder zu suchen und eine neue soziale Praxis zu erproben. Wenn aber mit den 50er Jahren das Ende aller früheren Vorstellungen von »Jugend« einsetzt – was tritt an dessen Stelle? Wo ist, wenigstens verspätet, das Neue zu entdecken?

In Wolfsburg zunächst gewiß nicht. Auch nicht in Bonn oder Hannover. Der Blick muß noch viel weiter reichen, haften bleiben, sich dann wieder, neu belebt, dem eigenen Nahbereich zuwenden. So stoßen wir auf die »Beats«, »Hippies«, »Yippies«, auf den nordamerikanischen »Underground«, auf die »Provos« in Stockholm und Amsterdam. Manches davon ist, eher unmerklich, in das Alltagsleben der jungen

Menschen in den bundesdeutschen Städten gelangt. Und darauf angesprochen, fällt es den älteren Wolfsburgern schnell wieder ein: »Ja, die Gammler, die gab es hier auch; überhaupt, wie die sich gegeben und gekleidet haben: langes Haar, Jeans, schmutzilig, öffentlich rumhängen...« Ein Ärgernis offensichtlich betritt da die städtische Bühne. Dabei verhalten sich diese Jüngeren ausgesprochen passiv und anspruchslos. Die bürgerlichen Kreise, inzwischen wieder im Sog des »Wirtschaftswunders« Tritt fassend, fühlen sich gleichwohl in ihren Empfindungen verletzt. Wütende Empörung von rechts. Es setzt ein Prozeß ein, der bis heute, so bunt seine Schattierungen sind, andauert: eine in der städtischen Bürgerschaft angelegte Ausdifferenzierung in *Etablierte* und *Außenseiter*. Jetzt, da er einsetzt, wird offenkundig, daß in der Phase zuvor doch in vielfacher Hinsicht konsensfähige Auffassungen darüber, was zu tun sei und welchen Raum die junge Generation beanspruchen könne, bestanden haben. Das zerbricht nun, und zwar, wie es scheint, unwiederbringlich. Eine doppelte Spaltung beginnt. Zum einen zwischen den Generationen: Jugendliche wachsen heran, deren Kindheit nicht mehr vom Krieg und Nazi-Regime geprägt war – mit Eltern, die eben damit längst nicht fertig sind, ihre eigene Herkunft nicht zum Thema machen, die geistige Leere hinnehmen und sich voll auf materiellen Wohlstand stürzen, auch mit bereits Älteren in der Jugendarbeit, die spüren, daß ihre anfänglichen Ideen der Gemeinschaftserziehung schal werden, daß sie zur gesellschaftlichen Dynamik keine eigenständige Haltung einzunehmen in der Lage sind. Zum zweiten zwischen der jungen Generation selbst: Die »Gammler« – und sie stehen hier stellvertretend für andere Gruppierungen – stehen nicht in Verbindung mit den Söhnen und Töchtern der Arbeiterklasse oder der Unterschicht, sondern sie rekrutieren sich aus der Mittelschicht. Eine bewußte Arbeiterschaft hat sich im VW-Werk ohnedies nur schwer herausbilden können; zu viele Beschäftigte waren ursprünglich Angehörige des deklassierten Mittelstandes. Die Jungarbeiter aus dem VW-Werk folgen im großen und ganzen der Leistungs- und Konsumorientierung der Erwachsenen; sie verkörpern den Habitus der eher kleinbürgerlichen Majorität. Die »Gammler« aus dem bildungsbürgerlichen Milieu leugnen Wert und Nutzen solcher Tugenden wie Arbeit, Leistung, Konsum, Geschäftigkeit; gerade das, nicht so sehr ihr Äußeres, macht sie zu Außenseitern. Ein Psychologe sagt: »Die Gammler signalisieren ein Versäumnis: Wir wollen ganz bestimmt anders sein, als ihr zu uns gewesen seid!«

Die kulturrevolutionären Anliegen der verschiedenen Gruppierungen im westlichen Ausland sind in der Bundesrepublik kaum aufgenommen worden. Dies gilt vor allem für ihre kommunikativen und emotionalen Forderungen, aber auch für die damit einhergehende, manchmal gar nicht gezielt betriebene *Politisierung*. Diese freilich ist nach dem Selbstverständnis der ausländischen Gruppen mit der Arbeit an sich selbst verbunden und nicht bloß aktionsbezogen. Gewiß, die Wolfsburger, sofern sie sich hier zurechnen lassen, sind auch »hip«, nämlich voll im Bilde und gleichzeitig illusionslos; doch es will mir nicht gelingen, von der Haight Street in San Francisco

zur Porschestraße in Wolfsburg schnurstracks eine Verbindungslinie zu ziehen. Ich denke, das Reflexive an diesem Prozeß ist defizitär geblieben – kein Wunder, wenn die Elterngeneration das selbst nicht »gebracht« hat und eigene universalistische Orientierungen nur schwach ausgebildet werden können. Da rückt Berlin ins Bild; vermutlich knüpfen viele der Wolfsburger Außenseiter, die sich von der lokalen Enge absetzen wollen, ihre Kontakte nach West-Berlin, lernen dort die »Scene« kennen, kehren mit der Zeit verändert, mit neuen Auffassungen und Fragen ausgestattet, in ihre Stadt zurück.

Die kommunale Politik ist nicht im Bilde. Mir ist nicht bekannt geworden, daß irgendwann um die Mitte der 60er Jahre in Wolfsburg eine politische Grundsatzdiskussion über die neuen Strömungen in der jungen Generation stattgefunden hätte. Obwohl nicht nur im Straßenbild, sondern auch in den Schulen die Markenzeichen »lange Haare und Parka« unübersehbar werden. Viel hätte an der Haltung der Außenseiter-Jugendlichen auch kritisiert werden können; dazu müssen sie aber vorurteilslos wahrgenommen werden. Die Stadt ist in ihre ausgeprägteste Wachstumsphase eingetreten. Zwischen 1961 und 1965 steigt die VW-Belegschaft von 38 000 auf 48 000 Personen; 1962 werden auf einen Schlag 3200 italienische Arbeiter angeworben und wegen Wohnungsmangel in einer Barackensiedlung untergebracht. Seitdem gehören der Wolfsburger jungen Generation immer auch Ausländer an. Die Stadtverwaltung bemüht sich, finanziell gut gestellt, um den systematischen Ausbau ihrer Infrastruktur, schafft Rathaus, Stadthalle, Kulturzentrum, ein größeres Krankenhaus und neue Schulen. Das Bestreben ist offenkundig, jetzt vollends zur »richtigen« Stadt zu werden und den meist ruhigen, mittelständisch orientierten Bürgern Angebote für ein Gefühl der Zugehörigkeit zu machen. Die Stadt ist gewissermaßen mit sich selbst beschäftigt; die sich anbahnenden kulturellen Wandlungen bei einem Teil der jungen Leute werden ignoriert. »Wollte man aus der Optik der Politiker eine kurze Kennzeichnung der Jugend geben, so müßte man wohl von deren Unauffälligkeit sprechen«, urteilt ein Betrachter der jugendpolitischen Szene. »Es fehlen auffällige, die Politik mobilisierende Problemlagen Jugendlicher. Deshalb war der Druck, jugendpolitische Ziele formulieren zu müssen, relativ gering.« Ein langsamer Umschwung setzt mit der Intensivierung der politischen Bildungsarbeit und mit der beginnenden Diskussion um die Bildungsreform ein.

Mit den bundesweiten Auswirkungen der Studentenbewegung verändert sich ab 1967 die Lage abrupt. Das scheinbar reibungslose Zusammenspiel von materiellem Erwerb und geistig-kultureller Stagnation wird von immer größeren Teilen der bildungsbürgerlichen Jugend (bis in Schulklassen hinein) aufgekündigt. Konnte bisher die öffentliche Demonstration des Andersseins noch mit bloßer Mißachtung gestraft werden, so nimmt jetzt die Provokation eindeutiger politische Gestalt an; die Etablierten müssen sich stellen. Die Aufbegehrenden entwickeln neuartige Aktionsformen, ihre Orientierung wird international, die bisher tabuisierte marxistische Ideologie

wird zum Bildungsinhalt, Sozialexperimente (Kommunen, Kinderläden u. ä.) breiten sich aus. Es bilden sich eine antiautoritäre Bewegung und eine Außerparlamentarische Opposition (APO). Einer verkündet für viele: »Politik und Privatleben sollen nicht getrennt bleiben, sondern müssen vermittelt werden. Geschieht das nicht, so geschieht keine Selbstbefreiung und keine kollektive Befreiung und damit auch keine gesellschaftliche Veränderung. Dann reibt der Widerspruch zwischen bürgerlicher Existenz und oppositionellem politischem Engagement die Menschen auf.« Die Bürger sind – insbesondere nach den Springer-Demonstrationen und dem Dutschke-Attentat – landauf, landab aufgeschreckt, die einen in empört-reaktionärer Haltung, die eher republikanisch Gesinnten aufgerüttelt-ratlos. Überall finden Diskussionen statt; die etablierten Gruppen müssen Rede und Antwort stehen. Radikalisierungen bleiben nicht aus. Kleinere Gruppen drängen mehr und mehr zu gewaltsamen Konfrontationen, entfernen sich von der Motivlage ihrer Mitsstreiter, geraten unter massive staatliche Kontrolle. Politische Gewaltakte belegen zusammen mit der dazu passenden staatlichen Repression die zugespitzte Aussichtslosigkeit einer pseudo-revolutionären Strategie. Damit werden bereits erreichte Bewußtseinsstufen und neue Formen sozialer Praxis aufs Spiel gesetzt. Seit Anfang der 70er Jahre setzt eine Lähmung ein.

Da die SPD bundesweit etwas mehr jugendpolitische Programmatik aufweist als die anderen Parteien, scheinen in Wolfsburg ab 1965 günstigere Voraussetzungen eingetreten zu sein. Stellt doch die Partei seit diesem Jahr den städtischen Verwaltungschef (Oberstadtdirektor), übernimmt also das »Stadtreiment«. Jedoch: Wenn mein Eindruck nicht täuscht, geht die Kommunalpolitik und gehen andere öffentliche Personen der Stadt wenig vorbereitet in den Ring. Die unvertretbar lange Zeit, die die Stadt verstreichen ließ, ohne sich über ihre perspektivischen Verpflichtungen den jungen Menschen gegenüber klar zu werden und ohne sich von einer im wesentlichen administrativen Bearbeitung von Jugendproblemen zu lösen, rächt sich jetzt. Die Anstöße gehen von anderen Akteuren aus. Unter dem Einfluß der APO bildet sich eine »Aktiongemeinschaft kritische Jugend«, die die bisherige Selbstgenügsamkeit und Abkapselung der verbandlichen und kommunalen Jugendarbeit aufs Korn nimmt. Sie fordert eine bessere Organisierung jugendspezifischer Interessen und mehr politisches Bewußtsein als notwendigem Bestandteil aller Jugendaktivitäten. Der Stadtjugendring beschließt (1969) auf einer Vollversammlung, sich für die politische Jugendarbeit zu öffnen, Jugendgruppen auch unabhängig von ihrer Förderungswürdigkeit nach dem Jugendwohlfahrtsgesetz den Beitritt zu ermöglichen. Die Stadt will den Jugendring stärken und stellt einen Sozialarbeiter als hauptamtlichen Geschäftsführer zur Verfügung. Mit einer neuen Satzung (1972) und der Rechtsform eines Vereins ist die Neubildung der Institution Stadtjugendring abgeschlossen. Die Kommunalpolitik setzt auf zusätzliche jugendbezogene Reformmaßnahmen: Dem Ruf nach autonomen Jugendzentren wird zögernd, mit Teillösungen nachgegeben, Aben-

teuerspielplätze werden eingerichtet, die Schulen erhalten Schülervertretungen. Volkshochschule, Stadtbibliothek und Sportvereine werden beispielhaft gefördert.

Mehr Aufsehen erregt eine andere Aktivität, die sich anfangs eher unbemerkt innerhalb der SPD anbahnt. Einige Jugendliche und eine erwachsene Frau wollen eine Kommune (nach dem Berliner Muster) einrichten. Die Stadt erklärt sich bereit, wohlwollend-permissiv, dafür und für einige andere Wohngemeinschaften Räume in Häusern bereitzustellen, die sich im städtischen Eigentum befinden. Aus Gründen, die hier nicht darzulegen sind, suchen die Mitglieder der Kommune direkten Kontakt zu der »Bewegung des 2. Juni«. Polizeiliche Untersuchungen finden statt. Im Zusammenhang mit dem Fememord an U. Schmücker in Berlin werden die Kommune-Mitglieder verhaftet. Die betroffenen Freunde und Angehörigen und die städtische Öffentlichkeit sind aufgewühlt. Spätestens jetzt wird den Wolfsburgern klar, daß sie Zeugen schwerwiegender Entfremdungen und massiver gesellschaftlicher Umbrüche sind, die sich auch in ihrer Stadt niederschlagen.

Es ist tatsächlich etwas in Bewegung gekommen, und dieses erfaßt auch die Wählerschichten. Auf Bundesebene wird die sozial-liberale Koalition gestärkt, trotz Studentenbewegung und Gewaltproblemen. In Wolfsburg erzielt die SPD 1972 überraschend die absolute Mehrheit, obwohl sich politisch-kulturelle Irritationen breit machen und obwohl zur selben Zeit die Gebietsreform durchgeführt wird, die der Stadt zusätzliche, als eher konservativ eingeschätzte Ortsteile mit etwa 35 000 Einwohnern zuführt.

Eher verdeckt durch die politischen Turbulenzen hat sich aber auch ein sozialstruktureller Wandel der jüngeren Generation ereignet. Im Zuge der Bildungsreform und der verbesserten Ausbildungsmöglichkeiten gelingt es, den Status der Arbeiterkinder und der jungen Mädchen gegenüber früheren Jahrzehnten anzuheben. Das Wahlalter und ab 1975 auch die Volljährigkeit werden auf 18 Jahre gesenkt. Jugendpolitiker sehen darin vorschnell eine Beschneidung ihres Wirkungsfeldes. Tatsächlich hat sich aber die Lebensphase der jungen Generation längst verselbständigt und reicht partiell bis ins Alter von 25 Jahren. Diese gesellschaftspolitischen Veränderungen insgesamt haben möglicherweise die Machtbalance zugunsten der Jugend genauso nachhaltig verschoben wie die dramatischen Folgen der Studenten- und Protestbewegung.

3. Dialog mit der Jugend? Krise statt Integration

Auf die Studenten- und Protestbewegung versucht die Jugendpolitik ab Mitte der 70er Jahre mit zusätzlichen Vorschlägen für eine bessere politisch-gesellschaftliche Integration zu antworten. Die Jugendhilfe wird nicht mehr als nur erziehungspolitischer Auftrag zur Unterstützung der Familie begriffen. In einem Diskussionsentwurf für ein neues Jugendhilfegesetz ist das erste Mal von einer eigenständigen bildungs- und erziehungspolitischen öffentlichen Aufgabe die Rede; in die soziale und gesellschaftli-

che Praxis soll deutlicher als bisher gestaltend eingegriffen werden. Genau diese ideologische Neubestimmung ist aber der Grund dafür, daß aus dem Jugendhilfegesetz neuer Art bisher nichts geworden ist; das Reformvorhaben ruht bis zum heutigen Tage. Die angekündigte Reformpolitik der sozial-liberalen Koalition – auch in ihren kleineren Varianten auf Landes- und Kommunalebene – landet rasch in den Niederungen des bürokratisierten Alltags. Von einem jugendpolitischen Elan ist wenig zu spüren. Dennoch beherrscht die Rhetorik vom »Dialog mit der Jugend« bis zum Beginn der 80er Jahre die jugendpolitischen Debatten. Irgendwie soll der veränderten, politisierten Lage und der wachsenden Eigenständigkeit der jungen Generation Rechnung getragen werden. »Wir suchen das Gespräch«, versichern Kommunalpolitiker und Jugendpfleger. Sie vergessen hinzuzufügen, daß sie allerdings nicht bereit sind, von ihren eigenen Auffassungen (als Erwachsene wie als Vertreter von Behörden) abzulassen.

In Wolfsburg verschwinden Klärungen dieser Art zunächst von der Tagesordnung, da sich die Wirtschafts- und Beschäftigungskrise in den Vordergrund schiebt. Im VW-Werk wird die eintretende Rezession 1974/75 besonders spürbar; die Belegschaft wird in kürzester Zeit um 10000 Arbeitsplätze reduziert. Betroffen sind vor allem die un- und angelernten Arbeiter (überwiegend Ausländer) sowie Frauen. Auch Jüngere, die erst kurz dem Betrieb angehören, müssen auf Kündigungen gefaßt sein. Zwar kann sich das VW-Werk in den folgenden Jahren wieder stabilisieren, aber die Verunsicherung sitzt doch tief. Bedenken wir, die jetzt starken Jahrgänge der Zehn- bis Zwanzigjährigen sind in den 60er Jahren geboren, zu einer Zeit, in der das wirtschaftliche Wachstum und die fortdauernde Anhebung des Lebensstandards fast zu den Selbstverständlichkeiten zählte. Das ändert sich nun deutlich. Mißtrauisch registrieren die Wolfsburger, daß die VW-Personalpolitik keineswegs auf Kontinuität setzt, sondern sich mit einer Strategie des »hire and fire« den krisenhaften Entwicklungen anzupassen versucht. Ab 1979 setzt, bei überraschend guter Konjunkturlage in der Automobilbranche, eine gewisse Stabilisierung ein. Ausbildungsdefizite und Arbeitsmarktprobleme zählen aber seitdem zum festen Bestandteil der Erfahrungen bei den Wolfsburger Jugendlichen. »Was kann die Stadt für uns tun?« fragt der Stadtjugendring und bittet den Oberbürgermeister um ein Grundsatzgespräch. Die Antwort folgt dem bewährten Spiel »Jugendliche fragen, Politiker antworten nicht«. Die Stadt sei im Gespräch, könne aber auf die Wirtschaft nicht direkt einwirken; es werde eine überbetriebliche Ausbildungsstätte geben (sie wird später ohne Beteiligung des Stadtjugendrings eingerichtet); auch Fragen der Jugendpflege seien wichtig. Immerhin wird 1977 eine Gesprächsrunde »Arbeits- und Ausbildungssituation Jugendlicher in Wolfsburg« ins Leben gerufen, der neben Angehörigen der Stadtverwaltung auch Vertreter des VW-Werks, der Wirtschaftsverbände, des Arbeitsamts und der Berufsschulen angehören. Zweifel sind erlaubt, ob diese Gesprächsrunde wirksam sein kann, denn sie trifft sich einmal im Jahr. Bezirksregierung und Heimvolkshochschule

betreiben ein Projekt »Hilfen für arbeitslose Jugendliche«, die Stadt bemüht sich im Rahmen ihrer eigenen Möglichkeiten, Arbeit von täglich 4 Stunden für arbeitslose Jugendliche bereitzustellen. Das Instrumentarium auf der kommunalen Ebene ist und bleibt relativ wirkungslos; letztlich bleibt es bei der Einzelfallhilfe oder bei den diffusen Absichten mit Erziehungs- und Bildungsangeboten.

Bei den jüngeren Menschen setzt indessen ein Wandel im Verhältnis zur »Arbeitsgesellschaft« ein. Das seit den Tagen der Protestbewegung vorhandene Mißbehagen an der Art und Weise, wie die Erwachsenenwelt die Arbeitsprozesse organisiert und hinnimmt, erhält jetzt unter den Bedingungen der strukturellen Arbeitslosigkeit zusätzliche Nahrung. Immer häufiger wird die Aussicht auf Lohnarbeit nicht mehr als selbstverständlich hingenommen. Der Widerspruch ist offenkundig: Schule und Elternhaus drängen darauf, daß intensiv und berufsorientiert gelernt wird, andererseits signalisieren die realen Bedingungen tagtäglich, daß ein beträchtlicher Teil der jungen Menschen für die Arbeitswelt nicht gebraucht wird. So verstärkt die Krise des Arbeitsmarktes die tieferliegende Krise des Zusammenhangs von Arbeit und Leben. Bloße Integrationsstrategien erweisen sich als brüchig. Die kommunale Politik, auch wenn sie mit den beginnenden 80er Jahren ausführlicher in Diskussionen eintritt, muß eingestehen, daß sie wenig zur beruflichen Zukunftsorientierung der Wolfsburger Jugend beitragen kann.

Szenenwechsel. Wir fahren durch die Stadt und lassen die Blicke schweifen. Wir entdecken als erste Stufe einer »City-Bildung« die zur Fußgängerzone umgebaute Porschestraße – ein Vorhaben, das die SPD-Mehrheit, u. a. gestützt auf entsprechend geäußerte Wünsche von Jugendlichen bei einer Jugendbefragung, durchgesetzt hat. Nicht weit entfernt befindet sich, mit einigen hübschen, älteren Häusern, der »Rothenfelder Markt«. Meine Begleiterin meint bitter: »Hier sind wir verschaukelt worden.« Rückblende: Das städtische Planungsamt gibt selbst den Hinweis, am Rothenfelder Markt ein zentrales Jugendhaus einzurichten, um das herum weitere Jugendeinrichtungen gruppiert werden könnten. Planungsgruppen werden eingesetzt; der Stadtjugendring schließt sich den Vorschlägen an. Nach weiteren Vorarbeiten durch das Stadtentwicklungsreferat beschließt der Rat 1978, an dem vorgeschlagenen Standort eine Art Jugenddorf einzurichten, obwohl es von seiten der Anwohner und der betreffenden Kirchengemeinden Widerstand gibt. Aufgrund des Ratsbeschlusses wird eine Planungsgruppe unter Beteiligung von Jugendlichen eingesetzt, die das Raum- und Nutzungskonzept erarbeiten soll. Die Jugendlichen investieren viel, aber das Projekt scheitert. Unabhängig von der Schuldfrage sind die Folgen bis heute spürbar: Die engagierten Jugendlichen fühlen sich getäuscht und mißtrauen künftighin allen Aufforderungen zur Mitarbeit, wenn sie von der Verwaltung ausgehen; weitere Planungen der Stadt für Jugendeinrichtungen werden mit Argwohn beobachtet. Erfahrungen dieser Art belegen nicht nur die Mitwirkungsbereitschaft junger Menschen an kollektiven Projekten, darin kommt auch ein andauerndes Bedürfnis

zum Ausdruck, sich nach eigenen Vorstellungen städtische Räume aneignen zu können. Die Fahrt führt uns weiter, an einigen neuen »Kulturbauten« vorbei (Theater, Badepark), bis wir in neuen Stadtteilen ankommen, die Ende der 60er Jahre in hochverdichteter Bauweise, überwiegend mit den Mitteln des Sozialen Wohnungsbaues, errichtet worden sind. Hier wird die Antwort der Stadt auf den gestiegenen Wohnungsbedarf, stets forciert unter dem sanften Druck des VW-Werks, unmittelbar anschaulich. Man mag zu Hochhäusern stehen wie man will: Die Bereitstellung von Wohnraum, aus der Sicht des VW-Werks von Unterbringungsmöglichkeiten, schafft noch lange keine städtischen Siedlungsräume, in denen die Bewohner ihre unterschiedlichsten Vorstellungen verwirklichen können und wo sie sich auf Dauer niederlassen wollen. Schließlich erreichen wir die Ortsteile, die 1972 eingemeindet worden sind. Hier sind der Stadt unerwartet gewachsene Strukturen in überschaubaren Lebenszusammenhängen zugefallen. Die Ortsteile beanspruchen, daß die Kommunalpolitik ihre Besonderheiten sichert und örtliche Aktivitäten unterstützt; das kommt auch der lokalen Jugendarbeit zugute.

Die wirtschaftliche Krise löst eine Ernüchterung bei der kommunalen Politik aus. Die widersprüchlichen und kurzfristig nicht behebbaren Jugendprobleme scheinen diese Ernüchterung zu verstärken. Die Mentalität des »Wirtschaftswunders« weicht der Besorgnis um die künftigen Entwicklungschancen der Stadt. Erste Leerstände in den Sozialwohnungen gelten als böses Omen; künftige Investitionsentscheidungen werden nur noch vorsichtig angegangen. Und die Jugendpolitik? Immer wieder wird auf Integrationsstrategien zurückgegriffen, mit wenig Realitätsbezug zu den gesellschaftlichen Veränderungen: »Erziehung und Bildung müssen für die heranwachsenden Bürger drei grundlegende Befähigungen gewährleisten: die Fähigkeit zur gemeinsamen, doch individuell differenzierten Arbeit und Leistung, die Fähigkeit zur sozialen und politischen Kooperation der Menschen untereinander und zur Übernahme politischer Verantwortung sowie die Fähigkeit zur Beteiligung am kulturellen Leben«, so verkündet die Bundesregierung. Die kommunale Politik erlebt regelmäßig das Scheitern solcher Ansprüche, weiß darauf aber nicht anders zu antworten. Auch in Wolfsburg werden Integrationsstrategien versucht, so lange die kommunalen Finanzen in Ordnung sind insbesondere durch verbesserte Einrichtungen der sozialen Infrastruktur und durch die Anerkennung der stadtteilorientierten offenen Jugendarbeit. Beide Wege erweisen sich nach wenigen Jahren als Sackgassen. Da sich mit den städtischen Jugendeinrichtungen immer normative Vorstellungen über Teilnehmer und Benutzungsweisen verbinden, sind nicht Dialoge, sondern Konflikte bestimmend. Auch die offene Jugendarbeit schafft nicht den städtischen Raum, den eine selbständiger gewordene junge Generation beansprucht. Viele Konfliktbeispiele in Wolfsburg belegen, daß die Jugendverwaltung sich gerne zurückzieht, wenn es brenzlig wird – nicht nur, weil sie kommunalpolitisch zu wenig Rückendeckung erhält, sondern weil sie auch ihrem Selbstverständnis nach einer wirklichen Erweiterung des jugendlichen

Handlungsspielraums mit tiefem Mißtrauen begegnet. Der Jugendwohlfahrtsausschuß setzt Themen dieser Art zwar auf seine Tagesordnung, vermag jedoch offensichtlich keine wirksame Vertretung jugendspezifischer Interessen einzulösen.

In welche Dimensionen die konflikthafter Auseinandersetzungen hineinreichen, habe ich mit anderen zusammen in Forschungsprojekten in Wolfsburg untersucht.³ Es sind Signale, wenn Jugendliche Beschädigungen oder Zerstörungen in Schulen, Jugendeinrichtungen und im öffentlichen Stadtraum verüben. Aber Signale wofür? Der Jugendpfleger äußert sich vor dem Jugendwohlfahrtsausschuß (1982): »Erschreckend ist die Dialogunfähigkeit sowohl von Erwachsenen als auch von Jugendlichen. Mit der Verlängerung der Jugendphase nimmt auch die Notwendigkeit von Jugendarbeit zu, und für die Kommunalpolitik besteht die Aufgabe, das Vertrauen der Jugendlichen zu wecken und herzustellen. Die Forderungen der Jugendlichen nach Freiräumen ist ernstzunehmen.« Die Ergebnisse unserer Studien zeigen, daß Jugendliche in Freizeitheimen grundsätzlich eine Konsumhaltung einnehmen, auf jeden Fall viel Geld verdienen möchten, Vorschläge für Aktivitäten bekommen wollen, zu Wolfsburg sagen: »Es ist nichts los« oder »tote Hose«, keine erwachsenen Gesprächspartner haben. Daraus entsteht ein widersprüchliches und untereinander oft konfliktorientiertes Verhalten, dem Sozialarbeiter und Erwachsene meist ratlos gegenüberstehen. Dahinter verbergen sich allerdings selbsterfahrene Qualitäten der Zugehörigkeit und der Zusammengehörigkeit, wie sie gerade beim regelmäßigen Aufenthalt in den Heimen erfahren werden. Zwar ist unbestreitbar, daß auch aus Spaß und Langeweile heraus Unfug getrieben wird, daß dadurch auch die Veranstalter der offenen Jugendarbeit provoziert werden, aber das sind auch gleichzeitig verquere Formen räumlicher Aneignung. Vielfach dreht sich das Denken und Handeln dabei um die eigenen Sorgen und Nöte. Problembewußtsein entwickelt sich, sofern es um die eigene Situation geht, für die kollektiven Interessen fehlt ein ähnliches Wissen. Es kommt daher nicht zu Forderungen, um die gemeinsame Situation für junge Menschen zu verbessern, es fehlt an Vorstellungen über die Weiterentwicklung einer selbstorganisierten Jugendarbeit, es findet zu wenig Austausch von Erfahrungen und Problemen der Einrichtungen untereinander statt. Anders die Situationen im öffentlichen Stadtraum. Er bildet die Kulisse für die Vielfalt jugendkultureller Stile. Er ist Lernfeld und Revier für solche Jugendlichen, die sich durch Familie, Schule und Beruf nicht oder nicht mehr integriert fühlen. Was früher die »Gammler« waren, das verkörpern jetzt die »Punks«, flankiert von umherstreifenden Jugendlichen- und Hauptschüler-Cliquen. Ihr Verhalten drückt manchmal eine verachtende Wegwerf-Haltung aus; sie haben nichts zu verlieren. Aber sie tun sich auch zusammen, um die Situation erträglicher zu gestalten, Mut zu fassen für den

³ Hierzu verweise ich im einzelnen auf unsere Veröffentlichung: U. Hennig / K. D. Keim und J. Schulz zur Wiesch, Spuren der Mißachtung. Zum Verhältnis von Jugendproblemen und Stadtstruktur, Frankfurt / New York 1984, mit vielen Einzelaussagen von Jugendlichen.

»ersten Ausstieg«. Die Jugendforschung zu Beginn der 80er Jahre macht allgemein deutlich, daß das Bild der Jugend wohl kaum zuvor so vielschichtig und widersprüchlich ist wie in diesen Jahren. Die kulturelle und soziale Ausdifferenzierung umfaßt sowohl Formen jugendlichen Engagements innerhalb der linken oder der Spontiszene, Gruppierungen der sogenannten Alternativbewegung, Erscheinungsformen der Flucht oder des Ausstiegs (Drogenszene, Resignation), bis hin zu den mehrheitlich angepaßten, aber sozial verschiedenen Gruppierungen, die sich an Konsum- und Freizeitgestaltung ausrichten. Bei aller Pluralisierung der Stile bleibt so doch die bereits in den 60er Jahren konstatierte Aufspaltung in Außenseitergruppen, die eher mit politischem und kulturellem Engagement auftreten, und Etabliertengruppen, die eher konservative Gruppenstile pflegen, bestehen. Quer dazu liegt offenbar ein weit verbreitetes Bedürfnis, in selbstbestimmter Weise Formen des gemeinsamen Lebens zu finden, also sich nicht isolieren oder individualisieren zu lassen.

Wer mit Erwachsenen in Wolfsburg über die Jugendprobleme in diesen Jahren spricht, gelangt zu dem Eindruck, daß es wenig Bereitschaft gibt, sich mit den jugendlichen Sichtweisen, ihren Gefühlslagen und ihren Phantasien auseinanderzusetzen. Ohne diese Mühe können Erwachsene aber auch die Bewältigungsformen nicht verstehen, zu denen junge Menschen greifen. Sie orientieren sich statt dessen an Äußerlichkeiten und mißachten dabei die lebensweltlichen Eigenheiten der nachwachsenden Generation. Viele Jugendliche haben ein Gespür für die Krisenerfahrungen und den steigenden Anpassungsdruck entwickelt. Sie sträuben sich dagegen, auf tradierte Denk- und Verhaltensweisen hingedrängt zu werden, deren zugrundeliegende Normen und Werte ihnen nicht mehr nachvollziehbar erscheinen bzw. von der Praxis der Erwachsenen selbst außer Kraft gesetzt werden. Schulbetrieb, Berufsausbildung, Stadtteile und kommunale Politik sind nur verschiedene Felder eines zusammenhängenden Lebensraums, der die Quellen dieses Unbehagens in sich birgt. Die Jugendlichen merken tagtäglich, daß sie selbst kaum Mittel besitzen, die ihnen eine positive Austragung der Krisensituation ermöglichen würden. Der Zugewinn an gesellschaftlicher und sozialer Macht, der der jungen Generation generell zugeschrieben wird, gerät so unter den strukturellen Nachteilen der 80er Jahre zu einer Realitätserfahrung der Ohnmacht.

4. Die wilden 80er Jahre? Ein Wolfsburger Lehrstück

Es sind in diesen Jahren zwei Prinzipien zu erkennen, die der Politik der Stadtentwicklung neue Akzente verleihen. Zum einen versuchen in vielen Städten, Kommunalpolitiker und Vertreter der örtlichen Wirtschaft im Interesse der gehobenen Dienstleistungsberufe die Angebotsstruktur der Innenstädte zu verbessern, um auf diese Weise die Anziehungskraft der Stadt zu stärken und der aufstrebenden jüngeren Generation einen ihr angenehmen Rahmen zu bieten. Statt Milieu und Mief soll mehr Weltläufig-

keit und Finesse hereingeholt werden; die sogenannten Yuppies (Young Urban Professionals) oder die »Dinks« (Double Income No Kids) bilden die angesteuerte Zielgruppe. Unter dem Etikett der Neuen Urbanität werden Stadtgestaltung und »postmoderne« Architektur bedeutsam, vorausgesetzt, privates Kapital läßt sich dafür mobilisieren. Das zweite Prinzip einer selbst-produktiven urbanen Gesellschaft fußt auf einer Vielzahl von Gruppen und Aktivitäten, ebenfalls meist der jüngeren Generation, die in Verbindung mit gesellschaftskritischen Strömungen oder sozialen Bewegungen möglichst eigenständige Arbeits- und Organisationsformen einrichten wollen, in deutlicher Distanzierung von den Regelungsmechanismen des Staates und der Wirtschaft. Das Spektrum reicht von den verschiedenen Facetten der sogenannten Alternativbewegung über Bürgerinitiativen und andere Formen politischer Partizipation bis hin zu den Selbsthilfe- und soziokulturellen Gruppen sowie zur Ökologie- und Frauenbewegung. Die Gesamtheit dieser heterogenen Selbst-Produktivität knüpft letztlich an die Vorstellung von Stadt als einem kulturellen Projekt an. Gerade im Aufeinandertreffen dieser beiden Prinzipien entstehen offenbar interessante und brisante Auseinandersetzungen, die über den künftigen öffentlichen Gebrauch der Stadt mitentscheiden. Denn hinter den Prinzipien stehen unterschiedliche Interessenlagen und daher m. E. auch unterscheidbare Bewohnergruppen. Die augenscheinliche Beliebtheit der gewählten Aktivitäten und die Tatsache, daß die üblichen sozialstrukturellen Zuordnungen nach Stand oder Klasse fragwürdig geworden sind, verbunden mit einer häufig anzutreffenden Ideologie des »anything goes«, verleiht dem ganzen eine scheinbare Strukturlosigkeit, die hier mit dem Attribut der »wilden 80er« gemeint ist.

Was tut sich in Wolfsburg? Beide soeben skizzierten Prinzipien, die für die künftige Entwicklung der Stadt von Belang sein könnten, sind deutlich mit der jungen Generation verbunden. So oder so bietet sich die Gelegenheit, die jugendpolitische Position fortzuentwickeln und sich diesen allgemeinen Entwicklungstendenzen zu stellen. Zu Gunsten einer privilegierenden Neuen Urbanität lassen sich einige kommunalpolitische Aktivitäten feststellen, z. B. der geplante weitere Ausbau des City-Bereichs und die Bemühungen, im Dienstleistungsbereich weitere Branchen und Berufsgruppen anzusiedeln (auch als Gegengewicht zu der Monostruktur der – längerfristig eher schrumpfenden – Automobilproduktion). Die Stadt wird sich jedoch schwer tun, in dieser Hinsicht so erfolgreich zu sein, daß eine qualitativ interessante Entwicklung eingeschlagen werden kann. Über der gegenwärtigen Lage schwebt das Damoklesschwert, daß die eigene Jugend ihre Zukunftsmöglichkeiten lieber außerhalb der Stadt sucht und daß andere junge Menschen sich von Wolfsburg zu wenig angezogen fühlen. Die Kommunalpolitik könnte sich freilich auch gezielt mit den Möglichkeiten des zweiten Prinzips der selbst-produktiven urbanen Gesellschaft befassen. Die zurückliegenden Jahrzehnte haben immer wieder aufgezeigt, daß in einem gewissen Umfang derartige kulturelle Aktivitäten und Formen einer selbstor-

ganisierten sozialen Praxis entstehen können. Die Frage ist, inwiefern solche Entwicklungen als grundsätzlich positiv wahrgenommen und von der kommunalen Politik gefördert werden. Das könnte auch den Horizont der Jugendpolitik und der Jugendhilfe erweitern und vielleicht zu der Perspektive beitragen, die für die Stadtentwicklung insgesamt erforderlich ist. Dieser Frage möchte ich hier noch weiter nachspüren. Mir ist dabei bewußt, daß die kommunalen Handlungsmöglichkeiten begrenzt sind und daß es sich teilweise um sozio-kulturelle Wandlungen handelt, zu deren Kontrolle keine Legitimation besteht. Auch die Abhängigkeit vom VW-Konzern steht im Hintergrund und wird das stadtentwicklungspolitische Handeln stets mitbestimmen.

Nach einigem Hin und Her wird Frau H., die an unserem damaligen Forschungsprojekt intensiv beteiligt war, über eine ABM-Finanzierung Ende 1984 für ein Jahr nach Wolfsburg vermittelt.⁴ Sie soll dort als Beraterin tätig sein, um jugendpolitisch einiges – als Umsetzung der Forschungsergebnisse – in Gang zu bringen. Das ist eine interessante Konstruktion; selten genug gelingt es, nach durchgeführten Forschungsvorhaben weiterführende Handlungsvorschläge zu entwickeln. Die ehemalige Forschungsgruppe verbindet damit die Hoffnung, daß eine Zusammenarbeit zwischen Jugendverwaltung, Sozialarbeit, Referat für Stadtentwicklung und Stadtkämmerei aufgebaut werden kann, so daß übergreifende Schritte zu einer breit angelegten Jugendpolitik (als Teil der Stadtentwicklungspolitik) möglich werden. Dem Jugendwohlfahrtsausschuß soll dabei eine wichtige Steuerungs- und Koordinierungsfunktion zukommen. Die Aufnahme im JWA ist freundlich, Unterstützung wird zugesagt, Frau H. schildert, sie begreife ihre Aufgabe als sozialen Prozeß und komme nicht mit fertigen Rezepten an. Es wird eine kleine Arbeitsgruppe gebildet, in der die verschiedenen Schritte entwickelt und abgesprochen werden sollen. Die einzuschlagende Zielrichtung liegt auf der Hand, nämlich Grundlagen zu schaffen für die Lösung der Ausbildungs- und Arbeitsplatzprobleme junger Menschen, für ihre bessere Teilhabe an der städtischen Politik sowie für eine Stärkung der selbstorganisierten Jugendaktivitäten. Die Arbeitsgruppe zögert: »Was stellen Sie sich denn vor?« wird die Beraterin gefragt. »Wir müssen das begrenzen, sonst ist in einem Jahr nichts zu bewegen«. Begrenzen heißt: Auswahl eines Stadtteils (Vorsfelde), Einschränkung der Aufgabe auf »Mitbeteiligung und Mitwirkung Jugendlicher in ihrem Stadtteil«. In dieser Form gibt das Jugendamt die Vereinbarung dem Jugendwohlfahrtsausschuß zur Kenntnis; dieser akzeptiert ohne Diskussion. Die Arbeitsschritte im Stadtteil sollen zwar Modellcharakter auch für andere Stadtteile in Wolfsburg haben, dennoch ist offensichtlich, daß mit dieser Entscheidung bereits eine Abkehr von den übergreifenden,

⁴ Antragsteller der Maßnahme ist das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) in Berlin auf der Grundlage eines mit der Stadtverwaltung Wolfsburg vereinbarten Beratungsprojekts. Die Mitwirkung des Instituts beschränkt sich – wie sich weiter zeigt – im wesentlichen darauf, daß an der Schlußdiskussion über die Beratungsergebnisse zusätzlich ein Difu-Mitarbeiter teilnimmt.

allgemeineren Fragestellungen der Jugendpolitik stattfindet. Die Beraterin, ohnedies bereits ernüchtert, versucht nun, mit den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen vor Ort in Kontakt zu treten, und hofft auf Unterstützung. Es sieht schlecht aus: »Das erfordert Mehrarbeit, und wenn wir die aufbringen, wird gesagt, wir seien doch nicht so überlastet, wie wir immer beklagen würden.« Auch mit der Anbindung an das Referat für Stadtentwicklung sieht es schlecht aus. Seit 1982 stellt die CDU nach einem klaren Wahlerfolg den Oberstadtdirektor, nimmt organisatorische Veränderungen innerhalb der Stadtverwaltung vor und reduziert dabei das bisherige Arbeitsfeld des Referats für Stadtentwicklung. Gerade die sozialplanerischen Arbeiten, die eine Verbindung zwischen Stadtentwicklungspolitik und Jugend- bzw. Sozialpolitik betreffen, sollen in Zukunft wegfallen; das so umgemodelte Referat soll sich im wesentlichen auf konkrete Ansiedlungsprojekte und auf die Aufgaben der Städtestatistik konzentrieren. Die politisch begründeten Veränderungen bekommt auch die Jugendverwaltung zu spüren. Eine offensive Jugendpolitik gilt als unerwünscht. Dennoch scheint es realisierbare Aussichten zu geben: Im Stadtteil steht ein bebautes Gelände zur Verfügung, das möglicherweise für ein neues Modell kombinierter Jugendeinrichtungen genutzt werden könnte.

Nun beginnt ein Leidensweg für die Beraterin. Sie ist relativ dicht an das Jugendamt angebunden, erhält dagegen von Seiten des Jugendwohlfahrtsausschusses und der Mitarbeiter im Stadtteil relativ wenig Unterstützung. Der Stadtjugendpfleger, für die Projektrealisierung vor allem zuständig, hält sich bedeckt. Im Stadtteil wird eine Jugendbefragung durchgeführt. Um die Nutzung des vorgesehenen Geländes für künftige Jugendeinrichtungen absichern zu können, wird eine Begründung seitens der Jugendverwaltung erbeten. Drei Monate später stellt sich heraus, daß diese schriftliche Äußerung nicht vorliegt; das erste Mal wird deutlich, daß Stadtjugendpfleger und Jugendamtsleiter sich von der ganzen Projektidee distanzieren. Frau H. wendet sich an den Dezernenten und stellt überrascht fest, daß ihre Aktivitäten bei ihm auf Interesse stoßen. Durch eine Berichterstattung vor dem JWA soll die Ermüdungs- und Stagnationsphase noch einmal überwunden werden (inzwischen sind 8 Monate der Beratungszeit verstrichen). Immer deutlicher schält sich heraus, daß alle Gesprächspartner aus der Verwaltung das zielgerichtete Vorgehen der Beraterin problematisieren, verzögern oder gar blockieren, verbunden mit der Taktik, immer wieder in großer Breite sozialpädagogische Fragen zu diskutieren, ohne daß irgendwelche Konsequenzen daraus gezogen werden. Nach der anfangs freundlichen Aufnahme und der anschließenden Phase der Diskussion verstärkt sich bei der Beraterin jetzt der Eindruck, isoliert zu werden – mit dem Ergebnis, daß ihre Arbeitskapazität gar nicht mehr in Anspruch genommen wird.

Sie weicht auf andere Aktivitäten aus, befaßt sich zum Beispiel mit der ersten Wolfsburger Selbsthilfe-Initiative (Selbsthilfewerk e.V.) und lernt deren eigene enttäuschenden Erfahrungen mit der Stadtverwaltung kennen. Sie führt auch Einzelgespräch-

che mit Mitarbeitern der Jugendarbeit und entdeckt dabei deren Unzufriedenheit mit der eigenen Situation. Und sie stößt im Stadtteil Vorsfelde auf neonazistische Aktivitäten. Die bisher eher beschwichtigende Haltung des Jugendamts zu dieser Frage ist nach den Informationen, die Frau H. zusammenträgt, nicht länger vertretbar. Die rechtsradikalen Erscheinungsformen haben seit einigen Jahren zugenommen. Eine Gruppe führt Geländespiele in Uniform durch, einzelne Mitglieder treten sichtbar als bisher in der Öffentlichkeit auf. In Gesprächen mit Redakteuren und Lehrern wird diese Tendenz eindeutig bestätigt. In einem Arbeitspapier wird dargestellt: Es gibt derzeit etwa 30 bis 40 »Nazipopper« mit wenig ideologischem Hintergrund, hauptsächlich ehemalige Hauptschüler, sodann etwa 10 bis 20 Mitglieder von »Wehrsportgruppen«, gemeinschaftsbezogen, militaristisch, mit Diskriminierungen gegen Ausländer und Linke, schließlich etwa 10 »Neonazis«, eindeutig ideologisch ausgerichtet und geschult. In einer Debatte des Stadtrats wird die Frage aufgeworfen, ob es zwischen der Entwicklung neonazistischer Gruppen und der Jugendarbeitslosigkeit eine Verbindung gebe. Die Presse berichtet über Hakenkreuz-Aufkleber und Schmierereien.

Bis zur Berichterstattung vor dem JWA versucht die Beraterin vergeblich, nochmals Arbeitsgespräche innerhalb der Jugendverwaltung zu führen. Der Ausschuß nimmt den Bericht kritisch auf und reagiert auf die Hinweise über die neonazistischen Aktivitäten unwillig. Beschlüsse werden nicht gefaßt. Die Beraterin sieht in der verbleibenden Zeit keine Ansatzpunkte mehr, mit den eingeschlagenen Arbeitsschritten weiter voranzukommen. Sie wertet noch Materialien über Jugendarbeitslosigkeit in Wolfsburg aus und verfaßt dann einen abschließenden Arbeitsbericht. Die massive Kritik, die darin gegenüber der Jugendverwaltung geäußert wird, erscheint nach den gemachten Erfahrungen angebracht. Ernsthaftige Bemühungen, einen neuen Impuls für die Wolfsburger Jugendpolitik zu schaffen oder auch nur mit dem vorgesehenen Projekt im Stadtteil voranzukommen, waren nicht zu erkennen. Statt dessen dominierten Ablenkungen und Verzögerungen, und daß der eine oder andere Mitarbeiter gerade privat mit seinem Hausbau beschäftigt sei, wurde mehrere Male ernsthaft als Entschuldigung für mangelnde Aktivität herangezogen. Im Zusammenwirken kommunalpolitischer Strukturen und einzelner beteiligter Personen entstand eine Arbeitssituation, die nichts bewegt, sondern alles beim Alten beläßt.

Kein Wunder, daß die aktuellen Probleme den älteren gleichen. Neben dem Hallenbad wird 1986 ein neues Jugendzentrum Mitte in Betrieb genommen. Das alte Heim war weitgehend von Jugendlichen selbst verwaltet worden. Der Stadtjugendring beansprucht nun, die Selbstverwaltung auch im neuen Heim fortzusetzen. Jugendwohlfahrtsausschuß und Jugendamt sehen das anders. Dieses neue Heim soll »ordentlich« genutzt werden. »Punks« oder gar die Drogenszene sollen hier nicht Fuß fassen. Jugendliche reagieren, wie gehabt, mit Aggressionen und bunten Bemalungen an den Außenwänden. Die Stadt beschließt im Sommer 1987 die unbefristete Schlie-

ßung des Jugendzentrums. Einige Monate später wird es, nachdem inzwischen das gesamte Personal ausgetauscht worden ist, wieder eröffnet.

Es fällt mir schwer, zu dem ganzen Sachverhalt eine konstruktive Schlußbemerkung zu machen. Müssen die Möglichkeiten, für Wolfsburg eine attraktive Neue Urbanität zu schaffen, als relativ gering eingeschätzt werden, so mißlingen bisher die Ansätze für eine selbst-produktive urbane Gesellschaft deswegen, weil die kommunale Machtelite daran nicht interessiert ist. Und dies angesichts der gemachten Erfahrungen, die eindeutig belegen, daß die herkömmlichen Antworten und Strategien der Jugendpolitik für die veränderte Situation der jungen Menschen nicht mehr angemessen sind. Auch die Stadt Wolfsburg wird lernen müssen, anzuerkennen, daß Jugendpolitik nicht auf Jugendverwaltung verkürzt werden darf, daß schon die 10- bis 14jährigen erhebliche Brüche erleben und mit Identitätsproblemen beschäftigt sind, wenn sie in die relativ eigenständige Jugendphase hineinwachsen, und daß die 18- bis 25jährigen volljährig und selbständig sind und sich nicht mit Pädagogisierungen oder Kontrollmaßnahmen abspeisen lassen.

Literatur: D. Baacke und W. Heitmeyer (Hrsg.), Neue Widersprüche. Jugendliche in den 80er Jahren, Weinheim / München 1985; U. Herlyn u. a., Stadt im Wandel. Eine Wiederholungsuntersuchung der Stadt Wolfsburg nach 20 Jahren, Frankfurt 1982; W. Hollstein, Die Gegengesellschaft, Reinbek 1981; B. Nikles, Jugendpolitik in der Bundesrepublik Deutschland, Opladen 1978. *Quellen:* E. Fornsdran, Die Stadt- und Industrie Gründungen Wolfsburg und Salzgitter, Frankfurt 1984; U. Riechert, Neubeginn im Schatten der NS-Tyrannie, Braunschweig 1987; J. Sandmann, Zur Entstehung der Jugendbewegung in Wolfsburg 1945 bis 1951, Wolfsburg 1982; J. Siegfried, Rüstungsproduktion und Zwangsarbeit im Volkswagenwerk 1939–1945, Frankfurt 1986. *Sonstiges:* Presseberichte und andere Materialien des Stadtarchivs Wolfsburg; Protokolle, Unterlagen und Ergebnisbericht von U. Hennig; Einzelgespräche.

Und so ist auch die Stadt, nach der aristotelischen Beschreibung, und nach der Idee, welche ihren natürlichen Erscheinungen unterliegt, ein sich selbst genügender Haushalt, ein gemeinschaftlich lebender Organismus. Wie auch immer ihre empirische Entstehung sein mag, ihrem Dasein nach muß sie als Ganzes betrachtet werden, in bezug worauf die einzelnen Genossenschaften und Familien, aus denen sie besteht, in notwendiger Abhängigkeit sich befinden. So ist sie mit ihrer Sprache, ihrem Brauch, ihrem Glauben, wie mit ihrem Boden, ihren Gebäuden und Schätzen, ein Beharrendes, das den Wechsel vieler Generationen überdauert, und teils aus sich selber, teils durch Vererbung und Erziehung ihrer Bürgerhäuser, wesentlich gleichen Charakter und gleiche Denkungsart immer aufs neue hervorbringt.

Ferdinand Tönnies, Gemeinschaft und Gesellschaft. Grundbegriffe der reinen Soziologie (Neudruck 1970), § 18, S. 36.

Ulrich Schweitzer

Neuanfang in Wolfsburg. Integrationsprobleme von Neuzuzüglern

Die empirischen Quellen – Phase des Informationsmangels und der Desozialisation – Die ersten Hürden am neuen Ort – Einlebensprozesse – Der Arbeitsbereich als Ausgangspunkt – Freizeitsphäre – Die Situation des Neuzuzüglers in Wolfsburg

Wolfsburgs Bewohner sind – auch noch im 50. Jahr seit der Gründung – eher Zugezogene als hier geborene Bürger. Diese Tatsache des über lange Jahre anhaltenden Zustroms von neuen Bewohnern hat auch im Bewußtsein der Wolfsburger Platz gefunden. In der Befragung in den 60er Jahren wird Wolfsburg von einem Teil der Wolfsburger selbst als Stadt bezeichnet, deren Bewohner ein »zusammengewürfeltes Volk« sind.¹ Städtebaulich sind diese Jahre dadurch gekennzeichnet, daß alle paar Jahre ein neues Stadtviertel entstand.

Heute ist der zügige, bisweilen hektische Ausbau der Stadt beendet. Von Barackenlagern und dem Eindruck von Wildwestsiedlungen aus der Anfangszeit ist keine Rede mehr. Die Stadt ist heute auch von ihren Einrichtungen her – Rathaus, Theater, Schwimmbad usw. – »vollständig« geworden. Wer heute in die Stadt kommt, stößt auf eine fertige Stadt – eine Stadt, die weitläufig und autogerecht ist und etwas von der Großzügigkeit und zugleich Verlorenheit mancher amerikanischer Städte hat. Auch stößt der Neuzuziehende nicht mehr wie vor 20 oder 30 Jahren auf eine »Ansammlung« ebenfalls frisch zugezogener Menschen, sondern er findet zumindest auch soziale Strukturen vor, die sich mit längerfristigem Zusammenleben der Stadtbewohner ergeben, was sich z. B. im Vereinsleben oder in der stärkeren Etablierung privater sozialer Beziehungen niederschlägt.

Dennoch ist Wolfsburg mit dem Hauptarbeitgeber VW-Werk eine Stadt geblieben, für die Mobilität und ein relativ hoher Anteil an Neuzuzüglern typisch ist. Dies ist ein Grund, der es reizvoll erscheinen läßt, die Situationen von Neuzuzüglern nach Wolfsburg, ihre Probleme und Chancen des Einlebens näher zu untersuchen.

Die empirischen Quellen

Aus zwei Quellen wird in dem vorliegenden Aufsatz Material verwendet: Einige wichtige Eckdaten über Verhalten und Einstellungsmuster neuzugezogener Wolfsbur-

¹ M. Schwonke / U. Herlyn, Wolfsburg. Soziologische Analyse einer jungen Industriestadt, Stuttgart 1967, S. 179.

ger konnten in einem größeren Forschungsprojekt gewonnen werden.² Dabei wurden den Interviews mit 500 schon über 20 Jahre ansässigen (und in den 60er Jahren schon einmal befragten) Wolfsburgern Interviews mit 100 gebürtigen Wolfsburgern sowie mit 200 Neuzugezogenen in ihren Aussagen einander gegenübergestellt.

In einem weiteren Schritt hat der Verfasser eine Reihe von Intensivinterviews mit Neuzuzüglern durchgeführt, in denen exemplarisch Verästelungen und Verzweigungen des Einlebensprozesses im Detail nachgezeichnet wurden. Dabei wurden Neuzuzügler befragt, die in der Regel aus einer größeren Distanz nach Wolfsburg zugezogen sind (bei Zuzüglern aus Nachbargemeinden hätte zu sehr die Gefahr bestanden, daß sie längst mit Wolfsburger Gegebenheiten vertraut sind) und die seit wenigstens drei, höchstens sechs Monaten in Wolfsburg leben.

Phase des Informationsmangels und der Desozialisation

Daß ein Neuzuzügler sich am neuen Ort in den ersten Wochen noch nicht so recht auskennt, daß er sich in den Stadtvierteln und Straßen nicht so sicher zurechtfindet wie ein länger ansässiger Stadtbewohner, und auch, daß er verschiedene Einrichtungen zunächst nicht kennt, das wäre alles ein relativ triviales Problem, denn zur Lösung dieses Problems gibt es ja eine Reihe erprobter und bewährter Mittel: vom Stadtplan über das Branchentelefonbuch über den alternativen Stadtführer bis hin zum Erlaufen und Erfragen von Informationen. Diese Orientierungsprobleme und die Lösungsversuche der Neuzuzügler gewinnen aber an Brisanz, wenn sich herausstellt, daß manche Dinge erst nach einer Reihe von Versuchen in Erfahrung zu bringen sind (welcher Heimwerkerladen hat denn nun wirklich das spezielle Material für mein Hobby...) oder nur durch Zufall oder aber auf verschlungenen Pfaden und Umwegen in Erfahrung gebracht werden. (Ich frage einen Kollegen nach einem Musiklehrer für eins meiner Kinder, und der verspricht, einen Freund in seinem Verein zu fragen, dessen Frau in der Musikschule arbeitet.)

Schwer in Erfahrung zu bringen sind – neben ganz speziellem Bedarf an bestimmten Gütern oder Dienstleistungen – Dinge und Einrichtungen, die mit einem bestimmten sozialen Milieu verbunden sind. Die Kneipe ist so ein Ort, der stark geprägt ist von dem sozialen Milieu der dort Verkehrenden. Und wenn ein Neuzuzügler die eine oder andere Kneipe entdeckt hat, die ihm äußerlich zusagt, von der Einrichtung, dem gastronomischen Angebot und der Geräuschkulisse her, gilt es für ihn herauszufinden, ob das Milieu dort für ihn das »richtige« ist, ob die Umgangsformen der Kunden untereinander, aber auch die Interaktion zwischen Bedienung und Publikum seinen

² Vgl. U. Herlyn / U. Schweitzer / W. Tessin / B. Lettko, Stadt im Wandel. Eine Wiederholungsuntersuchung der Stadt Wolfsburg nach 20 Jahren, Frankfurt 1982.

Vorstellungen und Bedürfnissen entspricht.³ Ein anderes Beispiel dafür, daß Angebot und Milieu stimmen müssen, ist der Verein: Hier wäre das (reale) Beispiel eines Neuzuzüglers zu zitieren, der einen Sportverein sucht, in dem er seine Sportart in seiner Leistungsgruppe betreiben und Leute aus etwa seiner Alters- und Familiensituation treffen kann.

In beiden genannten Beispielen ist neben der Dimension des Mangels an konkreten Informationen und des sächlichen Orientierungsbedarfs bereits die Dimension der sozialen Beziehungen angesprochen. Auch auf dieser Dimension bedeutet der Ortswechsel generell eine weitgehende Zäsur. Diese Zäsur betrifft sowohl formell geregelte soziale Beziehungen (wie das Ausüben eines bestimmten Berufs oder die Mitgliedschaft in einer Organisation) als auch primäre soziale Kontakte (zu Bekannten und Verwandten) und schließlich informelle soziale Kontakte (zu Nachbarn aus dem Wohnviertel, zu Personal in Einzelhandelsgeschäften usw.).

Das Herausfinden zahlreicher Einrichtungen und Nutzungsmöglichkeiten erfordert Informationen und Zeit und kann vom Neuzuzügler nicht vollständig in den ersten Tagen und Wochen gelöst werden. So ist zu erwarten, daß der Wandernde nach dem Ortswechsel sich um manche Dinge intensiver kümmert, im Zweifel zunächst die lebensnotwendigen Dinge regelt (Einkaufsmöglichkeiten ausfindig machen, Hausarzt finden usw.) und andere Dinge zunächst noch liegen läßt (die »Reaktivierung« im Hobbyverein hat Zeit) und erst später in Angriff nimmt. Das heißt aber auch, daß er einen Teil seiner Rollen zeitweilig suspendiert, weil er Prioritäten setzen muß. Insbesondere soziale Kontakte (über den Grußkontakt hinausgehende Nachbarschaftsbeziehungen entwickeln sich erst im Laufe der Jahre) und auch die Einbindung in ein Netz von Bekannten und Freunden erreichen erst nach längerer Zeit das »Durchschnittsniveau« des Stadtbewohners.⁴

Die zeitweilige Suspendierung einzelner Rollen, das Abschneiden von bisherigen sozialen Kontakten, das zwangsläufige Aufgeben von Gruppenzugehörigkeiten – das bedeutet, daß der Neuzugezogene eine Anfangsphase geringer Einbindung in ein örtlich gebundenes soziales Milieu zu durchleben hat. Überspitzt formuliert: Nach dem Ortswechsel befindet sich der Wandernde in einer Phase der »Desozialisation«. Diese wird am deutlichsten in der zeitweiligen und in der Regel unfreiwilligen Suspendierung einzelner Rollen. Sie zeigt sich aber auch in einer milderer Form dort, wo der Neuzugezogene zwar teilnehmen kann, aber zunächst noch Außenseiter bleibt. Es sind dies vor allem Situationen im öffentlichen und halböffentlichen Raum. Ein Beispiel ist die schon angesprochene Situation der Kneipe, die sich dem Fremden in aller Regel nicht ohne weiteres erschließt. Ein weiteres Beispiel sind öffentliche Plätze

³ Vgl. das Kapitel »Wie wird man Stammgast?«, in: F. Dröge / T. Krämer-Badoni, Die Kneipe, Frankfurt 1987.

⁴ Vgl. U. Herlyn u. a. (s. A 2), S. 171 ff.

und Parks, die bisweilen von einzelnen sozialen Gruppen oder auch Cliques als »ihr« (zeitweiliges) Territorium reklamiert werden.

Die markantesten Probleme des Ortswechslers sind umrissen. Wie gehen nun die Migranten mit den Problemen – und Chancen – des Neubeginns um? Wie bewältigen sie den Einschnitt in ihre Biographie? Und wie sieht der Einlebensprozeß, besser: wie sehen die möglichen Einlebensprozesse aus?

Die ersten Hürden am neuen Ort

Der Ortswechsel ist ganz offensichtlich für die Migranten selbst ein Thema und ein Anlaß zur Reflexion. Ein Indikator dafür ist bereits ihre hohe Auskunftsbereitschaft. Manche der Befragten bilanzieren relativ nüchtern ihre Erfahrungen zu Beginn ihres Lebens in Wolfsburg und versuchen die Bedeutung des Ortswechsels für sich abzuschätzen; bei vielen Befragten ist aber auch deutlich der Druck zu spüren, sich mitzuteilen und in der Gesprächssituation des Interviews tiefere Eindrücke der ersten Zeit am neuen Ort zu verarbeiten.

Natürlich weiß jeder Ortswechsler, daß er in eine fremde Stadt kommt, wo er vielleicht gerade erst Arbeitsplatz und Wohnung gefunden hat und sonst nichts und niemanden kennt. Er kann sich ausrechnen, daß er eine ganze Menge neuer Eindrücke von der neuen Stadt und den Menschen zu verarbeiten haben wird. Dennoch sind der Ortswechsel, der Tag des Einzugs in der neuen Wohnung, die ersten Wochen »gut« für Überraschungen; und der Neuzuzügler wird sich bewußt, daß er in eine neue Lebenssituation gekommen ist.

Der erste Eindruck in einer neuen Stadt wird häufig von städtebaulichen Aspekten bestimmt: Man hat eine neue Bühne betreten und ist gefangengenommen von der neuen Kulisse. Unter dem Blickwinkel bisheriger Wohnerschaft fällt das Urteil über die noch sehr junge und auf dem Reißbrett entstandene Stadt Wolfsburg besonders drastisch aus, wenn der Neuzuzügler vorher in einer gewachsenen, womöglich mittelalterlichen Stadt gewohnt hat. Viele sind schockiert, wenn sie das erste Mal von Süden her am Neubauviertel Westhagen mit seinen Hochhäusern vorbei in die Stadt hereinkommen. Auch entdecken sie zunächst keine Stadtmitte außer der in den letzten Jahren fertig gewordenen Einkaufszone.

Allerdings muß ein (negativer) erster Eindruck nicht auf Dauer erhalten bleiben. Ein »erfahrener Migrant«, der schon mehrere Male seinen Wohnort gewechselt hat, schränkt seine sarkastisch-ironischen Bemerkungen über den »Mittleren Westen« in Wolfsburg mit der Vorbemerkung ein, daß dem Neuzuziehenden oft Dinge auffallen, die ein paar Jahre später eindeutig an Gewicht verlieren: »Auf der einen Seite, da gibt's einen ganz merkwürdigen Effekt. Das haben wir erlebt, als wir nach Stuttgart gezogen sind. Da gibt's in Stuttgart und Umgebung so viel häßliche Ecken, die also wirklich echt häßlich sind; die einem als Zugezogener sehr stark ins Auge fallen, die man komischerweise nach zwei Jahren nicht mehr sieht... Und jetzt komm ich auf

Wolfsburg: Zum einen sah es genauso aus, wie man immer sagte: ... (unverständlich) Wüste. Also wenn Sie die – also, das nennt sich ja fast Stadtzentrum, das ist ja der Witz (!) dabei, Stadtmitte. Wenn Sie quasi an der Stadthalle langgehen – ich kenn jetzt den Namen (der Straße) nicht – und die breite Straße runtergucken, das sieht ja aus, wie, wie – Chicago, ne kann man auch nicht sagen – wie Mittlerer Westen in den USA ... Die Straße ..., da geh ich runter, sage: Aha, so hab ich mir das auch vorgestellt: Links und rechts diese Mietskasernen von, was weiß ich, von 1938 oder 1950, und dazwischen ist viel Straße und sonst nichts. Gut, das hab ich mir am Anfang, wie ich das erste Mal hierher gekommen bin, gedacht: Das sieht 'n bißchen schlimm aus. Gut, nachher siehste es nicht mehr...« (Ingenieur, 36 J.)

Die Stadt mag als Kulisse ungewohnt, auch unfreundlich erscheinen. Das muß nicht daran hindern, sich hier einzurichten. Problematischer wird der Neuanfang, wenn der Ortswechsler bei der Ankunft oder in der Anfangsphase meint, hier kein Bein auf den Boden zu bekommen.

Das Gefühl, nicht zurechtzukommen, kann sich an materiellen Dingen festmachen: Unter den zwei Dutzend Befragten der Intensivbefragung 1982 sind es zwei Frauen – eine Rentnerin und eine junge, zu der Zeit arbeitslose Lehrerin, die mit ihrem berufstätigen Mann nach Wolfsburg gezogen ist –, die im Moment des Einzugs einen psychischen Tiefpunkt erreichen. In beiden Fällen ist die neue Wohnung um einiges kleiner als die alte Wohnung und bietet nicht die Möglichkeit, sich wie »gewohnt« einzurichten.

Die Klage über eine zu kleine neue Wohnung mag begründet sein. Man darf aber vermuten, daß gerade der Umzugstag und der Einzug in die neue Wohnung den Ortswechsel drastisch bewußt und fühlbar werden lassen – der Umzugstag setzt neue Fakten, die nicht so schnell wieder revidiert werden können, – und daß bei der Klage über die neue Wohnung auch Sorgen und Ängste mitschwingen, ob man wirklich die richtige Entscheidung getroffen hat und hier so heimisch werden und sich wohl fühlen kann wie am alten Ort.

Das Gefühl, nicht zurechtzukommen, kann neben äußeren Dingen vor allem durch die soziale Isolation des Neuzuzüglers ausgelöst sein. So ist eine junge Praktikantin (Erzieherin) bei der Ankunft überwältigt von ihrer Isolation – wobei in ihrer Ankunftssituation enttäuschte Erwartungen in der sozialen Dimension und praktische Probleme sich überlagern: »Ich war natürlich nicht total begeistert, als ich hier ankam ... Das lag daran, wie ich halt hier angekommen bin. Daß man eben – auf einmal weiß man, da sollste jetzt wohnen, hier in dieser Stadt, nicht. Und dann steht man dann erst mal, alle Leute rennen an einem vorbei; man steht auch total bepackt mit seinen ganzen Sachen; irgendwie total beschissenes Gefühl: Man guckt sich um, man weiß ja nicht, was man davon halten soll. Ja, und dann kam ich hier (im Heim) an, und dann war kein Mensch da, der mir 'n Schlüssel geben konnte für die Wohnung und das Zimmer, wo ich drin wohnen sollte. Und dann konnt ich erst mal

vier Stunden (warten), da war ich echt am Boden zerstört. Man weiß, man hat jetzt hier keinen mehr, den man kennt – kriegt man auch nicht so schnelle erreicht, wenn's einem dreckig geht; die (alten Freunde) sind alle woanders. Ja, und dann kommt man hier an, und kein Mensch kümmert sich um einen – noch nicht einmal die, wo man arbeiten soll. Ja, das macht einen ganz schön fertig – also mich hat's ganz schön fertig gemacht.« (Erzieherin, 20 J.)

Das Problem der sozialen Isolation wird besonders drastisch empfunden von den Ortswechslern, die am alten Ort in eine Vielzahl von sozialen Beziehungen verflochten waren. Die genannte arbeitslose Lehrerin, die ihre neue Wohnung so sehr beengend findet, hat vorher mitten in einer Großstadt gewohnt, ist dort aufgewachsen, hat dort studiert, ist aktives Mitglied im Sportverein gewesen – und durch ihren Mann, über seine Arbeit und seine Freizeitaktivitäten, kamen etwa nocheinmal so viele soziale Beziehungen und Bekanntschaften hinzu. Die Befragte stand vorher mit beiden Beinen im Leben und ihre Wohnsituation in der Stadtmitte war so, daß sie nur »aus der Haustür zu fallen« brauchte, um Freunden zu begegnen oder bekannte Gesichter zu sehen. Jetzt sitzt sie in einer erheblich kleineren Wohnung in einem eher am Rande liegenden Stadtviertel, wo sich nichts abspielt, bietet in einem Sportverein einige Stunden in der Woche ihre Dienste als Übungsleiterin an und ist im übrigen Hausfrau (mit der vagen Aussicht, eines Tages berufstätig sein zu können). Der verzweifelten Lage entspricht die deutliche Reaktion: »Also mein erster Gedanke war, als wir hier so ein paar Wochen waren: weg hier! Drei Jahre (Referendariatszeit des Mannes), nicht länger...« (Lehrerin, arbeitslos, 25 J.)

In dem letzten Zitat wird ein weiteres Moment des Einlebensprozesses angesprochen, das vor allem in der Anfangsphase zum Tragen kommt: Die Chance sich einzulassen wird mitbeeinflusst von der Bereitschaft, sich überhaupt auf die Stadt einzulassen, die neue Situation zu akzeptieren und zu verarbeiten. Ein empirisch greifbarer – wenn auch nicht (von vornherein) eindeutig interpretierbarer – Ausdruck der Nichtbereitschaft oder doch eingeschränkten Bereitschaft, sich auf den neuen Ort einzulassen, dort ein neues Leben zu entfalten und seinen Aktionsraum zu entwickeln, kann das Festhalten mancher Migranten am alten Ort sein. Damit ist nicht das Verhalten gemeint, das für viele Migranten typisch ist, nämlich nur gelegentlich den alten Wohnort aufzusuchen, um Kontakte zu Bekannten und Verwandten weiter zu unterhalten. Gemeint ist das Festhalten in der Form, daß bestimmte Aktivitäten in der Anfangsphase ausschließlich am alten Ort stattfinden: so das Beispiel des Ehepaares, das monatelang jedes zweite Wochenende in der alten Heimatstadt ist, um zahlreiche Freunde zu sehen – und in dieser Zeit kaum Kontakte am neuen Ort aufnimmt; oder die Ortswechsler, die bestimmte, nicht zum täglichen Bedarf gehörende Güter noch längere Zeit an ihrem vorigen Wohnort einkaufen, weil sie sich dort eben auskennen, oder auch weil dort das Angebot in der einen oder anderen Branche besser ist.

Ein junger Musiklehrer kauft seine Kleider und Schuhe, seine Schallplatten und

Bücher nach wie vor in seiner Heimatstadt Bremen, wenn er etwa alle zwei Monate nach Hause fährt. Auch das Lehrerehepaar, das an den Wochenenden regelmäßig nach Osnabrück nach Hause fährt, macht oft seine Einkäufe dort; besonders bei »ihrem« Fleischer, der preiswerter anbietet als Wolfsburger Geschäfte, und wo sie auch persönlich bekannt sind. Hier ergänzen sich ökonomisches Verhalten und die Dimension sozialer Kontakte. Dieses Festhalten am alten Ort kann also – um die obige Bemerkung der nicht eindeutigen Interpretierbarkeit aufzunehmen – sowohl Zeichen einer geringen Bereitschaft sein, sich auf den neuen Ort, seine Gegebenheiten und Menschen einzulassen, als auch ein mögliches Zeichen objektiver Schwierigkeiten: Es ist dem Neuzuzügler noch nicht gelungen, bestimmte Dinge herauszufinden oder aber: bestimmte Dinge – ob im Konsumbereich oder im Bereich sozialer Beziehungen – sind tatsächlich (einstweilen) am alten Ort besser zu erreichen bzw. zu verwirklichen.

Einlebensprozesse

Aus dem vorliegenden empirischen Material der Wolfsburger Studien – wie auch anderer Studien – wird offensichtlich, daß mit dem Überwinden der ersten Hürden der Einlebensprozeß noch lange nicht abgeschlossen ist: Die Wahrscheinlichkeit, daß sich jemand am neuen Ort zu Hause fühlt und sich mit ihm identifiziert, ist bei Neuzugezogenen auch nach zwei Jahren Wohndauer noch sehr viel geringer (unter 50%) als bei der befragten Vergleichsgruppe der seit mindestens 20 Jahren in Wolfsburg Lebenden (mehr als 75%).⁵

Was gibt den seit zwei Jahrzehnten in Wolfsburg lebenden Bewohnern eine so viel deutlichere Chance, sich heimisch zu fühlen, als den erst seit zwei Jahren ansässigen Bewohnern? Heimat im volkstümlichen Verständnis, das Heimat gerne mit Herkunftsort gleichsetzt, ist Wolfsburg für beide Vergleichsgruppen nicht.

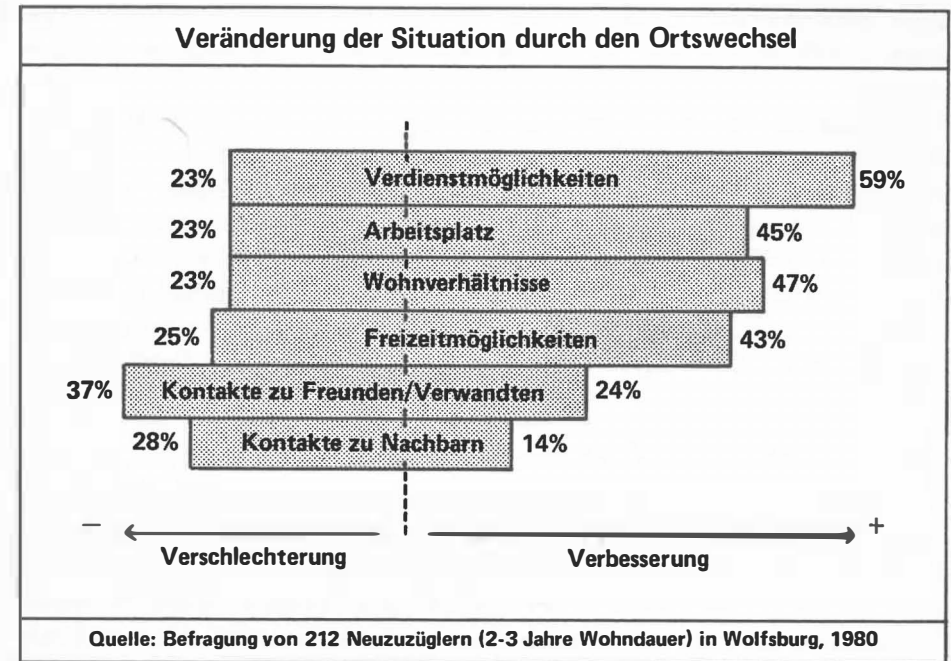
In die Diskussion des Heimatbegriffs wurde zu Beginn der 50er Jahre der Aspekt sozialer Beziehungen eingebracht.⁶ In der Tat scheint die Entwicklung sozialer Beziehungen wichtig dafür zu sein, daß Neuzuzügler am neuen Ort Wurzeln schlagen können. In der Wolfsburg-Studie der 60er Jahre stellen die Autoren fest: »Erst bei einer Anwesenheit von sechs bis zehn Jahren in Wolfsburg wird die durchschnittliche Bekannntenzahl von 2,1 erreicht.«⁷ In der 1980er Studie wird der durchschnittliche Bekannntenzahl bereits nach zwei bis drei Jahren Wohndauer erreicht.

Immerhin: es ist offenbar nach wie vor eine Frage von ein paar Jahren, bis Neuzuzügler ihre sozialen Kontakte geknüpft haben. In der 1980er-Befragung wird der Bereich sozialer Kontakte von Neuzuzüglern am ehesten als Problembereich

⁵ Ebda., S. 234.

⁶ W. Brepohl, Die Heimat als Beziehungsfeld, in: Soziale Welt 4 (1952/53), S. 12 ff.

⁷ M. Schwonke / U. Herlyn (s. A 1), S. 130.



eingestuft. Während in allen anderen Bereichen – Freizeitbereich, Wohnverhältnisse, Arbeitsplatz und Verdienstmöglichkeit – die Mehrzahl der Neuzuzügler die materiellen Voraussetzungen durch den Umzug verbessert findet, werden die Kontakte zu Nachbarn ebenso wie zu Freunden oder Verwandten am neuen Ort überwiegend schlechter als am alten Wohnort beurteilt. Heimat lediglich mit den empirisch ermittelbaren sozialen Kontakten wie Bekanntschaft oder Nachbarschaft zu verbinden, scheint jedoch etwas kurz gegriffen zu sein. Umfassender läßt sich Heimat verstehen als »Satisfaktionsraum«, in dem der einzelne seine Aktivitäten entfalten und Identität gewinnen kann.⁸ »Wenn Menschen sich den quasi alltäglich benutzten Raum eines Ortes erobert, verfügbar gemacht, angeeignet haben, dann kann Heimat im umfänglichen und ungeteilten Sinn als soziale und räumliche Verortung des einzelnen bzw. der Gruppe entstehen.«⁹

Die Untersuchung des Einlebensprozesses als Entwickeln von Handlungsmöglichkeiten in verschiedenen Lebensbereichen hat vor allem den Vorteil, daß sich Querbezüge und Entstehungsbedingungen verschiedener Handlungsbereiche sichtbar machen lassen. Dabei sind nach wie vor Sozialkontakte von besonderem Interesse,

⁸ I. M. Greverus, Auf der Suche nach Heimat, München 1979.

⁹ U. Herlyn u. a. (s. A 2), S. 231.

nicht nur, weil sie der vielleicht wichtigste Indikator für lokale Identität sind, sondern auch, weil sie oft den »Kitt« oder das Bindeglied zwischen verschiedenen Bereichen darstellen.

Das Sich-Einleben in einer fremden Stadt geht in den verschiedenen Bereichen – Wohnung, Arbeit, Konsum, Freizeit, Nutzung öffentlicher Einrichtungen, Aufnahme sozialer Kontakte – idealtypisch gesehen parallel vonstatten. Idealtypisch deshalb, weil doch der eine oder andere Bereich bei den meisten Menschen Priorität genießt und andere hintenangestellt werden. Die Handlungsfelder entwickeln sich – beim Neuzugezogenen wie beim Alteingesessenen – aber nicht isoliert nebeneinander her, sondern es ergeben sich Querbezüge zwischen ihnen, in der Regel zufällig, manchmal auch bewußt gesucht oder geplant. Man könnte von kalkulierbarem Zufall sprechen.

Der Arbeitsbereich als Ausgangspunkt

Es liegt für Neuzuzügler nahe, daß der Bereich Arbeit den Startpunkt des Lebens am neuen Ort bildet. (In den meisten Fällen ist der Arbeitsplatz der Grund für den Ortswechsel, der Aspekt sozialer Beziehungen spielt eine sehr viel geringere Rolle als Motiv, und Freizeitmöglichkeiten des neuen Wohnorts können von den Ortswechslern höchstens mitberücksichtigt werden.) Dennoch ist es beeindruckend, auf welchen Ebenen Einflüsse aus dem Bereich Arbeit sichtbar werden.

Das beginnt damit, daß es Berufe gibt, die den Neuzuzügler leicht vertraut werden lassen mit der Stadt: Unter den Befragten sind es ein Taxifahrer und ein Polizist, die »viel herumkommen«, ebenso wie ein Monteur oder auch ein Bankkaufmann im Außendienst. Daß man sich von Arbeitskollegen über Einkaufsmöglichkeiten informieren läßt, erscheint vielleicht trivial. Bemerkenswert ist dagegen, daß Arbeitskollegen auch sehr bald als gute Informanten angesehen werden, wenn es um Dienstleistungen mit Vertrauensbedarf geht – insbesondere um Zahnärzte und Ärzte. Wie sehr hier Vertrauen gefragt ist, zeigt sich an der nicht geringen Zahl von Ortswechslern, die auch nach dem Umzug monate-, jahrelang noch den Zahnarzt am alten Ort aufsuchen.

Eng und schillernd zugleich ist der Zusammenhang zwischen Arbeit und Freizeit. Auf der einen Seite schränken die Bedingungen des Arbeitslebens das Engagement im Freizeitbereich ein: Wenn die zeitlichen und/oder physischen Arbeitsbelastungen sehr hoch oder die Arbeitszeiten ungünstig sind (Schichtarbeit) oder auch, wenn die berufliche Perspektive unsicher ist und damit auch unklar wird, ob die neue Stadt auf längere Sicht Wohnort bleiben wird. Auf der anderen Seite gibt es zahlreiche positive Zusammenhänge zwischen den Bereichen Arbeit und Freizeit. Da ist der Lehrer, der sich einmal in der Woche mit seinen Kollegen zum Sport trifft. Da ist der VW-Ingenieur, der von einem Kollegen für den Jazz-Verein geworben wird, oder die Röntgen-Assistentin, die mit einem Kollegen den Schützenverein besucht. Und da ist

der Psychologe in der Drogenberatung, der ein Stück weit Arbeit und Freizeit verbindet und den Besuch in der Diskothek auch dafür nutzt, den Kontakt mit seinen Klienten zu pflegen.

Ambivalent sind die Auswirkungen, die der Bereich Arbeit für einen Großteil der Arbeitnehmer im Volkswagenwerk auf andere Lebensbereiche ausübt. Auf der einen Seite beeinträchtigt die Schichtarbeit – bei VW heißt das für die meisten Arbeitnehmer wöchentlicher Wechsel zwischen Früh- und Spätschicht – eindeutig die Chancen in der Freizeit. In der Spätschichtwoche ist die Teilnahme an Abendveranstaltungen unmöglich. Aber auch in der Frühschichtwoche sind längere abendliche Unternehmungen schwer zu verkraften. Auf der anderen Seite sind die Kontakte am Arbeitsplatz häufig Ausgangspunkt für gemeinsame Aktivitäten in der Freizeit und für private soziale Beziehungen. Die Fortsetzung des betrieblichen Kontakts im privaten Bereich reicht dabei vom gemeinsamen Noch-ein-Bier-trinken-Gehen nach der Arbeit bis zu gegenseitigen Hilfeleistungen im Haushalt, bei Reparaturen, Renovierungen oder Installationen – gerade für Neuzuziehende eine wichtige Chance, Hilfe zu erhalten.

Schließlich ist die Verbindung zwischen Arbeit und Freizeit sehr eng, wenn jemand aus derselben Neigung seinen Beruf ergreift und sein privates Hobby betreibt – wie der Musiklehrer, der sich in der Freizeit als Jazzgitarrist betätigt. Sein Arbeitsplatz ist Ausgangspunkt für Freizeitaktivitäten ebenso wie für soziale Kontakte. Seinen Anfang beschreibt er so: »Mich hat's gestört ... , daß diese Stadt irgendwo keinen Stil hat. Andererseits war ich dann mal in der Musikschule. An der Musikschule ist auch das Wolfsburg-Kolleg untergebracht, im Moment ... Da sah ich da die ganzen Leute rumhängen, ... da war halt die Szene von Wolfsburg, so ungefähr. Also insofern war ich dann doch wieder 'n bißchen ganz gut drauf. Daß ich dachte: es gibt auch hier noch vernünftige Leute oder so.« (Musiklehrer, 23 J.) In dieser Szene lernt er auch seine Freundin kennen. In der Schule macht er die Bekanntschaft einer Kollegin, findet bei ihr vorübergehend Quartier, es entwickelt sich eine dauerhafte Freundschaft mit ihr und ihren Kindern. Ein anderer Kollege vermittelt ihm Kontakt zu einer Gruppe von jungen Musikern, wo er eine Weile als Gitarrist mitspielt; dann tut er sich mit einem Saxophonisten zusammen, der auch an der Musikschule unterrichtet. Bei einem Musikschulfest und bei anderen Veranstaltungen in der Stadt schließt er neue Bekanntschaften.

Ein letztes Detail der Geschichte dieses Neuzuzüglers verdient Erwähnung: der Zusammenhang zwischen Arbeitssphäre und Politik. An der Musikschule wird auf Lehrerkonferenzen auch städtische Haushaltspolitik angesprochen und der junge Musiklehrer erhält Einblick in kommunalpolitische Zusammenhänge.

Sicherlich ist das Beispiel des Musiklehrers nicht repräsentativ für die Stadt der VW-Arbeiter, es zeigt aber besonders plastisch die Verquickung verschiedener Lebensbereiche wie Arbeit, Freizeit, soziale Kontakte, Wohnen, Politik – und in diesem

Fall sehr deutlich: das Berufsfeld als Ausgangspunkt für die Entfaltung in anderen Handlungsfeldern.

Der Bereich Arbeit ist nicht nur häufig Ausgangspunkt für gemeinsame Freizeitaktivitäten und soziale Kontakte, sondern es gibt auch »Rückkoppelungseffekte« wie: die einmal am Arbeitsplatz entstandenen und in der Freizeit weiterentwickelten sozialen Kontakte wirken sich wieder positiv auf das Betriebsklima aus – ein in der Arbeitssoziologie bekanntes Phänomen. Ein Angestellter im VW-Werk beschreibt die gemeinsamen Freizeitaktivitäten seiner schon länger im Werk arbeitenden Kollegen: gegenseitige private Besuche, gemeinsame Ausflüge, gemeinsame Besuche von Sportveranstaltungen. Die Auswirkungen auf die Atmosphäre am Arbeitsplatz sind in seinen Worten: »Da ist natürlich die Stimmung hervorragend in so einem Laden, nicht. Und das macht eben Spaß, wenn man da morgens hingehet. Da ist nicht so eine Wand: öh, schon wieder hin. Sondern man sagt: Okay, Arbeit muß sein; und die Kollegen sind auch ganz nett; gehen wir also heute wieder hin.« (Ing., 26. J.)

Freizeitsphäre

Wie es einem Neuzuzügler in Wolfsburg gelingt, seine Freizeitaktivitäten zu entfalten und im Freizeitbereich Fuß zu fassen, hängt vor allem von den drei Faktoren Freizeitbedingungen in der Stadt, Lebensstil und bisheriges Freizeitverhalten des einzelnen Neuzuzüglers sowie von der Art, wie der Neuzuzügler mit bestimmten Anfangsproblemen umgeht, ab.

Mit materieller Infrastruktur im Freizeitbereich ist Wolfsburg gut versorgt; das gilt in den Bereichen, die kommunal organisiert und finanziert werden: Wolfsburgs Angebot im Sportbereich und im Freizeit- und Bildungsbereich ist im Vergleich zu anderen niedersächsischen Städten ausgesprochen gut. Einen Mangel gibt es dagegen an kommerziell bzw. privatwirtschaftlich organisierten Einrichtungen, insbesondere Cafes und Lokalen,¹⁰ ein Mangel, der auch von den Bürgern so konstatiert wird. Hand in Hand damit geht die Klage über mangelnde Atmosphäre in der Stadt. Besonders deutlich wird diese Kritik gerade bei den Neuzuzüglern, die die junge Stadt Wolfsburg auf dem Hintergrund ihrer Wohnenerfahrungen in älteren, gewachsenen Städten beurteilen.

Im konkreten Freizeitverhalten gibt es Bereiche, in denen es offensichtlich keine Rolle spielt, wie lange jemand die Verhältnisse am Ort schon kennt. Im Besuch von Theater, Kino oder Festveranstaltungen stehen die Neuzuzügler den schon lange ansässigen Wolfsburgern nicht nach. Auch Wassersportmöglichkeiten nehmen sie genauso häufig wahr. In diesen Bereichen ist offensichtlich der Zugang auch für einen Fremden nicht problematisch.

¹⁰ Ebda., S. 190 f.

Deutlich weniger aktiv sind Neuzuzügler dagegen in solchen Freizeitbereichen, die einen gewissen Informationsstand über lokale Gegebenheiten und ein Mindestmaß an sozialen Kontakten voraussetzen. Das zeigt sich am selteneren Lokalbesuch von Neuzuzüglern ebenso (viele Lokalbesuche spielen sich als soziales Ereignis zusammen mit Freunden und Kollegen ab) wie noch deutlicher im unterschiedlichen Zugang zu Vereinen: Jeder zweite der 20 Jahre und älter in Wolfsburg Wohnenden (Panel-Befragten wie auch in Wolfsburg gebürtigen Befragten) ist nach der 1980er Befragung Mitglied in einem Verein; von den Neuzuzüglern ist es nur jeder vierte, der innerhalb von zwei bis drei Jahren Wohndauer Zugang zu einem Verein gefunden hat. »Dieses Muster einer ›Karenzzeit‹ vor einer Mitgliedschaft läßt sich im übrigen auch zurückverfolgen in den Daten der 60er Befragung ...«¹¹

Eine Sportlehrerin gesteht, aufgrund geringer Informationen Bedenken zu haben, in einem Sportverein mitzumachen: »Vielleicht hat man auch ein bißchen noch Hemmungen. Wenn man da in einen Verein geht – meistens sind das dann Leistungsgruppen. Und ich weiß nicht, welche Gruppe ist richtig für mich; vielleicht mal 'n bißchen Volleyball spielen, so zum Spaß. Und dann steht nun in den Zeitungen von den und den Leistungsgruppen, und dann (haben wir) Hemmungen, da hinzugehen.« (Referendarin, 29 J.)

Auf der anderen Seite gibt es einige unter den befragten Neuzuzüglern, die, gerade weil sie die relative soziale Isolation der Anfangszeit am neuen Ort sehen, von vornherein fest entschlossen sind, in einen Verein zu gehen. Den Vereinsbeitritt sehen sie bewußt als Mittel, soziale Kontakte zu knüpfen, und das gelingt ihnen zumeist auch.

Freizeitaktivitäten jedoch, die zumindest jüngere Leute gerne in Gesellschaft unternehmen, stellen viele Neuzuzügler angesichts fehlender sozialer Kontakte noch einige Zeit zurück. Auch auf indirekte Weise können sich noch fehlende soziale Kontakte für eine bestimmte Gruppe von Neuzuzüglern als Hemmnis vor Freizeitaktivitäten herausstellen: Junge Eltern, die neu in der Stadt sind, haben oft noch nicht die Bekannten zum Babysitten gefunden und verzichten deshalb einstweilen auf Freizeitaktivitäten außer Haus.

Den meisten Neuzuzüglern gelingt es immerhin, in mittlerer Frist ihre Freizeitaktivitäten am neuen Ort zu entfalten. Gegen Ende des ersten Jahres am neuen Ort haben sie die ihnen am wichtigsten erscheinenden Freizeitaktivitäten in Wolfsburg aufgenommen. Etwa zu diesem Zeitpunkt haben sie sich auch von noch bestehenden Bindungen an die Freizeitsphäre am alten Wohnort gelöst.

¹¹ Ebda., S. 200.

¹² R. C. Hanson / O. G. Simmons, The Role Path Concept and Procedure for Studying Migration to Urban Communities, in: Human Organization 27 (1968), S. 152 ff.

Die Situation des Neuzuzüglers in Wolfsburg

Die Stadt Wolfsburg ist durch zwei Eigenschaften besonders gekennzeichnet und bietet insofern ihren Bewohnern – den alteingesessenen ebenso wie den neuzugezogenen – besondere Lebensbedingungen: Zum einen bestimmt das Volkswagenwerk mit seinen Arbeitszeiten den Lebensrhythmus der Stadt. Der gemeinsame Arbeitsplatz vieler Wolfsburgener schafft zugleich die Basis für Kontakte und Solidarität. Das alles überragende gemeinsame Thema Auto hat aber auch Grenzen: Daß sich in der Arbeit und in der Freizeit, in der Produktion wie im Konsum (für viele Werksangehörige: der alljährliche Kauf eines neuen Wagens und der Verkauf des Jahreswagens) zwar nicht alles, aber doch sehr viel um das Auto dreht, wird von manchen Stadtbewohnern auch als beengend empfunden. Der Arbeitsmarkt außerhalb »des Werkes« ist eng begrenzt.¹³ Und das Thema Auto ist, so scheint es, selbst in der privaten Kommunikation nicht leicht an den Rand zu drängen.

Die zweite besondere Lebensbedingung, die die Stadt Wolfsburg ihren Bewohnern bietet, ist ihre Struktur. Von der Anlage her ist die Stadt großräumig, autogerecht, mit Freiräumen gut ausgestattet. Die Besiedlung ist gekennzeichnet vor allem durch die Planungen der 50er und 60er Jahre, in denen zahlreiche in sich geschlossene kleinere Stadtviertel entstanden sind. Das Ergebnis ist vor allem: Mietwohnungsbau in suburbanem Milieu. Die Wichtigkeit einer funktionierenden urbanen Stadtmitte wurde zwar schon in den 60er Jahren erkannt, die Ausgestaltung der Stadtmitte aber erst in den 70er Jahren vorangetrieben.¹⁴

Die für eine Stadt dieser Größe zunächst relativ geringe Bedeutung der Stadtmitte und die relativ geringe Bevölkerungsdichte in der Innenstadt führten möglicherweise zu einer geringeren Dichte der Kommunikation. Die Chancen, verschiedene Lebensbereiche miteinander zu verknüpfen und Netze sozialer Beziehungen zu etablieren, wurden durch die Stadtstruktur in der Vergangenheit zumindest nicht gefördert. (Dies mag zum Teil durch den gemeinsamen Arbeitsplatz vieler Stadtbewohner kompensiert sein.) Dieses Manko wurde heute mit den stärker entwickelten Innenstadtfunktionen zumindest teilweise ausgeglichen. Wieweit es der Stadt gelingt, den in den bisherigen Untersuchungen auch konstatierten Mangel an Atmosphäre auszugleichen und eigene Atmosphäre auszustrahlen, bleibt weiter offen.

Unabhängig von der besonderen Situation der Stadt Wolfsburg läßt sich generell feststellen: Die Chancen zu lokaler Identifikation mit dem neuen Ort steigen proportional zu der Aufenthaltsdauer und der damit verbundenen Entfaltung von Handlungsmöglichkeiten und dem Erfahren von vielen Einzelheiten und Vorgängen des Lebens in der neuen Stadt. Lokale Identifikation scheint auf der Verknüpfung von Lebenslauf und Stadtgeschichte zu beruhen, hat aber genau dort auch ihre Grenze:

¹³ U. Herlyn u. a. (s. A 2), S. 124.

¹⁴ Ebda., S. 99 f.

Wer die eine oder andere wichtige Phase seines Lebens an einem anderen Ort oder an mehreren anderen Orten verbracht hat, für den bleiben diese Orte wichtige Lebensstationen; und die Beziehung zu diesen Orten bleibt Teil der persönlichen Identität des Ortswechslers. Die lokale Identität eines Ortswechslers wird stets mehrere Orte umfassen.

Die äußeren Gestaltungen des Zusammenlebens, wie sie durch Wesenwillen und Gemeinschaft gegeben sind, wurden unterschieden als Haus, Dorf und Stadt. Diese sind die bleibenden Typen des realen und historischen Lebens überhaupt. Auch in entwickelter Gesellschaft, wie in den anfänglichen und mittleren Zeiten, wohnen die Menschen auf diese verschiedenen Arten zusammen. Die Stadt ist die höchste, nämlich komplizierteste Gestaltung menschlichen Zusammenlebens überhaupt. Ihr ist mit dem Dorfe die lokale Struktur gemein, im Gegensatz zur familiären des Hauses. Aber beide behalten viele Merkmale der Familie, das Dorf mehrere, die Stadt mindere. Erst wenn die Stadt sich zur Großstadt entwickelt, verliert sie diese fast gänzlich, die vereinzelt Personen oder doch Familien stehen einander gegenüber und haben ihren gemeinsamen Ort nur als zufällige und gewählte Wohnstätte.

Ferdinand Tönnies, *Gemeinschaft und Gesellschaft. Grundbegriffe der reinen Soziologie* (Neudruck 1970), S. 245 f.

Autoren

JÜRGEN FRIEDRICHS, geb. 1938, studierte in Berlin und Hamburg Soziologie, Psychologie und Philosophie. Er promovierte 1968 in Hamburg, wurde dort Assistent und hat gegenwärtig an der Universität Hamburg einen Lehrstuhl für Allgemeine Soziologie und Stadtforschung; er ist auch Leiter der Forschungsstelle Vergleichende Stadtforschung. Forschungen und Veröffentlichungen u. a. zu Methoden der Sozialforschung, Akzeptanz neuer Technologien, Stadtentwicklungen in West- und Osteuropa und den USA, zur Sozialökologie und Theorie der Stadtentwicklung.

ULFERT HERLYN (1936) studierte Soziologie in Göttingen, Köln und Berlin. Von 1963–1973 wiss. Mitarbeiter am Soziologischen Seminar der Universität Göttingen; dort Habilitation (1973). Ab 1974 Professor für Planungsbezogene Soziologie an der Universität Hannover. 1980 bis 1982 Vorsitzender der Sektion für Stadt- und Regionalsoziologie in der Deutschen Gesellschaft für Soziologie. Neuere Buchveröffentlichungen: Wohnverhältnisse in der Bundesrepublik (zusammen mit I. Herlyn), ²1983; Neubausiedlungen der 20er und 60er Jahre (zusammen mit A. v. Saldern und W. Tessin), 1987; Lebenslauf, Wohnungs- und Stadtstruktur, 1988.

DIETRICH KAUTT hat an der TU Berlin Architektur, Städtebau und Wirtschaftswissenschaften studiert und war nach Abschluß des Referendariats als Regierungsbaumeister in Bietigheim und Biberach mit Planungsaufgaben betraut. Von 1982 bis 1984 Leiter des Stadtplanungsamtes in Bremerhaven. Promotion bei Jürgen Paul in Tübingen mit einer Arbeit über »Wolfsburg im Wandel städtebaulicher Leitbilder«. Seit 1984 Bürgermeister in Schondorf. Zahlreiche Veröffentlichungen in den Bereichen Städtebau (ideologie) und Altstadtgestaltung.

KARL-DIETER KEIM, geb. 1939. Studium der Soziologie, Politischen Wissenschaften und des Öffentlichen Rechts. Promotion. Von 1970 bis 1982 wissenschaftliche Mitarbeiter am Deutschen Institut für Urbanistik in Berlin. Er wurde 1982 zum Professor für Sozialplanung an der Universität Bamberg berufen. Zahlreiche Veröffentlichungen im Bereich der Stadtsoziologie und der Sozialplanung; zuletzt: Macht, Gewalt und Verstädterung, 1985; Wege zur Sozialplanung, 1985 zusammen mit L. Vaskovics.

VOLKER KIRCHBERG, geb. 1956, studierte in Hamburg Soziologie, Psychologie, Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Volkswirtschaftslehre und Sozialpädagogik. Er schloß das Studium 1985 als Diplom-Soziologe ab und ist seitdem Mitarbeiter der Forschungsstelle Vergleichende Stadtforschung. Forschungsschwerpunkte: Stadtteilanalyse, Politische Partizipation, Stadtentwicklungen, Stadt und Kultur.

ULRICH SCHWEITZER, geb. 1948, 1972 Diplom in Soziologie an der Universität Bielefeld, war ab 1973 als wissenschaftlicher Mitarbeiter bei Prognos (Basel) und Infas (Bad Godesberg) an zahlreichen Stadtforschungsprojekten beteiligt (Sozialplanung in Sanierungsgebieten, Wohnungsmarktstudien, Infrastrukturuntersuchungen). Von 1979 bis 1982 wirkte er an der stadtsoziologischen Studie über Wolfsburg mit – durchgeführt an der Universität Hannover unter Leitung von U. Herlyn. Im Anschluß an das Projekt untersuchte er den Einlebensprozeß von Neuzuzüglern (Veröffentlichung geplant). Zur Zeit nimmt er im Kreis Mettmann Planungsaufgaben (Altenplan) wahr.

WULF TESSIN, geb. 1945, studierte Soziologie und Städtebau in München. Nach Abschluß des

Studiums wissenschaftlicher Mitarbeiter am Soziologischen Seminar der Universität Göttingen und Hochschulassistent am Lehrstuhl für Planungstheorie an der RWTH in Aachen. 1987 Promotion. Seit 1987 Akademischer Rat für Planungsbezogene Soziologie an der Universität

Hannover. 1985 Habilitation im Fach Siedlungssoziologie. Zahlreiche Veröffentlichungen im Bereich Stadtentwicklung, Stadterneuerung, Stadt-Umland-Politik und städtische Freiraumplanung.

Besprechungen

NORBERT HUSE (Hrsg.), *Denkmalpflege. Deutsche Texte aus drei Jahrhunderten*, München: C. H. Beck 1984, 256 S., 22 Abb., brosch. DM 39,50.

Verspätet kommt ein Buch zur Anzeige, das eine Lücke ausfüllt: Eine Geschichte der deutschen Denkmalpflege im ganzen Zusammenhang gibt es bis heute nicht, und die dringende Möglichkeit zur Selbstbefragung war bislang so gut wie gar nicht gegeben. In Titel und Umschlag ist eine Textsammlung angekündigt. In Wirklichkeit ist es, so jedenfalls sagt und verfährt Vf., eine Zitatsammlung. Vf. bringt in 9 Kapiteln (die stark essayistischen »Italienischen Präludien« hat Rez. dazugezählt) je eine umfangliche Einleitung und in Kleindruck, wie Vf. sagt, »Zitate« dazu. Hätte Vf. diese oft über mehrere Seiten reichenden »Zitate« als das behandelt, was sie sein sollten, nämlich Texte, wäre der Leser im technisch-methodischen Sinne besser bedient. Rez. hält das durchgehend praktizierte Prinzip der Kürzungen und Auslassungen der Originaltexte für unangebracht. Es gibt (hoffentlich) eine Reihe von Lesern, die den Text in einem historisch-kritisch ernstzunehmenden Sinne haben müssen, und das kann eben nur der Originalwortlaut sein. Statt dessen haben wir hier »Texte«, für die Vf. entschieden hat, was wichtig ist und nicht.

Dem kritisch mit diesen Auszügen arbeitenden Benutzer bleibt also nichts anderes übrig, als sich die Originale zu beschaffen. Aber so leicht wird ihm das hier gar nicht gemacht. Er wird hoffentlich bald erkennen, daß sich der Verweis auf den jeweiligen Originalstandort des einzelnen »Tex-

tes« in den Anmerkungen zu den einzelnen, oft bis zur Hälfte vom Kommentar des Vfs. bestrittenen Kapiteln befindet. Es wäre ein leichtes gewesen, klar und direkt anzugeben, wo das Original jeweils zum erstenmal abgedruckt worden ist. Statt dessen findet man einen Auszug aus Riegls Beisteuer »Neue Strömungen in der Denkmalpflege« vorne mit der Jahreszahl 1906, hinten mit dem Vermerk »Zitat nach Riegl 1906«. Den hat man im Literaturverzeichnis zu suchen; dort gibt es aber nur einen Riegl 1905. Ist das der Text? Oder ist's ein anderer? S. 171 ff. finden sich Auszüge aus Dvořáks Einleitung zum ersten Band der Österreichischen Kunsttopographie von 1907. Sucht man nach der genauen Angabe des Fundorts, ist man S. 247 auf den Vermerk angewiesen: »Zitat nach Österr. Zeitschr. f. Kunst und Denkmalpflege 1974, 105, 109 ff.« Es gibt Dutzende solcher (und viel komplizierterer) Beispiele. Ob Vf. nicht gut daran getan hätte, einen Historiker für diesen Teil seiner Arbeit heranzuziehen? Dann wäre nicht nur eine ernstzunehmende Quellensammlung entstanden, sondern auch ein elementares Ereignis realisiert worden, das Gespräch nämlich zwischen dem Denkmalpfleger und dem Historiker.

S. 23 ff. kommen Auszüge aus Goethes bekanntem Essay »Von deutscher Baukunst« zu Wort, mit dem rührenden Fundortvermerk »Zitat nach Goethe, Bd. 33, 6f.«. Nichts weiter. Jetzt soll einer suchen, welche von den hundert Goethe-Ausgaben gemeint ist. Der Aufsatz ist übrigens nicht eine der zahllosen Ungenauigkeiten des Bandes, wie S. 23 angegeben 1771, sondern im November 1772 in Frankfurt anonym

erschienen und 1773 dann in Herders Sammlung »Von deutscher Art und Kunst« aufgenommen worden. Vf. bemerkt fügt in Einführung an: »Ob Goethes Text den Beginn der deutschen Denkmalpflege markiert, wie manche meinen, sei dahingestellt.«

Wir glauben, in einem Buch, das der Geschichte und Entwicklung der deutschen Denkmalpflege gilt, hätte ganz entschieden zu dieser Frage Stellung genommen werden müssen. Tatsächlich bringt Vf. keinen älteren Text, das wäre doch wohl schon eine Antwort. Aber es kann im Ernst nicht angenommen werden, mit diesem Traktat, in dem nur vom Sehen die Rede ist, aber nicht vom Konservieren oder verbis expressis gar von Denkmalpflege, hebe hierzulande die Denkmalpflege an. Sie hat ihre geistigen Wurzeln spätestens dort zu suchen, wo mit dem Einsetzen einer spezifischen Landschaftsmalerei auch der Sinn für die Individualität des Umlandes erwacht, wo mit Humanismus und Renaissance die »nationalen« Denkmäler und Zeichen ihren besonderen Stellenwert bekommen. Unter landesherrlich-feudalen Auspizien ist diese repräsentative Denkmalpflege dann im 17. und 18. Jahrhundert weitergeführt worden, Friedrich Mielke hat 1981 in dieser Zeitschrift in einem grundlegenden Aufsatz über »Preußische Monarchen und ihre denkmalpflegerischen Ambitionen« darüber gehandelt. Vf. hat diese Abhandlung ebenso wenig zur Kenntnis genommen wie Mielkes bereits 1975 in dieser Zeitschrift erschienene Beisteuer »Zur Genesis der Kunstdenkmäler-Inventarisierung«. Der Aufsatz gilt einem Nebenthema von Denkmalpflege, dem Vf. für das 19. Jahrhundert und 20. Jahrhundert aber alle Aufmerksamkeit geschenkt hat.

Es ist klar, daß einer Textsammlung mit dem Hinweis, was da noch alles hätte hineingehört, immer am Zeug geflickt werden kann. Vf. hat ausgewählt; das war unumgänglich und richtig so. Dann freilich gälte es, der Wertkategorien für diese Auswahl auch ansichtig zu werden. Und ebenda wird es schwierig und schließlich überhaupt unverständlich. Rez. meint, für die Gründerzeit hätte man sich nicht nur auf die gewissermaßen personalen Varianten von Denkmalpflege (Riegl, Dehio usw., warum übrigens nicht den

praktizierenden Bodo Ehardt?) beschränken, sondern auch grundsätzliche Vorstöße wagen sollen. 1878 hat Max Schasler ein Buch »Über moderne Denkmalswuth« erscheinen lassen und dabei doch sehr grundsätzlich auch Fragen des Denkmalschutzes angesprochen: Der Historismus einerseits und die schnöde Kunstkommerzialisierung andererseits führten zu einer Depravation der Kunst. Man baue Museen und lege die größten Sammlungen an, ohne dabei zu fragen, »welche Wirkung auf ihre Seelenbildung« die Volksmasse davon empfangt. Man lebe in einer Zeit »krankhaften Eifers« und »impotenten Epigonthums«. Sollte derlei – damals in Nietzsche gipfelnde – Kritik nicht etwas mit dem Denkmalpflege-Gedanken zu tun haben?

Im Dritten Reich ist die Denkmalpflege in gleicher Weise mißbraucht und gebeutelt worden wie die Biologie oder die Geschichtswissenschaft oder die Rassenkunde. Jetzt sprach man von »Stadtgesundheit« (wie man heute von »Stadt-sanierung« spricht) und von »Gefüge-Sanierung« (wie man heute von Ensemblesanierung spricht). Der entscheidende Schritt von der feudalen, noch immer von einer künstlerisch-ästhetischen Wertkategorie ausgehenden Denkmalpflege zu einer gesellschaftlich relevanten Denkmalpflege ist im Dritten Reich getan worden. Jetzt ist Denkmalpflege (wie heute selbstverständlich) Teil der Stadtentwicklung; jetzt erhält sie planerischen und projektiven Charakter, mit der freilich schlimmen Prämisse, daß Geschichte (und Denkmäler) den Segnungen einer bestimmten Ideologie zu dienen hätten. Vf. hat diese Entwicklungsstufe der deutschen Denkmalpflege unverständlicherweise ganz ausgeklammert. Es hätte eine Fülle von Textmaterial dafür zur Verfügung gestanden.

Stuttgart

Otto Borst

CORD MECKSEPER / HARALD SIEBENMORGEN (Hrsg.), *Die alte Stadt: Denkmal oder Lebensraum? Die Sicht der mittelalterlichen Stadtarchitektur im 19. und 20. Jahrhundert*, Göttingen: Van-

denhoeck & Ruprecht 1985 (*Kleine Vandenhoeck-Reihe*, Bd. 1508), 186 S., 44 Abb., DM 21,80.

Die sechs Beiträge dieses schmalen, aber überaus inhaltsreichen Bandes sind hervorgegangen aus einer Vortragsreihe, die im Winter 1983/84 in den Städten Braunschweig und Hannover abgehalten wurde. Anlaß waren die Vorbereitungen für die Landesausstellung Niedersachsen »Stadt im Wandel. Kunst und Kultur des Bürgertums in Norddeutschland 1150–1650«, die 1985 in Braunschweig stattfand und deren vierbändiger Katalog in dieser Zeitschrift ausführlich besprochen wurde. Angesichts der weithin erschöpfenden Behandlung des Ausstellungsthemas sowohl in der Ausstellung selbst wie in den beiden Aufsatzbänden des Kataloges war es ein glücklicher Einfall der Veranstalter, die Vortragsreihe nicht weiteren Aspekten der norddeutschen Stadtgeschichte zu widmen, sondern der Art und Weise, »wie mittelalterliche Stadtarchitektur von der Romantik bis heute gesehen und beurteilt wurde«. Unversehens – oder mit Absicht? – erhält damit auch der »fachfremde« Leser eine Lektion, daß und in welchem Ausmaß der Umgang mit der überkommenen Substanz durch historische und ideologische Unterschiede und Wandlungen geprägt ist, und daß daher auch manche der Streit- und Glaubensfragen, die heute den Denkmalschutz und die Stadtbildpflege beherrschen, wieder von der Bühne abtreten werden – allerdings nicht ohne ebenso deutliche Spuren in unseren Städten hinterlassen zu haben wie ihre Vorgänger.

Der Band beginnt mit einem kulturpolitisch orientierten Beitrag von Hermann Glaser, »Um eine Stadt von innen bittend«, der, mit Jean Paul beginnend, die Thesen der neueren Großstadt-, Städtebau- und Konsumkritik aufnimmt und Stadtplanung als Teil einer ästhetisch, sozial und sozialpädagogisch ausgerichteten kommunalen Kulturpolitik begreifen will. Der Stadtplaner, der »mit Generalpose die Baumassen hin und her bewegt«, soll abgelöst werden durch – und hiermit soll wohl ein weiterer Bogen zu der Romantik, die die Veranstalter im Auge hatten, geschla-

gen werden – einen »Planungs-poeten«, die Stadt als Profitopolis durch die Stadt als Ort »vergnügender Vielsamkeit«, als »angenehmes Gehäuse fürs Heimischsein, als Zuwachs für Wahrnehmungen und Erfahrungen, Lernen und Bildung« – als Metropolis ...

Es folgt eine ungemein kenntnisreiche und genaue historisch-kritische Analyse des kunsthistorischen und kunsttheoretischen Werkes von Viollet-le-Duc von Monika Steinhauser. Hier wird deutlich, in welchem Ausmaß das leidenschaftliche Bekenntnis zu einer neuen technischen Rationalität und demokratischen Vernunft die Sicht einer längst abgeschlossen geglaubten Epoche wie der Gotik verändern kann, in welchem Ausmaß auch die daraus gewonnenen Erkenntnisse ganz unmittelbar in die theoretische Grundlegung eines durch und durch modernen Stils – Stil, genauer: »style« verstanden als »material- und konstruktionsgerechte, bedürfnisorientierte Methode des Bauens« – einfließen können.

Viollet-le-Duc war 1879 gestorben. Die Fassadenwettbewerbe, über die im folgenden Michael Brix berichtet, fanden 20 Jahre später, um die Jahrhundertwende, statt, greifen aber die Chance, die ihnen durch dies Verständnis von »Stil« geboten wurde, nicht auf. Hier sind es gerade nicht die inneren Prinzipien, sondern die äußeren Attribute vergangener Epochen, die aufgenommen und in die Gegenwart übertragen werden sollen. Anlaß war die Sorge um die Erhaltung der alten Bürgerhauskultur, die durch die allenthalben aus dem Boden schießenden Verwaltungs- und Geschäfts-, Büro- und Verkehrsbauten tödlich gefährdet schien; Ziel war die Gewinnung einer, auf die jeweiligen örtlichen Überlieferungen abgestimmten »Vorratssammlung altstadtgerechter Musterfassaden«, die Bauherren und Baumeistern zur Anregung dienen sollten. Wer die Abbildungen der in Hildesheim, Bremen und Lübeck preisgekrönten Entwürfe sieht, wird sich den zeitgenössischen Vorkämpfern einer eher bewahrenden Denkmal- und Heimatpflege anschließen, die sich alsbald an der Überdekoration und »Altertümelei« der Entwürfe stießen und sie im übrigen als Alibi für den Abriß weiterer, »echter« Bürgerhäuser verstanden.

Wie sehr in dieser Zeit die Einstellung zur alten, vor allem zur alten deutschen Stadt durch allgemeine national- und gesellschaftspolitische Positionen geprägt war, bestätigt auch der Beitrag von Kristiana Hartmann »Städtebau um 1900. Romantische Visionen oder pragmatische Aspekte«. »Romantische Visionen«, das war die Heroisierung und Idealisierung der deutschen Vergangenheit, wie sie nicht nur im »Kunstwart« und im »Dürerbund« zum Ausdruck kommt, sondern auch in den »Historischen Städtebildern« und einer großen Zahl anderer Veröffentlichungen, die Ausdruck und Gehalt, Reiz und »schönheitlichen Wert« der mittelalterlichen Stadt für die Lösung anstehender Fragen nutzbar machen wollten.

»Pragmatische Aspekte«, das waren dagegen die Verbesserungen der Wohn- und Wohnumfeldverhältnisse, die die liberalen Reformen im Auge hatten. Heller und Margarethenhof, die hier als Beispiele herangezogen werden, waren zwar auch nicht frei von sozialkonservativen und sozialromantischen »Visionen«, es überwog aber doch der nach vorne, in eine bessere Zukunft gerichtete wohnungs- und lebensreformerische Impuls.

Einen knappen, aber umfassenden und vorzüglich illustrierten Überblick über den »Wiederaufbau der historischen Städte in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg« gibt Jürgen Paul, wobei wiederum und in einem zeitlich noch engeren Rahmen die höchst unterschiedliche Bewertung und Behandlung der historischen Substanz, wie sie den Zweiten Weltkrieg überlebt oder auch nicht überlebt hatte, ins Auge fällt. Einen Konsens gab es auch hier von Anfang an nicht, weder in der Politik, die jede richtungweisende Aussage scheute, noch bei den »Fachleuten«, die sich deshalb um so heftiger bekriegen konnten. Die Entwürfe von Gustav Hassenpflug für den Wiederaufbau der Altstadt von Nürnberg und von F. X. Holzbauer für den Marienplatz in München wird man – auch wenn sie nicht lange ernsthaft zur Diskussion standen und im Ergebnis eher Kompromisse das Feld beherrschten – so leicht nicht vergessen. Eindeutige Konzepte, wie sie den Wiederaufbau von Münster, Freiburg und Freudenstadt auf der einen,

von Hannover, Kassel und Kiel auf der anderen Seite prägten, waren die Ausnahme. Ein besonderer Gewinn ist hier der Vergleich mit den Prinzipien und Programmen des Wiederaufbaus in der DDR, den man in den meisten Analysen der Nachkriegsgeschichte vermißt.

Der Band schließt mit einem Versuch von Dieter Lange, am Beispiel von zwei Kaufhausprojekten, einem realisierten in Wolfenbüttel und einem (noch?) nicht realisierten in Lüneburg, eine Verbindung zwischen Denkmalpflege und Postmoderne herzustellen, und zwar insofern, als beide Projekte nach einigen Umwegen in einer Art von Collage endeten, die einem streng funktional konzipierten, architektonisch der jeweiligen Mode entsprechenden Kaufhauskern mehr oder weniger angepaßte Fassaden vorhängte, die die Verbindung zu der umgebenden historischen Substanz herstellen sollten. Obwohl man Zweifel haben kann, ob der Vergleich mit der Postmoderne über Äußerlichkeiten hinaus trägt – dort werden für die Collage unterschiedlicher Stilelemente in erster Linie ästhetische, hier denkmal- bzw. stadtbildpflegerische Argumente geltend gemacht –, so ist damit doch eine weitere Art der »Verbindung von Alt und Neu« angesprochen, die bereits vielerorts ihre Spuren hinterläßt.

Insgesamt kann man den kleinen Band nur empfehlen. Er ist nicht nur seinen (bescheidenen) Preis wert, sondern auch jede Minute, die man darauf verwendet. Und die Nachdenklichkeit, in die er den Leser entläßt, klingt nach.

Hamburg

Erika Spiegel

MEINHOLD LURZ, *Meisenheim. Architektur und Stadtentwicklung*, Horb: Geiger-Verlag 1987, 280 S., 211 Abb., 70 Zeichn. u. Pläne, 68,- DM.

Innerhalb der Reihe »Die Kunstdenkmäler der Rheinprovinz« erschienen 1935, bearbeitet von Walter Zimmermann, »Die Kunstdenkmäler des Kreises Kreuznach«. 1972 und 1985 als Reprint wiederverlegt, widmen sie Meisenheim, dem »Rothenburg am Glan«, einer Kleinstadt im

Nordwesten des Pfälzer Berglandes, 53 Seiten und damit den größten Anteil, den ein Ort des Kreises in diesem Inventar einnimmt.

Die vergleichsweise extensive amtliche Würdigung und die Tatsache, daß Meisenheim – zwischen 1869 und 1932 selbst Verwaltungssitz eines gleichnamigen Kreises – von Zerstörungen des letzten Krieges weitestgehend verschont geblieben ist und noch lange ein eher beschauliches Dasein führen konnte, erklären den in Anbetracht erster massiverer baulicher Eingriffe nur allzu verständlichen Wunsch insbesondere der offiziellen Denkmalpflege nach einer gemäß den Aufgaben des Denkmalschutz- und -pflegegesetzes von 1978 aktualisierten Erfassung, die Grundlage denkmalpflegerischer wie darauf abgestimmter neuplanerischer Maßnahmen bilden kann. Denn: Mehr als einmal sollte in Meisenheim die Nichterwähnung eines Kulturdenkmals im wenn auch veralteten, so doch amtlichen und damit für allgemeinverbindlich und leider auch als abgeschlossen erachteten Inventar für seine Beseitigung in Anspruch genommen werden. Meisenheim stellte bis zum Jahre 1982 einen in dieser Hinsicht in vielen Bundesländern nahezu fast normalen Fall dar.

Der Hinweis auf das »Kapital« einer geschlossenen wie vielfältigen historischen Bausubstanz innerhalb der Stadtmauern, die Notwendigkeit ihrer Rehabilitierung wie ihrer im Zuge des sich entwickelnden Fremdenverkehrs sinnvollen Revitalisierung und nicht zuletzt der massiver werdende Veränderungsdruck bewogen die Kreisverwaltung Bad Kreuznach zu vorbildhaftem Handeln: Man stellte 1982, weil zu diesem Zeitpunkt eine Erfassung nicht nur Meisenheims im Zuge der sogenannten Denkmaltopographie der Bundesrepublik Deutschland auf Landesebene finanziell noch unsicher war, einen Kunsthistoriker im Zuge einer Arbeitsbeschaffungsmaßnahme ein. Dieses Pilotprojekt, das sich sinnvollerweise zunächst nur auf Meisenheim als Denkmälerschwerpunkt beschränkten sollte, dauerte rund drei Jahre – ohngerecht die konkrete Vorbereitung ihrer Publikation.

Theoretisch hätte die Möglichkeit bestanden, die Erfassung der Meisenheimer Kulturdenkmäler innerhalb der 1985 mit dem Band über Spey-

er eröffneten und vom Landesamt für Denkmalpflege herausgegebenen »Kulturdenkmäler in Rheinland-Pfalz«, der sogenannten Denkmaltopographie, zu publizieren. Das Meisenheimer Projekt sollte jedoch weitergehende Ziele verfolgen: Es ging dem Inventarisator und Verfasser nicht nur um die Bekanntgabe denkmalwürdiger Einzelobjekte und Zonen in Kurztext und Bild, nicht nur um eine historische und bauhistorische Einführung und Grobanalyse, die – gemäß der gebotenen Dringlichkeit ihrer Veröffentlichung – nur selten Archivalien benutzen, sondern um einen intensiveren Einstieg im Sinne des klassischen Inventars, ja um eine möglichst direkte Vermittlung von Orts- und Gebäudegeschichte, um die Schaffung einer für die Denkmalpflege vor Ort nahezu idealen Ausgangsbasis, um handfeste Konsequenzen, so die Einleitung von Untersuchungsverfahren, so die begleitende Beratung bei Bauvorhaben, so die Wiederherstellung der Objekte mit Kräften aus Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und deren Bezuschussung. Der ständig anwesende Inventarisator wurde zur denkmalberaterischen Anlaufstelle vor Ort, machte seine Forschungsergebnisse u. a. in zahlreichen Zeitungsartikeln und Vorträgen publik, motivierte und mobilisierte die Öffentlichkeit. Meisenheim erlangte die Spitzenposition bei der Unterschätzung von Kulturdenkmälern, bei der Zahl der Widerspruchsverfahren das Landesminimum.

Ohne diese vielleicht verhältnismäßig ausführliche Würdigung der Vorbedingungen und des Umfeldes ist das Buch von Meinhold Lurz und sind die drei von ihm selbst ausgesprochenen Anliegen

1. einer Erfassung denkmalwürdiger Objekte wie ihrer Zuordnung zur Denkmalzone Altstadt,
2. eines Beitrages zur Architektur- und Stadtgeschichte des 14.–20. Jahrhunderts,
3. einer möglichst intensiven Interessenweckung der Bürgerschaft für ihren Ort nicht wirklich zu verstehen.

Lurz hat insgesamt etwa 300 Gebäude detaillierter untersucht und hierbei auch die Haus- und Eigentümergeschichte mit Schwerpunkt während des Zeitraumes bis zum »Haeusser-

buch« von Gottlieb Wilhelm Spener, entstanden 1768 im Auftrage des Herzogs Christian IV. von Pfalz-Zweibrücken, behandelt. Dabei stellte sich heraus, daß sich Baubestand und Archivunterlagen, darunter Auftragsbücher und Gerichtsprotokolle, in seltener Vollständigkeit entsprachen, überdies die Informationen durch bisher unbekannt Pläne, vor allem des 18. Jahrhunderts, durch ältere Fotos und Auskünfte von Bürgern ergänzt werden konnten. Zudem ergab die systematische Begehung der untersuchten Gebäude wesentliche Aussagen zu Ausstattung und Inventar (vgl. die Türen und Möbel der in Meisenheim ansässigen Schreinerfamilie Schmidt, die ebenso das Umland mit ihren Erzeugnissen versorgte).

Die bei der Zuordnung der Gebäude z. B. im 18. Jahrhundert wegen des Fehlens von Hausnummern auftretenden Schwierigkeiten konnten weitgehendst durch Heranziehen der Nachbareigentümer-Namen ausgeräumt werden.

Störend in der Arbeit von Lurz ist – trotz des straßenweisen Vorgehens – das Fehlen einer schlüssigen, d. h. hierarchisch aufgebauten Systematik: So werden in Teil 1, Kap. VI, unter »Einzelne Funktionen: u. a. Kultbauten, Gerbhäuser, Gartenhäuser subsumiert, so fallen unter Teil 2 »Die einzelnen Häuser« auch Bahnlinie, Brücken, Brunnen, Friedhöfe, Kirchen und andere Baulichkeiten, ganz abgesehen von »technischen« Pannen, so dem absatzlosen Übergang vom Literaturverzeichnis zu Anmerkungen über Münzsorten und Kaufkraft wie über Längen- und Hohlmaße. Auch wären ein Verzeichnis der Künstler, Architekten und Baumeister und ein Glossar am Ende des vorrangig für Laien am Ort, aber auch für die vergleichende und weiterführende Forschung geschriebenen Werkes sicherlich angebracht gewesen.

Was die Abbildungen anbelangt, so hat der Verfasser – wohl aus finanziellen Gründen – nicht jedes der behandelten Objekte und manches zu klein wiedergegeben, überdies großen Wert auf bisher unveröffentlichtes Material gelegt und stattdessen auf die hierbei übliche repräsentative Übersicht verzichtet. Diese Entscheidung ist insofern zu bedauern, als sie einerseits bestehende Zusammenhänge optisch nicht nachvollziehbar macht und andererseits ein breiteres

Interesse bei Ortskundigen nicht gerade fördert. Insbesondere an der Schloßkirche und an St. Antonius von Padua wird dieser Tatbestand mehr als deutlich.

Nicht immer, vor allem im 1. Teil nicht, ist eine Zuordnung der Bilder zum jeweiligen Text gegeben. Auch wäre im Sinne nicht nur der stilistischen Sensibilisierung der Denkmaleigentümer wie -betrachter bei den z. T. lapidaren Bildbeischriften ein Verweis auf erkennbare und damit verständlichere Zusammenhänge nützlich gewesen, so etwa derjenige auf das modernisierte Gesicht eines im Kern wesentlich älteren Gebäudes (wie dem auf S. 89 abgebildeten). Als vielleicht allzu kritischer (3) Denkmalpfleger wünschte man sich statt der aus einem Standardwerk übernommenen allgemeingültigen Zeichnungen von Dachformen und Mauerwerksarten oder derjenigen von Fachwerk aus Hessen (auch wenn es ähnlichen Charakter zeigt) orts- und regionaltypischere und damit präzisere wie im dargestellten Zusammenhang plausible Beispiele. Fotos zu manchen Themen, wie etwa von Grabsteinen als prägenden Einzelaussagen eines Friedhofs, fehlen.

Wenig konsequent und damit die bisherigen Ergebnisse der Hausforschung verunklarend ist der Versuch einer typologischen Differenzierung der in Meisenheim vorhandenen Hofanlagen, bei denen vorrangig die Erschließung statt der Funktionen und ihrer Anordnung betrachtet wird und bei denen das unverhältnismäßig umfangreiche, jedoch kaum systematisierte Zeichnungsmaterial auffällt.

Die Arbeit liefert eine Fülle kaum zu erwartender Aussagen zur Bau-, Stadtbau- und zur Sozialgeschichte der Stadt. Besondere Erwähnung verdienen z. B. die Ausführungen zu Stadthygiene und Straßenbeleuchtung. Allerdings unterliegt der Verfasser, zumal er lebendig schreibt und häufig aus seinen Quellen zitiert, mitunter der Gefahr einer sehr persönlich gefärbten Kommentierung im Stile von Heimatbüchern.

»Meisenheim, Architektur und Stadtentwicklung« ist eine überaus engagierte und informationsreiche, der Umsetzung des Denkmalschutz- und -pflegegesetzes vor Ort zuarbeitende, weil die Hausbesitzer ansprechende Untersuchung.

Sie fördert das Verständnis für gebaute Orts- und Heimatgeschichte, ist eine oder – besser gesagt – die unstrittig wesentlichste Ergänzung und Erweiterung der Arbeit von Zimmermann. Sie wird, zumal sie eine Fülle weiterführender Hinweise enthält und auf den Satzspiegel erfreulich extrem ausweitet, nicht nur im Hinblick auf die vergleichende Forschung eine Fundgrube darstellen für jeden, der sich mit dem Thema »Kleinstadt« aus historischer, aber auch stadtsoziologischer Sicht befaßt. Sie erfordert jedoch eine erhebliche Umarbeitung, sollte sie in die Denkmaltopographie-Reihe des Landes aufgenommen werden können. Als wirkliche Alternative hierfür (und wie sie der Autor in seinem Vorwort verstanden wissen will) kommt sie nicht nur zeitlich zu spät, sondern auch deswegen nicht in Frage, weil sie in der Fülle des gebotenen Materials nicht deutlich genug zur Herausarbeitung wesentlicher architektur- und stadtbauhistorischer Wertungen findet. Bei diesem Urteil sollte jedoch nicht verkannt werden, daß es in der Bundesrepublik, so in Bayern, Denkmaltopographien gibt, die aus Kostengründen derart in ihrer individuellen Aussage reduziert wurden, daß sie teilweise kaum über einen Listencharakter hinausgehen.

Die Veröffentlichung von Lurz ist ein nachahmenswerter Beweis dafür, daß Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen im Bereich der Denkmalpflege nicht nur – wie meist bisher – zu strittigen Rekonstruktionen und Ergänzungen von Bauwerken unter der Obhut von Gemeinden und Vereinen führen müssen, sondern schwerpunktmäßig bei der Erfassung und Dokumentation historischer Bausubstanz mit einem von allen Beteiligten für überaus sinnvoll erachteten, weil langfristig wirksamen Erfolg eingesetzt werden könnten. Dies um so mehr, als die Zahl arbeitsloser Kunsthistoriker, Archäologen, Architekten und anderer eine sinnvolle Übergangstätigkeit Suchender wächst.

Kaiserslautern

Hartmut Hofrichter

HERMANN KORTE, *Stadtsoziologie. Forschungsprobleme und Forschungsergebnisse der 70er Jahre, Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft 1986, 141 S., DM 35,-.*

Der Autor selbst bezeichnet den Band sehr zutreffend als »wissenschaftlichen Bericht« über die in den 70er Jahren bearbeiteten Lehr- und Forschungsgegenstände der westdeutschen Stadtsoziologie. Der Bericht soll sich auf die »Darstellung und Kommentierung« der »wesentlichen Entwicklungslinien und Publikationen« konzentrieren.

Der rote Faden des Bandes wird so an der gerade heute im Rückblick interessierenden Ausgangsfrage festgemacht, wie denn die westdeutsche Stadtsoziologie jene weitgespannten Erwartungen eingelöst hat, mit denen sich eine auf die Probleme der Großstädte anwendungsorientierte Sozialwissenschaft am Beginn jener kritik-, reform- und planungsintensiven Periode der 70er Jahre konfrontiert sah. So kreist die Darstellung um die Frage, »wie die Stadtsoziologie diese herausfordernde Situation angegangen und bewältigt hat und inwieweit es den einzelnen Richtungen bzw. Autoren tatsächlich gelungen ist, die Analyse der städtischen Verhältnisse mit einer Theorie der städtischen Entwicklungsbedingungen zu verknüpfen und zudem ihre subjektive Verflechtung zu reflektieren« (S. 5).

Nach einem einleitenden Kapitel, in dem vor allem die angesprochene Zielsetzung des Buches diskutiert und zudem näher begründet wird, weshalb die westdeutsche Stadtsoziologie gerade während der 70er Jahre eigene neue Konturen gewinnt und damit erst sinnvoll zum zeitlichen Ausschnitt des Buches gemacht werden kann, beschäftigt sich das Kapitel 2 kurz mit einigen zentralen stadtsoziologischen Arbeiten insbesondere der 60er Jahre, an denen die weitere Darstellung der Entwicklung während der 70er Jahre in einem Punkt anknüpft: am Thema Städtebauförderungsgesetz. In den Kapiteln 3 und 4 diskutiert Korte seine These, daß sich, ausgelöst durch das StBauFG, die stadtsoziologische Diskussion der 70er Jahre zentral an »grundlegenden Veränderungen an Inhalten und Verfahren«

(S. 35) der Stadt- bzw. Sozialplanung interessiert zeigte und sich hierbei vor allem den beiden Problembereichen »Partizipation« und »Infrastruktur« zuwandte. Auf den ersten Problembereich bezogen, behandeln daher die folgenden Abschnitte die Forderungen nach Mitbestimmung (Kapitel 5), die Randbedingungen für Partizipation aus dem Verhältnis Kommune-Staat (Kapitel 6) und die Zielsetzungen und Methoden (Kapitel 7) der Partizipation. Der zweite Problembereich wird abgehandelt, indem in Kapitel 8 »Entstehung und Veränderung der Infrastrukturtheorie« kurz nachgezeichnet, in Kapitel 9 »Standorttheorien«, d. h. vor allem die Theorie der zentralen Orte und Versuche ihrer Weiterentwicklung, skizziert, in Kapitel 10 »Probleme einer bedürfnisgerechten Infrastrukturplanung« angerissen und schließlich in Kapitel 11 stadtsoziologische Arbeiten zur Theorie und Analyse sozialer Infrastruktureinrichtungen behandelt werden. Mit Ausführungen zur »wiederentdeckten Klassik« der Chicagoer Schule (Kapitel 12) und zu Versuchen ihrer Erneuerung im Rahmen von Sozialraumanalyse und Sozialökologie (Kapitel 13) geht Korte dann vor allem auf Fehlentwicklungen ein, die dieses, die westdeutsche Stadtsoziologie der 70er Jahre dominierende Projekt ihrer theoretischen und empirischen Weiterentwicklung in seinen Augen genommen hat. Kapitel 14 ist schließlich einigen (jedoch bei weitem nicht allen) Arbeiten gewidmet, die abseits der drei in diesem Band behandelten thematischen Entwicklungslinien von Partizipation, Infrastruktur und Sozialökologie liegen.

Es wird deutlich geworden sein: Gemäß der Zielsetzung eines »Berichts« stehen Entwicklung und Verlauf zentraler stadtsoziologischer Diskussionszusammenhänge im Mittelpunkt des Bandes. Eine inhaltliche Aufarbeitung des in den 70er Jahren zusammengetragenen empirischen Materials, eine zusammenfassend-bilanzierende Darstellung der Theorieentwicklung im betrachteten Zeitraum und/oder gar ein Versuch einer theoretischen Synthese oder Weiterentwicklung waren nicht angestrebt. Es überwiegt die wissenschaftssoziologische Perspektive auf die Stadtsoziologie. Das Ergebnis ist ein guter Überblick über Themen, Problemstellungen und Entwick-

lungslinien der westdeutschen Stadtsoziologie der 70er Jahre und über die kontroversen wissenschaftlichen Positionen ihrer Bearbeitung. Gerade die Darstellung der kontroversen Positionen und Herangehensweisen vor dem Hintergrund ihrer jeweiligen Ausgangsbedingungen ist durchweg gelungen und überall dort (z. B. Kap. 4) besonders informativ, wo der Autor selbst an den Diskussionen beteiligt war.

Stuttgart

Gerhard Berger

KLAUS KONRAD / REINHARD MARTIN *u. a.*, *Stadtentwicklung und Stadtpolitik. Unterrichtseinheiten für die Sekundarstufe 1 und 2. Didaktischer Teil und Materialenteil, Stuttgart: Metzler 1984, 81 u. 33 S., DM 10,- u. DM 14,-.*

Innerhalb der von Kurt Gerhard Fischer herausgegebenen Reihe »Unterrichtsmodelle zur Politischen Didaktik« geben die Verfasser eine interessante Anleitung dazu, wie man das aktuelle Thema »Stadtsanierung« in den Unterricht einführen könnte. Den didaktischen Teil eröffnen Beiträge von Manfred Teschner über den Wandel städtischer Sozialstrukturen, von Heinz Zielinski über Planungsrecht und Planungspraxis in der Stadtentwicklung sowie von Kurt K. Franke über Wohnungspolitik in Berlin. Allen drei Verfassern gelingt eine knappe, verständliche Darlegung der Voraussetzungen und Rahmenbedingungen heutiger Stadtpolitik. Anschließend überprüft Reinhard Martin mit Hilfe eines »Rasters, der aus wissenschaftstheoretischen Überlegungen des Kritischen Rationalismus und der Kritischen Theorie gewonnen wurde« (S. 41), diese fachwissenschaftlichen Erkenntnisse. Daraus resultiert eine sicher gut begründete Stellungnahme für die Interessen der von Sanierungen betroffenen, sozial schwachen Mieter und damit auch faktisch für eine Beibehaltung des derzeitigen sozialen Standes der sanierungsbedürftigen Bereiche. Hinter diesen Zielen tritt die Frage zurück, ob die Finanzierung solcher Unternehmungen politisch durchgesetzt werden kann; denn privaten Investitionen stehen die Verfasser der Unterrichtsmodelle kritisch gegenüber (S. 64).

Großes methodisches Geschick beweisen die Autoren bei der Organisation des Unterrichts. Ziele, Inhalte und Unterrichtsformen passen nahtlos zueinander – die didaktisch begründete Bürgerbeteiligung wird im Unterricht praktiziert. Besondere Hervorhebung verdient das »Legespiel zum Städtebauförderungsgesetz«, das sicher dazu hilft, die sehr abstrakte Gesetzesmaterie un-

terrichtlich brauchbar zu machen. Dennoch muß vom Lehrer viel Motivation ausgehen, soll ein solcher Unterricht gelingen. Alles in allem bieten die beiden Hefte viele gute Hinweise für eine unterrichtliche Beschäftigung mit einem komplexen und umstrittenen Sachverhalt.

Esslingen

Rainer Jooß

15. Jahrgang

3/88

Vierteljahres-
zeitschrift für
Stadtgeschichte
Stadtsoziologie
und
Denkmalpflege



Paul Nolte

Amerikanische Wahrnehmung
deutscher Städte

Hans
Schmalscheidt

Hierarchie der Plätze

Jörg Leist

Altstadtsanierung:
Zum Beispiel Wangen im Allgäu

Hans
Blumenfeld

Gegen den Kahlschlag

Kohlhammer

Herausgegeben von Otto Borst



ISSN 0170-9364

Die alte Stadt. Vierteljahresschrift für Stadtgeschichte, Stadtsoziologie und Denkmalpflege

In Verbindung mit Hans Paul Bahrdt, Helmut Böhme, Rudolf Hillebrecht, Eberhard Jäckel und Friedrich Mielke herausgegeben von Otto Borst

Redaktionskollegium: Professor Dr. Otto Borst, Lehrstuhl für Landesgeschichte am Historischen Institut der Universität Stuttgart, Keplerstraße 17, 7000 Stuttgart 1 (Hauptschriftleiter) – Professor Dr. Burkhard Hofmeister, Direktor des Instituts für Geographie an der Technischen Universität Berlin, Budapester Straße 44/46, 1000 Berlin 30 – Professor Dr. Rainer Jooß, Historisches Seminar an der Pädagogischen Hochschule Schwäbisch Gmünd, Oberbettringerstraße 200, 7070 Schwäbisch Gmünd – Professor Dr. Hermann Korte, Fakultät für Sozialwissenschaft der Ruhr-Universität Bochum, Universitätsstraße 120, 4630 Bochum – Architekt Dipl.-Ing. Hellmut Richter, Ministerialrat im Bayerischen Staatsministerium des Innern, Oberste Baubehörde, Karl-Scharnagl-Ring 60, 8000 München 22 – Schriftleitung: Johannes Schultheiß, Rotenbergstraße 5, 7000 Stuttgart 1, Tel.: 07 11 / 28 26 83 – Redaktionslektorat: Frauke Borst, Lipperheidestraße 27 C, 8000 München 60.

Redaktionelle Zuschriften und Besprechungsexemplare werden an die Anschrift der Schriftleitung erbeten: 7300 Esslingen am Neckar, Marktplatz 16, Postfach 269, Tel. (07 11) 35 76 70.

Die Zeitschrift erscheint jährlich in Vierteljahresbänden mit einem Gesamtumfang von etwa 420 Seiten. Der Bezugspreis im Abonnement beträgt jährlich DM 116,-; Vorzugspreis für Studierende gegen jährliche Vorlage einer gültigen Studienbescheinigung DM 92,- einschließlich Versandkosten und Mehrwertsteuer; Einzelbezugspreis für den Vierteljahresband DM 30,- einschließlich Mehrwertsteuer und zuzüglich Versandkosten ab Verlagsort. Preisänderungen vorbehalten. Abbestellungen sind nur 6 Wochen vor Jahresende möglich.

Verlag, Vertrieb und Anzeigenverwaltung: W. Kohlhammer GmbH, 7000 Stuttgart 80, Heßbrühlstraße 69, Postfach 800430, Tel. 7 86 31. Verlagsort: Stuttgart. Gesamtherstellung: W. Kohlhammer Druckerei GmbH + Co., Stuttgart. Printed in Germany. *Die Zeitschrift* und alle in ihr enthaltenen einzelnen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Alle Urheber- und Verlagsrechte sind vorbehalten. Der Rechtsschutz gilt auch für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen. Jede Verwertung bedarf der Genehmigung der W. Kohlhammer GmbH. Der Verlag erlaubt allgemein die Fotokopie zu innerbetrieblichen Zwecken, wenn dafür eine Gebühr an die VG WORT, Abt. Wissenschaft, Goethestr. 49, 8000 München 2, entrichtet wird, von der die Zahlungsweise zu erfragen ist.

Verlag W. Kohlhammer Stuttgart Berlin Köln Mainz

Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe liegt ein Prospekt der Stadt Trier bei. Wir bitten unsere Leser um Beachtung.

15. Jahrgang

Die alte Stadt

Heft 3/1988

INHALT

ABHANDLUNGEN

PAUL NOLTE, Effizienz oder self-government. Amerikanische Wahrnehmung deutscher Städte und das Problem der Demokratie 1900–1930. 261

HANS SCHMALSCHEIDT, Hierarchie der Plätze. Ein Beitrag zur Aufgabe und Planung von Plätzen 289

ALTSTADTSANIERUNG

JÖRG LEIST u. a., Altstadtsanierung: Zum Beispiel Wangen im Allgäu 303

KLEINE BEITRÄGE

HANS BLUMENFELD, Vom Kampf gegen den Kahlschlag 323

AUTOREN 327

NOTIZEN 327

ZUR BESPRECHUNG EINGEGANGENE BÜCHER 333

BESPRECHUNGEN

Stadtgeschichte

MARK GIROURD, Die Stadt. Menschen, Häuser, Plätze. Eine Kulturgeschichte (*Erika Spiegel*) . . 336

Städteforschung

HELMUT JÄGER (Hrsg.), Stadtkernforschung (*Burkhard Hofmeister*) 337

HEINZ HEINEBERG (Hrsg.), Innerstädtische Differenzierung und Prozesse im 19. und 20. Jahrhundert. Geographische und historische Aspekte (*Wolfgang R. Krabbe*) 338

Stadtplanung

- WERNER BRAAM, Stadtplanung. Aufgabenbereiche, Planungsmethodik, Rechtsgrundlagen
(Dirk Schubert) 339
- THOMAS HALL, Planung europäischer Hauptstädte (Dirk Schubert) 340

Stadtbaugeschichte, Architektur

- ULFERT HERLYN / ADELHEID VON SALDERN / WULF TESSIN (Hrsg.), Neubausiedlungen der
20er und 60er Jahre. Ein historisch-soziologischer Vergleich (Erika Spiegel) 341
- KLAUS VON BEYME, Der Wiederaufbau. Architektur und Städtebaupolitik in beiden deutschen
Staaten (Dieter Hanauske) 342
- KONRAD M. MÜLLER, Unsere befestigten Städte des Mittelalters (Otto Borst) 345
- VERENA DIETRICH, Architektinnen. Ideen – Projekte – Bauten (Wilma R. Albrecht) 346

Soziologie

- JÜRGEN RITSERT, Gesellschaft. Einführung in den Grundbegriff der Soziologie (Paul Nolte) . . . 347

Gartenkunst

- URSULA GRÄFIN ZU DOHNA u. a., Private Gartenkunst in Deutschland (Dorothee Nehring) . . . 348

Effizienz oder »self-government«?

Amerikanische Wahrnehmungen deutscher Städte und das Problem der Demokratie 1900–1930

I

Als der Journalist Frank Putnam Anfang 1913 von einer sechsmonatigen Reise durch Deutschland nach Houston zurückkehrte, legte er seine im offiziellen Auftrag der texanischen Stadt gewonnenen Eindrücke in einem Bericht nieder, dessen Beschreibungen umstandslos in Aufforderungen zur Nachahmung der deutschen Städte mündeten. »Wir glauben«, so hieß es dazu im Vorwort der Studie, »daß Houston durch ein Studium der Methoden, die in den fortschrittlichsten Städten Deutschlands so erfolgreich gewesen sind, viele wichtige Lektionen über die Behandlung kommunaler Einrichtungen und die allgemeine Verbesserung der Stadt lernen kann«.¹ Was die Amerikaner an den deutschen Städten interessierte und faszinierte, war vor allem ihre »Effizienz«. Das, was bisher die Formel »good government« beschrieben hatte, schien nicht ausreichend; »efficient government« war zum höheren Wert aufgestiegen.² Doch nur wenige Jahre später hatte sich die Meinung radikal geändert. »Selbstverwaltung hat so klare moralische Vorteile, daß effiziente Verwaltung nur ein zweitrangiges Ziel sein kann«.³ Solch eine Meinung konnte jetzt breitester Zustimmung sicher sein, und ein Interesse an deutschen Städten, gar an Reisen dorthin, bestand kaum mehr.

Woher kam das auffällige amerikanische Interesse an deutschen Städten, und warum fiel es, etwa zwischen 1915 und 1917, so schnell wieder? Was erschien dem demokratischen Amerika am autoritären Deutschland so nachahmenswert? Diesen und ähnlichen Fragen soll im folgenden nachgegangen werden, indem die Bezüge des amerikanischen *municipal reform movement* auf Deutschland, vor allem auf seine Städte, systematisch untersucht werden. Zwar hat die Reformbewegung in den amerikanischen Städten zu Beginn des 20. Jahrhunderts einige Aufmerksamkeit

¹ F. Putnam, City Government in Europe. Houston's Inquiry into Municipal Organization and Administration in the Principal Cities of Great Britain and Germany, Houston 1913, 1. – Das Material zu dieser Studie wurde v. a. in den ausgezeichneten Beständen der Eisenhower Library der Johns Hopkins University in Baltimore, Md., und der Library of Congress in Washington, D. C. (an deren Arbeitsatmosphäre ich besonders gerne zurückdenke) gesammelt.

² Vgl. z. B. W. H. Allen, Efficient Democracy, N. Y. 1907, S. VII.

³ C. G. Fenwick, Democracy and Efficiency – Lessons of the War, in: American Political Science Review (= APSR) 14 (1920), S. 565–586, hier 566.

in der Forschung gefunden, doch ist die Bedeutung und Funktion der Orientierung an anderen Ländern, besonders an Deutschland, bisher nicht beachtet worden. Der Schwerpunkt lag auf den Reformansätzen selbst, also dem institutionellen Aspekt, und auf der Frage nach ihren sozialen Trägern und in ihnen sich manifestierenden Interessen.⁴ Die Argumentationen der Reformer wurden vernachlässigt, und vielleicht ist dies auch der Grund dafür, daß der oben angedeutete fundamentale Einstellungswandel – nicht nur zu Deutschland, sondern zum Problem des *municipal government* überhaupt – bisher schlichtweg übersehen worden ist.⁵ Hier geht es also darum, anhand der Orientierung an Deutschland den Diskurs der Reformer systematisch zu untersuchen. Ich werde sogleich anzudeuten versuchen, worin ich die Bedeutung einer solchen Arbeit über den engeren Gegenstand hinaus sehe.

In einem einflußreichen Aufsatz hatte sich Samuel Hays 1964 von einer »ideologischen« Betrachtung der Reformen abgegrenzt und sie konsequent von ihren sozialen Trägern und Interessen her zu interpretieren versucht: als »Mittel, mit dessen Hilfe Geschäftsmänner und *professionals* Zugang zu inneren Regierungskreisen gefunden haben.«⁶ Diese Deutung hat Schule gemacht⁷ und ist zweifellos wichtig, doch neigt sie oft zu einem allzu funktionalistischen Bild der Reformen. Der nationale Diskurs über Regierung und Verwaltung der Städte, dessen Teilnehmer nicht *businessmen*, sondern v. a. Intellektuelle sind, denen man unmittelbare Machtinteressen meist nur schwer unterstellen kann, wird vernachlässigt. Es gab, so meine These, eine Dynamik der Argumente, die nicht in »materiellen« Interessen aufgeht, sondern genuin auf politische Überzeugungen und Traditionen zurückgeführt werden muß.

Wissenschaftler in erster Linie, besonders Politikwissenschaftler, beteiligten sich an der Debatte, daneben Publizisten und Journalisten, aber nur wenige *professionals* aus der städtischen Verwaltung oder aktive Kommunalpolitiker. Zitationsketten und teilweise auch organisatorischer Zusammenhalt – in der Bindung an bestimmte Vereinigungen oder Publikationsorgane – belegen die Geschlossenheit dieses Diskurses, dessen Zusammenhang schon den Zeitgenossen sehr bewußt war. Eine spezielle Diskussion über deutsche Städte gab es aber nicht, auch war Deutschland nicht der

⁴ Vgl. z. B. K. Fox, *Better City Government. Innovation in American Urban Politics 1850–1937*, Philadelphia 1977; M. J. Schiesl, *The Politics of Efficiency. Municipal Administration and Reform in America 1880–1920*, Berkeley 1977.

⁵ M. J. Schiesl (s. A 4) sieht eine direkte Kontinuität zum New Deal der 1930er Jahre. Siehe auch J. C. Teaford, *The Twentieth-Century American City. Problem, Promise, and Reality*, Baltimore 1986.

⁶ S. Hays, *The Politics of Reform in Municipal Government in the Progressive Era*, in: *Pacific Northwest Quarterly* 55 (1964), S. 157–169, hier 167.

⁷ Vgl. neben Schiesl u. a. die enorm einflußreichen Bücher von R. Wiebe, *The Search For Order 1877–1920*, N. Y. 1967 und P. Boyer, *Urban Masses and Moral Order in America 1820–1920*, Cambridge, Mass. 1978; sowie spezieller R. Wiebe, *Businessmen and Reform. A Study of the Progressive Movement*, Cambridge, Mass. 1962.

einzigem Bezugspunkt in Europa, doch ist es für die Reformappelle wichtiger und typischer als Bezüge auf England oder Frankreich. Und wenngleich hier Haupttendenzen der Argumentation herausgearbeitet werden, muß doch betont werden, daß es eine absolute Einheitlichkeit nicht gab: Immer wieder wurde auch eine »untypische« Meinung geäußert, und Belege dafür sollen nicht verschwiegen werden. Ohnehin war es in vielem eher ein Zustand des Suchens als der Gewißheit.

Gesucht wurde, so meine ich, nach den richtigen Konzepten von Demokratie und von einer guten und vernünftigen Regierung. Wir neigen zu sehr dazu, »Demokratie« als eine eindeutig definierte Kategorie zu nehmen und übersehen dabei, daß die Zeitgenossen um ihr richtiges Verständnis mühsam gerungen haben. Urbanisierung und rapide wirtschaftliche Entwicklung hatten um 1900 in den USA zu einer Krise des traditionellen Demokratiekonzepts geführt, und so richtete sich der Blick vorübergehend nach Deutschland, das als ebenfalls, aber in anderer Weise, demokratisch gesehen wurde. Das deutsche Verständnis von Demokratie wurde eine Zeitlang gewissermaßen diskursiv erprobt, bis man dann doch zum amerikanischen zurückkehrte. Ich möchte, etwas plakativ, die amerikanische Konzeption »Partizipationsdemokratie«, die deutsche »Versorgungsdemokratie« nennen. Was damit gemeint sein soll, werden wir noch sehen. Die Orientierung an Deutschland ermöglichte konkrete institutionelle Reformen – die hier nicht untersucht werden –, aber sie barg auch, wie sich herausstellte, Gefahren für das Selbstverständnis der amerikanischen Demokratie. Einer enthusiastischen Zustimmung zu den Leistungen der deutschen Städte folgte deshalb eine ebenso vehemente Distanzierung und Rückbesinnung auf die Traditionen des amerikanischen politischen Denkens.

Die Untersuchung der Wahrnehmung eines Landes durch ein anderes hat damit eine weitere Bedeutung: Sie ermöglicht einen indirekten Vergleich zwischen zwei Nationen. Insofern ist dies auch ein Beitrag zum Vergleich der politischen Kultur in Deutschland und Amerika. Gewiß ist die Wahrnehmung der amerikanischen Zeitgenossen zwischen 1900 und 1915, aber auch danach, verzerrt gewesen, aber es kann trotzdem im Hinblick auf die politisch-soziale Struktur des Kaiserreichs zu denken geben, wenn immer wieder die Modernität Deutschlands herausgestellt wurde, Demokratie und Freiheit, wenn auch in einer spezifischen Weise, dort gesehen wurden oder von »Bürger-Deutschland«⁸ die Rede war. In der Krise der amerikanischen Demokratie in den Städten spiegelt sich somit die gesplante Modernität Deutschlands im Kaiserreich.

⁸ P. Geddes, *Cities in Evolution. An Introduction to the Town Planning Movement and to the Study of Civics*, London 1915, S. 183.

II

Bereits Ende der 1880er Jahre beschäftigte sich Frank Goodnow, Professor an der New Yorker Columbia University, ausführlich mit der Struktur der Kommunalverwaltung in Preußen.⁹ Nüchtern und distanziert beschrieb er dem amerikanischen Leser ihre Entstehung und Entwicklung seit dem Beginn des 19. Jahrhunderts, vor allem normative Zustände referierend. Ein Vorbild für die USA konnte er darin nicht sehen. Mehr noch, nicht einmal ein Vergleich erschien ihm sinnvoll: »Das ist die allgemeine Organisation der preußischen Städte. In der fundamentalen Frage der Repräsentation unterscheidet sie sich so radikal von der unserer Städte, daß jeder Vergleich der beiden Systeme nutzlos wäre.« Damit bezog er sich vor allem auf das kommunale Dreiklassenwahlrecht. Politische Partizipation abgestuft nach Vermögen – das schien ihm völlig unakzeptabel. Effiziente Verwaltung oder kommunale Leistungen waren nicht einmal ein Thema.

Wenig später, Mitte der 90er Jahre, tauchte der Begriff der *efficiency* in Beiträgen über Stadtverwaltung allmählich auf. Doch war es zunächst noch nicht ein sehr bewußt eingesetzter Begriff; einen »Jargon der Effizienz« gab es noch nicht. »Good government« und »effective self-government« durch Autonomie vom Staat und breite Partizipation standen im Vordergrund.¹⁰ Zugleich verstärkten sich die Bezüge auf europäische Städte, doch waren es hier vor allem England und Schottland, die die Amerikaner interessierten.¹¹ Wieder zehn bis fünfzehn Jahre später standen der Effizienzbegriff und andere Leitwörter auf dem Höhepunkt ihrer Karriere, und die deutschen Städte hatten als Verkörperung dieser Effizienz eine Vorbildfunktion übernommen. In der *National Municipal Review*, seit 1912 ein Hauptverfechter effektiverer Stadtverwaltung, bemerkte Clinton Woodruff: »Bestimmte neue Begriffe sind in den letzten sechs Jahren in die Diskussion kommunaler Probleme eingeführt worden, die durchaus als wichtige Zeichen für Veränderungen angesehen werden müssen. Diese drei Begriffe sind: Einfachheit, Öffentlichkeit und Effizienz.«¹²

Woodruff schrieb hier als Sekretär der *National Municipal League*, einer bereits 1894 gegründeten Vereinigung mit dem Ziel, »good government« durch Reformen in den amerikanischen Städten zu befördern. An den Mitgliederzahlen läßt sich ablesen, daß sie um 1900 und dann noch einmal 1910/11 einen Aufschwung erlebte, der das

⁹ F. J. Goodnow, *Local Government in Prussia*, in: *Political Science Quarterly* (= PSQ) 4 (1889), S. 648–666; ebda. 5 (1890), S. 124–158; das folgende Zitat 155. – Vgl. auch *ders.*, *Comparative Administrative Law*, 2 Bde., N. Y. 1893.

¹⁰ Vgl. *National Municipal League* (= NML), *A Municipal Program. Report of a Committee of the National Municipal League*, N. Y. 1900.

¹¹ J. C. Carter, *President's Annual Address*, in: *Proceedings of the Second National Conference For Good City Government* (im folgenden: NML-Proceedings), Philadelphia 1895, S. 261–303.

¹² C. R. Woodruff, *Simplicity, Publicity, and Efficiency in Municipal Affairs*, in: *National Municipal Review* (= NMR) 2 (1913), S. 1–10, hier 1.

gesteigerte Interesse an Reformen in der städtischen Politik widerspiegelt,¹³ so daß die *League* sich jetzt zur Publikation einer eigenen Zeitschrift, eben der *National Municipal Review*, entschloß. Der erste Jahrgang dieser Zeitschrift war ein einziges Loblied auf die Effizienz. Woodruff sprach von einer »Bewegung zur Erfüllung der modernen Forderung nach Effizienz«,¹⁴ und in der Tat: Komitees zur Steigerung der Verwaltungseffizienz wurden einberufen, Städte organisierten »Abteilungen für öffentliche Effizienz«.¹⁵

Fast jeder, der nun über Effizienz und »municipal reforms« sprach, erwähnte die deutschen Städte. »So wichtig Anständigkeit und Effizienz der deutschen Stadt sind, sind es doch die Größe der Perspektive, die Kühnheit der Ausführung und der weitsichtige Blick in die Zukunft, die am meisten erstaunen«, notierte Frederic Howe aus eigener Anschauung der deutschen Städte, wenn sich auch schon leise Kritik in die Bewunderung mischte: »Deutschland baut seine Städte wie Bismarck die Armee vollendet hat.«¹⁶ Neben Einzelpersonen wie Howe reisten auch Beauftragte von Städten wie der eingangs erwähnte Putnam, und ganze Gruppen begaben sich auf »politische und soziale Fahrten durch Europa« – nicht zuletzt Deutschland –, die in einer renommierten Zeitschrift wie der *American Political Science Review* angekündigt wurden.¹⁷

Was Deutschland so interessant machte, war schon die Tatsache seines schnellen Städtewachstums: Wenn die Probleme der amerikanischen Städte auf ihr rapides Wachstum zurückgeführt wurden, mußte interessieren, wie in einem vergleichbar schnell urbanisierenden Land diese Probleme gelöst wurden. So wurde darauf hingewiesen, daß das schnelle Wachstum der amerikanischen Städte immer wieder als Entschuldigung für »municipal shortcomings« gedient habe, und dagegegehalten, daß Berlin, mit mindestens ebenso schnellem Wachstum und »unter ähnlichen oder sogar härteren Bedingungen«, erfolgreich sei.¹⁸ Worin dieser Erfolg gesehen wurde, wurde in typischer Weise etwa von Putnam zusammengefaßt: Der gute Ausbau der städtischen Versorgungsnetze für Wasser, Gas, Kanalisation und die Tatsache, daß diese Einrichtungen sich meist in städtischem Besitz befanden, war das eine; die Beobachtung, daß Stadtverwaltung in Deutschland von professionellen Experten

¹³ Siehe *National Municipal League*, *Report of the Survey Committee*, N. Y. 1918, S. 30; das folgende Zitat 16. Zur Geschichte der NML, aber völlig unbefriedigend: F. M. Stewart, *A Half Century of Municipal Reform*, Berkeley 1950.

¹⁴ C. R. Woodruff, *American Municipal Tendencies*, in: NMR 1 (1912), S. 3–20, hier 8.

¹⁵ M. Gerf, *Bureaus of Public Efficiency. A Study of the Purpose and Methods of Organization*, in: NMR 2 (1913), S. 39–47, hier 47.

¹⁶ F. C. Howe, *European Cities at Work*, N. Y. 1913, S. 4.

¹⁷ Notiz in APSR 7 (1913), S. 107; – S. auch J. R. Mullen, *American Perceptions of German City Planning at the Turn of the Century*, in: *Urbanism Past and Present* 3 (1976/77), S. 5–15.

¹⁸ R. C. Brooks, *Berlin's Tax Problem*, in: PSQ 20 (1905), S. 665–695, hier 666; vgl. auch *ders.*, *The Sewage Farms of Berlin*, in: PSQ 20 (1905), S. 298–313, 299; A. Shaw, *Municipal Government in Continental Europe*, N. Y. 1895, S. 290–296.

durchgeführt werde, ein zweiter Kernbereich des amerikanischen Interesses.¹⁹ Ein dritter Punkt wurde fast ebenso häufig hervorgehoben: die Autonomie der deutschen Städte, ihre Unabhängigkeit von staatlicher Leitung.

Wieweit dies der Realität in den deutschen Großstädten entsprach, sei hier erst einmal dahingestellt.²⁰ Auf jeden Fall korrespondierte dieses positive Bild einer Wahrnehmung des Versagens amerikanischer Städte. Seitdem Bryce in seinem Werk über den »American Commonwealth« 1888 »die Verwaltung der Städte ... das eine auffällige Versagen der Vereinigten Staaten« genannt hatte,²¹ war diese Kritik zum Topos geworden. Vor allem die Abhängigkeit der Städte vom Staat wurde beklagt und in diesem Sinne der amerikanischen »Staatsverwaltung« der Städte eine europäische »Selbstverwaltung« gegenübergestellt.²² Lincoln Steffens' bekanntes Buch »The Shame of the Cities« prangerte »misgovernment« und Korruption an und gipfelte in der skeptischen Frage, »ist Demokratie möglich?«²³

Genau dies war den Zeitgenossen tatsächlich ein Problem: ob und wie Demokratie unter den veränderten Umständen einer verstädterten Gesellschaft möglich sei. Kritik richtete sich auch auf die Herrschaft der Parteien in der kommunalen Politik; »Partei-System« und ein »wahres kommunales System« wurden für unvereinbar gehalten. Dorman Eaton verwies auf den unparteiischen Charakter städtischer Politik in Deutschland und fragte besorgt: »Sind die Amerikaner den Deutschen an Fähigkeit und Patriotismus unterlegen?«²⁴ Das amerikanische System krankte für ihn daran, daß es »übertrieben demokratisch« sei. Das drückte eine Unsicherheit aus, die in den folgenden Jahren noch stärker wurde: War die formal weniger demokratische Verwaltung durch Experten, wie man sie in den deutschen Städten beobachtete, vielleicht vorzuziehen, zumal sie imponierende Leistungen vorweisen konnte und die Demokratie der eigenen Städte ja doch nur in einer »despotischen« oder »autokratischen Verwaltung« entartete?

Jon Teaford hat neuerdings argumentiert, das vielzitierte »auffällige Versagen« habe es gar nicht gegeben; die amerikanischen Städte seien schon vor 1900 außerordentlich leistungsfähig gewesen – auch im internationalen Vergleich und gerade mit Deutschland.²⁵ So wichtig es ist, ein oft fraglos übernommenes Interpretationskli-

schee einmal zu überprüfen, kann damit doch die Wahrnehmung der ganz überwiegenden Mehrheit der Zeitgenossen²⁶ und die daraus resultierende Reformbewegung nicht erklärt werden.

Die Kritik an den eigenen Städten konnte sich zusätzlich aus der traditionellen amerikanischen Großstadtfeindschaft speisen, der Skepsis, ob die Stadt, auch in politischer Hinsicht, eine positive Errungenschaft sei.²⁷ Auch wenn die Reformer nach 1900 ein ganz überwiegend positives Bild von der großen Stadt und den durch sie gegebenen Möglichkeiten hatten, konnten sie sich von den traditionellen Bewertungsmustern doch oft nicht ganz freimachen. Obwohl er »Stadt« und »Demokratie« in Verbindung brachte, sah etwa ein Artikel in *Harper's Magazine* 1915 eine gewisse Wahrheit in der »moralischen Geringschätzung der Stadt«, die die ganze amerikanische Geschichte durchziehe.²⁸ Und der bereits erwähnte Frank Goodnow meinte, wegen der größeren Heterogenität der Bevölkerung begünstige städtisches Leben nicht die Entwicklung demokratischer Regierungsformen.²⁹ Wer kritisch mit der eigenen Tradition umging, und das taten in diesen Jahren relativ viele Amerikaner, konnte leicht einer Bewunderung für das unbefangene Bekenntnis der Deutschen zu einem starken Staat – und einer starken »Obrigkeit« auch im kommunalpolitischen Raum – erliegen: »Der Deutsche hat keine Vorurteile gegenüber Verwaltung; er betrachtet sie nicht als per se schlecht und ineffizient.«³⁰

Deshalb zielte Stadtkritik in den ersten anderthalb Dekaden des 20. Jahrhunderts nicht auf eine Rückkehr zum »Landleben«, sondern auf eine Stärkung der politischen Instrumente der Städte. Voraussetzung dafür war ihre Unabhängigkeit vom Staat, die in der *Home Rule*-Bewegung Ausdruck fand. Damit sollte dem Zustand ein Ende gemacht werden, daß die Städte nur solche Vollmachten hatten, die ausdrücklich vom Staat zugestanden worden waren.³¹ Dieser »legalen Denkweise«, nach der die Stadt »bloße Schöpfung des Staates« sei, wurde eine »natürliche Denkweise« entgegengesetzt: Die Stadt müsse »unabhängiger Organismus« sein.³² Deutschland und andere europäische Staaten wiesen wiederum den Weg. »Die Verweigerung von Selbstverwaltung ist eine der vielen Anomalien unserer Politik. In einem Land, in dem alles auf

¹⁹ Vgl. F. Putnam (s. A 1), S. 9–19.

²⁰ Außerhalb der Staatsordnung standen die Städte jedenfalls nicht! Vgl. hier nur H. Heffter, Die deutsche Selbstverwaltung im 19. Jahrhundert, Stuttgart 1969², S. 605–622; H. Matzerath, Urbanisierung in Preußen 1815–1914, Stuttgart 1985, S. 347–353.

²¹ J. Bryce, The American Commonwealth, London 1888, Bd. 2, S. 281.

²² H. E. Deming, The Municipal Problem in the United States, in: NML-Proceedings, Philadelphia 1898, S. 53–70; vgl. ders., The Legislature in State and City, in: dass. 1897, S. 89–102; ganz ähnlich F. M. Loomis, Municipal Ownership, in: dass. 1896, S. 207–215, hier 214.

²³ L. Steffens, The Shame of the Cities, N. Y. 1904, S. 101.

²⁴ D. B. Eaton, The Government of Municipalities, N. Y. 1899, S. 11 u. 359; das folgende Zitat 356.

²⁵ Vgl. J. C. Teaford, The Unheralded Triumph. City Government in America 1870–1900, Baltimore 1984.

²⁶ Anders dagegen (Leistungsfähigkeit der Städte schon vor 1900) J. A. Fairlie, Municipal Administration, N. Y. 1901, S. 92.

²⁷ Vgl. R. Hofstadter, The Age of Reform. From Bryan to F.D.R., N. Y. 1955, S. 23 f. u. pass. Hofstadter übertreibt allerdings die Städtefeindschaft der *progressive reformers*.

²⁸ W. E. Weyl, The Brand of the City, in: Harper's Magazine (= HM) 130 (1915), S. 769–775, hier 773.

²⁹ Vgl. F. J. Goodnow, Municipal Government, N. Y. 1902, S. 94.

³⁰ F. C. Howe, The German and the American City, in: Scribner's Magazine 49 (1911), S. 485–492, hier 491.

³¹ Vgl. D. L. Martin, Running City Hall. Municipal Administration in America, Birmingham, Ala. 1982, S. 11 f.

³² W. D. Foulke, Evolution in City Charter Making, in: NMR 4 (1915), S. 13–25, hier 14 f.; vgl. auch F. J. Goodnow, City Government in the United States, N. Y. 1904.

Demokratie beruht, ist kommunale Selbstverwaltung in vieler Hinsicht fast nicht existent.« Die deutsche Stadt dagegen hätte »mehr als Selbstverwaltung«: »Sie ist fast eine kleine Republik.«³³

Das *self-government* und die Autonomie der deutschen Städte wurden damit zweifelsohne stark überschätzt, zumal wenn aus der größeren Autonomie gleich auf eine demokratische Machtverteilung geschlossen wurde. Zwar übersahen die meisten nicht, daß auch das Reich und vor allem die Einzelstaaten ein Mitspracherecht in der städtischen Politik hatten, doch, so hörte man immer wieder, dürften Zentralisierung und Staatsabhängigkeit nicht überschätzt werden.³⁴ Die deutsche Staatsaufsicht sei jedenfalls »sehr verschieden von unserer Staatsaufsicht« und nur zum Vorteil der Städte. »Staatsaufsicht in Deutschland unterstützt die Städte und engt sie nicht ein.«³⁵

Wenn William Foulke, damals Präsident der *National Municipal League*, hier Deutschland unmittelbar zur Nachahmung empfahl, waren andere vorsichtiger, vor allem einige kluge Zeitgenossen, die erkannten, daß die Wurzeln der relativen Autonomie der Städte gerade nicht in einer modernen Konzeption demokratischer Selbstverwaltung lagen. Der alte Gedanke der Stadt als unabhängiger Republik sei in Deutschland noch lebendig; oder noch deutlicher und mit kritischem Unterton, »genug von der Idee des Feudalismus ist in Preußen geblieben.«³⁶ Der Hinweis auf diese prekären deutschen Traditionen blieb aber gerade zwischen 1900 und 1915 in auffälliger Weise aus – ob bewußt unterlassen oder nicht, kann heute nicht mehr entschieden werden.

Am erstaunlichsten vielleicht ist in diesem Zusammenhang, wie der undemokratische Charakter des Dreiklassenwahlrechts heruntergespielt wurde. Eine Erinnerung daran, daß deutsche Städte nicht auf demokratischer Basis, das heißt hier: durch allgemeine und gleiche Partizipation, regiert wurden, blieb die Ausnahme.³⁷ Die meisten sahen »gründliche Kontrolle durch das Volk«, »auf der Basis eines breiten Wahlrechts«,³⁸ auch und gerade im direkten Vergleich zu amerikanischen Städten. William Munro, renommierter Professor an der Harvard University, nannte das Wahlrecht »viel demokratischer, als man oft angenommen hat«³⁹ – eine Meinung, die er in den 1920er Jahren explizit widerrief, wie wir noch sehen werden.

³³ F. C. Howe (s. A 16) S. 256f.

³⁴ Vgl. R. C. Brooks, German Cities Under Pressure of War, in: NMR 4 (1915), S. 564–571.

³⁵ W. D. Foulke, Effective Municipal Government, in: NMR 1 (1912), S. 21–32, hier 21f.; F. C. Howe, The Modern City and Its Problems, N. Y. 1915, S. 129f.

³⁶ W. H. Dawson, Municipal Life and Government in Germany, London/N. Y. 1914, S. 437; F. J. Goodnow (s. A 9), S. 156; vgl. auch ders., Municipal Problems, N. Y. 1898/1911².

³⁷ Vgl. J. A. Fairlie (s. A 26), S. 119.

³⁸ E. D. Durand, Council Government versus Mayor Government, in: PSQ 15 (1900), S. 426–451, 675–709, hier 440; R. H. Dana, Democracy and Efficiency, in: Proceedings at the Annual Meeting of the National Civil Service Reform League in Philadelphia 1915, N. Y. 1915, S. 45–51, hier 47.

³⁹ W. B. Munro, The Government of European Cities, N. Y. 1909, S. 126.

Interessanterweise wurde neben dem *self-government* der deutschen Städte ein zweites Merkmal ihrer politischen Struktur hervorgehoben – und zwar von den gleichen Autoren –, das in einem gewissen Widerspruch zum ersten stand: die Verwaltung durch professionelle Experten. Dies war vielleicht derjenige Bereich, in dem sich die »Effizienz« für die amerikanischen Zeitgenossen am stärksten institutionell konkretisierte. Zwar besteht kein Zweifel mehr daran, daß eine auf der Basis dauerhaft angestellter Experten funktionierende kommunale Leistungsverwaltung auch in den amerikanischen Großstädten schon vor 1900 ein gutes Stück vorangekommen war, doch mit der explosionsartigen Vermehrung der deutschen Kommunalbürokratie im Kaiserreich war dies nicht zu vergleichen.⁴⁰ Die Überzeugung war deshalb allgemein: »Wenn Verwaltung effizient sein soll ..., muß es eine ständig zunehmende Verwendung technischer Experten geben.«⁴¹ Zwar hänge der kommunale Fortschritt vor allem vom »good citizenship« ab, aber er müsse auch zunehmend auf einem »permanenten Stab speziell ausgebildeter Beamter« beruhen.⁴²

Diese charakteristisch eingeschränkte Formulierung macht bereits deutlich, daß eine auf Experten beruhende Verwaltung – deren Einsetzung also nicht aus allgemeinen Wahlen, sondern aus einer Berufung allein aufgrund von spezieller Sachkompetenz und überlegener Leistung beruht – für die Amerikaner nicht nur ein technisches, sondern ein genuin politisches Problem darstellte: Das Expertensystem war der amerikanischen politischen Mentalität fremd, doch die Voraussetzungen, auf denen diese beruhte, hatten sich radikal geändert. William Foulke war einer derjenigen, die das bemerkenswert klar sahen. Die deutschen Städte wiesen hier für ihn den Weg; dort sei »city management« – der Begriff ist ebenfalls neu und bezeichnend, insofern er »city government« ablöst – eine Profession, ein Lebenszeitberuf. »Sogar spezielle Schulen gibt es dafür.«⁴³

Doch sah Foulke zugleich ein Problem, das deutlich macht, wie schwierig selbst für die radikalsten Reformer der Ablösungsprozeß von den traditionellen Idealen der direkten Demokratie war: »Wie sollen die Experten ausgewählt werden?«⁴⁴ Dafür, daß sie *nicht* direkt gewählt werden sollten, bot er eine lange und umständliche Rechtfertigung an. Auch andere bemühten sich zu zeigen, daß das auf Verdiensten beruhende System kein »Verlassen der fundamentalen Prinzipien der amerikanischen Politik«⁴⁵ bedeute. Aber Zweifel blieben. Auf keinen Fall, so Foulke, könne das

⁴⁰ Zu Amerika jetzt v. a. J. C. Teaforde (s. A 25), S. 132–173; zu Deutschland vgl. nur die Hinweise bei H. Matzerath (s. A 20), S. 353–357; J. Reulecke, Geschichte der Urbanisierung in Deutschland, Frankfurt 1985, S. 129ff.

⁴¹ C. L. King, The Appointment and Selection of Government Experts, in: NMR 3 (1914), S. 304–315, hier 304.

⁴² M. N. Baker, Municipal Engineering and Sanitation, N. Y. 1906, S. 7f.

⁴³ W. D. Foulke (s. A 32), S. 20.

⁴⁴ W. D. Foulke, Expert City Government, in: NMR 1 (1912), S. 549–561, hier 552.

⁴⁵ J. A. Fairlie, Essays in Municipal Administration, N. Y. 1908, S. 47.

deutsche System in jedem Punkte übernommen werden, vor allem das Amt des *mayor* müsse ein Wahlamt bleiben. Und er beendete sein vehementes Plädoyer für Expertenverwaltung in typisch amerikanischer Weise – sei es aus Überzeugung, sei es, um Gegnern der Reform nicht Anlaß für den Vorwurf des Abweichens von amerikanischen Grundprinzipien zu bieten, also aus taktischen Gründen: »Aber gute Stadtverwaltung kann nicht durch eine bloße Maschinerie produziert werden. Eine Stadt muß in ihren Leistungen von den Bürgern abhängig sein und nicht von irgendeiner Form von Verwaltung, sei es auch die beste der Welt.«⁴⁶

Bei genauem Hinsehen zeigt sich also, daß der Jargon der Effizienz selbst auf seinem Höhepunkt mit Einschränkungen versehen war, daß Deutschland zwar das formal »beste« Verwaltungssystem haben mochte, aber ein umstandsloser Import schwer möglich erschien. Viele versuchten, einen Mittelweg zu finden, »Ineffizienz einerseits und Bürokratie andererseits zu vermeiden«⁴⁷ – eine Sensibilität, nebenbei bemerkt, die in Deutschland zur gleichen Zeit sicher eher die Ausnahme als die Regel war. Zahlreiche Begründungen wurden eingeführt, die Expertenverwaltung und Demokratie als vereinbar erscheinen oder sogar als einander bedingend erscheinen lassen sollten: Die typisch amerikanische Vermengung von Administration und Repräsentation sollte schärfer differenziert werden, lautete ein Vorschlag; ein anderer wollte die kommunale Bürokratie unter ständige Aufsicht von Laien gestellt wissen.⁴⁸

Doch waren die USA zu Beginn des 20. Jahrhunderts zugleich fasziniert vom Aufstieg von Naturwissenschaften, Technik und Wirtschaft. Der rasante Bedeutungsanstieg von Wissenschaft, Technologie und organisierter Planung in der Großindustrie führte viele Amerikaner dazu, diese Methoden auch auf den politischen Bereich übertragen sehen zu wollen,⁴⁹ und auch diese Topoi treten in der Perzeption deutscher Städte besonders klar hervor. Hielt man sich selbst schon für ein vom Geist der Wissenschaft besonders stark durchdrungenes Volk, fühlte man sich von Deutschland doch noch übertroffen. Schon relativ früh bemerkte Albert Shaw im Hinblick auf Verwaltung und kommunale Leistungen der Städte, »die Deutschen scheinen mehr wissenschaftlichen Geist und wissenschaftliche Methoden zu haben als andere Völker«, sie hätten »die Angewohnheit, gründlich zu sein«. Doch sparte er sich auch den kritischen Hinweis nicht, das kommunale Leben in Deutschland sei auf Wissenschaft

»reduziert« worden.⁵⁰ Frederic Howe pries am Beispiel Düsseldorf die »wissenschaftliche Effizienz« deutscher Städte, wo alles »System, Wissenschaft, Ordnung« sei.⁵¹ Das Gefühl, die Politik in den eigenen Städten sei korrupt, spielte eine große Rolle bei solchen Gegenüberstellungen. Stadtverwaltung in Deutschland sei eine Wissenschaft und kein »politischer Fußball«, war Howes Fazit.

Ganz ähnlich wurden Politik und *business* kontrastiert. Das Wachstum der Städte habe zu neuen Anforderungen geführt, denen dadurch entsprochen werden sollte, städtische Politik »gemäß anständiger Geschäftsmethoden« durchzuführen. Diese Methoden existierten in deutschen Städten angeblich schon, während in Amerika noch »verschwenderische politische Methoden« herrschten.⁵² Obwohl die Amerikaner sich gerne als »business people« apostrophierten, mußten sie zugeben, daß die deutschen, aber auch die englischen Städte »sogar noch geschäftsmäßiger« organisiert waren.⁵³ Die Anwendung dieser Prinzipien auf die eigenen Städte konkretisierte sich im sog. *commission manager movement* zu Beginn des 20. Jahrhunderts.⁵⁴ Die Grundidee war, politische Macht in der Stadt zu zentralisieren und zu effektivieren, indem die durch Konflikte der Wahlbezirke, der »wards«, dominierte und dadurch zersplitterte Machtverteilung in einem kleineren Gremium von »Ratsherren« konzentriert würde. Auch hier hatte man sich mit Einwänden auseinanderzusetzen: Die *commissioners* würden eine Oligarchie, wenn auch eine gewählte, bilden, und das sei »kein Regierungssystem, das mit amerikanischen Idealen übereinstimmt«. Die Befürworter argumentierten dagegen, das *commission government* sei zwar »ein Verlassen der Formen kommunaler Demokratie«, aber nicht »des Geistes«⁵⁶ – und verwiesen auf die erfolgreichen deutschen Städte: »Wende das Berliner System auf New York an, und du erhältst Berliner Ergebnisse.«⁵⁷

Dabei war die Nähe des *commission government* zur deutschen Stadtverfassung nicht sehr groß. Viel auffälliger ist die Verwandtschaft im Falle des *manager government*-Systems, einer Reformkonzeption, die ebenfalls noch im ersten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts und in ganz bewußter Anlehnung an die deutsche Bürgermeisterverfassung geschaffen worden war. Oswald Ryan vom *Department of Government* der Harvard University überschrieb ein Kapitel über das *manager government* mit »The

⁵⁰ A. Shaw (s. A 18), S. 290 u. 330.

⁵¹ F. C. Howe, Düsseldorf, A City of Tomorrow, in: Hampton's Magazine 25 (1910), S. 697–709, hier 698 u. 705; das folgende Zitat 708.

⁵² So D. B. Eaton (s. A 24), S. 13 u. 362.

⁵³ J. Martin, Business Thrift in American and European Cities, Especially with Respect to Franchises, in: NML-Proceedings, Philadelphia 1905, S. 154–169, hier 154 ff.

⁵⁴ Vgl. allg. B. R. Rice, Progressive Cities. The Commission Government Movement in America, Austin 1977.

⁵⁵ A. Wilcox, Popular Arguments against the System, in: C. R. Woodruff (Hrsg.), City Government by Commission, N. Y. 1911, S. 143–165, hier 148.

⁵⁶ O. Ryan (s. A 48), S. 92 f.

⁵⁷ F. E. Chadwick, The Newport Plan, in: C. R. Woodruff (s. A 55), S. 187–210, hier 193.

⁴⁶ W. D. Foulke (s. A 44), S. 559.

⁴⁷ A. L. Lowell, Permanent Officials in Municipal Government, in: NML-Proceedings, Philadelphia 1908, 215–222, hier 218.

⁴⁸ Vgl. T. H. Reed, Government for the People, N. Y. 1915, S. 196; O. Ryan, Municipal Freedom. A Study of the Commission Government, Garden City, N. Y. 1915, S. 61 f.

⁴⁹ Vgl. S. Haber, Efficiency and Uplift. Scientific Management in the Progressive Era 1890–1920, Chicago 1964; S. Hays, Conservation and the Gospel of Efficiency. The Progressive Conservation Movement 1890–1920, Cambridge, Mass. 1959; D. F. Noble, America by Design. Science, Technology, and the Rise of Corporate Capitalism, N. Y. 1977.

Coming of the Burgomaster«.⁵⁸ Die deutschen Bürgermeister, besonders die Oberbürgermeister von Großstädten wie Berlin, Frankfurt am Main oder Düsseldorf, hatten unter den amerikanischen Reformern große Beachtung gefunden: Ihr relativ »unpolitischer« Charakter, ihre Fachschulung und ihre Berufung unabhängig vom Herkunftsort wurden immer wieder als beispielhaft gelobt. Der undemokratische Charakter ihres Amtes wurde dagegen selten genannt. »Das deutsche Modell«, notierte Clinton Woodruff anerkennend, »beinhaltet die Wahl des Bürgermeisters unabhängig von politischer Partei, Herkunft oder irgend etwas anderem, das nicht mit Leistung und Verdienst zusammenhängt« – Grundsätze, die er auch in amerikanischen Städten allmählich vordringen sah.⁵⁹ Das *manager government* versuchte dem zu entsprechen, doch blieben seine Erfolge auf wenige und zumeist kleinere Städte begrenzt. Der Bürgermeister konnte nur so lange als »heutiger Meister der Stadtverwaltung«⁶⁰ gelten, wie Effizienz andere Maßstäbe einer guten Politik verdrängen konnte.

III

Hatten Selbstverwaltung und Expertensystem der deutschen Städte für die amerikanischen Zeitgenossen unmittelbar auf Probleme der eigenen politischen Organisation verwiesen, gab es auch einen Aspekt deutscher Städte, der zunächst einmal in ästhetischen Kategorien gefaßt zu werden versucht wurde: ihre Schönheit und Ordnung, die vor allem auf umfassende Planung zurückgeführt wurden. Stadtplanung ist immer eine kollektive Anstrengung, jedenfalls in ihrem Ziel. Sie soll individuelle Bestrebungen koordinieren und auf das Wohl der Gemeinschaft hin formen. Es ist deshalb nicht verwunderlich, daß Stadtplanung in der so individualistisch geprägten Gesellschaft der USA sich bis heute nicht leicht durchsetzen kann. Doch unter dem Einfluß der *progressive reformers* konnte sie an Einfluß gewinnen,⁶¹ weil deren Perspektive sich vom radikalen Individualismus jedenfalls teilweise auf eine Orientierung am Kollektiv verschob. »In vieler Hinsicht ist Stadtplanung die erste bewußte Anerkennung der Einheit der Gesellschaft. Sie bedeutet die Vergesellschaftung von Kunst und Schönheit und die Kontrolle der unbeschränkten Rechte des Individuums.«⁶² Von hier war es kein weiter Weg mehr bis zu der Feststellung, daß umfassende Planung nur bei einem

⁵⁸ O. Ryan (s. A 48), S. 94; H. G. James, *The City Manager Plan, The Latest in American City Government*, in: APSR 8 (1914), S. 602–613.

⁵⁹ C. R. Woodruff (s. A 12), S. 8 ff.; vgl. auch J. T. Bishop, *The Bürgermeister, Germany's Chief Municipal Magistrate*, in: APSR 2 (1907/08), S. 396–410; R. T. Ely, *The Coming City*, N. Y. 1902.

⁶⁰ J. Martin (s. A 53), S. 160.

⁶¹ Vgl. allg. M. Scott, *American City Planning Since 1890*, Berkeley 1969.

⁶² F. C. Howe, *The Remaking of the American City*, in: HM 127 (1913), S. 186–197, hier 186f.

gewissen Maß an öffentlicher Kontrolle von Privateigentum möglich war, die in den amerikanischen Städten fehlte – im Gegensatz zu den deutschen.⁶³

Von daher resultierte das große Interesse der Städtereformer am deutschen »Munizipalsozialismus«, und seit 1900 waren sie zunehmend bereit, ihn als vorbildhaft für die eigenen Städte zu sehen. Noch 1896 hatte sich Frank Loomis zwar auf der *National Conference for Good City Government* der *National Municipal League* gegen die kommunale Kontrolle von Land und Infrastruktureinrichtungen ausgesprochen und dabei den deutschen Munizipalsozialismus als undemokratisch abqualifiziert, europäisches Vorbild war für ihn eher Frankreich.⁶⁴ Und auch später dominierten, wenn es um die konkrete Einführung des Systems in amerikanischen Städten ging, die vorsichtig-abwägenden Stimmen: Dies müsse nach den Bedingungen jeder einzelnen Stadt entschieden werden.⁶⁵ Doch der Charakter des Munizipalsozialismus als umfassende städtische Sozialpolitik wurde anerkannt und prinzipiell begrüßt. »Die deutsche Meinung hat eine klare Konzeption von der Gemeinde als Organisation für wirtschaftliche und soziale Ziele«. »Es ist Aufgabe der Gemeinde, ihre eigene Wohlfahrt und die ihrer Bürger in jeder möglichen Weise zu befördern«, und er vergaß auch nicht hervorzuheben, daß dies von »Sozialismus« sorgfältig zu unterscheiden sei, eine Bemerkung, die dem Abbau der Skepsis der an dieser Stelle besonders empfindlichen Amerikaner gedient haben mag.⁶⁶

Es waren vor allem vier Aspekte des »Munizipalsozialismus«, die immer wieder hervorgehoben wurden: der städtische Besitz der Ver- und Versorgungsnetze sowie der Massenverkehrsmittel (– in amerikanischen Städten meist über *franchises* an private Unternehmer vergeben –); die Schaffung öffentlicher kultureller Einrichtungen wie Opernhäuser oder Ausstellungsgebäude; ferner der öffentliche Besitz bzw. die Kontrolle von Boden in und außerhalb der Stadt, was aus der Sicht des amerikanischen Eigentumsverständnisses als »der bemerkenswerteste Fall des Eindringens der Stadtverwaltung in einen Bereich, der nach unserer Auffassung ganz dem privaten Unternehmertum vorbehalten ist«⁶⁷ gelten mußte; und schließlich die städtische Finanzwirtschaft und hier besonders das Steuersystem. Immer wieder wurde über die Wertzuwachssteuer auf Landbesitz geschrieben, die Bodenspekulation eindämmen sollte.⁶⁸ Diese Steuer wurde positiver beurteilt, als man vielleicht zunächst annehmen

⁶³ Vgl. ebda., S. 195.

⁶⁴ F. M. Loomis (s. A 22), S. 214.

⁶⁵ Vgl. z. B. J. A. Fairlie (s. A 45), S. 262–274; E. J. Levey, *Municipal Socialism and Its Economic Limitations, with Special Reference to Conditions in New York City*, in: PSQ 24 (1909) S. 23–56.

⁶⁶ A. Shaw (s. A 18), S. 322 f.; vgl. allg. auch E. J. James, *Municipal Administration in Germany, as seen in the Government of a typical Prussian City*, Halle a/S., Chicago 1901.

⁶⁷ W. D. Foulke (s. A 35), S. 29.

⁶⁸ Vgl. etwa E. Roberts, *Monarchical Socialism in Germany*, N. Y. 1913, S. 109–115; J. Martin, *The Unearned Increment in Cities*, in: NML-Proceedings 1910, S. 346–352; vgl. dazu H. Lindemann, *Art. Wertzuwachssteuer*, in: *Handwörterbuch der Kommunalwissenschaften*, Bd. 4, Jena 1924, S. 473–482; sowie allg. W. R. Krabbe, *Kommunalpolitik und Industrialisierung*, Stuttgart 1985.

sollte, da die meisten Amerikaner sich eine Skepsis gegenüber einem Kapitalismus, der nur auf Spekulationsgewinnen aufbaute, bewahrt hatten und die Wertzuwachssteuer insofern dem Ideal des Kleinproduzentenkapitalismus der Ära Jacksons entsprechen konnte. Es wurde aber auch generell anerkannt, daß die deutschen Städte in der Lage seien, den wachsenden Finanzbedarf »zur Durchführung ihrer sozialen Reformpolitik« zu decken.⁶⁹

Der starke, manchmal überragende Stellenwert, den all diese Themen in der amerikanischen Reflexion über deutsche Städte hatten, macht die – vorübergehende – Anziehungskraft eines »kollektivistischen« Denkens deutlich. Einige sprachen von »pervertierten Begriffen von Individualismus und privatem Unternehmertum« oder kritisierten den »übertriebenen Individualismus« Amerikas.⁷⁰ Das öffentliche Wohl sollte vor dem Druck von Privatinteressen in Schutz genommen werden.⁷¹ Soziale und Versorgungsfunktionen der Kommune konnten so manchem wichtiger erscheinen als allgemeine Partizipation und demokratische Selbstverwaltung, die ja in den deutschen Städten nur höchst unvollkommen gegeben waren. Mehr noch, Demokratie konnte sich dann nicht nur als »Partizipationsdemokratie«, sondern auch als »Versorgungsdemokratie«, in der gleichen Versorgung aller, erfüllen.

Die traditionelle amerikanische Definition von Gleichheit meint Rechts- und Chancengleichheit. Doch das genügte zu Beginn des 20. Jahrhunderts einigen nicht mehr: Sozialökonomische Gleichheit trat als Ziel daneben, und in den deutschen Städten sah man sie, wenn nicht verwirklicht, so doch ein gutes Stück vorangekommen. Schon 1890 hatte Frank Goodnow an den preußischen Städten den Versuch hervorgehoben, der Allgemeinheit »den Nutzen der öffentlichen Tätigkeit der wohlhabenden Bürger« zukommen zu lassen,⁷² und immer wieder wurde danach der breite gesellschaftliche Konsens über den Munizipalsozialismus als beispielhaft gewürdigt. Die deutsche Gesellschaft, wie sie sich in ihren Städten spiegelte, verhielt den Amerikanern eine Einheit, die ihnen selbst durch Industrialisierung und soziale Differenzierung abhanden gekommen war. Henry Adams stellte die Lebenserfahrung des Übergangs von »unity« zu »multiplicity« exemplarisch in seinen Werken dar.⁷³

Besonders die Bereitschaft des Wirtschaftsbürgertums, für die Versorgung der Bevölkerung Opfer in Form hoher Steuersätze zu bringen und sich für das Wohl der

⁶⁹ R. C. Brooks (s. A 18), S. 665.

⁷⁰ K. F. Geiser, German Municipal Socialism as Illustrated By Ulm, in: NMR 1 (1912), S. 355–363, hier 360; F. C. Howe (s. A 35), S. 368.

⁷¹ Vgl. A. Shaw, Problems of American Development, N. Y. 1907, S. 29; vgl. dazu D. T. Rodgers, In Search of Progressivism, in: Reviews in American History 10 (1982), S. 113–132, der die »language of social bonds« als eine von drei »languages of progressivism« sieht.

⁷² F. J. Goodnow (s. A 9), S. 156f.

⁷³ Vgl. H. Adams, The Education of Henry Adams. An Autobiography, Boston (1918) 1946; ders., Mont-Saint-Michel and Chartres, Boston 1904; vgl. auch J. Higham, Hangig Together: Divergent Unities in American History, in: Journal of American History 61 (1974), S. 5–28.

Stadt einzusetzen wie für die »privaten Geschäftssachen«, beeindruckte und wurde dem »egoistischen Geschäftsgeist« der eigenen Oberschicht gegenübergestellt.⁷⁴ Stauend stellte man etwa bezüglich des Preußischen Kommunalabgabengesetzes von 1893 fest, daß Finanzminister v. Miquel Städte als »vorwiegend wirtschaftliche Verbände« bezeichnet hatte, damit aber etwas geradezu gegensätzliches zu der vielgehörten amerikanischen Phrase »municipal government is business, not politics«, gemeint sein sollte: »Denn während wir bei uns manchmal das Argument hören, städtische Politik sollte von Geschäftsleuten, mit ihren Methoden und in ihrem Interesse, betrieben werden, war v. Miquels Schlußfolgerung, daß Geschäftsleute als Hauptnutznießer der städtischen Verwaltung auch den größten Beitrag zu ihrer Finanzierung leisten sollten.«⁷⁵ Der paternalistische Charakter der deutschen kommunalen Sozialpolitik wurde zwar vermerkt, stand der positiven Beurteilung aber nicht im Wege, und sogar dem deutschen Militarismus wurde bescheinigt, daß er Früchte trage in Form einer besonderen »Bürgertugend«: »Unsere eigene kommunale Erziehung ist noch nicht so weit gekommen.«⁷⁶

Die Anerkennung Deutschlands ging an dieser Stelle über die der Städte hinaus; sie weitete sich zum Topos des »monarchischen Sozialismus« oder »Staatssozialismus«, der sowohl die Ambivalenz im amerikanischen Denken jener Zeit als auch die ambivalente Modernität Deutschlands im Kaiserreich deutlich werden läßt. Die Darstellung dieses »Staatssozialismus« und die Wahrnehmung Deutschlands überhaupt konzentrierte sich oft auf seine dynamischen sozioökonomischen Aspekte und vernachlässigte die starre, autoritäre Herrschaftsstruktur im Reich und in den Einzelstaaten.⁷⁷ In einer Empfehlung zur Nachahmung gipfelte die Anerkennung Deutschlands aber dennoch ganz überwiegend nicht. Immerhin war es ungewöhnlich genug, etwa Wilhelm II. als Demokraten zu bezeichnen: »Kaiser Wilhelm, Demokrat und Monarchist. Als Demokrat lebt der Kaiser geistig inmitten der fortschrittlichen Gedanken der Zeit... Er begrüßt die Verteilung von Reichtum und Ideen und führt den Sozialismus der Krone an, der Deutschland wirtschaftlich umgestaltet. Als Monarchist verteidigt er hartnäckig Privilegien, rühmt die Dienste der Hohenzollern für Deutschland und widersteht fast unbeweglich jenen, die seine ererbten Rechte teilen möchten.«⁷⁸

⁷⁴ F. C. Howe (s. A 16), S. 143; ders. (s. A 51), S. 709; s. auch ders., City Building in Germany, Boston 1911; ähnlich E. D. Durand (s. A 38), S. 449.

⁷⁵ R. C. Brooks (s. A 18), S. 670f.; vgl. Gesetz-Sammlung für die Königlichen Preußischen Staaten 1893, Nr. 21, S. 152–184.

⁷⁶ W. D. Foulke (s. A 35), S. 31 f.

⁷⁷ Vgl. z. B. W. H. Dawson, Bismarck and State Socialism. An Exposition of the Social and Economic Legislation of Germany since 1870, London 1890; ders., The Evolution of Modern Germany, London/N. Y. 1908; ders., Industrial Germany, London 1913.

⁷⁸ E. Roberts (s. A 68), S. 116.

»Zweifaches Deutschland« – auf diesen Begriff konnte diese Ambivalenz gebracht werden. Deutschland werde von einer Oligarchie beherrscht, aber diese sei demokratisch gesinnt. Es gebe in Deutschland nicht weniger Freiheit als in Amerika, sondern eine andere Art Freiheit, und der »wirtschaftlichen und sozialen Gleichheit« wurde die »politische und persönliche Gleichheit« gegenübergestellt.⁷⁹ Dahinter verbirgt sich genau das, was wir oben mit »Versorgungs-« und »Partizipationsdemokratie« zu bezeichnen versucht haben. Das »zweifache Deutschland« spiegelte hier gewissermaßen nur eine zweifache Seele Amerikas. Doch die Anerkennung der deutschen Art von Demokratie war labil. Deutschland war »ultra-modern«, doch zugleich ersetzte es Selbstverwaltung durch »Polizeiherrschaft«.⁸⁰ Hier schlug die Zustimmung wieder in Distanzierung um. »Als eine Nation denken und handeln wir immer noch in den Begriffen eines früheren Zeitalters, genau wie die Deutschen.« »Wir jedoch denken in Begriffen der Pionier-, sie in solchen der Feudalgesellschaft.«⁸¹ In der Tat, Amerika begann, jedenfalls diskursiv, eine Rückkehr zu seinen Ursprüngen.

Doch bevor wir darauf im nächsten Abschnitt näher eingehen, wollen wir uns noch einmal kurz systematisch vergewissern, wie in den ersten anderthalb Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts das neue Konzept der Effizienz zum Begriff der Demokratie in Beziehung gesetzt wurde und in welcher Weise Demokratie und »good government« selbst definiert worden sind.

Denn »Demokratie«, so viel ist schon deutlich geworden, blieb in der Diskussion der Reformen ein ganz entscheidender Bezugspunkt, der von »Effizienz« oder anderen Kategorien nie verdrängt wurde; wohl aber wurde er im Verhältnis zu den neuen Leitbegriffen neu zu bestimmen versucht. In der rückblickenden Perspektive ist das ganz deutlich, während manche Zeitgenossen durchaus den Eindruck gewannen, bei ihren Landsleuten würde das Interesse an demokratischer Regierung nachlassen. Aber wenige Jahre später hatte der Ruf nach Effizienz seine Überzeugungskraft verloren. Dennoch: Die Wahrnehmung des hohen Ranges von Effizienz als politischem Leitwert wirft ein Licht auf die Vehemenz und die geradezu revolutionäre Neuartigkeit, die diese intellektuelle und politische Bewegung für die amerikanischen Zeitgenossen gehabt haben muß.

Einen Konflikt zwischen Demokratie und Effizienz mußte es deshalb nicht unbedingt geben: Die eigentliche Spannung, so wurde argumentiert, bestehe zwischen Demokratie und der vielkritisierten, ineffizienten und korrupten Maschinerie der Städte. So gesehen, konnte Demokratie sich gerade durch Effizienz erfüllen, jedenfalls aber mit dieser koexistieren. Davon war zum Beispiel Richard Dana überzeugt, damals Präsident der *National Civil Service Reform League*, die sich bereits seit den

⁷⁹ F. C. Howe, *Socialized Germany*, N. Y. 1915, S. 1–7, 82–85; vgl. auch W. S. McNeill, Rez. von Howe, *Socialized Germany*, in: NMR 5 (1916), S. 684–685.

⁸⁰ R. H. Fife, *The German Empire Between Two Wars*, N. Y. 1916, S. VII u. 292.

⁸¹ F. C. Howe (s. A 79), S. 81.

1880er Jahren und nicht nur im kommunalpolitischen Raum für Expertenverwaltung einsetzte.⁸² »Der Glaube, daß Demokratie Ineffizienz bedeutet und bedeuten muß, ist weit verbreitet«, meinte er. »In ihrer Verzweiflung drängen manche auf den Selbstmord der Demokratie und die Geburt eines Reiches, weil sie nur eine Wahl zwischen Freiheit und Stärke sehen. Aber ich bin überzeugt, was wir brauchen, ist nicht der Verlust von Freiheit, sondern ihre Partnerschaft mit Expertenverwaltung.«⁸³

Diese Partnerschaft wurde auch allgemein für möglich gehalten, allerdings unter der Voraussetzung, daß den veränderten Bedingungen nicht mehr angemessene Strukturmerkmale demokratischer Herrschaft in den Städten geändert würden. So wurde durchaus die gute Absicht anerkannt, mit der ein Jahrhundert zuvor das Montesquieuische Prinzip der Gewaltentrennung in den Stadtverfassungen verankert worden war, doch nunmehr führe es zu Ineffizienz und mache eine stärkere Zentralisierung erforderlich. »In früherer Zeit«, erinnerte Oswald Ryan an die Motive der Amerikanischen Revolution, »führte die Angst vor politischer Tyrannei zur Forderung nach Gewaltenteilung; heute läßt die Angst vor politischer Ineffizienz manche diesen Grundsatz bekämpfen.«⁸⁴ Die deutschen Städte waren in ihrer »harmonischen Zusammenarbeit zwischen Legislative und Exekutive«⁸⁵ Vorbild für ein vorsichtiges Abrücken von Montesquieu, das aber keinen Verzicht auf das demokratische Prinzip an sich implizieren sollte.

Den vielleicht besten Blick für die strukturellen Probleme, die für den – vermeintlichen oder realen – Konflikt zwischen Demokratie und Effizienz verantwortlich waren, bewies damals Leo Rowe, Professor für politische Wissenschaft an der *University of Pennsylvania*, in einem offenbar vielbeachteten Artikel für das noch junge *American Journal of Sociology*. Auch er wies auf die revolutionäre Tradition und ihren Niederschlag in der Kommunalverfassung hin. »Ein Minimum an Regierung und ein Maximum an individueller Freiheit waren die obersten Werte politischen Denkens und Handelns.«⁸⁶ Die Entstehung und das rapide Wachstum von großen Städten habe nun zu neuen Anforderungen an städtische Politik und Verwaltung geführt, doch die ungebrochene Herrschaft der politischen Ideen des 18. Jahrhunderts verhindere eine Ausdehnung ihres Tätigkeitsbereichs. »Amerikanische

⁸² Vgl. F. M. Stewart, *The National Civil Service Reform League*, Austin 1929. Das folgende Zitat R. H. Dana (s. A 38), S. 45. Ähnlich A. L. Lowell, *Expert Administration in Popular Government*, in: APSR 7 (1913), S. 45–62.

⁸³ Belege für diese angebliche Meinung habe ich übrigens für die hier diskutierte Zeit nicht gefunden. Vielleicht drücken solche Äußerungen deshalb eher die eigene Befürchtung als die publizierte Meinung eines politischen Kontrahenten aus.

⁸⁴ O. Ryan (s. A 48), S. 98; vgl. auch *ders.*, *The Commission Plan of City Government*, in: APSR 5 (1911), S. 38–56, hier 38 f.

⁸⁵ E. D. Durand (s. A 38), S. 685.

⁸⁶ L. S. Rowe, *The Relation of Municipal Government to American Democratic Ideals*, in: *American Journal of Sociology* (= *AJS*) 11 (1906), S. 75–84, hier 76; die folgenden Zitate ebda., S. 81 u. 78.

Städte sind noch organisiert, als wären sie die Kleinstädte und Dörfer von vor fünfzig Jahren.« Das war nun gewiß eine starke Übertreibung, der man aber doch ein Körnchen Wahrheit nicht absprechen konnte. Vor allen Dingen besaß sie offenbar eine relativ starke Überzeugungskraft in einer Zeit, in der industrielle und soziale Organisation, wie auch Rowe meinte, zu einer wachsenden Konzentration von Verwaltungsmacht neigten und zu einem parallelen Anstieg der Effizienz. Er nannte es eine Illusion, die doch nicht dauernd bewahrt werden könne, daß »durch eine magische Kraft die Politik von den Tendenzen abgeschirmt werden kann, die jeden anderen Bereich des Lebens unserer Nation bestimmen.« Die Macht der sozialökonomischen Verhältnisse schien die traditionellen politischen Ideale Amerikas zu zerreiben.

Ein Ausweg bestand, wie bereits angedeutet, in der Unterscheidung zwischen »government« und »administration« oder, was dasselbe bedeutete, zwischen einer »politischen« und einer »administrativen« Seite von *government*. »Administration« wurde als ein allgemeiner Ausdruck verstanden, »anwendbar auf das Management aller Art von Geschäften«;⁸⁷ er meinte also die technische Seite von Verwaltung, sei es öffentlicher oder privater, und hier konnte Effizienz verwirklicht werden, ohne mit Demokratie zu kollidieren. Auf den eigentlich politischen Bereich konnte dann das demokratische Prinzip angewendet werden, und hier hatte wiederum Effizienz kein Maßstab zu sein.⁸⁸ Doch wie diese Unterscheidung institutionell umgesetzt werden konnte, blieb unklar. Das war wohl auch der Grund dafür, daß sie sich nicht dauerhaft durchsetzen konnte.

Zwischen 1900 und 1915 war die traditionelle amerikanische Hingabe an das »small government« stark geschwächt, wie Richard McCormick richtig meint.⁸⁹ Doch waren die Veränderungen komplexer und vielschichtiger, als dadurch zunächst nahegelegt wird. Die Rückkopplung der Definitionen von Demokratie an die amerikanische Tradition ging ja nicht verloren. Der abstrakte Begriff des »good government« diente auch der Legitimation der radikalen Reformen. »Good government« war der Titel der seit 1881 erscheinenden Zeitschrift der *National Civil Service Reform League*, und auch die jährlichen Tagungen der *National Municipal League* hießen »Conference for Good City Government«. Die Überzeugung blieb: »Unser kommunales System muß in Übereinstimmung mit den Prinzipien der Verfassung und dem gesellschaftlichen Leben gestaltet werden«; es müsse »mit den fundamentalen Theorien republikanischer Politik vereinbar« sein.⁹⁰ Doch traditionelle Leitbegriffe wurden neu gefüllt. »True Americanism« konnte jetzt darin gesehen werden, das

⁸⁷ J. A. Fairlie (s. A 26), S. V.

⁸⁸ Vgl. H. E. Deming, *The Government of American Cities*, N. Y. 1909, S. 198 ff.

⁸⁹ Vgl. R. L. McCormick, *The Party Period and Public Policy*. *American Politics from the Age of Jackson to the Progressive Era*, N. Y. 1986, S. 276.

⁹⁰ D. B. Eaton (s. A 24), S. V.

Beste in allen Ländern zu suchen und für die eigenen Zwecke zu nutzen: »Die Anpassungsfähigkeit der Amerikaner ist eine vielfach bewunderte Eigenschaft.«⁹¹ Zehn Jahre vorher oder zwanzig Jahre später hätte »wahrer Amerikanismus« wohl kaum gerade durch den Verzicht auf die eigenen Traditionen und die Orientierung an anderen Ländern bestimmt werden können.

Auch »good government« und Demokratie erfuhren eine Umdeutung, und zwar gerade durch die Übernahme von Konzepten anderer Länder, besonders Deutschlands und seiner Städte, wie wir gesehen haben. Wenn europäische Städte als »besser« regiert gesehen wurden, war der Maßstab nicht mehr Partizipation, sondern, neben der allgemeinen Effizienz, »gut gepflasterte und saubere Straßen, sauberes Wasser, Kanalisation, wissenschaftlich arbeitende Gesundheitsbehörden, anständige und effektive Polizei«,⁹² eine Liste, die der Autor auch noch um andere Versorgungsleistungen hätte erweitern können. Der Engländer William Dawson, dessen Bücher über Deutschland auch in den USA starke Beachtung fanden, drückte aus, was auch ein für Städtereformen engagierter Amerikaner hätte sagen können: »Was also ist das Wesen von freier Selbstverwaltung? Nicht notwendigerweise direkte Regierung des Volkes in allen Einzelheiten ... Das Wichtigste ist, daß der Wille des Volkes befolgt wird.«⁹³ Ob er selbst erkannte, wie leicht damit eine paternalistisch-autoritäre, aber soziale Verantwortlichkeit zeigende Verwaltung wie die der deutschen Städte gerechtfertigt werden konnte? Die deutsche Konzeption der Versorgungsdemokratie, wie sie sich den Amerikanern vor allem im »Munizipalsozialismus« offenbarte, war den Reformern als Alternative zu dem, was sie selbst unter Demokratie zu verstehen gelernt hatten, vor Augen getreten. Thomas Reed nannte ein Buch »Government for the people« – nicht: »by the people« – und drückte damit die Bevorzugung dieser Alternative aus.⁹⁴ Doch die Ernüchterung folgte sehr schnell. Amerika erwies sich als lernfähig.

IV

Der Erste Weltkrieg bildet einen fundamentalen Einschnitt in der Geschichte der amerikanischen Gesellschaft und in ihrem Denken über sich selbst.⁹⁵ Er beendete nicht nur die Isolation der Vereinigten Staaten, sondern auch ihre »Unschuld«.⁹⁶ Für die, die zuvor in Deutschland oder wenigstens in einzelnen Aspekten seiner politisch-sozialen Struktur ein Vorbild für das eigene Land gesehen hatten, mußte der Wechsel

⁹¹ R. T. Ely (s. A 59), S. 37.

⁹² E. D. Durand (s. A 38), S. 437.

⁹³ W. H. Dawson (s. A 36), S. 442.

⁹⁴ T. H. Reed (s. A 48).

⁹⁵ Vgl. etwa D. M. Kennedy, *Over Here. The First World War and American Society*, N. Y. 1980.

⁹⁶ Vgl. H. F. May, *The End of American Innocence. A Study of the First Years of Our Own Time 1912–1917*, N. Y. 1959.

besonders abrupt sein. Die USA bekämpften in Deutschland nicht nur irgendeinen machtpolitischen Gegner, sondern eine grundsätzlich andere politische und soziale Ordnung, die als der eigenen unterlegen eingestuft wurde.

Für die Wahrnehmung und Beschreibung deutscher Städte konnte das nicht ohne Auswirkungen bleiben. Der Umschlag vom Enthusiasmus zur Kritik, der im folgenden beschrieben werden soll, fällt offensichtlich mit dem Kriegsbeginn (nicht erst mit dem Kriegseintritt der USA) zusammen, und schon die Zeitgenossen haben diesen Zusammenhang gesehen. Roger Wells, der 1927/28 ein Jahr in Deutschland verbrachte und das Material zu seinem Buch über »German Cities« sammelte, reflektierte im Vorwort das starke Interesse an der deutschen Städteverwaltung vor dem Krieg, die Wahrnehmungen, wie sie damals gewesen waren, kontrastierend: hier die korrupten, nur formell demokratischen, ineffizienten Städte Amerikas, dort die unabhängigen, effizienten Städte des Deutschen Reiches. »Zweifelloos war das kommunale Wahlrecht zum größten Teil eng und undemokratisch. Das erschien jedoch relativ unbedeutend, verglichen mit den Erfolgen dieses Systems.«⁹⁷ Dann kam der Krieg, fuhr Wells fort und gab damit seine Erklärung des nachgelassenen Interesses an den deutschen Städten, »which cast a cloud upon all things German«.

Doch irrte er, wenn er seine Erklärung damit für vollständig hielt. Der Krieg war wohl der Anlaß zum Umdenken, aber nicht die Ursache. Dies schon deshalb nicht, weil das Lob der deutschen Städte, wie wir gesehen haben, nur Ausdruck einer viel weiter reichenden Änderung im politischen Denken war, und als das Pendel zurückschlug, veränderte sich wiederum mehr als bloß das Urteil über Expertenverwaltung oder Munizipalsozialismus. Der Erste Weltkrieg löste einen grundsätzlichen Besinnungsprozeß aus, der, so meine These, auch ohne ihn eingetreten wäre – wohl etwas später und ohne die radikale Plötzlichkeit, die manch einen wie aus einem Traum aufwachen und seine Überzeugung von gestern widerrufen ließ. So warnte Clinton Woodruff in seinem Jahresbericht vor den Delegierten der *National Municipal League* bereits Ende 1915, nur zwei Jahre nach seinem letzten großen Plädoyer für die deutsche Effizienz: »Viele Jahre hat sich die Aufmerksamkeit der Amerikaner auf die Effizienz der deutschen Städte gerichtet, und wir haben von den herrlichen Leistungen der dortigen Verwaltung geschwärmt; aber das ist bisher noch nicht überzeugend gewesen, denn die Situation in Deutschland und in diesem Land ist sehr verschieden. Effiziente Verwaltung ist dort eher ein Geschenk von oben als Ergebnis des Wünschens und Sehns des Volkes selbst.«⁹⁸

Der Meinungsumschwung war auch Folge eines Nachlassens der Reformdynamik, jedenfalls einer Abschwächung ihrer Rhetorik, ein Phänomen, das für viele Reform-

⁹⁷ R. H. Wells, *German Cities*, Princeton 1932.

⁹⁸ C. R. Woodruff, *American Conceptions of Municipal Government*, in: *NMR* 5 (1916), S. 1–11, hier 5.

bewegungen in der modernen Geschichte gilt. Daß die *American Political Science Review* 1915 ihre Rubrik *Current Municipal Affairs* einstellte, ist nur ein Indiz unter vielen für das generell sinkende Interesse an dem Thema. Zu einem völligen Stillstand in den Reformbemühungen kam es nicht, und noch 1925 konnte Thomas Reed von einer Ausdehnung des *Home-Rule*-Prinzips und Erfolgen des *city manager*-Plans berichten.⁹⁹ Doch der Ton war pragmatischer, nüchterner, und vor allem: Reformen speisten sich jetzt aus eigenen Konzepten, nicht aus denen anderer Länder. Die Stimmung war wieder verbreitet, daß man auf das durch eigene lange Anstrengungen Erreichte auch stolz sein könne. Amerika wurde jetzt sogar zum Vorbild für andere Staaten: »Amerika ist jetzt für die Welt das beste Labor kommunaler Experimente. In diesem Bereich der Verwaltung und Politik kann Europa so viel von uns lernen wie wir von Europa. Eine Generation früher war das noch nicht so«,¹⁰⁰ von Munro als Beleg für die auffälligen Fortschritte der eigenen Städte gewertet, die er nun selbst in vielen Versorgungsfunktionen als den europäischen überlegen sah.

Gegenüber der Orientierung an anderen Ländern herrschte nun eine grundsätzliche Skepsis. Das wurde schon 1915 vorsichtig registriert,¹⁰¹ ein Jahrzehnt später war es eine explizite Distanzierung, die den Sinn von Vergleichen grundsätzlich in Frage stellte. Der Politikwissenschaftler Chester Maxey befand, ein Vergleich europäischer und amerikanischer Formen der Stadtverwaltung sei »nicht immer so fruchtbar, wie er interessant ist«; er könne höchstens noch dazu dienen, sich grundsätzliche Unterschiede klarzumachen.¹⁰² Darauf folgten insgesamt anderthalb Seiten über die englische, französische und deutsche Stadtverfassung, wo fünfzehn Jahre früher in einem ähnlichen Buch jedem der Länder ein ganzes Kapitel gewidmet worden wäre. Maxey hatte damit bezüglich des Sinns von Vergleichen wieder die Position erreicht, die Frank Goodnow 1890 vor dem Beginn des reformerischen Diskurses eingenommen hatte.

Den Höhepunkt in der radikalen Revision einer eigenen früheren Überzeugung stellte wohl die 1927 erschienene Neuauflage von Munros *Government of European Cities* dar. Hatte er 1909 noch über den undemokratischen Charakter des Dreiklassenwahlrechts galant hinwegsehen können, prangerte er jetzt, als es schon jahrelang abgeschafft war, noch einmal ausführlich seine »Absurditäten« an.¹⁰³ Die Schuld an seinem früheren Fehlurteil deklarierte er zur perfiden Absicht des preußischen Systems: »Es war unglaublich erfolgreich darin, die eigenen Schwächen vor der

⁹⁹ Vgl. T. H. Reed, *Notes on Municipal Affairs*, in: *APSR* 19 (1925), S. 325–337.

¹⁰⁰ W. B. Munro, *Municipal Government and Administration*, 2 Bde., N. Y. 1923, Bd. 1, S. VIII.

¹⁰¹ W. B. Munro, *A Bibliography of Municipal Government in the United States*, Cambridge, Mass. 1915, S. IV.

¹⁰² C. C. Maxey, *An Outline of Municipal Government*, Garden City, N. Y. 1925, S. 42f. u. 70.

¹⁰³ W. B. Munro, *The Government of European Cities*, Revised Edition, N. Y. 1927, S. 347ff.; die folgenden Zitate ebda., S. 342 u. 355.

Öffentlichkeit zu verdecken.« Die Effizienz der deutschen Städte war nur noch eine »scheinbare«, und vor allem wurde Effizienz generell abgewertet. »Es reicht nicht, daß Politik ›für das Volk‹ gemacht wird. Sie muß auch vom Volk und durch das Volk gemacht werden.« Intelligente Menschen »ziehen sogar eine schlechte Regierung, die sie selber gemacht haben, einer effizienten vor, die ihnen von anderen auferlegt wurde.«

An dieser Stelle wird deutlich, daß das Abrücken vom deutschen Modell wesentlich mehr war als eine ideologische Begleitung der Kriegsführung. Die Vorstellung davon, was Demokratie heißen könne und solle, hatte sich noch einmal radikal geändert, diesmal im Sinne einer Rückkehr zur amerikanischen »Partizipationsdemokratie«. Die deutsche »Versorgungsdemokratie« war nicht mehr gefragt; ein Buch über die deutschen Städte beschäftigte sich noch auf zweieinhalb Seiten mit den kommunalen Versorgungsunternehmen,¹⁰⁴ und »government«, die Kommunalverfassung im rechtlichen Sinne, erhielt wieder den Vorrang vor »administration«. Frederic Howe stellte mit einem Unterton von Resignation fest: »Ich hatte Hoffnungen einer sozialen Demokratie«.¹⁰⁵

Dazu kam ein generell neutraler Ton in der Literatur, Zeichen der Verwissenschaftlichung eines vorher nicht scharf zwischen Wissenschaft und Politik, Analyse und Meinung trennenden Diskurses. Das ist etwa an den Artikeln der *National Municipal Review* ganz deutlich abzulesen. Und schließlich verloren die Politikwissenschaftler ihr Monopol über die Beschäftigung mit Städten: Soziologische Analysen der Stadt waren seit Robert Parks bahnbrechendem Aufsatz von 1916 möglich geworden und zogen bald einen großen Teil der Aufmerksamkeit auf sich.¹⁰⁶

Betrachten wir zunächst einige charakteristische Einzelaspekte der Wahrnehmung deutscher Städte – und Deutschlands insgesamt – nach 1915 näher, bevor abschließend die Neubestimmung von Demokratie, Effizienz und ihres Verhältnisses zueinander in systematischer Perspektive beleuchtet wird. Einer der häufigsten Topoi vor dem Ersten Weltkrieg war die Anerkennung der kommunalen Demokratie als Selbstverwaltung und Unabhängigkeit vom Staat gewesen. Nun war es genau umgekehrt: Die Staatsabhängigkeit der deutschen Städte wurde kritisiert, obwohl sie, alles in allem, auch in der Weimarer Republik über die der amerikanischen Städte nicht hinausging;¹⁰⁷ und ihre interne Demokratie schien prekärer als je zuvor, obwohl es hier nach

¹⁰⁴ B. W. Maxwell, *Contemporary Municipal Government of Germany*, Baltimore 1928, S. 91–93.

¹⁰⁵ F. C. Howe, *The Confessions of a Reformer*, N. Y. 1925/ND Chicago 1967, S. 236.

¹⁰⁶ Vgl. R. E. Park, *The City: Suggestions for the Investigation of Human Behaviour in the Urban Environment*, in: *AJS* 20 (1915), S. 577–612; als Beispiele für eher sozialwissenschaftliche Literatur: H. P. Douglass, *The Suburban Trend*, N. Y. 1925; P. Studenski, *The Government of Metropolitan Areas in the United States*, N. Y. 1930; R. D. McKenzie, *The Metropolitan Community*, N. Y. 1933.

¹⁰⁷ Vgl. C. Engeli, *Städte u. Staat in der Weimarer Republik*, in: B. Kirchgässner / J. Schadt (Hrsg.), *Kommunale Selbstverwaltung – Idee u. Wirklichkeit*, Sigmaringen 1983, S. 163–181.

1918 ganz eindeutig eine Entwicklung gegeben hatte, die die Amerikaner hätten positiv anerkennen müssen. Das war aber die Ausnahme. Nur ein Deutschland besonders freundlich gesonnener Politikwissenschaftler wie Wells würdigte ausdrücklich, daß demokratische Ideen und allgemeines Wahlrecht die auf ein beschränktes Wahlrecht gestützte konservative Herrschaft abgelöst hätten.¹⁰⁸

Die deutsche Tradition war für die Amerikaner jetzt die von »strenger zentralisierter Verwaltungsaufsicht und Kontrolle«, dem ein »Wunsch des Volkes nach Selbstverwaltung« zwar gegenüberstehe, aber sich doch nicht recht durchsetzen könne.¹⁰⁹ Ob die Deutschen darin Erfolg haben könnten, ihre effiziente Stadtverwaltung zugleich nach demokratischen Prinzipien zu organisieren, würde erst die Zukunft zeigen können.¹¹⁰ Interessant ist, daß die sozialpolitische Komponente des deutschen Zentralismus, die in der Weimarer Republik ja besonders ausgeprägt war, im Gegensatz zum früheren Bild des Kaiserreichs und seines Staatssozialismus nun nicht einmal mehr wahrgenommen wurde. Der kluge Blick für die Einheit der Ambivalenz von autoritärem Regime und Sozialpolitik war allerdings schon früher abhanden gekommen. So erschien es Herman James, Professor im texanischen Austin, schon 1917 »seltsam«, daß soziale Wohlfahrtsmaßnahmen in den Städten des »undemokratischen Deutschland« weiter entwickelt waren als in den amerikanischen.¹¹¹ Und aus dem Land, dessen gesellschaftlichen Konsens man bewundert hatte, war »das klassische Land der Klassenunterschiede« geworden, ein noch wenige Jahre zuvor fast undenkbares Urteil.

So erfuhren auch Effizienz und Professionalisierung der Verwaltung eine Neubewertung, die die alten Maßstäbe zum Teil explizit zurücknahm. »Man hat gewöhnlich gemeint, deutsche Städte würden von professionellen Experten verwaltet werden«, der Unterschied zu anderen Ländern und besonders zum eigenen sei aber oft übertrieben worden. Die Verwaltung durch Experten galt nun sogar als Bruch mit den positiven amerikanischen Traditionen. »Wo Laien in Europa Macht haben, erwarten sie, daß Experten sie für sie ausüben; das ist die europäische Tradition.«¹¹² Die fortgesetzte deutsche Tendenz zur Rationalisierung der öffentlichen Verwaltung und zur Förderung von »business-like management« wurde, wenn überhaupt, mit geradezu ironischer Distanz beschrieben, als hätte es eine solche Bewegung in den USA nie gegeben, geschweige denn mit Deutschland als Vorbild.¹¹³

¹⁰⁸ Vgl. R. H. Wells, *Partisanship and Parties in German Municipal Government: A Study of City Politics in Post-War Germany*, in: *NMR* 17 (1928), S. 473–481, hier 473 f.

¹⁰⁹ *Home Rule and Efficiency*, in: *NMR* 19 (1930), S. 117.

¹¹⁰ Vgl. B. W. Maxwell (s. A 104), S. 130.

¹¹¹ H. G. James, *Municipal Functions*, N. Y. 1917, S. 151. – Das folgende Zitat: ebd., 167.

¹¹² W. B. Munro (s. A 100), Bd. 2, S. 10 u. 12.

¹¹³ Vgl. Notiz »Efficiency in Government«, in: *NMR* 17 (1928), S. 712; s. auch W. J. Shepard, *The New Prussian Constitution*, in: *APSR* 16 (1922), S. 661–665.

Das andauernde Städtewachstum, insbesondere die vehemente Suburbanisierung, ließ in den 1920er Jahren auch in den Vereinigten Staaten Eingemeindungen und Gebietsneugliederungen notwendig erscheinen, doch immer häufiger scheiterten sie an der wachsenden Überzeugung, die Zerstörung bestehender, kleinerer politischer Einheiten sei undemokratisch. Chester Maxey war einer der wenigen, die den vielzitierten Satz Jeffersons: »That government is best that governs least« unter den veränderten sozioökonomischen Bedingungen für »so veraltet wie den Dinosaurier« hielt. »In einer ländlichen Wirtschaft mag er gerechtfertigt gewesen sein, in einer städtischen aber ist er unerträglich.«¹¹⁴ Er folgte der deutschen Argumentation, nach der die politische Integration verstäderten Raumes nur eine Anpassung an »soziale und wirtschaftliche Tatsachen« darstellte.¹¹⁵ Thomas Reed dagegen argumentierte jetzt dafür, die Bindung von Individuen an »örtliche Gemeinschaften« verstärkt zu beachten; es sei ein Fehler von Politikwissenschaftlern, die Gefühle der Betroffenen zu ignorieren, wie irrational auch immer sie erschienen. »Die Organisation großstädtischen Raumes darf sich nicht gegen die Traditionen und Gewohnheiten der Menschen richten, sondern muß, soweit es eben geht, die herkömmlichen Einheiten der Kommunalverwaltung bestehen lassen.«¹¹⁶ Gesteigerte Effizienz war auch hier kein Kriterium mehr; Partizipation war allein entscheidend. Daß die Auflösung bestehender Selbstverwaltungseinheiten auch ein Schritt zur gleichmäßigeren und gerechteren Versorgung sein konnte, wie es das Konzept der »kommunalen Leistungsgerechtigkeit« im Deutschland der Weimarer Republik zum Ausdruck bringen sollte,¹¹⁷ erkannten die Amerikaner nun nicht mehr.

Mit der Betonung des »small government« war eine tendenzielle Verschiebung des Interesses von den Städten zum ländlichen Raum und zum *county government* verbunden. Die Stadt war nicht mehr »Hoffnung der Demokratie«, im Gegenteil.¹¹⁸

¹¹⁴ C. C. Maxey (s. A 102), S. 10.

¹¹⁵ C. C. Maxey, The Political Integration of Metropolitan Communities, in: NMR 11 (1922), S. 229–253, hier 229 u. 252.

¹¹⁶ T. H. Reed, The Region, A New Governmental Unit, in: NMR 14 (1925), S. 417–423, hier 417; vgl. ders., Dual Government for Metropolitan Regions, in: NMR 16 (1927), S. 118–126; B. Smith, City-County Consolidation Considered in New Jersey, in: NMR 12 (1923), S. 156–157; P. Studenski (s. A 106), S. 155; C. A. Dykstra, Cleveland's Effort for City-County Consolidation, in: NMR 8 (1919), S. 551–556, hier 551.

¹¹⁷ Vgl. die aufschlußreiche Äußerung des preuß. Innenministers Grzesinski (SPD) in der 1. Lesung des Gesetzentwurfs über die kommunale Neugliederung in Rheinland-Westfalen am 26. 4. 1929: »Jeder Staatsbürger hat selbstverständlich das Recht, in jedem Kommunalverband in Preußen entsprechend seinem Bedürfnis und entsprechend der Leistung des Staates und des ganzen Landes – im allgemeinen natürlich – kommunal gleich gut versorgt zu werden. (...) Diese kommunale Leistungsgerechtigkeit kann hier in diesem Gesetze nunmehr endlich ... geschaffen werden.« Sitzungsberichte des Preuß. Landtags. 3. Wahlperiode, 5. Bd., 6738; vgl. zu diesem Problem näher: P. Nolte, Eingemeindungen und kommunale Neugliederungen in Deutschland und den USA bis 1930. Ein Beitrag zur vergleichenden Urbanisierungsgeschichte, in: Archiv für Kommunalwissenschaften 27 (1988), S. 14–40.

¹¹⁸ F. C. Howe, The City, The Hope of Democracy, N. Y. 1905.

Im *American Political Science Review* wurde 1928 eine regelmäßige Rubrik »Notizen zur ländlichen Kommunalverwaltung« eingerichtet, und die *National Municipal League* hatte bereits 1917 einen besonderen Ausschuß für Fragen des *county government* geschaffen. »Das *county*, so lange der »dunkle Kontinent der Politik«, beginnt nun Aufmerksamkeit für sich zu beanspruchen.«¹¹⁹ Howards einflußreiches »Garden Cities of Tomorrow« hatte bei seinem Erscheinen 1902 keine besondere Aufmerksamkeit in den Vereinigten Staaten gefunden; knapp zwanzig Jahre später erschien ein Plädoyer für »Gartenstädte«, das die industrielle Großstadt als »übelstes Produkt der Zivilisation in allen Ländern« denunzierte, ein Ton, der in der Reformzeit in der *National Municipal Review* nicht denkbar gewesen wäre.¹²⁰

Wir hatten gesehen, daß auch zwischen 1900 und 1915 »Effizienz« nie »Demokratie« als obersten Wert zu verdrängen vermocht hatte. Doch die »Partnerschaft« zwischen beiden, die damals entworfen worden war, stellte sich seit dem Ersten Weltkrieg als unversöhnliche Antinomie dar. Nur im Krieg dürfe Selbstverwaltung der Effizienz untergeordnet werden, und dies habe dem deutschen Staatssozialismus einen Vorteil über seine demokratischen Gegner gegeben. Daß Demokratie in Effizienz resultiere, sei nicht zu erwarten, »denn das Ziel von Demokratie ist es ja gerade, Wünschen und Regungen Ausdruck zu verleihen, die nur schwer miteinander vereinbart werden können.«¹²¹ Die Heterogenität und Divergenz von Interessen wurde jetzt anerkannt und der als konformistischer wahrgenommenen deutschen Gesellschaft vorgezogen – für Amerika ein Schritt zur Anerkennung der Moderne.

Die Kritik richtete sich mithin auf die deutsche Konzeption von Politik und Gesellschaft insgesamt, auf die Überzeugung, das Problem des »government« sei »seiner Natur nach eines, dessen befriedigende Lösung nicht dadurch erreicht werden kann, daß dem Volk Kontrolle und Einfluß zugestanden werden.«¹²² Deutschem »Materialismus« und »organisierter Effizienz« wurden »wahre moralische und geistige Elemente«, »individuelle Spontaneität und Freiheit« gegenübergestellt. Ein amerikanischer Offizier berichtete aus dem revolutionären Deutschland, die Kommunalverwaltung sei »außerordentlich effizient«, doch der demokratische Geist fehle.¹²³ Damit wurde auch die Parallelisierung von Wirtschaft und Wissenschaft mit Regierung und Verwaltung zurückgenommen. Die Analogie sei zu weit getrieben worden; Ziele und Funktionen von beiden wurden jetzt grundverschieden gesehen: Erzielung eines

¹¹⁹ NMR 7 (1918), S. 11.

¹²⁰ T. Adams, An American Garden City, in: NMR 10 (1921), S. 31–38, hier 31; vgl. E. Howard, Garden Cities of Tomorrow, London 1902.

¹²¹ C. G. Fenwick (s. A 3), S. 565.

¹²² W. W. Willoughby, The Prussian Theory of Monarchy, in: APSR 11 (1917), S. 621–642, hier 640; das folgende Zitat 642.

¹²³ German Municipal Efficiency, in: NMR 8 (1919), S. 263.

Profits auf der einen Seite, Erfüllung des kollektiven Willens des Volkes auf der anderen.¹²⁴

Demokratie und »good government« waren nach 1915 wie vorher zentrale Begriffe, doch sie wurden ganz anders gefüllt. Die Schnelligkeit, mit der dieser Wechsel vollzogen wurde, bleibt erstaunlich und vielleicht erklärungsbedürftig. »Die alte Konzeption«, hieß es schon 1916, »unseres Gemeindelebens und unserer Kommunalpolitik bedeutete von oben gegebene Verwaltung – ein Geschenk der Götter oder der Staatsregierungen«. Das zielte nicht nur auf eigene »Sünden«, sondern zugleich auf Deutschland. Die »neue« Konzeption dagegen »bedeutet die Annahme und Ausarbeitung umfassender Pläne durch das Volk selbst«.¹²⁵ Nun wurde zum »Axiom« der politischen Wissenschaft, daß Demokratie in kleinen, homogenen Einheiten am besten funktioniere.¹²⁶ Die aufmerksamen Zeitgenossen sahen, daß dies auch ein wesentliches Motiv für die nun einsetzende »Flucht« in die »suburbs« war: »der Wunsch, in kleinere Gemeinden zu ziehen, in denen das Leben in kleinerem Maßstab organisiert werden und individuelle Partizipation wirkungsvoller sein kann.«¹²⁷

Die vollständige und effiziente Versorgung der Stadtbevölkerung zählte nun nicht mehr zu den Aufgaben eines »good government«. Nicht mehr sauberes Wasser, Parks und Straßenbahnen in öffentlicher Kontrolle sollten zur Verfügung gestellt werden, sondern »die Möglichkeit eines geordneten und vollen Lebens«.¹²⁸ Anstatt »von oben nach unten« wurde »von unten nach oben« gedacht. Das hieß auch, daß Demokratie in Staat und Nation nur unter der Bedingung funktionierender, das heißt, an individuellen Partizipationschancen ausgerichteter lokaler Selbstverwaltung existieren konnte.¹²⁹ Konzeptionen der Kommunalverfassung weiteten sich so zu einer politischen Theorie des gesamten Gemeinwesens aus.

V

»Die Vereinigten Staaten wurden auf dem Lande geboren und sind in die Stadt gezogen. Von Anfang an sind ihre politischen Werte und Ideen notwendigerweise

durch das Leben auf dem Land geprägt worden.«¹³⁰ Schon der revolutionäre Gründungsprozeß der Vereinigten Staaten verweist auf die tiefe Skepsis gegenüber starken, auf Effektivität ausgerichteten politischen Machtzentren. Doch ganz so bruchlos, wie Hofstadters einflußreiche Interpretation unterstellt, wurden politische Traditionen und Strukturen nicht weitergetragen. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts schienen sie gar in einer Sackgasse verfahren. Wir haben hier versucht, die daraus resultierende Krise und ihre Lösung als einen politisch-sozialen Lernprozeß im Übergang zur Moderne zu verstehen.¹³¹ Das politische Denken und seine institutionalisierten Strukturen waren im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts wachsenden Herausforderungen ausgesetzt, einem »challenge«, der durch Stichworte wie Industrialisierung, Bevölkerungswachstum und Urbanisierung beschrieben werden kann. Die bestehenden politischen Einrichtungen und Denkstrukturen, die aus älterer Zeit stammten und den damaligen sozioökonomischen Verhältnissen gut entsprochen haben mochten, waren dem nicht mehr gewachsen.¹³² Die direkte Partizipation, die Demokratie des Marktplatzes gewissermaßen, war nicht mehr möglich; außerdem entstanden ganz neuartige Anforderungen an Leistungen und Lebensstandard.

Deutschland, ein ebenfalls außerordentlich dynamisches Land, schien Probleme einer ganz ähnlichen sozioökonomischen Entwicklung gelöst, die politischen Strukturen den neuen Ansprüchen erfolgreich angepaßt zu haben, gerade in seinen großen Städten. Das konnte dem Blick amerikanischer Reformer nicht entgehen, und in einer überschießenden Reaktion auf ihre eigene Krise entwickelten sie einen Enthusiasmus für die in den deutschen Städten verkörperten politisch-sozialen Strukturen, der auf einen Import in das eigene Land abzielte: Auf Demokratie konnte nicht verzichtet werden, und wenn die eigene, auf Partizipation beruhende ausgedient hatte, warum es dann nicht mit der deutschen »Demokratie« der Versorgung versuchen?

Doch rasch wurde deutlich, und der Weltkrieg erleichterte und beschleunigte diese Einsicht, daß eine solche Übernahme sich nicht auf das Abschauen pragmatischer Reformen beschränken konnte, sondern tiefere Implikationen hatte. Die politische Struktur der deutschen Städte hatte Wurzeln in einem autoritär-paternalistischen Denken, die nicht einfach abgeschnitten werden konnten. Die Versorgungsdemokratie wurde als Pseudo-Demokratie entlarvt. Dann kehrte man schon lieber zu den eigenen Traditionen und Werten zurück, und dies geschah wiederum mit einer überschäumend vehementen Rhetorik. Es war, das muß betont werden, nicht einfach eine Rückkehr zur Situation vor der Krise. Amerika hatte etwas dazugelernt. Schließlich hatte die vorübergehende Orientierung an Deutschland institutionelle Reformen angeregt

¹³⁰ R. Hofstadter (s. A 27), S. 23.

¹³¹ Dazu aus soziologischer Perspektive am besten K. Eder, *Geschichte als Lernprozeß? Zur Pathogenese politischer Modernität in Deutschland*, Frankfurt 1985, S. 9–63.

¹³² Sehr scharfes zeitgenössisches Bewußtsein davon bei H. A. Garfield, *Recent Political Developments: Progress or Change?*, in: APSR 18 (1924), S. 1–17, hier bes. 3 f.

¹²⁴ H. T. Hunt, *Obstacles to Municipal Progress*, in: APSR 11 (1917), S. 76–87, hier 81; ganz ähnlich W. B. Munro (s. A 100), Bd. 2, S. 5 ff.

¹²⁵ C. R. Woodruff (s. A 98), S. 11.

¹²⁶ T. H. Reed, *Municipal Government in the United States*, N. Y. 1926, S. 22. Vgl. auch R. S. Childs, *Views and Reviews*, in: NMR 8 (1919), S. 211–213, hier 213.

¹²⁷ R. D. McKenzie (s. A 106), S. 198; vgl. auch Douglass, *Suburban Trend*, 327; P. Studenski (s. A 116), S. 11. – Zur »Suburbanisierung« der USA vgl. zuletzt K. T. Jackson, *Crabgrass Frontier. The Suburbanization of the United States*, N. Y. 1985.

¹²⁸ C. S. Ascher, *Regionalism – A New Approach to the Good Life*, in: NMR 20 (1931), S. 592–596, hier 596; vgl. auch *The Ideal City*, in: NMR 13 (1924), S. 721.

¹²⁹ T. H. Reed, *Dual Government* (s. A 116), S. 123.

und vorangetrieben, und wenn auch die Idee der Versorgung im Diskurs der 1920er Jahre keine Rolle mehr spielte, ließ sie sich aus der künftigen amerikanischen Geschichte nicht mehr wegdenken. Das zeigte bereits wieder der »New Deal«. Doch im Vordergrund blieb, bis heute, der andere Strang des politischen Denkens.

Es war ein Lernprozeß in Sachen Demokratie. Die USA zeigten sich fähig, die eigene, auf politischer und individueller Gleichheit beruhende Konzeption, die ich Partizipationsdemokratie genannt habe, zu problematisieren, die deutsche Konzeption, hier Versorgungsdemokratie genannt und auf sozialökonomischer Gleichheit beruhend, argumentativ abzuwägen und sich schließlich zwischen beiden zu entscheiden – im wesentlichen für die eigene Tradition. Diese Konzeptionen gelten, wenn auch abgeschwächt (in der Bundesrepublik vor allem durch den westlichen Einfluß nach dem Zweiten Weltkrieg), bis heute und verweisen auf tiefsitzende politisch-soziale Unterschiede, die mehr sind als das, was herkömmlich unter der Geschichte politischer Ideen verstanden wird. Ich möchte, versuchsweise, von unterschiedlichen politischen Mentalitäten sprechen.

Die Untersuchung amerikanischer Wahrnehmungen der deutschen Gesellschaft im Bild ihrer Städte war auch als ein indirekter Vergleich gedacht. Die Beschreibungen geben ein verzerrtes, aber manchmal gerade dadurch pointierteres Bild der deutschen Gesellschaft besonders des späten Kaiserreichs, vor allem, wenn man den Maßstab der realen Verhältnisse in Deutschland mit einbezieht. Das konnte hier nicht konsequent geschehen, verweist aber auf Möglichkeiten, hier angesprochene Probleme genauer zu untersuchen. Gab es auch in Deutschland ähnliche Lernprozesse, und wie, mit welchen Folgen liefen sie ab? Der erste Eindruck von der deutschen Geschichte stimmt freilich eher pessimistisch: Man wünschte ihr etwas von der Offenheit und Lernfähigkeit, die die amerikanische bewiesen hat.

Hans Schmalscheidt

Hierarchie der Plätze

Ein Beitrag zur Aufgabe und Planung von Plätzen

Vorbemerkungen – 1. Der wohnungsbezogene Platz – 2. Der hausbezogene Platz – 3. Der blockbezogene Platz – 4. Der quartierbezogene Platz – 5. Der stadtbezogene Platz – 6. Einzelheiten zur Gestalt von Plätzen – 7. Der landschaftsbezogene Platz

Vorbemerkungen

Versuche einer Definition von »Platz« beschreiben auch die menschlichen Grundbedürfnisse nach Sicherheit, Abwechslung und Identifikation.¹ Also ist der Platz hochaktuell. Aber wo, gemessen an den gigantischen Bauleistungen der Nachkriegszeit, ist der schöne, selbstverständlich genutzte, bewohnte neue Platz? Er ist meines Erachtens die seltene Ausnahme, weil vielfach die strukturellen Voraussetzungen zur Platzbildung nicht erfüllt sind. Der Blick auf die endlosen Randzonen der Städte und das Umland zeigt heute vielfach isolierte, introvertierte,² monofunktionale und flächenfressende Haus- und Siedlungsstrukturen als direkte Umkehrung der europäischen Stadtbautradition. Hier ist unsere Bereitschaft gefordert, das zu ändern, »Platz zu machen«.

Das bedeutet konkret, mitabgeleitet aus meinen Erfahrungen als Stadtbewohner: 1. als Maß der baulichen Nutzung überall eine Geschoßflächenzahl von 1,5–2,4 anzustreben (dies ergibt eine hohe Bewohnerkonzentration als Voraussetzung von Mannigfaltigkeit); 2. Festsetzen der Geschoßzahl i. M. bei 3–4 (so sind u. a. Straße und Platz von allen Bewohnern noch direkt erreichbar, ebenso der geschützte

¹ Versuch einer Definition: Platz ist räumliches Ausgrenzen aus der Ansiedlung oder der Landschaft, Platz ist umgekehrt schützendes Eingrenzen gemeinsam zu nutzenden Raumes, Platz ist Ort (Ort im ursprünglichen Sinn bedeutet die Schneide, die Spitze), also die Schnittstelle von Bezugslinien, von Straßen und Wegen. Somit ist Platz Ziel, Straße ist Mittel. Platz wird gebildet durch den Rahmen der bewohnten Wände mit Fassaden, Gesichtern und durch die benutzbare Fläche, er belebt durch wechselnde Akteure (wichtig dabei sind geschützte Randbereiche; Verkehrsstraßen sollten höchstens tangieren, niemals durchschneiden). Platzbesucher sollen und wollen sehen und gesehen werden, sie wollen erleben.

Vgl. auch R. Andrey, Adam und sein Revier. Der Mensch im Zwange des Territoriums, München 1972.

² Als Stichworte hierzu mögen genügen: Privatstraßen, Gegensprechanlage, Lichtschränke, abgeschottete Vorgärten, keine Namensschilder, Einwegscheiben, Anwohnerparken, Privatspielplätze, »reines« Wohngebiet.

Rückbereich); 3. Anbieten von Mischnutzungsmöglichkeiten im Erdgeschoß (nur so entsteht städtische Mannigfaltigkeit); 4. Konzentration der Stellplätze in grundsätzlich mehrgeschossigen Tiefgaragen (gerade der Luxus der ebenerdigen Stellplätze hat ja mit zur Zerstörung von Straßen- und Platzräumen beigetragen); 5. Häuser mit belebbaren Gesichtern: Fassaden in engem Bezug zum eindeutig gerahmten öffentlichen Bereich bauen (es muß wieder ein eindeutiges Vorn und Hinten geben bei einer innigen Durchdringung von Innen und Außen).

Eine weitere strukturelle Voraussetzung für Straßen und Plätze ist mithin angesprochen, die Palladio schon formuliert, »... da die Stadt gewissermaßen nichts anderes als ein großes Haus und – dementsprechend – ein Haus eine kleine Stadt ist.«³ Das bedeutet eine enge Verzahnung öffentlicher (stadtbezogener) und privater (hausbezogener) Bereiche.⁴

Vor diesem einleitenden Hintergrund stelle ich die Forderung, daß jedes Haus, ja jede Wohnung, möglichst direkten Bezug zu Straße *und* Platz sowie zu einem privaten Rückzugsbereich haben sollte. Der direkte Bezug eines jeden Hauses zu einem Platz wird möglich in einem Netz hierarchisch angeordneter Plätze mit unterschiedlichem Öffentlichkeitsgrad. Als ein aktuelles Beispiel zum Verständnis der These »Haus wie Stadt, Stadt wie Haus« sei auf den neuen Ort Halen bei Bern hingewiesen (vgl. Abb. 1), der als völlige Einheit gedacht, geplant und gebaut ist mit Häusern, gruppiert um Innenplätze, mit Straßen wie Korridore, die auf einen mittleren Platz wie auf einen zentralen Wohnraum münden.

1. Der wohnungsbezogene Platz

Im Vorhergehenden ist angedeutet: Platzbilden beginnt in der gut gebauten Wohnung. Die Rückzugsbereiche, die Zimmer der einzelnen Wohnungsmitglieder, sind um den Wohnplatz gruppiert. Hierfür gibt es natürlich unzählige Varianten: Atrium, Vorhaus, Deele etc.; in Danzig erweitert sich das Vorhaus zum straßenverbindenden Beischlag (vgl. Abb. 1). Zum Wohnplatz im vornehmen Haus der Antike sei Vitruv zitiert: »Denn in die Privaträume haben nicht alle Zutritt, sondern nur geladene Gäste. Allgemein zugängliche Räume aber sind die, in die auch ungeladene Leute aus dem Volk mit Fug und Recht kommen können, d. h. Vorhallen, Höfe, Peristyle und solche Räume, die in derselben Weise benutzt werden können.«⁵

Ein Beispiel des Wohnplatzes im modernen Geschosswohnungsbau zeigen die Stadthäuser in Schwabing von Hillmer/Sattler (vgl. Abb. 1): »Hier hat die geräumige

³ A. Palladio, Die vier Bücher zur Architektur, München 1983, S. 163.

⁴ Solche Kategorien wie wohnungs-, haus-, block-, quartier- und stadtbezogen zu verwenden anstelle unscharfer Begriffe wie halböffentlich u. ä. schlägt K. Schalhorn vor.

⁵ Vitruv, Zehn Bücher über Architektur, Darmstadt 1976, S. 283.

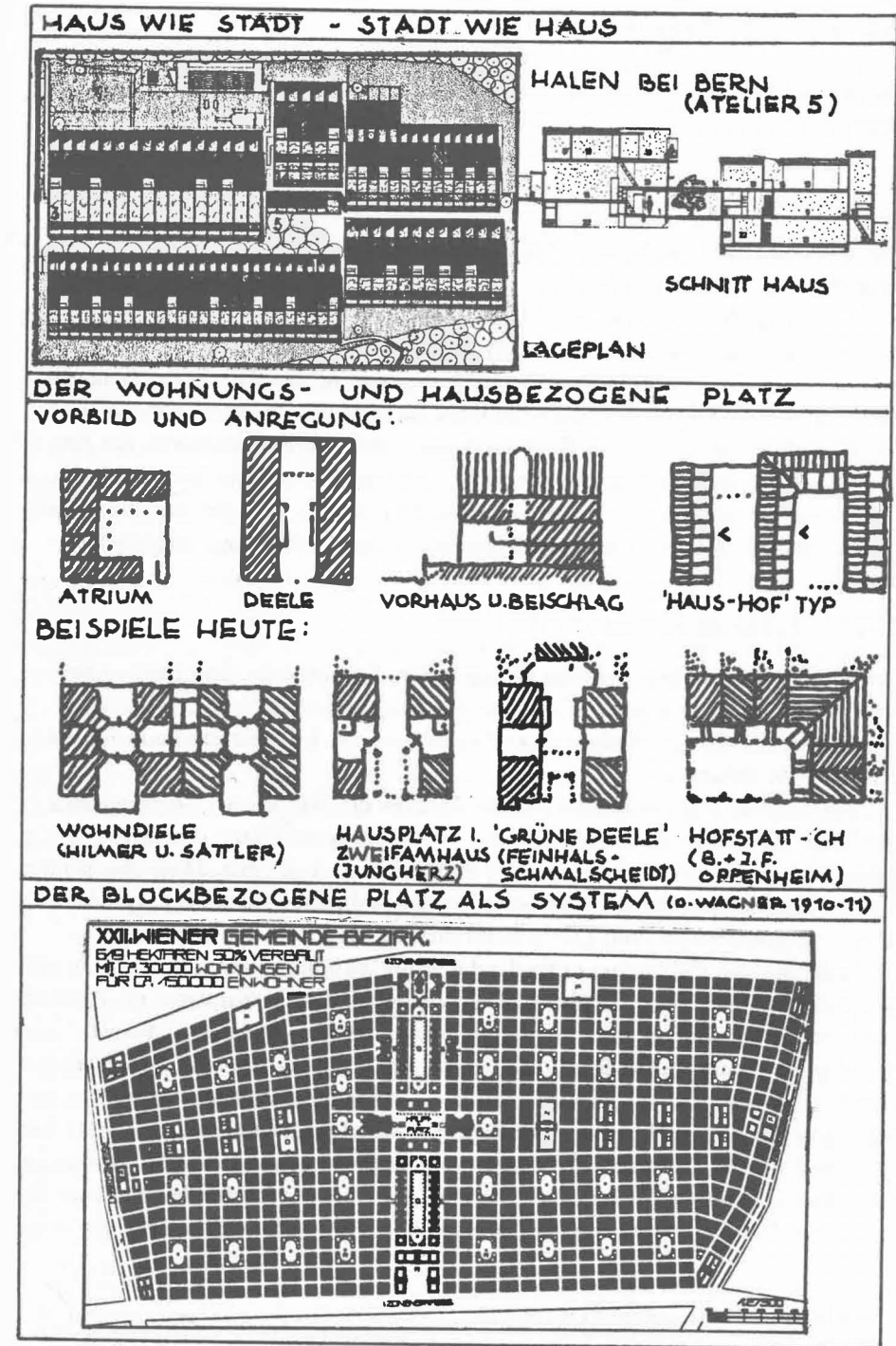


Abbildung 1

achteckige Diele die verbindende Funktion: Sie gibt der Wohnung Mitte und Ordnung.«⁶

2. Der hausbezogene – gruppenbezogene Platz

Auch Wohnungs- bzw. Hausgruppen sollten um einen Hausplatz oder Straßenhof gruppiert sein mit der Möglichkeit – aber nicht dem Zwang zur Kommunikation.

Beispiele solcher Hausplätze sind etwa aus dem Vorbild der Deele entwickelt: Mehrere Wohnungen liegen um einen zentralen Erschließungsplatz, der sich zur Straße öffnen kann. Dieses Prinzip läßt sich sogar in den Geschosßwohnungsbau übertragen: Die Treppe endet jeweils nicht in knappen Podesten, sondern in gut geschnittenen und belichteten Räumen. Diese werden beispielsweise in der Sozialwohnüberbauung in Utrecht »Stockwerkhallen« genannt. »Auf ihnen – und durch sie – entstand ein ungeplantes Gemeinschaftsleben, das sich über die einzelnen Stockwerke hinaus auf die Überbauung mit ihren 168 Sozialwohnungen ausdehnte.«⁷

3. Der blockbezogene Platz

Der blockbezogene Platz vereinigt Hausgruppen, bei denen die Anordnung »außen« (hoher Öffentlichkeitsgrad) und »innen« (geringerer Öffentlichkeitsgrad) möglich ist. Zugänglichkeit und Benutzbarkeit sind dabei von der Qualität der baulich-räumlichen Details abhängig.

Otto Wagner zeigt in seinem berühmten Plan des XII. Wiener Gemeindebezirks (1910/11) die systematische Anordnung blockbezogener Plätze. Verteilt über das ganze Gebiet umschließen jeweils 3 × 4 Baublocks einen Platz. Diese Anordnung ergibt – zumindest über Eck – für jeden Block den direkten Platzbezug (vgl. Abb. 1). Wie ein solches Schema mit Leben zu erfüllen ist, zeigen einige Beispiele:

Zunächst seien die Squares in England genannt als Außenplätze mit eingeschränkter Öffentlichkeit. Dazu Stübben: »Das Vaterland der Gartenplätze ist England. Namentlich in London und Edinburgh finden sie sich in reicher Auswahl und anmutigster Gruppierung. Der große Bezirk des Londoner Westend vom Holborn-Viaduct bis zum Regents-Park ist hierfür ein zusammenhängendes Beispiel... Der Square in England ist übrigens in der Regel ein Mittelding zwischen dem öffentlichen Platz und dem Privatgarten. Er ist zwar von allgemein zugänglichen Straßen umgeben, aber meistens nicht allgemein betretbar. Er pflegt eingefriedigt und nur für diejenigen Familien – gewöhnlich die umwohnenden zugänglich zu sein, die einen

⁶ Vgl. die Notiz in: Baumeister 4/1981, S. 345.

⁷ Beispiel zitiert aus: Das andere Wohnen, Katalog Museum für Gestaltung, Zürich: Kunstgewerbemuseum 1987, S. 72. Dort finden sich auch zahlreiche andere Beispiele für Hausplätze.

Schlüssel zum Eingange besitzen.«⁸ Diese Anordnung fördert das Gemeinschaftsgefühl, verhindert Vandalismus und entlastet die Gemeindekassen, da die Pflege des Innenbereichs ja Sache der Anwohner ist (vgl. Abb. 2).

Die Squares sind übrigens ein – in diesem Falle positives – Ergebnis des spekulativen Wohnungsbaues. Daß die Vorzüge der Squares auch schon früh in Deutschland erkannt wurden, zeigt eine Diskussion von 1870 über den berüchtigten Hobrechtplan der Stadterweiterung von Berlin: »Im Einzelnen glaubt er (der Redner; Vf.) als Mangel bezeichnen zu müssen, daß die Anlage zahlreicher kleiner Plätze, die in dem Straßenverkehr ruhige Oasen bilden müssen, sehr vernachlässigt sei. Diese Anordnung bilde einen Hauptreiz der neuen Stadtviertel Londons, wo noch hinzutrete, daß diese Plätze meist mit Berücksichtigung der vorhandenen Gruppen alter Bäume so angelegt würden, daß diese hierdurch geschont und als Zierde der Stadt erhalten würden... Jene zahlreichen Squares in London würden auf Kosten der Grundbesitzer angelegt und unterhalten...«⁹

Blockbezogene Innenplätze sind in der europäischen Stadt seit jeher üblich etwa als Beginenhöfe, erweiterte Gangsysteme, Wohnhöfe, meist also als Freibereiche der kleinen Leute. Und um die Jahrhundertwende begannen Städtebauer wie Eberstadt/Goecke/Möhring diesen Ansatz planmäßig weiterzuentwickeln und mit dem System »gemischte Bauweise« die überfüllten Mietkasernenquartiere zu reformieren.¹⁰

Dies wurde fast wörtlich in einigen holländischen Stadtquartieren der 20er Jahre realisiert, so etwa beim Zaanhof (Amsterdam) von J. Walenkamp: Einer 4–5geschossigen Blockrandbebauung antwortet eine niedrige zweigeschossige Innenplatzfassung, dazwischen liegen Privatgärten. Der Innenbereich ist eine geschützte, intime Platzfläche, zugänglich ist sie – ohne Schwellenangst – durch Tore. Dem Platz sind eine Grundschule und ein Kindergarten zugeordnet. Insgesamt fördert auch diese Bauform in hohem Maße das Gemeinschaftsgefühl und ermöglicht ruhiges ungestörtes Wohnen mitten in der Stadt (vgl. Abb. 2).

Variationen des Themas blockbezogener Platz sind ja unendlich möglich. Aber da ich hier einen ganz wichtigen Ansatz für die auch heute noch/wieder bewohnbare Stadt sehe, einige weitere Beispiele.

Das Vorbild der Squares finden wir in Oxford und Cambridge. Die Bauten der Colleges bilden fast wörtlich die Maschen eines Netzes, das grüne teilöffentliche Innenplätze umschließt und so das Paradox der dichtgebauten grünen Stadt möglich macht.

⁸ J. Stübben, Der Städtebau, Leipzig 3/1924, S. 155 f.

⁹ Vgl. K. E. O. Fritsch, Bericht über zwei Diskussionen im Architekten-Verein Berlin 1870/1877, in: H. Hammer-Schenk, Kunstgeschichte des 19. Jhs in Deutschland II, Stuttgart 1985, S. 157 f.

¹⁰ Vgl. dazu G. Fehl / J. Rodriguez-Lores, Die gemischte Bauweise. Zur Reform von Bebauungsplan und Bodenaufteilung, in: Stadtbauwelt 71.

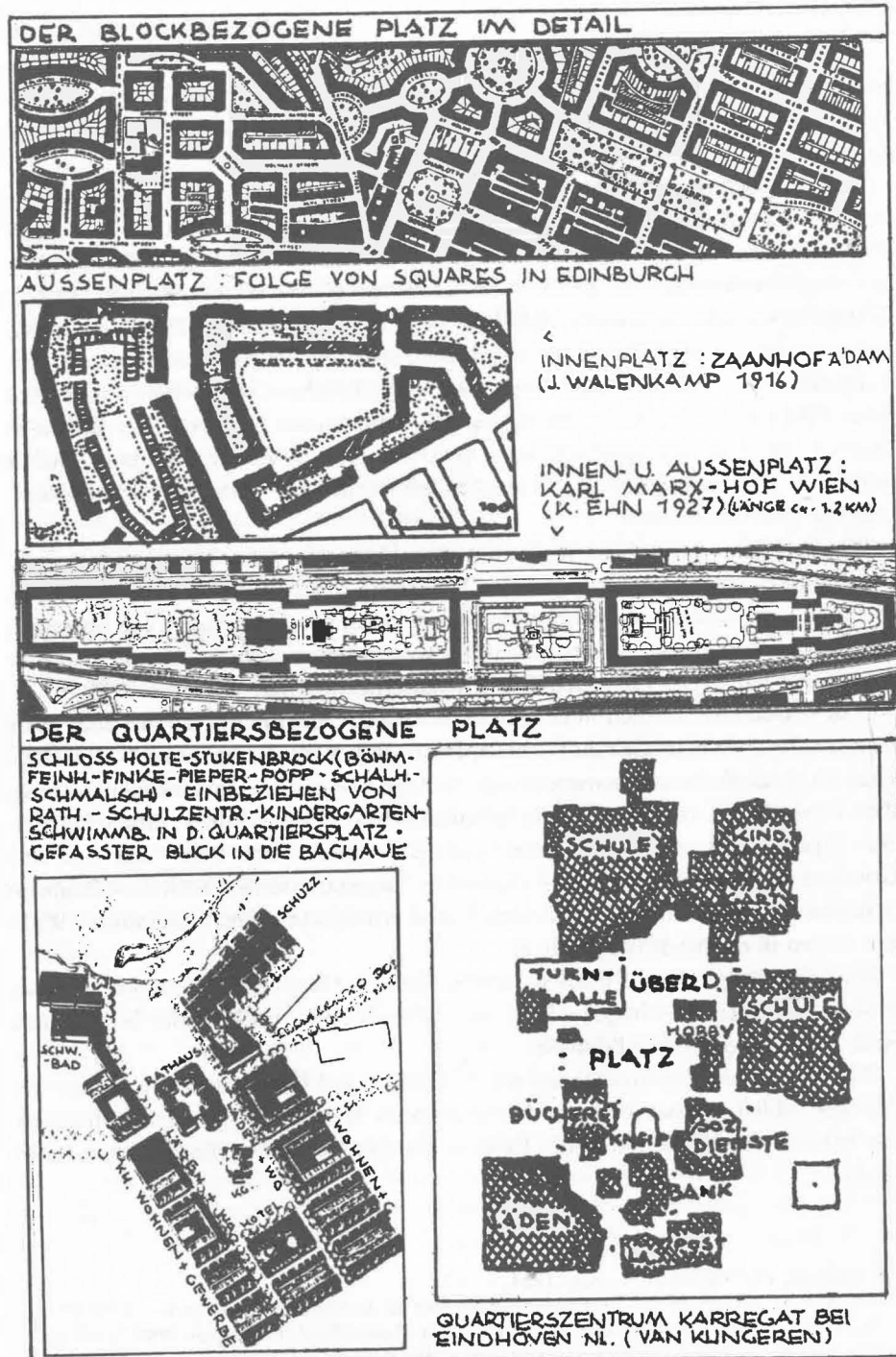


Abbildung 2

Mitten in der Weltstadt Paris bietet das Palais Royal die Qualitäten eines blockbezogenen Innenplatzes mit uneingeschränkter Öffentlichkeit: Die Randbebauung mit öffentlichen Einrichtungen, Geschäftsnutzung und Wohnen umschließt schützend die ruhige Platzfolge. Im Erdgeschoß ist sie umrahmt von einer innenliegenden Arkade, die zum Flanieren einlädt. Die Fläche ist wohlüberlegt aufgeteilt: Hinter den öffentlich genutzten Kopfbauten liegt der durch eine Kolonnade abgegrenzte steinerne Ehrenhof, auch für Ausstellungen zu nutzen, mittig der baumbestandene »Garten«, am gutbesonnenen Nordende der große, stark frequentierte Spielplatz. »Die Bewohner dieses Gartens im Herzen der Stadt wissen um den Preis dieser Stille, die nur Kindergeschrei und aufgeschreckte Tauben unterbrechen.«¹¹

Der Karl-Marx-Hof in Wien als *das* Beispiel des Gemeindewohnungsbaues der 20er Jahre ist die raffinierte Kombination von Außen- und Innenplatz: Die mehr steinerne, repräsentative Mitte – geöffnet zur Stadt – wird gerahmt von parkartigen Innenplätzen mit hohem Erholungswert. Hier liegen die Eingänge der Häuser, hier herrscht belebte Ruhe (vgl. Abb. 2).

All diese Beispiele blockbezogener Plätze zeichnen sich aus durch ruhige, geschützte, überwiegend grüne, im Zusammenhang nutzbare Flächen, also kein Zerstückeln in kleinliche Einzelbereiche, durch rhythmische Umbauung durch »ehrliches« Reihen gleicher Einheiten, wodurch eine einheitliche Gesamtwirkung entsteht, Geschlossenheit der Platzräume sowie durch Sparsamkeit und Einheitlichkeit in Material, Farbe und Detailsausbildung.

Das alles gibt diesen Plätzen den selbstverständlichen Charakter. Die heute so beliebten Effekte willkürlicher Belebung durch aufgesetzte Form- und Materialvielfalt sind hier überflüssig. Keiner dieser Plätze ist langweilig.

4. Der quartierbezogene Platz

Stadtteilmittelpunkte sind für uns selbstverständlich. In neuen Quartieren allerdings sind sie außerhalb der Geschäftszeiten oft recht unbelebt. Deshalb ist zu fragen, ob nicht ein Teil der vielfach isolierten Spiel- und Bewegungseinrichtungen hier angelagert werden könnte. Es würden Anziehungspunkte für jüngere Leute entstehen, die sich hier aktiv betätigen können. Aber gerade auch für die mehr zuschauenden älteren Bürger wäre die Integration von mehr Spiel und Sport interessant.

Vorbilder und Anregungen bieten Plätze, die etwa aus antiken Arenen entstanden sind. Aber auch der mittelalterliche Platz hatte vielfach bewußt Raum und Zuschauermöglichkeit für Wettkämpfe und Schauspiele.

Ein modernes Beispiel einer geplanten Verbindung mehrerer Bereiche am Platz ist der »Karregat« bei Eindhoven (vgl. Abb. 2). Dort liegen am wettergeschützten Quar-

¹¹ Die blauen Führer, Paris/Wien 1981, S. 223.

tiersplatz Läden und Sozialeinrichtungen, eine Schule, ein Kindergarten und eine einsehbare Turnhalle nebeneinander.

Gerade Schulen und Kindergärten sollten doch – wann immer möglich – zugewandt zum Quartiersplatz errichtet werden: Introvertierte, isolierte Schulhöfe, völlig innenliegende »Foren« sind beim Trend zur Ganztagschule unverantwortlich. Kinder sollten möglichst direkten Kontakt zum Alltagsleben haben. »In Wirklichkeit lernen Kinder, wenn überhaupt, nur von den Erwachsenen auf den Straßen die ersten fundamentalen Zusammenhänge funktionsfähigen Großstadtlebens.«¹²

Ein Beispiel für die gute Zuordnung einer Schule zeigt Nürnberg-Langwasser. »Das Schulzentrum für 2400 Schüler (Arch. Planungsgemeinschaft Berlin) ist mit dem städtischen Zentrum der Trabantenstadt verbunden und soll schulisches und öffentliches Leben als Ganzes wirken lassen.«¹³

5. Der stadtbezogene Platz

Stadt wie Haus, Haus wie Stadt. Ganz deutlich wird diese These beim zentralen Stadtplatz. Denn das »Herz der polis« (R. Seewald) ist ja vergleichbar dem Haus, der Wohnung mit Zimmern für unterschiedliche Zwecke, gruppiert um einen Hauptraum.

Das zeigt das Beispiel Aachen (vgl. Abb. 3): Den Mittelpunkt bildet auch heute noch das karolingische Oktogon des Domes als der innenliegende heilige Zentralplatz, darum liegt der in Jahrhunderten gewachsene Kranz der Kapellen und die gotische Chorhalle. Gegenüber formt das Rathaus den baulichen Gegenpol als Ausdruck der weltlichen Herrschaft; ihm vorgelagert ist der öffentliche Hauptraum der Stadt: der Markt. Um diese bewohnte, umwohnte gute Stube liegen die übrigen öffentlichen Zimmer, für die sich im Laufe der Zeit eine gewisse Nutzungsspezialisierung auf weitgehend freiwilliger Basis ergeben hat. Dies sei hier kurz angedeutet:

- Der Markt als Treffpunkt für alle und räumlicher Rahmen für fast alles: Karneval, Weihnachtsmarkt, Empfänge, Ausgangs- und Endpunkt von Demonstrationen. Wichtig ist dabei der Festpunkt Karlsbrunnen und die offene Rathaustrampe gewissermaßen als Bühne, als Verbindung von innen (Repräsentation) und außen (Volk).
- Der Hof als Treff- und Sammelpunkt jüngerer Leute für längeren Aufenthalt. Die arenaartigen Stufen und die römischen Bögen laden ein zum Agieren.
- Der Büchel für modebewußte Insider.
- Der Ursulinerplatz als Bücherplatz.
- Der Freibereich des Elisengartens (positives Ergebnis der Nachkriegssanierung) als Erholungsraum (mit Ecke für Stadstreicher in der Randzone).

¹² J. Jacobs, Tod und Leben großer amerikanischer Städte, Berlin 1965, S. 62.

¹³ BDA Bayern (Hrsg.), Architekturführer Bayern, München 1985, S. 457.

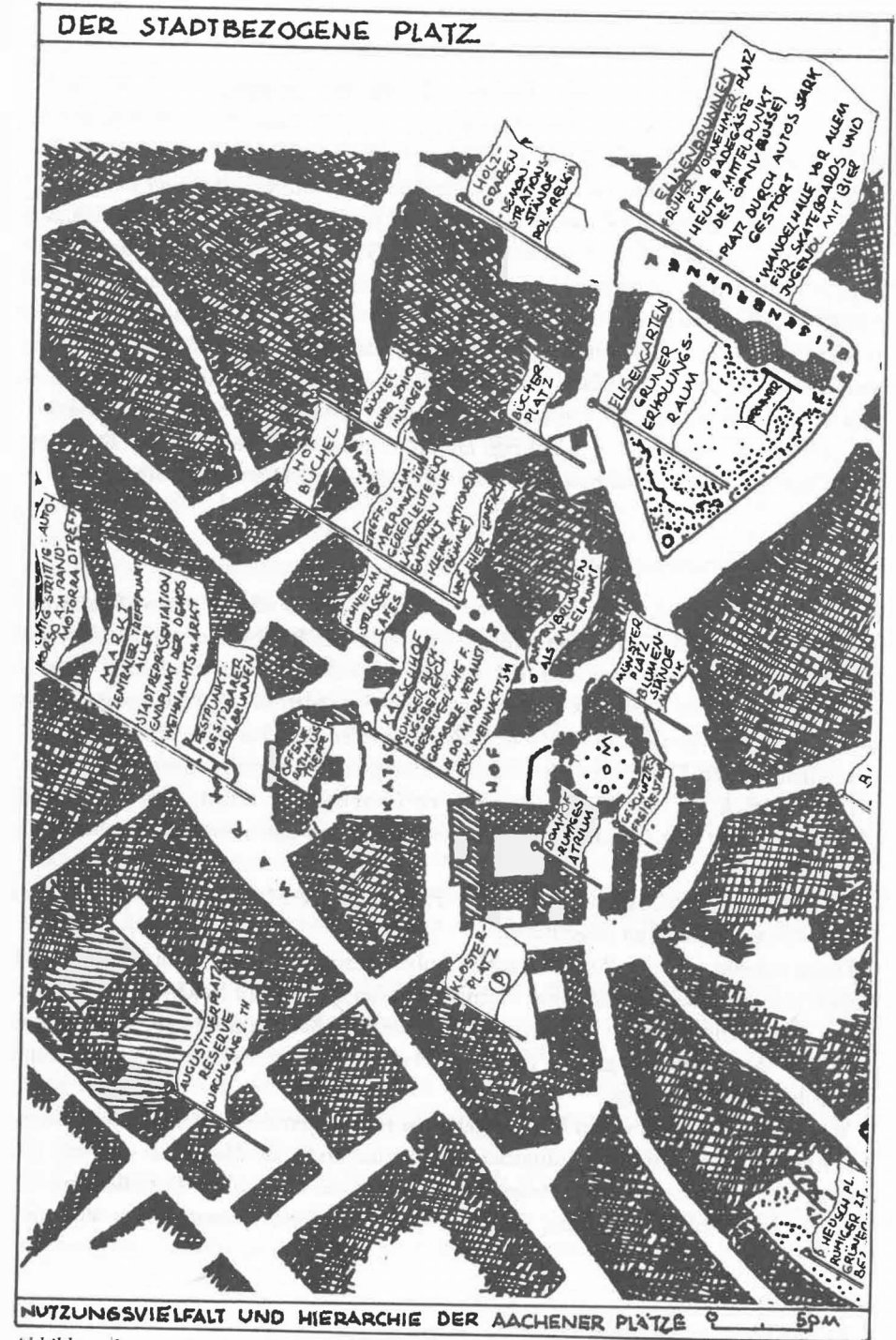


Abbildung 3

- Der Holzgraben für Stände politischer und religiöser Gruppen.
- Der Münsterplatz für Blumenstände usw.

Also – für fast jedes Bedürfnis ist ein Zimmer vorhanden mit belebten Fassaden.

Wichtig in solch einem Gefüge ist die Ergänzung »aktiver«, belebter Platzräume durch »passive« Plätze als Ruhe-, Erholungs- und Reserveflächen. Man hüte sich, hier nivellierend einzugreifen und der Sucht unserer Zeit nachzugeben, auch den letzten Winkel »belebend« zu verplanen, alles »interessant« zu machen. Das führt zum Verlust von Spannung und Unterscheidbarkeit. Bezogen auf Aachen ist ein solcher passiver Platz der Raum zwischen Dom und Rathaus: Der Katschhof. Immer wieder wird gefordert, ihn zu beleben. Aber der Wettbewerb einer Aachener Zeitung zu diesem Problem brachte die Lösung: »Als beste Arbeit bewertete die Jury die Arbeit von Norbert Kottmann. Der 27jährige Design-Student will die Front der Domsingenschule mit der Inschrift schmücken: »Die Stille zwischen Dom und Rathaus.«¹⁴

Exkurs: Einzelheiten zur Gestalt von Plätzen

Ein Platz ist nur so gut wie seine Rückseite. Dieser Hinweis scheint mir wichtig, wenn wir die Realität vieler Städte betrachten, bei denen die Rückseiten von Straßen und Plätzen vielfach leergeräumt sind und als geschäftsnahe Parkwüsten dienen. Hier ist zu fordern, daß den schön gestalteten (sanierten) Fassaden der Platzgruppen und der sie verbindenden Straßen räumlich gefaßte, bewohnte Rückbereiche antworten müssen. Sonst wirken Plätze unwahr und unbefriedigend – als Kulissenarchitektur.

Doch zurück auf den Platz. Da gibt uns Camillo Sitte einen auch heute noch gültigen Katalog von Gestaltungsregeln, entwickelt aus der intensiven Beobachtung der Benutzung.¹⁵

Ich nenne die wichtigsten Stichworte: Freihalten der Mitte, Geschlossenheit der Plätze, Unregelmäßigkeit alter Plätze.

Dabei scheint mir der Punkt Geschlossenheit besonders wichtig. In alten Städten öffnen sich enge Gassen und meist schmale Straßen in oft recht bescheiden dimensionierte Plätze. Diese wirken als Gegensatz trotzdem großzügig; überwältigend ist dann natürlich der Eindruck großer zentraler Platzräume, wie es etwa die großartige Platzfolge von Arras zeigt.

Wie anders heute: In vielen Neubaugebieten sind wegen der zu großen Straßenbreiten Ausweitungen und Kreuzungsbereiche kaum noch als Plätze zu erleben. Die Räume verschwimmen. Dazu kommt die häufig zu kleinteilige Detaillierung der Häuser mit vielfältigen Farben, Formen, Materialien, mit unmotivierten Vor- und

¹⁴ Vgl. Aachener Nachrichten v. 19. 3. 1988.

¹⁵ C. Sitte, Der Städtebau nach seinen künstlerischen Grundsätzen, Wien ³1901.

Rücksprüngen und eine oft kleinliche Flächenaufteilung. Das alles macht Platzsituationen unklar, spannungs- und kontrastlos.

Ein weiterer wichtiger Einzelpunkt C. Sittes ist die These, daß gerade die Verwendung architektonischer Innenmotive (Stiegen, Hallen usw.) bei der Außenarchitektur eine der wesentlichen Ingredienzien des Reizes antiker und mittelalterlicher Anlagen darstelle.¹⁶ Auch hier wird die Forderung erhoben nach Durchdringung, nach engem Bezug von innen und außen. Das macht eine Platzfassung plastisch, interessant und die Nutzungsmöglichkeiten vielfältig. Der Platz wird so etwas wie ein öffentliches Theater. – Man vergleiche damit die unplastische Kälte vieler moderner Plätze.

Daß es heute auch anders geht, zeigen z. B. viele Arbeiten Gottfried Böhms – ich erinnere etwa an sein Stadthaus in Rheinberg (vgl. Abb. 4). Hier gehen Platzraum, Vorhaus, Treppenhalle und großer Saal ineinander über. Dieses Prinzip wird nach innen erweitert mit Korridoren, die wie kleine Straßen den zum Platz hin geöffneten Saal umschließen. Innen- und Außenplatz bilden weitgehend eine Einheit.

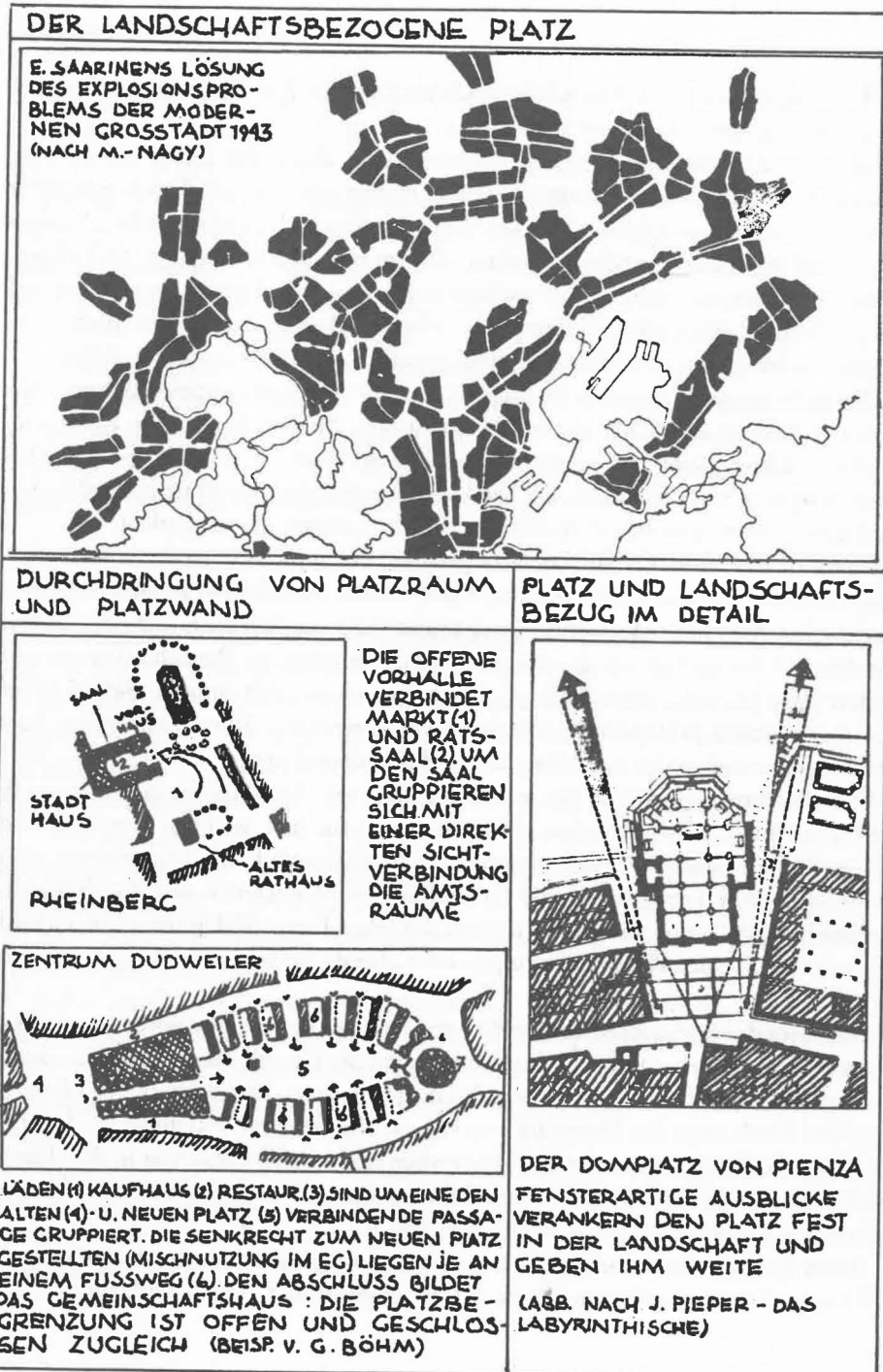
Damit ist das Stichwort »Innenplatz« gefallen, der ja für viele moderne Bauaufgaben wie Büros, Verwaltungen, Banken, Kaufbereiche, Hotels usw. zunehmend interessant wird. Aber in den genannten Programmen liegt zugleich die Einschränkung: Es handelt sich fast immer um private, nur bedingt zugängliche Bereiche. Die für den echten Platz unverzichtbare Belebung durch Anwohner fehlt zumeist. Sicherheit ist nur durch gezielte professionelle Überwachung zu erreichen. Klima und Geräuschpegel (Musikberieselung) für die Besucher sind fremdbestimmt.

Unter solchen Aspekten ist das wachsende Netz von Passagen mit Innenplätzen in vielen Städten kritisch zu sehen. Dazu kommt, daß hier wichtige Komponenten ausgeschlossen sind, die Plätze besonders charakteristisch machen können: das Einbeziehen von Topographie und Landschaft, das Aufnehmen von Blickbezügen, das Erlebnis von Sonne und Schatten sowie der Jahreszeiten. Welch einen Unterschied macht es doch, einen Platzraum morgens oder abends, im Schnee oder in Sonnenglut zu erleben.

Vor allem das Einbeziehen der Landschaft – von der Renaissance wieder entdeckt – kann einen Platz bei grundsätzlichem Beibehalten der Geschlossenheit unverwechselbar machen, wie Idealstadtansichten das demonstrieren. Die meisterhafte Übersetzung des Ideals zeigt der Domplatz von Pienza: Die steinerne Platzhülle wird rechts und links des Domes fensterartig durchbrochen mit weiten Ausblicken in die Hügelandschaft. So ist der Platz fest verankert im Umland und gewinnt trotz kleiner Dimension Großzügigkeit und Weite (vgl. Abb. 4).

Dieses Prinzip – Einbeziehen der Landschaft – ist gerade heute ungemein reizvoll bei unserem Raumempfinden, das nach Geborgenheit und Freiheit verlangt.

¹⁶ Ebda., S. 116.



Eine planerische Umsetzung dieser Forderung haben wir versucht beim Gutachten Schloß Holte-Stuckenbrock, der Kernbildung einer neuen Gemeinde (vgl. Abb. 2):¹⁷ Das Herzstück des neuen Ortes ist ein auf drei Seiten streng begrenzter Angerplatz mit Arkaden. Im Nordwesten, an der Schmalseite, öffnet er sich in die leicht eingetiefte Bachaue. Das mittig stehende Rathaus – das einen intimen Innenplatz für den Tagesmarkt umschließt – akzentuiert den Raum. Der Hauptplatz ist so geschlossen und offen zugleich, der Blickbezug in die Bachaue schafft eine unverwechselbare Situation.

Als Schlußpunkt dieses Exkurses sei der Hinweis gestattet, daß durch die Integration ortstypischer Elemente bestehende unbefriedigende Platzsituationen eine bessere Maßstäblichkeit, Erkennbarkeit und Flächennutzung bekommen können. Anknüpfungspunkte, Zitate können dabei der historische Stadtgrundriß, typische Bau- und Hausformen, aber auch Farben, Materialien, Details usw. sein.

Dabei scheint mir wichtig, solche Zitate nicht als reine Dekorationselemente zu verwenden, die vor allem für Touristen interessant sind. Versteinerte Gags verlieren schnell ihren Effekt. Das Ziel muß vielmehr sein, den Gebrauchswert von Plätzen und die Aufenthaltsqualität auf Dauer im städtischen Alltag zu steigern.

Was damit gemeint ist, sei am Beispiel des Wettbewerbs »Künstlerische Ausgestaltung des Innenbereichs der Gesamthochschule Essen 1981« erläutert:¹⁸ Der großflächige Innenplatz ist gerahmt von vielgeschossigen und gleichmäßig gerasterten Institutsbauten. Trotz hohem Grünanteil ist der Raumeindruck eher nüchtern; der gleichförmige Rahmen der Gebäude erschwert die Orientierung. Die große Fläche und die unbelebten Fassaden erzeugen ein Gefühl der Verlorenheit. Deshalb habe ich das vorhandene Wegenetz auf dem Platz durch überwachsene Pergolen gefaßt, so daß unterscheidbare Teilräume entstehen. Vor allem habe ich versucht, dem Platz einen ortstypischen Mittelpunkt zu geben. Eine Gruppe von grünen Bergmannshäusern aus Hecken schafft intime Erholungsräume und weckt Erinnerungen an die heute weitgehend demolierten Ursprünge des Quartiers.

7. Der landschaftsbezogene Platz

Die bisher angesprochenen Beispiele vom wohnungs- bis zum stadtbezogenen Platz basieren auf dem Prinzip des Ausschneidens und Aussparens von Platzraum aus dem Volumen der gebauten Stadt. Das Weiterdenken der räumlichen Hierarchie der Plätze führt zu einem zweiten Prinzip: dem des Umschließens und Begrenzens großer Freibe-

¹⁷ Vgl. Böhm / Feinhals / Finke / Pieper / Popp / Schalhorn / Schmalscheidt, Gutachten Schloß Holte-Stuckenbrock. Kernbildung einer neuen Gemeinde, veröff. u. a. in: Wohnen in der Stadt heute, Bielefeld 1981.

¹⁸ H. Schmalscheidt, Künstlerische Ausgestaltung des Innenbereichs der Gesamthochschule Essen 1981 (3. Preis), veröff. in: architektur und wettbewerbe 109.

Abbildung 4

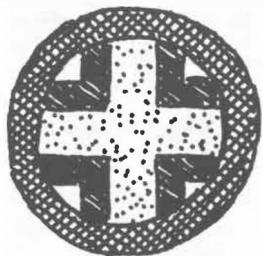


Abbildung 5 Die Hieroglyphe für Stadt:
Sie zeigt Abgrenzung und Durchdringung – vorn und
hinten – Straße und Platz.

reiche, ja ganzer Landschaftsteile durch (meist bandartige) Baustrukturen mit hoher Dichte, intimen Innenplätzen und ablesbaren Rändern.

Vorbild für mich sind dabei etwa die großmaschigen Heckenstrukturen der Hocheifel.

Hier liegt ein denkbarer Ansatz, anstelle von großflächigem Siedlungsbrei spannungsvolle Bau- und Freiraumstrukturen zu bilden. Vorteile dabei sind außerdem ein sparsamer Landschaftsverbrauch, enge Beziehung innen – außen sowie eine Durchlässigkeit und doch Geschlossenheit der Bebauung. Die so gebildeten Landschaftsplätze können vielen Funktionen dienen: der Erholung, dem Naturbezug der »Um«wohner, der Landwirtschaft, dem Klimaausgleich usw. Sie bieten räumliche Spannung und erfüllen unser Verlangen nach intimer Großmaßstäblichkeit.

Das Schlußwort gebe ich Rudolf Schwarz. Er sagt 1949: »Stadt und Land sind ins Fließen gekommen, und aus ihrer trüben Vermischung setzt sich die Stadtlandschaft ab. Das überspannte Gebilde der Großstadt zerreißt: Die endlosen Randbebauungen der ausfallenden Straßen reißen ab und sammeln sich um neue eigene Mitten, die sich zwischen den anbaufreien Straßen im stillen Zwischenraum bilden, zu neuen Gemeinden... Die Stadt bedeckt als ein oberster Zustand die Landschaft mit allem, was darin ist, doch das Dorf dringt bis in die Mitte der Stadt vor, die sich in neue Stadtdörfer teilt, ein anderer Zustand der Landschaft.«¹⁹

¹⁹ R. Schwarz, Von der Bebauung der Erde, Heidelberg 1949, S. 205 f.

Jörg Leist

in Zusammenarbeit mit Joachim Scheible und Herbert Weiß

Altstadtsanierung: Zum Beispiel Wangen im Allgäu

I. Sanierungsgrundsatz: Bewahrung der Identität

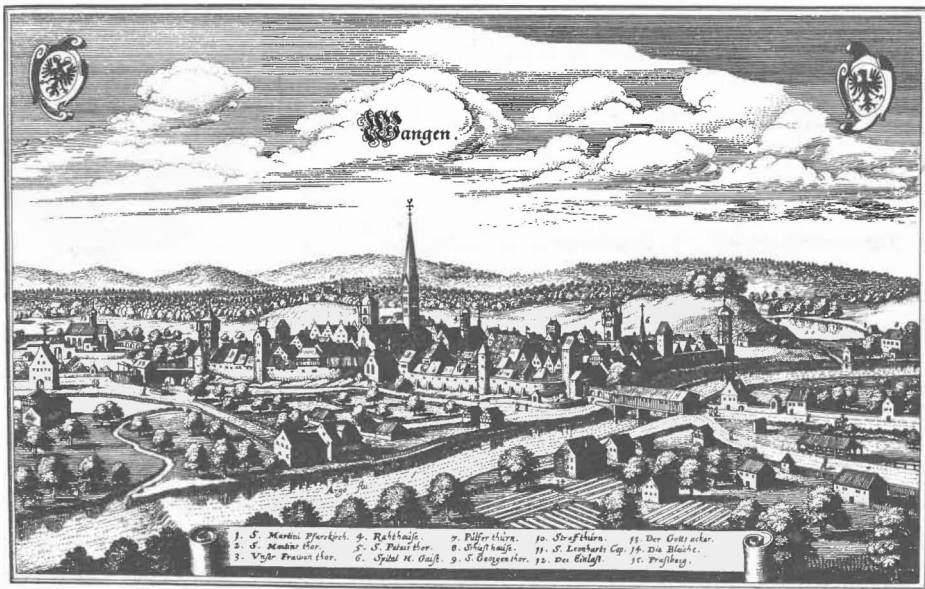
Städte sind Persönlichkeiten. Deshalb reagieren wir auf sie. Mit jedem Stein und Ziegel ist Geschehnis, Zufall oder Absicht verbunden. Noch immer gibt es den Glücksfall, daß wir spüren können, wie sich die Wesenszüge einer Stadt aus ihrem Entstehen, aus ihrer Geschichte herleiten lassen. Weil alte Städte sehr lebendige Individuen sind, können sie nicht nach einem allgemeingültigen Rezept saniert werden. Gute Sanierung setzt Kenntnis der besonderen Eigenschaften einer Altstadt voraus. Sanierungsschablonen und architektonische Sanierungsversatzstücke, wie man sie immer wieder landauf – landab beobachten kann, lassen sich dadurch leichter vermeiden. Das Ergebnis einer erfolgreichen Altstadtsanierung darf keine wesensveränderte Stadt sein.

II. Geschichte und Wesen der Stadt Wangen

Am Anfang einer sensiblen Sanierung sollte deshalb die Beschäftigung mit Stadtgeschichte, örtlicher Bau- und Handwerkstradition, aber auch mit der Baugesinnung der Bürgerschaft stehen. Aus diesem Grund gibt es für mich keine rasch auswechselbaren »Sanierungsspezialisten«, auch wenn sie fachtechnisch noch so beschlagen sind.

Die Stadt Wangen, welche hier vorzustellen ist, gehört zu den Städten, die sehr langsam gewachsen sind. Alles in dieser Stadt ist noch ablesbar und verständlich. Es entspringt nichts einer nicht nachvollziehbaren »großen Planungs-idee« und kaum etwas einem ungewöhnlichen Ereignis.

An der Stelle, wo die beiden Argen-Flüsse am nächsten zusammenkommen, gerade im Bereich offener Talauen und der fruchtbaren Hochebene zwischen den Flüssen, wo sich uralte Wege an flachen Furten trafen, liegt der Ursprung von Wangen: Das Wort »Wangen« bezeichnet ja einen »sanft geneigten Wiesenhang«. Hier ist noch deutlich zu sehen, wo der sanktgallische Maier um die Jahrtausendwende seinen Kellhof führte, wo der Abt von St. Gallen den ersten Marktfriedebereich abgränzte, warum die Pfarrkirche St. Martin mit ihrem befestigten Gottesacker wie eine Bastion an ihrer – und an keiner anderen – Stelle steht, am Ende des Argenprallhangs, im Scheitel eines alten Argenknies. Wir kennen die »Nahtstelle« am heutigen Marktplatz, wo der Stadtgründer Friedrich II. zu Beginn des 13. Jahrhunderts seine staufische Stadt dem



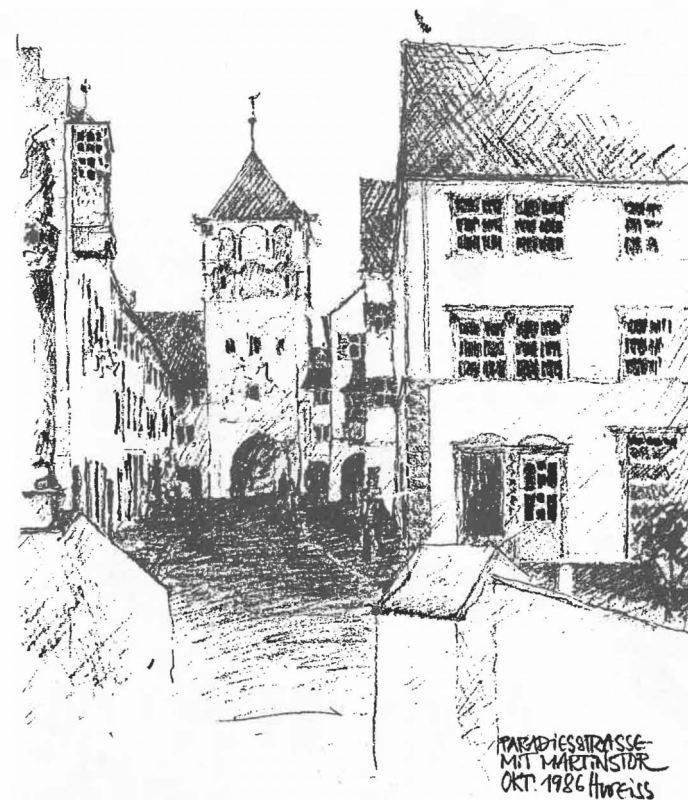
Wangen i. Allgäu im Jahre 1643.

Geländeverlauf folgend an den bestehenden sanktgallischen Markt ansetzte. Bis zum heutigen Tag ist die Stadt, obwohl auf eine Zahl von 24000 Einwohnern und eine Fläche von über 100 Quadratkilometern angewachsen, im Grunde das geblieben, als was sie vom Abt und dem großen Staufer gedacht war: Marktstadt und Mittelpunkt eines bäuerlichen Umlandes, das sich hier begegnet, Ware kauft und verkauft, Mittelpunkt einer überschaubaren Kleinwelt, von wo aus die Vermittlung örtlicher Produkte in alle Welt erfolgt – früher Leinwand und Eisenwaren, heute vor allem Textilien, Metallwaren, Laboreinrichtungen, Elektronik und sehr viel Käse –, wo Fremdes kritisch geprüft, hereingeholt oder abgewiesen wurde, alles, Gewürze, Nachrichten, Mode, Ideen.

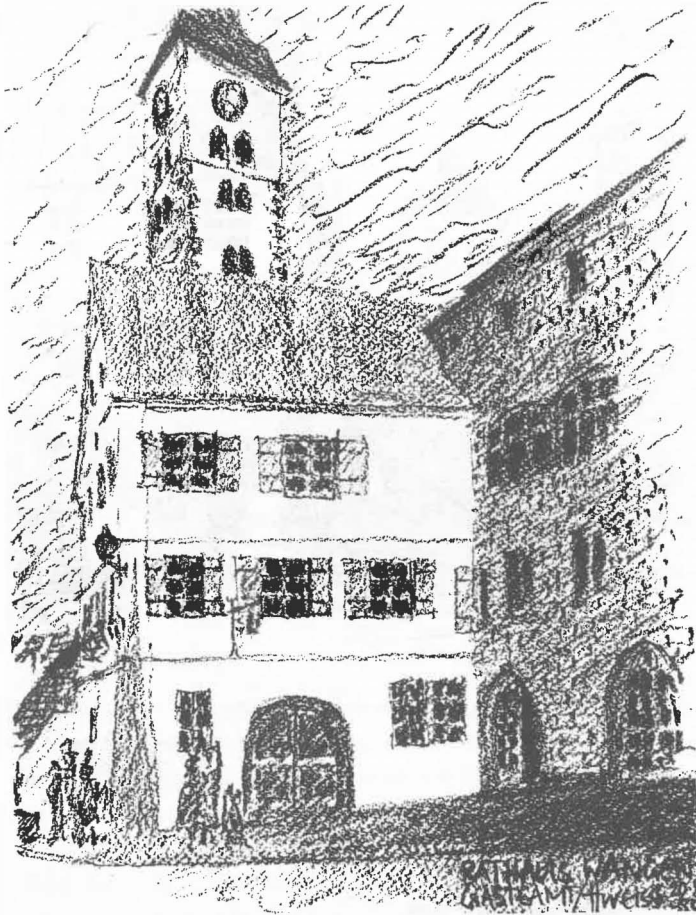
Zu den Bauern, die ernteten, aber auch Leinwand woben, zu den Händlern und Amtspersonen aus dem Kreis der Melioren gesellten sich von Anfang an die Handwerker. Alles fand seinen sinnvollen Platz: die riesigen mönchischen Teichanlagen in den Senken, die Flachs- und Kornfelder in den Ebenen, die Bleiche am Wasser, die Mühlen, Gerben, Walken und Eisenhämmer an den Bächen, die Schmieden, Werkstätten und Kontore in der Stadt.

Es gab eigentlich nichts besonderes, was der Stadt Brillanz verlieh. Sie war klein bis weit ins 19. Jahrhundert, im Durchschnitt schützte sie 1400 Einwohner. Ein exemplarisches Beispiel dafür, wie die Stadt baute, sparsam, vorsichtig, lieber ein bißchen zu klein, und doch brauchbar, ist das Rathaus: Hinter einer barocken Fassade steckt ein

Blick auf Martinstor und Paradiesstraße. Sie war Mittelpunkt des sanktgallischen Marktflückens.



Mittelpunkt der Stadt und der Fußgängerzone ist der Marktplatz. In der Mitte das Rathaus, rechts die Pfarrkirche St. Martin, links ein patrizischer Renaissance-Bau.



Rückfront des Rathauses mit Turm von St. Martin.

gotischer Bau und dieser wieder umschließt ein uraltes römisches Haus, das Teil der ersten Stadtbefestigung war.

Das heutige Bild der Altstadt wurde geprägt durch die Blütezeit im 16. Jahrhundert bis zum Beginn des Dreißigjährigen Krieges. Glücklicherweise ist ein sehr genaues Abbild der Stadt, 1611 von einem bedeutenden Kartographen gemalt, erhalten geblieben. Städtebaulich gesehen lebt der Stadtkern seit jener Zeit im wesentlichen von dieser Substanz.

Nach Jahrzehnten bürgerschaftlicher Streitigkeiten im 18. Jahrhundert wurde nämlich das Städtchen, arg gerupft durch den Reichsdeputationshauptschluß, in die neueste Geschichte gejagt. Wangen wurde württembergische Grenzstadt. Der schönste Teil des Reichsstadttterritoriums fiel an Bayern. An alte Tradition anknüpfend entstand als einzig echte Industrie eine Baumwollspinnerei und -weberei. Beginnend

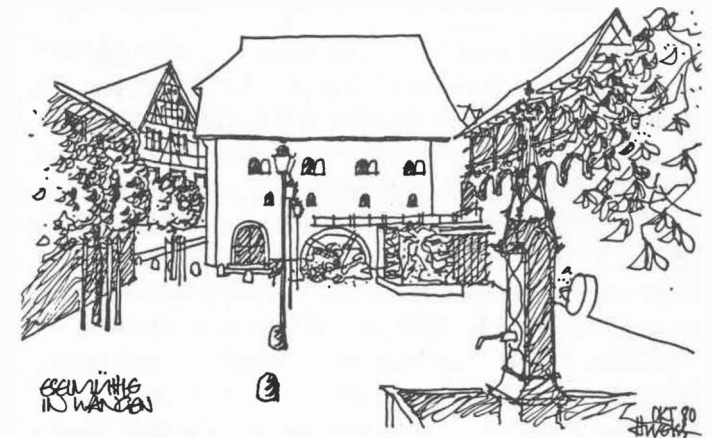
mit der Arbeit vieler kleiner Käsereien wurde die Stadt zur württembergischen »Käsemetropole«. Die uralte Wechselbeziehung zwischen Stadt und Landschaft funktionierte wieder: Austausch, Zuarbeiten, Handel. Den Kenner wundert nicht, daß in fast jedem Wangener Betrieb, auch in den größten, ein alter Handwerksbetrieb oder handwerklicher Produktionszweig steckt, der für das bäuerliche Umland arbeitet. Jeder Fabrikant könnte noch Handwerker sein. So wie es früher kein ausgeprägtes Patriziat in der Stadt gab, gibt es heute keine »Haute volée«. Ein gewisses Understatement, vermischt mit katholischer Freude an Farbe und Dekor, haben das Stadtbild bis zum heutigen Tag geprägt.

Nach den landschaftlichen und kulturellen Gegebenheiten wurde in den letzten Jahrzehnten der Fremdenverkehr aufgebaut. Er kann (und soll) zwar die Stadt nicht prägen, gibt ihr aber einen freundlichen Hauch. Bemerkenswert, daß die ersten Gedanken über Stadtverschönerung, vor allem auch Denkmalpflege und Stadtbilderhaltung, bereits vor 100 Jahren eng verknüpft waren mit dem Wunsch, die Stadt für Fremde attraktiv zu machen.

Glücklicherweise hat die Stadt keine Kriegsschäden erlitten. Deutlich zu erkennen sind aber noch die Spuren eines Stadtbrandes, der 1874 große Teile der Unterstadt verheerte. Vor allem dieses Ereignis hat zur Folge, daß wir uns bei der Stadtsanierung auch mit – eher bescheidenem – Baubestand des 19. Jahrhunderts beschäftigen dürfen.

III. Sanierung braucht ein Leitbild

Angesichts mancher Sanierung fragt man sich schon nach der Zielrichtung der Sanierungsbestrebungen. Ist es genug, alles großartiger, teurer und bis ins letzte »durchgestylt« zu machen, wenn's am Ende nur korrekt, hart und unterkühlt wirkt, trotz allem Allerwelts-Sanierungsdekor?



Blick auf die Eselmühle mit wiedereingerichtetem Wasserrad und die freigelegte Stadtmauer rechts.

Vielleicht klingt's komisch und antiquiert: Auf dem Wege zur Bewahrung der Stadtidentität hilft uns die schon erwähnte Stadtansicht des Kartographen Johann Andreas Rauch, die er 1611 dem ehrsamem Rat der Stadt mit guten Wünschen zum Neuen Jahr dedizierte. Sie hängt seit dieser Zeit im Ratssaal – und sie ist bis zum heutigen Tag aktuell geblieben. Ich möchte natürlich nicht in den Verdacht kommen, diese alte Stadtansicht im ganzen oder im Detail als »Sanierungsplan« verwenden und einer »Nostalgie totale« frönen zu wollen. Mit wehmütiger, altertumsverliebter Nostalgie habe ich nichts im Sinn. Ich suche die erneuernde Kraft, die aus guter Tradition erwächst.

So verstanden ist die alte Stadtansicht ein Leitbild, weil sie eine in allen Funktionen intakte und zudem auch architektonisch schöne Stadt schildert. Wir wollen also keineswegs unsere Altstadt in den Zustand von 1611 »zurückbauen«, sondern die ganze moderne Stadt dem ausgewogenen Vor-Bild annähern. Zur Verdeutlichung muß ich noch anfügen, daß das Bild von 1611 Wangen in einer Blütezeit zeigt und durch die Besonderheit der Darstellung auch einen guten Einblick in die »Nutzungszonen« der Stadt und in das Arbeitsleben der Bürger gibt. Aber nicht nur dies: auch das Spiel der Kinder, die Schule, das feierabendliche Gartenvergnügen, die Demonstration, die Prozession, der Hausfrauentratsch auf der Straße und vieles andere – eigentlich alles, was »Urbanität« ausmacht – sind dargestellt.

Das Bild lehrt Details sehen und – im Vergleich mit heute – Veränderungsprozesse erkennen. Wie schon gesagt, wollen wir ja keine Stadt von 1611 bauen, sondern registrieren genauso sorgfältig auch jeden Zustandsbefund aus der nachfolgenden Barockzeit, dem Biedermeier oder dem späten 19. Jahrhundert, das uns noch manch originelle Zutat gebracht hat.

IV. Ein bißchen Wangener »Sanierungsphilosophie«

Die notwendige individuelle Stadtsanierung setzt das »Sehen der eigenen Stadt« voraus. Das ist nichts anderes als ein fortdauerndes Üben. Man tut dies am besten »im Umherstreifen«, zu allen Tageszeiten, bei allen Beleuchtungen, mit dem Versuch, neue Blickwinkel zu finden. Wichtig ist es, gelegentlich einen kleinen Abstand zu bekommen. Der Rundgang durch die Stadt nach einiger Ferienabwesenheit bringt manchmal ganz neue Erkenntnisse. Heutzutage mag man das alles »ein Stadtbild analysieren« nennen. Ich mag hier das Wort »analysieren« nicht recht und würde es gern durch das Wort »lieben« ersetzen. Liebe macht nämlich nicht nur blind. Wer wüßte nicht, daß sie doch vor allem feinfühlig und empfindsam macht.

Eigentlich sollte man »Sanieren« irgendwo lernen können. Was mir heute noch nachgeht, ist die verhältnismäßige Ahnungslosigkeit, mit der ich als junger Bürgermeister über die Abgründe hinweggesehelt bin. Man lernt ja vorher alles mögliche,

aber gewiß kaum das, was man für eine ordentliche Sanierung braucht, wenn man diese nicht als rein technisch-hygienischen oder vornehmlich finanziellen Vorgang betrachtet. Wenn nicht bereits besonders glückliche Umstände herrschen, muß ein Bürgermeister bei Gemeinderat und Verwaltung Verständnis schaffen für eine gute Sanierung. Dies ist für einen neuen Bürgermeister – und ich meine auch für einen jungen Architekten – außerordentlich schwierig, da er zunächst (und wohl auch zurecht) keinen diesbezüglichen Kredit beanspruchen kann.

Ich glaube, es ist wichtig, sich für die Sanierung eine Art ortstypisches »Vokabular« zusammenzustellen. Dies erfordert das Erkennen ortstypischer und zeittypischer Bauformen. Mit dem letzteren Begriff ist eine geschichtliche Dimension angesprochen. Ich halte sie für besonders wichtig: Häuser, Stadtviertel oder auch bauliche Details, die saniert werden, haben ja immer auch eine Aussage zur Geschichte der Stadt, zur Sozialgeschichte oder auch zur Geschichte einzelner Bürger zu machen. Wenn wir uns darum nicht kümmern, tun wir das gleiche wie eine hygiene-fanatische Hausfrau, die mit einem scharfen Putzmittel ihr schönstes altes Möbel kaputt macht. Sanierung sollte die Geschichtlichkeit der Bauwerke nicht auslöschen. Nicht alles Krumme muß nachher gerade sein. Auch sollte man sich hüten, durch falsche Zutaten (z. B. die erwähnten architektonischen Sanierungsversatzstücke) lokale Geschichte zu verfälschen. Ich meine also, daß es sehr gut wäre, wenn ein Bürgermeister oder der für die Sanierung Zuständige sich mit der Ortsgeschichte – auch der Baugeschichte – so gut als möglich vertraut machen würde.

Ich berühre jetzt sicher einen heftig umstrittenen Punkt, der mit der Problematik der genauso oft praktizierten wie verteufelten wie verunglückten Anpassungsarchitektur zusammenhängt, wenn ich zumindest für unsere Stadt anstrebe, daß die Sanierung im guten und historisch gewachsenen Stadtbild möglichst wenig auffällt. (Dies kann natürlich nicht für die Fälle gelten, in denen eine gänzlich verdorbene Situation vorliegt oder in denen willentlich und zwingend eine Strukturveränderung angestrebt werden muß). Ich meine, wir sind es der Individualität unserer Städte schuldig, daß man nicht in wenigen Jahren konstatieren kann: Aha, hier hat das Sonderprogramm 1986 – oder sonst irgendeins – zugeschlagen!

Daraus ergibt sich eine weitere, die vielleicht am schwierigsten zu praktizierende Aufgabe, da sie oft durch hochgesteckte politische Erwartungen und vielleicht auch das eigene Naturell erschwert wird: Man sollte sich bei der Sanierung ein vernünftiges Maß an Zeit einräumen. Man muß sich, im Sinne des »Leitbildes«, langfristige zu erreichende Idealziele stecken. Gleichzeitig ist es notwendig, sich jedoch gerade deshalb auch in Geduld zu üben: Rom wurde nicht an einem Tag erbaut – und Wangen wird erst recht nicht an einem Tag saniert.

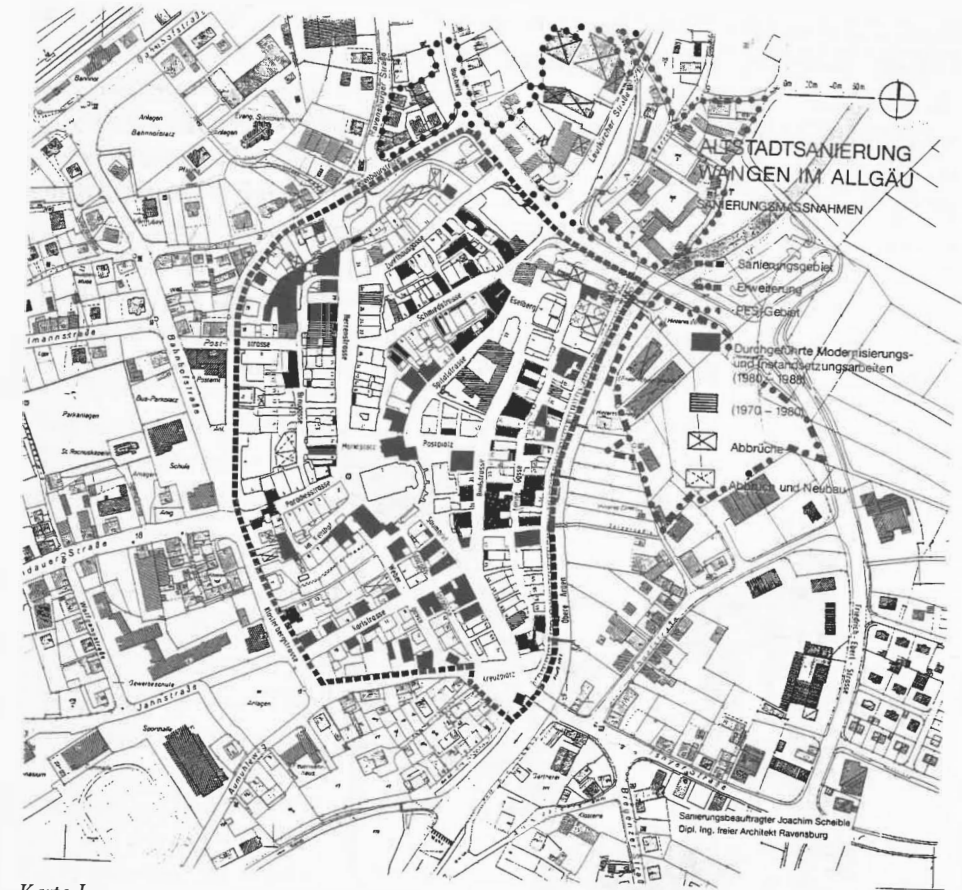
Eine behutsame, sozialverträgliche und damit vor allem menschliche Sanierung kann nicht mit (politisch oder sonstwie begründeter) Hast und mit der Brechstange gemacht werden. Es ist wohl wichtig, ständig mit Ideen zu spielen, Varianten zu



Die »Lange Gasse«, ursprünglich landwirtschaftlich geprägt, kommt allmählich in den Sog der Sanierung.

überlegen, Überlegungen zu sammeln (ganz wörtlich gemeint), die Zeit jedoch bringt erst die richtige Abklärung. Ich selbst habe zum Beispiel »Sanierungsziele«, die ich seit bald 20 Jahren ohne viel Aufhebens anstrebe. Viele Dinge können nur unendlich langsam gehen, aber was macht dies schon? Setzen wir mal den persönlichen Ehrgeiz in Relation zum Alter und zur Zukunft unserer Städte!

Manche Dinge gehen vor allem deshalb unendlich langsam, weil privates Eigentum Schranken setzt, die nicht durchbrochen, sondern nur gemeinsam aufgehoben werden sollen. Sanierungspolitik ist nicht zuletzt langjährig konsequent und zielstrebig betriebene Grundstückspolitik. Gerade diese Erfahrung hat übrigens dazu geführt, unser Sanierungsgebiet möglichst großräumig auszuweisen. Es umfaßt mit 12,3 ha das gesamte Altstadtgebiet. Bei dieser Größe wird unnötiger Vollzugsdruck vermieden. Die Stadt hat umgekehrt die Möglichkeit, auf das Veränderungsinteresse der Eigentümer zu reagieren.



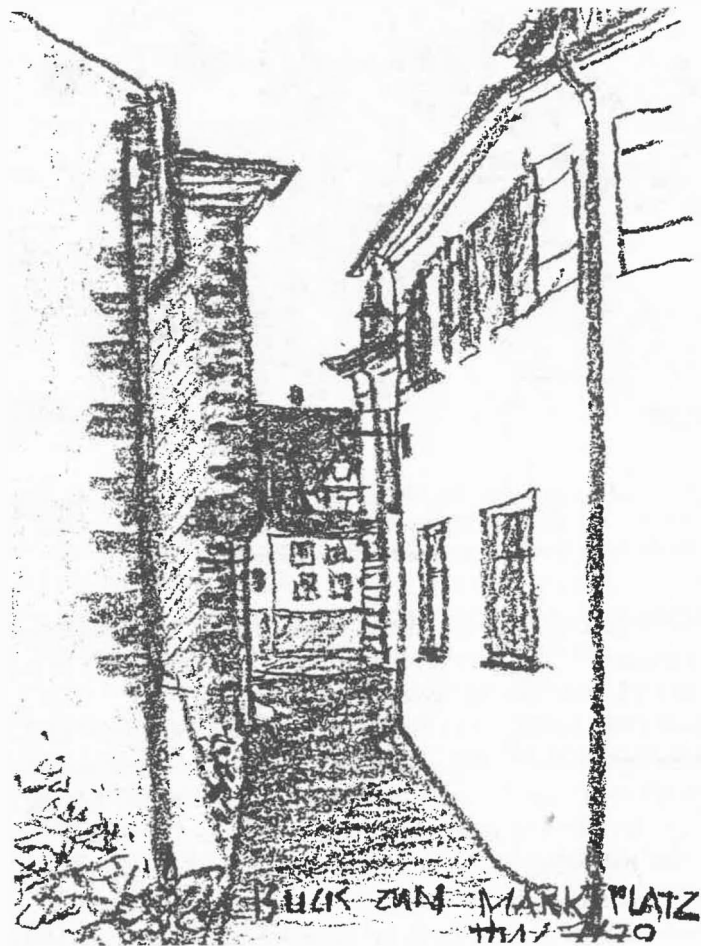
Karte I

Umfang der Sanierungsgebiete auf beiden Seiten der Oberen Argen und das PES-Gebiet (Einfache Stadterneuerung) im Norden des Altstadt-kerns. Im Sanierungsgebiet östlich der Oberen Argen ist dicht am Fluß das Bürgerhaus, östlich davon ein Einkaufszentrum vorgesehen.

Erst eine gewisse Berufserfahrung zeigt uns, daß es gerade bei der Sanierung Dinge gibt, die einfach reifen müssen. Leider steht diese Erkenntnis im Widerspruch zu der oft allzuhektischen und »soforterfolgsorientierten« Förderungspraxis.

Da dies, durch »hohe Politik« bedingt, nun mal so ist, muß auf kommunaler Ebene in Kenntnis der Gefahren daraus das Beste gemacht werden. Hier die Notwendigkeit des rechtzeitigen Gesprächs mit dem Bürger zu erwähnen, ist fast banal. Ich sag's trotzdem, weil dies nirgends so wichtig ist wie hier: Man darf keine Gelegenheit versäumen, ob beiläufig, ob halboffiziell oder hochoffiziell auf Sanierungsprobleme, Sanierungsziele, Lösungsvarianten hinzuweisen, in privater Runde, im Gemeinderat, bei Schulklassenbesuchen oder im Seniorentreff. Im Gespräch muß man seine Ideen

testen und schließlich muß man sich für seine Ideen Verbündete suchen: solche, die kritisch mitdenken, andere informieren oder Nachrichten aus der Bürgerschaft zurückbringen. Ich denke hier an die allenthalben seit langem vorhandenen oder neuerdings aus Bürgerinitiativen entstandenen Altstadtvereine oder Diskussionsforen, die sich in einem nie gekannten Ausmaß für städtebauliche Probleme interessieren und ganz wichtige Meinungsträger geworden sind. Man muß wohl auch damit beginnen, zusammen mit solchen Gruppen darüber nachzudenken, was denn den meisten Leuten eine gewachsene alte Stadt so vertraut macht. Es hängt vielleicht mit den Dimensionen zusammen, die ein Mensch durchschreiten und begreifen kann, ohne sich zu fürchten oder zu erschrecken; es hängt mit der »Farbtemperatur« zusammen, mit dem Hauch von Irrationalem, Gewachsenem, nicht Geplantem, mit



Es geht eng zu. Rechts das Rathaus, links die Pfarrkirche St. Martin. Durchblick zum Markt.

dem Mangel an Geometrie: In einer wohl empfundenen großen Ordnung steckt eine versöhnliche und tröstliche Menge von kleiner Unordnung und Ungeradem. Offenbar erkennt man sich hier leichter wieder.

Die Worte »Harmonie« und »Ästhetik« mögen bei manchen nur ein müdes Lächeln bewirken. Für mich sind diese Begriffe letztlich bei einem städtebaulichen Leitbild bestimmend. Viele Menschen mögen mit ästhetischen Minimalbedürfnissen durchs Leben kommen. Ich bin aber sicher, daß noch mehr Menschen, bewußt oder unbewußt, an einem Mangel an Harmonie und Ästhetik ihrer Umwelt leiden.

V. Sanierung in der Praxis

1. Priorität für die private Sanierung

Der Gemeinderat hat der Förderung von privaten Maßnahmen Priorität eingeräumt. Dies ist nicht selbstverständlich, aber wirkungsvoll. Die Stadt tobt sich nicht in öffentlichen Anlagen aus, sondern verwendet hierfür, was vom Privaten nicht abgeholt wurde.

2. Behutsame substanzschonende Erneuerung ist Leitziel

Am Beginn allen Planens steht daher die wesentliche Frage: Ist die beabsichtigte Nutzung mit der zu erhaltenden Substanz in Einklang zu bringen? Wir verfolgen nachdrücklich den Weg, im Vorfeld aller Planungen eine dem Gebäude gemäße Nutzung zu finden. Wohnraum bis unter den Dachfirst zerstört nicht nur manchen erhaltenswerten Dachstuhl, sondern genauso die Dachlandschaft und die für das Wohnen wichtigen Abstell- und Nebenflächen.

Auch das Aufteilen von Altbäuden in Eigentumswohnungen gilt es im Rahmen der Sanierung einzudämmen. Aus der Aufteilung ergeben sich meist ungute Grundrißzwänge und Anforderungen an die Trittschalldämmung, die einer behutsamen Sanierung widersprechen.

Das Gebäudeinnere soll durch behutsame Erneuerung weitgehend erhalten und nach Möglichkeit restaurativ behandelt werden.

Trotz frühzeitiger Vorberatungen mit dem Sanierungsbeauftragten tauchen immer wieder Baugesuche auf, die wenig Rücksicht auf das vorhandene Grundrißgefüge eines Hauses nehmen. Leider fördert das geltende Baurecht Totalauskernungen mehr als es sie verhindert. Bleiben nur der Einsatz der Sanierungsmittel als Zuckerbrot und die Überzeugungskraft, um eine vorsichtige Bauweise durchzusetzen. Was allerdings nach der Sanierung geschieht, bleibt ungewiß.

3. Finden statt Erfinden

Diese Devise hat sich für die Behandlung von Baudetails in Wangen durchgesetzt. Damit werden falsche, importierte »Sanierungszutaten« eingedämmt. Wir bemühen

uns zum Beispiel konsequent darum, das unkontrollierte Abschlagen von historischen Putzfassaden und Innenwänden, bei dem landauf landab Unwiederbringliches zerstört wird, zu unterbinden. Auf Grund dieser Bemühungen, die aber stete Präsenz im rechten Augenblick und ein gutes Verhältnis zu Architekten und Handwerkern voraussetzen, wird das Wangener Stadtbild mehr und mehr von der differenzierten Farbigkeit ehemaliger Bemalung geprägt.

4. Nicht nur Häuser, vor allem Menschen sind von der Sanierung berührt

Mit gleicher Behutsamkeit wie die denkmalgeschützten Gebäude sind die persönlichen Belange der Altstadtbewohner zu behandeln und die nachbarschaftlichen Beziehungen zu bewahren. Der Bürger muß vor allem die Freude an seinem Haus, an seinem Besitz behalten. Mit Ausnahme eines Großprojektes sind in Wangen sämtliche Maßnahmen von einzelnen privaten Bauherren durchgeführt worden. Diese wohnen zu 38% im eigenen Gebäude oder führen dort zu 31% einen Betrieb. Um eines



Winkel beim Hospital. Das sanierte Altersheim in der Altstadt ist beliebt.

raschen Erfolges willen wollen wir keine Trägermaßnahmen. Anlaß zu Sanierungsmaßnahmen war zu 44% der Übergang des Eigentums durch Erbfall oder Kauf.

Den Kontakt zu den Bauherren suchen wir bereits zu Beginn aller Bauüberlegungen. So können schon bei der Aufstellung der Nutzungsprogramme die Fördermodalitäten eingeflochten werden. Im Vorentwurfsstadium finden bereits die städtebaulichen und öffentlichen Belange Berücksichtigung. Das Bauvorhaben wird im Vorfeld des Bauantrages einvernehmlich zwischen der Sanierungsstelle und dem Bauherren entwickelt. Dabei erfolgen Vorklärungen sehr frühzeitig mit Baurechtsbehörde und Denkmalamt. Ein unabgestimmtes fixfertig eingereichtes Baugesuch verhärtet die Fronten und ist meist nur gegen Widerstände revidierbar. Angeforderte Tekturpläne empfindet der Bauherr oft als obrigkeitstaatlichen Willkürakt.

Ein Baugesuch fixiert auch das Bauvolumen. Ziel der Sanierung ist es jedoch, durchgreifende Erneuerungen zu erreichen. Zuschuß und steuerliche Absetzung bewirken in der Regel, daß bei guter Beratung aus einer geplanten kleineren Umbaumaßnahme eine durchgreifende Erneuerung wird. Bezeichnend für unser Sanierungsgebiet ist immer noch eine kopflastige Alterspyramide, ein etwas höherer Anteil an Ausländern und sozial schwachen Personen. Neben aller Architektur ist die Interessenvertretung dieser Personen ein zentraler öffentlicher Belang. Soziale Probleme bleiben leichter lösbar, wenn der Sanierungsbeauftragte als Advokat zu Beginn der Planung Einfluß nehmen kann. Nicht selten läßt sich durch überlegte Planung erreichen, daß betagte Bewohner im Haus bleiben oder in der nächsten Nachbarschaft untergebracht werden können.

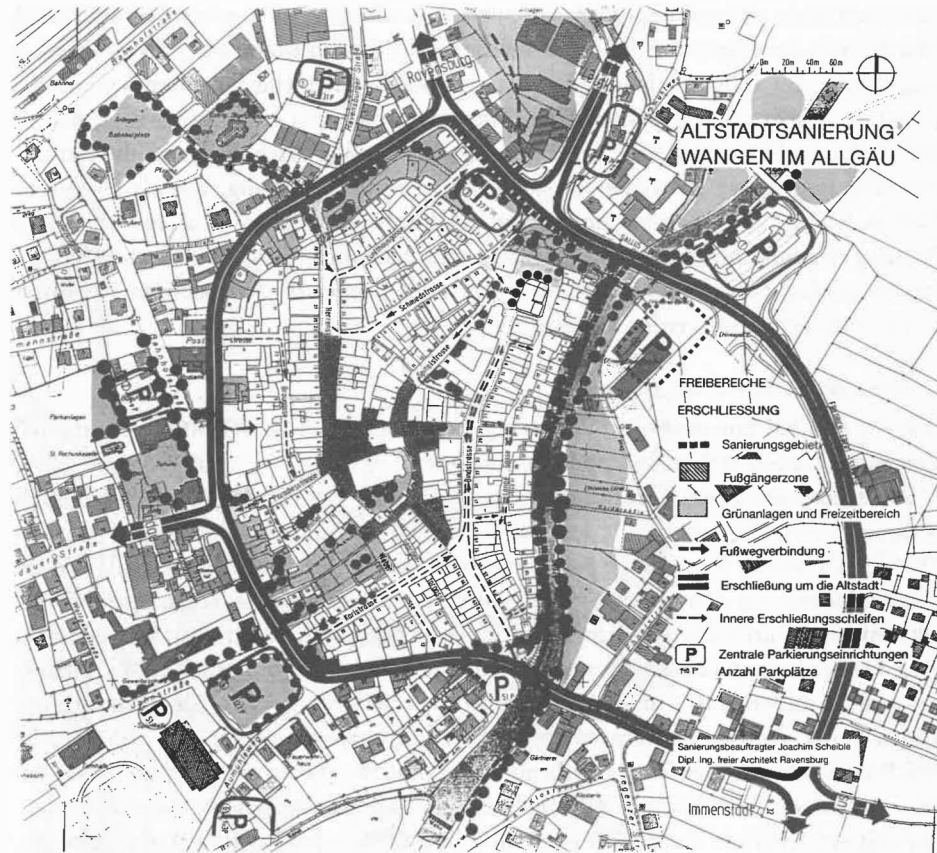
5. Freier Architekt mit Werkvertrag

Wer ist nun bei uns derjenige, der rechtzeitig dabei sein soll, vermittelt, berät, sich Zeit nimmt, auch mal tröstet und gut zuredet?

Es ist der »geeignete Beauftragte«, dessen sich die Gemeinde nach § 157 BauGB bedienen kann. Zusammen mit der benachbarten Stadt Saulgau hat die Stadt Wangen 1979 einen neuen Weg für die Sanierungsbetreuung beschritten. In einem Werkvertragsverhältnis mit den beiden Städten wurde ein sanierungserfahrener Freier Architekt mit der Durchführung sämtlicher Sanierungsmaßnahmen beauftragt. Er wirkt auch bei der Öffentlichkeitsarbeit und bei den städtischen Planungen mit. Im Martinsort – nicht im Rathaus – wurde eine Sanierungsstelle eingerichtet. Sie dient an zwei Tagen in der Woche den Bürgern als Anlaufstelle. Sanierungsgespräche bringen sehr viel Persönliches an den Tag. Der Beauftragte muß Vertrauensperson sein. Es ist bei uns von besonderem Vorteil, daß die baulichen, finanziellen und sozialen Probleme nur mit einer Person besprochen werden müssen. Nicht wechselnde Sachbearbeiter, sondern personelle Kontinuität und Kompetenz sind auf längere Zeit gefragt. Die Beratung aus einer Hand über die Höhe des Zuschusses, die Hausfarbe, die Fensterprossengliederung oder die Baufinanzierung wirkt sich positiv aus.

VI. Stadtentwicklung und Sanierung

Für den Altstadtkern Wangens gibt es keinen Bebauungsplan. Die Aufstellung von Bebauungsplänen wurde aber beschlossen für Randbereiche der Altstadt, speziell die ehemalige Grabenzone. Hier ergab sich vor allem die Notwendigkeit, auf diese Weise zu Vorkaufsrechten zu kommen, um notfalls Fehlentwicklungen im Ansatz stoppen zu können. Eine Besonderheit ist weiterhin, daß der gesamte Altstadtkern – ungefähr deckungsgleich mit dem Sanierungsgebiet – bereits seit 1976 unter Ensembleschutz nach dem baden-württembergischen Denkmalschutzgesetz steht und also bei jedem, auch kleinsten Baugenehmigungsverfahren die Denkmalschutzbehörde zu beteiligen ist. Es sei hierzu vermerkt, daß die jahrelangen Erfahrungen durchaus positiv sind.



Karte II

Verkehrsführung und Parkplätze rund um die Altstadt. Dargestellt ist der Bereich der Fußgängerzone, die Grünzonen und die Baumpflanzungen.

Diese Situation führt dazu, daß die Stadtplanung das Sanierungsgeschehen mehr großräumig begleitet. Dies betrifft die Frage der Verkehrsführung außerhalb des Altstadtkerns, die Bewahrung oder Wiederherstellung von Landschaftskontakten zur Altstadt, die Schaffung von Parkplätzen außerhalb der Altstadt und insbesondere die Neuregelung der Bebauung in der brisanten Umstrukturierungs- und Wachstumszone, die sich auf eine Tiefe von wenig mehr als 200 Meter rund um den mittelalterlichen Stadtkern erstreckt.

Eine weitere Aufgabe, die von der Stadtplanung in Zusammenarbeit mit der Sanierungsstelle betreut wird, ist der Ausbau der Fußgängerzone, die Neugestaltung von Wegen und Plätzen sowie der Grünanlagen in den ehemaligen Stadtgräben, vor allem auch die konsequente Umgestaltung sämtlicher Zugänge und Zufahrten zum Altstadtkern: »Flugloch-Markierung« würde vielleicht ein Imker dazu sagen.

1. Der öffentliche Raum in der Altstadt und rund um die Altstadt

Bereits vor dem »offiziellen« Sanierungsbeginn wurden grundsätzliche Fragen des Umfeldes, insbesondere des öffentlichen Raumes erörtert. Das beschränkte sich nicht nur auf Straßenräume, Plätze und Grabenzone, sondern darüber hinaus auf eine weiter gefaßte Umgebung der Altstadt. Die im Zuge der mäßigen Industrialisierung voranschreitende Inanspruchnahme des Stadtumlandes läßt sich hier wie auch woanders am heutigen Stadtgrundriß ablesen. Daraus kann unschwer festgestellt werden, daß naturräumliche Gegebenheiten, deren Veränderung heute undenkbar scheint, damals bei der Besiedelung keine wesentlichen »Hindernisse« darstellten. Gar nicht existent waren im heutigen Sinne ökologische oder gestaltende Ziele der Freiraumplanung. Wer anerkennt, daß Stadtklima sowohl psychische wie auch physische Bedeutung für den Menschen hat, ist gefordert. Der »öffentliche Raum« erlebt eine Renaissance nicht nur in großen Städten. Dabei ist jedoch nicht nur der Raum wichtig, der als Weg, Straße oder Platz vielen Zwecken dient, sondern auch ein weiträumiges Umfeld, das menschliche Ausgeglichenheit begünstigt durch das Zusammenwirken von »Naturraum« und »künstlich« geschaffenem Raum.

Der öffentliche Raum innerhalb der dicht bebauten Stadt kann nicht gleichzeitig »Naturraum-Ersatz« sein. Bei der Umgestaltung des historischen »Marktes« lag daher das Schwergewicht bei der weitgehenden Eliminierung von Unverträglichkeiten, die durch den Verkehr entstanden waren.

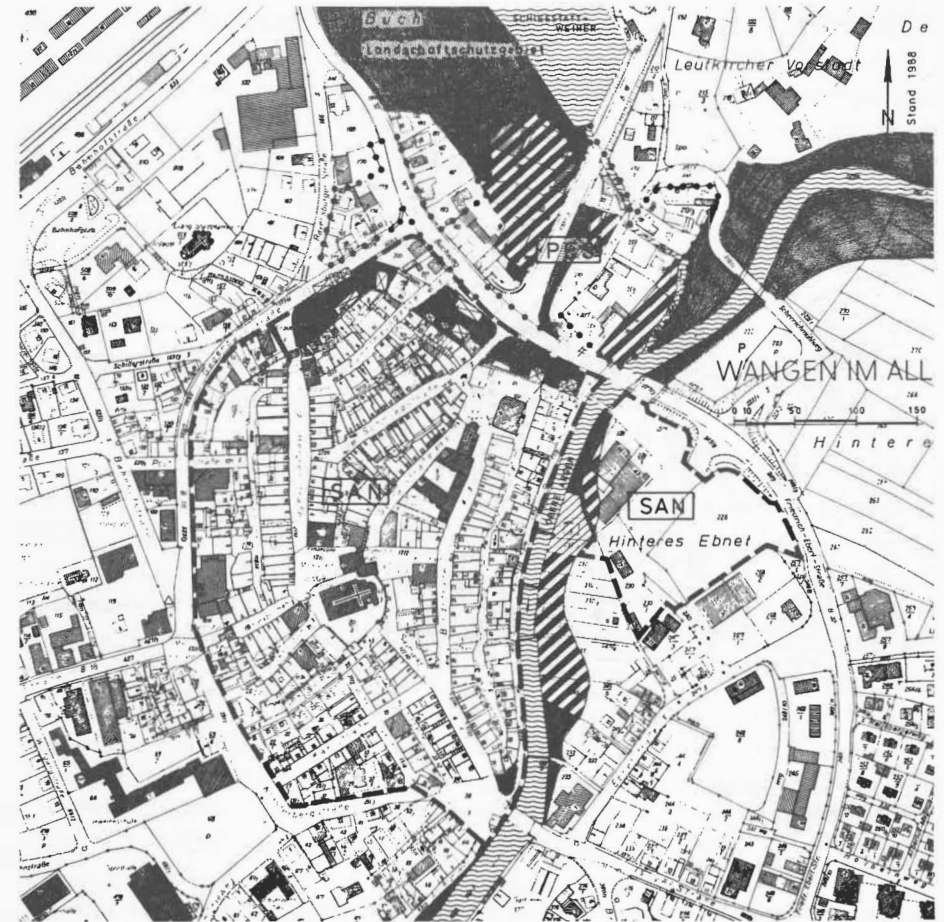
2. Das Rezept für die Fußgängerzone

Das Gebiet der Fußgängerzone entspricht der Fläche des traditionellen, seit 1330 jeden Mittwoch abgehaltenen Wochenmarktes. Die Fußgängerzone wurde nach langer Diskussionsphase und nach Neuanlegung von altstadtnahen Parkplätzen in drei Etappen ausgebaut, so daß der Verkehr erst nach drei Jahren vollständig aus der Marktzone verbannt war. Diese Gewöhnungsphase tat gut. Auch sonst gingen wir



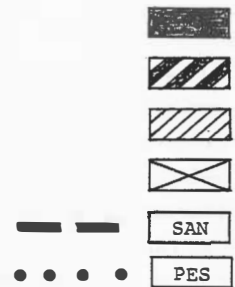
Wangen 1825: Ausschnitt aus der Flurkarte M. 1:2500.
Reproduktion nach dem lithographischen Erstdruck SO 8152 der Württembergischen Landesvermessung. Herausgegeben vom Landesvermessungsamt Baden-Württemberg, Stuttgart 1987.

behutsam vor: Die vorhandene Pflasterung vom Ende des 19. Jahrhunderts wurde übernommen. Damit wurde auf örtliche Gewohnheit Rücksicht genommen, Material und Form der Pflasterung nicht verändert. Mit Rücksicht auf die die Räume umschließende Architektur erfolgte eine zurückhaltende flächige Gestaltung. Der Pflasterunterbau, auch in Bereichen hoher Belastung, blieb »natürlich«. Es erfolgte keine flächenhafte Verwendung von Beton. Zur Zierde und als historische Notiz wurden kleine, künstlerisch gestaltete Bronzeplatten in die Pflasterung eingearbeitet. Wer sie sehen will, findet sie. Kleine Wasserläufe in Kandeln unter teilweiser Nutzung der



Wangen 1988:

- Die Umgestaltung von Straßen und Plätzen in der Altstadt im Bereich des »Marktes« umfasst: Herrenstraße, Marktplatz, Postplatz, Saumark und teilweise Spitalstraße
- Öffentliche Grünfläche im Eigentum der Stadt
geplant (FNP, Bebauungsplan)
derzeit nicht realisierbar, langfristig vorzusehen
- Fördergebiet »Altstadtsanierung«
- Abgebrochene Gebäude
- Fördergebiet »Programm Einfache Stadterneuerung«





Der Pulverturm in der Südostecke der Stadt ist Angelpunkt eines im Ausbau befindlichen »Museumsviertels«. Vor der Stadtmauer der beliebte Fest- und Musizierplatz.

Brunnenüberläufe wurden zur Belebung und als historische Reminiszenz an die früher vorhandenen Stadtbächlein eingerichtet. Die Möblierung wurde überwiegend nicht von der Stange gekauft, sondern selbst entworfen. Mit Rücksicht auf Umzüge und Stadtfeste ist sie mobil gehalten. Sie soll nach einer Eingewöhnungsphase wieder reduziert werden.

3. Neue Grünzonen im Grabenbereich

Wie vielerorts war auch in Wangen die alte Stadtgrabenanlage der Entwicklung weitgehend geopfert worden. Obwohl auch dieser Vorgang ein »historischer« war, kamen wir nach längerer Diskussion zur Auffassung, daß dort, wo Erscheinungsform, Gebäudesubstanz und Erschließungsvoraussetzungen mangelhaft waren, eine Freilegung sinnvoll sei. Durch Abbruch mehrerer Gebäude wurde bis jetzt eine Grünanlage von ca. 280 m Länge geschaffen. Zur Freude der Kinder gelang es, ziemlich viel Wasser in diesen Bereich zu bringen. So erhält die restaurierte Stadtmauer eine

durchaus aktuelle Funktion als Prallwand und Lärmschutz zugleich. Auch entlang des Flusses Argen, der vor der alten Stadtmauer fließt, ist ein »Spaziergängerbereich« und eine größere öffentliche Grünzone im Entstehen. Über mehrere Stege, von denen zwei erst in jüngster Zeit gebaut wurden, wird eine ca. 50 m tiefe Parkanlage jenseits des Flusses von der Altstadt her erreichbar. Erst in jüngster Zeit ist es durch einen Grundstücks austausch möglich geworden, in diesem Bereich, also einen Steinwurf von der Altstadt entfernt, Gelände für ein Bürgerzentrum zu erwerben. Dieses Gelände wurde inzwischen in das Sanierungsgebiet einbezogen.

4. Programm »Einfache Stadterneuerung« (PES) in der »Leutkircher Vorstadt«

Durch eine frühere Gewerbeansiedlung ist eine starke und störende Veränderung an einem Gletscherhügel hervorgerufen worden, der als Ausläufer eines Landschaftsschutzgebietes bis an die Altstadt heranreicht. Auch ist die Verbindung der freien Talau der Oberen Argen mit der Altstadt durch die gewerbliche Bebauung des 19. Jahrhunderts abgeschnitten. Eine Verbesserung ist dringend geboten. Die von der Stadt geplanten ökologischen Rückbaumaßnahmen wurden in das neue baden-württembergische »Programm Einfache Stadterneuerung« aufgenommen. Der Förderrahmen soll bei 10 Millionen DM liegen. Ein größeres Gewerbeareal wurde bereits gekauft. Der Betrieb baut neu in einem Gewerbegebiet. Durch Bebauungsplan wird nun geklärt, was von den alten Anlagen abgebrochen wird und wie der ökologische Rückbau erfolgen soll. Diese ungewöhnliche Aufgabe wird von uns als Jahrhundertchance zur Verbesserung der Stadtqualität angesehen. Bei der uns zugefallenen Wahlmöglichkeit zwischen Supermarkt und Wiederherstellung eines wichtigen Kontaktes zwischen Altstadt und freier Landschaft wollen wir uns für die vermeintlich »unwirtschaftliche« Lösung entscheiden. Wir hoffen dabei, wie bei der ganzen Stadtsanierung, daß einer späteren Generation sicherer Gewinn zuwächst.

VII. Zahlen zur Altstadtsanierung Wangen im Allgäu

Finanzierung 1980–1987

in Mio. DM

Gesamtinvestition 1980–1987 etwa	70,00
Förderrahmen genehmigt (Bund, Land, Stadt je 1/3)	18,49
beantragt bis 1993	27,29
öffentliche Baumaßnahmen	10,82
private Baumaßnahmen	41,09
Tiefbaumaßnahmen (Fußgänger-Grünzonen) und weitere Maßnahmen ca.	9,00
Fassadenerneuerungen	0,97
Maßnahmen anderer Programme	2,00
Laufzeit der Sanierung bis 1993	

Baumaßnahmen 1980–1987

- 63 durchgreifende Modernisierungen oder Teilabbruch und Wiederaufbau
- 59 weitere Instandsetzungsmaßnahmen und Erneuerungen
- 37 Schaufensteranlagen verändert
- 589 Stellplätze und Tiefgaragenplätze in Altstadtnähe neu geschaffen
- 85 Stellplätze durch Fußgängerzonen entwidmet
- ca. 8000 m² Grünzonen im Altstadtbereich mit ca. 100 Baumpflanzungen neu angelegt
- ca. 8000 m² Fußgängerzone
- ca. 3000 m² Neugestaltung der Stadtzufahrten am Frauentor, Martinstor, am Kreuzplatz und am Peterstorplatz

Verbesserung der Infrastruktur

- Sanierung Eselmühle, Einrichtung Heimatmuseum und Käseremuseum (1975), Platzgestaltung Städtisches Altersheim Hospital zum Heiligen Geist (1978)
- Kornhaus – Einbau Bücherei und Stadtbauamt (1980)
- Neubau von Gruppenräumen für VHS und Vereine am Frauentor (1982)
- Gemeindezentrum der Katholischen Kirchengemeinde St. Martin (1982)
- Rathausumbau und -ausbau des Dachgeschosses mit neuem Ratssaal (1983)
- Rathaus-Annex Mesnerhaus – Umbau (1983)
- Pulverturm und Haus Lange Gasse 1 – Museumsräume und Seniorentreff (1986)

Literatur

Albert Scheurle, Wangen im Allgäu. Das Werden und Wachsen der Stadt, 1975; *Stadtbauamt Wangen* im Allgäu, Das Kornhaus (Sanierungsbericht) 1981; *Stadtbauamt Wangen* im Allgäu, Das Rathaus (Sanierungsbericht) 1983; *Stadtbauämter Wangen / Leutkirch / Isny*, Allgäuer Altstadtfibel. Gemeinsame Altstadtsatzung mit Erläuterung, 1982.

Hans Blumenfeld

Vom Kampf gegen den Kahlschlag*

Transkript und Überarbeitung: Volker Roscher

Wenn ich versuche, mir Rechenschaft abzulegen über die Zeit meines Wirkens in der nordamerikanischen Stadtplanung – nahezu ein halbes Jahrhundert – so erscheint wichtiger als positive Vorschläge ein Negativum: Verhinderung des »Kahlschlags«, der Zerstörung von Wohnvierteln der ärmeren Bevölkerung durch die »Bulldozer«, im Namen des »Urban Redevelopment«, der Stadt-Erneuerung.

Als ich kurz nach unserer Ankunft in New York im November 1938 den Architekten Simon Breines aufsuchte, lud er mich ein, am Abend eine öffentliche Veranstaltung zu besuchen, in der Robert Moses seinen Plan für »Urban Redevelopment« vorstellte. Moses, schon verantwortlich für die Straßen und Parks der Stadt, schlug vor, mehrere ausgedehnte Bezirke, die er als »Slums« definierte, abzureißen und mit großenteils öffentlichen, aber im wesentlichen privaten vielstöckigen Mietshäusern zu bebauen. Ich war entsetzt, so auch Breines, aber die Öffentlichkeit begrüßte den Vorschlag.

Der »Bürgerrat für Wohnung und Planung« (Citizens Council for Housing and Planning) bildete eine Kommission zum Studium des Problems, in die ich aufgenommen wurde. Ich traf dort führende Leute: Clarence Stein, Henry Churchill, Fred Ackerman, Clarence Perry, William Vladeck, Carl Feiss. Alle waren für »Urban Redevelopment« in großem Maßstab, Perry sah seine ideale »Nachbarschaft« von 10 000 Men-

schen als Minimalgröße für ein Projekt. Ein entsprechender Bericht wurde verfaßt.

Ich sagte und schrieb: »was immer ›Urban Renewal‹ Gutes tun mag, es wird die Wohnungsnot der minderbemittelten Bevölkerung radikal verschlechtern, indem es das Angebot verringert und die Mieten in die Höhe treibt. Es kann daher nur empfohlen werden, wenn gleichzeitig, oder besser vorher, zwei andere Maßnahmen ergriffen werden: erstens, Mieterschutz und zweitens ein massives Programm für öffentliche Mietzuschüsse für Minderbemittelte.« Meine Kommissionskollegen waren meistens auch für Mietzuschüsse, aber sie wollten nicht die Stadterneuerung davon abhängig machen. Niederlage Numero eins.

Sechs Jahre später, Ende 1944, schuf der Staat Pennsylvania eine »Nachkriegs-Planungs-Kommission«. Man befürchtete eine Rückkehr von Krise und Massenarbeitslosigkeit und sah in der Stadterneuerung das wirksamste Gegenmittel. Abraham Freedman, Rechtsberater der Philadelphia Wohnungsbehörde, wurde beauftragt, einen entsprechenden Gesetzentwurf auszuarbeiten und zog mich hinzu als technischen Sachverständigen.

Ich erklärte ihm sofort, daß und warum ich die beabsichtigte Gesetzgebung als sozial schädlich ansah. Er war beeindruckt und fragte: »Sollen wir den Auftrag ablehnen?« Ich erwiderte: »Nein, Pennsylvania wird ein solches Gesetz erlassen, wir können wenigstens Schutz gegen die schlimmsten Folgen einbauen.«

Schutzmaßnahme Nr. 1: Bestimmung, daß das örtliche Wohnungsamt bescheinigen muß, daß für die Bewohner abzureißender Häuser Standardwohnungen zur Verfügung stehen, zu vergleichbaren Mieten und in vergleichbarer Lage zu Arbeitsmarkt und Versorgung. Offensicht-

* Hans Blumenfelds letzter Aufsatz. Er verstarb am 30. Januar 1988 in Toronto. Seine Autobiographie erscheint in der Buchreihe »Stadt – Planung – Geschichte« voraussichtlich im Herbst 1988 im Christians-Verlag in Hamburg. Vgl. auch V. Roscher, Über Hans Blumenfeld, in: Die alte Stadt 12 (1985), S. 57–65.

lich, wenn solche Wohnungen auf dem Markt gewesen wären, dann wären die Slumbewohner längst in sie umgezogen. Also mußte das Wohnungsamt für alle evakuierten Bewohner neue, erheblich bezuschußte Wohnungen bauen – oder auf Abriß verzichten. So wäre es gewesen, wenn die Wohnungsämter gewissenhaft vorgegangen wären. Tatsächlich haben sie einfach die Unwahrheit bescheinigt. Schutzmaßnahme Nr. 1 hat versagt.

Schutzmaßnahme Nr. 2: Die Definition »slum clearance« als legaler Grund zur Enteignung wurde erweitert durch die Gummiparagraphen-Bestimmung: »oder wirtschaftlich oder sozial unerwünschte Zustände.«

Schutzmaßnahme Nr. 3: Einschaltung der Stadtplanung in zwei Stufen; erste Stufe: Abgrenzung einer »redevelopment area« und Richtlinien für die Erneuerung; zweite Stufe: Genehmigung von Projekten, die von privaten oder öffentlichen Unternehmungen vorgeschlagen würden.

Unmittelbar nach Verabschiedung des Gesetzes wurde ich zum »Senior Land Planner« der reorganisierten Planungskommission ernannt und mußte mein eigenes Gesetz anwenden. Die erste Erfahrung, die auch andere Städte machten, war völlige Lähmung jeder Investition in Bauten in einer »redevelopment area«, da die Besitzer Enteignung erwarteten. Ich kam zu dem Schluß, daß wir dies nur vermeiden konnten, indem wir ganz Philadelphia, mit Ausnahme der Neubaugebiete, zur »redevelopment area« erklärten. Der Vorschlag wurde abgelehnt, aber seither sind allmählich fast alle Altbaubezirke Philadelphias so definiert worden. Im wesentlichen bestand meine Strategie darin, den Erneuerungsdrang von Wohngebieten auf andere, »wirtschaftlich oder sozial unerwünschte« Nutzungen umzulenken.

Ein fast 5 km² großes Gebiet am Stadtrand konnte wegen des hohen Grundwasserstandes nicht mit Kanalisation versehen werden. Es war aber trotzdem während des »booms« der Zwanziger Jahre auf dem Papier geplant worden und viele Leute hatten dort Grundstücke gekauft. Etwa die Hälfte von diesen war an die Stadt gefallen, wegen nicht gezahlter Steuer. Der Rest

konnte billig erworben werden. Das Gebiet wurde dann etwa zwei Meter aufgefüllt, mit Kanalisation und Straßen versehen und allmählich an private und öffentliche Wohnungsunternehmen verkauft.

In einem anderen kleinen Gebiet hatten sich Seifenfabriken konzentriert und verpesteten die umliegenden Wohngebiete mit ihrem Gestank. Niemand wußte irgendetwas über die chemische Zusammensetzung dieser Gase, ihren Ursprung oder den Produktionsprozeß. Die Stadtplanungskommission wendete sich an das Franklin Institute – eine hoch angesehene wissenschaftliche Forschungsstelle –, das sich vertraglich verpflichtete, diese Fragen zu beantworten. Die Forscher des Instituts besprachen die Probleme mit den Fachleuten der Fabriken. Infolgedessen änderten einige Unternehmen ihre Produktionsprozesse, so daß die Abgase verschwanden, andere verlegten ihren Betrieb in die Umgebung und verkauften ihre Grundstücke und Gebäude an andere, harmlose Industriebetriebe. Das Problem war gelöst, ohne weitere Intervention.

In einem dritten, von Schwarzen bewohnten Gebiet unterhielten die Quaker ein Gemeinschaftshaus. Der Leiter entsann sich, daß während der »Depression« Quaker eine Selbsthilfe-Baugenossenschaft ins Leben gerufen hatten, die in der Nähe von Philadelphia eine Kleinhauassiedlung errichtet hatte. Er schlug der Stadtplanungskommission vor, ein Quartier mit heruntergewirtschafteten Wohnungen abzureißen und für den Bau einer ähnlichen Siedlung zur Verfügung zu stellen.

Eine so niedrige Bebauung war natürlich in innerstädtischer Lage nicht zu verantworten. Ich machte den Vorschlag einer Selbsthilfegenossenschaft für die Wiederherstellung der alten, fünfstöckigen Miethäuser. Die Quaker führten ihn aus. Es gab einige Überraschungen. Wie kann man die Bewohner während der Bauarbeiten unterbringen? Die Sorge erwies sich als unbegründet. Die Hauseigentümer besaßen noch andere Slum-Wohnungen, in die sie die Bewohner übersiedelten. Die Quaker wollten ein rassisch gemischtes Projekt. Die Schwarzen waren schon da, die Weißen wurden noch gesucht. Als sich die Quaker die Namen der Bewerber ansahen,

war es ihnen nicht geheuer, alle waren bekannt als Mitglieder oder Mitläufer der kommunistischen Partei. Mit einiger Mühe fand man schließlich auch ein paar andere.

Bei der ersten Sitzung der Genossenschaft redeten nur die Weißen, die Schwarzen saßen in der Ecke und drückten die Bänke. Bei der zweiten Zusammenkunft – mit Hammer und Säge – gingen die Schwarzen gleich an die Arbeit und die Weißen guckten ihnen auf die Finger, um zu sehen, wie man so etwas macht.

Die nach Plänen der Architekten Stonorow und Kahn umgebauten Wohnungen waren gut, doch wie fast immer in solchen Fällen waren die Mieten zu hoch für die Mehrzahl der früheren Bewohner. Dieselben Architekten, zusammen mit dem Direktor der Planungskommission, Edmund N. Bacon, bereiteten eine Ausstellung für die Nachkriegsentwicklung der Stadt vor. Bacon beauftragte mich, ein passendes Gebiet zu finden für »Urban Redevelopment«, also Kahlschlagsanierung. Ich wendete ein, daß ein solches Projekt erstens architektonisch uninteressant wäre, weil es genauso aussehen würde wie dutzende in anderen amerikanischen Städten und zweitens, und vor allem, sozial schädlich. Ich schlug vor, stattdessen ein mit alten zweistöckigen Reihenhäusern bebautes, etwas verwahrlostes Gebiet wiederherzustellen und zu verbessern. Louis Kahn, der eben in diesem Gebiet aufgewachsen war, griff den Vorschlag mit Begeisterung auf. Die Pläne und Modelle, die er auf der Ausstellung zeigte, fanden viel Beachtung und haben zweifellos zu der späteren Wendung von Kahlschlagsanierung zu Nachbarschafts-Erneuerung beigetragen.

Kahlschlag und völliger Neubau war bis dahin auch die Regel für den öffentlichen Wohnungsbau, der nur für Mieter mit sehr niedrigem Einkommen zugänglich war. Das führte zu einer starken Konzentration von Problem-Familien in Ghettos, die bald mehr verrufen waren als die Slums, so daß wohnberechtigte, »respektable« Familien sich weigerten, dorthinzuziehen.

Zusammen mit einigen anderen schlug ich der Wohnungsbehörde vor, einfache Reihenhäuser, die auf den Markt kamen, zu kaufen und an respektable, minderbemittelte Familien zu ver-

mieten. Es war ein voller Erfolg. Die Kosten einschließlich der Wiederherstellungs- und Modernisierungsarbeiten waren ein wenig geringer als die für Neubauten. Die Wohnungen mit einem kleinen Gartenhof, waren viel besser geeignet für Familien mit Kindern als Stockwerkswohnungen. Zudem integrierten sich die Bewohner in die Nachbarschaft.

Als ich 1955 nach Toronto ging, wurde diese Politik dort nicht angenommen (erst in späteren Jahren, in etwas anderer Form). Aber es gelang mir, die einschlägigen Behörden dazu zu bringen, nicht mehr Quartiere abzureißen, um auf der so geschaffenen Wüste Wohnbauten zu errichten, sondern unbebaute Grundstücke, meist in Randlage, in Anspruch zu nehmen.

Der öffentliche Wohnungsbau spielte aber in Kanada, wie in den USA, keine große Rolle. »Urban Redevelopment«, Stadterneuerung, war in Mode, gefördert durch Bund und Provinzen. Die Quelle der Propaganda hatte sich jedoch verschoben. Vor dem Kriege waren es die Leute, die als Hausbesitzer und Hypothekengläubiger die unrentablen Slum-Wohnungen an den Staat abzuladen suchten. Das war nicht mehr nötig, denn mit gestiegenem Einkommen und Wohnungsmangel waren die Slums wieder rentabel. Jetzt kam der Druck von den Stadtverwaltungen, auch von Ladeninhabern und von der Bauindustrie. Die Städte hatten sich lange darüber beklagt, daß die Vororte ihnen die vermögenden Steuerzahler und Käufer ablockten, aber nicht ihre Armen, denen durch Zonung und Baugesetze der Zugang versperrt war. Die Städte konnten die Armen nicht aussperren, sie waren schon drinnen. Aber unter dem Banner der Stadtsanierung konnte man ihnen das Dach über dem Kopf abreißen und Bund und Staaten zahlten die Kosten. Die so geschaffenen »Kahlflächen« wurden von Unternehmern gekauft, die Wohnungen, Büros und Läden für zahlungskräftige Kunden bauten. Auf diese Weise konnten die Städte den Spieß gegen die Vororte umdrehen.

Eine wunderbare Lösung! Die Leidtragenden waren die armen Slum-Bewohner, in den USA meist Schwarze. Schließlich schlugen sie zurück, in großen Aufständen, in denen sie oft ihre eigenen Wohnviertel niederbrannten.

Das gab den Regierenden zu denken, auch in Kanada. Eine von dem zuständigen Minister, Paul Hellger, eingesetzte Kommission empfahl das sofortige Ende der Kahlschlagprojekte. Als ihn der Sekretär und Verfasser des Hellger-Berichtes den Architekten von Toronto vorstellte, wurde er von allen Seiten heftig angegriffen. Die Hoffnung auf feste Honorare ging in blauem Dunst auf. Auf einer Versammlung mit über 200 Teilnehmern war ich der einzige Verteidiger des Hellger-Berichts. Aber die Regierung folgte ihm im großen und ganzen.

In Toronto wurden nur zwei Kahlschlag-Projekte durchgeführt, beide für Wohnungen mit ermäßigten Mieten. In Montreal, wo ich als Konsultant für die Stadtverwaltung tätig war, hatte ein Politiker namens Dozois ein umfangreiches Kahlschlag-Programm propagiert unter dem Titel »Le Plan Dozois«. Ich nannte ihn »Plan Bulldozer«. Er blieb auf dem Papier. Stattdessen hat die Stadt mehrere andere Programme entwickelt: finanzielle Unterstützung privater Hausbesitzer für Instandsetzungen und

für öffentlichen Wohnungsbau, Ankauf und Erneuerung alter Häuser und kleinere Projekte auf städtischen Baulücken.

Mittlerweile schlägt das Pendel nach der anderen Seite aus: Nicht nur öffentliche, sondern auch rein private Neubauten, denen alte Häuser zum Opfer fallen sollen, werden wütend bekämpft. Die kaufkräftigen Kunden, die in der Stadt wohnen wollen, werden dadurch jedoch nicht aufgehalten. Wenn nicht genügend innerstädtische Stockwerkwohnungen auf den Markt kommen, kaufen sie eben alte Häuser und modernisieren sie. Solche »gentryfication« ergibt hübsche »Vorher-Nachher-Bildchen«, aber ist wirtschaftlich und sozial unerwünschter als Stadterneuerung durch Hochhäuser.

Selbst heute noch betrachten viele Leute, auch solche guten Willens, »slum clearance« als eine »gute Sache«. Ich verstehe die Logik nicht. Ich sage zu meinen Freunden: »wenn du einem Mann mit einer zerrissenen Hose helfen willst, dann flickst du diese oder kaufst ihm eine neue, aber du ziehst sie ihm nicht einfach aus!«

Er saß auf seinem Koffer mitten im Steinstaub. Das Haus war zusammengesackt. Ein Sprengmeister hob den rechten Arm, zeigte, laut schreiend, laut laut aus trockenem Hals, in eine Richtung, die er empfehlen konnte. Der Sitzende aber – wer soll auf diese Idioten auch aufpassen! – blieb sitzen auf seinem Koffer, winkte.

Günter Bruno Fuchs (1928–1977), Sanierung der Stadtviertel, in: Stadtleben. Ein Lesebuch, hrsg. von K. Riha, Darmstadt 1983.

Autoren

HANS BLUMENFELD (geb. 1892) war zuletzt Chefplaner von Toronto, Kanada. Vorher Planer in Philadelphia, New York, UdSSR, Österreich und Deutschland. Grundlegende Veröffentlichungen über Stadtplanung, Planungstheorie, Architektur- und Planungsgeschichte. Verschiedene höchste internationale Ehrungen und Auszeichnungen sowie Ehrenvizepräsident des Weltfriedensrates. Am 30. Januar verstarb Professor Dr. Dr. Hans Blumenfeld in Toronto.

JÖRG LEIST, geb. 1935 in Rottweil am Neckar. Nach seiner Promotion 1962–1968 in der Landesverwaltung Baden-Württemberg tätig. Seit 1968 Oberbürgermeister in Wangen im Allgäu. – HERBERT WEISS (geb. 1944) studierte Architektur und Städtebau der TU Berlin und TU München. Nach freischaffender Tätigkeit seit 1977 Stadtbaumeister in Wangen im Allgäu und seit 1986 Lehrbeauftragter an der FHS Biberach für das Fachgebiet Siedlungswesen. – JOACHIM WOLFGANG SCHEIBLE (geb. 1945), Studium der Architektur an der Universität Stuttgart,

1972–1978 Mitarbeiter bei einem Sanierungsträger, seit 1979 Freier Architekt und Sanierungsbeauftragter der Städte Wangen im Allgäu und Saulgau sowie seit 1987 der Stadt Ravensburg.

PAUL NOLTE (geb. 1963), studierte Geschichtswissenschaft und Soziologie in Düsseldorf, Bielefeld und Baltimore, Md., USA, dort M. A. in Geschichte 1987, M. A. in Bielefeld 1988; Doktorand an der Fakultät für Geschichtswissenschaft und Philosophie der Universität Bielefeld. Aufsätze zur deutschen und amerikanischen Geschichte des 18.–20. Jahrhunderts.

HANS SCHMALSCHEIDT (geb. 1933), Studium der Architektur an der TH Aachen bei Gottfried Böhm und anschließend Assistent in Aachen. Seit 1983 Professor für Siedlungsplanung an der Gesamthochschule Kassel. Zahlreiche Veröffentlichungen, darunter auch Aufsätze zu Wettbewerbsarbeiten.

Notizen

Personalia

Festschrift für Rainer Jooß

Namhafte Beiträge zur Landeskunde und Geschichtsdidaktik enthält die Festschrift »*varia historica*«, mit der Professor Dr. Rainer Jooß anlässlich seines 50. Geburtstages geehrt wurde: G. Hergenröder / E. Sieber (Hrsg.), *varia historica*. Rainer Jooß zum 50., Herba: Plochingen 1988, 488 S., Abb., DM 48,-.

Professor Jooß ist Redaktionsmitglied dieser Zeitschrift.

Wechsel bei ICOMOS

Das Deutsche Nationalkomitee von ICOMOS (Internationaler Rat für Kulturdenkmäler und

schutzwürdige Bereiche) hat den Bayerischen Generalkonservator Professor Dr. Michael Petzet zu seinem neuen Präsidenten gewählt. Petzet ist Nachfolger von Professor Dr. Werner Bornheim gen. Schilling, dem früheren Landeskonservator von Rheinland-Pfalz, der dieses Amt 24 Jahre lang innehatte. Die Geschäftsstelle, bisher beim rheinland-pfälzischen Kultusministerium in Mainz, wechselt im September zum Bayerischen Landesamt für Denkmalpflege nach München.

Wechsel bei ICCROM

Neuer Direktor des Internationalen Forschungszentrums für Konservierung und Restaurierung von Kulturgütern (ICCROM) in Rom wurde Professor Dr. Andrzej Tomaszewski. Toma-

szewski ist Direktor des Instituts für Architektur- und Kunstgeschichte an der Technischen Universität Warschau.

Im Blickpunkt: Der ländliche Raum

Die Merdinger Schlußerklärung

»Das Dorf im Wandel – Denkmalpflege für den ländlichen Raum« war Thema einer interdisziplinären Tagung vom 16.–19. Mai in Merdingen/Tuniberg:

»Die ländlichen Siedlungen, die Überlieferungen der durch die Landwirtschaft geprägten Geschichte, sind integrierter Bestandteil unseres kulturellen Erbes: Das Dorf war niemals eine Sonderform, sondern tragendes Element der Siedlungs- und Wirtschaftsstruktur. Diese Bedeutung ist ihm auch heute noch weitgehend geblieben.

Die gegenwärtige Umstrukturierung im ländlichen Raum greift jedoch tief in die sozialen, wirtschaftlichen und baulichen Gegebenheiten der ländlichen Siedlungen ein. Die Dorfbewohner wissen, daß sie einem enormen Veränderungsprozeß und Erneuerungsdruck ausgesetzt sind. Sie sind bereit, sich veränderten wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bedingungen zu fügen, wenn sie dabei die eigene Identität nicht aufgeben müssen. Sie sind auch bereit, an der Erneuerung der Dörfer aktiv mitzuwirken, wenn ihre Eigenverantwortung betont und durch fachliche Information Hilfe zur Selbsthilfe geboten wird. Denn positive Entwicklungen stellen sich dann ein, wenn alle Maßnahmen vom Bewußtsein gemeinsamer kultureller Werte, verbunden mit einer Perspektive für eine menschenwürdige Zukunft für alle getragen werden. Die Erhaltung der Baudenkmäler und historischen Ortslagen, der Schutz des heimatlichen Lebensraumes und der Kulturlandschaft müssen deshalb zentrale Aufgabe der Erneuerungs- und Entwicklungspolitik werden. Das kulturelle Erbe ist nicht Besitz einer Generation: Es ist Auftrag zu Schutz und Pflege, um es zukünftigen Generationen übergeben zu können. Deshalb müssen folgende Forderungen mehr als bisher beachtet werden:

- Dorferneuerung ist als Aufgabe aller gesellschaftlichen Kräfte anzusehen.
- Dorferneuerung und Dorferneuerung müssen die geschichtliche Überlieferung und die kulturelle Identität der Bewohner bewahren.
- Jede Erneuerungsplanung ist daher aus den individuellen Bedingungen des einzelnen Dorfes, aus seinen sozialen, funktionalen und baulichen Gegebenheiten heraus zu entwickeln. Es sind Ortsanalysen zu erarbeiten, die den gegenwärtigen Ort mit allen seinen geschichtlichen Überlieferungen darstellen und aus denen sich Kriterien für Art und Umfang von Erneuerungsmaßnahmen ableiten lassen.
- Charakter und Unverwechselbarkeit des Dorfes bleiben am besten erhalten, wenn seine oftmals gering geachteten und verdeckten Qualitäten bewußt gemacht und beachtet werden. An Stelle vordergründiger »Dorfverschönerung« durch Tilgung aller Alters- und Nutzungsspuren muß das Prinzip der Instandsetzung und erhaltenden Erneuerung treten.
- Als typische Spuren dörflicher Funktionen sind nicht nur die hervorragenden Landmarken zu beachten, sondern gerade auch die unscheinbaren Dinge in den Ortslagen wie die Randbereiche und naturbelassenen Flächen.
- Die ungestalteten, nicht überplanten Flächen sind kostbare Bestandteile der ländlichen Siedlungen und Bereiche unterschiedlichster Nutzungsmöglichkeiten. Außerdem sind sie wichtige ökologische Ausgleichs- und Regenerationsflächen.
- Für die Erhaltung wertvoller Bauten muß auch ein zeitweiliger Leerstand in Kauf genommen werden, damit zukünftige Chancen einer sinnvollen Nutzung nicht verspielt werden.
- Es reicht nicht mehr aus, Denkmalbedeutung und Ziele der Denkmalpflege, Chancen und Grenzen von Dorferneuerungsmaßnahmen nur fachintern zu diskutieren. Sie müssen vielmehr mit der Dorfbewölkerung gemeinsam für ihren eigenen Ort erarbeitet werden. Dazu gehört die Information über die geschichtlichen Voraussetzungen, die auf die Gestalt und die Funktionsabläufe, auf die besonderen

- Qualitäten, aber auch auf die Mißstände im gegenwärtigen Ortsbild eingewirkt haben.
 - Die Dorferneuerungsverfahren müssen stärker auf denkmalverträgliche Konzepte ausgerichtet werden. Deshalb sind für alle Bereiche der Denkmalpflege erhebliche personelle Verbesserungen zu schaffen.
 - Der Verbleib der Landwirtschaft und der bäuerlichen Familienbetriebe muß gefördert werden, wo immer es möglich ist. Er bietet eine der besten Voraussetzungen für die Erhaltung der Baudenkmäler, für die Bewahrung des kulturellen Erbes und für die Pflege der schutzwürdigen Dorfbilder.
 - Die begleitende fachliche Beratung muß die Dorfbewohner zur Selbstbestimmung über eigenverantwortliche Lösungen für die Zukunft befähigen. Dies schließt die Forderung nach ausreichend gut geschultem Fachpersonal ein.
 - Die Menschen und die Dörfer brauchen Zeit. Zeit zur Planung, zu Beratung und zur Durchführung. Deshalb ist es wichtig, in überschaubaren Schritten vorzugehen und behutsam Maßnahmen zu planen, die auch unter sich wandelnden Bedingungen bestehen können.
 - Für unsere Dörfer bedarf es dringend politischer Konzepte, die ihre Erhaltung als Siedlungsstandorte gewährleisten, die zukünftigen Aufgaben der historischen Dorfkerne beschreiben und die Existenzsicherung der Dorfbewohner ermöglichen.
- Auf der Grundlage solcher Konzepte können regionalpolitische, ortsplannerische und denkmalpflegerische Maßnahmen entwickelt werden, die dem Bürger unmittelbar dienen und die Überlieferung der ländlichen Geschichte als wichtigen Teil des umfassenden kulturellen Erbes bewahren helfen.

Die in Merdingen versammelten Teilnehmer der Tagung »Das Dorf im Wandel – Denkmalpflege für den ländlichen Raum« appellieren an die Öffentlichkeit, an die Politiker, an die zuständigen Fachstellen und an alle, die das ländliche Kulturerbe als unwiederbringlichen Wert der eigenen Geschichte erkannt haben: Machen Sie die Dorferneuerung zu einer gesamtgesellschaftlichen Aufgabe, in der die Bewältigung der existenziellen Probleme der Betroffenen zugleich

über den Schutz der Baudenkmäler und über die Bewahrung des kulturellen Erbes entscheidet.“

Forschungsprogramm Dorferneuerung

Im Rahmen des experimentellen Wohnungs- und Städtebaues hat das Bonner Bauministerium ein Modellversuchsprogramm zur städtebaulichen Dorferneuerung begonnen. Bundesbauminister Oscar Schneider bezifferte die Gesamtkosten auf 66 Millionen DM. Mit den Modellmaßnahmen sollen typische Problemstellungen erforscht werden wie die Sicherung und Verbesserung der zentralörtlichen Struktur von Gemeinden in ländlichen Gebieten, die Stärkung und Sicherung von Fremdenverkehrsfunktionen, die Sicherung ländlicher Wohnstandorte in der Nähe von Verdichtungsräumen und die Stabilisierung der Eigenentwicklung dörflicher Siedlungen.

Dorfsanierung und Arbeitsplätze

Der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, Heinrich Franke, hat seine Auffassung bekräftigt, daß ein verstärkter Einsatz öffentlicher Mittel für Investitionen im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit erforderlich sei. Durch ein auf zehn Jahre ausgelegtes Zehn-Milliarden-Mark-Programm könnte es etwa 300000 Beschäftigte mehr geben. Als ein unerschöpfliches Investitionspotential nannte er dabei die Dorfsanierung.

Dorfvernichtung

Über die Hälfte der 13 000 rumänischen Dörfer und Landgemeinden soll bis zur Jahrtausendwende abgerissen und eingeebnet werden. »Landwirtschaftliche Systematisierung« nennt sich dieses Vorhaben der rumänischen Regierung.

Förderverein Stift Fischbeck

Das 1000jährige Dorf Fischbeck an der Weser im Landkreis Hameln-Pyrmont besitzt mit seinem Stift, insbesondere seiner romanischen Kirche ein bedeutendes, weit über Niedersachsen hinaus bekanntes Kulturdenkmal. König Otto I. bestätigte das Stift in einer Urkunde von 955. Der heutige Bau der Kirche, deren älteste Teile noch auf die Gründungszeit zurückzuführen sind, stammt aus dem 12. Jahrhundert.

Dieses bedeutende Denkmal mit seinem vollständig erhaltenen Kreuzgang hat im Laufe der Jahrhunderte besonders durch Kriegseinwirkungen, Plünderungen und Brände immer wieder beträchtliche Bauschäden erleiden müssen. Die moderne Zeit gefährdet es wie andere Bau- und Kunstdenkmäler auch durch Luftverschmutzung und säurehaltigen Regen. Staatliche Denkmalpflege und Klosterkammer allein können die Renovierungs- und Instandhaltungskosten nicht mehr tragen. Deshalb wurde ein »Förderkreis Stift Fischbeck e.V.« gegründet. Dieser Verein will zusätzlich Gelder für die Erhaltung des historisch und kunsthistorisch bedeutsamen Stiftes sammeln und seine Einrichtung als besonderes Kulturzentrum im Weserraum fördern. (Informationen: Dr. Norbert Humburg, Museum Hameln, Osterstraße 9, 3250 Hameln.)

Tagungsbericht

Geschichte in der kommunalen Kulturarbeit

Die Thomas-Morus-Akademie Bensberg veranstaltete am 23. und 24. Februar 1988 eine Studienkonferenz, die über 100 Kulturschaffende aus Städten und Gemeinden, Museums- und Archivangestellte sowie in Geschichtsinitiativen engagierte Personen zusammenführte. Diskutiert wurde auch die Frage nach der Zukunft für die Geschichte in den Kommunen:

»Unsere Kommunen werden geschüttelt von finanziellen Problemen. Städte und Gemeinden stehen vor dem Bankrott. Dies sind Schlagzeilen, die sich fast jeden Tag finden lassen. Ist trotz der prekären Einengung des kommunalen Handlungsspielraums eine vernünftige und auf die Bedürfnisse des Bürgers ausgerichtete Geschichtsarbeit überhaupt noch möglich? Nötig wäre sie allemal, denn das Interesse an Geschichte erlebt einen ungeahnten Aufschwung, der sich am deutlichsten an steigenden Besucherzahlen von Ausstellungen und Museen ablesen läßt. Dabei raten Kommunalverbände und Städtetag dringend davon ab, die Mittel für Geschichte zu kürzen. Auf einer Tagung der Thomas-Morus-Akademie Bensberg in Köln bezeichneten sie es als haushaltspolitisch kurzsichtig und forderten

ganz im Gegenteil den Ausbau der personalen und materiellen Ausstattung der mit Geschichte betrauten Institutionen. Geschichte ist im Vergleich zu anderen Kulturbereichen äußerst preiswert. Mit relativ geringen Mitteln kann ein großer Effekt im kulturellen Angebot und an kultureller Identität erzielt werden. Entsprechende Konzepte für die Zukunft wurden den in großer Zahl anwesenden kommunalen Kulturbeamten für verschiedene Bereiche angeboten. Ein Vertreter des Regierungspräsidenten in Detmold stellte den Modellversuch »Geschichte in der Naherholung« vor. Regionale Schauplätze zu einzelnen Themen können auf festgelegten und beschilderten Routen abgefahren werden. Das »Inter-City«-Prinzip verbindet das Regionale mit lokalen Schauplätzen. Diese werden von den angeschlossenen Gemeinden in eigener Regie gestaltet. Zahlen liegen noch nicht vor, doch erhofft man sich eine breite Wirkung auf Einheimische und sich Erholende. Aber auch die klassischen Angebote, wie Archiv und Museum, bereiten sich auf eine größere Öffentlichkeit vor. Volker Wagner vom Stadtarchiv Bochum verlangte für das Archiv die »Öffnung nach Innen« und die »Öffnung nach Außen«. In Bochum wird versucht, ein Haus der Geschichte zu gründen. Nach dem Motto »alles unter einem Dach« wird dem Bürger ein breites Angebot an Eigenforschung, Weiterbildung und Unterhaltung geboten. Durch diese Kombination von Archiv, Museum, Kino, Feizeitheim und Geschichtswerkstatt entsteht ein zentrales Geschichtsamt. Helmut Lange vom Deutschen Städtetag forderte die Museen auf, das »aktive Dösen« des Besuchers attraktiver zu gestalten und das Museum mit Leben zu füllen. Das Museum bezeichnete er als Teil der historischen Landschaft einer Stadt oder einer Region. Historische Stätten in der näheren Umgebung müßten miteinbezogen werden, so daß ein dezentrales Museumssystem entsteht. Unterstützung benötigen die Kommunen vor allem von historischen Interessierten und gesellschaftlichen Gruppen. Das beginnt bei der Durchführung von Geschichtsfesten und endet im politischen Raum. Geschichte besitzt momentan eine zu geringe Lobby und keine gemeinsame Stimme. Eine Verbindung von einzelnen fordert der Landschafts-

verband Rheinland. Nur so kann Geschichte einen angemessenen Anteil bei der Verteilung der Haushaltsmittel verlangen.«

Publikationen

Unteilbare Landschaft

»Warum nur nehmen wir den fortschreitenden und meist endgültigen Verlust der Landschaft so gleichgültig und ohne Protest hin, während wir peinlich darauf bedacht sind, daß in unseren Interieurs und Museen alles stilvoll geordnet ist«. Anhand dieser und zahlreicher anderer Fragen wird den Ursachen des Substanz- und Gestaltverlustes unserer Landschaft nachgegangen. Ein Buch, das die Umwelt weniger als beliebig verbrauchbares Nutzungsobjekt, denn als Mittel zu verstehen gibt: *Hans Weiß*, Die unteilbare Landschaft. Für ein erweitertes Umweltverständnis, Zürich: Orell Füssli 1987, 192 S., Fr. 34,80.

Bilanz des Verlorenen

Weit mehr als 10000 Baudenkmäler, historische Straßenzüge und Häuserzeilen auf dem Gebiet der Bundesrepublik, die durch Kriegseinwirkungen in den Jahren 1939 bis 1945 zerstört oder beschädigt wurden, sind erstmals in einer umfassenden wissenschaftlichen Dokumentation erfaßt worden. Das Forschungsministerium, das dieses Vorhaben mit rund einer halben Million Mark förderte, stellte die zweibändige Dokumentation »Kriegsschicksale Deutscher Architektur«, die im Wachholz-Verlag erschienen ist, nun in Bonn vor. Autoren sind der frühere Landeskonservator von Schleswig-Holstein Hartwig Beseler und der Architekt Niels Gutschow.

Altstadtsanierung in Krems an der Donau

Krems bleibt ein hervorragendes Beispiel städtischer Denkmalpflege. Die Stadt, die bereits einen Europa-Nostra-Preis gewonnen hat, erhielt nunmehr mit dem Sonderpreis abermals internationale Anerkennung. Die Restaurierungsarbeiten seien seit der ersten Preisverleihung mit gleichbleibender hervorragender Qualität fortgesetzt worden.

Einblicke in diese Arbeiten gibt jetzt die Publikation »Denkmalpflege und Altstadtsanierung Krems an der Donau«. Autor ist Professor Dr. Harry Kühnel, selbst maßgeblich an der Kremser Altstadtsanierung beteiligt.

Neuer Katalog der IRB-Literaturauslesen

Aktuelle Literaturdokumentationen zu mehr als 2000 Themen aus den Bereichen Architektur, Bauwesen, Technischer Ausbau, Bauteile und Baustoffe, Städtebau und Raumordnung enthält der jetzt wieder neu vom IRB Verlag in Stuttgart herausgegebene »Katalog der IRB-Literaturauslesen 1988«.

Dieses mehr als 400 Seiten umfassende Nachschlagewerk erleichtert die Beschaffung von Fachliteratur. Durch seine übersichtliche Gestaltung und das detaillierte Stichwortregister gibt der Katalog vor allem Bauingenieuren, Fachingenieuren, Architekten und Stadtplanern einen schnellen Überblick über die im IRB Verlag erschienenen Literaturdokumentationen.

Der Katalog der IRB-Literaturauslesen ist kostenlos zu beziehen beim IRB Verlag, Nobelstraße 12, 7000 Stuttgart 80, Telefon (0711) 6868-500.

Tagungen

Die Anforderungen der Gegenwart an die alten Stadtzentren sind vielschichtiger Art. Mit aktueller Problematik befassen sich im Herbst 1988 drei Tagungen, ausgerichtet von Mitgliedstädten der Arbeitsgemeinschaft »Die alte Stadt«:

Internationales Symposium in Trier

»Denkmalpflege und Tourismus – Mißtrauische Distanz oder fruchtbare Partnerschaft« ist vom 9. bis 12. November 1988 bereits zum zweiten Mal Thema eines Internationalen Symposiums in Trier. Beim ersten Symposium vor zwei Jahren hatten sich aus verschiedenen europäischen Ländern über 200 Fachleute der Bereiche Kunstwissenschaft, Archäologie, Architektur, Geographie, Volkswirtschaft und Praktiker der Denkmalpflege, des Tourismus, der Stadtplanung so-

wie Politiker und Publizisten an der Diskussion beteiligt und sich für eine Fortsetzung des Symposiums ausgesprochen. Für die einzelnen Referate konnten auch dieses Mal wieder namhafte Referenten, darunter Professor Dr. Manfred Fischer (Hamburg) sowie Professor Dr. Wulf Schirmer (Karlsruhe) aus dem In- und Ausland gewonnen werden. Das Symposium mit einem ansprechenden Rahmenprogramm ist in fünf Arbeitskreise unterteilt: 1) Archäologische Stätten und Tourismus, 2) Spannungsfeld Denkmalpflege und Tourismus in der DDR, insbesondere in der Stadt Weimar, der Partnerstadt von Trier, 3) Erhaltung der ursprünglichen Zweckbestimmung von Gebäuden und des damit verbundenen Nutzungserlebnisses – insbesondere von Kirchen, 4) Reiseführer-Literatur, ihr Verhältnis zur Denkmalpflege und 5) Verlust von ursprünglichen Funktionen des Dorfes und die Entwicklung des dörflichen Fremdenverkehrs.

Für die Thematik ist der Tagungsort Trier von besonderer Bedeutung, da hier wie kaum an einem anderen Ort nördlich der Alpen Bau- und Kunstdenkmäler aus zwei Jahrtausenden auf engem Raum nebeneinander erlebbar sind. Der zunehmende Touristenstrom läßt die Problematik des Symposiums in vielen Bereichen am Tagungsort selbst anschaulich werden. Interessenten, die an dem Symposium teilnehmen wollen, bekommen kostenlos das vollständige Programm zugeschickt vom Verkehrsamt der Stadt Trier, Postfach 3830, 5500 Trier, Tel. 0651 / 718-2809.

Sonderveranstaltung in Engen

Innerhalb der Heimattage Baden-Württemberg vom 7. bis 11. September 1988 veranstaltet die Stadt Engen – mehrfach ausgezeichnet für die Sanierung ihres mittelalterlichen Ortskerns – auch eine Tagung zum Thema »*Einzelhandel und Dienstleistung in der sanierten Stadt*«. In der Berücksichtigung und Unterstützung der städtischen Einzelhandels- und Dienstleistungsbetriebe liegt eine gleichfalls zentrale Sanierungsaufgabe. Referiert wird aus der Sicht eines Denkmalpflegers, eines Vertreters der Stadtplanung sowie eines Repräsentanten des Einzelhandels.

Tagungsbeginn ist Freitag, 9. September 1988, ab 10.30 Uhr, im Gemeindezentrum Engen am Stadtpark.

Regionaltagung in Idstein im Taunus

Die diesjährige Regionaltagung der Arbeitsgemeinschaft »Die alte Stadt« findet vom 21. bis 23. Oktober 1988 in Idstein im Taunus statt: »*Alte Städte als Zentren der Gegenwart*«. Neben der besonderen Situation Idsteins stehen die Vorträge von Professor Dr. Gottfried Kiesow (Wiesbaden), »Die alte Stadt zwischen Flächensanierung und nostalgischen Träumen«, und Dr.-Ing. Ernst Schirmacher (Limburg), »Können die alten Stadtzentren noch Lebenszentren der Gegenwart sein?«, im Mittelpunkt der Tagung.

Anmeldung und Information: Geschäftsstelle der Arbeitsgemeinschaft Die alte Stadt e.V., Marktplatz 16, Postfach 269, 7300 Esslingen am Neckar, Telefon 0711 / 357670.

Zur Besprechung eingegangene Bücher

- H. H. Anton, Trier im frühen Mittelalter (= Quellen und Forschungen aus dem Gebiet der Geschichte, Neue Folge 7), Paderborn: Schöningh 1988, 237 S., kart. DM 68,-.
- D. Apel / B. Kolleck / M. Lehmbrock, Verkehrssicherheit im Städtevergleich. Stadt- und verkehrsstrukturelle Einflüsse auf die Unfallbelastung, Berlin: Difu 1988, 249 S., 23 Abb., Tab., DM 32,-.
- W. Bettecken, Stift und Stadt Essen. »Coenobium Astnide« und Siedlungsentwicklung bis 1244, Münster: Aschendorff 1988, 224 S., Ln. DM 64,-.
- B. Blanke / A. Evers / H. Wollmann (Hrsg.), Die Zweite Stadt. Neue Formen lokaler Arbeits- und Sozialpolitik (Leviathan Sonderheft 7/1986), Opladen: Westdeutscher Verlag 1986, 405 S.
- D. Brandenburger / G. Kähler (Hrsg.), Architektur. Bauen in Hamburg seit 1900, Braunschweig: Vieweg 1988, 237 S., kart. DM 39,80.
- Ch. Braumann, Stadtplanung in Österreich 1918–1945 unter besonderer Berücksichtigung der Stadt Salzburg, Diss. TU Wien 1986, 187 S., (Schriftenreihe des Instituts für Städtebau, Raumplanung und Raumordnung 21).
- Bund für Umwelt und Naturschutz, Umweltbilanz. Die ökologische Lage der Bundesrepublik, Hamburg: Rasch & Röhring 1988, 208 S., DM 26,-.
- J. Cramer (Hrsg.), Bauforschung und Denkmalpflege. Umgang mit historischer Bausubstanz, Stuttgart: DVA 1987, 143 S., 158 Abb., geb. DM 64,-.
- V. Darius, Der Architekt Gottfried Böhm. Bauten der sechziger Jahre, Düsseldorf: Beton-Verlag 1988, 112 S., 157 Abb., geb. DM 80,-.
- G. Dehio / A. Riegl, Konservieren, nicht restaurieren. Streitschriften zur Denkmalpflege um 1900, Braunschweig: Vieweg 1988 (Bauwelt Fundamente, Bd. 80), 162 S., DM 29,80.
- M. Dinges, Stadarmut in Bordeaux (1525–1575). Alltag, Politik, Mentalitäten (Pariser Historische Studien 26), Bonn: Bouvier 1988, 588 S., DM 158,-.
- D. Ellger, Konservator im Alltag. Aufsätze und Vorträge, Bonn: Habelt 1987 (Denkmalpflege und Forschung in Westfalen 15), 90 S., DM 19,-.
- H. Fetz / Chr. Spiegel / B. Bilgeri, Ur- und Frühgeschichte des Feldkircher Raumes. Politik, Wirtschaft, Verfassung der Stadt Feldkirch bis zum Ende des 18. Jahrhunderts, Sigmaringen: Thorbecke 1987, 388 S., 89 Abbildungen, Ln. DM 45,-.
- A. Fils, Brasilia. Moderne Architektur in Brasilien, Düsseldorf: Beton-Verlag 1988, 160 S., 230 Abb., geb. DM 98,-.
- Göttingen. Geschichte einer Universitätsstadt, Band I: Von den Anfängen bis zum Ende des Dreißigjährigen Krieges, hrsg. von D. Denecke und H.-M. Kühn, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 1987, 762 S., 139 Abb., Tab., Ln. DM 98,-.
- E.-R. Hönes, Die Unterschützstellung von Kulturdenkmälern. Das denkmalrechtliche Schutzverfahren und das Rechtsschutzsystem (Schriften zur öffentlichen Verwaltung 27), Stuttgart: Kohlhammer 1987, 348 S., kart. DM 39,-.
- Handbuch Kultur 90. Themen, Modelle, Handlungsbedarf für die kommunale Kulturarbeit der 90er Jahre, hrsg. v. Sekretariat für die kommunale Kulturarbeit der 90er Jahre, Stuttgart: Kohlhammer 1986, 300 S., kart. DM 39,80.
- U. Henn, Die Mustersiedlung Ramersdorf in München. Ein Siedlungskonzept zwischen Tradition und Moderne, München: Uni-

- Druck 1987, 429 S., Abb. (Diss. z. Bayerischen Landes- und Münchner Stadtgeschichte).
- Hermen Bote. Braunschweiger Autor zwischen Mittelalter und Neuzeit*, hrsg. von D. Schöttker u. W. Wunderlich, Wiesbaden: Harrassowitz 1987, 260 S., Abb., brosch. DM 118,- (Wolfenbütteler Forschungen 37).
- A. *Herzig / Rainer Sachs*, Der Breslauer Gesellenaufstand von 1793. Die Aufzeichnungen des Schneidermeisters Johann Gottlieb Klose, Göttingen: Schwartz 1987, 214 S., Abb., kart. DM 48,- (Göttinger Beiträge zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte 12).
- R. *Heyer*, Funktionswandel innerstädtischer grünbestimmter Freiräume in deutschen Großstädten, Diss., Paderborn: Schöningh 1987, 254 S., Abb., Kart. DM 32,-.
- Ch. *Jencks*, Architektur heute, Stuttgart: Klett-Cotta 1988, 360 S., 550 Abb., Ln. DM 198,-.
- H. *Kahlen*, CAD-Einsatz in der Architektur, Stuttgart: Kohlhammer 1988, 220 S., Abb., DM 59,-.
- H.-J. *Kaiser*, Die Rekonstruktion der Fassaden am Hohen Markt in Wien, Diss. TU Wien, Wien: VGWÖ 1987, 333 S., zahlr. Abb. u. Karten, DM 69,-.
- Ki-Ho *Jung*, Bezüge des Menschen zu Haus, Dorf und Landschaft. Dargestellt an drei koreanischen Familiendörfern, Diss., hrsg. v. Institut für Ländliches Bau- und Siedlungswesen, Univ. Hannover 1987, 56 u. 59 S.
- R. *Koselleck* (Hrsg.), Bildungsbürgertum im 19. Jahrhundert. Teil II: Das Bildungswissen (= Industrielle Welt 41), Stuttgart: Klett-Cotta 1988, 350 S., Ln. DM 98,-.
- G. *Kreißig / J. Grabbe*, Kultur vor Ort. Hinweise und Materialien zur Förderung der offenen Kulturarbeit in den Städten (= Neue Schriften des deutschen Städtetages 57), Stuttgart: Kohlhammer 1988, S. 140 S., kart. DM 45,-.
- Landesamt für Denkmalpflege Hessen / S. Russ* (Hrsg.), Kulturdenkmäler in Hessen: Wiesbaden II – Die Villengebiete, Braunschweig: Vieweg 1988 (Denkmaltopographie BRD), 635 S., ca. 2000 Abb., geb. DM 98,-.
- Landesamt für Denkmalpflege Hessen / D. Söder* (Hrsg.), Kulturdenkmäler in Hessen: Kreis Of-

fenbach, Braunschweig: Vieweg 1987 (Denkmaltopographie BRD), 390 S., ca. 1500 Abb., geb. DM 68,-.

- U. *Lauber*, Gemeinden und Datenschutz in Baden-Württemberg, Stuttgart: Kohlhammer 1988, 120 S., kart., DM 29,-.
- E. *Lorenz*, Kirchliche Reaktionen auf die Arbeiterbewegung in Mannheim 1890–1933, Sigmaringen: Thorbecke 1987, 328 S., Abb., geb. DM 48,- (Sonderveröff. d. Stadtarchivs Mannheim 11).
- K. J. *Müller* (Hrsg.), Zur Geographie des Nordberliner Raumes (Beiträge und Materialien zur Regionalen Geographie, Heft 1), Berlin: Universitätsbibliothek Publikationen 1988, 106 S., 42 Abb., 22 Karten, DM 12,-.
- Österreichisches Städtebuch*, Die Städte Niederösterreichs 1. Teil (A–G) mit Landesgeschichte und Bibliographie, hrsg. von Othmar Pickl, Wien: Österreichische Akademie der Wissenschaften 1988, 456 S., 21 Tafeln, Ln. DM 110,-.
- U. v. *Pretz*, Stadtsanierung im Dritten Reich (Dortmunder Beiträge zur Raumplanung 45), Dortmund: Universität, Fachbereich Raumplanung 1988, 200 S., DM 26,-.
- Revitalisierung des Stadtraumes* (Architektur und Wettbewerbe 132), Stuttgart: Krämer 1988, 123 S., 300 Abb., DM 30,-.
- H. *Reyer / H.-G. Stephan*, Der Ziegelhof in Witzenhausen. Ein kommunaler Gewerbebetrieb des Späten Mittelalters und der Frühen Neuzeit, Ergebnisse archäologischer und historischer Forschung, Witzenhausen: Werratälverein 1988, 139 S., Abb.
- E. *Sass*, Der gute Ort. Untersuchung über die Raumgestaltung von Orten im dörflichen und landschaftlichen Kontext, Diss., hrsg. v. Institut für Ländliches Bau- und Siedlungswesen, Univ. Hannover 1988, 134 S.
- E. *Schirmacher*, Die Gestalt der mittelalterlichen Städte. Erhaltung und planendes Handeln, München: Artemis & Winkler 1988, 384 S., 176 Abb., DM 118,-.
- C. *Schmitz*, Bergbau und Verstädterung im Ruhrgebiet, Bochum: Deutsches Bergbau Museum 1987, 104 S., 28 Abb., Tab., DM 85,-.
- H. *Schomann*, Das Frankfurter Bahnhofsviertel

- und die Kaiserstraße. Ein Beitrag zu Städtebau und Baukunst des Historismus. Mit einem Nachwort von Albert Speer, Stuttgart: DVA 1988, 320 S., 1250 Abb., DM 198,-.
- W. *Schulte / V. Voggenreiter*, Natur in Bonn: Bousier 1988, 72 S., 160 Abb., DM 29,80.
- V. *Schwieber / C. Brüggemann / A. Docter*, Aspekte einer städtebaulichen Reise in die DDR, Oldenburg: Universität, Fachbereich Raumplanung 1988, 176 S., DM 6,50.
- Stadt und Festung Freiburg*, Bd. 1: Karten und Pläne zur Geschichte der Stadtbefestigung, 544 S., Abb., Bd. 2: Aufsätze zur Geschichte der Stadtbefestigung, 167 S., Abb. (Veröff. a. d. Archiv d. Stadt Freiburg im Breisgau 22), Freiburg: Stadtarchiv 1988.
- F. *Stockreiter*, Die Entwicklung der Stadtplanung in Niederösterreich von der Mitte des
19. Jahrhunderts bis 1938, Diss. TU Wien 1988, 159 S. (Schriftenreihe des Instituts für Städtebau, Raumplanung und Raumordnung 22).
- S. *Tigermann*, Architonns. Die autobiographischen Popveduten eines amerikanischen Architekten, hrsg. u. kommentiert v. V. Fischer, Berlin: Ernst & Sohn 1988, 52 S., 60 Abb., DM 38,-.
- H. *Weiss*, Die unteilbare Landschaft. Für ein erweitertes Umweltverständnis, Zürich/Wiesbaden: Orell Füssli 1988, 192 S., 32 Abb., DM 34,80.
- M. *Ziegler*, Die Anfänge der Linzer Baugenossenschaften bis 1934, Wien: VWGÖ 1987, 249 S., brosch. DM 36,- (Diss. J. Kepler-Universität Linz 71).

Besprechungen

MARK GIROUARD, *Die Stadt. Menschen, Häuser, Plätze. Eine Kulturgeschichte, Frankfurt / New York: Campus 1987. 398 S., 315 Abb., geb. DM 98,-.*

Auch wenn es auf den ersten Blick so aussehen könnte: Dies ist kein Bilderbuch – aber es ist ein Buch der Bilder. Nicht nur der gemalten, gestochenen, photographierten Bilder, die in musterhafter Auswahl und Qualität (auch der Reproduktion) vor dem Leser ausgebreitet werden, sondern auch der sprachlichen: »Manchester: ein Himmel, der kupferrot wird von der sinkenden Sonne, eine merkwürdig geformte Wolke, die über der Erde hängen bleibt und unter dieser reglosen Decke eine Masse, ein Klumpen, schwärzlich, ungeheuer, endlose Reihen von Gebäuden, und man ist hier im Herzen eines Babylons aus Backsteinen.« Dieses Bild der »Schock-Stadt des Zeitalters«, das Hyppolite Taine in seinen Erinnerungen an eine Reise nach England festgehalten hat, steht für eine Vielzahl ähnlich eindringlicher und sprachmächtiger Schilderungen, die der Verfasser in zeitgenössischen Reisebeschreibungen, Tagebüchern, Memoiren, auch Romanen und Gedichten aufgespürt hat.

Und es ist ein Buch der Fakten. Wer gewöhnt ist, Texte auf wenig bekannte und treffende Details hin zu exzerpieren, wird hier lange zu tun haben. Er erhält Auskunft über Zahl und Nationalität der Ausländer, die im Jahr 1440 am Einzug Herzog Philipps des Guten in Brügge beteiligt waren ebenso wie über Name und Zweck der Akademien, die Ludwig XIV. zwischen 1661 und 1671 gegründet hat, über die berufliche Zusammensetzung der Mitglieder der Royal Society in London in den Jahren 1660 bis 1665 wie über die Städte in aller Welt, in denen im 19. Jahrhundert englische Gesellschaften die städtischen Gaswerke bauten oder betrieben und die Straßenbahn- und Omnibusunternehmen verwalteten.

Das Buch ist schließlich, auch wenn der Verfasser im Vorwort das Gegenteil behauptet, eine Botschaft. Die Botschaft eines leidenschaftlichen Stadtliebhabs, der mit der Vorstellung aufgewachsen ist, »daß Vorstädte nichts Schätzenswertes seien«, und der voller Trauer und Entsetzen die »Orgie der Zerstörung«, die »großen Verheerungen«, die »schreckliche Gleichförmigkeit« registriert hat, die ein von einer vordergründigen Modernität besessenes Planungssystem den Städten in den 50er und 60er Jahren auferlegt hat. Und der in den neuen Vierteln vor allem das vermißt, was ihm Lebenselixier ist; »das Gefühl des Dramatischen im weitesten Sinn: das Empfinden, daß viele Spielarten menschlichen Lebens auf einer Bühne beisammen sind«.

Darüber hinaus entzieht sich das Buch jeder Einordnung in die gängigen Kategorien der Buch- und Fachwissenschaften. Es ist weder ein Handbuch noch ein Lehrbuch, weder ein Grundriß noch ein Abriß. Es ist keine Wirtschafts- und keine Sozialgeschichte, keine Bau- und keine Planungsgeschichte. In dieser Hinsicht kann und will es sicher auch nicht mit der im gleichen Verlag erschienenen »Geschichte der Stadt« von Leonardo Benevolo konkurrieren. Es ist aber auch, obwohl der deutsche Untertitel es so will, keine Kulturgeschichte. Was es am ehesten ist – der englische Untertitel »A Social and Architectural History« ist in dieser Beziehung treffender –, ist eine Darstellung des wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Lebens in den Städten, wie es sich in Gebäuden, im Stadtgrundriß, vor allem aber im öffentlichen Raum niederschlägt.

Diese Darstellung beginnt mit der »Wiedergeburt der Städte«, wie sie im 9. und 10. Jahrhundert von Konstantinopel ihren Ausgang nahm, und sie endet mit der »Explosion der Stadt« im 19. und 20. Jahrhundert, für deren Prototyp, Los Angeles, der Verfasser mehr Sympathie und ein feineres Gespür aufbringt als viele seiner Kolle-

gen. Was dazwischen liegt, wird zum Teil thematisch, zum Teil am Beispiel einzelner Städte – Brügge und Venedig, Amsterdam und Paris, Manchester, London und wieder Paris – behandelt, immer aber mit großer Anschaulichkeit und Sensibilität, und auf dem Hintergrund einer beidenswerten Belesenheit.

So ist dies, last not least, denn auch ein sehr gelehrtes Buch. Ein Buch, wie es nur ein führender Architekturhistoriker schreiben kann, wenn er sich einmal gestattet, die Hürden und Beengtheiten der Zunft hinter sich zu lassen – sich zur Erleichterung und Erfrischung, dem Leser zum ungeteilten Vergnügen.

Hamburg

Erika Spiegel

HELMUT JÄGER (Hrsg.), *Stadtkernforschung (= Städteforschung Reihe A, Bd. 27), Köln/Wien: Böhlau 1987, 395 S., geb. DM 88,-.*

Dieser Sammelband vereinigt 15 Beiträge, von denen die meisten aus einer 1983 am Institut für Vergleichende Städtegeschichte Münster zum Thema Stadtkernforschung abgehaltenen Tagung hervorgegangen sind; drei Vorträge wurden, da an anderer Stelle publiziert, fortgelassen, während vier Beiträge zusätzlich aufgenommen wurden.

Die Beiträge sind zu drei Gruppen zusammengefaßt. Die erste bringt disziplingeschichtliche und terminologische Ausführungen von W. Janssen, D. Denecke und K. Blaschke. Die zweite vereinigt Fallbeispiele aus dem deutsch-österreichischen Raum und Siebenbürgen, und zwar Aufsätze von H. Steuer über Köln, M. Balzer und U. Lobbedey über Paderborn, W. Gauer über Regensburg, W. Rausch über Enns und Linz, K. Horedt über Karlsburg und Klausenburg sowie W. Schich über die brandenburgischen Städte. Die dritte Gruppe bietet Überblicke über die Stadtkernforschung in Frankreich (R. Kaiser), Belgien (A. Verhulst), die Niederlande (H. Sarfatij), Irland (J. Bradley) und Schweden (G. Dahlbäck).

Der Band ist ein schönes Beispiel für den immer deutlicher zum Tragen kommenden Charakter der Stadtforschung als einem interdisziplinären Aufgabenbereich, wobei speziell die Beschäftigung mit den Ansatzpunkten städtischer Siedlungen zu einer Zusammenführung von archäologischen Funden, historischen Quellen und geographischer Interpretation der Raumqualität des Siedlungsplatzes vordringt.

Aus etlichen Beiträgen wird deutlich, wieviele neue Erkenntnisse in der Nachkriegszeit gerade von Ausgrabungen, also von der Stadtarchäologie her, gewonnen wurden, wiewohl Janssen deren immer noch zu geringe Beteiligung an der Stadtkernforschung beklagt. Als Gründe für solch ein Manko führt er vor allem den raschen Wiederaufbau der kriegszerstörten Innenstädte, der zu wenig Möglichkeiten für intensivere Nachforschungen im Boden ließ, und das lange Zeit mangelnde Geschichtsbewußtsein in Deutschland an. Damit seien viele Chancen verpaßt worden und heute gar keine systematischen Flächengrabungen mehr möglich, sondern nur noch eher zufällige und punkthafte Grabungen.

Denecke und Blaschke gehen in ihren Beiträgen auf die Terminologie ein und weisen auf die Undeutlichkeit des Begriffes »Stadtkern« hin. Mit ihm könnten die Altstadt, die Rechtsstadt, die ummauerte Stadt, der genetische Kern oder auch der heutige funktionale Kern einer Stadt gemeint sein, deren Areale bei weitem nicht kongruent sein müssen. Stadtkern ist heute eher ein pragmatischer Begriff in Denkmalpflege und Stadtplanung als ein brauchbarer akademischer.

Bei den deutsch-österreichischen Fallbeispielen als auch bei den Länderberichten geht es um einige immer wiederkehrende Fragestellungen:

Erstens: Das Problem der *Siedlungskontinuität* bei den Römerstädten, zu dem sich vor allem Steuer über Köln und Gauer über Regensburg äußern. Diese Beiträge belegen, daß wir heute über die kritische Zeitspanne zwischen dem Abzug der Römer und der Inbesitznahme durch die Germanen ziemlich genau Bescheid wissen, sie bestätigen aber auch die bereits früher getroffene Feststellung (z. B. H. Schönberger, Das Ende oder das Fortleben spätrömischer Städte an Rhein und Donau, in: Jankuhn / Schlesinger /

Steuer, Vor- und Frühformen der europäischen Stadt im Mittelalter, Göttingen 1975), daß die Situation bei der einzelnen Stadt ganz individuell gelagert war und sich keine generellen Aussagen zu der römischen Stadt an Rhein und Donau machen lassen.

Zweitens: Es hat sich vielfach herausgestellt, daß die »Keimzelle« einer Stadt größer war, als man lange Zeit vermutet hat. Vorgängersiedlungen haben in etlichen Fällen außerhalb der heutigen Altstadt bzw. der mittelalterlichen Stadtmauer gelegen, wie *Blaschke* für Cham und *Rausch* für Linz ausführen. Daher erheben mehrere Autoren, unter ihnen *Steuer* und *Balzer*, die Forderung, die Stadt«kern«forschung unbedingt auch auf die Umgebung der mittelalterlichen Stadt auszudehnen.

Drittens: Eine *polygenetische Struktur* ist offensichtlich die Regel für die frühe Stadtentwicklung in Mitteleuropa. Diese Frage wird in mehreren Beiträgen aufgegriffen. *Schich* geht in seiner Untersuchung der brandenburgischen Städte speziell auf das Phänomen der Doppelstadt ein, für die es regional unterschiedliche Gründe zu geben scheint.

Viertens: Die Art und Weise, in der sich das *Stadtwachstum* vollzog, wird in mehreren Beiträgen genauer Analyse unterworfen. Hierzu ist besonders der Beitrag von *Blaschke* interessant, der anhand von Kirchenpatrozinien ein normatives Verhalten bei der frühen Ausweitung deutscher Städtegründungen konstatiert.

Wie allgemein bei Sammelbänden sind auch in diesem Falle die einzelnen Beiträge unterschiedlich gewichtig. Allein vom Umfang her geht die Spannweite der Länderberichte im dritten Teil des Bandes vom 15seitigen Überblick bis zur 50seitigen Dokumentation sämtlicher Städte Irlands, in denen Ausgrabungen stattgefunden haben. Aber bei allen Unterschieden auch der Problemstellung und Setzung von Schwerpunkten im einzelnen bietet der vorliegende Band mit einer Fülle interessanter neuer Erkenntnisse ein recht abgerundetes Bild vom Ursprung und frühen Wachstum der Städte in einem großen Teile Europas.

Berlin

Burkhard Hofmeister

Die alte Stadt 3/88

HEINZ HEINEBERG (Hrsg.), *Innerstädtische Differenzierung und Prozesse im 19. und 20. Jahrhundert. Geographische und historische Aspekte (= Städteforschung Reihe A, Bd. 25)*, Köln / Wien: Böhlau 1987, zahlr. Tab., Abb., Ln. DM 98,-.

Neben den Historikern beschäftigen sich auch die Geographen mit der neueren Stadtgeschichte. In zwei Aspekten kreuzen sich ihre Interessen und bieten der interdisziplinären Zusammenarbeit ein ergiebiges Forschungsfeld. Einerseits regen Fragestellungen, die sich mit dem äußeren Beziehungsgeflecht der Städte beschäftigen, zur Kooperation an: das Stadt-Umland-Problem, die zentralen Orte, die Wanderungen; andererseits finden sich beide Disziplinen, um die innerstädtische Differenzierung und Mobilität zu untersuchen. Dieser zweite Aspekt bildet den gemeinsamen Nenner der Beiträge, die in dem vorliegenden Buch gesammelt sind. Es geht zurück auf die Vorträge einer Tagung des SFB 164 (»Vergleichende geschichtliche Städteforschung«) der Universität Münster, die im November 1984 stattfand.

Es würde zu weit führen, die 19 Aufsätze dieses Buches individuell zu würdigen. Deshalb soll es genügen, die einzelnen Themenstellungen zu referieren, aus denen die Spannweite des Gegenstandsbereichs ersichtlich wird. In der ersten Sektion über die Entwicklung der Wohnverhältnisse berichten u. a. TEUTEBERG über die Wohnungsreformbewegung zwischen 1850 und 1914, WISCHERMANN über die Differenzierung der Wohnbedingungen in ausgewählten deutschen Großstädten gegen Ende des 19. Jhs und HUGGER über das Weiterleben dörflicher Strukturen im heutigen Zürich. – Drei Beiträge stellen darauf Probleme der sozialtopographischen Veränderung vor: DENECKE und KIRCHHOFF / SIEKMANN befassen sich jeweils mit Forschungsbereichen, die bisher nur selten thematisiert wurden und deshalb auch methodisch auf keine ausgetretenen Pfade zurückgreifen; während der eine die Umzugsmobilität in südniedersächsischen Städten verfolgt, untersucht die Studie der beiden anderen die Veränderungen, die sich über Jahrhunderte hinweg

(Stichdatenbasis) in dem sozialen Verteilungsmuster der Stadt Münster vollzogen; die Eigentums-, Nutzungs-, Bodenwert- u. a. Veränderungen im Hausbestand bilden die Kriterien ihrer Quellenauswertung. SCHWIPPE befaßt sich sodann mit den Prozessen sozialer und funktionaler Segregation in Berlin und Hamburg während der Hochindustrialisierung.

Die dritte Sektion umfaßt fünf Aufsätze zum Thema Standortentwicklung im Dienstleistungsbereich. In diesem Rahmen geht z. B. HEINEBERG der Standortentwicklung nach, von der im Altstadtbereich Münsters und Dortmunds die Praxen der akademischen Freiberufler abhängig waren; Stichdaten zwischen 1886 und 1981 bilden die Marksteine der Untersuchung. In einer ähnlichen Studie verfolgt DE LANGE das Standortverhalten des Finanzwesens in Düsseldorf und Hannover. – Die vierte Sektion »Industrielle Standortveränderungen in großstädtischen Räumen« vereinigt zwei Beiträge über die Entwicklung von Textilregionen: REULECKE behandelt das Wuppertal und der englische Geograph WILD das westliche Yorkshire. – Schließlich tragen noch in der Sektion »Stadtumbau und Stadterhaltung« LAFRENZ Erkenntnisse über Planungsvorhaben in der »Führerstadt« Hamburg und der jüngst verstorbene SCHÖLLER über Stadtplanung in der DDR vor.

Die von Frau LICHTENBERGER zusammengefaßten Ergebnisse der Tagung schließen einen Band ab, der in erfreulicher Weise den erreichten Standard stadtgeschichtlicher Forschung auf dem Gebiet der innerstädtischen Mobilität widerspiegelt.

Münster/Dortmund

Wolfgang R. Krabbe

WERNER BRAAM, *Stadtplanung. Aufgabenbereiche, Planungsmethodik, Rechtsgrundlagen*, Düsseldorf: Werner 1987, 341 S., DM 48,-.

Einführungen und Lehrbücher zu verfassen, erscheint besonders für den Bereich der Stadtplanung ein schwieriges Unterfangen. Einerseits

sind beim Erscheinen des Buches Teile bereits wieder überholt, andererseits füllen bereits Einzelaspekte der Stadtplanung umfangreiche Bücher, so daß eine Gewichtung häufig problematisch erscheint. Diese Veröffentlichung geht auf die mehrfach aufgelegte »Einführung in die städtebauliche Planung« von Hans Mausbach zurück, die mehrfach überarbeitet wurde, so daß daraus eine neue eigenständige Veröffentlichung wurde. Dabei ist dieses Buch ein »Versuch, die Grundelemente des außerordentlich vielseitigen Gebietes ... in Stichworten zu erläutern und die Wege zu intensiverem Studium und zur Vertiefung des Stoffes anzudeuten« (V).

Das Buch ist grob in 5 Teile gegliedert, eine Einführung, Instrumentarium der Stadtplanung, Einzelthemen der Stadtplanung, Rechtsgrundlagen der Stadtplanung und einen umfangreichen Anhang. »Ziel der Stadtplanung ist es, sachlich richtige, inhaltlich ausgewogene und organisatorisch aufeinander abgestimmte Maßnahmen vorzubereiten, die geeignet sind, die Stadt für ihre Bewohner wie für auswärtige Besucher und Nutzer entsprechend den jeweiligen Erfordernissen, Vorstellungen und Möglichkeiten weiterzuentwickeln« (1). Je nach Aufgabenstellung sind dabei Fachleute anderer Disziplinen heranzuziehen, wobei sich Kooperationen verschiedener Disziplinen aufgrund finanzieller, personeller und hierarchischer Restriktionen häufig in der Praxis nur schwer realisieren lassen.

Die ausführliche Darstellung der Rechtsgrundlagen wie Bundesbaugesetz und Städtebauförderungsgesetz ist allerdings durch die neue Fassung des Baugesetzbuches überholt. Hier erscheint es unverständlich, daß der Autor nicht die am 1. 7. 1987 in Kraft getretene Fassung des Baugesetzbuches als aktuelle Grundlage seines Buches berücksichtigt hat. Eine Zusammenstellung der Rechtsgrundlagen der Raumordnung, Landesplanung und Regionalplanung mit den verschiedenen Länderprogrammen und Plänen, die Planzeichenverordnung, ein Literatur- und Stichwortverzeichnis, lassen das Buch zu einem (leider schon überholten) Lehrbuch und Nachschlagewerk werden.

Hamburg

Dirk Schubert

Die alte Stadt 3/88

THOMAS HALL, *Planung europäischer Hauptstädte. Zur Entwicklung des Städtebaus im 19. Jahrhundert*, hrsg. mit Unterstützung des Schwedischen Forschungsrats für Geistes- und Gesellschaftswissenschaften, Stockholm: Almqvist & Wiksell 1986, 387 S., Abb.

Während in letzter Zeit viele Monographien über einzelne Großstädte erschienen, sind vergleichende Studien über Großstadtentwicklungen immer noch Mangelware. Das Buch gliedert sich grob in zwei Teile; im ersten Teil werden die Hauptstädte (Paris, Helsingfors, Athen, Wien, Berlin, Barcelona, Madrid, Christiana später Oslo, Kopenhagen, Stockholm, St. Petersburg, London, Brüssel, Budapest und Rom) vorgestellt, im zweiten Teil geht es um den Versuch einer vergleichenden Diskussion der Hauptstadtplanung, um Hintergründe und auslösende Faktoren, Urheber, Inhalt und Zweck der Pläne, Elemente der Pläne sowie deren Durchführung und Realisierung. Zeitlich umfaßt die Untersuchung die Phase zwischen 1850 bis ca. 1880. In dieser Zeit wurden in den untersuchten Städten »großzügige Regulierungs- und Ausbaupläne entworfen, die ihre weitere physische Entwicklung weitgehend beeinflussten. Oft wurden damals jene Partien geschaffen, welche wir heute als die charakteristischsten der jeweiligen Stadt betrachten, z. B. die Avenuen und Boulevards in Paris oder die Ringstraße in Wien« (1). Nach ca. 1880 und vor allem nach der Jahrhundertwende, so der Autor, geschahen wesentliche Veränderungen in der Planung. Einerseits entwickelte sich die moderne Städteplanung, d. h. eine detaillierte, für Grundstückseigentümer bindende Regelung der Bebauung, die auf einer wissenschaftlich begründeten Städtebaudoktrin fußte (3).

Reflektiert man in einer vergleichenden Analyse die Hintergründe und auslösenden Faktoren für Planungsvorhaben, so waren es häufig die alarmierenden sanitären Zustände in den vorindustriellen Großstädten. Die Diskussionen über unzulängliche Wohnbezirke, zuerst im Geburtsland der Industrialisierung in England einsetzend, dehnten sich bald auch auf dem Kontinent aus. Die realisierten Sanierungsvorhaben bestan-

den dabei im 19. Jahrhundert üblicherweise darin, die nicht erwünschte Bebauung abzureißen. »Der Effekt war in der Regel, daß beim Abbruch minderwertiger Häuser die Einwohner dorthin ziehen mußten, wo die Mieten am niedrigsten waren, d. h., in einen anderen gleichartigen Bezirk, der dadurch noch dichter bevölkert und baufälliger wurde« (280).

Ähnlich aktuell wie die Frage der Auswirkungen von Sanierungsmaßnahmen ist auch die Frage, ob sich im Stadtgrundriß segregiertes Wohnen herausbildete bzw. ein Planungsziel war. Mit Ausnahme etwa Castros Plan für Madrid war, so der Autor, die Wohnsegregation, »jedenfalls wenn man die hier behandelten Hauptstadtprojekte betrachtet, eher eine Konsequenz anderer Erwägungen als ein primäres Planungsziel (285).« Besondere Bedeutung wurde demgegenüber den Planelementen Straßenraumgestaltung, Grünanlagen und Stadtbild zugemessen.

Der Untersuchung der Hauptstadtplanungsprojekte kommt dabei eine besondere Stellung zu. »Dort manifestieren sich die negativen Konsequenzen des ungehemmten Städtewachstums brutaler als anderswo, da die Hauptstadt in der Regel wesentlich größer war als die zweitgrößte Stadt eines jeden Landes. Dort wurden die Mißverhältnisse nicht nur auf lokaler, sondern auch – in mehreren Fällen – nationaler Ebene betrachtet und diskutiert. Dort hatten die Regierungen ein besonderes Interesse einzugreifen, um zu versuchen, die Verhältnisse zu verbessern (361).« Zwar waren die Hauptstadtplanungen nicht immer die progressivsten Planungen, aber die Bedeutung für die Herausbildung der modernen Städtebaudisziplin war erheblich, »zweifelsehne weitaus wichtiger als die Schriften oder die Stadtexperimente der Utopisten«. Die Hauptstadt-Projekte nehmen planungsgeschichtlich eine zentrale Stellung ein »als Verbindungsglied zwischen den vorindustriellen Typen der Städtebauplanung und der modernen Planung, wie sich um die Jahrhundertwende herauskristallisierte, als eine von Spezialisten ausgeübte und gesetzlich geregelte Tätigkeit, die auf systematischer Wissensspeicherung und Theoriebildung fußte« (361). Eine umfangreiche Bibliographie, ein Orts- und Personenregister machen das Buch zu

einem wichtigen Nachschlagewerk zur Entwicklung des Städtebaus im 19. Jahrhundert.

Hamburg

Dirk Schubert

ULFERT HERLYN / ADELHEID VON SALDERN / WULF TESSIN (Hrsg.), *Neubausiedlungen der 20er und 60er Jahre. Ein historisch-soziologischer Vergleich*, Frankfurt: Campus 1987, 12 Abb., Tab., 324 S.

Die Untersuchungen, über die hier berichtet wird, sind im Rahmen des historisch-soziologischen Forschungsschwerpunktes der Stiftung Volkswagenwerk entstanden und von dieser gefördert worden. Ein Vergleich der Entstehungszusammenhänge und Lebensbedingungen in den Neubausiedlungen der 20er und 60er Jahre kann heute mit um so größerem Interesse rechnen, als zumindest einige der Großsiedlungen der 60er (und 70er) Jahre inzwischen in eine Krise geraten sind und immer häufiger die Frage gestellt wird: Was wurde hier falsch gemacht? Sind es einzelne, relativ schnell identifizierbare Fehler, die sich da rächen – eine verfehlte Belegungspolitik, ein kurzichtiges Finanzierungssystem, die Monofunktionalität als reine Wohngebiete, das Überwiegen städtebaulicher Großformen –, oder ist es, mehr als das, die Großsiedlung »als solche«, die sich als Irrtum erweist? Und: was verbindet diese Siedlungen mit, was trennt sie von ihren Vorläufern in den 20er Jahren? Ist der »quantitativ-qualitative Sprung«, der etwa das Märkische Viertel, München-Perlach, Köln-Chorweiler sicher nicht nur von den Siedlungen der 20er, sondern auch von denen der 50er Jahre unterscheidet, (nur) auf Änderungen der stadtentwicklungspolitischen und wohnungswirtschaftlichen Rahmenbedingungen zurückzuführen, oder ist er bereits im Wesen eines funktionalistisch orientierten Wohnungs- und Städtebaus angelegt?

Die Bearbeiter nähern sich diesen Fragen im wesentlichen auf zwei Wegen: Zum einen werden die Entstehungszusammenhänge und Lebensbedingungen der Siedlungen der 20er Jahre

(A. v. Saldern) und der 60er und 70er Jahre (W. Tessin und U. Herlyn) in ihrer Gesamtheit untersucht, zum anderen werden wichtige Einzelaspekte anhand historisch vergleichender Fallstudien behandelt: die Leitbilder, die dem Bau der Siedlungen zugrunde lagen (Th. Dierich), der genossenschaftliche Wohnungsbau als Alternative »von unten« (H. Eickemeier), die Mieterbeteiligung beim sozialen Wohnungsbau (R. Kunze), der sozialstrukturelle Wandel und seine Folge für die Infrastrukturausstattung in den Siedlungen der 60er Jahre (H. Naroska).

Angesichts der Publizität, die die Siedlungen der 60er und 70er Jahre schon seit ihrer Entstehung gefunden haben, kann es nicht ausbleiben, daß der fachlich versierte Leser neue Fakten und Anregungen vor allem beim Rückblick auf die Siedlungen der 20er Jahre findet; für die eine Fülle zeitgenössischer Quellen ausgewertet wurden. So dürfte, zum Beispiel, wenig bekannt sein, daß selbst so revolutionäre und in der Fachwelt leidenschaftlich diskutierte Neuerungen wie die Siedlung Dammerstock in Karlsruhe, wie auch ähnliche, vom gleichen Architekten entworfene Siedlungen in Celle, in den Städten selbst kaum partei- oder kulturpolitische Kontroversen auslösten und, je nach Einfluß und Ansehen der damit befaßten Wohnungsbaugesellschaften, Stadtbauräte und Architekten, einmal konservativ-bürgerliche, ein andermal sozialdemokratische Mehrheiten fanden.

Gerade wer die Entstehung der Großsiedlungen der 60er und 70er Jahre aus einiger Nähe erlebt hat, wird jedoch auch der Darstellung und Analyse ihrer Entstehungsbedingungen hohen Respekt zollen. Sie läßt an Klarheit und Treffsicherheit wenig zu wünschen übrig. Vor allem aber legt sie den Finger auf eine Wunde, die in diesem Zusammenhang noch selten aufgedeckt wurde: die Schein-Rationalität und Schein-Funktionalität, die allen Nutzwert-Analysen, Kosten-Nutzen-Berechnungen, Optimierungsmodellen, mit denen seinerzeit »Sachzwänge« begründet – oder konstituiert – wurden, anhaftete und die die Einsicht verstellte, daß es für diese Sachzwänge auch andere, funktional äquivalente Lösungen gegeben hätte.

Erst bei der Darstellung der Lebensbedingun-

gen in den Siedlungen macht sich ein Mangel bemerkbar, der besonders den Gegenwartsanalysen anhaftet, den aber kaum die Bearbeiter zu vertreten haben: das Fehlen einer eigenständigen empirischen Basis. Sie bleiben auf Sekundärauswertungen anderer, meist älterer Untersuchungen angewiesen, auf Expertengespräche, Tagungsberichte, statistische Unterlagen. Ob damit die »Lebenswirklichkeit« der heutigen Bewohner eingefangen wird, muß offen bleiben. Insofern gewinnen hier auch am ehesten die Wunsch- und Zielvorstellungen der Bearbeiter die Oberhand, deren Übereinstimmung mit den Wunsch- und Zielvorstellungen ihrer »Klienten« noch nachzuprüfen wäre. Entsprechen, zum Beispiel, die Genossenschaftsmodelle, die heute die meisten Reformvorschläge für einen sozial orientierten Wohnungsbau beherrschen, den Neigungen und Bedürfnissen der Bewohner (und welcher)? Inwieweit wird eine erweiterte Mietermitbestimmung von den Betroffenen in der Tat als »Demokratisierung des Wohnens« empfunden, inwieweit lediglich als Notbehelf, solange sie sich nicht nach Wunsch auf einem – funktionierenden – Wohnungsmarkt bedienen können? Und wie verträgt sich beides mit der doch gleichzeitig festgestellten »Entquartierlichung« des sozialen Lebens und der Tendenz zu einer neuen Art »lockerer, situativer« Beziehungsformen, deren besondere Qualität gerade darin besteht, daß man sich zwar »in einer begrenzten räumlichen, sozialen und kulturellen Umwelt verorten« und daraus auch emotionale Befriedigung beziehen kann, dabei aber gerade keinen Handlungs- und Kommunikationsverpflichtungen und auch keiner sozialen Kontrolle unterworfen ist? Es wäre zu wünschen, daß die Verfasser die Möglichkeit erhalten, solche und ähnliche Fragen, die sich angesichts mancher ihrer Reformvorschläge notwendig stellen, in konkret faßbare Tatbestände zu übersetzen und empirisch nachzuprüfen.

Hamburg

Erika Spiegel

KLAUS VON BEYME, *Der Wiederaufbau. Architektur und Städtebaupolitik in beiden deutschen Staaten*, München: Piper 1987, 412 S., Abb., DM 88,-.

Mitte der 70er Jahre war das (west)deutsche »Wirtschaftswunder«, dessen Ende sich in den Rezessionsjahren 1966/67 bereits angedeutet hatte, definitiv beendet. Parallel zu den wirtschaftlichen Wachstumsraten gingen auch die bis dahin ebenfalls sehr hohen Wohnungsproduktionszahlen zurück: Das Ende des allgemeinen »Wirtschaftswunders« der Bundesrepublik fiel zusammen mit dem Ende ihres »Wohnungsbauwunders«. Seit dieser Zeit, als offenbar eine geschichtliche Entwicklungsphase mehr oder weniger abgeschlossen war, hat das Forschungsinteresse an der deutschen Nachkriegsgeschichte zugenommen und sich in den letzten Jahren noch verstärkt. Dies gilt vor allem für die allgemeine politik- und wirtschaftsgeschichtliche Entwicklung. Aber auch die Geschichte der Wohnungspolitik und der Stadtplanung bzw. des Städtebaus ist inzwischen wiederholt untersucht worden.

Angesichts dieser Forschungsentwicklung kommt der umfassende Versuch einer allgemeinen Aufarbeitung und vergleichenden Darstellung der Baupolitik in der Bundesrepublik und der DDR, wie ihn Klaus von Beyme unter dem Rubrum »Der Wiederaufbau« nunmehr erstmalig unternommen hat, nicht allzu überraschend. Erstaunlich ist allerdings die enorme Breite, in der der Autor im Zeitalter des Spezialistentums sein vielgestaltiges Thema angeht. In einer ausgedehnten Tour d'horizon werden stadtplanerische, städtebauliche, architektonische, juristische, stadtgeographische, wohnungspolitische, soziologische und denkmalpflegerische Aspekte des (Wieder)Aufbaus seit 1945 behandelt, wobei von Beyme seine weitgefächerte Kompetenz durch eine Vielzahl von Beispielen und Belegen aus west- und ostdeutschen Städten immer wieder unter Beweis stellt. Die flüssig und anschaulich geschriebene Darstellung umfaßt alle wesentlichen Bereiche des baulichen (Wieder)Aufbaus, nicht dagegen den wirtschaftlichen (Wieder)Aufbau. Sie basiert auf einer Fülle statisti-

schen Materials sowie umfangreicher Literaturkenntnis und persönlicher Anschauung des Autors, der seinem Buch 61 pointiert kommentierte eigene Fotos beigefügt hat. Von Beyme hat wegen der Vielschichtigkeit des Themas unterschiedlichste Literaturgruppen ausgewertet, insbesondere aber die Bauzeitschriften der Nachkriegszeit. Archivalien hat er nicht benutzt.

Nach einem essayistisch-geistesgeschichtlichen Eingangskapitel über die »deutsche Stadt« als »Objekt nationaler und regionaler Identifikation« geht der Autor auf die Zerstörung der deutschen Städte im Zweiten Weltkrieg ein. In den beiden folgenden Kapiteln wird sowohl hingewiesen auf die große »Kontinuität der Wirkungsmöglichkeiten« (52), der deutschen Architekten und Stadtplaner über die angebliche »Stunde Null« des Jahres 1945 hinweg, wie auf die Kontinuität stadtplanerischer Leitbilder.

Nach der Behandlung der Enttrümmerungsproblematik (Kap. 5) wendet sich von Beyme der politischen Auseinandersetzung um eine zentrale Aufbauplanung und der städtebaulichen Gesetzgebung zu. Er vertritt die These, daß die »Grundstimmung« in der Stadtplanung nach 1945 »nicht mehr autoritär, sondern eher expertokratisch« war: Die Stadtplaner wollten »in partnerschaftlicher Kommunikation mit den Politikern« handeln, waren aber »der Partizipation von unten nicht sehr wohlgesonnen«, d. h. die – unumgängliche – »Minimalpartizipation« der Grundstückseigentümer wurde befürwortet, die Mieter aber blieben zunächst »völlig ausgeblendet« (127, 206 f.). Die Baugesetzgebung kam mit dem Bundesbaugesetz (1960) und dem Städtebauförderungsgesetz (1971) für die durch sie zu regelnde Rechtsmaterie jeweils ein Jahrzehnt zu spät.

Das siebente Kapitel behandelt den regionalpolitischen Funktionswandel der Städte nach 1945. Anschließend geht es um die Frage, welche konkreteren Modelle – ausgehend von der theoretisch zunächst weithin akzeptierten Grundvorstellung der »aufgelockerten und organisch gegliederten Stadt« – dem städtischen Aufbau jeweils zugrundegelegt wurden. Vom Verfasser werden drei architektonisch-städtebauliche Typen unterschieden: rekonstruktiver Wiederauf-

bau, Neubau und traditionaler Anpassungsneubau. Im allgemeinen wurde entweder einfach Neubau betrieben oder Anpassungsneubau unter Berücksichtigung und Einbeziehung der traditionellen baulichen Gegebenheiten.

Nachdem von Beyme die Denkmal- und Stadtbildpflege (Kap. 9) und die Wohnungsbaupolitik (Kap. 10) nach 1945 erörtert hat, geht er im vorletzten Kapitel gesondert auf den (Wieder)Aufbau in der DDR ein und präsentiert abschließend ein systemvergleichendes Resümee.

Im Vergleich der beiden von vorneherein negativ aufeinander bezogenen deutschen Staaten konstatiert er als ein Hauptergebnis seines Buches das doch recht erstaunliche Phänomen, daß »ganz unterschiedliche politische Zielsetzungen und wirtschaftliche Randbedingungen noch so viele Ähnlichkeiten in der Städtebaupolitik zulassen, wie sie zwischen den beiden deutschen Staaten bestehen« (339). Dies zeigt sich insbesondere darin, daß die von ihm für die DDR unterschiedenen drei städtebaulichen Phasen durchaus ihre Pendanten in der Bundesrepublik hatten (286–304, 339 ff.). Bis Mitte der 50er Jahre war auf beiden Seiten der Traditionalismus vorherrschend. Die städtebauliche Planung und Ausführung war bis in die 50er Jahre hinein im Vergleich zur folgenden Phase meistens relativ behutsam und vorsichtig – sicherlich nicht zuletzt bedingt durch die damalige Mittelknappheit. Die zweite, bis etwa 1973 andauernde Phase brachte die sog. »Urbanität« durch Verdichtung (die »kompakte« Stadt in der DDR), den Aufbau an der Peripherie der Städte und einen umfangreichen Bau von Hochhäusern. Eine weitere ost-westliche Gemeinsamkeit war die grundsätzliche Ablehnung der alten Mietskasernenstadt und die dadurch mitbedingte Flächen-sanierung und »zweite Zerstörung« der Städte (nach der ersten Zerstörung durch den Krieg). Die dritte Phase seit der 1. Hälfte der 70er Jahre stellt eine unmittelbare Gegenbewegung zur Entwicklung in der vorangegangenen Phase dar, deren städtebauliche Ergebnisse jetzt entschieden kritisiert wurden. Es erfolgte eine Wiederhinwendung zur Innenstadt, ein qualitativer Stadtumbau löste die quantitative Stadterweiterung ab, eine behutsamere Stadterneuerung trat an die

Stelle der Kahlschlagsanierung, der architektonische Postmodernismus verdrängte die bauliche Moderne.

Dem Autor ist sicherlich darin zuzustimmen, daß in beiden deutschen Staaten – wiewohl sie negativ aufeinander fixiert waren – das bauliche Resultat »nicht radikal unterschiedlich« geriet (338). Die Ähnlichkeit des (Wieder)Aufbaus scheint aber dennoch etwas überbetont zu sein, wenn man bedenkt, daß – ganz abgesehen von wichtigen Unterschieden auch in architektonisch-städtebaulicher Hinsicht (z. B. beim Bodenrecht und der Verkehrsplanung) – die Entwicklung im zentralen Bereich der Wohnungsbaupolitik geradezu gegenläufig war: Gelang es in der Bundesrepublik mit historisch beispiellos hohen Wohnungsproduktionszahlen, bis etwa Mitte der 70er Jahre einen global ausgeglichenen Wohnungsmarkt zu erreichen, so stellte die DDR in den beiden ersten Jahrzehnten den Wohnungsbau gegenüber dem industriellen Aufbau zurück und forcierte ihn als »Kernstück« ihrer Sozialpolitik erst – dann allerdings sehr stark – seit den 70er Jahren, als in der Bundesrepublik der Wohnungsneubau schon wieder zurückging, dafür aber hier Instandsetzungs- und Modernisierungsmaßnahmen verstärkt wurden – während in der DDR wiederum die vernachlässigte Altbausubstanz noch bis ins nächste Jahrhundert ein großes Problem bleiben wird.

Einige Schwachpunkte des vorliegenden Buches können nicht verschwiegen werden: 1.) Seine Belesenheit verführt den Autor mehr als einmal zu themenfernen Abschweifungen. Auch die an sich sehr informative Behandlung der Entwicklung in den ehemals deutschen Städten der Oder-Neiße-Gebiete (148–156) bleibt im Rahmen der Gesamtdarstellung eine Art Fremdkörper, da diese in den »Systemvergleich« nicht mit einbezogen werden. 2.) Es bleibt z. T. unklar, in welchen Zeiträumen oder zu welchen Zeitpunkten geschilderte baupolitische Entwicklungen und Entscheidungen genau stattgefunden haben. 3.) Eine ausführlichere Behandlung der Wohnungspolitik nach 1945 wäre angesichts ihrer großen Bedeutung für die Lebensverhältnisse der Bevölkerung und der Komplexität dieser Teilthematik wünschenswert gewesen. Von Beyme hat

sich hier mit einer eher schlagwortartigen Kurzbehandlung der wichtigsten Aspekte begnügt. 4.) Für das von einer Stadt jeweils gewählte Aufbaumodell war nicht eine einzelne Ursache verantwortlich, sondern ein komplexes Wirkungsgeflecht historischer, ideologischer, politischer und wirtschaftlicher Faktoren. Die Darstellung erschöpft sich diesbezüglich in einer bloßen Aufzählung dieser Faktoren, ohne sie zu gewichten oder ihren Wirkungszusammenhang, der als solcher nur behauptet wird, aufzuzeigen (183–189). 5.) Die am stärksten ins Gewicht fallende kritische Anmerkung betrifft die uneinheitlich-mehrdeutige Verwendung des aus der Alltagssprache übernommenen Wiederaufbau-Begriffs. Dies führt zu Widersprüchlichkeiten, wenn z. B. einerseits – in städtebaulicher Hinsicht – drei Wiederaufbau-Phasen für beide deutsche Staaten unterschieden werden, andererseits aber der Wiederaufbau in der Bundesrepublik als mit der zweiten Phase beendet angesehen wird, weil um 1973/74 ein globales Gleichgewicht von Wohnungsangebot und -nachfrage eingetreten war (138, 265 u. 350). Weder gab es »den« Wiederaufbau, noch war es in den meisten Fällen »Wieder«aufbau. Der sog. Wiederaufbau war, abgesehen vom »rekonstruktiven« Wiederaufbau von Einzelgebäuden oder baulichen Ensembles, weit überwiegend entweder völliger Neubau oder – in Beymes Terminologie – »traditionaler Anpassungsneubau«, also nicht Wiederaufbau, sondern Aufbau bzw. Neuaufbau. Ferner muß deutlich unterschieden werden zwischen dem (Wieder-)Aufbau in städtebaulich-architektonischer Hinsicht, dem (Wieder-)Aufbau im Wohnungssektor und dem (Wieder-)Aufbau der Wirtschaft allgemein; ganz abgesehen davon, daß nach 1945 auch die staatlichen, versorgungsmäßigen und sonstigen Institutionen (wieder-)aufgebaut werden mußten. Eine Präzisierung des vieldeutigen alltagssprachlichen Wiederaufbau-Begriffs zu einer geschichtswissenschaftlich operationalisierbaren Begrifflichkeit ist erst noch zu leisten. Von Beyme benutzt »Wiederaufbau« als oszillierende Begriffshaube für die von ihm behandelten Teilthematiken, ohne eine allgemeine Begriffserklärung oder nach Teilbereichen differenzierte Definitionen vorzunehmen.

Trotz ihrer Mängel kann von Beymes zusammenfassende und vergleichende Darstellung der Baupolitik beider deutscher Staaten nach 1945 als insgesamt durchaus gelungener erster Versuch seiner Art bezeichnet werden. Der Autor formuliert kein griffiges Gesamtwerturteil, sondern liefert auf der Grundlage umfassender Einzelkenntnisse eine differenzierte Würdigung sowohl der positiven Leistungen wie der Fehler der Nachkriegs-Baupolitik. Das Hauptverdienst des Buches ist sein großer, alle baupolitischen Teilbereiche abdeckender Informationsreichtum, der auf anschauliche Weise dargeboten wird, versehen mit prononcierten, mitunter auch nachdenklichen Wertungen.

Der stark beschreibende Charakter der Darstellung weist aber zugleich auf ein Manko hin: die unterentwickelte analytische und begriffliche Durchdringung der präsentierten Stoffmenge. Ein stärker reflektierter Wiederaufbau-Begriff, das Weglassen themenperipherer Ausführungen, das Aufzeigen des Wirkungszusammenhangs aufbaurelevanter Faktoren statt ihrer bloßen Aufzählung, eine genauere Terminierung mancher Entwicklungsprozesse, eine bessere Integration der verschiedenen geschilderten Facetten der Baupolitik, kurzum: ein stärker analytischer Zugriff hätte der Darstellung als ganzer eine noch größere Klarheit geben können.

Berlin

Dieter Hanauske

KONRAD M. MÜLLER, *Unsere befestigten Städte des Mittelalters (= Deutschland – das unbekannt Land, hrsg. von Rudolf Pörtner, Bd. 6), Frankfurt: Umschau-Verlag 1987, 184 S., 60 schwarz-weiße Abb., 17 farbige Abb., DM 29,80.*

Der Autor dieses gut bilderten, in Zusammenarbeit mit dem ZDF entstandenen Buches hat 136 alte Städte bereist, 18 in Baden-Württemberg, 58 in Bayern, 27 in Hessen, 13 in Rheinland-Pfalz, 13 in Nordrhein-Westfalen und sieben in Niedersachsen. Ließen sich allein aus diesen Zahlenverhältnissen Rückschlüsse ziehen? Hat Bayern mit Abstand die meisten alten

und befestigten Städte? Vf. hat sich derlei Überlegungen nicht hingegeben, er hat auch nicht danach gefragt, warum diese und jene Stadt (oder Stadtlandschaft) noch so viele Reste ihrer Fortifikation aufweist, wo doch die Städte nebenan, gleich alt oder noch älter und einst mit einer weitergehenden Befestigung versehen, heute auch nicht mehr die kleinsten Partikel ihrer früheren Fortifikation aufweisen (weil sie den Weg ins Industriezeitalter hemsärmelig und »total« gegangen sind, weil sie Geschichte verarbeitet und weitergebracht haben, während viele dieser hier behandelten Städte das 19. Jahrhundert über am Rande der Geschichte gelebt haben).

Aber Vf. will nicht meditieren und nicht reflektieren. Mit seiner Leserschaft hat er ein Bündnis abgeschlossen, und also reisen »wir« von Ort zu Ort. Natürlich ließe sich viel zur Auswahl der Orte sagen. Wir lassen die Entscheidung in der Hand unseres Führers und wundern uns dann doch, wenn die groß angekündigte Reise an den Bodensee mit ein paar Sätzchen über Meersburg (nach der Mainau immerhin der meistbesuchte Ort des Sees, viele Tausende finden sich da im Verlauf eines Touristenjahres ein) anfängt und endigt; selbst Überlingen, das schwerbefestigte Überlingen, muß draußen bleiben. Auch der Verlauf der Routen ist manchmal in unerklärliches Dunkel gehüllt; im Kapitel »Vom Odenwald zum Bodensee« geht es von Waiblingen – Marbach erscheint an anderer Stelle – über Weil der Stadt, Wildberg und Villingen nach Rottenburg, von Eberbach nach Niedernhall, Vellberg, Ingelfingen nach Wimpfen und so weiter. Nicht einmal Ansätze zur Zusammenfassung in Stadtlandschaften und deren Vergleich untereinander, zu Schematisierungen und Typologierungen zeigen sich. Vf. reist, »wir« ziehen von Ort zu Ort, und langsam gerät diese zweifellos sorgfältige Reise – auch Museen und deren Öffnungszeiten werden angeführt – zur ermüdenden Aufzählung von Mauern und Toren und Türmen. Zumindest an den augenfälligen Punkten hätte man ein Wort zur »Behandlung« dieser alten Stadtbefestigungen erwartet, zur Sanierung, zur Erneuerung. Man kann einen nicht gut nach Ulm oder nach Nürnberg führen, ohne nicht wenigstens ein Wort über die heillosen und

unwiederbringlichen Zerstörungen dort fallen zu lassen. Und irgendwo hätte Vf. doch nach Wertkategorien greifen müssen: Möckmühl, dem selbst ein Bild gewidmet ist, ist eine Geringfügigkeit gegen die erhaltene Befestigung Schwäbisch Halls, das merkwürdigerweise ausgeklammert ist.

Ob nicht doch neben allen Reise- und Kunstführern, welche die 42 Titel der beigegebenen Literaturliste im wesentlichen ausmachen, wenigstens die wichtigsten Bücher der einschlägigen Fachliteratur hätten zu Rate gezogen werden müssen? »Eine Darstellung«, konstatiert Rudolf Pörtner in seinem Vorwort mit Gelassenheit, »die sowohl den fortifikatorischen als auch den sozialen und architektonischen Aspekten der Stadtbefestigungen gerecht wird, fehlt bisher« (S. 8). Ein Blick in Karl Grubers mehrfach aufgelegtes klassisches Werk über »Die Gestalt der deutschen Stadt, ihr Wandel aus der geistigen Ordnung der Zeiten« hätte eines besseren belehrt, und allein Carl Haases Abhandlung über »Die mittelalterliche Stadt als Festung« von 1963, wiederaufgelegt 1969, hätte unserem Reiseleiter eine Fülle von Fragen vorgegeben. Nun Vf. auf derlei wissenschaftlichen Hintergrund verzichtet hat, ist ein freundlicher, aber anspruchloser Reiseführer daraus geworden, der »nur« im Anhang (»Was fast jeder kennt«) Bekanntes (Rothenburg, Dinkelsbühl, Nördlingen und Nürnberg) repliziert, im übrigen aber »zu vergessenen Schätzen« geleiten will.

Stuttgart

Otto Borst

VERENA DIETRICH, *Architektinnen. Ideen – Projekte – Bauten, Stuttgart: Kohlhammer 1986, ca. 1000 Abb., 196 S., kart. DM 59,-.*

Die Beschaffung des Bandes über den öffentlichen Leihverkehr war nicht einfach – fast schien es, als stünden »Architektinnen« auf einem Index. Zwei Fernleihversuche sowie ein Anschaffungsvorschlag an der Universitätsbibliothek Mannheim scheiterten. In der Kleinstadt Bad Münstereifel mit ihrer Kleinst-Stadtbücherei ge-

lang es endlich. Beharrlichkeit braucht »frau«. – Wenn diese Beharrlichkeit schon allein notwendig ist, um an Informationen über »Architektinnen« heranzukommen, vermag man die Beharrlichkeit anerkennen, die die Herausgeberin Verena Dietrich aufbringen mußte, um das Buchvorhaben durchzusetzen, und die die Architektinnen selbst an den Tag legten, um sich durchzusetzen. Denn: »In der Quintessenz versucht fast jeder, uns von unserem Vorhaben abzubringen. Es stellt sich also heraus, daß sich seit den 60er Jahren nur der Tonfall geändert hat: Man ist vorsichtiger geworden. Die Intention ist aber die gleiche geblieben. Man versucht, uns davon abzuhalten, uns in unserem Beruf zu behaupten, uns eigenständig darzustellen« (12f.). Bei der Beantwortung der Frage »warum dies?«, greift Verena Dietrich einen Erklärungsversuch Simone de Beauvoirs auf: Die Frau soll in Immanenz verharren, der Mann kann sich in Transparenz bestätigen. Suchen nun Frauen auch Bestätigung in Transparenz, wie in der Architektur, wird dies Verlangen sogleich gesellschaftlich überfrachtet – sie sollen auch die Sünden der Architektur und des Städtebaus beheben. Mit Recht weist Verena Dietrich dies Anliegen sachlich zurück: Es gilt vielmehr das natürliche Gleichgewicht wieder herzustellen und dies »ist nur zu erreichen, wenn jede Seite ihrer Kraft nach *eigener Art und Bestimmung* in die Waagschale legt und die der *anderen* akzeptiert« (15).

Nach dieser notwendigen Zurechtweisung ist es erst möglich, unbeschwert die neuere Geschichte der Architektinnen aufzuarbeiten. Es ist eine kurze Geschichte, erst 100 Jahre alt, in engem Zusammenhang mit fortschrittlichen Sozialbewegungen stehend und abhängig von der jeweils herrschenden Politik. Dies verdeutlichen zwei Statistiken: Aus der Statistik der Architektur-Studentinnen an deutschen Hochschulen der Jahre 1908 bis 1985 läßt sich ablesen »die *Reserve-Armee Frau*« während der zwei Weltkriege, die »*neue Weiblichkeit*« während des Dritten Reiches, die *Verunsicherung* während jeden Regierungswechsels« (19), dies trotz und im Gesamtzusammenhang des allgemein steigenden Frauenanteils im Studiengang Architektur von absolut 4 (0,2%) im Jahre 1910 auf 12042

(35,1%) im Jahre 1985 (Tabelle S. 19). Die eine kürzere Zeitspanne umfassende Statistik über die Entwicklung der Architektinnen in Studium, Beruf und Arbeitslosigkeit der letzten 15 Jahre läßt den allgemein gesellschaftlichen Widerspruch zwischen Gleichheitsanspruch und Realität erkennen. So gibt es wohl einen steigenden Frauenanteil bei den Architekturfakultäten (1984 waren es 38,5% an Studienanfängerinnen, 35,1% an Studierenden und 29,1% an Diplomanten), jedoch die Integration in die Arbeitswelt bleibt weiterhin schwierig, der Anteil der abhängig erwerbstätigen Architektinnen ist erschreckend gering [1970 zählte man 3000 (2,7%), 1985 waren es 4000 (3,6%)]. Dagegen erhöhte sich die Anzahl der selbständigen Architektinnen deutlich [von 1970: 1000 (2,3%) auf 1984: 3000 (6,4%)], allerdings auch nur als Reflex einer allgemeinen Scheinlösung, dem Teufelskreis Arbeitslosigkeit zu entrinnen, die über die Tatsache des überproportionalen Anteils und des stetigen Anstiegs arbeitsloser Architektinnen (1974 waren 295 gemeldet, 1985 schon 1920 (21,7%) sehr schnell von der harten gesellschaftlichen Realität eingeholt wird.

In der Arbeitslosigkeit und der abhängigen Erwerbstätigkeit der Architektinnen scheint wohl Subjektivität und »Transparenz« verloren zu gehen. Jedenfalls vermittelt Verena Dietrich diesen Eindruck, kommen bei ihr – entsprechend des Arbeitstitels – doch nur »Freie Architektinnen heute im deutschsprachigen Raum« vor. Diese »freien Architektinnen« präsentieren in Wort und Bild ihre Planungen, sie gestalteten zumeist auch das lay-out für ihre Seiten und trafen selbst die Auswahl ihrer Projekte – die anderen fallen wieder einmal heraus.

Dennoch stimme ich Verena Dietrichs Wertung der vorgestellten Planungen, Projekte und Bauten insgesamt zu: »De facto machen wir also *vergleichbare*, aber *bessere* Architektur« (30).

Da es sich um eine bewußt subjektiv gehaltene Rezension handelt, eine Form, zu der mich das Buch anregte und ermunterte, möchte ich abschließend einige Arbeiten besonders hervorheben, die mich überzeugten. Hierzu gehören die Entwürfe von Bea Betz (Verwaltungszentrum der Bayerischen Hypotheken- und Wechselbank AG),

die Gartenküchen von Hetta Böttger, die Sportparktribüne Höhenberg von Verena Dietrich, die natürliche Grünanlage des Studentenwohnheims Duisburg-Neudorf von Gudrun Heltewig, die Gestaltung der Messehallen und des Freiraums der Internationalen Funkausstellung durch Mirjana Markovic-Ronai, Ulla Schreibers Wintergarten, Barbara Werners Freianlagen im Kurpark Bad Gögging und Marlene Zlonicky-Krawietz's Stadterweiterungsplan für Grenoble.

Bad Münstereifel

Wilma R. Albrecht

JÜRGEN RITSERT, *Gesellschaft. Einführung in den Grundbegriff der Soziologie, Frankfurt/New York: Campus 1988, 335 S., DM 29,80.*

Einführungen in die Soziologie, ihre zentralen Begriffe und Hauptprobleme, und nicht zuletzt einführende Überblicke über die gesellschaftstheoretischen »Ansätze« und Denkweisen der wichtigsten »Schulen« der Soziologie gibt es eine ganze Reihe. Der Band von Ritsert will aber weder eine Einführung in die Soziologie noch eine Einführung in die Gesellschaftstheorie geben, sondern sucht einen neuen Zugang: über den Begriff der Gesellschaft als »den Grundbegriff der Soziologie«. Flott und locker geschrieben, mit einer oft durchaus pfiffigen Anschaulichkeit in Erklärung und Wahl von Beispielen, versucht Ritsert die häufigen Bedenken gegenüber Abstraktionsgrad und Jargon der Soziologie auszuräumen, ihre abschreckende Wirkung zu vermeiden, und lädt damit gerade Anfänger zur Lektüre ein. Einfache Lektüre ist es jedoch nicht; das elementare Anfänger-Niveau wird an vielen Stellen überschritten, und in jedem Fall sollen die Leser mitdenken und mitarbeiten, eine Aufgabe, die der Verf. dadurch erleichtert, daß für jedes Kapitel Basistexte angegeben werden, die für ihre »Schule«, ihren »Ansatz« möglichst repräsentativ sein sollen und von deren Interpretation Ritsert auch in seiner Darstellung ausgeht.

Nach einem Überblick über Definitionen von »Gesellschaft« behandeln zunächst vier Kapitel handlungstheoretische bzw. individualistische

Ansätze – v. a. Simmel, Durkheim, Wittgenstein und Weber –, dann ebenfalls vier Kapitel system- bzw. strukturtheoretische Ansätze: Parsons und Luhmann; Adorno; Marx und Weber; die »Postmoderne«. Die Kapitel sind unterschiedlich gut gelungen; positiv hervorheben möchte ich die klare Einführung in den Dschungel der Luhmannschen Systemtheorie und die Behandlung des Problems einer postmodernen Gesellschaft und ihrer Theorie; eher mißlungen scheint mir die Behandlung von Parsons, an dessen Gesellschaftsbegriff die Kästchen-Schemata völlig vorbegehen. Ein zusammenfassendes Schlußkapitel fehlt, und damit hören die Probleme und Schwierigkeiten nur auf: Sie fangen bereits an mit der nach vielen Einführungen dieses Strickmusters allmählich unbefriedigenden Entscheidung, die Zersplitterung soziologischer Ansätze zu reproduzieren anstatt zu versuchen, sie zu überwinden und den Leser dann auch noch mit dieser Disparität ganz alleine zu lassen. Manche Autoren (Weber, Parsons) kommen erst als Handlungs-, dann noch einmal als Systemtheoretiker vor. Müßte dann nicht die Konsequenz sein, über diese Kategorien hinauszuführen, zumal man sich dabei auf wichtige neuere Anstöße berufen könnte, eine schlüssige Verbindung von »Mikro-« und »Makroebene« herzustellen? Ein solcher Integrationsversuch könnte vom Kommunikationsbegriff ausgehen, der jedoch bei Ritsert, das ist ein Problem für sich, fast völlig fehlt, obwohl er für den Gesellschaftsbegriff bei so unterschiedlichen Autoren wie Luhmann und Habermas gleichermaßen zentral ist. Diese Lücke verweist wiederum auf einen dritten Einwand: Spätestens im zweiten Teil des Buches verabschiedet Ritsert sich von dem ursprünglichen und vielversprechenden Anliegen, den Begriff der Gesellschaft zu behandeln (siehe z. B. 230 f.), gibt damit die Originalität seines Ansatzes auf und behandelt dann etwa Marx und Weber (232–267) nur noch in der gleichen Weise wie etliche andere Einführungsbücher auch.

Vielleicht wäre etwas anderes von einer solchen, aus einer Vorlesung hervorgegangenen Einführung aber auch schon zu viel verlangt. Als ein meist klar formulierter, aber dabei nichts versimpelnder Überblick über die wichtigsten ge-

sellschaftstheoretischen Denkansätze kann der Band ohne Bedenken empfohlen werden.

Bielefeld

Paul Nolte

URSULA GRÄFIN ZU DOHNA / PHILIPP GRAF SCHÖNBORN / MARIANNE FÜRSTIN ZU SAYN-WITTGENSTEIN-SAYN, *Private Gartenkunst in Deutschland, Herford: Busse & Seewald 1986, 160 schwarz-weiße u. 65 farbige Abb., 224 S., DM 148,-.*

Allzu langsam werden hierzulande historische Garten- und Parkanlagen als Objekte der Kulturgeschichte unter Denkmalschutz gestellt. Der vorliegende Band, in dem dreißig ausgewählte Garten- und Parkanlagen verschiedener Epochen aus allen Bundesländern (außer Hamburg, Bremen, Saarland und West-Berlin) kenntnisreich beschrieben und photographisch dargestellt sind, ist ein Beweis für den hohen ideellen und finanziellen Aufwand einiger Privatbesitzer auf diesem Gebiet. Zwar sind die Besitzverhältnisse kein Kriterium für die kunsthistorische Bedeutung eines Gartens, wie der Titel des Buches suggerieren mag; doch werden zurecht gerade Beispiele generationenlanger privater Gartenerhaltung und -gestaltung gewürdigt.

Im historisch einleitenden Überblick über die Geschichte der Gartenkunst in Deutschland steht die Einsicht im Mittelpunkt, daß die Gartenkultur sich nicht – im Gegensatz zu Frankreich – zentralistisch, sondern in den deutschen Teilstaaten voneinander abweichend entwickelte. Es folgen die beschreibenden und photographisch dokumentierenden Kapitel über die Gartenbeispiele von der Barockzeit bis zum Jugendstil mit ihren späteren Ergänzungen und Umwandlungen. So werden berühmte Schloßgärten (Herrenhaus Panker bei Lütjenburg in Schleswig-Holstein, Schloß Dyck bei Neuss, Schloß Malberg in der Eifel), aber auch das seltene Beispiel eines rekonstruierten barocken Klostergartens (Abtei Rommersdorf bei Neuwied) ebenso wie Villengärten und -parks (Villa Hügel in Essen, Villa Bethmann am Stadtwald in Frankfurt-Louisa), aber auch Hausgärten (Stubenrauch Schloßl in Mün-

chen-Schwabing) und bäuerliche Gärten (Farnach im Chiemgau), um nur einige zu nennen, behandelt.

Das schwierige Unterfangen der Beschreibung (Dohna) der Gärten, der Lage der einzelnen Gartenräume und ihrer Gestaltungsmerkmale, der baulichen und pflanzlichen Ausstattung und ihrer historischen Entwicklung, ihrer Architekten und der Fülle historischer Fakten gelingt anschaulich und übersichtlich. Besonderheiten werden stets hervorgehoben, sei es die »Schlangewand« im Schloßgarten Adelebsen bei Göttingen, das Arboretum im Schloßgarten Heltorf bei Düsseldorf, die originellen Jahreszeitenbüsten mit den Portraits der Besitzerfamilie im Schloßgarten Schönbrunn bei Ingolstadt, die ungewöhnlichen Beetformen im Weingutgarten Richter an der Mosel oder der einmalige Landschaftszusammenhang zwischen Garten und alpinem Panorama im Anwesen Bogensberglehen bei Berchtesgaden.

Großer Wert wird dabei auf den genealogischen Hintergrund der Besitzer gelegt. Das ist nützlich, wenn es sich um der Gartenkunst besonders zugetane Ahnen handelt. Ermittlungen wie die, daß Herbert von Karajan den Kauf des Anwesens Bogensberglehen wegen des ungünstigen Regenwetters dort abgelehnt habe oder auch

Erläuterungen über die ostpreußische Abstammung der Trakehner führen den Leser dann doch zu sehr in das weite Feld der Alltagsgeschichte(n).

Der Text wird reich dokumentiert durch ungewöhnliche Photos (Schönborn) in Schwarz-Weiß und in Farbe, die einzelne Partien und ausgewählte bauliche und pflanzliche Details hervorheben. Beispielhaft, welche Aussagekraft auch schwarz-weiße Abbildungen über die Qualität eines Gartens haben können.

Bei der »Realisation« (Sayn-Wittgenstein-Sayn) des Bandes vermißt man historische Ansichten der Gärten. Die Abbildungen von drei (!) historischen Darstellungen auf 224 Seiten machen nicht nur einen verlorenen, sondern auch einen nicht sehr überzeugend ausgewählten Eindruck. Auch hat man auf hilfreiche Grundrisskizzen – wohl zugunsten der ästhetischen Einheitlichkeit des Buches – verzichtet. Auch wären für den Fachmann ausführlichere Anmerkungen und bibliographische Hinweise interessant gewesen. Besonders für den gebildeten Laien aber stellt diese Veröffentlichung eine Anregung dar, sich mit der Kultur und Geschichte historischer Gärten vertraut zu machen.

München

Dorothee Nehring

15. Jahrgang

4/88

Vierteljahres-
zeitschrift für
Stadtgeschichte
Stadtsoziologie
und
Denkmalpflege



Suchet der Stadt Bestes

Christian
Gellinek

Kulturstadt Berlin auf Identitätssuche?

Klaus Duntze

Predigten zur Einführung
der Städteordnung in Berlin

Ulrich Stark

Zur städtebaulichen
Entwicklung Berlins

Martin
Greiffenhagen

Wohnen in der alten Stadt

Kohlhammer

Herausgegeben von Otto Borst



ISSN 0170-9364

Die alte Stadt. Vierteljahresschrift
für Stadtgeschichte, Stadtsoziologie
und Denkmalpflege

In Verbindung mit Hans Paul Bahrdt,
Helmut Böhme, Rudolf Hillebrecht,
Eberhard Jäckel und Friedrich Mielke
herausgegeben von Otto Borst

Redaktionskollegium: Professor Dr. Otto Borst, Lehrstuhl für Landesgeschichte am Historischen Institut der Universität Stuttgart, Keplerstraße 17, 7000 Stuttgart 1 (Hauptschriftleiter) – Professor Dr. Burkhard Hofmeister, Direktor des Instituts für Geographie an der Technischen Universität Berlin, Budapester Straße 44/46, 1000 Berlin 30 – Professor Dr. Rainer Jooß, Historisches Seminar an der Pädagogischen Hochschule Schwäbisch Gmünd, Oberbettringerstraße 200, 7070 Schwäbisch Gmünd – Professor Dr. Hermann Korte, Fakultät für Sozialwissenschaft der Ruhr-Universität Bochum, Universitätsstraße 120, 4630 Bochum – Architekt Dipl.-Ing. Hellmut Richter, Ministerialrat im Bayerischen Staatsministerium des Innern, Oberste Baubehörde, Karl-Scharnagl-Ring 60, 8000 München 22 – Schriftleitung: Johannes Schultheiß, Rotenbergstraße 5, 7000 Stuttgart 1, Tel.: 0711 / 282683 – Redaktionslektorat: Frauke Borst, Lipperheidestraße 27C, 8000 München 60.

Redaktionelle Zuschriften und Besprechungsexemplare werden an die Anschrift der Schriftleitung erbeten: 7300 Esslingen am Neckar, Marktplatz 16, Postfach 269, Tel. (0711) 357670.

Die Zeitschrift erscheint jährlich in Vierteljahresbänden mit einem Gesamtumfang von etwa 420 Seiten. Der Bezugspreis im Abonnement beträgt jährlich DM 116,-; Vorzugspreis für Studierende gegen jährliche Vorlage einer gültigen Studienbescheinigung DM 92,- einschließlich Versandkosten und Mehrwertsteuer; Einzelbezugspreis für den Vierteljahresband DM 30,- einschließlich Mehrwertsteuer und zuzüglich Versandkosten ab Verlagsort. Preisänderungen vorbehalten. Abbestellungen sind nur 6 Wochen vor Jahresende möglich.

Verlag, Vertrieb und Anzeigenverwaltung: W. Kohlhammer GmbH, 7000 Stuttgart 80, Heßbrühlstraße 69, Postfach 800430, Tel. 78631. Verlagsort: Stuttgart. Gesamtherstellung: W. Kohlhammer Druckerei GmbH + Co., Stuttgart. Printed in Germany. *Die Zeitschrift* und alle in ihr enthaltenen einzelnen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Alle Urheber- und Verlagsrechte sind vorbehalten. Der Rechtsschutz gilt auch für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen. Jede Verwertung bedarf der Genehmigung der W. Kohlhammer GmbH. Der Verlag erlaubt allgemein die Fotokopie zu innerbetrieblichen Zwecken, wenn dafür eine Gebühr an die VG WORT, Abt. Wissenschaft, Goethestr. 49, 8000 München 2, entrichtet wird, von der die Zahlungsweise zu erfragen ist.

Verlag W. Kohlhammer Stuttgart Berlin Köln Mainz

15. Jahrgang

Die alte Stadt

Heft 4/1988

INHALT

ABHANDLUNGEN

- CHRISTIAN GELLINEK, Berlin – Kulturstadt Europas auf Identitätssuche 351
- KLAUS DUNTZE, Suchet der Stadt Bestes. Drei Predigten zur Einführung der Städteordnung in Berlin im Jahre 1809 360
- ULRICH STARK, Die städtebauliche Entwicklung Berlins nach dem Dreißigjährigen Krieg 376
- MARTIN GREIFFENHAGEN, Wohnen in der alten Stadt 387

KLEINE BEITRÄGE

- Literaturbericht: Stadtgeschichte Berlins 397
- HELGA SCHULTZ, Berlin 1650–1800. Sozialgeschichte einer Residenz (Paul Nolte) 397
- HARALD BODENSCHATZ, Platz frei für das neue Berlin (Heide Berndt) 399
- KARL-HEINZ HÜTER, Architektur in Berlin 1900–1933 (Burkhard Hofmeister) 401

AUTOREN

403

NOTIZEN

404

BESPRECHUNGEN

Stadtgeschichte

- FERDINAND GREGOROVIVUS, Geschichte der Stadt Rom im Mittelalter (Otto Borst) 408

Städtische Kultur- und Geistesgeschichte

- ERNST KÜNZL, Der Römische Triumph. Siegesfeiern im antiken Rom (Holger Sonnabend) 409
- BÜRGERSINN UND AUFBEGEHREN. Biedermeier und Vormärz in Wien 1815–1848 (Otto Borst) 411
- PETER GAY, Die Republik der Außenseiter (Otto Borst) 412

Stadtplanung und Stadtbaugeschichte

STEFAN FISCH, Stadtplanung im 19. Jahrhundert. Das Beispiel München
(Wolfgang R. Krabbe)..... 413

ROSWITHA ROSINSKI, Der Umgang mit der Geschichte beim Wiederaufbau des Prinzipalmark-
tes in Münster nach dem 2. Weltkrieg (Hartmut Hofrichter)..... 414

Architektur

HARTMUT PROBST / CHRISTIAN SCHÄDLICH, Walter Gropius (Falk Jäger)..... 417

Christian Gellinek

Berlin – Kulturstadt Europas auf Identitätssuche?

Der Deutsche Akademische Austauschdienst macht Interessenten Geschenke: Wolfgang Kramers landeskundliche Broschüre »Berlin: Eine Stadt auf der Suche nach ihrer Identität« wird im Ausland gratis verteilt. Das Goethe-Institut und der DAAD waren im Redaktionsausschuß vertreten.¹ Der Ausstellungskatalog »Mythos Berlin« spricht ebenfalls von Identitätssuche,² ja von »Berlin im Kopf«, sogar – vielleicht druckfehlerhaft – von »Berlin am Kopf«.³

Der Leser dieser landeskundlichen Materialien erhält den Eindruck suggeriert, daß das Berlin des 18. Jahrhunderts eine Insel der Miserablen, Friedrich der Große ein diletantischer Bodenspekulant, die gescheiterte Revolution vom März 1848 so katastrophal gewesen wäre, daß »fast jedes zweite Kind verwaarloste, weil es keine Schule besuchen konnte«.⁴ Kramer unterschreibt Heinrich Zilles Milieukritik: »Man kann mit einer Wohnung einen Menschen genauso gut töten wie mit einer Axt«. Und ferner: »Die Demolierung Berlins begann bereits unter Wilhelm II.«⁵ Tucholskys bekanntes Diktum, »in Berlin wird nicht gearbeitet – hier wird geschuftet«, trifft sich mit Hildebrandts Droschkenkutscher-Bonmot »In Berlin ist immer höchste Eisenbahn«, so daß bei Kramers Analysen der Eindruck entsteht, der hektische Fortschritt Berlins durch die Epochen hätte die Berliner a tempo vivace schneller in den Himmel befördert als andere Industriestädte im Deutschen Reich. Stimmt das wirklich?

Meines Erachtens wird der landeskundlich und städtegeschichtlich interessierte Leser Kramers nicht hinlänglich mit den in Berlin erfolgten Innovationen und den sie begleitenden Gefahren (auch der Verallgemeinerungen) vertraut gemacht. Zum Beispiel muß man wissen, daß die Installationen von Wassertoiletten, ja Wasserleitungen, in gutbürgerlichen Berliner Häusern den Mietskasernen nur eine Generation vorausliefen. Über Licht- und Luftverhältnisse im Städtebau wußte man bis vor reichlich hundert Jahren nur wenig gesichertes. Kramers Elendsreportage setzt sich der Kritik aus, er habe möglicherweise die Kontinuität von Stadtgeschichte um Effekte willen zerrissen.

¹ W. Kramer, Berlin: Eine Stadt auf der Suche nach ihrer Identität. Erinnerungen – Spuren – Wirkungen. Materialien zur Landeskunde, DAAD-Broschüre, München 1985.

² Mythos Berlin: Zur Wahrnehmungsgeschichte einer industriellen Metropole. Eine szenische Ausstellung auf dem Gelände des Anhalter Bahnhofs, Berlin 1987.

³ Ebda., S. 16.

⁴ Ebda., S. 28.

⁵ W. Kramer (s. A 1), S. 40 u. 43.

Nach dem Stand meiner Kenntnis kann man eine Stadtbeschreibung nicht wie ein literarisches Porträt verfassen und verfolgen. Eine »Stunde-Null-Betrachtung« mit Umkehrmöglichkeiten gegen den Verlauf der Stadtgeschichte mag es häufig geben; sie ist aber nicht haltbar. Es gibt natürlich Neuorientierungen nach Siegen oder Niederlagen, veränderte Menschenauffassungen sowie neue wissenschaftliche Brennpunkte; aber eine Stadtbiographie kann nicht wirklich Leerstellen aufweisen, an denen sie sich hätte von der Geschichte befreien können.

In einer ersten allgemein gehaltenen Kritik würde ich dagegen halten, daß die Identität Berlins nicht verloren gegangen, sondern allenfalls in der modernen Teilung, der Doppelung nach 1948/49, beschädigt worden sein könnte. Kramers und anderer Identitätssuche scheint einen Totalverlust einer Identität Berlins zu unterstellen, der so nicht stattgefunden haben kann. Sonst hätte zum Beispiel die Wahl Berlins zur Kulturstadt nicht stattfinden können. Daher sollte das Schreiben in der und über die Großstadt Berlin von anderen Voraussetzungen ausgehen.

Landeskunde föderalistischer Systeme ist dringend auf kritische Distanz angewiesen. Es darf bei Städtebeschreibungen nicht allein um das »Erwecken von Sensibilität«, wie Kramer meint, gehen, sondern beim nachzeichnenden Verstehen auch um Verständniserweckung. Über das Schicksal der Großstadt Berlin, der heute zweigeteilten, muß gedanklich wohlwollend geschrieben und gesprochen werden. Man kann weder eine Stadtkontinuität verdrängen – Nachkriegsberlin ist nicht Neukarthago –, noch kann man historische Abläufe nach Belieben trennen und – selbst bei bester kritischer Absicht – neu vernähen. Die Trennung von planungsdiktatorischen Bauvorhaben von den Planungskriterien der sozialen Leistungsarchitektur ist ein allmählicher Prozeß, dessen Kennziffer nicht »Identitätsverlust« lauten sollte.

Ich möchte von anderen Prämissen ausgehen. Erstens muß man vor der Beurteilung die Umrisse der Geschichte des Berliner Stadthauses und des Mietshauses auseinanderhalten. Noch 1870 war der Anteil des bebauten Berlins so gering, »daß man es in einer Stunde durchlaufen konnte«. ⁶ Jede Wohnkultur, die des Protzertums wie des Proletariats, leistet als »Ferment des Zusammenlebens« (ehemaliger Berliner Senator Dieter Sauberzweig) Beiträge zur Stadtentwicklung. Die Formen des organisierten Zusammenlebens beginnen weder am Nullpunkt, noch hören sie, bei zu hohem Anteil an aftermietenden Schlafgästen, am Siedepunkt auf. Die Geschichte des Wohnungswesens ist nicht weniger schmerzhaft, aber auch nicht absurder als die Geschichte des Verwaltungsdilemmas der fünf großen Teilstädte Berlins. »Die Stadtentwicklung des 19. Jahrhunderts wurde ... von wirtschaftsliberalen Prinzipien geprägt.« »Wohnungsnot ... war keine den Urbanisierungsprozeß kontinuierlich begleitende Erscheinung.« ⁷

⁶ W. Ribbe (Hrsg.), *Geschichte Berlins*, 2 Bde, München 1987, S. 735.

⁷ C. Wischermann, *Wohnung und Wohnquartier*, in: H. Heineberg (Hrsg.), *Innerstädtische Differenzierung und Prozesse im 19. und 20. Jahrhundert (Städteforschung A 25)*, Köln 1987, S. 80 f.

Alle großzügig geplanten Eingemeindungsentwürfe vor dem 20. Jahrhundert scheiterten kläglich. Die Kopfbahnhöfe (Stettiner, Hamburger, Potsdamer, Anhalter und Frankfurter, später Schlesischer, Lehrter und Görlitzer Bahnhof) zerschnitten ab 1847 große Siedlungsflächen und blockierten ab 1871 den Verkehr. ⁸ Aber niemand würde diese Eisenbahnlinien als verkehrshindernd oder als kommunikationsschizophren bezeichnen! Das Phänomen der Verdoppelung oder der Verfünffachung von Anstrengungen ist so alt wie die Geschichte Berlins, dessen Verkehr bis weit ins 19. Jahrhundert auf Wasserwegen abgewickelt wurde. Hier nur zur besseren Verständigung eine kurze Rekapitulation.

Berlin ist historisch eine Doppelstadt: Berlin/Cölln – ein nicht häufiger deutscher Stadttyp. Lange vor der Entwicklung des organisierten Stadtbaus wurde die freie Religionsausübung – nämlich bereits 1616 – in beiden Teilen garantiert. Es kam also in der brandenburgischen Residenzstadt nicht bloß der autoritäre Grundsatz »cuius regio – eius religio« zur Anwendung. Die Kurfürsten, allen voran der Große Kurfürst, waren Calvinisten; dieser hatte in Leiden studiert, sein Sohn war ein Urenkel Wilhelms des Schweigers von Oranien. Es bestand in Berlin/Cölln stets und gewiß im 17. und 18. Jahrhundert eine Spannung zwischen der Stadtgerichtsbarkeit und dem Kammergericht.

Am Ende des 17. Jahrhunderts betrug die Stadausdehnung Altberlins/Cöllns, des Schloßbereichs und der kurfürstlichen Neustädte fast 130 Hektar. Der Drang nach Westen war in der Tat bedingt durch die kurfürstliche Grundstückspolitik, besonders in Charlottenburg und Spandau; ursprünglich mußten Grundstücke verschenkt werden, um genug Siedler anzuziehen. Noch Friedrich der Große stellte Bauwilligen kostenlos Baumaterial zur Verfügung, um seine Untertanen zu vermehren. An dem wirtschaftlichen Aufschwung nach dem 30jährigen Krieg bis zum Schlesischen Krieg nahm Berlin stärker als andere deutsche Städte teil. 1709 erfolgte die erste lose Städtevereinigung der fünf Städte Berlin, Cölln, Friedrichswerder, Dorotheenstadt und Friedrichstadt, unbeschadet der nicht-vereinigten selbständig bleibenden Gerichtsbarkeiten.

Nun zu den Auswirkungen auf den Wohnungsbau: Mietshäuser waren bis zum 18. Jahrhundert entschieden in der Minderzahl. Existierten sie, so handelte es sich in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts in Berlin um dreigeschossige, in der zweiten Hälfte um viergeschossige Mietshäuser. Im Vorgriff auf die Zeit von 1860–70 sei bemerkt, daß damals schon fünf- bis sechsgeschossig gebaut wurde. Friedrich, der große König, »baute selbst« oder unterstützte die Finanzierung von dringend benötigten Neubauten, weil in seinem Jahrhundert »die Bedürfnisse des Militärs und der staatlichen Verwaltung die Triebkräfte der Berliner Wirtschaft« ⁹ darstellten. Nach

⁸ Vgl. W. Ribbe (s. A 6), S. 733.

⁹ Ebda., S. 376.

der Hypothekenordnung von 1748 wurde dem Bodenzinswucher in der Tat, wie Kramer vermerkt, Vorschub geleistet. Nur muß man dabei wissen, daß nach wie vor in Brandenburg-Preußen der römischrechtliche Grundsatz »Kauf bricht Miete« Anwendung fand, vermutlich, weil es nur so wenige Mieter gab. Erst als Friedrich die damit zusammenhängenden Mißstände geläufig wurden, schaffte er durch Kabinettsordre von 1765, gerichtet an das königliche Kammergericht, diesen Grundsatz ab, und verkehrte ihn in sein deutschrechtliches Gegenteil, »Kauf bricht nicht Miete« (noch heute Bestandteil des BGB). Diese Maßnahme hat wesentlich zu einer Mietpreisstabilisierung beigetragen. Einquartierungen in der Stadt waren häufig. 1760 standen russische Truppen in Berlin. Deren Abzug kostete die Einwohner 1,5 Millionen Thaler. Die französische Besatzungszeit von 1806–1808 schlug mit 7,2 Millionen Thaler zu Buche und lief auf einen gewaltigen Kunstraub hinaus. Bereits 1801 erfolgte die erste Pockenschutzimpfung und halbierte die Säuglingssterblichkeit, die gegen 1840 immer noch 21% betrug. Bis etwa 1860 drängte sich das Berliner Weichbild auf nur 3,5 qkm, einem »erstaunlich kleinen Bereich für eine Metropole«. ¹⁰ Im Vergleich dazu betrug die Fläche Groß-Berlins ab 1920 880 qkm, von denen heute etwa 55% der Gesamtfläche auf West-Berlin entfällt.

Der von Hobrechtsche Bebauungsplan von 1862 »verordnete Mietskasernen für 4 Millionen Berliner«, so Hegemann, ¹¹ auf den sich auch Kramer beruft. Man muß dennoch berücksichtigen, daß die Mietskasernen vor dem Hamburger Tor, die der Kammerherr von Wülcknitz 1820–24 auf dem »Voigtland« errichten ließ, Londoner Slumerfahrungen vermeiden helfen sollte, und daß (obwohl mit dem Baumaterial geschludert wurde), »die humane Intention dann freilich blankem Profitdenken ... zum Opfer gefallen ist«. ¹² Durch diese hochgeschossigen Bauten entstanden die berühmtesten Berliner Hinterhöfe.

Bei diesen Wohn- und Verkehrsverhältnissen gab es immerhin schon 1840 sechs Gymnasien. Vier Prozent der Berliner Abiturienten waren Arbeiterkinder. Dabei muß unterstrichen werden, daß »der Anteil höherer Schüler an der Schuljugend in Berlin siebenmal so hoch wie im übrigen Staatsgebiet« war. ¹³ Die Enge der Mietshäuser konnte offenbar diesen großen Erfolg nur dämpfen, nicht vereiteln. Während ein Durchschnittshaus um 1815 im Schnitt 30 Bewohner in 6 Wohnungen beherbergte, kamen 1860 auf ein Haus schon 50 Bewohner in 10 Wohnungen, deren Grundmaße sich unglücklicherweise ständig verkleinerten.

Die erste veröffentlichte Kritik an der Verelendung der Mietskasernenbewohner kam zwar anonym heraus. Jeder Eingeweihte jedoch wußte, daß es sich bei der

¹⁰ Ebda., S. 662.

¹¹ W. Hegemann, Das Steinerne Berlin. Geschichte der größten Mietskasernenstadt der Welt, Berlin 1930, S. 293.

¹² W. Ribbe (s. A 6), S. 665.

¹³ Ebda., S. 672.

Verfasserin um die Goethe-Freundin Bettina von Arnim handelte. Der Titel dieser Anklageschrift lautete: »Dies Buch gehört dem König.« Es erschien 1843 und wurde dem König prompt zugespielt. Besonders interessiert uns hier der Anhang, den der Züricher Junglehrer Heinrich Grunholzer, der 1842 nach Berlin gekommen war, für Bettina verfaßte, nachdem er gründlich in den von Wülcknitz'schen Mietskasernen das Mieterelend vor Ort studiert hatte. Man fragt sich, wieso die Bauordnungen solch einen Skandal zuließen.

Die Bauordnungen Berlins sind freilich ein Kapitel für sich. Sie versuchten dem Überdruck an Bevölkerungsströmen Herr zu werden – jedoch vergeblich. Größtes Kuriosum für den Stadtgeschichtler: die erste Berliner Bauordnung von 1641 (die nicht einmal vor 1771 veröffentlicht wurde, aber nichts desto weniger galt) blieb bis 1853 (also 212 Jahre lang) gültig! Sie war gar keine wirkliche Bebauungsordnung, sondern stellte vor allem Nachbarrechte gewohnheitsrechtlich zusammen, die eine übergroße Einengung vermeiden sollten. Brandmauern waren danach auch nach dem Zusammenwachsen der Häuser unbekannt. Es mag sehr überraschen zu erfahren, daß Hausteilkauf durchaus häufig war, also bereits im 18. Jahrhundert Eigentumswohnungen vorkommen. Nicht wenige Freyhäuser waren von der Schößsteuerpflicht ausgenommen.

Erst ab 1881 bildete Berlin einen eigenen Stadtkreis und war nicht länger dem brandenburgischen Bezirk Potsdam unterstellt. Alle Eingemeindungspläne scheiterten weiterhin, da die Einzelgroßstädte eifersüchtig ihre Finanzhoheit zu wahren trachteten. 1912 endlich trat das Berliner Zweckverbandsgesetz in Kraft, das ein Zwitterwesen zwischen Einheitsgemeinde und kommunaler Kompetenzersplitterung schuf. Erst 1920 gelang es zwei namhaften Juristen und Kommunalverwaltern, das Groß-Berliner Gesetz in den Ausschüssen durchzusetzen, dem in Hannover gebürtigen Berliner Oberbürgermeister Adolf Wermuth und dem im Elsaß geborenen Bürgermeister von Schöneberg Alexander Dominicus.

Mit einem Schlage verschmolzen acht Stadtgemeinden und vergrößerten sich in Groß-Berlin um das dreizehnfache. Betrug die Einwohnerschaft vor dieser Eingemeindung 1,9 Mio., belief sie sich nach ihr auf 3,8 Mio. ¹⁴ Das Datum (1920) der Schaffung von Groß-Berlin »ist eine Sternstunde der Berliner Geschichte«. ¹⁵ Eigentlich hatte sich bereits während des Ersten Weltkrieges gegen das Verwaltungswirrwarr eine Notgemeinschaft »Groß-Berlin« gebildet, die dem Brotmangel der leidenden Berliner Bevölkerung abhelfen sollte. Die preußische Staatsregierung hatte sich bis 1918 stets mit Erfolg einer Großeingemeindung Berlins zu widersetzen vermocht. »Mit der Revolution änderte sich das Bild grundlegend. Nun spielte die retardierende preußische Bürokratie keine Rolle mehr.« ¹⁶ Die beiden entscheidenden Männer

¹⁴ B. Hofmeister, Berlin (Wissenschaftliche Länderkunden (8/1), Darmstadt 1975, S. 50.

¹⁵ W. Ribbe (s. A 6), S. 814.

¹⁶ Ebda., S. 816.

(Adolf Wermuth war Berliner Oberbürgermeister von 1912–1920) setzten das Gesetzeswerk mit Hilfe der SPD, der damals stärksten Partei Berlins, durch. Ohne dieses Kompromißgesetz hätte Groß-Berlin nie den Umfang New York City's erreicht und hätte 1948/49 nach der Teilung nicht die territoriale Lebenskraft bilden können, die erforderlich war, um die Berliner Blockade zu überstehen.

Ironischerweise verdankt die bürgerlich-westlich ausgerichtete Bundesrepublik Deutschland indirekt die Größe des Umfangs des späteren Landes West-Berlin der Genialität zweier parteiloser Verwaltungsjuristen, denen es durch Zusammenarbeit gelang, sich im entscheidenden Moment auf die Berliner SPD-Mitglieder zu stützen, die im Bürger-Ausschuß das größte parlamentarische Gewicht besaßen. Leider sind sie heutigen Berlinern so gut wie unbekannt. Damit will ich sagen: Die Goldenen Zwanziger Jahre wurden von einem heute vergessenen Großereignis, das mit der preußischen Geschichte gar nicht zusammenhängt, ja ihr gewissermaßen entgegengesetzt war und das aus der Not des Volkes geboren wurde, miteingeleitet. Zwei nicht-preußische Kommunalpolitiker, die Friedrich Naumann und Theodor Heuss nahestanden, haben diese »patriotische« Tat mit Hilfe der SPD gemeinsam bewältigt.

Berlin hat also, wie ich hoffe angedeutet zu haben, durch alle Jahrhunderte hindurch die größten Anstrengungen unternommen, um seiner wachsenden und gewichtiger werdenden Rolle gerecht zu werden. Auch könnte hinzugefügt werden, daß die Realentwicklung Berlins viel wichtiger war und langfristige Saaten angelegt hat als die heute ästhetisch beurteilten, hektisch verlaufenden Zwanziger Jahre, von denen Germanisten zu glauben scheinen, daß Berliner noch heute prinzipiell davon zehren. Ich würde sogar so weit gehen zu behaupten, daß die erneuten Leidensjahre, die die Berliner Bevölkerung von 1939 bis 1949 durchmachen mußte, erst den Grundstock legten für eine allmähliche Steigerung der demokratischen Potenzen. Jene ermöglichten eine Bildung der Großgemeinde für Versorgung, Aufnahmefähigkeit, Lebenskraft und -leistung, auch im Sinne einer kulturellen Ausstrahlung (die die Weimarer Regierung dort gar nicht in einen Brennpunkt versammeln wollte) in die Zukunft.

Ich möchte aus dieser allgemeinen Sicht gesehen zur Diskussion stellen, ob die endlich erfolgte Trennung in zwei politisch unterschiedene Stadthälften jemals den Grad der Hoffnungslosigkeit erreicht hat (außer während der Blockade natürlich), die im verelendeten Mietskasernenwirrwarr und der schärfsten Abgrenzung von Arm und Reich vor 1918 geherrscht hat? Vor 1920 jedenfalls war die Trennung zwischen den Welten der Westenvilla und der Mietskasernen einschneidender (wie die Beschreibungen von 1843 ff. nahelegen) und gravierender.

Es ist von Heineberg gezeigt worden, daß die Hauptzentren von Ost- und West-Berlin nach wie vor auf einander bezogen sind. Es gibt danach ein noch nicht zerrissenes und auch wohl nicht zerreißbares City- und Kulturband in Groß-Berlin zwischen seinem Ost- und Westteil. Beide stehen wie zwei Hälften »im Kopf« nach wie vor in einem funktionellen und planerischen Zusammenhang. Man müßte also angesichts

der Mauer und ihrer scharfen Trennung nicht von einem Identitätsverlust Gesamtberlins reden, sondern von einer Verdoppelung sprechen, die als Kriegsnachfolgestand entstanden ist.

Die europäische Kulturstadthaftigkeit Berlins schließt Ostberlin nicht aus, so wie »Europa« Osteuropa einschließt. Ironischerweise ist das Repräsentationsbedürfnis der Hauptstadt der DDR – wie bei den alten Preußen – von hervorragender Bedeutung. Das Wettbewerbsprinzip im Westen hat Bedürfnisse geweckt und befriedigt, das den Lebensstandard arbeitsrechtlich enorm gesteigert hat nach Vorstellungen, die aus dem Arbeitermilieu stammen könnten. So ist im Zooviertel ein neues westliches Hauptzentrum entstanden, das städtebaulich und verkehrsplanerisch an den östlichen Teil angebunden bleibt, sogar unter Freihaltung vorhandener Reserveflächen für eine spätere Phase Berliner Stadtgeschichte.

Aus diesen stadtgeschichtlichen Betrachtungen über Wohnverhältnisse, Bauplanung, Raumplanung und Kommunalpolitik im großberlinerischen Sinne resultiert doch: Die neue Identitätssuche, wenn sie denn existiert, wäre allenfalls eine künstlich verdoppelte, die sich irgendwann einmal zwischen marktwirtschaftlicher Bedarfsbefriedigung und sozialistischer Funktionalität, zwischen Planung und Repräsentation auf der einen und anderen Seite, einpendeln muß. In beiden Teilen Berlins ist der jeweilige Städtebau und die parallel laufende Politik gegenüber der einwohnenden Bürgerschaft untrüglich ein Ausdruck derjenigen Kräfte, die ab 1948/49 auf Trümmern und Bauresten der Stadtgeschichte eine neue Zukunft zusammenschweißten.

Ich weiß nicht, ob das doppelsteinerne Berlin zwei Inselhälften zum einzelkommunalen Funktionieren gebracht hat, so wie es zur Zeit den Anschein hat. Anscheine können leicht trügen. Es herrscht, wie mir als Besucher des Monats August 1987 erschien, eine dialektische Spannung zwischen diesen beiden Stadthälften. Die althistorische, teilweise entpreußte Stadthälfte hat die Hauptstadtfunktion der DDR in Europa auszuüben und wird daher ironischerweise via preußische Traditionen ein Element in das Lebensbild der DDR hineindrängen, das sich nicht leicht mit Marxisten verbinden lassen wird. Ob es ihm in der Provinz geneidet wird, bleibe dahingestellt. Das Neu-Berlin des Westens ist nicht volles Bundesland der Bundesrepublik geworden, muß daher preußische Residuen eher fernhalten. Es ist vielleicht mit einem umzingelten Magneten vergleichbar, der aus der Luftperspektive wie ein ummauertes Suburbium aussehen mag, juristisch durchaus sui generis. Es wäre noch die Frage, ob auf Dauer die Anziehungskraft der anderen Stadthälfte oder die Freiheitsgarantien der restlichen Bundesrepublik sich als magnetisch anziehender erweisen werden?

Es ist diese Sonderspannung, welche im Schreiben über die Großstadt und ihre Stadthälften erst literarisch entdeckt werden sollte. Beide Städte, Regierungen wie auch Bevölkerungen, nehmen Kontinuitäten, Neuplanungen und Neuwuchs und abweichende Stadtkulturen in verschiedenem Maße in Anspruch. Noch sprechen sie übrigens die gleiche Sprache! Ich glaube, daß sich der Einfluß der beiden Stadthälften

aufeinander früher verstärken wird, als es der wechselseitige Einfluß der beiden deutschen Staaten möglich erscheinen läßt. Das Ost-West-Verhältnis wird vermutlich einen Sonderweg einschlagen müssen. Aber eine baldige West-Berliner/Ost-Berliner Städtepartnerschaft wird Berlin-Berlin nicht erspart bleiben, davon bin ich persönlich überzeugt.

Das gesellschaftliche Kulturangebot der Ostberliner Hälfte und das kulturelle Gesellschaftsangebot der Westberliner Hälfte wird sich vermutlich in Berlin als solchem mischen. Intellektuelle Freiräume zwischen Image und Substanz, zwischen Ideologie und utopischer Wirklichkeit, werden sich unter dem Druck der Verhältnisse und des Geldmangels angleichen, und schließlich wird auch die kulturelle Konkurrenz in Gemeinsamkeit einmünden.

Das freiere Gesellschaftssystem wird differenziertere Wirtschaftsweisen anbieten können; die restringiertere Gesellschaftsdurchformung wird die alte city-ähnlichere Stadtphysiognomie weiter repräsentieren und darin das eher »Urdeutsche« in Anschlag bringen können. Es wird auf jeden Fall, so steht zu vermuten, einen harten Konkurrenzkampf zwischen den beiden Stadtssystemen geben. Trotz größter Schwierigkeiten ist es ja unmittelbar verständlich, daß ein Systemausgleich zwischen zwei Stadtssystemen unendlich weniger mühevoll sein müßte als ein Angleich zwischen zwei ideologisch verschiedenen Nachfolgestaaten, noch dazu deutschen!

Das Angewiesensein beider Berliner Städte auf einen Wettbewerb untereinander unterwirft die Dauer der Beziehungen auf jeden Fall einem marktwirtschaftlichen Vergleichsmaßstab, den der Westen bisher um viele Längen zu gewinnen verstand. Die Arena der weiteren Austragung bleibt, auch was Ideologien im Osten angeht, der Markt von Angebot und Nachfrage.

In der zukünftigen Identitätssuche muß meines Erachtens, insoweit der Rechtsfrieden erhalten bleiben, zwangsläufig die Wirtschaftsdynamik die gesellschaftliche Wirklichkeit galvanisieren. Die Gesellschaftsordnung mit beschränkterer Differenzierung wird daher Grundvorstellungen an seine Bürger zu vermitteln trachten, aufgrund derer kleine gesellschaftliche Freiräume und größere Flexibilität, soweit wie verträglich, eingeräumt werden können. NB, ich rede nicht einer Konvergenz das Wort; eine solche könnte das ostdeutsche Regime nicht ohne Verlust oder Selbstaufgabe verkraften. Erst wenn in West-Berlin ein Bedarf nach undifferenzierteren Lebensgrundvorstellungen erwachen sollte – und das ist zur Zeit nicht sehr wahrscheinlich – wird die Hermetik ein wenig geöffnet werden können. Ein wichtiger Besuch zieht vermutlich viele kleinere Besuche nach sich. Eine große Konzession löst vermutlich mehrere Konzessionen aus, usw.

Permanente Verfassungszustände pflegen sich auf die Dauer nicht vor und hinter Mauern zu zementieren, sowie Verfassungen nach Plato überhaupt nicht auf Bäumen (also auch nicht auf Mauern) wachsen, sondern in den Seelen der Menschen, gewiß auch denen der deutschen.

Berlin um 1700 rante an die »Idealstadt« Charlottenburg an. Im 18. Jahrhundert war zumindest die Friedrichstadt Berlins im Sinne John Tolands eine »Toleranzstadt« par excellence; im 19. Jahrhundert zog Schinkels Klassizismusideal und die preußische Gartenintendantur in Berlin ein. Bereits 1882 wurden die von Wülcknitzschen Mietskasernen mit den greulichen lichtlosen Hinterhöfen abgerissen. Im späten 20. Jahrhundert erscheint West-Berlin als nicht-ganz-zwölftes Bundesland dennoch Teilweltstadt; Ost-Berlin hat als Hauptstadt der DDR den Charakter eines Landes-zentrums angenommen und damit unwissentlich eine integrative Dynamik in Gang gesetzt.

Das Berliner Großstadtgebiet hat zwei Nachfolgestädte erzogen, die im statistischen Einwohnervergleich zusammen weitaus den ersten Platz Deutschlands halten, nach Einwohnern getrennt gezählt, Platz 1 und 4 einnehmen. Registrierbare Leitbilderwandel müßten einer Mauerdesintegration vorausgehen. Eine sinnvolle Identitätssuche könnte nur mental nach innen gerichtet sein, müßte also zentripetale Kräfte entfalten. Es besteht darüber zur Zeit kaum eine ernstzunehmende Bewußtseinskrise. Das Hoffnungsvolle muß auf beiden Seiten und von beiden Warten stärker herausgestellt werden; das Hoffnungslose sollte auf beiden und von beiden Seiten gemildert werden.

Im übrigen läßt sich nicht leugnen, daß die ästhetische Kunst hier wirklich populär geworden ist; sie ist sogar bis zu den Stiefelputzern und Dienstmädchen herabgestiegen. Die Kellner in den Wirtshäusern prüfen mit Kennerblick plastische Kunstwerke, die Barbieri sprechen von Schönheitssinn und Kunstgefühl, die Haarschneider von Gemüt und geläutertem Geschmack. Meine Aufwärterin beschwor mich, nicht die Aufführung von Schillers »Jungfrau von Orleans« zu versäumen.

(aus: P. D. A. Atterboom, Reisebilder aus dem romantischen Deutschland, 1817/19, Stuttgart 1970)

Klaus Duntze

Suchet der Stadt Bestes

Drei Predigten zur Einführung der Städteordnung in Berlin im Jahre 1809

1. Einleitung 2. Die Rolle der Evangelischen Kirche 3. Die Einführungspredigt Probst Ribbecks in der Nikolaikirche 4. Die Predigt Probst Hansteins 5. Schleiermachers Predigt »Über das Verhältnis der Christen zu seiner Obrigkeit« 6. Die Antwort der Kirche – vergleichende Würdigung der drei Predigten

1. Einleitung

Im Frühjahr 1809 wurde die im November des vorhergehenden Jahres erlassene »Ordnung für sämtliche Städte der Preussischen Monarchie« auch in Berlin eingeführt. Damit begann ein neuer Abschnitt in der Stadtgeschichte: Die Verwaltung des Gemeinwesens durch die Beamten des absolutistischen Landesherrn wurde von der Selbstverwaltung der städtischen Angelegenheiten durch die Bürgerschaft abgelöst. Freiherr vom Stein, auf dessen Reformkonzept auch die Städteordnung beruht, ging von der Einsicht aus, daß nur der Staatsbürger imstande und bereit ist, sich mit der Sache des Staates zu identifizieren, der auch an der Einrichtung und der Verwaltung der öffentlichen Angelegenheiten beteiligt wird. »Weit wichtiger (als die Ersparnisse der Verwaltungskosten, d. V.) ist die Belebung des Gemeingeistes und Bürgersinns, die Benutzung der schlafenden oder falsch geleiteten Kräfte und der zerstreut liegenden Kenntnisse, der Einklang zwischen dem Geiste der Nation, ihren Ansichten und Bedürfnissen und denen der Staatsbehörden, die Wiederbelebung der Gefühle für Vaterland, Selbständigkeit und Nationalehre«, schreibt vom Stein in seiner »Nassauer Denkschrift« von 1807, in der er die Grundsätze für die Erneuerung der preußischen Gesellschaft und des Staatswesens formuliert.¹

Mit der Einführung der Städteordnung waren diese Prinzipien Gesetz geworden; partizipatorische Praxis war – anders als in der französischen Revolution – nicht vom Volk eingefordert und erzwungen, sondern von der Staatsverwaltung ausgearbeitet und durch königliche Kabinettsordre dekretiert worden. Dieses Verfahren warf erhebliche Fragen auf: Lassen sich Untertanen eines absolutistischen Landesherrn durch eine herrscherliche Verfügung in selbständige Subjekte politischen Handelns verwan-

deln? Kann man Bürgersinn, Gemeingeist und Patriotismus dekretieren? Selbst in den großen Städten, wo sich mit der Einrichtung des Magistrats und der Tradition der Zünfte noch ein Schatten ehemaliger Selbständigkeit erhalten hatte, war es fraglich, ob sich genügend geeignete und engagierte Bürger finden würden, die ehrenamtlich die öffentliche Verwaltung aus den Händen der besoldeten Fachbeamten übernehmen könnten und wollten und die bei der Beratung der kommunalen Angelegenheiten sich allein vom Gemeinwohl leiten ließen. Im Blick auf die Machtverteilung in der preußischen Gesellschaft bedeutete die neue städtische Selbstverwaltung – die als Modell und Einstieg zu einer durchgehenden Demokratisierung des Staatswesens bis hin zu einer konstitutiven Verfassung konzipiert war – einen erheblichen Einfluß der bürgerlichen Klasse auf Kosten des Adels in Bürokratie und Militär. Die Städteordnung als Herzstück der Verwaltungsreform mußte also nach beiden Seiten vermittelt und durchgesetzt werden: gegenüber den bürgerlichen Untertanen, die nun selber »Obrigkeit« werden sollten, und gegenüber den herrschenden Schichten des absolutistischen Staatswesens, die sich mit dem Abbau ihrer Macht und ihrer Privilegien konfrontiert sahen.

Anhand von drei Predigten zur Einführung der Städteordnung in Berlin soll untersucht werden, ob die Evangelische Kirche und ihre Geistlichen mit ihrer Beteiligung eine Pflichtübung vollzogen oder sich für die Erneuerung des städtischen Gemeinwesens und die Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse eingesetzt haben, wie sie von den preußischen Reformern angestrebt wurden.

2. Die Rolle der Evangelischen Kirche bei der Einführung der Städteordnung

Am 19. 11. 1808 war die Städteordnung durch königliche Kabinettsordre verabschiedet worden. Am 26. Januar 1809 wurde der Berliner Magistrat zur Vorbereitung der Einführung der neuen Ordnung aufgefordert. Schon vorher hatte Friedrich Daniel Schleiermacher eine Predigt unter dem Thema »Über das Verhältnis des Christen zu seiner Obrigkeit« gehalten, die am 22. 1. 1809 als Sonderdruck erschienen ist.² Schleiermacher, der auch die Wertschätzung der preußischen Reformen genoß – Freiherr vom Stein bat ihn 1806 um einen Entwurf zur Reform der Verfassung der Evangelischen Kirche in Preußen³ –, wurde im Mai 1809 als Prediger an der Dreifaltigkeitskirche eingeführt. Die oben genannte Predigt gehört in die Reihe der »patriotischen Predigten« Schleiermachers, die er schon als Universitätsprediger in Halle begonnen hatte und in denen er sich mit den gesellschaftlichen und politischen Verhältnissen der gegenwärtigen Situation Preußens auseinandersetzte, aber auch die Hörer

¹ Freiherr vom Stein, Briefe und amtliche Schriften Bd. II, Stuttgart 1959, S. 394. Zur Einführung der Städteordnung vgl. auch P. Clauswitz, Die Städteordnung von 1808 und die Stadt Berlin, Berlin 1908; K.-H. Börner, Beginn der bürgerlichen Umwälzung in Berlin. Eine Einführung der Städteordnung, in: Jahrbuch für Geschichte, Studien zur Geschichte Berlin 35, Berlin (DDR) 1987.

² F. Schleiermacher, Predigten Bd. 4., Berlin 1809, S. 29 f.

³ Vgl. F. Schleiermacher, Vorschlag zu einer neuen Verfassung der protestantischen Kirche im preußischen Staate, in: F. Schleiermacher, Schriften zur Kirchen- und Bekenntnisfrage Bd. II, Berlin 1969.

sehr direkt ermutigen und zum gesellschaftlich-patriotischen Engagement veranlassen will.⁴

Am 11. April 1809 wurde in der Vossischen und Spenerschen Zeitung der Beschluß des Magistrats über die Wahlbezirke und den Ablauf der Wahlen veröffentlicht: In 22 Kirchen sollten von Dienstag bis Sonnabend, vom 18. bis 22. April, die 102 Wahlgänge nach jeweilig vorangegangenen Gottesdiensten (entsprechend § 87 der Städteordnung) durchgeführt werden, nachdem vorher schon in den Kirchen zur Vorbereitung beigetragen wurde: »Auch von den Kanzeln herab wurden die Bürger ermahnt, recht sorglich und tüchtig zu wählen. Am 16. April fanden in allen an jenem Tage sehr besuchten Kirchen Vorbereitungs predigten auf die Wahl der Stadtverordneten statt.«⁵

Eine dieser Wahlpredigten ist wieder aufgetaucht und 1977 veröffentlicht worden. Sie stammt von Gottfried August Ludwig Hanstein, Propst an der Petrikirche von Cölln, ist als Sonderdruck erschienen und »den Wahlbürgern und den Erwählten Berlins gewidmet«. Aus Raumgründen kann sie hier nicht dargestellt werden; sie befaßt sich unter dem Predigttext »Suchet der Stadt Bestes und betet für sie zum Herrn; denn wenn's ihr wohlgehet, so gehet es auch euch wohl!« damit, »was für das heutige Wahlgeschäft die Religion dem frommen Bürger ans Herz zu legen hat.«⁶

Hanstein, der während der französischen Besetzung wegen einer Predigt mit der Besatzungsmacht in Konflikt kam, mußte sich, zusammen mit Schleiermacher, der als Dolmetscher assistierte, vor dem französischen Gouverneur verantworten. Seine Wahlpredigt sowie seine noch näher zu besprechende Predigt nach der Einführung des neuen Magistrats weisen ihn als engagierten Patrioten auf der Seite der preußischen Reformer aus, dessen Eintreten für die neue Städteordnung weit über eine kirchliche Pflichtübung hinausgeht.⁷

Nachdem im April die Stadtverordneten gewählt worden waren und diese die Kandidaten für das Amt des Oberbürgermeisters sowie die besoldeten und unbesoldeten Mitglieder des Magistrats gewählt hatten, konnte nach der Berufung Leopold von Gerlachs zum Oberbürgermeister und der Bestätigung der anderen Magistratsmitglieder durch König und Provinzialregierung am 6. Juli 1809 der neue Magistrat in sein Amt eingeführt werden. Dies geschah in einem feierlichen Gottesdienst in der Nikolaikirche, in dem der neugewählte Magistrat mit dem Oberbürgermeister an der Spitze vereidigt wurde. Propst *Konrad Gottlieb Ribbeck*, der die Festpredigt hielt,

⁴ Zu Schleiermachers Biographie vgl. *F. W. Kantzenbach*, Friedrich Daniel Ernst Schleiermacher, Hamburg 1967.

⁵ *A. Streckfuß*, Berlin im 19. Jahrhundert Bd. I, 1, S. 103.

⁶ Anrede an die Bürgerversammlung vor der Wahl der Stadtverordneten, gehalten von Probst Hanstein, Berlin 1908, faksimiliert in: *Der Bär von Berlin*. Jb. des Vereins f. Geschichte Berlins 26 (1977), S. 79 ff.

⁷ Vgl. *W. Wendland*, 700 Jahre Kirchengeschichte Berlins, Berlin 1930; *ders.*, G. A. L. Hanstein als patriotischer Prediger in Berlin, in: *Jb. f. Brandenburgische Kirchengeschichte* 1915, S. 88–118.



F. A. Calau, Die Vereidigung des ersten Berliner Magistrats in der Nikolaikirche am 6. 7. 1809.

Quelle: Märkisches Museum, Berlin (DDR)

hatte wie Schleiermacher und Hanstein in Halle studiert und sich dort der Aufklärung und dem theologischen Rationalismus angeschlossen. Nach pfarramtlichen Tätigkeiten wurde er 1805 an die Stelle der wichtigsten aufgeklärten Berliner Theologen, Zöllner und Spalding, als Propst und Prediger an die Nikolai- und Marienkirche berufen. Als Oberkonsistorialrat und als Beichtvater der Königin Luise sowie als Mitglied wichtiger kirchlicher Reformkommissionen hatte er einen großen Einfluß auf die kirchliche Entwicklung zum Anfang des 19. Jahrhunderts in Preußen. Ribbeck wurde 1813 für seine Bemühungen um die Aufhebung des Landsturmverbots für Berlin als erstem das »Ehrenbürgerrecht« (d. h. Bürgerbrief ohne Grundstück und Einkommen aus Gewerbe) verliehen.⁸

3. Die Einführungspredigt Propst Ribbecks in der Nikolaikirche am 6. 7. 1809

Ribbeck stellt seine »Predigt bey der Verpflichtung und Vereidigung des neuerwählten Magistrats von Berlin« unter das Thema: »Die ernsten Entschließungen und freudigen Hoffnungen, zu welchen bey dem Amtsantritte der Obrigkeit unserer Stadt der Gedanke auffordert, daß unsere neue obrigkeitliche und bürgerliche Verfassung ein Werk von Gott zu unserem und unserer Nachkommen Glück und Heil ist.« Als Predigttext dient ihm Psalm 90, Vers 16.17: »Zeige deinen Knechten deine Werke und deine Ehre deinen Kindern. Und der Herr, unser Gott, sey uns freundlich und fördre das Werk unserer Hände, ja das Werk unserer Hände wolle er fördern!«⁹

In der Auslegung des Predigttextes kommt Ribbeck zu zwei Kernsätzen: »1. Unsere neue obrigkeitliche und bürgerliche Verfassung ist ein Werk Gottes zu unserem und unserer Nachkommen Heil. 2. Dieser Gedanke fordert uns bey dem heutigen Amtsantritt der Obrigkeit unserer Stadt zu sehr ernsten Entschließungen und sehr freudigen Hoffnungen auf.«

Im ersten Teil definiert er, woran Menschenwerk als Werk Gottes, das sich darunter verbirgt, erkannt wird: Wenn es »beschlossen, unternommen und ausgeführt wird von den dazu nach Gottes Ordnung berechtigten und berufenen Menschen«, wenn es »aus innerem heiligen Antrieb oder auf Veranlassung dringender durch Gottes Schickung herbeigeführter Umstände, in reiner gottgefälliger Absicht, zu würdigen, dem Willen Gottes gemäßen Zwecken« geschieht. All diese Kriterien treffen auf die Städteordnung zu: »Ausgegangen ist diese ganze neue Einrichtung von dem Thron unseres Landes-Herren, sie ist Wille und Gesetz des Königs, den Gott unserem Lande und Volke als Herrscher verordnet hat ... der allein mit Sicherheit darüber urtheilen und entscheiden kann, was dem Lande frommt und nützt.« Dieser Wille des Königs ist

⁸ Vgl. T. Müller, Berlins Ehrenbürger, Berlin (o. J.), S. 5 ff. und 12 f.

⁹ Vgl. Abdruck der Einführungspredigt in: Neues Magazin von Fest-Gelegenheits- und anderen Predigten und kleineren Amtsreden, Zweiter Theil, Magdeburg 1810.

identisch mit dem Willen Gottes: »In den Gesetzen des rechtmäßigen Landesherren müssen Christen unbedingt den göttlichen Willen ehren.«

Auch der Zusammenbruch Preußens wird als Heimsuchung Gottes verstanden: »Damals war es entschieden, daß im Lande nicht ferner alles bleiben könne, wie es bisher gewesen war; unser Los war gefallen; es mußte vieles anders und neu werden.« Schließlich ist die neue Verfassung ein Gott wohlgefälliges Werk, in dem die getrennten gesellschaftlichen Gruppen zusammengebracht werden sollen: »Durch Teilnahme an der Verwaltung des Gemeinwesens soll der Bürger zu einer vertrauteren Bekanntschaft mit dem Gemeinwesen und der Verfassung gelangen; Bürgersinn und Gemeinsinn und Vaterlandsliebe sollen befördert und verbreitet werden; die neue Bürger-Ordnung soll ein engeres Band schlingen um alle Bürger von jedem Range und Stande und Gewerbe und Glaubensbekenntnisse.« Der Erfolg der neuen Ordnung wird beweisen, daß sie ein Werk Gottes ist, das weit über die gegenwärtige Generation hinausreicht: »Nicht nach der nächsten Wirkung allein, nicht allein nach dem Einflusse auf die Genossen der gegenwärtigen Zeit dürfen Gottes Werke beurtheilt, gewürdigt und gerichtet werden; Gottes Auge überschaut die Gegenwart und die Zukunft.«

Die »ernsten Entschließungen«, die sich daraus ergeben, betreffen zunächst den Magistrat: Wenn seine Mitglieder die neue Ordnung, auf die sie nun vereidigt werden, als Gottes Werk erkennen, »so werden sie mit so viel höherem Ernste die sorgfältigste, thätigste und treueste Erfüllung ihrer wichtigen Amts- und Berufspflichten beschließen und angeloben.« Qualifiziert dazu sind sie durch ihr Bürgersein und die damit verbundenen Tugenden: guter Ruf, Bürgersinn, aber auch durch ihre Gottesfurcht und ihr Christentum: »Wozu sie sich schon durch edle Ehrliche, durch Bürgerliebe, Vaterlandsliebe und Menschenliebe aufgefordert fühlen, das wird ihnen noch ehrwürdiger und wichtiger seyn, insofern es sich ihnen darstellt und von ihnen empfunden wird als heilige Religions- und Gewissenspflicht.« Dabei zählt dann die göttliche Bestätigung ihres Wirkens im eigenen Gewissen mehr als die öffentliche Anerkennung durch die Mitbürger. Diese Gewissensverpflichtung, die auch die Städteordnung im § 110 ausspricht, ersetzt jedes imperative Mandat und sonstige Abhängigkeit: »sie (die ernsten Entschließungen, d. Vf.) sichern der obrigkeitlichen Verwaltung ihre Selbständigkeit und freye Unabhängigkeit von den Urtheilen der Menschen, von Lob und Tadel, von der Zudringlichkeit der Unredlichen, die das Unrecht zu erschleichen oder ertrotzen suchen, von den Neigungen und Schwächen und Leidenschaften des eigenen Herzens.«

Die »freudigen Hoffnungen« sind auf den zugesagten Beistand Gottes am Werk der neuen Ordnung gegründet; sie sollen den Magistrat in seinen schweren Pflichten und Aufgaben ermutigen: »Auch sie, denen dieß Werk von Gott zu fördern obliegt, dürfen ... dabey machtvoll vertrauen nicht nur auf ihre eigene Einsicht und Erfahrung, auf die thätige Theilnahme und Mitwirkung der Bürgerschaft und ihrer Wort-

führer, der Verordneten der Stadt, auf die kräftige Unterstützung des Königs..., die Väter der Stadt dürfen neben dem allen auch auf Gottes allmächtigen Beystand und Segen bauen.«

Die eigentliche Eidesleistung wird von Ribbeck als ein Bundesschluß zwischen Obrigkeit und Bürgerschaft als zwischen Vätern und Kindern interpretiert: »Die Tausende ihrer Bürger, und die Tausende ihrer Schutzverwandten, alle legen hier ihr Wohl und das Wohl ihrer Familien in Ihre Hände; alle rufen Ihnen heute zu: Würdige Väter der Stadt, wir vertrauen auf Euch! lasset, o lasset uns immerdar bey Euch finden einen väterlichen Sinn, ein väterliches Herz, Vaterliebe und Vätertreue! Der große Augenblick ist da, wo Sie, Verehrteste, antworten wollen auf diese Bitte Ihrer Kinder... Wo Sie Ihren Kindern die Vaterhände entgegenreichen und ihnen geloben: Wir wollen, ja wir wollen Euch redliche, liebende, treue Väter seyn!«

3.1. Zusammenfassung der Predigt Ribbecks

1. Der repräsentative Gottesdienst zur Amtseinführung des Magistrats folgt ganz der Tradition einer feierlichen Legitimation obrigkeitlicher Gewalt.

2. Dem entspricht, daß Ribbeck das Zustandekommen der neuen Obrigkeit nicht in einem gestärkten Selbstbewußtsein und politischer Emanzipation des Bürgerstandes sieht, sondern in der Anordnung des Königs, der kraft seines Gottesgnadentums unbestreitbare höchste Autorität darstellt; auch die Würde des neuen Magistrates liegt nicht in der durch Wahl übertragenen Autorität, sondern in der königlichen Bestätigung der Gewählten.

3. Ribbeck sucht konsequent nachzuweisen, daß die neue Ordnung Gottes Werk für die gegenwärtige und die zukünftigen Generationen ist. Ihr zu gehorchen, heißt Gott gehorchen, sie und ihre Repräsentanten zu ehren, heißt Gott ehren. Der Magistrat steht in der christlichen Autoritätskette: er ist vom König autorisiert, dieser von Gott selbst. Damit kommt dieser neuen Ordnung das höchste sittliche und moralische Gewicht zu, das denkbar ist; man muß Gott noch mehr gehorchen als den Menschen.

4. Für das Verhältnis des Magistrats als Stadt-Obrigkeit zu den Einwohnern als Untertanen gebraucht Ribbeck die Metapher von Vätern und Kindern, deren Verhältnis von Vertrauen und Gehorsam auf der einen Seite, von Verantwortungsbewußtsein und Liebe auf der anderen Seite bestimmt ist. Das Wahlrecht schafft keine partnerschaftliche Gleichheit zwischen den Wählenden und den Gewählten; die obrigkeitliche Funktion verleiht dem Magistrat den Status der Überlegenheit, den Bürgern den Status der untertänigen Abhängigkeit – hätte es dem König gefallen, eine andere Ordnung zu setzen: auch eine solche hätte Ribbeck als Werk Gottes interpretieren können.

4. Die Predigt Propst Hansteins am 9. Juli 1809

Drei Tage nach der Einführung des neuen Magistrats, am 9. Juli 1809, hält Propst Hanstein eine Predigt unter dem Thema: »Gerechtigkeit, Eintracht und Gottesfurcht, die festesten Stützen der neuen bürgerlichen Ordnung, der sich unsere Stadt zu erfreuen hat.«¹⁰ Als Predigttext dient ihm Matthäus 5, 20–26: »Ich sage euch: Es sey denn eure Gerechtigkeit besser denn der Schriftgelehrten und Pharisäer, so werdet ihr nicht ins Himmelreich kommen« (und die folgenden Verse).

Der Grundgedanke der Predigt ist das Wesen der bürgerlichen Gerechtigkeit, die eine andere ist als gesetzeshöriger Untertanengeist: »eine Gerechtigkeit..., die nicht dem Buchstaben allein, sondern dem Geist des göttlichen Gesetzes genüge, die nicht das Äußere nur thue, was geschrieben steht, sondern in den Geist und Sinn des Gebotes und Verbotes eindringe und danach denke und lebe«. Mit dieser Gerechtigkeit ist »nach Jesu Sinn und Herzen brüderliche Liebe, Eintracht, Versöhnlichkeit, Gemeinnutz« verbunden. Ebenso die Achtung gottesdienstlicher Pflichten, also Gottesfurcht und Frömmigkeit. In der Geltung dieser Tugenden werden Gottesreich und bürgerliche Ordnung identisch: »Also Gerechtigkeit, Eintracht und Gottesfurcht, das sollen die drey Haupt- und Kern-Tugenden der Mitglieder und Bürger des himmlischen Reiches Christi sein. Gerade dieselben Tugenden und Übungen sind es, welche unerläßlich auch allen Denen geboten werden müssen, die als Bürger der neuen städtischen, bürgerlichen Verfassung pflichtgetreu und glücklich in derselben leben wollen.«

Zum ersten Stichwort »Gerechtigkeit« führt Hanstein aus: »Soll die bürgerliche Ordnung, deren sich unsere Stadt zu erfreuen hat, gedeihen, soll unser neues Bürgerthum Bestand haben und im Segen stehen: so müsse zuvörderst der Sinn für Gerechtigkeit sich aller Gemüther bemächtigen und in unserm ganzen Thun und Lassen sichtbar werden.« Der »gerechteste König« gab dieses Gesetz, um die alten – idealen – Verhältnisse der Bürgerstadt zurückzubringen und neue Wohlfahrt zu befördern. Aber auf Seiten der Bürger muß ein gleicher Sinn und Geist für Ordnung und Pflicht, für Recht und Gerechtigkeit alle beseelen und durchdringen: »Ja wie könnte – auch die vortrefflichste, weiseste, auch eine in all ihren Teilen vollendete und unverbesserliche Städte- und Bürgerordnung nur bestehen und gedeihen, wenn sie nicht mit Gerechtigkeit und Rechtlichkeit gehandhabt und gehalten wird, wenn nicht ein Jeglicher auf der Stelle, die ihm von der neuen Ordnung der Dinge angewiesen ist, das Seine, d. h. das Rechte will und das Rechte thut!« Diesen Grundsatz führt Hanstein in einem differenzierten funktionsbezogenen Berufsethos für Obrigkeit, Richter, Sicherheitskräfte, Verwaltung, Steuerbeamte, Armenpfleger, Gesundheitsdienst, Kirchen- und Schuldienst aus. Neben den Bereich der öffentlichen kommunalen Angelegenheiten stellt er ein Gewerbeethos, das sich ebenso im Gesetz Gottes gründet wie das Fami-

¹⁰ Ebda.

lienethos, dem es auch obliegt, die bürgerliche Demokratie zum Erziehungsinhalt zu machen: »damit von rechtlichen Vätern und tugendhaften Müttern der Nachwelt ein rechtliches und tugendhaftes Bürgergeschlecht übergeben und erzogen werde, und die Wahl der Oberen und der Verordneten jährlich leichter falle, jährlich glücklicher und segensvoller gelinge; damit nach und nach jeder Keim der Unordnung erstickt, jede bittere Frucht der Willkühr und Gesetzlosigkeit ausgerottet, und die letzte Spur nicht mehr unter uns vorhanden sey von Ungerechtigkeit und Schändlichkeit; damit unsere Stadt werde und bleibe eine Stadt der Gerechtigkeit..., die emporsteige aus den Trümmern ehemaligen Wohlstands zu neuem Heil und Glück.«

Beim zweiten Stichwort »Eintracht und Gemeinsinn« geht Hanstein von dem Begriff des »bürgerlichen Vereins« aus: »Schon der Name des Vereins drückt es aus, daß die Glieder desselben Eins seyn sollen; und ein Bürgerthum ohne Gemeinsinn ist ein Wort ohne Bedeutung, ist ein Körper ohne Leben und Geist.« Die Beförderung des gesellschaftlichen Konsens sieht Hanstein als wesentliches Ziel dieser königlichen Anordnung, »daß dadurch die einzelnen Stände und Klassen seines Volkes immer näher zueinander hingezogen werden; daß dadurch um Alle ein immer festeres Band solle geschlungen werden...« Dieser Absicht stellt Hanstein einen Lasterkatalog der Eigenschaften und Verhaltensweisen gegenüber, die aus einem mit dem Gemeinwohl unvermittelten Individualismus herrühren: »Lasset es sein, daß Parteysucht, daß Rechthaberei, daß Stolz oder einseitige Ansicht, oder eigennütziges Gewinnsucht oder beleidigendes Hervordrängen Einzelner die Bürger entzweit, die verschiedenen Behörden einander entfremdet; daß Zwietracht den Platz der Eintracht einnimmt, Selbstsucht und Egoismus den Gemeinsinn und die Bürger- und Bruderliebe verdrängt, daß Willkühr und Herrschsucht in dem Rathe der Bürger gebiethe oder Stolz und Eigensinn in den Versammlungen der Bürger das Wort nehmen wollte; – welche unselige Spaltungen, welche entehrende Auftritte, welche gemeinschädliche, verderbliche Folgen würden in diesem Reiche, das unter sich selbst uneins wäre, hervortreten!« Dabei bedeutet der geforderte Gemeinsinn nicht Uniformität, sondern lebt von der Auseinandersetzung: »Nicht als ob nun alle und jede nun immer einerley Meinung sein müßten ... das ist unmöglich. Nein immerhin sey und bleibe Verschiedenheit und Mannigfaltigkeit in den Ansichten, Meynungen, Urtheilen. Das ist gut und erfreulich. Dabey gewinnt die Sache. Dadurch wird die Wahrheit und das Rechte überall gefunden, geweckt, gefördert.« Nur der Grundkonsens muß gegeben sein und gewahrt bleiben, um die einzelnen zu motivieren, die Lasten für das Gemeinwesen zu tragen und Opfer zu bringen und den sozialen Frieden zu garantieren: »Aber der Sinn des Gemüths sey einig... Die Grundsätze der Volks-, Vaterlands- und Königsliebe, die Grundsätze der Tugendachtung und Tugendübung, diese seyen dieselben überall und bey Allen.«

Für das dritte Stichwort »Gottesfurcht und Religiosität« verweist Hanstein noch einmal auf die Bestimmung der Städteordnung, die Wahlhandlungen mit Gottesdien-

sten zu beginnen; daraus erkennt er den Willen des Königs, »daß die gesunkene Religion im Lande sich wieder hebe, daß Religiosität und Frömmigkeit die Seele sey der ganzen neuen Ordnung.« Frömmigkeit und Religiosität macht Hanstein zur unabdingbaren Voraussetzung der bürgerlichen Ordnung, beide setzt er in eines: »Denn nur bei einem solchen Geiste und Sinne und Leben wird ein jeglicher seine Pflicht thun; sein Bundeswort wird ihm heilig, sein Eidschwur vor dem Höchsten unverletzlich seyn. Nur bey einem frommen Geiste und Sinne thut ein Jeglicher das Seine auch zum Wohl der Stadt und Bürgerschaft treulich; denn er wirket Gottes Werk.«

Diese Religiosität will gepflegt und geübt sein. Dazu gehört der regelmäßige Gottesdienst der Familien und als Voraussetzung dazu sowohl das Arbeitsverbot an Feiertagen wie auch das Vergnügensverbot an Wochenenden, um mit der allgemeinen Sonntagsruhe auch die äußeren Bedingungen für eine allgemeine Sonntagsfeier zu schaffen: »daß Allen der Tag der Ruhe und das Haus des Herrn heilig sey, daß die Väter mit ihren Söhnen, die Mütter mit ihren Töchtern zu dem Heiligthume Gottes wandeln, daß alle Kirchen erfüllt seyen mit andächtigen Hörern...« Der gemeinsame Sonntagsgottesdienst der Bürger wird zur Garantie für den ethischen Grundkonsens im Gemeinwesen.

4.1. Zusammenfassung der Predigt Hansteins

1. Hanstein erkennt, daß die mit der Städteordnung eingeleitete Reform ein neues gesellschaftliches Bewußtsein fordert. Von seinem aufgeklärten Standpunkt aus sieht er keinen Widerspruch zwischen den christlichen und den bürgerlichen Tugenden bzw. Eigenschaften, die dieses Bewußtsein bestimmen; er sieht vielmehr die bürgerliche Ordnung und das Reich Gottes als potentiell identisch und die christliche Frömmigkeit als wesentliche und unverzichtbare Grundlage für die bürgerliche Ordnung.

2. Dieses neue gesellschaftliche Bewußtsein hebt Hanstein deutlich von der alten Untertanengesinnung ab, die nur obrigkeitliche Anordnungen aus Furcht befolgt, ohne sich damit zu identifizieren. Zwar ist die neue Ordnung staatlich geboten, sie kann aber ohne die freie Zustimmung der Bürger nicht funktionieren. Diese Zustimmung beruht ebenso auf der Einsicht in ihre Göttlichkeit wie in ihre Vernünftigkeit; zwischen beiden ist kein Widerspruch. Die bürgerliche Ordnung, die für ihren Vollzug nur gleichwertige, funktional bestimmte Berufe kennt, ist göttlich, weil sie vernünftig ist.

3. Fehlende Einsicht in die Vermittlung der privaten mit der öffentlichen Wohlfahrt muß durch Belehrung und Erziehung überwunden werden. Dies ist die vornehmliche Aufgabe der Kirche durch die Pflege der Religiosität. Dazu müssen im Gemeinwesen die inneren und äußeren Voraussetzungen geschaffen werden: Sonntagsruhe und Sonntagsfeier im gemeinsamen Gottesdienst – ohne Gottesfurcht gibt es keine Gerechtigkeit und keine Eintracht im Gemeinwesen.

5. *Schleiermachers Predigt: »Über das Verhältnis des Christen zu seiner Obrigkeit«*

Dieser Predigt,¹¹ die ihren direkten Bezug zur Städteordnung nur aus dem Widmungstext erkennen läßt, liegt der bekannte Text Römer 13, Vers 1–5 zugrunde: »Jedermann sei unterthan der Obrigkeit, die Gewalt über ihn hat. Denn es ist keine Obrigkeit ohne von Gott.«

Schleiermacher geht von der verbreiteten Meinung aus, daß weite Bereiche, darunter auch die politischen Tugenden, mit der Frömmigkeit nichts zu tun hätten, nimmt aber für die Christen in Anspruch, daß Frömmigkeit die Grundlage ist, »auf welcher ächte Treue, wahrer Gehorsam und jede allgemeine Bürgertugend vorzüglich oder wohl gar allein mit Sicherheit emporwachsen kann«. Der innere Zusammenhang von christlichem Glauben und bürgerlichem Leben kommt jedoch am Verhältnis zur Obrigkeit zum Vorschein; Schleiermacher entfaltet es unter zwei Aspekten: »Erstlich, Wie ganz unanständig es dem Christen ist, um der Strafe willen unterthan zu sein, und Zweitens, Wie es ihm natürlich und nothwendig ist, sich um des Gewissens willen zu unterwerfen.«

Gehorsam um der Strafe willen ist fremdbestimmter Gehorsam, durch die Furcht motiviert: »Er thut also eigentlich was er nicht will.« Furcht und Frömmigkeit aber widersprechen sich, denn das Wesen der Frömmigkeit ist dreifach bestimmt von Selbständigkeit, von Liebe und von Freiheit.

Frömmigkeit als Selbständigkeit und Mut widersteht allen Lockungen und Drohungen und orientiert sich allein am einmal erkannten Willen Gottes. »Wer sich nun einen solchen Lebensweg vorgezeichnet hat, wie sollte es dem doch möglich sein, auf einem so großen und wichtigen Gebiete, wie unsere bürgerlichen Verhältnisse und Ordnungen umfassen, in einem ganz anderen Sinn zu handeln, nur da nicht danach zu streben, daß er sich eine Überzeugung des rechten erwerbe, der er dann unverhalten folgen könne, daß ein Gefühl der Lust und Liebe sich in ihm entwickle, von dem er sich dann leiten lasse...«

Frömmigkeit als Liebe hat keine Furcht bei sich und sprengt die egoistische Begrenzung auf die persönlichen Verhältnisse und Interessen auf; Liebe kann sich nicht einmal mit der Beschränkung auf den familiären Bereich zufrieden geben. »Wer erkennt nicht den Werth der häuslichen Verbindungen? Wer weiß es nicht, wie viel sie dem Herzen sind? Aber laßt uns auch gestehen, sie sollen den nicht ganz für sich nehmen, nicht ganz sein Leben ausfüllen, der in sich Kraft fühlt und Beruf zu einer ausgebreiteten Wirksamkeit, und die muß jeder fühlen, der auch nur denken kann den Gedanken Vaterland. Wird nun die auf das größere angewiesene Liebe gewaltsam zusammengedrängt in einen engern Raum ... so muß sie kränkeln.«

Frömmigkeit als Freiheit: »Das ist unsere Freiheit, daß auch kein Gesez Gottes uns fremd ist oder nur ein äußerlicher Zwang, sondern daß die innige Zustimmung unseres Gewissens zu ihnen allen, die heilige Lust ihnen nachzukommen aus allen Kräften uns das wahrhaftige Zeugniß gibt, daß wir Gottes Kinder sind.« Damit verträgt sich furchtbestimmte Untertänigkeit so wenig, daß Paulus den Sklaven empfahl, »sie sollten suchen, aus der Quelle der Religion einen anderen Antrieb zum Gehorsam zu schöpfen als die Furcht«. Gerade im Verhältnis zur Obrigkeit ist Furcht ausgeschlossen und auch Heuchelei unangemessen: »Denn wahrlich, nicht da geschieht dieses, wo eine glückliche Eintracht zwischen beiden Theilen durchaus herrscht, sondern nur wo, sei es im Ganzen oder in einzelnen Theilen, die Untertanen glauben in einem heimlichen Kriege begriffen zu sein gegen die Obrigkeit, in welchem es erlaubt ist zu überlisten... Im Ganzen behandeln aber immer alle Völker das Band, welches sie mit ihrer Obrigkeit verbindet, als ein Band der Liebe.« Für Schleiermacher ist grundlegend an diesem Verhältnis, »daß durch eine geheimnißvolle Übereinstimmung beide Theile einander angehören, und in dem natürlichen Lauf der Dinge keine Obrigkeit sich im wesentlichen entfernt von dem Geist ihres Volkes: und eben dieses heißt, er ist unterthan um des Gewissens willen.«

Der um des Gewissens willen Unterworfenen ist der Obrigkeit auf zweierlei Weise unterthan: »mit seiner ganzen Wirksamkeit nach außen; und mit der inneren und stillen Thätigkeit des Nachdenkens und der Betrachtung«. Zur Wirksamkeit nach außen gehört, daß er keine »leeren Schattenbilder der Handlungen aufstellt, welche die Obrigkeit fordert«. »Sondern weil er der Obrigkeit von Herzen zugethan ist, will er auch, so viel an ihm ist, daß das wirklich geschehe, was sie beschlossen hat; er macht ihre Sache zu seiner eigenen, und ist darin thätig mit demselben Eifer, mit der gleichen Lust und Liebe... Und ein solches Thun allein ist wahrer Gehorsam, auf dem der Segen ächter Bürgertreue ruhen kann.« Zur Wirksamkeit nach außen gehört konsequenterweise die öffentliche Meinung, öffentliches Lob und Tadel für das Verhalten im Gemeinwesen, die den schlechten Bürger härter schlagen als der Arm des Gesetzes ihn treffen kann. »Und diese öffentliche Stimme, die wahre Sicherheit für das Wohlergehen des Ganzen, die herrlichste Heilkraft in seiner eigenen Natur, von wem kann sie ausgehen, als von denen, die um des Gewissens willen unterthan sind der Obrigkeit? ... Es spendet auch unwillkürlich nach einem richtigen geläuterten Gefühl die Beweise der Achtung wie des Abscheus, und schweiget nicht. Und die in einem solchen Sinn die Sache der Obrigkeit und des gemeinsamen Wesens zu der ihrigen gemacht haben, werden unmöglich gerade diese heilige Kraft ausschließen von ihrem Dienst.«

Das gesellschaftliche Engagement des Christen bedarf aber notwendig auch »der stillen Thätigkeit des Nachdenkens«, freilich nach genauester Selbstprüfung der Motive und Ursachen. »Was aber dann noch übrigbleibt von abweichenden Meinungen und Einsichten, das kann so geläutert unmöglich anders als zum Wohl des Ganzen

¹¹ Abgedruckt in: *F. Schleiermacher* (s. A 2).

beitragen. Denn wer es so redlich meint und so strenge sich selbst und die Sache prüft, und so überall Vertrauen und Liebe zugrunde legt, dem entwickelt sich dann wohl aus seinem stillen Nachdenken wieder die edelste Kraft, mit der er dem Ganzen dienen und zu Hülfe kommen kann, fruchtbare Wahrheiten nemlich, heilsame Winke, wohl dargelegte Einsichten. Ein solcher nemlich, aber nur ein solcher, kann wohl bisweilen dahin gelangen, wiewohl zu keiner der Verzweigungen der Obrigkeit gehörig, im Einzelnen richtiger zu urtheilen als sie. Was könnte aber ein gutgesinnter Bürger der Obrigkeit lieber darbringen als solche Einsichten!« Fazit: »Wir sehen daraus, daß wie auf der einen Seite alle menschlichen Ordnungen und Geseze eine feine Zucht sind und Zubereitung zur Gottseligkeit, so auf der anderen Seite auch der Sinn der Gottesfurcht ihnen erst ihren vollen Werth, ihre rechte Kraft, ihr sicheres Gedeihen giebt.«

5.1. Zusammenfassung der Predigt Schleiermachers

1. Christengemeinde und Bürgergemeinde sind zwar nicht identisch, aber die bürgerlichen Tugenden sind in den christlichen mit einbeschlossen und werden darin zu ihrer Vollkommenheit gebracht. Die Bindung des menschlichen Handelns allein an das von Gott geleitete Gewissen befreit von aller Furcht hin zu freiwilligem Gemeinsinn (d. h. »Liebe«) und zu freiwilliger, weil von Einsicht getragener Übereinstimmung mit dem Willen der Obrigkeit.

2. Entscheidend ist das Verhältnis zwischen Herrschenden und Beherrschten; nach dem natürlichen Sittengesetz muß die Obrigkeit eins sein mit dem Geist des Volkes; sie kann darum nur zum Gesetz machen, was dem Wesen und Willen des Volkes entspricht. Dieses Einvernehmen (»Band der Liebe«) zwischen Obrigkeit und Untertanen macht ihr Verhältnis zu einem partnerschaftlichen, ihre jeweiligen Rollen zu Funktionen im Gemeinwesen. Obrigkeit, die dem Volk fremd ist und es mit Forderungen konfrontiert, die seinem Wesen fremd sind, ist Tyrannis, die zu erdulden ist, bis man sie los wird.

3. Schleiermacher scheint an dem Zustandekommen der Obrigkeit, an den Fragen der Selbstverwaltung, dem bürgerlichen Wahlrecht nicht interessiert, obwohl diese die Hauptpunkte der neuen Städteordnung ausmachen. Seine Reflexionen sind jedoch grundsätzlicher: Steht eine Obrigkeit so im Einvernehmen mit dem Volk und Gemeinwesen, dann ist die Frage, wie sie in ihr Amt gekommen ist, zweitrangig. Seine Hochschätzung der öffentlichen Meinung als Stimme des Gewissens (und damit als Stimme Gottes) zeigt aber ebenso wie seine Forderung nach einer qualifizierten Kritik der Obrigkeit, daß für ihn das Gemeinwesen »res publica«, gemeinsame Angelegenheit aller Bürger, in welcher Funktion auch immer, ist. Die Dialektik von Abhängigkeit und Freiheit des einzelnen vom und im Gemeinwesen ist Ausdruck der grundsätzlichen Dialektik der menschlichen Existenz. Sie zu entfalten als Christ in der Bürgergemeinde ist Aufgabe für das gesellschaftliche Leben.

6. Die Antwort der Kirche auf die Herausforderung der neuen bürgerlichen Ordnung – vergleichende Würdigung der drei Predigten

Von allen drei Predigern wird die Städteordnung als Chance zur gesellschaftlichen und staatlichen Erneuerung begrüßt und als Chance gesehen, mit der kommunalen auch die private Wohlfahrt zu befördern. Alle drei sehen auch die Aufgabe, die Subsistenz-bezogenen Interessen und Bedürfnisse mit dem Gemeinwesen zu vermitteln bzw. diesem unterzuordnen: Gemeinnutz geht vor Eigennutz. Die bürgerlichen, d. h. gemeinwesenbezogenen Tugenden werden von allen dreien in enge Verbindung mit den christlichen Tugenden gebracht, von Hanstein in seiner zweiten Predigt sogar damit identifiziert. In der Frömmigkeit als praktizierter Religion sehen alle drei das Konsens-Prinzip der neuen bürgerlichen Ordnung, das die zentrifugalen Kräfte des Eigennutzes kontrollieren, wenn nicht gar aufheben soll. Darin wissen sie sich einig mit den Reformern bzw. dem König, der ihnen formell als Urheber der Städteordnung gilt.

In der jeweiligen Antwort auf die Frage nach der Legitimation und der Autorität der Obrigkeit wird jedoch die unterschiedliche Position der drei Theologen deutlich:

Ribbeck verharrt am stärksten in der klassischen lutherischen Auffassung von der Obrigkeit: die Könige sind von Gottes Gnaden dazu gesetzt, Macht auszuüben, ohne sich einer anderen Kontrolle als Gottes Gebot und ihrem Gewissen zu stellen. Ihr Gebot ist Gottes Gebot für ihre Untertanen; wer ihnen widersteht, vergeht sich an Gott. Damit begründet Ribbeck zwar, daß die neue bürgerliche Ordnung Gottes Werk ist, aber er kann ihre Bedeutung nicht in der politischen Mitverantwortung der Bürger, sondern nur in einer Aufwertung des Untertanengehorsams zu einem christlich motivierten und durch Gottes Autorität kontrollierten Gemeinsinn sehen. Die Ineinssetzung der Städteordnung mit Gottes Ordnung verstärkt das Pflichtbewußtsein der Bürger im Allgemeinen und des Magistrats im Besonderen, denn der Gehorsam gegen Gesetze und Anordnungen, die Ausrichtung des privaten und öffentlichen Lebens nach dem christlich-bürgerlichen Tugendkatalog gilt nun als direkter Gehorsam gegen Gott, Ungehorsam dagegen als Versündigung an seinen Geboten. Damit wird die richterliche Instanz über das persönliche Verhalten nach innen, in das Gewissen als Stimme Gottes verlegt und dem Staat bzw. dem Gemeinwesen wenigstens teilweise die Notwendigkeit abgenommen, Sanktionen auszuüben, und, wo solche unvermeidlich sind, wird ihnen göttliche Legitimation verliehen.

Ribbecks Begründung der neuen bürgerlichen Ordnung als Gotteswerk, weil vom König erlassen, muß aber zum unhaltbaren Widerspruch werden, wenn die Bürger erkennen und praktizieren, daß die Städteordnung durch das aktive und passive Wahlrecht ihnen – wenn auch auf der begrenzten kommunalen Ebene – eigene – vom König allenfalls zu kontrollierende – Souveränität einräumt. Dabei wird Obrigkeit ihrer Herrschaftsfunktion entkleidet und auf ihre Ordnungsfunktion beschränkt –

eine Entwicklung, die über Ribbecks Position weit hinausgeht und am deutlichsten bei Schleiermacher vollzogen ist. Dieses Verständnis von Obrigkeit bedarf dann aber einer neuen theologischen Begründung.

Für *Hanstein* ist die Selbstvertretung der Stadt durch eigene, gewählte Repräsentanten das Wesentliche an der neuen Obrigkeit; dies garantiert die Identifikation der Bürger mit ihrem Gemeinwesen und motiviert, die Selbstsucht, »die verderblichste aller Suchten, an welcher Völker untergehen und Nationen sterben«, zu überwinden. Was diese bürgerliche Obrigkeit legitimiert, ist zum einen ihre freie Wahl durch die Bürgerschaft, zum anderen ihre Verpflichtung auf den gemeinsamen bürgerlichen Tugendkatalog als den sozialemischen Normen des Gemeinwesens. Das Funktionieren der neuen Ordnung hängt für Hanstein nicht am Gehorsam der städtischen Untertanen gegen ihren Magistrat, sondern am Konsens, der durch die gemeinsame Verpflichtung auf die gesellschaftlichen Grundwerte begründet ist. Darin stehen städtische Obrigkeit und Untertanen als gleichwertige Partner einem Dritten gegenüber: Gott, der die eigentliche und einzige Autorität der neuen Ordnung darstellt.

Die Gerechtigkeit, die Hanstein in seiner Predigt fordert und zur differenzierten Berufsethik ausfächert, ist mehr als ein sich Beugen unter obrigkeitliche Anordnungen; sie ist begründet in der Eintracht, dem Gemeinsinn, in dem der einzelne die Sache des Gemeinwesens zu der seinen macht. Wie hoch Hanstein dabei die Verantwortung der Bürger für die politischen Entscheidungen im Gemeinwesen ansetzt, geht daraus hervor, daß er in diesem Zusammenhang ausdrücklich den Diskurs als die angemessene Form der Meinungsbildung und Entscheidungsfindung für die kommunalen Gremien herausstellt. Um so wichtiger ist dann der bürgerliche, gesellschaftliche und staatliche Grundkonsens, der den sozialen Frieden bei einem kontroversen Austrag der Fragen nach der politischen Praxis garantiert.

Schleiermacher geht das Problem grundsätzlicher an, von dem Verhältnis der Herrschenden und der Beherrschten in einem bürgerlichen, d. h. nicht absolutistischen Staat aus. Er hinterfragt die göttliche Legitimation der Obrigkeit, wie sie in seinem Predigttext Römer 13 ausgesprochen ist und findet nur eine solche Obrigkeit im Einklang mit Gottes Gebot und Ordnungen – identisch mit Natur und Sittengesetz –, die in Einklang mit dem Geist des Volkes steht, das sie regiert. Obrigkeit und Untertanen sind also ein Gemeinsames, bilden zusammen das Gemeinwesen, zwischen ihnen besteht eine Wechselbeziehung, ein Kreislauf, in dem nur scheinbar die einen den anderen über- und vorgeordnet sind. In seiner Akademie-Abhandlung von 1814 über die Begriffe der verschiedenen Staatsformen hat Schleiermacher diesen Zusammenhang grundsätzlich beschrieben.¹² Und was hier vom Staatswesen im allgemeinen

¹² »Jedes lebendige Dasein, das durch die Form des Gegensatzes bedingt ist, kann nur in einer zweifachen Reihe von Thätigkeiten begriffen werden, deren eine in dem Gliede des Gegensatzes anfängt und in dem anderen endet, die andere aber umgekehrt. Denn ohne die gegenseitigen Einwirkungen würden die Glieder des Gegensatzes auseinanderfallen und die Einheit des Daseins

gesagt ist, gilt auch für das kommunale Gemeinwesen und seine Obrigkeit im Verhältnis zu den Bürgern als Untertanen. Das Angewiesensein beider aufeinander kommt in der lokalen Korporation noch stärker weil konkreter zum Ausdruck; Verordnungen und ihre Wirkungen, politisches Verhalten überhaupt ist nachvollziehbar.¹³ Würde der Bürger sich frag- und kritiklos der Obrigkeit unterordnen, würde er seine Rolle und Aufgabe im Kreislauf von Ausarbeitung und Vollzug der Gesetze und Verordnungen nicht erfüllen, würde er den Einklang von Regierung und Regierten sprengen. Das gleiche gilt von einer Obrigkeit, die ihren Willen dem Volk bzw. dem Gemeinwesen aufoktroziert, anstatt sie aufgrund des Konsenses zu formulieren, wie er in der öffentlichen Meinung vorbereitet und im verbindlichen Diskurs der Mitglieder in den städtischen Organen, der Stadtverordnetenversammlung, dem Magistrat und den Deputationen, erarbeitet ist.

Schleiermacher hat diesen Ansatz in seinen theoretischen Schriften fundiert und ausgebaut zu einer umfassenden bürgerlichen Staats- und Gesellschaftslehre. Auf sie kann in diesem Zusammenhang ebenso wenig eingegangen werden wie auf seine Lehre von der Kirche im Verhältnis zu Staat und Gesellschaft. Es dürfte dennoch deutlich geworden sein, daß Schleiermacher als Theologe und als Prediger die Anliegen der preußischen Reformer verstanden und geteilt sowie in seine eigene Arbeit aufgenommen hat. Die Gesellschaft braucht eine Kirche, die Kommune braucht Gemeinden, die ihre Aufgabe nicht in der religiösen Legitimation der Obrigkeit und der Propaganda christlich-bürgerlicher Tugendkataloge sehen. Nach Auffassung Schleiermachers braucht dieses neue Preußen eine staatsunabhängige Kirche, die sich aus christlicher Freiheit die staatlichen und gesellschaftlichen Aufgaben zu eigen macht und ihre eigenständigen, kritisch-konstruktiven Beiträge leistet. Denn diese Unabhängigkeit von einander in der Abhängigkeit vom gemeinsamen Ganzen ist nach Schleiermacher das Wesensmerkmal der neuen bürgerlichen Gesellschaft.

aufhören ... wenden wir dieses auf den Staat an, so würde auch sein Leben in zwei verschiedenen Arten von Tätigkeiten zu begreifen sein, einer, die in der Peripherie am Leibe, d. h. bei den Untertanen anfängt und im Regenten endigt, und einer anderen, die im Regenten dem Geist und Mittelpunkt anfängt und im Umkreis bei den Untertanen endigt. Es ist nicht schwer zu sehen, daß die erste die gesetzgebende Funktion ist, die andere aber unsere vollziehende ... das Aussprechen des Gesetzes ist aber wesentlich der Anfang der Vollziehung, ... das Ende der Vollziehung endlich sind die dem ausgesprochenen Gesetz entsprechenden Handlungen aller einzelnen Bürger, und so steigt das Gesetz von den einzelnen zum Regenten hinauf, die Vollziehung aber fängt bei dem Regenten an und endet bei den Untertanen.« *F. Schleiermacher*, Über die Begriffe der verschiedenen Staatsformen, in: Philosophische und vermischte Schriften Bd. III, Berlin 1838, S. 281 f.

¹³ Zum Verhältnis der kommunalen und staatlichen Ebene (»Lokalisation« und »Dezentralisation«) vgl. *F. Schleiermacher*, Staatslehre, in: Sämtliche Werke, 3. Abt. Bd. 8, S. 86–113.

Ulrich Stark

Die städtebauliche Entwicklung Berlins nach dem Dreißigjährigen Krieg

1. Einführung 2. Berlins Ausbau zur Festung 3. Die Entwicklung nach der Zeit des Großen Kurfürsten

1. Einführung

Auch die Doppelstadt Berlin-Cölln, die vor dem Dreißigjährigen Krieg 12000 Einwohner auf einer Fläche von 80 Hektar beherbergte, hatte unter den Auswirkungen des Krieges stark zu leiden. Infolge der Hungersnöte, Pestepidemien, Plünderungen und der Waffengänge entvölkerte sich die Stadt langsam, viele Häuser verfielen. Als 1639 ein Angriff schwedischer Truppen drohte, ließ der kurfürstliche Statthalter Graf Schwarzenberg Schanzen errichten, um die kurfürstlichen Anlagen im Westen Cöllns zu schützen. 1640 ließ er bei ähnlicher Gefahr sogar die bebauten Gebiete vor den Berliner Toren abbrennen, um ein freies Schußfeld zu gewinnen. Als schwedische Truppen Neujahr 1641 erneut gegen Berlin vorrückten, ließ Kommandant von Kracht auch die Bebauung vor dem Gertrauden-Tor einäschern.¹

Die Bevölkerungszahl der Stadt hatte sich zum Ende des Krieges auf 6000 reduziert, die Vorstädte waren weitgehend zerstört und von den 1200 Häusern in Berlin und Cölln standen knapp 600 leer und verfielen.²

Nach dem Tod Georg Wilhelms am 1. Dezember 1640 übernahm Friedrich Wilhelm, der später als der Große Kurfürst in die Geschichte einging, die Regierungsgeschäfte zunächst von Königsberg in Preußen aus, wohin sich die kurfürstliche Familie aufgrund der Kriegssituation in Deutschland zurückgezogen hatte. Erst im März 1643 kam es zur Huldigung des jungen Kurfürsten durch den Rat und die Bürger Berlins. Schon bald nach seinem Regierungsantritt bemühte er sich, die Auswirkungen des Krieges zu überwinden und das Land wieder aufzubauen. Geprägt durch sein Studium an der niederländischen Universität Leyden und durch seine Hochzeit mit Louise Henriette, der Tochter des Prinzen von Oranien, rief er niederländische Baumeister und Künstler zur Unterstützung des Wiederaufbaus nach Brandenburg, da es

¹ H. Börsch-Supran, Die Chronik Berlins, Dortmund 1986, S. 83.

² F. Escher, Die brandenburgisch-preußische Residenz und Hauptstadt Berlin im 17. und 18. Jahrhundert, in: W. Ribbe, (Hrsg.), Geschichte Berlins Bd. 1, München 1987, S. 346.

an eigenen Fachkräften mangelte. Einer von ihnen, der in Linz geborene Ingenieur Johann Gregor Memhard, zeichnete den ältesten erhaltenen Stadtplan Berlins, der 1652 in einer Beschreibung Brandenburgs – herausgegeben von Matthäus und Caspar Merian in Frankfurt/Main – veröffentlicht wurde (vgl. Abb. 1).³

Dieser Plan ist jedoch, wie auch spätere historische Karten, noch nicht genordet. Bei der Betrachtung fällt auf, daß in den Städten Berlin und Cölln neben den Befestigungsanlagen nur die Kirchen, die beiden Rathäuser und das Heilig-Geist-Spital wiedergegeben wurden, die bebauten Flächen jedoch nur in ihren Umrissen. In Cölln wurde sogar eine Straße, die zwischen Rathaus und Kirche beginnend südwärts verlief, vergessen. Den Bereich des Schlosses sowie die Gebiete nördlich und westlich davon hat Memhard dagegen sehr sorgfältig dargestellt. Einmal sollte damit die Bedeutung Berlin-Cöllns als Residenzstadt hervorgehoben werden und zum anderen stellte die Karte die Planung Memhards für den Wiederaufbau und die Neugestaltung dieses Gebietes dar. Man erkennt sehr gut auf dieser Karte die noch vom Mittelalter geprägte Struktur der Doppelstadt, die im wesentlichen nur durch den Bau des Schlosses nördlich von Cölln verändert wurde.⁴

Ursprünglich lag das bebaute Gebiet Berlins und Cöllns in einem weiten, bewaldeten und an vielen Stellen versumpften Urstromtal, das im Bereich der Altstadt eine Engstelle von fünf Kilometern aufwies. Die Hänge der Hochfläche des Barnims begrenzen dieses Tal nach Norden, während südlich Talhänge auf eine zweite Hochfläche, den Teltow, überleiteten. Durch dieses Tal, das sich nach Westen weit öffnete, floß in Längsrichtung mit geringem Gefälle die Spree, wodurch sich Schleifen und Totarme bildeten und der Fluß sich mehrmals verzweigte. Neben dem Hauptstrom, Grenze zwischen den Städten Berlin und Cölln, bildeten zwei Nebenarme der Spree Inseln, auf denen die beiden Städte gegründet wurden. Aufgrund der Aufsplitterung des Flusses in mehrere Arme war der Wasserstand in den einzelnen Gewässern relativ niedrig, so daß sie passierbar waren und als Furt für mehrere Landstraßen dienten. Diese naturräumlichen Gegebenheiten begünstigten die Anlage einer befestigten Siedlung.⁵

Die erste, heute noch erhaltene urkundliche Erwähnung Cöllns stammt aus dem Jahre 1237.⁶ Grabungen im Bereich um die Nikolai- und Petrikirche lassen jedoch darauf schließen, daß bereits Ende des 12. Jahrhunderts Siedlungsansätze auf Berliner wie Cöllner Seite bestanden.

³ Vgl. hierzu G. Schulz, Die ältesten Städtepläne Berlins, Weinheim 1986, S. 13 sowie K. Lindner / L. Zögner, Berlin im Kartenbild. Ausstellungskatalog, Wiesbaden 1981.

⁴ Vgl. A. Bekiers, 1237–1701 Die Doppelstadt, in: J. P. Kleihues (Hrsg.), 750 Jahre Architektur und Städtebau in Berlin. Ausstellungskatalog, Stuttgart 1987, S. 13.

⁵ Vgl. hierzu auch Ch. Pape, Das Stadtgebiet im Naturraum, in: Senator für Bau- und Wohnungswesen (Hrsg.), Topographischer Atlas, Berlin 1987, S. 11.

⁶ W. Schich, Das mittelalterliche Berlin, in: W. Ribbe (s. A 2), S. 139 f.

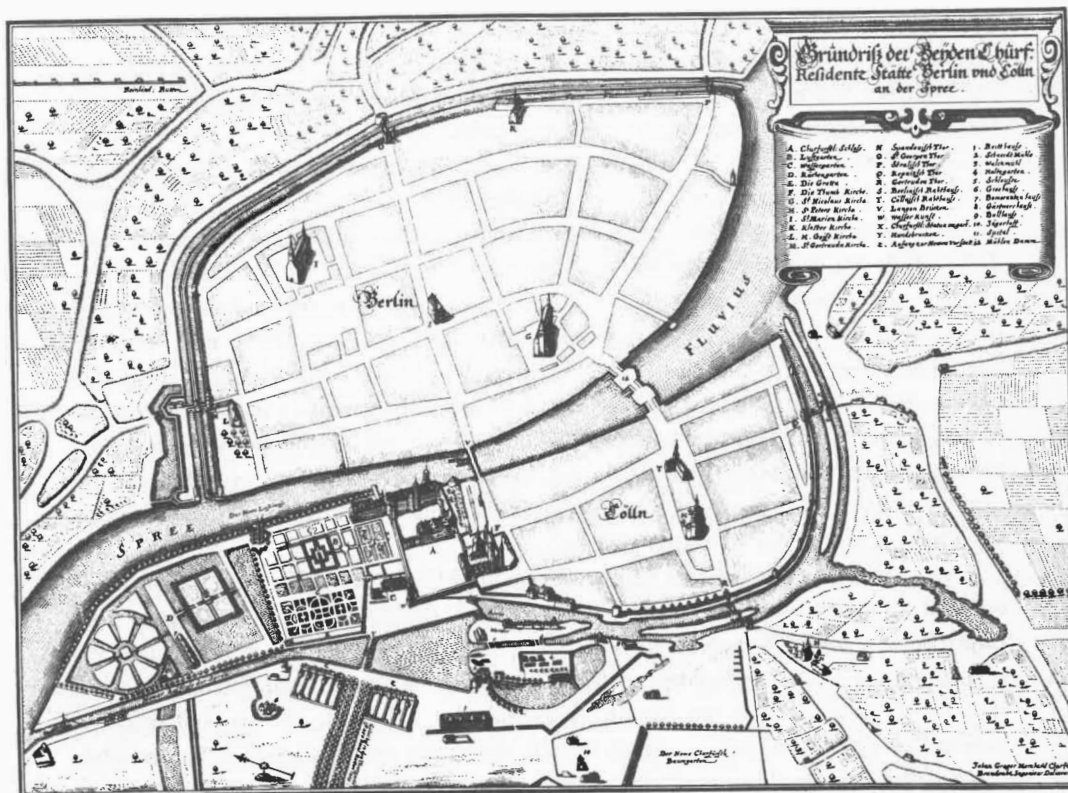


Abb. 1 Johann Gregor Memhard, Grundriß der beyden Churf. Residentz Stätte Berlin und Cölln an der Spree, Kupferstich 1652.

In der 2. Hälfte des 13. Jahrhunderts ersetzte man die erste Befestigung – vermutlich ein Palisadenzaun – durch einen Graben und eine Mauer, wie sie im wesentlichen noch aus der Karte von 1652 zu ersehen ist. Die Mauer auf Berliner Seite umfaßte die gesamte Insel, während in Cölln die Mauer im südlichen Bereich dem Spreegraben nur bis zum Dominikanerkloster folgte, dieses einschloß und danach zum Hauptarm geführt wurde. Erst mit dem Bau des Schlosses mußte die Mauer in diesem Bereich verlegt werden. Drei Stadttore existierten auf Berliner Seite, das Spandauer im Norden, das Oderberger im Osten und das Stralauer Tor im Süden. Auf Cöllner Seite waren es zwei, im Süden das Köpenicker und im Westen das Teltower Tor. Oderberger und Teltower Tor wurden später nach den außerhalb der Stadtmauer gelegenen Spitälern Georgen bzw. Gertraudentor benannt. Außerhalb der Mauer führte noch eine Brücke über den Cöllner Spreegraben vom Schloß in den Tiergarten. Die spätere Schloß- und heutige Marx-Engels-Brücke im Ostteil der Stadt wurde damals Hundebrücke genannt, da die kurfürstliche Gesellschaft sich dort mit ihren Hunden zur Jagd

sammelte. Bis er von Friedrich II. in einen parkähnlichen Wald umgewandelt wurde, war der Tiergarten kurfürstliches Jagdgebiet.⁷

Zwischen Franziskanerkloster und dem Georgen Tor lag das Hohe Haus, der Wohnsitz der Kurfürsten, wenn sie sich in Berlin aufhielten. Im Zusammenhang mit den Auseinandersetzungen um die Durchsetzung der landesherrlichen Macht gegenüber den Städten zwang Friedrich II. Cölln 1442, ihm einen Platz nördlich der Stadtmauern für den Bau eines Schlosses abzutreten, für das ein Jahr später der Grundstein gelegt wurde. Dieser Standort bot wesentlich bessere Möglichkeiten, die Stadt und die beiden Wasserläufe zu kontrollieren. Der erste Schloßbau zeichnete sich durch seinen ausgesprochenen Burgcharakter aus und war durch Mauern und Türme, so an der Hundebrücke und am Dominikanerkloster, auch gegen die Stadt geschützt. Mit ihm war auch die Wahl Berlin-Cöllns als Residenzstadt präjudiziert.

1538 beauftragte Kurfürst Joachim II. den sächsischen Baumeister Caspar Theiß, diese erste wehrhafte Anlage durch ein prächtiges Schloß im Stil der nordeuropäischen Renaissance zu ersetzen. Nur wenige ältere Bauteile an der Spree blieben erhalten. Graf Lynar, bekannter durch seine Bautätigkeit an der Spandauer Zitadelle, gab dem Schloß ab 1580 durch weitere Anbauten die Gestalt, die auf dem Plan von Memhard zu erkennen ist. Die Kirche des an den Vorhof des Schlosses angrenzenden Dominikanerklosters, dessen Mönche 1532 in das Kloster in Brandenburg an der Havel übersiedelten, wurde Hof- und Pfarrkirche.⁸

2. Berlins Ausbau zur Festung

Obwohl der im Oktober 1648 geschlossene Westfälische Frieden den Dreißigjährigen Krieg beendete, kam es erst nach langen Vertragsverhandlungen am 26. Juni 1650 zur Verabschiedung einer Vereinbarung in Nürnberg, die den Abzug der schwedischen Truppen aus Deutschland regelte und damit die Voraussetzungen für den Aufbau der Mark Brandenburg schuf.⁹ Nur zögernd konnte die Planung Memhards für Berlin-Cölln realisiert werden. Nach der Instandsetzung des Berliner Schlosses wurde zunächst der Lustgarten neu gestaltet und das vorgesehene Lusthaus gebaut. Zur Belebung des Handels, der vor allem bei den Schwergütern auf die Wasserstraßen angewiesen war, wurde die im Krieg zerstörte Schleuse wieder instandgesetzt und der im Memhard-Plan vorgesehene neue Ausfluß des Cöllner Spreegrabens gebaut. Bis dahin mündete der alte Ausfluß, der zunächst erhalten blieb, in Höhe des Lustschlosses in den Hauptarm der Spree.

⁷ Zur Geschichte des Berliner Tiergartens vgl. F. Wendland / G. Werner / R. Werner, Der Berliner Tiergarten – Vergangenheit und Zukunft, Berlin 1986.

⁸ Vgl. K. H. Klingenburg, Der Berliner Dom, Berlin 1987.

⁹ Vgl. B. Beys, Der Große Kurfürst, Hamburg 1979.

Bereits 1647 war mit der Anlage der späteren Straße Unter den Linden als sechsreihige Allee begonnen worden, die von der Hundebrücke in den Tiergarten führte. Die bei Memhard zu erkennende Bebauung rechts und links am Anfang dieser Straße, die vom Schloßbereich in den Tiergarten führte, weist auf erste Stadterweiterungen in Richtung Westen hin. Das südlich der Straße Unter den Linden vorhandene längliche

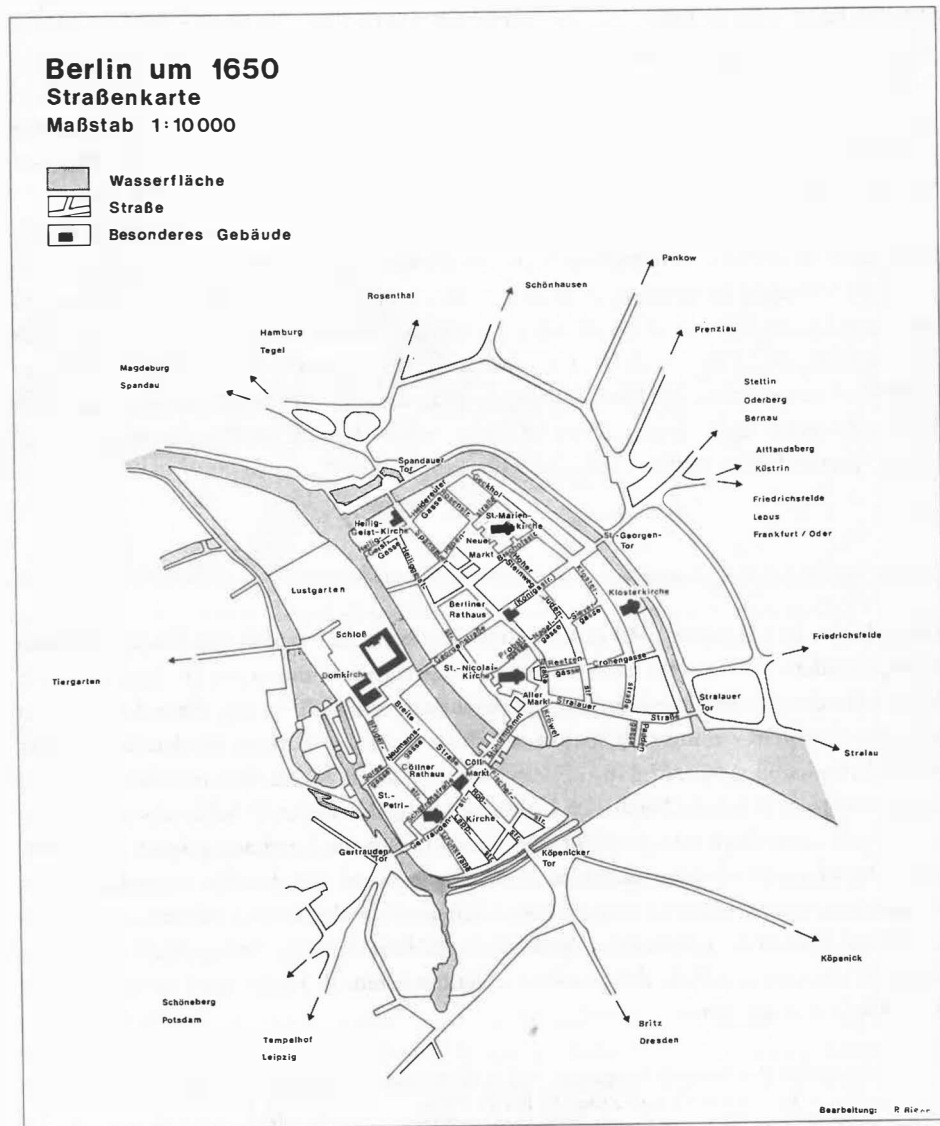


Abb. 2 Berlin um 1650.

Gebäude, das Reithaus, wurde mit der Besiedelung dieses Gebietes später als Friedrichswerdersche Kirche genutzt, je zur Hälfte von der deutschen und französischen Gemeinde. 1824 wurde dieses baufällige Bauwerk von Schinkel durch eine neugotische Backsteinkirche ersetzt, die nach Beseitigung der Kriegsschäden des Zweiten Weltkrieges heute als Schinkelmuseum genutzt wird.¹⁰

Aufgrund des vom Schweden-König Karl X. 1655 ausgelösten Krieges mit Polen, in den Brandenburg mit hineingezogen und der erst 1660 durch den Frieden von Oliva beendet wurde, ließ der Kurfürst Friedrich Wilhelm Pläne zum Schutz des Schlosses und der Doppelstadt ausarbeiten. 1658 wurde unter Memhards Leitung mit dem Bau der gewaltigen Befestigungsanlagen um Berlin begonnen. Sie bestanden aus einem ca. 8 Meter hohen und 6 Meter breiten Wall mit 13 Bastionen, vorgelagertem Wassergraben und weiteren Verteidigungsanlagen. Dieses Bauwerk, das 1683 mit der Errichtung des Leipziger Tores durch Nering fertiggestellt wurde, erforderte von der Berliner Bevölkerung große Opfer¹¹ und führte zu Veränderungen der Stadtstruktur, die noch heute zu erkennen sind.

Sowohl auf Berliner als auch auf Cöllner Seite mußten viele Häuser, Buden, Scheunen, Gärten, Schäfereien und Meiereien aufgegeben werden. Auch die Ziegelei vor dem Stralauer Tor. Danach wurde der mittelalterliche Doppelgraben auf Berliner Seite im Verlauf des Festungsbaus zugeschüttet und zwischen Stadtmauer – die zunächst erhalten blieb – und Festungswällen eine Straße angelegt. Auf Cöllner Seite schüttete man den äußeren Spreegraben und seine Nebengewässer nur teilweise zu und führte die Festungswälle so, daß im Westen Friedrichswerder, das bereits 1662 Stadtrechte erhielt, und im Süden Neu-Cölln-am-Wasser entstand. Abbildung 3 zeigt einen Ausschnitt aus der von Johann Bernhard Schulz hergestellten und 1688 veröffentlichten Stadtansicht aus der Vogelperspektive. Man erkennt gut die städtebauliche Situation innerhalb der Festungsmauern und die Erweiterung nach Westen entlang der Straße Unter den Linden. Die neuen Stadttore wurden ganz nach verteidigungstechnischen Anforderungen geplant und angelegt. Dies führte dazu, daß die direkte Verbindung vom Mühlendamm über den Fischmarkt zum Gertraudentor unterbrochen wurde. Fuhrleute mußten über verwinkelte Gassen zum Leipziger Festungstor fahren, um von dort die alten Landstraßen zu erreichen. Diese Veränderungen wirkten teilweise bis zur Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg nach. Auch der alte Straßenzug Spandauer-Oranienburger Straße mußte unterbrochen werden, so daß erst nach einem Umweg zwischen Stadtmauer und Festungswällen durch das neue Spandauer Festungstor über das Gelände des späteren Hackeschen Marktes die Oranienburger Straße erreicht wurde.

¹⁰ Vgl. *Staatliche Museen zu Berlin* (Hrsg.), *Schinkelmuseum – Friedrichswerdersche Kirche*, Berlin 1987.

¹¹ Vgl. auch *F. Escher* (s. A 2), S. 348.



Abb. 3 Schrägansicht Berlin 1688.
(Johann Bernhard Schulz, *Residentia Electoralis Brandenburgica* [Ausschnitt], Kupferstich 1688)

Die Bemühungen des Kurfürsten Friedrich Wilhelm, die wirtschaftliche Kraft Brandenburgs zu stärken, führten 1671 zu der Einwanderung von Juden, und bereits 1672 kamen die ersten Hugenotten nach Berlin.¹² Im Todesjahr des Kurfürsten 1688 besaß die Stadt bereits 18 000 Einwohner; diese machten bald die Gründung einer weiteren Vorstadt erforderlich. Bereits 1669 hatte Kurfürst Friedrich Wilhelm das westliche Vorfeld der Festung beiderseits der Straße Unter den Linden für die Bebauung freigegeben. 1674 erhielt diese Ansiedlung, nach seiner zweiten Frau Dorotheenstadt be-

¹² Einen guten Überblick bietet S. Jersch-Wenzel, *Die Stadt als Refugium für Glaubensflüchtlinge*, in: *Die alte Stadt* 14 (1987), S. 275–286.

nannt, die Stadtrechte. Vor den geplanten Verteidigungsanlagen für die Dorotheenstadt, die nach Westen bis zur heutigen Schadowstraße reichten, wurden nur 2 Bollwerke rechts und links der Straße Unter den Linden realisiert, und die neue Stadt im Süden durch einen einfachen Wall mit Graben mit der eigentlichen Festung verbunden.

Nach den Plänen Joachim Ernst Blesendorffs wurde die Dorotheenstadt durch eine zusätzliche Straße, die die Lindenallee rechtwinklig kreuzte, an das Umland angeschlossen. Diese Straße, in den nördlichen Wiesen als weidenbestandener Damm ausgebildet, führte über eine neue Spree-Brücke zu den Landstraßen nördlich der Spree. Nach Süden erreichte man durch ein Tor im Wall die Cöllner Feldmark. Der Name des nördlichen Teils dieser Straße, der späteren Friedrichstraße, ist noch heute im Namen der Weidendammbrücke erhalten. Sie stellte eine neue Nord-Süd-Verbindung dar, so daß nicht mehr der Weg durch die alte Stadt genommen werden mußte. 1687 ließ Kurfürst Friedrich Wilhelm an der Straße Unter den Linden einen zweiten Marstall nach Plänen Nerings errichten, der Anfang dieses Jahrhunderts abgerissen wurde, um dem Neubau der Universitätsbibliothek Platz zu machen.

3. Die Entwicklung nach der Zeit des Großen Kurfürsten

Nach dem Tod des Großen Kurfürsten im Jahre 1688 übernahm sein Sohn Friedrich III., der sich 1701 zum König Friedrich I. in Preußen krönte, die Regierung. Unter seiner Herrschaft wurden repräsentative Bauten in der gesamten Stadt errichtet, die sich schnell weiter entwickelten. Erneut mußten die Vorstädte erweitert werden.

Nering ersetzte die hölzerne Lange Brücke zwischen Berlin und Cölln durch eine Sandsteinbrücke. Material dazu mußte aus Sachsen herbeigeschafft werden. Auf der Brücke wurde das von Schlüter geschaffene Reiterstandbild des Großen Kurfürsten errichtet. Ein weiterer bedeutender Bau dieser Epoche ist das nördlich der Straße Unter den Linden auf dem Friedrichswerder errichtete Zeughaus, an dem die Baumeister Nering, Martin Grünberg, Andreas Schlüter und Jean de Bodt mitwirkten. Für Kurfürstin Sophie Charlotte hatte Nering 1695 noch mit dem Bau des Schlosses Lietzenburg westlich des Tiergartens begonnen. Schloß und Ortschaft erhielten nach dem Tod der Königin den Namen Charlottenburg.¹³

Nach dem Tod Nerings im Jahr 1695 wurde Schlüter mit der Umgestaltung des Berliner Schlosses beauftragt. Nach dem Einsturz des umzubauenden Münzturmes wurde Schlüter, dem man die Schuld an dem Unglück anlastete, abgelöst. Die Umgestaltung des Schlosses wurde 1706 von Eosander von Göthe fertiggestellt. Bezeichnend, daß dieser im Zweiten Weltkrieg schwer zerstörte Bau auch mit Preußens

¹³ H. Reissig, *Schloß Charlottenburg*, in: H. Engel / S. Jersch-Wenzel / W. Trene (Hrsg.), *Charlottenburg*, Berlin 1986.

Auflösung nach dem Krieg verschwand. Lediglich ein Portal des Schlosses fand beim Bau des Staatsratsgebäudes der DDR 1962–64 Verwendung für die Fassade des zum Marx-Engels-Platz gelegenen Flügels.

Das weitere Wachstum der Bevölkerung – zwischen 1688 und 1709 verdreifachte sich die Zahl der Einwohner auf 57000 – machte neben der Besiedlung der Spandauer, Königs- und Stralauer Vorstadt auch eine Erweiterung im Westen erforderlich. Bereits im August 1688 setzte der Nachfolger des Großen Kurfürsten eine Kommission, bestehend aus Grumbkow, Dannckelmann, Smids und Nering ein, die sich mit dem Ausbau der Stadt im Westen beschäftigte.¹⁴ Aufgrund der Anlage der Dorotheenstadt bot sich der Ausbau des Geländes südlich davon an. Diese Erweiterung sollte auch von Wallanlagen begrenzt werden, die die Befestigungen der Dorotheenstadt im Westen bogenförmig fortführen und in Höhe der Bastionen im Süden Cöllns an das alte System anschließen sollten. Noch heute ist im Berliner Straßensystem an der Führung der Mauer- und Junkerstraße diese Planung zu erkennen. Auch der Name der Mauerstraße weist darauf hin, daß sie an der Stadtmauer liegen sollte. Innerhalb dieses Gebietes wurde ein regelmäßiges System sich rechtwinklig kreuzender Straßen entworfen, die jedoch nur unvollkommen an die Kernstadt angeschlossen wurden.

In diesem Gebiet – Friedrichstadt genannt – ließen sich viele Glaubensflüchtlinge überwiegend aus Frankreich und der Schweiz nieder. Für die Bewohner wurden auf dem heutigen Platz der Akademie zwei Kirchen gebaut, da ihnen bis dahin nur die kleine Jerusalemer Kirche zur Verfügung stand.

Aufgrund der Mißwirtschaft und Korruption in den letzten Jahren der Regierung Friedrich I. und in den ersten seines Nachfolgers Friedrich Wilhelm I., der sich zunächst konsequent um die Konsolidierung des Staatshaushaltes bemühte, stagnierte die Entwicklung der Stadt, die auf Dekret des Königs im Januar 1709 durch Zusammenschluß der bis dahin bestehenden vier Stadtgemeinden vereinigt wurde.

Erst 1721 wurde der Ausbau der Friedrichstadt wieder energisch vorangetrieben. Eine Baukommission, bestehend aus dem Offizier von Derschau, dem Architekten Philipp Gerlach und Bürgermeister Koch, erarbeitete Pläne für den Ausbau der Stadt. Zunächst war entsprechend der älteren Planung eine ringförmige Erweiterung der Festung vorgesehen, die jetzt jedoch schon bis zum Halleschen Tor reichen sollte. 1734 wurden dann Pläne vorgelegt, die wesentlich weiter nach Westen reichten und das Gebiet vom Pariser Platz (Quarre) am Ende der verlängerten Straße Unter den Linden über den Leipziger Platz (Octogon) bis zum Mehringplatz (Rondel) einschloß (vgl. Abb. 4).

Da die Sicherung dieses erweiterten Stadtgebietes durch Festungsbauwerke nicht zu realisieren war, ließ Friedrich Wilhelm in den Jahren 1734–36 um das gesamte

¹⁴ Vgl. auch L. Demps, Der Gensd'armen Markt, Berlin 1987.

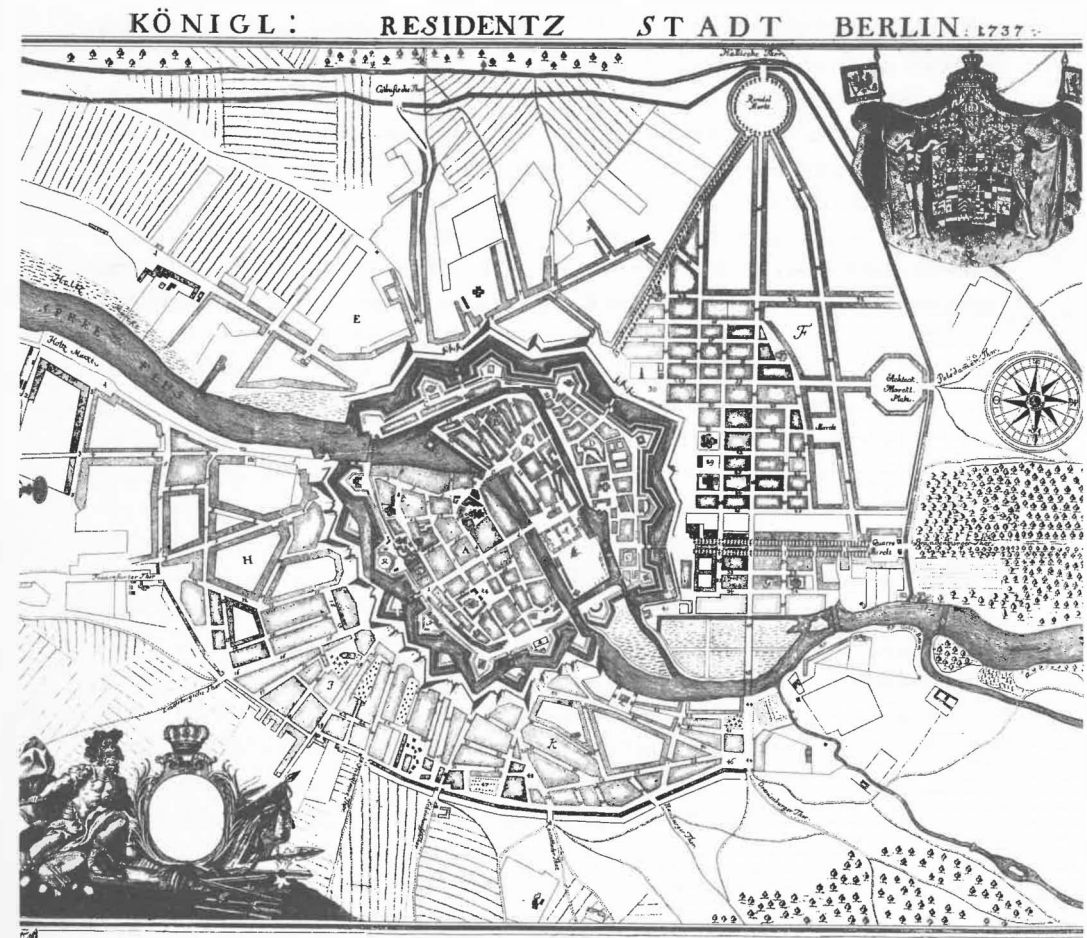


Abb. 4 G. Dusableau, Plan von der Königl. Residentzstadt Berlin (Ausschnitt), Kupferstich 1737.

Stadtgebiet eine Mauer bauen, deren Funktion es war, die Erhebung der Akzise sicherzustellen und die Desertion der Soldaten, die noch bei den Bürgern einquartiert waren, zu verhindern.

In diesem Zusammenhang verloren auch die Festungsanlagen um die Kernstadt ihre Bedeutung und wurden aufgegeben. Für die Friedrichstadt bot sich damit die Möglichkeit weiterer Verkehrserschließungen. 1735 stellte man im Zuge der Jägerstraße zwischen den Bastionen 3 und 4 eine Straßenverbindung mit dem Friedrichswerder her. Im Dusableau-Plan von 1737 ist diese Brücke über dem Festungsgraben noch nicht enthalten, aber andere Pläne aus dieser Zeit zeigen sie. Die Chance einer direkten Verbindung im Zuge der Rathausstraße über den Schloßvorplatz zur Franzö-

sischen Straße wurde jedoch vertan. Vor allem im Zusammenhang mit dem Ausbau der Stadt nach der Regierungsübernahme 1740 durch Friedrich II. (den Großen) wurden die Festungswälle im Westen geschleift, um Platz für sein Friedrichsforum mit der Oper zu schaffen. Aber noch lange Zeit prägten die Befestigungsanlagen die städtebauliche Struktur der Stadt. Ihnen ist es auch zu verdanken, daß Berlin von den Auswirkungen kriegerischer Auseinandersetzungen des Großen Kurfürsten und seines Nachfolgers verschont blieb. So zielten die Schweden 1674/75 bei ihrem Einfall in die Mark Brandenburg – der Kurfürst beteiligte sich an militärischen Operationen gegen Frankreich – nicht auf Berlin, sondern sie besetzten Havelberg und Brandenburg.

So sind wir im Ziel nun; Er hat es gewollt.
 Daß freudig geschehe, was alle gesollt.
 Des Vaterlands Mitte versammelt uns hier,
 Nun ist es ein Tempel und Priester sind wir;
 Wo alles zum Höchsten, zum Besten gemeint,
 Um unseren Herrscher entzückt sich vereint.

(aus: Johann Wolfgang von Goethe, Prolog zur Eröffnung des (von Schinkel erbauten; Anm. Red.)
 Berliner Schauspielhauses 1821)

Martin Greiffenhagen

Wohnen in der alten Stadt

Bevor wir in die Esslinger Altstadt zogen, wohnten wir in einem Villenteil Stuttgarts, unterhalb des Fernsehturmes, im Rottannenweg, einer kleinen Straße mit Wendepflaster, in einem Haus mit großem Garten und weiten Blicken über Stadt und Land. Ein ausgedehntes Waldgebiet begann gleich am Ende der Straße. Aber diese bevorzugte Wohnlage hatte auch ihre Nachteile: 1. Was immer man vorhatte, ob man zu seinem Arbeitsplatz, ein Kino besuchen oder einen Kuchen holen wollte, stets mußte man das Auto aus der Garage holen. Einkaufslisten mußten sorgfältig erstellt werden. In unmittelbarer Nähe gab es nur einen kleinen, aber ineffektiven Laden, der vor allem im Blick auf frisches Gemüse nur Dürftigstes anbot. 2. So idyllisch sich unsere Villenstraße ausnahm, so anonym war das Wohnen in ihr: kaum, daß man sich grüßte. Auch Nachbarschaftsfeste, die wir in den letzten Jahren versuchten, brachten wenig Verbesserungen. 3. In der Stuttgarter City sind wir bis heute nicht heimisch geworden. Ich halte Stuttgart für eine der unurbansten Städte Deutschlands, mit seinen die Quartiere zerschneidenden Rennbahnen und einer Bebauung, die trotz mancher Milderungen immer noch wenig Lust zum zweckfreien Flanieren macht. Urbanität, so definierte neulich der Stuttgarter Baubürgermeister, bedeute Leben auf den Straßen. Genau dies vermißten wir im Rottannenweg und in Stuttgart.

Als der Esslinger Tischler aus unserer Wohnung im Rottannenweg Schränke abholte, die wegen der niedrigen Deckenhöhe des neu-alten Hauses gekürzt werden mußten, schüttelte er ständig den Kopf: Von einer so herrschaftlichen Wohnung mitten in ein Kleinbürgerquartier Esslingens, so etwas hatte er noch nicht erlebt. Wir mußten uns böse verrechnet haben und würden über kurz oder lang diesen Schritt bereuen. Nach fünfjähriger Erfahrung bereuen wir ihn nicht. Aber damals verstanden wir solche skeptischen Gesichter und brauchten selber unseren ganzen Mut, um zu unserem Entschluß zu stehen. Das Haus war in einem desolaten Zustand. Es hing schief nach Süd und Ost. Heute wissen wir, daß seine Neigung über alles 60 cm beträgt. Das erste Gutachten riet zum Abbruch, das zweite, nachdem man das Haus unter Denkmalschutz gestellt hatte, war auf einen bedenklichen Ton gestimmt: Die Sanierung würde sehr teuer werden. Trotzdem blieben wir bei unserer Entscheidung, den Grundriß zu erhalten und so wenig wie möglich zu ändern. Das hatten wir der achtzigjährigen Besitzerin des Hauses versprochen.

Unser Haus steht in einem Handwerker- und Weingärtner Viertel am Ostrand der Esslinger Altstadt. Hier lebten über Jahrhunderte die kleinen Leute der Stadt: schmale

niedrige Häuser, kleine Gärten und Höfe, auch Ställe. Heute wohnen dort immer noch einige Handwerker und Weingärtner. Die meisten der früheren Bewohner aber hat es inzwischen in die Esslinger Neubauviertel gezogen. Sie sehnten sich nach sonnigen Räumen, waren die Treppen leid, wünschten sich einen Garten rund um das Haus: wie es ihnen das betuchtere Bürgertum seit der Mitte des neunzehnten Jahrhunderts vorgelebt hatte, in seinen Villen mit Blick auf die Stadt. Unser Viertel erlitt das Schicksal vieler Altstädte, es verfiel langsam, und die Zusammensetzung seiner Bewohner veränderte sich. Ausländer und alte Esslinger, die aus Anhänglichkeit oder aus Not blieben, stellten einen von Jahr zu Jahr steigenden Anteil. Erst langsam und als es fast zu spät war, erwachte das öffentliche Gewissen gegenüber diesen einfachen Stadtvierteln.

Unser Haus steht in einem Sanierungsgebiet, das von vier Straßen umschlossen wird. Der Wohnblock wurde im ganzen saniert, Hinterhäuser, Schuppen, Kaninchen- und Hühnerställe wurden entfernt, und neue Häuser füllten die Baulücken, die durch Abbruch entstanden waren. Unter dem neu gewonnenen Innenhof liegt eine Tiefgarage, oben ist Platz für Gartenparzellen und eine gemeinsam genutzte Fläche mit Bänken und Spielplätzen. Die Einwohnerschaft dieses neu-alten Quartiers ist aus verschiedenen Nationen, Berufen und Schichten gemischt.

Unser Haus ist das älteste in diesem Esslinger Sanierungsgebiet, ein typisches Handwerkerhaus um Fünfzehnhundert, nach den Wohn- und Arbeitsbedürfnissen eines Handwerkers der Zeit gebaut. Es mißt vier Meter in der Breite und zehn Meter in der Tiefe und hat sechs Etagen, wenn man Keller und Bühne mitrechnet. Der größte Raum ist die Stube im Obergeschoß, sie mißt neunzehn Quadratmeter; die anderen Räume sind kleiner, teilweise winzig. Die Raumhöhen sind niedrig, im Erdgeschoß je nach Neigung des Hauses zwischen 1,75 und 2,10 m. Wer über 1,80 m groß ist, stößt leicht an Balken, jedenfalls muß er beim Betreten der Zimmer unter dem Türrahmen den Kopf einziehen.

In einem solchen Handwerkerhaus lebte ursprünglich wohl nur eine Familie. Wer die Bauherren unseres Hauses waren, werden wir leider kaum mehr herausfinden können. Über so bescheidene Häuser geben die Akten des Esslinger Stadtarchivs nur spärliche Auskunft. Allein Kaufs- und Verkaufsdaten sind festgehalten. Handwerkerhäuser blieben meist über Generationen im Besitz derselben Familie und wurden deshalb nicht aktenkundig. Steuerlisten und Brandakten als Quellen heranzuziehen, ist langwierig und mühsam. Erst seit der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts fließen die Quellen reichlicher. Über die Bewohner unseres Hauses und ihre Berufe seit 1769 wissen wir inzwischen Bescheid: Sie waren Metzger, Weingärtner, Schumacher, Schlosser und Schneider, die Frauen Handschuhnäherinnen und Wäscherinnen, später dann zunehmend Fabrikarbeiter und Fabrikarbeiterinnen. Die Geschichte unseres Hauses spiegelt auf exemplarische Weise Niedergang und Proletarisierung der Handwerkerschicht im neunzehnten Jahrhundert. Die Besitzer wechselten immer rascher.

Kaum war das Haus erworben, zwangen die sich rapide verschlechternden Wirtschaftsverhältnisse schon wieder zum Verkauf. Mehrmals taten sich einige kleine Handwerker oder Arbeiter als Käufer zusammen. Das Adreßbuch von 1847 nennt fünf Wohnparteien auf damals nur 100 qm Wohnfläche.

Aus zwei Gründen wurde unser Haus unter Denkmalschutz gestellt. Das Haus Nr. 13 bildet zusammen mit Nr. 11 ein Doppelhaus. Beide Häuser sind seit dem Mittelalter durch die Fachwerkkonstruktion verbunden und haben ein gemeinsames Dach. Solche Doppelhäuser wurden häufig von Leuten gebaut, die wenig Geld hatten. Die Stadtväter des Mittelalters haben diese Bauweise vermutlich unterstützt, ergibt sich doch eine stattliche Hausfront anstelle von schmalbrüstigen Häuschen wie dem unseren. In oberschwäbischen Städten findet man heute noch einige dieser gotischen Reihenhäuser. In Esslingen ist unseres, soweit wir wissen, das einzige. Der zweite Grund für den Denkmalschutz war eine Stube mit alter Decke und, wie sich beim Bau zeigte, zwei gut erhaltene Holzwände mit Bohlen von 50 cm Breite und 8 cm Stärke. Beim Abbeizen der mit vielen Schichten Ölfarbe bestrichenen Deckenbalken fanden wir Reste von Schablonenmalerei in schwarzer Kaseinfarbe, vermutlich aus der Erbauungszeit.

Für die Sanierung stellte sich die doppelte Aufgabe, das Alte zu achten und schonend wieder herzustellen, gleichzeitig modernen Bedürfnissen Rechnung zu tragen. Dieses Kunststück haben wir geschafft. Das Haus ist das alte geblieben. Aber wir wohnen als moderne Menschen in diesem Haus, mit Heizung, Bädern, Medien, Telefonen und einer Sonnenterrasse im Dachstock. Und zum Teil konnten wir uns sogar verbessern. Kannte unsere bisherige Wohnung nur ein Bad, so haben meine Frau und ich jetzt jeder eines. Auch verfügen wir über ein eigenes Eßzimmer, das nur diesem Zwecke dient. Da die Straße eng ist und keinen Gehweg kennt, erübrigt sich die Kehrwoche: ein unschätzbare Vorteil! Die neue Gasheizung ist pflegeleichter als unsere frühere Ölheizung. Alle technischen und hygienischen Geräte sind auf neuestem Stand. Die vielen kleinen Zimmer sind für uns günstig, da wir beide zu Hause arbeiten. Übrigens verhindern die kleinen Zimmer keineswegs große Feste: Neulich feierten wir ein Hausfest mit 75 Personen.

Die bekannten Nachteile alter Fachwerkhäuser haben uns entweder von Anfang nicht gestört, oder wir haben uns mit ihnen abgefunden: Knarrende Fußböden stören uns nicht, und die mangelnde Schallisolierung konnten wir durch geschickte Nutzung der vielen Zimmer auffangen. An die Türschwellen haben wir uns längst gewöhnt. Die verschiedenen Lichtwerte in den Räumen finden wir interessant. Wer in der Bohlenstube lesen will, muß ans Fenster rücken. Außerdem wird es von Stockwerk zu Stockwerk heller, bis zum voll ausgeleuchteten dritten Obergeschoß mit Dacheinschnitt und Markise gegen zu viel Südsonne.

Als das Haus fertig war, luden wir zu einem Tag der offenen Tür ein. Freunde, Nachbarn, Handwerker und alle, die mit dem Bau zu tun hatten, schauten alles an,

und die frühere Skepsis verflieg rasch. Unsere Sanierung hat sogar öffentliche Anerkennung gefunden. 1983 wurde das Haus mit dem Peter-Haag-Preis des Schwäbischen Heimatbundes ausgezeichnet, und heute gehört meine Frau, die sich um die historischen Aspekte der Sanierung große Verdienste erworben hatte, zur Jury dieses Preises.

Wie wir vorher wußten, ist die Versorgungslage mitten in Esslingen optimal: In fünf Minuten erreichen wir zu Fuß nicht nur alle Geschäfte, sondern auch alle Dienstleistungsbetriebe, die wir nutzen wollen. Der Bahnhof ist zehn Minuten entfernt. In einer Minute Entfernung von uns haben Tischler, Elektriker, Schlosser und Flaschner ihre Werkstätten. Eine mit vielen Landespreisen ausgezeichnete Konditorei liegt ebenso nahe. Wir haben stets frischen Kaffee, frisches Brot, und wenn es beim Friseur zu voll ist, bin ich in einer Minute wieder zu Hause, um später wiederzukommen.

Im Blick auf Gesundheit ist die Vergleichsbilanz zwischen Rottannenweg in Stuttgart und Heppächer in Esslingen nicht so eindeutig: Kein Zweifel, daß die Luft in Esslingen schlechter ist als am Bopser, von wo wir auf den Stuttgarter Dreckdunst hinabsehen konnten. Ich kenne keine Zahlen, aber man weiß, daß die Luftbelastung im Neckartal erheblich ist. Vielleicht, daß wir mit kleinen Kindern den Umzug aus diesem Grunde gescheut hätten. Unsere Straße ist durch Abgase und Lärm als Einbahn- und verkehrsberuhigte Spielstraße jedoch wenig belastet.

Andere leiden unter nächtlichem Lärm durch nahegelegene Gasthäuser und Diskotheken. Der Spiellärm der Kinder im gemeinsamen Gartenteil oder das Sprechen von vorübergehenden Passanten auf der Straße stört uns nicht, im Gegenteil: Das ist die akustische Bestätigung der Wohnsituation, die wir wollten.

Die sanitäre Situation ist sowohl im Haus wie in Straße und Quartier inzwischen auf modernstem Stand. Die Abwasserführung ist so gut gemacht, daß wir keine Kellerüberflutungen zu fürchten haben. Was die früher stark wechselnden Temperaturen in dem alten und steilen Haus betrifft, so sind diese traditionellen Nachteile heute behoben: Die Raumtemperatur wird stets und überall auf gleichem Niveau gehalten. Hier war die neueste Thermostattechnik wichtig. Unsere Dachterrasse gibt uns Nachmittagssonne. Zum Frühstück erreicht uns die Sonne in unserem kleinen Gärtchen, das hinter dem Hause liegt und in der Art eines alten Bauerngartens angelegt ist.

Zur Gesundheit gehört die Möglichkeit von Spaziergängen. Wir haben dafür eine Reihe unterschiedlich langer Strecken, alle direkt vom Hause aus: Am Neckar entlang, auf der Neckarhalde bis Uhlbach, kleinere Spaziergänge zur Villa Merkel und in die dortigen Grünanlagen, oder auf die sogenannte »Burg«, von wo aus man einen schönen Blick auf die Altstadt hat. Natürlich kann man ausgedehnte Wanderungen durch den Schurwald und ins Remstal machen. Dafür muß man allerdings mit dem Auto etwa zehn Minuten bis zum Jägerhaus fahren. Schlecht ist die Situation im Blick auf Fahrradwege.

Im Blick auf die soziale Situation hat sich unsere Lage eindeutig verbessert, in vielerlei Hinsicht. Zunächst ist die Anzahl von »Oberflächenkontakten«, wie die Soziologen dieses dünne, aber feste Beziehungsgeflecht nennen, erheblich gestiegen. Wenn wir unser Haus verlassen, treffen wir auf Leute, die wir kennen, ohne daß wir sie zu unseren näheren Bekannten oder Freunden rechnen: Geschäftsleute, Handwerker, Bank- und Postangestellte. Die Bewohner unserer Straße und der umliegenden Gassen kennen wir alle und wissen von ihren familiären und beruflichen Verhältnissen. Früher hatten solche sich meist auf das Grußverhältnis oder einige Bemerkungen über das Wetter beschränkende Bekanntschaften eine böse Kehrseite: soziale Kontrolle. Von ihr ist heutzutage nur noch ein gewisses Interesse für die Umstände geblieben, in denen Menschen leben, die man kennt. Aber von einer Kontrolle, die unsere eigene Bewegungsfreiheit begrenzte, ist kaum noch etwas zu spüren. Das gilt vor allem für ein Lebensfeld, das früher starkes Interesse auf sich zog: die Weise, wie man sein Liebes-, Ehe- und Familienleben organisiert. In unserem Quartier gibt es alle möglichen Formen des Zusammenlebens und der Kinderaufzucht, auch Wechsel darin. Man nimmt diese Verhältnisse wahr, spricht auch wohl darüber, aber nicht im Tone moralischer Beurteilung.

Unsere Nachbarschaft ist vielgestaltig, entsprechend der Geschichte unseres Quartiers. Es gibt alte Esslinger, die seit Jahrzehnten dort wohnen, es gibt Ausländer, von denen nur wenige »hinaussaniert« wurden, es gibt neu Hinzugezogene wie uns. Wer die Kinder in unseren Gärten und Sandkisten spielen sieht, möchte meinen, eine Siedlung von Terre des Hommes vor sich zu haben, so gemischt sind Hautfarben und Sprachen. Auf der Ebene der Erwachsenen ist der Kontakt natürlich nicht von dieser Durchgängigkeit, wenn schon bei Straßenfesten alle Gruppen und Schichten beisammen sind. Aber es gibt trotz engerer Verbindungen einzelner Familien eine Grundstimmung nachbarschaftlicher Verbundenheit, von der man nach fünf Jahren sagen kann, daß sie stabil bleibt. Die Leute vom Heppächer wissen sich als solche, einerlei ob sie Handwerker oder Lehrer, Schwaben, Italiener oder Norddeutsche sind. Türken sind unserer Nachbarschaft auf unterschiedlich enge Weise verbunden, je nachdem, ob sie vorhaben, mit ihren Kindern in Deutschland zu bleiben oder nicht.

Mit einigen Nachbarn verbindet uns geselliger Verkehr, mit einem weiteren Kreis ergibt sich im Sommer über die gemeinsame Gartenanlage gelegentlich ein spontaner Kaffee, mit anderen bleibt es bei einem gelegentlichen Schwatz auf der Straße. Das Gute und wirklich Gelungene dieser Nachbarschaft liegt darin, daß solche unterschiedlichen Nähen sich nie zu gegnerischer Spannung entwickelt haben und es wohl in Zukunft auch nicht tun werden. Gegenseitige kleine Hilfen sind selbstverständlich und häufig sehr entlastend (wie das Annehmen von Paketen, das Anstellen einer Heizung bei drohendem Frost während der Skiferien, Blumengießen und Katze versorgen. Unsere Hausschlüssel liegen ständig bei zwei Nachbarn). Inzwischen gibt es

auch einen Nachbarschaftsstammtisch, nicht der Männer, sondern der Frauen. Mindestens einmal im Monat treffen sich die Weiber vom Heppächer in der nahegelegenen »Traube«, und wir Männer überlegen, was sie dort zu reden haben.

Esslingen hat eine lebendige Vereinskultur. Wer will, kann seinen Neigungen und seiner Freizeit auf diese Weise soziale Gestalt geben. Die Wege sind kurz, auch hier ist das meiste zu Fuß zu erreichen: die Chöre, die Volkshochschule, das Altstadtviertel, die Kirchengemeinde und der Feuerwehrverein. Meine Frau hat sich inzwischen einigen solcher Aktivitäten verbunden, und wir würden mit Sicherheit im Chor der Stadtkirche singen, wenn wir nicht monatelang abwesend wären.

Die soziale Situation wäre unvollkommen beschrieben, wenn nicht auch der politische Faktor zur Sprache käme. Im Unterschied zu einer Großstadt wie Stuttgart haben wir in Esslingen das Gefühl, wirklich in einem Gemeinwesen zu wohnen, mit Angeboten zur Partizipation auf verschiedensten Ebenen und in verschiedenster Intensität. Das beginnt beim Interesse für Bauvorhaben (und da natürlich besonders für Altstadtsanierungen) und endet noch lange nicht bei der Einrichtung des neuen Museums, der Verkehrsberuhigung eines Quartiers, den archäologischen Grabungen bei der Stadtkirche oder einem Fernsehauftritt unseres Stadtoberhauptes in einem Städtewettbewerb. Die städtischen Eliten sind der Bevölkerung sehr viel näher als in einer Großstadt. Kaum jemand, der den OB, die Bürgermeister und Spitzen der Verwaltung, die Fraktionschefs des Gemeinderates, die großen Wirtschaftsbosse, die IHK- oder Einzelhandelsvorsitzenden nicht schon einmal gesehen oder gesprochen hätte. Man trifft sich leicht und begegnet sich immer wieder.

Groß ist der Zuwachs an ästhetischen Eindrücken. Er ist vor allem darauf zurückzuführen, daß wir zu Fuß gehen und S-Bahn fahren: Statt des Garagentores, des Autointerieurs, der Straßen mit Ampeln und Verkehrsschildern und des Parkplatzes jetzt belebte Straßen, Schaufenster, Plätze, bunte Häuser, versetzte Fluchtlinien von Häuserfronten und Dächern, Durchblicke auf Burg und Weinberge. Derselbe Unterschied akustisch: Statt mechanischer Geräusche und Motorenlärms jetzt die Variation von Geräuschquellen städtischen Lebens. Der Weg zur S-Bahn ist für mich auch nach fünf Jahren immer noch eine Symphonie wechselnder Farben, Strukturen und Geräusche. Der Wegfall der Bürgersteige führt allmählich zu einer Umschichtung der Hierarchieverhältnisse auf den Straßen: Die Autos müssen warten, bis wir Fußgänger zur Seite gehen.

Der Vergleich des Kulturangebots von Stuttgart und Esslingen ist als solcher schon vermessen, und man könnte sich, was diesen Punkt angeht, leicht aus der Affäre ziehen, indem man darauf hinweist, daß man von Esslingen aus in einer halben Stunde die Stuttgarter City erreicht. Natürlich nehmen wir auch von dem Stuttgarter Kulturangebot das eine oder andere wahr. Wir wissen auch, daß viele Esslinger ein Stuttgarter Musik- oder Theaterabonnement haben. Aber damit ist das Thema nicht erledigt und unsere neue Existenz unter dem kulturellen Aspekt nicht hinreichend

beschrieben. Was wir uns von Esslingen versprochen, war auch hier eine neue Nähe und Lebendigkeit. Wir haben sie gefunden.

Esslingens Kulturleben ist in fast jeder Hinsicht provinziell. Das gilt für die württembergische Landesbühne, für die Kirchenchöre, für die Ausstellungen und das ortsansässige Kabarett. Natürlich könnte man jeweils auf hervorstechende Inszenierungen, ja ganze Phasen der Theaterarbeit verweisen (die FAZ meinte neulich, zu diesem Theater lohne eine eigene Reise), einzelne Ausstellungen in der Villa Merkel nennen, die sogar internationalem Standard genügen, oder sich kammermusikalischer Abende in der Stadthalle erinnern, von denen dasselbe gilt. Aber darauf kommt es uns nicht an.

Was uns wichtig ist, entspricht den Erfahrungen, die wir auf anderen Feldern unserer Esslinger Existenz machen: die räumliche und menschliche Nähe zu allem, was kulturell vor sich geht. Das Theater ist zwei Minuten von uns entfernt. Manchmal entschließen wir uns kurzfristig, eine Vorstellung zu besuchen. Dann gehe ich um sieben Uhr an die Tageskasse, hole zwei Karten, gehe wieder nach Hause, und um acht Uhr sitzen wir im Theater. Oder die Kirchenmusik: Es gibt wenig Konzerte, die wir nicht besuchen. Oder die Ausstellungen: Es gibt keine, die ich nicht gesehen hätte. Oder das Kabarett: Wir schauen jedes Programm an und fühlen uns als Mitglieder des Fördervereins der »Galgenstricke« dieser tüchtigen kleinen Bühne verbunden. Und so geht es überall: Man weiß von den kulturellen Aktivitäten, hat es nicht weit und entschließt sich rasch, doch noch zu einem Vortrag, einem Gitarrenabend oder zur Aufführung eines Oskar-Wilde-Stückes durch eine Oberprima zu gehen. Auf diese Weise ist unser kulturelles Leben viel reicher als in Stuttgart, wo wir für jede Veranstaltung das Auto aus der Garage holen mußten. Ganz zu schweigen von Kartenproblemen oder der Überlegung, ob man in der Stiftskirche noch einen Platz bekommen würde. Erwähnen sollte ich noch einen Punkt, der eine entscheidende Verbesserung unserer Lesekultur gebracht hat: die Stadtbücherei. Nie hätte ich gedacht, daß ich einmal zum regelmäßigen Benutzer dieser Institution werden würde. Kaum eine Woche vergeht, in der ich nicht mit einem Päckchen Bücher dort hingehge und mir neuen Lesestoff hole. Bisher hatten wir Bücher gekauft, Taschenbücher natürlich, jetzt können wir uns den Luxus leisten, Bücher auf Verdacht, das heißt im Blick auf Autor, Thema und Verlag mitzunehmen, anzuschauen und bei Nichtgefallen ungelesen wieder zurückzubringen. Das bedeutet eine ungeheure Ausweitung der literarischen Neugier, dazu eine große Bereicherung der Gespräche zwischen meiner Frau und mir über unsere Leseerfahrungen.

Wer in eine Altstadt umzieht, beginnt nicht auf der grünen Wiese mit Nachbarn, die wie er dort anfangen, sondern er muß sich selbst als Neuling unter Alteingesessenen verstehen, als Außenseiter unter Insidern. Gemildert wurde diese Situation für uns dadurch, daß zusammen mit uns eine ganze Reihe von Familien sich in einem Wohngebiet niederließen, das noch nie so dicht besiedelt war wie heute. Aber trotz-

dem, die weitaus größere Zahl der uns umgebenden Einwohner gehört seit langem dahin, ist zum Teil schon von elterlicher und großelterlicher Seite her in Esslingen beheimatet und auf vielfältigste Weise dieser Stadt verbunden: durch Schulbesuch und Lehre, ein Stück Weinberg oder ein Gartengütle, durch Vereinskultur und Kirchengemeinde. Wir haben keine solche Wurzeln, sondern leben in der Differenz zu alledem. Hinzu kommt, daß wir unsere Arbeitsplätze in Stuttgart haben, zusammen mit Kollegen, Bekannten und alten Freunden. Kann Esslingen je »unsere Stadt« werden?

Das kommt darauf an, wie man die Sache betrachtet. Es gibt eine Art nostalgischer Entschlossenheit, sich durch die Einquartierung in eine Altstadt in dieser Kultur einzuhausen. Zusammen mit der Restaurierung des mittelalterlichen Hauses sucht man eine Einwurzelung, die in ihrer Wirklichkeitsferne Enttäuschungen bereithält. Die Vorstellung, man könne durch einen entschiedenen Schritt den Anschluß an das Leben unserer Altvorderen gewinnen, ist illusionär und führt in der Praxis zu einer skurrilen Existenz. Warum denn aber überhaupt in eine alte Stadt ziehen und nicht in ein sozusagen ehrliches Neubaugebiet? Mein Bericht hat auf diese Frage in voller Absicht fast ausschließlich praktische Antworten gegeben: bessere Lebensqualität auf fast allen Gebieten, in meßbaren Größen, im Blick auf ganz unsentimentale psychische und soziale Zustandsverbesserungen. Jetzt füge ich, bezogen auf das nostalgische Argument, noch einige Gesichtspunkte hinzu.

Die postmoderne Kritik hat uns auf vielen Feldern gelehrt, daß reine Funktionsrationalität zu Sinnentleerung führt. Am Beispiel der Architektur bedeutete dies die Einsicht, daß Bauhaus und Corbusier zwar die metaphysische und soziale Unbehaustheit des Menschen ehrlich ausdrückten, aber gleichzeitig beide noch verschlimmert haben. Was heute an Architektur entsteht, mit baugeschichtlichen Zitaten bei Stirling und historischen Reminiszenzen bei Branca, ist gewiß keine »Antwort« – wieso auch: Woher nehmen und nicht stehlen?, sondern bestenfalls eine Überwinterungsarchitektur, in einer Zeit besonders großer Ratlosigkeit. Die Hoffnung darauf, daß in der Funktion der Schlüssel zur Schönheit liege, ist uns wohl auf alle Zeiten vergangen.

Da mag der Blick zurück zwar nicht Rettung, aber doch Haltepunkte liefern. Gerade die Distanz zu alten Traditionen, Institutionen und Lebensweisen kann den Sinn für ihre Vernunft in einzelnen Punkten schärfen. Das ist unser Fall. Wie Branca sein neues Verwaltungsgebäude in die Gebäude- und Dächerlandschaft des alten Esslingen eingepaßt hat: mit Höfen und Gängen, runden Mauern und natürlich wieder einem Türmchen, so versuchen wir, in einer alten Stadt die Vernunft und Schönheit früherer Existenz zu erkunden, nicht im Sinne einer kompletten Einhausung, sondern im Sinne von Versuchsanordnungen, die uns einleuchten. Meine Frau und ich sind Sozialwissenschaftler, dazu an Architektur und Kunst interessiert. Im Unterschied zu der meist einfalllosen Bebauung von Suburbia, die keine architektonische und soziale Identität eröffnet, begnet uns in der alten Stadt auf allen Feldern ein

großes Angebot, unser Leben so einzurichten, daß wir ja sagen können zu unserem Haus, zu unserer Straße, zu unserer Nachbarschaft, zu Versorgung und Vergnügung. Und dies alles nicht im Wege begeisterter oder resignierender Einpassung in vorhandene Gehäuse, sondern im Wege vorsichtiger und neuer Komposition.

Dieser Einstellung kommt die zukünftige Entwicklung der alten Stadt selber entgegen. Selten, daß sich in einem Hause noch eine Familie über Generationen halten wird. Selten auch, daß ein Handwerk, ein Geschäft in die Hände der Kinder übergeht. Die Kinder unseres Gemüsehändlers haben Fachhochschulen besucht, und wir sehen mit Kummer den Augenblick kommen, wo das Geschäft geschlossen wird. Die alte Stadt wird, was seine Einwohner angeht, sich in dieser Hinsicht bald nicht mehr von einem Neubaugebiet unterscheiden, in dem die Familien kommen und gehen und die Eigentümer wechseln.

Aber was sich nicht ändert und, paradox genug, nach Jahrzehnten extensiven Verkehrs jetzt wieder erlebbar wird, ist Urbanität: Leben auf der Straße. Die Stadt als eigener Lebensbereich, als Erweiterung des Hauses und Austausch zwischen privat und öffentlich, das gibt es heute und zeigt eine soziale und ästhetische Qualität, für die wir den Sinn verloren hatten. Also gerade keine naturwüchsige und »traditionsreiche« Situation, weder von uns noch von der Stadt her. Nicht Wiedergewinnung einer alten Lebensweise, sondern Orientierung an einigem von dem Guten, das sie für uns aufbewahrt hat: durch eine Stadtanlage, die uns lockt, unsere Augen offenzuhalten, durch nahe Wege, die uns Quellen der Versorgung, Geselligkeit und Kultur öffnen, durch Verkehrsmittel, die umweltfreundlich und zu Fuß zu erreichen sind. Dasselbe gilt für die altertümliche Weise des Wohnens. Nicht nostalgische Einhausung, nicht »mittelalterliches Wohngefühl«, sondern unterschiedliche Lichtwerte im ganzen Haus, Holzdecken, die nicht angeklebt sind, und Kalkwände, für deren matten Schimmer wir erst jetzt wieder Sinn finden: nicht weil er alt, sondern weil er schön ist.

Natürlich hat der Sinn fürs Alte als solcher auch Gewicht. Und gewiß kommt es darauf an, bei der Restaurierung eines alten Hauses möglichst das Ensemble im ganzen zu retten. Nostalgische Gefühle, die sich auf die Hausfront, ein paar Balken oder eine alte Tür beschränken, führen zu schlimmen Ergebnissen, schon unter ästhetischen Gesichtspunkten. Die Denkmalpflege tut deshalb recht daran, künftig nur solche Renovierungen zu fördern, die auch das Interieur von Häusern erhalten. Unser Haus, hat man gesagt, könne sich unter diesem Gesichtspunkt in einem Freilichtmuseum durchaus behaupten. Unsere Freude an ihm ist aber vornehmlich ästhetischer, nicht in diesem nostalgischen Sinne »historischer« Natur. Auch sind die Räume nicht unter dem Gesichtspunkt historischer Zeittreue möbliert, wenn schon sich viele alte Möbel in ihm finden. Worauf es ankommt, ist ein Zusammenklang, der eine durchaus neue Komposition ergibt.

Die Aufgabe solcher Neuetablierung wird niemandem, der in eine alte Stadt und ein altes Haus zieht, erspart. Die Vorgabe alter Strukturen erleichtert diese Aufgabe auch

viel weniger, als man denken sollte. Wo kann man übernehmen, wo darf man anverwandeln, wo muß man verwandeln, wo Neues machen? Diese Fragen betreffen Häuser, Plätze und Straßen ebenso wie Nachbarschaftsstrukturen, Vereinskulturen und politische Formationen.

Möglich, daß wir Neuwohner diese Aufgaben klarer sehen als alte Esslinger, die sich auf Traditionen berufen, in denen sie selbst nicht mehr leben. Gute Restaurierungen werden häufig von Zuziehenden gemacht, weil diese den Blick für die Güte des Unverwechselbaren haben, während Eigentümer, die ihre Stadt nie verlassen haben, nie sehen, welche Schätze sie besitzen. Umgekehrt hängen die alten Bewohner Gewohnheiten und Einstellungen an, deren vordemokratische Rückständigkeit von den neuen als ärgerlich empfunden wird. Unsere Liste solcher Erfahrungen ist lang und schon für sich genommen ein Grund dafür, nicht in nostalgischer Wehmut zu versinken. Es hat Jahrhunderte gegeben, in denen Stadtluft frei machte, aber auch Epochen des Stillstands und Rückfalls. Im 19. Jahrhundert gab es Quartiere, in denen unsägliche Not zu geistiger Enge und politischer Apathie führte. Unser Quartier war ein solches.

So also stellt sich unser Leben in der alten Stadt dar: Zwischen Bewahren, Wiedergewinnen und neuen Ideen führen wir eine Existenz, die weder auf das Alte als solches setzt, noch sich blinder Modernität verpflichtet weiß, sondern sich ihre Orientierungen aus dem Gestern ebenso wie aus dem Heute und Morgen holt, im Interesse einer Identität, die für unsere Generationen wohl stets eher Aufgabe als Besitz bedeutet.

Die Satellitenstadt, eine der folgenreichsten Fehlentwicklungen der Moderne, verbindet den Begriff der Naherholung im Grünen mit dem des gesunden Wohnens im Sonnenlicht und an der frischen Luft. Die üblichen Urlaubskriterien – Sonne und Naturnähe – projizieren dieses Freizeit-Paradigma in alle möglichen Weltregionen, übertragen gewissermaßen das Ideal des großen Fensters auf das weite Land, das im Fensterquadrat aufleuchtet. Die freie Autofahrt oder der Flug in die Ferne huldigen auch der Moderne als einer Kultur der Mobilität. Je fabrikmäßiger und serieller der mobile Sonnenkult sich aber ausnimmt, desto schwächer ist seine befreiende Wirkung.

(Mathias Schreiber in der F.A.Z. Nr. 183 vom 9. August 1988, Seite 19)

Literaturbericht: Stadtgeschichte Berlin

HELGA SCHULTZ, Berlin 1650–1800. Sozialgeschichte einer Residenz. Mit einem Beitrag von JÜRGEN WILKE, Berlin: Akademie-Verlag 1987, 92 Grafiken, 56 Tab., 7 Fotos, 476 S., DM 58,—.

Nachdem sich der Staub, den die 750-Jahr-Feier Berlins 1987 auch publizistisch aufgewirbelt hat, wieder etwas gelegt hat, wird man anfangen können, kurzlebige Jubiläumsprodukte von Neuerscheinungen bleibenden und längerdauernden Wertes zu unterscheiden. Das Buch von Helga Schultz gehört zweifellos in die zweite Kategorie. Es stellt nicht nur eine ungewöhnliche Bereicherung für die Stadtgeschichte Berlins dar, sondern leistet einen wichtigen Beitrag zur frühneuzeitlichen Stadtgeschichte insgesamt und zur allgemeinen Sozialgeschichte.

Eine Sozialgeschichte Berlins über anderthalb Jahrhunderte – das ist ein anspruchsvolles Programm. Die Verf. geht es in fünf chronologischen Kapiteln an, die jeweils dreißig Jahre umfassen, eine Generationenspanne also, was bereits andeutet, daß Probleme der demographischen Entwicklung einen zentralen Stellenwert in dieser Studie einnehmen. Abschließend werden die »Langen Linien« der sozialen Strukturen und Prozesse zusammengefaßt; das Anknüpfen an den Begriff der »longue durée« der französischen *Annales*-Geschichtsschreibung ist dabei durchaus typisch für das Buch. Der umfangreiche Beitrag von Jürgen Wilke über die Hugenotten im Berlin des 18. Jahrhunderts (353–430) wirkt dann leider etwas angeklebt, obwohl er methodisch und den Fragestellungen nach ganz der Konzeption von Schultz' Untersuchung folgt.

Hauptquelle sind die Kirchenbücher zweier Untersuchungskirchspiele: St. Nikolai in Alt-

Berlin und St. Georgen in der nordöstlichen Vorstadt. Damit ergeben sich (mit Einschränkungen für den ersten 30-Jahres-Abschnitt) hinreichend große Samples für fundierte demographische Analysen. Auf die Grenzen der Verallgemeinerungsfähigkeit der beiden Kirchspiele für ganz Berlin wird im übrigen immer wieder hingewiesen. Ergänzend sind außerdem Akten aus städtischen und staatlichen Archiven und, in großem Umfange, zeitgenössische Literatur, Chronistik und Statistik herangezogen worden. So wird auch der Nachteil von Arbeiten vermieden, die nur aus der Erstellung von Tabellen und ihrer Verbalisierung bestehen. Quantitative und qualitative Daten sind hier sehr gelungen miteinander verbunden; das Buch ist gut lesbar und zeichnet sich durch eine klare und sehr differenzierte, abwägende Argumentation und Interpretation aus. Das ist immerhin nicht selbstverständlich, nicht nur, weil eine EDV-gestützte Geschichtswissenschaft in der DDR noch seltener ist als in der Bundesrepublik. Denn nicht nur methodisch beschreitet die Verf. für die DDR-Forschung (aber auch für die Berlin-Historiographie) an vielen Stellen Neuland; vor allem kommt dem Buch sehr zugute, daß es konsequent den Anschluß an die westeuropäische Sozialgeschichte sucht und dabei die Scheuklappen marxistisch-leninistischer Orthodoxie ablegt, ja, deren überkommene Urteile immer wieder in Frage stellt. Die vielfältigen Fragestellungen in der demographischen Analyse, die besondere Aufmerksamkeit für das Problem der Handwerksgesellenorganisationen, die differenzierte Diskussion der Abgrenzung und Verflechtung von Handwerkern und Manufakturarbeitern und ihrer Bedeutung für die Herausbildung einer modernen Industriearbeiterschaft – das sind nur einige Beispiele dafür, daß die Verf. sich jederzeit auf der Höhe des

internationalen Forschungsstandes bewegt. Die Ergebnisse westlicher stadtgeschichtlicher Studien – z. B. E. François für Koblenz – werden übrigens in den meisten Fällen (und mutatis mutandis angesichts der spezifischen politischen und sozialen Merkmale der preußischen Hauptstadt) grundsätzlich bestätigt. Schultz strebt, man höre und staune, eine »marxistische Gesellschaftsgeschichte« an, die nicht wie bei H. Zwahr v. a. Geschichte von Klassenstruktur und Klassenbildung sein solle, sondern tendenziell auf eine »Totalgeschichte« ziele (15).

In der Tat ist die thematische Breite der Untersuchung erstaunlich und macht es unmöglich, hier auch nur die wichtigsten Ergebnisse jedes der inhaltlichen Aspekte vorzustellen, die in den fünf chronologischen Kapiteln angesprochen werden. Im Mittelpunkt steht die demographische Entwicklung: Geburtlichkeit und Mortalität, vielfach aufgeschlüsselt z. B. nach Todesursachen, Geschlecht, sozialer Schichtzugehörigkeit; ferner schichtspezifisches Heiratsverhalten und Bevölkerungsreproduktion; Familien- und Haushaltsstruktur in unterschiedlichen sozialen Klassen und Stadtteilen, usw. Einen zweiten Schwerpunkt bildet die Untersuchung der Sozialstruktur und ihrer Veränderungen, also die Unterscheidung von Klassen und Schichten und ihres Anteils an der Bevölkerung, und vor allem die Analyse von sozialer Verflechtung und sozialer Abgrenzung, die am Heiratsverhalten (konnuale Mobilität), an der Berufsvererbung (intergenerationelle Vater-Sohn-Mobilität) und, wie in Zwahrs Untersuchung des Leipziger Proletariats, an Patenschaften gemessen wird. Die klassenanalytische Argumentation ist durchweg sehr differenziert und abwägend. Meistens werden zehn bis zwölf »Klassen, Schichten und Gruppen« unterschieden, und manchmal wünschte man sich schon wieder etwas mehr Mut, eine Differenzierung in wenige »Hauptklassen« der Berliner Gesellschaft zu versuchen, also nicht bei einem ganzen Dutzend Kategorien stehenzubleiben.

Dabei kommt die Einbettung in die allgemeinen Zusammenhänge Berliner und preußischer Geschichte nicht zu kurz, sowohl was politische Aspekte – z. B. den Zusammenhang von Absolu-

tismus und Stadtentwicklung – als auch was Aspekte der wirtschaftlichen Entwicklung angeht. Daneben werden (zum Teil allerdings nur sehr knapp und nicht durchgängig in allen Kapiteln, so daß die Entwicklungslinien nicht immer ganz deutlich werden können) behandelt: Zuwanderung und Stadterweiterung; soziale Segregation und sozialräumliche Struktur Berlins; Lohnniveau und Einkommensungleichheit; Armenwesen; Wohnverhältnisse; Ernährung.

Bezüglich des auch im europäischen Vergleich ungewöhnlich starken Bevölkerungswachstums Berlins im Untersuchungszeitraum ist es die (überzeugende) These der Verf., nicht primär der Manufakturkapitalismus oder andere ökonomische Faktoren seien dafür verantwortlich gewesen, sondern die »Funktion Berlins als Haupt- und Residenzstadt« (322). Das soll wohl auch der Untertitel »Sozialgeschichte einer Residenz« unterstreichen. Gerade deshalb ist es etwas zu bedauern, daß in den Abschnitten über die Sozialstruktur die an diese Funktion geknüpften Gruppen, v. a. die höheren Beamten, nicht sehr ausführlich behandelt werden. Auch ein anderer Teil der Oberschicht, Kaufleute und Manufakturkapitalisten, wird weniger beachtet, als es wünschenswert gewesen wäre.

Für die 150 Jahre bis 1800 ist nicht die Veränderung, sondern die Stabilität der Sozialstruktur, auch des demographischen Verhaltens, trotz rapiden Städtewachstums kennzeichnend. Das ist sicher ein überraschendes Ergebnis; es wird aber im Kern plausibel gemacht, und den Eindruck einer völlig eingefrorenen Gesellschaft erweckt die Verf. trotzdem nicht. So ist im Untersuchungszeitraum eine – allerdings quantitativ kaum genauer faßbare – Polarisierung von Arm und Reich, eine zunehmende Einkommensungleichheit festzustellen (228, 350f.).

Die größte Aufmerksamkeit der Verf. gilt den Manufakturarbeitern, den Handwerkern und den Soldaten. Gegen eine vermeintliche Trennung von Volk und Armee im »Feudalabsolutismus« wird sehr scharf herausgearbeitet, wie eng die Garnison in die städtische Gesellschaft, genauer: in die Unterschicht verflochten war, nach sozialer Herkunft etwa, nach Wohnung und sozialen Kontakten (siehe z. B. 101–107). Die Be-

deutung der Manufakturen und Manufakturarbeiter in der »ursprünglichen Akkumulation« (und damit für die Entstehung des Industrieproletariats) wird stark relativiert, obwohl die Verf. am marxistischen Manufakturbegriff festhält, der auch dezentralisierte Produktionsstätten einschließt und damit oft zu einer Überschätzung der Manufakturen geführt hat. Der oft rückwärtsgewandte Charakter von Arbeitskämpfen und Protesten der Manufakturarbeiter und Handwerker wird betont, und es war kein modernes Klassenbewußtsein, das sie entwickelten, sondern eher ein »berufsständisches Zusammengehörigkeitsgefühl«, obwohl andererseits, auf der sozialen Ebene, der »Formierungsprozeß des Manufakturproletariats« im 18. Jahrhundert »deutliche Fortschritte« gemacht habe (202). Wie weit nun tatsächlich ein Manufakturproletariat entstand oder nicht, in welcher Hinsicht das geschah und ob es Merkmale einer modernen Klasse hatte, scheint mir nicht befriedigend geklärt. Einerseits ist die Behauptung, die manufakturkapitalistischen Verhältnisse seien um 1800 »so ausgereift« gewesen, daß »Zehntausende kampfbereite Arbeiter und Gesellen« bereitgestanden hätten (254), sicherlich falsch; andererseits könnte die Trennung zwischen Manufakturproletariat und modernem Industrieproletariat, die Schultz mehrmals sehr betont (215, 344f.), in Wirklichkeit und nach dem, was wir über die Ursprünge von Arbeiterbewegung und Arbeiterschaft des 19. Jahrhunderts wissen, weniger stark gewesen sein. Doch diese Fragen hätten letztlich nur beantwortet werden können, wenn die Untersuchung ins 19. Jahrhundert hineingeführt worden wäre.

Viele andere Aspekte und Ergebnisse reizen zur Auseinandersetzung und produktiven Kritik. Das verweist auf die Stärke der Studie von Helga Schultz, an der in Zukunft nicht nur diejenigen nicht vorbeigehen können, die sich für die Sozialgeschichte Berlins interessieren.

Bielefeld

Paul Nolte

HARALD BODENSCHATZ, Platz frei für das neue Berlin! Geschichte der Stadterneuerung seit 1871 (= Studien zur neueren Planungsgeschichte, hrsg. von H. Bodenschatz / H. G. Claussen / K. Heil / W. Schäche / W. J. Streich, Bd. 1), Berlin: Transit Buchverlag 1987, ca. 220 Abb., 285 S., DM 48,—.

Die Geschichte des Städtebaus der Moderne ist eine Geschichte der Zerstörung. Diese aggressive Seite moderner Stadtplanung trifft der Titel dieser Arbeit sehr gut. Zerstört wurden die Gebäude und Strukturen der historischen Stadt. Vertrieben wurden die Bevölkerungsgruppen, die an der Modernisierung nicht teilhaben konnten. Das zeigt der Verf. an der Sanierung der sog. Königsmauer und des Scheunenviertels; Stadtgebiete, die unmittelbar an den alten Stadtkern angeschlossen und heute zu Ost-Berlin gehören.

»Platz frei!« hieß im Berlin der Industrialisierungs- und Gründerjahre Freiraum für Terrangesellschaften und Bauspekulanten, die jeden Quadratzentimeter Boden so weit überbauen ließen, daß in die Hinterhofschächte kein Lichtstrahl mehr drang; da die Grundstücke nach dem Hobrechtplan von 1862 reichlich bemessen waren, konnte oft mehr als nur ein Hinterhof gebaut werden. Berlin wurde zur »größten Mietskasernenstadt der Welt«.

Harald Bodenschatz' Arbeit ist die erste Gesamtdarstellung der modernen Berliner Stadtplanungsgeschichte, im Schlußteil allerdings beschränkt auf die West-Berliner Nachkriegsplanung. Sie ist materialreich und voll von spannenden Einzelheiten, aber eigentümlich unzusammenhängend, weil sie sich übergreifender theoretischer Begriffe enthält. Von Kapitalismus ist nicht die Rede. Harald Bodenschatz zieht sich auf eine »Theorie mittlerer Reichweite« zurück, indem er den in der italienischen Planungsdiskussion verwendeten Begriff »Interessenblock« einführt (15). Damit ist die jeweils herrschende Einheit von Bauwirtschaft und kulturellem Selbstverständnis von Planungsgrundsätzen gemeint. Er erklärt, warum das System Mietska-

serne gerade in Berlin so gut gedeihen konnte, welcher »Interessenblock« ihn begünstigte. Er referiert dazu den zu Unrecht vergessenen Sozialwissenschaftler Rudolf Eberstadt, der dieses System bereits vor dem Ersten Weltkrieg präzise analysierte (58 ff.). Er zeigt weiter den Zusammenbruch dieses Systems zu Beginn des Ersten Weltkriegs, dann die Lösungen, die in der Weimarer Republik zur Überwindung des Mieterelends der unteren Schichten angewendet wurden – Mieterschutz, Mietpreisbindung, Wohnungsbewirtschaftung. Einzelne Demonstrativbauprojekte in den 20er Jahren änderten noch nichts am Wohnen in der Mietskaserne als vorherrschendem Haustyp.

Der Verfasser stellt überzeugend dar, wie wichtig die »kulturelle Entwertung« der Mietskaserne durch ihre Kritiker war; denn dadurch wurde dem neuen Interessenblock der Weimarer Republik der Weg politisch geebnet und der ökonomische Aufstieg ermöglicht: der Zusammenarbeit gemeinnütziger Wohnungsbaugesellschaften mit kommunalen Planungsbehörden. Dabei ist spannend zu lesen, wie wenig das Dritte Reich diesen neuen »Interessenblock« veränderte, ihn lediglich »gleichschaltete«. Er hat sich im Grunde bis zum Skandal um die »Neue Heimat« 1986 gehalten; ja, seine eigentliche Blütezeit entfaltete sich erst in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg.

Heute ist allerdings die »kulturelle Entwertung« des modernen Städtebaus, wie er sich mit den großen Wohnungsbaugesellschaften und ihren Planungs- und Architekturideologien durchsetzte, dringend geboten. Hier aber bleibt der Autor unentschieden und widersprüchlich. Besonders deutlich wird das an seinen Bewertungen einzelner Planungsergebnisse nach 1945. So wird der Teilaufbau des Bayerischen Platzes als »gelungen« bezeichnet (154), das Hansa-Viertel schließlich als »gar nicht so unsympathisches städtebauliches Produkt« gelobt (170). Dabei ist in beiden Beispielen jene furchtbare »Auflockerung« realisiert worden, die zum unbefragten Bestand »neuzeitlichen Städtebaus« gehört und das wichtigste Instrument der Stadtzerstörung ist.

Unklar bleibt, was mit der »ungleichzeitigen Stadt« gemeint ist, für die der Autor gleich im

Vorwort »unter Einschluß ästhetischer Aspekte« plädiert (16). Postmodern soll es nicht sein, weil sonst ein »wertvolles Erbe« der baulichen Moderne, nämlich »der Versuch interdisziplinärer Analyse« verloren ginge und nur noch eine »auf einen ästhetischen Diskurs reduzierte Kritik« übrig bliebe (15). Aber das sind auch nur gängige »Worthülsen« aus heutigen Diskussionen, die der Verfasser sonst ablehnt; die sozialwissenschaftliche Durchdringung nebulöser ästhetischer Kategorien lohnte heute mehr denn je jeden »Versuch interdisziplinärer Analyse«. Sie müßte freilich eine Vorstellung von der Gesamtentwicklung der Gesellschaft mitbringen und den engen Kreis der »middle range theories« überschreiten.

Das bedeutet eine strengere Arbeit an Begriffen; denn Theorie ist kein »Modell«, das sich, wenn es Serienreife verspricht, beliebig verwenden ließe. Bodenschatz' strikte Weigerung, sich an einem solchen Modell zu orientieren, ist darum auch ein Vorzug der Arbeit, da sie so von unnötigen Scheuklappen frei ist. Ein noch größerer Vorzug ist des Verfassers Liebe zum Detail. Obwohl von Kapitalismus nicht die Rede ist, offenbart die Genauigkeit der Darstellung doch wesentliche Elemente kapitalistischen Städtebaus.

Durch die Hygienisierung des Städtebaus Ende des 19. Jahrhunderts sollten die schlimmsten Nachteile der kapitalistischen Industrialisierung abgemildert werden. An eine Überwindung dieser Gesellschaftsordnung haben Stadtplaner und Architekten bisher nicht ernsthaft gedacht, auch ihre überkandidelsten Utopisten nicht. Die Bodenrente sollte vergesellschaftet werden, aber die Lohnabhängigkeit stand nie zur Debatte. »Baukunst statt Revolution« empfahl Le Corbusier. Er brachte damit nur die Bemühungen der Stadtplaner, die ihr ideologisches Rüstzeug von den Ärzten des 19. Jahrhunderts aus der Hygienebewegung erhalten hatten, auf den Begriff. Gegen die Mietskaserne, das häßliche Symbol der Klassengesellschaft, war die Parole von »Licht und Luft« angesagt, galt »Auflockerung« der Bausubstanz, um eben Licht und Luft an alle Fenster zu lassen, als die schlechthin gültige Forderung modernen Städtebaus.

Liest man Bodenschatz' Buch aufmerksam, so stößt man immer wieder auf diese magische Forderung. Die progressiven, politisch links gerichteten Kritiker (R. Baumeister, R. Eberstadt) hatten sie ebenso auf den Lippen wie schon die älteren Konservativen (Arminius), die städtebauliche Avantgarde der 20er Jahre (Martin Wagner, Bruno Taut) ebenso wie die Nationalsozialisten. Sehr schön in diesen Zusammenhang fügt sich die Erwähnung eines nicht realisierten Projektes von Alfred Hugenberg, der 1935 Stadterneuerung und -sanierung mit Hilfe von Hochhäusern und entsprechenden Freiflächen empfahl. Dies sollte nicht nur »Licht und Luft« in die Stadt bringen, sondern zugleich die Bodenrente hoch halten (119–121). Die Ähnlichkeit zu Le Corbusiers Plänen ist augenfällig.

Der »aufgelockerte und gegliederte« Wohnungsbau, zu dem Stadtarchitektur in der Moderne verkommen ist, spiegelt den falschen Kompromiß zur Lösung der »socialen Frage«, wie das Bürgertum die Klassenspaltung umschrieb, als ästhetisches Debakel wider. Die »negative Ästhetik« der in Ost und West ähnlichen Satellitenstädte ist kein Zufall, sondern das politisch unbegriffene Erbe der Klassengegensätze des 19. Jahrhunderts. Die damals glaubhafte Hoffnung politisch fortschrittlicher bürgerlicher Kräfte, daß die sozialen Spannungen sich durch technische Erfindungen und Erleichterungen lösen ließen, muß heute als Irrglaube erkannt werden.

Nach dem Zweiten Weltkrieg blieb es in Berlin der sozialdemokratischen Stadtverwaltung vorbehalten, im Namen dieses Irrglaubens einen Stadtzerstörungsprozeß voranzutreiben, der die Verwüstungen des Krieges in mancher Hinsicht noch übertraf. Willy Brandt als Oberbürgermeister von Berlin und sein Senator für Bau- und Wohnungswesen, Rolf Schwedler, haben noch in den 60er Jahren die bald 100 Jahre alte Kritik an der Mietskaserne als Neuheit propagiert (153 ff.); sie haben gerade im Wedding, einem traditionsreichen Arbeiterwohnbezirk, verheerende Sanierungen durchführen lassen (Ackerstraße/Brunnenstraße) (S. 175).

Auch wenn Bodenschatz der Ideologie der Moderne im Städtebau ambivalent gegenüber-

steht, so zeigt doch die Genauigkeit seiner Recherchen, daß die scheinbar wertneutralen oder »überparteilichen« Planungsdogmen, eben die »Auflockerung« der traditionellen städtischen Bausubstanz im Zuge von Flächensanierungen, stets zum Nachteil der ökonomisch Schwächsten ausschlugen, ihren Lebenszusammenhang und ihre politische Gemeinschaft zerstörten. Dies wird in den einzelnen Studien zum Schicksal der Bewohner der Kösliner Straße, ebenfalls Wedding, in der Weimarer Republik, dem Dritten Reich und der Nachkriegszeit deutlich. Hier hat der Autor unbekanntes Material aufgearbeitet, das die unheilvolle Dialektik von Fortschritt und Zerstörung in der modernen Stadtplanung in seiner Vollendung als ein Werk von politisch Linken zeigt. Kein Wunder, daß die Kritik an dem »Interessenblock«, der diesen Fortschritt vollendete, zunächst von Konservativen geäußert wurde. Das ist ein Grund mehr, die verborgenen sozialen Gehalte ästhetischer Grundsätze aufzuspüren.

Das Buch bietet sich als Nachschlagewerk an, weil es eine Fundgrube an vielfältigen Informationen bietet. Es sollte eine Anregung darstellen, die »kulturelle Umwertung«, die sich mit postmodernen Bauwerken und dem Versuch einer »behuhsamen Stadterneuerung« – wenigstens programmatisch – ankündigt, in einen größeren historischen Kontext zu stellen, um überhaupt die Frage nach der architektonischen Lebensform einer befreiten Menschheit stellen zu können.

Berlin

Heide Berndt

KARL-HEINZ HÜTER, *Architektur in Berlin 1900–1933*, Stuttgart: Kohlhammer 1987, 450 S., 520 Abb., Ln. DM 98,-.

Mit seinen fast 700 Abbildungen stellt dieser repräsentative Band eine umfassende Dokumentation des Bauens in Berlin während der zweiten Hälfte der Wilhelminischen Ära und der Weimarer Republik dar. Ein solcher Überblick ist

höchst willkommen, da es kaum Vergleichbares gibt, sondern eher zeitlich enger begrenzte Darstellungen z. B. über die Architektur der zwanziger Jahre und andererseits knappere Übersichten über längere Zeitspannen wie den anlässlich einer Ausstellung in der Westberliner Akademie der Künste 1964 erschienenen Katalog »Bauen in Berlin 1900–1964«.

Die Wiedergabe des Bildmaterials ist fast ausnahmslos von sehr guter Qualität. Vielleicht hätte an einzelnen Stellen des Bandes die Zuordnung der Bilder zum Text günstiger sein können, um häufigeres Umblättern zu vermeiden.

Der Autor hat den Stoff in vier Hauptkapitel untergliedert. Das erste Hauptkapitel befaßt sich in sieben Unterkapiteln mit den verschiedenen Stilrichtungen im Kaiserreich und in weiteren vier mit der Weimarer Zeit. Die drei folgenden Hauptkapitel sind zur Vertiefung der einzelnen Sparten des Baugeschehens gedacht und sind dem Wohnungsbau, dem Industrie- und Verkehrsbau sowie dem Bau von Geschäfts-, Büro- und Kulturbauten in der City gewidmet. Das Schaffen einzelner bedeutender Architekten wird besonders herausgestellt. So enthält das zweite, dem Wohnungsbau gewidmete Hauptkapitel eine Reihe von Unterkapiteln, die sich speziell mit der Tätigkeit von Martin Wagner, Paul Mebes, Bruno Taut und einigen weiteren Architekten, die mit ihnen eng zusammenarbeiteten oder deren Auffassungen teilten und weiterentwickelten, befassen. In dem Kapitel über Industriearchitektur wird zunächst das Verhältnis von Kunst zu Technik diskutiert und dann vor allem das architektonische Werk von Behrens, Hertlein und Grenander vorgeführt. In dem Kapitel über die City-Bauten geht es um Theater- und Kinoarchitektur, um Bürohaus- und Warenhausarchitektur und um die Frage des Hochhauses, wobei der Verfasser selbst einräumt, daß es im Berlin der Weimarer Zeit mit Bauten von maximal zwölf Geschossen eigentlich noch gar kein echtes Hochhaus gegeben hat.

Der Autor lehrte eine Zeitlang an der Hochschule für Architektur und Bauwesen in Weimar und lebt seit 1979 in Berlin. Diese seine Herkunft wird im Text gelegentlich in seiner Diktion spürbar, wiewohl man ihm im ganzen eine sehr sach-

liche Darstellung bescheinigen muß. In manchen Einzelheiten bleiben allerdings Wünsche offen.

So ist der Autor bestrebt, den Städtebau in den von ihm behandelten Epochen und das Schaffen einzelner Architekten auf dem Hintergrund des allgemeinen politischen Geschehens zu sehen. Das will nicht immer gelingen, da es aus Platzgründen nicht in der angemessenen Ausführlichkeit geschehen kann. Wenn Hüter z. B. am Beginn des Kapitels über Wohnungsbau und Stadtentwicklung in bezug auf die Grundstücks- und Bauspekulanten schreibt »Die engstirnige Bürokratie unterstützte sie dabei, indem sie Eingemeindungen verzögerte und dadurch das Bauland knapp hielt« (148), so ist das eine viel zu pauschale und daher nur zum Teil richtige Aussage. Die Eingemeindungen waren ja eine jahrzehntelange Streitfrage zwischen fünf Parteien mit Einstellungen pro und contra, nämlich dem Berliner Magistrat, den Berliner Stadtverordneten (die speziell wohl vom Autor gemeint sind), den betroffenen Gemeinden, den von etwaigen Ausgemeindungen tangierten Landkreisen und der preußischen Regierung. Um dieser Materie gerecht zu werden, bedürfte es weit mehr als des einen Satzes.

Ebenso pauschal bleibt in dem Bürohaus-Hochhaus-Kapitel die Feststellung, die deutschen Entwürfe blieben »frei von dem antiquierten Turmklischee, das damals fast allen real existierenden amerikanischen Hochhäusern zugrunde lag« (300). Hierzu müßte der Leser zumindest darüber informiert werden, daß es ab 1916 für New York City und bald auch für andere US-amerikanische Großstädte ganz speziell den Wolkenkratzerbau betreffende Bauvorschriften gab derart, daß das Zurückversetzen der Außenwände nach oben, die sog. set-backs, obligatorisch wurde. Diese Beschränkungen führten in der Praxis gegenüber der ersten Wolkenkratzergeneration in zwei neuen Wolkenkratzerotypen, dem einen, bei dem die Außenwände treppenartig nach jeweils einer bestimmten Geschosßzahl weiter zurückversetzt sind, und dem anderen, der ein relativ schmaler Turm auf einem breiten Sockel ist. Zu dieser Problematik sei auf das Buch von Paul Goldberger verwiesen: Wolkenkratzer, Stuttgart 1984. Im übrigen

schreibt sich der Wolkenkratzer im Original skyscraper, nicht skyskraper (306).

Auch die Darstellung des Wirkens von Hermann Muthesius bleibt etwas lückenhaft (61–65). Was macht nun wirklich den Unterschied zwischen Villa und Landhaus aus? Nirgendwo im Text kommt klar zum Ausdruck, daß zumindest *ein* wesentliches Merkmal des ja zeitlich etwas später anzusetzenden Landhauses die stärkere Einbeziehung der Natur, d. h. des Gartens, unter Verzicht auf die für die Villa so typische Freitreppe und damit auf das Sockelgeschoß ist. Neben Landhäusern wurden allerdings gleichzeitig auch weitere Villen gebaut.

Eine kleine Unstimmigkeit, die dem Rez. auffiel: Auf S. 22 steht über einem Bild der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche als Entstehungszeit 1896–1902; nach mehreren ihm zugänglichen Quellen wurde diese Kirche 1891–1895 erbaut.

Die vorgebrachten Einwände schmälern aber nicht den vorteilhaften Gesamteindruck des Werkes. Der vorliegende Band ist eine Bereicherung der Literatur über das vielfältige Bauge-schehen in Berlin während des ersten Drittels unseres Jahrhunderts.

Berlin

Burkhard Hofmeister

Autoren

CHRISTIAN GELLINEK, geb. in Potsdam, aufgewachsen in Berlin-Wannsee am Wildgatter. Abitur Hamburg-Harburg. Cand. jur. Göttingen 1957. Auswanderung, Banklehre, Lateinlehrer an Kanadas ältester Quäkerschule, Pickering College. Graduate Studium Yale PhD. 1964 und junior faculty 1964–1971. Gastprofessur und Habilitation Universität Basel 1974–1975. Prof. der deutschen Kulturgeschichte an der University of Florida 1971–1987. Derzeit an Münsters Stadtrechtsgeschichte arbeitend. Mehrere stadtrechtsgeschichtliche Veröffentlichungen.

KLAUS DUNTZE, geb. 1935. Studium der Theologie. Pfarrer in der Martha-Gemeinde Berlin-Kreuzberg von 1966–1977. Studienleiter der Evangelischen Akademie Berlin bis 1985. Seit April 1986 im Forschungsprojekt der Stiftung Volkswagenwerk »Die Rolle der Evangelischen Kirche bei der Stadtentwicklung in Berlin im 19. und 20. Jahrhundert« tätig.

ULRICH STARK, geb. 1941. Studium des Luftfahrzeugbaus an der TU Berlin. Nach dem Studium vier Jahre Lehre und Forschung an der TU Berlin. Promotion. Seit 1971 im Bereich der Stadtentwicklungsplanung und der Datenverarbeitung bei der Planungsleitstelle der Senatskanzlei und bei DATUM e.V. tätig. Seit 1982 Betreuung des Projektes »Die städtebauliche Entwicklung Berlins seit 1650 in Karten« beim Senator für Stadtentwicklung und Umweltschutz Berlin.

MARTIN GREIFFENHAGEN (1928). Nach Buchhandelslehre, Studium der Philosophie, Theologie, Literaturwissenschaft, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften Promotion in Philosophie. 1956–1958 Wissenschaftlicher Assistent an der Hochschule für Sozialwissenschaft Wilhelms-haven-Rüstersiel. 1962–1965 Professor für Politikwissenschaft an der PH Lüneburg. Seit 1965 Direktor des Instituts für Politikwissenschaft an der Universität Stuttgart. Zahlreiche Veröffentlichungen im besonderen zur politischen Kultur Deutschlands.

Notizen

Profildienst Denkmalpflege

In der Bundesrepublik Deutschland tragen die Städte und Gemeinden inzwischen die Hauptlast der denkmalpflegerischen Maßnahmen sowohl im organisatorischen als auch im finanziellen Bereich. Denkmalschutz ist aber immer auch hoheitliche Landesaufgabe. Die Denkmalliste muß staatlich legitimiert sein; überregionale Gesichtspunkte und flächendeckende Rücksichten lassen sich von überörtlichen bzw. staatlichen Ebenen besser durchsetzen:

Reichweite und Grenzen des Denkmalschutzes, Denkmalpflege und Stadtbildpflege, denkmalpflegerische Maßnahmen und Aktivitäten der Städte und Gemeinden, Zuschüsse und Steuervergünstigungen für Denkmaleigentümer. Zielgruppe dieses Profildienstes sind: Verwaltungsvertreter aus den Bereichen Denkmalpflege, Stadtplanung, Kultur, Stadtarchiv, -museum, städtische Bibliotheken, Öffentlichkeitsarbeit sowie politische Mandatsträger.

Der Profildienst Denkmalpflege ist der 15. Profildienst, den das Difu herausgibt. Im Rahmen dieser Dienstleistung werden aktuelle Materialien zu verschiedenen kommunalen Schwerpunkten zusammengestellt, um den Zuwendern aktuelle Information zu bieten, die sonst nur schwer zugänglich sind. Profildienste sind nur für den verwaltungsinternen Gebrauch gedacht und werden ausschließlich Zuwendern zur Verfügung gestellt. (Weitere Informationen: Dipl.-Soz. Claus-Peter Echter, Difu-Köln, Telefon (0221) 3771-145)

Gefragtes Stadterneuerungsprogramm

Das sogenannte Stadterneuerungsprogramm, mit dem von Bund und Land seit mehreren Jahren Sanierungsmaßnahmen der baden-württembergischen Städte und Gemeinden gefördert werden, ist anscheinend zu einem wahren »Renner« geworden. Nach Angaben des baden-württembergischen Innenministers Dietmar Schlee, der jetzt eine Zwischenbilanz des Programms, das für das kommende Jahr 1989 erneut ausgeschrieben wird, vorlegte, werden derzeit 1133 »städtebauliche Erneuerungsmaßnahmen« in 608 der 1111 Kommunen des Landes unterstützt.

Besonders gut angenommen wird das Erneuerungsprogramm offenbar von den baden-württembergischen Städten und Gemeinden mit mehr als 10000 Einwohnern. Von diesen nehmen inzwischen fast 95 Prozent Programm-Gelder in Anspruch, gefördert werden damit 567 Sanierungsmaßnahmen – umgerechnet bedeutet dies, daß in jeder der Groß-Kommunen im Durchschnitt drei Erneuerungsgebiete bearbeitet werden. Nach Ministeriums-Angaben gehen inzwischen allerdings auch immer mehr kleinere Gemeinden daran, ihre Altbaugelände aufzuwerten und neu zu gestalten. Der Innenminister dazu: »Heute sind etwa 82 Prozent aller baden-württembergischen Gemeinden in der Größenordnung von 5000 bis 10000 Einwohnern in der städtebaulichen Erneuerung vertreten.« Und auch die Klein-Gemeinden mit weniger als 5000 Einwohnern, die den Großteil ihrer Sanierungsmaßnahmen ja mit Hilfe des Dorfentwicklungs-Programms finanzieren können, bedienen sich mittlerweile schon zu 33 Prozent auch noch aus dem Stadterneuerungsprogramm.

Immer mehr gewinnt dabei die Sanierung von Industrie- und Gewerbebrachen an Bedeutung:

Mehr als 20 industrielle Brachflächen, die jetzt wieder »auf Vordermann gebracht« werden sollen, wurden in den vergangenen drei Jahren in das Programm aufgenommen. Weit überproportional griffen Kommunen aus dem sogenannten ländlichen Raum auf Programm-Gelder zurück. Während lediglich 40 Prozent der baden-württembergischen Bevölkerung auf dem Land leben, befinden sich dort 53 Prozent aller Erneuerungsgebiete, und 49 Prozent der bisher bewilligten Städtebauförderungsmittel (etwa 1,93 von insgesamt 4,07 Milliarden Mark) flossen nach Berechnungen des Innenministeriums in den ländlichen Raum.

Kompetenzen bei der Stadtsanierung

Vom baden-württembergischen Innenministerium ist ein Erlaß herausgegeben worden, der die Kompetenzen bei anstehenden Sanierungen neu regelt. Das Papier ist als Handreichung gedacht und basiert auf bestehenden Rechtsvorschriften. Als solches wurde es auch nicht veröffentlicht, sondern auf dem sogenannten kleinen Dienstweg den Gemeinden zugeeignet.

Im grundsätzlichen Teil des neuen Erlasses schreibt das Innenministerium fest, daß die Stadtsanierung Aufgabe der kommunalen Selbstverwaltung und diese immer Herr des Verfahrens sei. Auch liegt es an ihr, ob sie sich überhaupt der Instandsetzung und Modernisierung von Baudenkmalen widmet. Ist dies aber der Fall, kommen auf die Denkmalpflege vielfältige Aufgaben zu. Zu »frühzeitiger« Unterrichtung sind die Kommunen verpflichtet, damit das Landesdenkmalamt mit der Erstellung einer Grobanalyse »ausreichenden zeitlichen Spielraum« hat, den Denkmalbestand aufzulisten und eine erste Stellungnahme abzugeben. In der Vorbereitungsphase liegt es an ihm, »die Wertigkeit einzelner Bau- und Kulturdenkmale« festzustellen. Das Amt meldet somit auch an, ob aus kunsthistorischer oder archäologischer Sicht längere Untersuchungen notwendig sind. Diese Entscheidung wiederum ist entscheidend für die Verteilung der anfallenden Kosten.

Auf Anregung der vier Regierungspräsidien im Südwesten haben die Denkmalbehörden zu dem Erlaß eine Prioritätenliste erstellt, die eine Übersicht über die denkmalpflegerischen Schwerpunkte im Lande gibt. Wurden auf der ersten Referentenbesprechung im Herbst letzten Jahres in Esslingen noch 100 Städte und Gemeinden genannt, so listet das Innenministerium nun 41 Namen auf, die für die Konservatoren wegen ihrer mittelalterlichen oder frühneuzeitlichen Substanz von Bedeutung sind. Hierzu wurden auch Lagepläne samt Legenden mit den »neuralgischen Zonen« mitgeliefert.

Denkmalpflege in Mainz

Die Stadtverwaltung Mainz hat ein Informationsblatt herausgebracht, das den Eigentümern älterer Häuser helfen soll, bei Renovierungen das Kennzeichnende und Unverwechselbare der historischen Substanz zu erhalten. Die Tips des Amtes für Stadtsanierung und Denkmalpflege beziehen sich auf die Renovierung von Fenstern, Türen, Dächern und Fassaden. Außerdem enthält das Faltblatt Hinweise auf Behörden, die im Einzelfall Auskünfte und Ratschläge erteilen können. Dazu kommt eine umfassende Information über Vorschriften, die helfen, Kulturdenkmäler zu erhalten. (Auskünfte: Presse- und Informationsamt, Rathaus, 6500 Mainz 1, Tel. 06131 / 2218.)

Lissaboner Altstadt wird restauriert

Die bei einem Großbrand teilweise zerstörte Lissaboner Altstadt wird im alten Stil wieder aufgebaut. Das entschied eine technische Kommission der Stadtverwaltung nach einer eingehenden Bestandsaufnahme. Ob das Feuer durch Brandstiftung in einem Kaufhaus ausbrach, konnte bislang nicht geklärt werden. Die Flammen hatten zwölf Stunden in den Stadtteilen Baixa und Chiado gewütet und mehrere Straßenzüge verwüstet. Nur zwei Gebäude werden abgerissen und neu aufgebaut. Bei den übrigen könnten die

Fassaden aus dem 18. Jahrhundert gerettet werden. Die Arbeiten sollen im Juli kommenden Jahres beginnen.

Nach 4000 Jahren...

Die Sphinx, die am Eingang zu den Pyramiden von Gizeh wacht, ist weiterhin akut gefährdet. Aus dem Körper des Löwen mit Königskopf drohen fünf Gesteinsbrocken herauszubrechen, wie die halbamtliche Zeitung »Al Ahram« in Kairo berichtete. Der für den Pyramidenbereich zuständige Direktor der Altertümerverwaltung, Zahi Hawas, kündigte an, man werde jetzt provisorische Stützen anbringen. Die vor fast viertausend Jahren gebaute Sphinx, die aus einem beim Steinebrechen für die Pyramiden stehengebliebenen Sandsteinfelsen gehauen wurde, zerfällt zunehmend unter Umwelteinflüssen. Laut »Al Ahram« konnte sich ein Expertenausschuß, im Februar nach dem Herausbrechen eines größeren Stückes aus der Schulter gegründet, bislang auf keine Restaurierungsmethode einigen.

Denkmalschutz-Preise

Auszeichnungen des Nationalkomitees

Mit dem in diesem Jahr zum zehnten Mal vergebenen Friedrich-Karl-Schinkel-Ring zeichnete das Deutsche Nationalkomitee für Denkmalschutz am 5. Dezember 1988 in Berlin den Ost-Berliner Denkmalpfleger Ludwig Deiters aus. Der Preisträger war von 1961 bis 1986 Generalkonservator des Instituts für Denkmalpflege der DDR. Nach seinem 1985 geehrten Dresdener Kollegen Hans Nadler ist Deiters der zweite Preisträger, der aus der DDR kommt. Mit der Preisverleihung würdigte das Komitee die Verdienste von Deiters um eine deutsch-deutsche Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Denkmalpflege. Darüber hinaus habe der Ost-Berliner Wissenschaftler wesentlich zu einem wissenschaftlichen Erfahrungsaustausch der europäischen Länder beigetragen und unter schwierigsten Nachkriegsbedingungen für die bedeu-

rende Denkmallandschaft der DDR eine international angesehene Denkmalpflege mitaufgebaut.

Für ihr Engagement um die Erhaltung des baulichen und archäologischen Erbes erhielten insgesamt zehn Persönlichkeiten und Gruppen den Deutschen Preis für Denkmalschutz 1988, der aus dem Friedrich-Karl-Schinkel-Ring, der »Silbernen Halbkugel« und vier Journalistenpreisen besteht. Die mit fünftausend Mark dotierten Journalistenpreise erhielten mit Barbara Hildebrandt, Wolfgang Neumann-Bechstein, Georg F. Förtsch und Gerd Dieter Liedtke jeweils zwei Mitarbeiter des ZDF und des Bayerischen Rundfunks.

Mit der Silbernen Halbkugel wurde neben Erhard Bouillon, Robert Knüppel, Hans P. Koellmann und Marie-Luise Niewodnizanska auch die Feuilleton-Redaktion der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung« für die Artikelserie »Pfeffelfälle« ausgezeichnet.

Die Deutschen drängen ins Museum

Der Museumsbesuch wird in der Bundesrepublik immer beliebter: Nach einer Erhebung im Auftrag des Deutschen Museums (DMB) fanden 1987 über 66,3 Millionen Menschen den Weg in bundesdeutsche Ausstellungshallen. Diese Zunahme um fast sechs Prozent oder rund vier Millionen gegenüber dem Vorjahr schreibt der Museumsbund in seiner jetzt veröffentlichten Statistik vorwiegend der Anziehungskraft besonderer Leckerbissen wie etwa Sonderausstellungen oder Jubiläen zu. So habe zum Beispiel die 750-Jahr-Feier Berlins mit ihrer Fülle von Veranstaltungen die Besuchszahlen um über hundert Prozent gesteigert. Grundlage der vom Institut für Museumskunde in Westberlin für DMB und die Staatlichen Museen Preussischer Kulturbesitz erarbeiteten Bilanz sind Daten aus insgesamt 1840 Museen. Eine Zunahme der Besuchszahlen konnten danach vorwiegend die großen Häuser mit mehr als hunderttausend Besuchern pro Jahr verbuchen. Die größten Steigerungsraten hätten naturwissenschaftlich-technische und Kunstmuseen aufzuweisen. 544 Museen, in die insgesamt

6,9 Millionen Besucher mehr gekommen seien, stünden aber rund vierhundert Museen »mit deutlichen Abnahmen der Besuchszahlen« um vier Millionen gegenüber. 1987 sei ein Viertel der erfaßten Einrichtungen nicht in der Lage gewesen, ganzjährig oder -täglich Besuchern offen zu stehen.

DIFU-Seminarprogramm

Neue Ansätze kommunaler Öffentlichkeitsarbeit (27. 2. bis 2. 3. 1989); Gewerbegebiete – Aufwertung durch städtebauliche Gestaltung (6. 3. bis 9. 3. 1989); Selbständigkeit und Alter. Neue Tendenzen der Altenplanung (13. 3. bis 17. 3. 1989) –; Umweltverträglichkeitsprüfung. Ein ei-

genständiges Instrument kommunaler Umweltschutzpolitik? (17. 4. bis 20. 4. 1989); Telematik. Handlungsbedarf für die kommunale Wirtschaftspolitik? (8. 5. bis 12. 5. 1989); Kontaminierte Standorte. Vorbereitung und Durchführung von Sanierungsarbeiten (22. 5. bis 26. 5. 1989); Sind unsere Städte noch zu regieren. Zur Diskussion um eine Reform des Gemeindeverfassungsrechts (11. 6. bis 13. 6. 1989).

Die Seminare finden in den neuen Tagungsräumen des Deutschen Instituts für Urbanistik statt. Die Teilnehmer werden vom DIFU in nahe gelegenen Hotels und Pensionen untergebracht. Anforderung von Einzelprogrammen, Anfragen und Anmeldungen an: Deutsches Institut für Urbanistik, Straße des 17. Juni 110, Postfach 126244, 1000 Berlin 12.

Besprechungen

FERDINAND GREGOROVIVUS, *Geschichte der Stadt Rom im Mittelalter. Vom V. bis zum XVI. Jahrhundert. Herausgegeben von Waldemar Kampf. Vollständige Ausgabe in sieben Bänden (bzw. 3 zweifachen Teilbänden und einem vierten Einführungs- und Anmerkungsband), München: Deutscher Taschenbuch Verlag 1988, insges. 2682 S., 234 Abb., in Kassetten DM 98,-.*

Es gibt Geschichtsbücher, wie jedermann weiß, die zu »Klassikern« und zur Literatur geworden sind, Gustav Freytags »Bilder aus der deutschen Vergangenheit« oder Joseph Vogts »Geschichte der römischen Republik«, Johannes Hallers »Epochen der deutschen Geschichte« oder Golo Manns »Deutsche Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts«. Die Reihe ließe sich mühelos fortsetzen, für den angelsächsischen Raum in größerem Maße, aber auch im Blick auf die deutschsprachige Literatur. Nicht nur »Epochenbände« gehören in diese Spezies, auch, in der Gründerzeit hat das begonnen, Bücher zur Kulturgeschichte und zur Alltagsgeschichte, Monographien und vor allem Biographien. Im Grunde sind alle »Disziplinen« vertreten, die politische Geschichte, die Sozialgeschichte, die Kriegsgeschichte und so fort. Nur die Stadtgeschichte nicht. Die klassische Geschichte einer deutschen Stadt, wir hätten mit Köln oder Nürnberg oder Berlin doch wahrlich diskutabile Vorlagen, gibt es nicht.

Ferdinand Gregorovius hat mit seiner in acht Bänden 1859–1872 erschienenen »Geschichte der Stadt Rom im Mittelalter« eine solche klassische Stadtgeschichte in deutscher Sprache geschaffen. Und es war, um das gleich vorab zu sagen, ein höchst verdienstvolles Unternehmen des Deutschen Taschenbuch Verlags, dieses

Zweieinhalbtausend-Seiten-Werk erneut und bestens ergänzt herauszubringen. Es ist die vollständige und überarbeitete Neuauflage der erstmals 1953–1957 in der Wiss. Buchgesellschaft in Darmstadt erschienenen und von Waldemar Kampf besorgten Ausgabe. Mit anderen Worten: Gregorovius' Rom-Werk wird, wie Kampf einmal innerhalb seiner »Editorischen Hinweise« sagt, »heute noch gelesen«, und wir hoffen nur, daß diese stilvoll und sinnvoll illustrierte Ausgabe ihre weiteren Auflagen erleben wird; allein vom buchtechnischen, um nicht zu sagen bibliophilen Gesichtspunkt her hätte diese wunderschöne Ausgabe es verdient.

Das Rom-Buch von Gregorovius, der mittlerweile auch in Italien und den Vereinigten Staaten zu den Klassikern gehört, ist Dutzende Male rezensiert worden, Kampf hat die Rezeptionsgeschichte treulich aufgezeichnet und für eilige Leser die wichtigsten oder wohl auch originellsten Urteile auf den hinteren Umschlagseiten der Bände abgedruckt. Best- und Longseller innerhalb der Geschichtswissenschaft stehen im Geruch, wissenschaftlich unerhebliche Beisteuer zu sein; in der deutschen Wissenschaftstradition gehört das nach wie vor zum guten Ton. Ein vielgelesenes Buch, meint der rechte »Wissenschaftler«, kann kein gutes Buch sein. So konstatiert denn Heinrich Ritter v. Srbik 1950, es sei mit dem Rom-Buch »kein Werk der Fachwissenschaft, aber doch ein Werk reichster archivalischer Forschung« entstanden, womit das Problem noch vertrackter geworden ist: kein fachwissenschaftliches Buch, aber doch eines umfassender archivalischer Forschung? Nach welcher Wertkategorie nominiert man denn ein Geschichtsbuch zum wissenschaftlichen Buch wenn nicht nach dem Grad seines historisch-kritischen Apparats? Ein Buch »reichster archivalischer Forschung«, das dennoch »kein Werk der Fachwissenschaft« ist? Friedrich Baethgen, Kenner der Materie wie wenige, meint 1958, in seinem

Sinn für das Interessante sei Gregorovius »manchen Vertretern der kritischen Forschung stark überlegen« gewesen. Und Paul F. Kehr, unter den Methodikern und Theoretikern in der deutschen Geschichtswissenschaft einer der Großen, gesteht 1921, er habe für seine eigenen Arbeiten bei Gregorovius oft Rat geholt. Gregorovius habe »den römischen Forschungen einen großen Anstoß gegeben«.

Als »unwissenschaftlich« kann man des Autodidakten Gregorovius monumentales Werk also nicht abtun. Sein eigener Anmerkungsapparat hatte bereits einen so breiten Boden, daß man ihn auf sinnvollste Weise weiterführen und auf den Stand unserer Gegenwart bringen konnte. Und Gregorovius hat seine Fußnoten so wenig zum naiven und bloßen »Nachweis« und so häufig zum aberlickten Ort wissenschaftlicher Spezialauseinandersetzung benutzt, daß sich noch der heutige Experte angesprochen fühlen und in unmittelbarem Anschluß »weitermachen« kann.

Aber Gregorovius ist mehr als rubrizierender und Anmerkungen auftürmender Spezialist. Er ist wertender Historiker mit großartigem Weitblick und unverkennbar künstlerischer Fertigkeit. Er erzählt (noch) Geschichte. Aber er entledigt sich dieser Aufgabe nicht in irgend kleinkariertem Seitenblick auf den potentiellen Leser, sondern sichtlich gefangen durch sein Sujet und durch die Sache. Großartig diese Zusammenschau, großartig diese Sprache, die der allemal dramatischen Vorlage – »Rom« ist natürlich ein Thema! – in der scheinbar gezügeltesten Sachlichkeit nicht nachfolgt, sondern vorausgeht. Geschichtsforschung mag eine hölzerne Sache und mag Kärrnerarbeit sein, notwendig selbstverständlich und unerlässlich allemal. Geschichtsschreibung ist bei aller Gebundenheit an die Quelle auch eine künstlerische Sache. Gregorovius hat dies in souveräner Weise demonstriert.

Und er hat eine in hundert, in tausend Facetten sich zeigende Geschichte einer Stadt, der Stadt, zusammengewungen in ein Werk von epischer Größe. Einer allein könne die Geschichte einer größeren oder gar großen Stadt heute nicht mehr schreiben. Das könne man nur noch von einem Team machen lassen. Wir kennen dieses Rezept. Und es ist keine Frage, daß viele dieser stadtrei-

schichtlichen Sammelbände, die heute als »Stadtgeschichte« figurieren, Wertvollstes geleistet haben und noch leisten. Aber mit dem Beziehungsfeld Autor-Publikum-Darstellungskunst haben solche Sammlungen nichts mehr zu tun, ganz abgesehen davon, daß ihre theoretisch-didaktische Provenienz überhaupt noch zu klären wäre. Berichtet einem der Herausgeber eines solchen Sammelbandes für eine Mittelstadt voller Stolz, er habe über zwanzig Mitarbeiter zusammengebracht: als ob Geschichte je in materieller Vollständigkeit erfaßt werden könne. Auch zwanzig Mitarbeiter können nicht alles sagen, wie umgekehrt eine Stadtgeschichte ebenso viel Fragen aufwirft wie eine (machbare) Universalgeschichte auch. Der geschichtliche Mikrokosmos einer Stadt kann durchaus von einer Hand erfaßt und beschrieben werden. Es muß freilich die Hand eines Mannes vom Schlage des Ferdinand Gregorovius sein.

Stuttgart

Otto Borst

ERNST KÜNZL, *Der römische Triumph. Siegesfeiern im antiken Rom (Beck's Archäologische Bibliothek), München: Beck 1988, 171 S., 100 Abb., brosch. DM 38,-.*

Mit dem hier zu besprechenden Buch hat sich der Autor eines reizvollen Themas angenommen. Über Jahrhunderte hinweg – bis ins 4. Jahrhundert n. Chr. hinein – war der Triumph das wichtigste römische Stadtfest, das in seiner Verflechtung von Religion und Politik geradezu vorbildhaft einen Grundzug des öffentlichen Lebens im antiken Rom widerspiegelte. Von der Bedeutung der (auf die Etrusker zurückgehenden) Siegesfeiern im Rom der Republik und der Kaiserzeit zeugen heute noch Monumente wie die Ehrenbögen des Titus, Septimius Severus und Konstantin oder die als fasti Capitolini bekannten Triumphlisten im Konservatorenpalast auf dem Kapitol. Künzl betrachtet das Phänomen »Triumph« vornehmlich aus dem Blickwinkel des Archäologen und Kunsthistorikers, ohne freilich die zahlrei-

chen literarischen Nachrichten aus der Antike zu vernachlässigen. Ausgehend von dem detaillierten Bericht des Flavius Josephus über den jüdischen Triumph des Titus im Jahre 71 n. Chr. (9–13) widmet der Verf. neun weitere Kapitel einer Vielzahl von mit dem römischen Triumph zusammenhängenden Fragen und Aspekten. Leider ist die thematische Kohärenz und die Aufeinanderfolge der einzelnen Abschnitte nicht in jedem Fall überzeugend, so daß der Leser eine ganze Reihe von Wiederholungen und Überschneidungen in Kauf nehmen muß. Hier wäre eine klarere Konzeption und Strukturierung von Vorteil gewesen. Dennoch erfährt man höchst Instruktives und geläufige Vorstellungen Präzisierendes über den Weg des Triumphzuges zum Kapitol (30–44; 65 ff.), die Ehrenbögen und Triumphlisten (45–64), die Organisation (65–84), die politische und religiöse Stellung des Triumphators (85–108). Ausführlich befaßt sich der Verf. mit der seit ca. 200 v. Chr. einsetzenden Gewohnheit der siegreichen Feldherrn, ihre Triumphzüge mit geraubten Kunstobjekten aus den unterworfenen Gebieten (vor allem des Ostens) zu dekorieren (109–118). Die Kaiserzeit sieht Künzl als »Spätphase des römischen Triumphes« (119) an: Zwischen 71 und 303 n. Chr. haben die Kaiser diese besondere Form der Selbstdarstellung ausschließlich sich selbst vorbehalten (119–133). Den Abschluß des Buches bilden kurze Ausführungen zum Fortwirken der römischen Triumphalidee in Mittelalter und Neuzeit (134–140) sowie ein die Darlegungen des Autors veranschaulichender Anhang »Testimonia« (141–150) mit zwölf antiken Textzeugnissen in deutscher Übersetzung, die Bezug nehmen auf »große« Triumphe der Republik und der Kaiserzeit.

Was das Buch insgesamt kennzeichnet, ist die Neigung des Autors zur Akribie in Detailfragen. Dies gilt besonders für die Darlegungen zur äußeren Ausgestaltung des Triumphzuges (65 ff.). Freilich setzt hier die Quellsituation dem Erkenntnisstreben enge Grenzen. Wenn der Verf. Erfahrungen mit dem Mainzer Rosenmontagszug heranzieht, um Aufschlüsse über den organisatorischen Ablauf einer Massenveranstaltung wie dem römischen Triumphzug (in der

Kaiserzeit vielleicht bis zu 400 000 Zuschauer) zu gewinnen, so ist dies nicht nur einfallsreich, sondern in mancher Hinsicht auch weiterführend. Viele Fragen müssen jedoch notgedrungen offenbleiben, Künzl versucht sie dennoch zu beantworten, bleibt dabei häufig im Hypothetischen stecken (s. bes. 74 ff.) oder spekuliert gelegentlich des Guten zuviel (z. B. S. 82 die Überlegungen zum Blutverlust eines Opferstiers und zum Problem der Beseitigung des Blutes). Positiv fällt dagegen die umfassende Einarbeitung der Forschungsliteratur ins Gewicht, auch wenn auf eine kritische Auseinandersetzung weitgehend verzichtet wird. In einem zentralen Punkt bezieht der Verf. aber klar Position: Die Person des Triumphators interpretiert er überzeugend als gleichzeitige Verkörperung von Gott (Iuppiter) und altrömischem König (rex) (96).

Trotz des Bemühens des Autors, alle Aspekte des römischen Triumphes zusammenzufassen, vermißt man doch das Eingehen auf manch historisch relevanten Punkt. Dazu gehört z. B. der Umstand, daß sich in der späten Republik der Triumph unter Verlust seiner religiösen Bedeutung zu einem Instrument der Virtus-Demonstration ambitionierter Politiker wandelte. Mancher Feldzug (z. B. Crassus gegen die Parther) wurde nur deshalb unternommen, um anschließend in Rom als Triumphator einzuziehen und im aristokratischen Konkurrenzkampf Pluspunkte zu sammeln.

Nicht genügend gewürdigt wird auch die Wirkung von Triumphzügen auf das römische Publikum. Nach den Worten G. Walsers (Caesar und die Germanen, Historia Einzelschr. 1, Wiesbaden 1956, 84) stellte der Triumph den »bildhaftesten Ausdruck der politischen Ethnographie« dar. Die siegreichen Feldherrn nutzten die Gelegenheit, der stadtrömischen Bevölkerung anhand von Gefangenen und mitgeführten Bildern, Inschriften und Gerätschaften einen repräsentativen Eindruck von Kultur und Zivilisation der besiegten Völkern zu vermitteln. Insofern hatten die Triumphzüge auch einen gewissen Wert als Medium römischer Fremdenkenntnis und -einschätzung.

Uneingeschränkt zu loben ist die gediegene Aufmachung und sorgfältige Herstellung des Bu-

ches (ein kurioser Irrtum nur auf S. 70: statt »Volkstribünen« – was vom Sinn her auch möglich wäre – muß es »Volkstribunen« heißen). Gleiches gilt für die üppige Ausstattung mit z. T. sehr originellen, die Ausführungen im Text vorzüglich ergänzenden Fotos, Abbildungen und Planskizzen. Abgerundet wird das Werk durch Bibliographie, Zeittafel, Reliefliste und Index.

Alles in allem findet der sog. »interessierte Laie« in Künzls Buch eine gut lesbare und gut dokumentierte Darstellung, der Experte wird dankbar sein können für eine insgesamt kompetente Zusammenfassung des Forschungsstandes, die man trotz ihrer Schwächen dem modernen Standardwerk von H. S. Versnel (Triumphus, 1970) an die Seite stellen darf.

Stuttgart

Holger Sonnabend

BÜRGERSINN UND AUFBEGEHREN. *Biedermeier und Vormärz in Wien 1815–1848. Ausstellungskatalog, Wien/München: Verlag Jugend und Volk 1988, 690 S., zahlr. Abb., geb. DM 135,-.*

Ausstellungskataloge, oft mehrbändig und »gewichtig« auf alle Fälle, treten, als solche wohl noch kaum erkannt und gewertet in ihrer Bedeutung, als neue Gattung am Himmel der geisteswissenschaftlichen Darstellung auf. Wie neu und zugleich selbstbewußt dieses Genos ist, verrät der Versuch, die monumentalen Bände zu bibliographieren: von System oder Durchsichtigkeit kann keine Rede sein. Der eine und andere Museumsdirektor hat denn auch erklärt, er wolle seine Ausstellungsbände gar nicht dem Buchhandel übergeben, er möge die moderne »Kommerzialisierung« nun einmal nicht.

Auch unser hier anzuzeigendes Buch ist ein Ausstellungskatalog, und zwar zur 109. Sonderausstellung der Historischen Museen der Stadt Wien, die unter der Überschrift »Bürgersinn und Aufbegehren« im Künstlerhaus am Karlsplatz vom 17. Dezember 1987 bis zum 12. Juni 1988

über die Bühne gegangen ist. »Verfasser« gibt's bei den Katalogen keine mehr, und so tut man sich allemal schwer, den Band (oder die Bände bibliographisch »aufzuhängen« (und hernach in der modernen Büchermasse zu finden). Senatsrat Dr. Günter Dürriegl hat dem mehr als halbttausendseitigen großformatigen Band eine halbe Seite Vorwort mitgegeben und dabei die Umstände angedeutet, »unter denen wir alle zu einem Team geworden sind«. Rez. geht davon aus, daß man in Hans Dürriegl auch den Herausgeber erkennen könnte.

Wer Biedermeierliches aus einer Stadt wie Wien, ganz sicher der Kapitale des europäischen Biedermeier, zusammenträgt, gerät in jene Gefahr, die diese neue Gattung »Museumskatalog« überhaupt heraufbeschwört: die Geisteswissenschaften und im besonderen die Geschichtswissenschaften in einem Alexandrismus versacken zu lassen, den wir glaubten im 19. Jahrhundert (oder noch früher) zurückgelassen zu haben. Wissenschaft als Sammeln, Rubrizieren, Etikettieren, Beschreiben. Das schöpferisch-interpretierende Ordnen, die Wertung und Deutung und möglicherweise sogar die Sozialisation der einzelnen Disziplin gehen unter in einem Meer von Nummern und Zetteln und Regesten. Rez. fügt ungeniert an, daß das Wiener Team mit seiner Biedermeier-Ausstellung (und Katalogisierung) dieser Gefahr nicht erlegen ist. Knapp und klar ist das Meer von Zeugnissen, von Porzellan und Tagebüchern, von Deckelterrinen und Armlehresseln, von Berthauben und Handkörbchen in ein überschaubares Delta von 18 Flußarmen zusammengewungen, die nun freilich alles bedeuten, was die Welt von damals im großen Wien bedeuten mochte, Musik und Politik, Wohnkultur und Theater, Baukunst und Erfindungen, Theater und Literatur, Technik und Freizeit und Alltag und so weiter.

Der Band hat sicherlich »fast« alles registriert, was an Vorzeigbarem zum »Biedermeier« in Wiens Schränken und Vitrinen aufbewahrt war. Und das Ausstellungs- und Herausgeberteam hat sich nachweislich auch Gedanken darüber gemacht, unter welcher Überschrift man diese Massen zu bändigen vermöchte. Die Frage nach dem wissenschaftlichen Ertrag eines solchen Un-

ternehmens ist damit zugleich gestellt. Sollte es nur darum gegangen sein, dem aus nah und fern angerückten Publikum ein möglichst munteres Panoptikum zu zeigen? Dürig hat in seinem knappen Rechenschaftsbericht darauf aufmerksam gemacht, daß »die vordergründige Glätte und Ebenmäßigkeit der Jahre zwischen 1815 und 1848« sehr deutlich »Sprünge und Brüche« aufzeige. Die Ausstellung habe neben der Idylle des Biedermeier auch »die Gebrochenheit der Zeit« aufzeigen wollen und müssen.

Das ist nun, bei aller Hochachtung vor dieser immensen und vorbildlichen Fleißarbeit des Wiener Teams, keine neue Erkenntnis. Der Vormärz ist eine Epoche der Entzweiung, zwischen Staat und politischer Ideologie, zwischen Individuum und Gemeinschaft und so weiter. Der Band bringt eine fast endlose Strecke von Dokumentarmaterial, übrigens ohne in den bei ähnlichen Katalogen üblichen Fehler zu verfallen, einen Teil der Abbildungen so klein zu bringen, daß man mit ihnen kaum mehr etwas anfangen kann. Der Band bringt auch Abhandlungen zu einzelnen politikgeschichtlichen, sozialgeschichtlichen, literargeschichtlichen Themen, deren Wert erst im Verlaufe der Zeit ganz erkannt werden wird. Aber er bringt nicht die knappe Endsumme, die Bilanz unter dem Strich, das Generalurteil. Die Verlegenheit um eine alle Entwicklungen und Entwicklungsformen klärende Deutung macht die Überschrift über diese Monumentalausstellung am besten deutlich: »Bürgersinn und Aufbegehren« bleiben verschwommene Begleitwörter, die keinesfalls eine Antithese meinen, aber auch keine Synthese andeuten, und der Untertitel »Biedermeier und Vormärz« suggeriert einen Gegensatz oder zumindest zwei Welten, wo doch von *einer* Welt die Rede ist, nämlich der Zeit zwischen 1815 und 1848. Sind »Biedermeier« und »Vormärz« zwei Paar Stiefel? Ich denke, das hätten wir längst geklärt. Der übergreifende Begriff ist Vormärz. Unter diesem bloßen Zeitbegriff subsumieren sich die verschiedensten Strömungen, die literarisch-biedermeierlichen, die frühsozialistischen, die technologischen, die naturwissenschaftlich-exakten, die demokratisch-ideologischen und so fort. Bezeichnend, daß im Buch immer wieder – und entgegen dem Ausstel-

lungs-Untertitel – die ganze Epoche mit »Vormärz« apostrophiert wird.

Fazit: Derlei historische Großausstellungen verlangen beides, minuziöse Detailarbeit und gedankliche Klarheit in der didaktischen Zielsetzung der Dokumentation. Wo sind in der Ausstellung jene »Brüche«, von denen – mit vollem Recht – die Rede war, sichtbar geworden? Wobei natürlich sofort die andere Frage sich anmeldet, ob man derlei Kontinuitätsbrüche, ob man diese inneren Wechselspiele der Zeit, ob man Geschichte überhaupt »zeigen« kann.

Stuttgart

Otto Borst

PETER GAY, *Die Republik der Außenseiter. Geist und Kultur der Weimarer Zeit 1918–1933. Aus dem Amerikanischen von Helmut Lindemann. Vom Autor durchgesehene Neuauflage, Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuch Verlag 1987, 253 S.*

Mit einem »Vorwort zur Neuauflage« ist Peter Gays großer Essay über Geist und Kultur der Weimarer Zeit erneut erschienen, ein Buch, das auch für die Stadtgeschichte Bedeutendes abwirft. In der, man würde zuviel sagen, wollte man anmerken: eleganten Übersetzung gibt Gay einen großartigen Überblick, der den geistes- und kulturgeschichtlichen Linien gilt, nicht aber dem allgemeinen politikgeschichtlichen Gerüst. Auch der fünfundzwanzigseitige »Anhang«, in dem die – im Hauptteil glücklicherweise fehlende – Ereignisgeschichte auf eine etwas dünne und vordergründig-chronikalische Art nachgeholt wird, vermag da nichts daran zu ändern: das Büchlein gilt der Weimarer Epoche als einer geistigen Epoche, und es faßt hier, siehe die beigegebene und ungemein wertvolle Bibliographie zu den einzelnen Unterkapiteln dieser Kulturgeschichte, zusammen, was in Autobiographien und Tagebüchern, in Zeitberichten und Abhandlungen weitverstreut als Material sich abgelagert hat.

Unumgänglich, daß Gay den »Weimarer Stil« weit vor die Zeit des Ersten Weltkrieges zurück-

datiert, daß er die »Novemberrevolution« freundlicher und positiver beurteilt, als die deutsche Geschichtsschreibung das bislang zu tun vermochte. Diese »Revolution« habe eine ganze Menge erreicht, wenn es auch töricht gewesen sei, die alten kaiserlichen Beamten weiter regieren zu lassen. Ob die Vernunftrepublikaner vom Schlage Thomas Manns oder Meineckes Gutes gebracht haben, ob die Republik als Ganzes nun ein »Triumph der Mittelmäßigkeit« war, ob viele Literaten nur an der »Herabsetzung der Weimars« arbeiteten und die Historie mehrheitlich sich vom Geist des »gotischen Deutschland« nährte: Gay macht unausgesprochen klar, daß der politischen Geschichte dieses in völligem Desaster endigenden Jahrzehnts eine kulturelle Geschichte einherlief, die ihre eigene Geltung und ihre eigene Größe hatte. Rez. würde in diesem Betracht nicht so gerne einer »Parallelität von Weimarer Kulturleben und Weimarer Politik« (S. 158) das Wort reden. Natürlich gab es auch damals jene politischen Bedingtheiten, ohne die Kultur allemal nicht zu leben vermag. Aber die Weimarer Zeit macht klar, daß die Bildende Kunst damals, die Architektur, die Literatur aus neuem Nährboden schöpfte, in einem höchst natürlichen Sinne avantgardistisch war und ungeübt »moderne« Akzente setzte, von denen wir heute, siehe allein das Bauhaus, noch leben, während die Politik diese Hürde der notwendigen Annäherung an das Zeitgerechte kaum anließ, geschweige denn übersprang. Hier stand der ästhetische Funktionalismus einem immer hilfloser werdenden politischen Reaktionismus gegenüber, und die gutgemeinte sogenannte »Konservative Revolution«, wie man diese verquälte Geburt bezeichnenderweise nannte, hatte von der revolutionären Selbstsicherheit des Bauhauses so gut wie gar nichts. Daß »Berlin« ganz wesentlich zum Stichwort dieser umfassenden geistig-künstlerischen Revolution werden konnte, wird besonders mit dem zweiten Unterabschnitt des sechsten Kapitels (S. 168 ff.) deutlich: die Kultur der deutschen golden twenties wird im besonderen von den Städten und in erster Linie von Berlin getragen. Berlin weckte »in allen Menschen starke Emotionen«, und, so Heinrich Mann 1921, »die Zukunft Deutschlands wird heute an-

deutungsweise vorausgelebt in Berlin«. Ob wir von der Rolle der großen deutschen Städte in der Kultur der zwanziger Jahre einmal Überschaundes und Zusammenhängendes erfahren?

Stuttgart

Otto Borst

STEFAN FISCH, *Stadtplanung im 19. Jahrhundert. Das Beispiel München bis zur Ära Theodor Fischer, München/Wien: R. Oldenbourg 1988, XXII u. 329 S., DM 98,-.*

Die Geschichte des Städtebaus und der Stadtplanung wird von Historikern lieber den architektonisch ausgebildeten Experten überlassen, obwohl auch von ihrer Seite dieser Gegenstandsbe- reich schon des öfteren berücksichtigt wurde, wobei spezifisch historische Fragestellungen im Vordergrund standen. Der Autor der vorliegenden Studie, einer bei Thomas Nipperdey angefertigten Münchener Dissertation, hat in mustergültiger Weise eine Problemlösung gefunden, welche methodisch die historische Urbanisierungsforschung, die Planungsgeschichte und die Regionalgeschichte – in diesem Fall: Münchener Stadtgeschichte – geschickt miteinander verbindet. Demgemäß ist auch der Inhalt des Buches aufgebaut, und diese Konstruktion erlaubt eine konsequent fortschreitende Argumentation.

Nachdem Fisch im ersten Kapitel die strukturellen Bedingungen der Münchener Stadtentwicklung – Sozialstruktur, Kommunalverhältnisse und Baubedingungen – im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts analysiert und im zweiten die Grundprobleme der damaligen Stadtplanung dargelegt hat, beschäftigt er sich in den drei folgenden Kapiteln mit der Stadtplanung in München selbst, die er in drei Perioden unterteilt. Bis zur bayrischen Gemeindeordnung von 1869, welche die auf den Städten lastende Staatskuratel aufhob, wurde auch der Münchener Städtebau mehr von staatlicher (sprich: königlicher) als von kommunaler Initiative getragen. In den 70er und 80er Jahren setzte sich eine kommunale Stadtplanung durch, die nach der Choleraepidemie

von 1873 mehr stadthygienische als ästhetische Aspekte beachten mußte. Erst in den 90er Jahren konnte sich die Münchener Stadtplanung unter der Ägide Theodor Fischers, des Leiters des Stadterweiterungsbüros, voll entfalten.

Lehrreich sind besonders die Hinweise, die der Verfasser auf die neue Entwicklung der Stadtplanung gegen Ende des 19. Jahrhunderts (S. 137ff.) gibt, auf die Entstehung eines Bedarfs zur Stadtplanung und auf deren Vorarbeiten. Daß man eine Bestandsaufnahme machen, eine Statistik erstellen mußte, deren Daten realistisch in die Zukunft fortzuschreiben sind, war für die Stadtplanung jener Zeit eine völlig neue Erkenntnis. In Bayern – Fisch illustriert dies eindrucksvoll am Münchener Beispiel – hatte der Städtebau bis 1918 mit einem Handicap fertigzuwerden, das in anderen deutschen Staaten nicht bestand: Es fehlte den Planungsbehörden das Mittel der Enteignung. Das »Kunstkönigtum« der Wittelsbacher, vor allem Ludwigs I., versuchte, diesen Mangel dadurch auszugleichen, daß es die unter Staatskuratel stehende Stadt zu Grundabtretungen zwang. Der kommunalen Stadtplanung gelang es dann jedoch, mit Hilfe eines differenzierten Instrumentariums, die Klippen der Bodenbesitzverhältnisse erfolgreich zu umschiffen. Unter Fischer konnten gerade wegen dieser Voraussetzungen die Konzeptionen Camillo Sittes (»geschwungene Linien«) in die Tag umgesetzt werden.

Trotz mancher vorschneller Urteile, mit denen der Autor die wissenschaftliche Diskussion würzt, vermag dieses auch sprachlich sehr gelungene Buch voll zu überzeugen.

Münster/Dortmund Wolfgang R. Krabbe

ROSWITHA ROSINSKI, *Der Umgang mit der Geschichte beim Wiederaufbau des Prinzipalmarktes in Münster/Westf. nach dem Zweiten Weltkrieg (= Denkmalpflege und Forschung in Westfalen, Bd. 12)*, Bonn: Dr. Rudolf Habelt

Die alte Stadt 4/88

GmbH. 1987, 281 S., zahlreiche Fotos u. Pläne, DM 54,-.

In Anbetracht von unter ähnlichen Nachkriegsvoraussetzungen und daher begrenzten Perspektiven angetretenen Städten und im Hinblick auf manche städtebauliche Neuentwicklung der Folgezeit schneidet Münster, was den Wiederaufbau seiner Altstadt, insbesondere den Prinzipalmarkt als sein Inkunabel, angeht, vergleichsweise gut oder sehr gut ab. Dieses Urteil stützt sich vorwiegend auf die gelungene Wiederbelebung und die hier entstandene stadträumliche Atmosphäre. Identifikationswilligkeit von Nutzern und anhaltende ökonomische Erfolgsbilanz sind jedoch kein Beweis für die Vorexistenz einer wirklichen Auseinandersetzung um die Vermittlungsnotwendigkeiten und -möglichkeiten von Geschichte anhand gebauter und umgebauter Architektur. Jedoch ist inzwischen auch bei Denkmalpflegern der neue Prinzipalmarkt zu einem als solchen anerkannten Zeugnis der Nachkriegsgeschichte geworden. Die weitverbreitete Bewunderung seiner verfremdenden gestalterischen Rückwärtsorientiertheit und seine Inanspruchnahme als Zeugnis der Proto-Postmoderne werfen ein wenig schmeichelhaftes Licht auf gegenwärtige planerische Tendenzen.

Die vorliegende Arbeit von Roswitha Rosinski entstand in den Jahren 1981–84 als kunstwissenschaftliche Dissertation an der Universität Marburg. Sie leistet schon deshalb einen wichtigen Informationsbeitrag, als der Forschungsstand in der Architektur der Wiederaufbauphase der BRD noch große Lücken aufweist und damit zu Vorurteilen, Vereinfachungen und Verfälschungen verleitet, überdies – wie auch im Falle Münsters – in nur geringem Maße um wirkliche Analyse bemüht war. Diese wird hier ausdrücklich vorgenommen, nicht als Selbstzweck, sondern in Beziehungen zu den gesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen wie deren Veränderungen und unter Darstellung der Bewußtseinslage von Bezugsgruppen, wobei zum einen die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit und Gegenwart, zum anderen auch die Auswirkungen der Wiederaufbau-Architektur beleuchtet werden. Diese Tatsache und die Un-

tersuchung des im Zeitraum 1945–61 geplanten und realisierten Marktensembles lassen im Gegensatz zu derjenigen von Einzelobjekten Ergebnisse von allgemeiner Aussagekraft erwarten.

Die Arbeit gliedert sich in vier Hauptkapitel, die sich mit der Entstehungsgeschichte der Wiederaufbauplanung und ihren Alternativen, der Planung selbst, dem Wiederaufbau der Fassaden und Aspekten des neuen Prinzipalmarktes befassen. In einem sich anschließenden Exkurs wird die Entwicklungsgeschichte von Markt und Architektur bis zum Zweiten Weltkrieg bewertend behandelt. Dies mit dem Ergebnis, daß der schrittweise Zuwachs an gestalterischer Vielfalt und Geschichtlichkeit bis zum Zweiten Weltkrieg, der durch ihn bedingte fast totale Verlust wie die nochmalige Reduktion von Substanz und Aussage beim Wiederaufbau deutlich werden.

Gut die Hälfte der Publikation nimmt ein reich bebildeter Gebäudekatalog ein, der auf der 1934 veröffentlichten Inventarisierung von Max Geisberg fußt, der um den Bestand der dort noch fehlenden Bauten des 19. Jahrhunderts ergänzt worden ist, ihn beschreibt und wertet und den jeweiligen Zerstörungsgrad, die wesentlichsten seitherigen Entwurfsphasen und den Ausführungszustand der Fassade wiedergibt.

Die überkommenen Grundrisse wurden nun im Falle des Rathauses und Stadtweinhauses berücksichtigt, ansonsten alle inneren Gebäudestrukturen weitgehend neu konzipiert, ging es doch damals um den ausschließlichen »Rückgewinn« der Fassadengestalt, wobei Münster gegenüber Städten wie Nürnberg und Freiburg, die lediglich ihren Stadtgrundriß, Gebäudevolumina und -strukturen aufgriffen, einen Schritt weiterging. Das hierbei entstehende Restunbehagen wurde durch Emotionen verdrängt: Sehnsucht nach Vertrautem, nach Vergessen der Kriegsgeschehnisse und des Zusammenbruchs, nach materieller Existenzsicherung gewannen die Oberhand. Dabei hätte man nach der 91%igen Zerstörung der Altstadt durchaus die Möglichkeit eines Neubeginns gehabt wie in Rotterdam oder denjenigen einer Rekonstruktion des Vorkriegszustandes wie in Warschau. Der schließlich gewählte Kompromiß erklärt sich als Ergebnis eines Interessenkonglomerats, bei dem radikale

Neulösungen wegen einer nicht gewollten Bodenneuordnung und der bestehenden Planungs- und Personalkontinuität nie ernsthaft zur Diskussion standen. Er schien der praktikabelste Weg und wurde zudem moralisch durch eine nach 1945 propagierte »Armutstrategie« gestützt.

Mit Bedauern wird es der Denkmalpfleger – wie seine münsteraner Kollegen von damals – zur Kenntnis nehmen, daß Architekt Heinrich Bartmann mit seiner Auffassung auf verlorenem Posten kämpfte, wonach die erhaltenen Gebäude denkmalpflegerische Priorität besäßen, Fragmente zerstörter Bauten in die Aufbauplanung einzubeziehen seien, bei Rekonstruktionen Originalgetreue zu wahren sei und Zubauten in moderner Form zu erfolgen hätten. Wären doch auf diese Weise geschichtliche Kontinuität wie die Auswirkungen des Zweiten Weltkrieges architektonisch verdeutlicht worden! Stattdessen setzte sich die selbstbewußte Auffassung von Edmund Scharf, dem Leiter des städtischen Baupflegeamtes, und von Architekt Hans Ostermann durch, sich von den Vorgaben historischer Bausubstanz zu lösen, ein eigenes Konzept mit einem »Hauch von Geschichte« zur Schaffung einer vertraut wirkenden Atmosphäre zu realisieren, wobei es hier in erster Linie um Repräsentation der Kaufmannschaft ging, dies in krassem Gegensatz zur herrschenden Wohnungsnot der unteren Bevölkerungsschichten!

Die Vielfalt in der Geschlossenheit wurde zugunsten einer Maßangleichung und Dekorationsvereinfachung reduziert. Unterschiede beruhen auf gestalterischen Anknüpfungen an die ehemalige Architektur, wobei die Autorin zwei – noch einmal in sich differenzierte – Hauptgruppen herausarbeitet, die »konkret-historischen Varianten« und die im wesentlichen Fassadenneulösungen, bei denen der Bezug zur Geschichte nur partieller oder willkürlicher Art ist.

Innerhalb der Hierarchie des Platzes und als Denkmäler nahmen Rathaus und Stadtweinhaus eine Sonderstellung ein, die ihnen heute nur noch uneingeschränkt in erstgenannter Hinsicht zukommt. Ausnahme in zweitgenannter bildet die während des Kriegs ausgelagerte Inneneinrichtung des Friedenssaals. Was die Fassade des Rat-

Die alte Stadt 4/88

hauses angeht, setzt sich eine frei nachempfundenen Kopie ihrer Vorgängerin, z. T. unter Orientierung an gotischen Detailformen des Regensburger Domes durch. Überdies erfolgen »Korrekturen«, so ihre Anhebung um einen halben Meter. Das Programm ihres Figureschmuckes bleibt weitgehend auf der Strecke, wobei man sich des Arguments einer pauschalen Abqualifizierung der Rathauswiederherstellung des 19. Jahrhunderts bedient. Um so verwunderlicher, daß die Gesamtmaßnahme von der treibenden Kraft der Kaufmannschaft als »Gemeinschaftsaufgabe zur Rettung städtischer Geschichte« und nach Abschluß der Arbeiten als bedeutendes wiedergewonnenes Stück Heimat dargestellt wird! Unstrittig jedoch ist sie Symbol des Wiederaufbauwillens und ideologischer Gewinn für die Kaufmannschaft, gewissermaßen ihr ständisches Wahrzeichen.

Beim Stadtweinhaus wird mit einer Teilkopie ökonomischen Forderungen nachgegeben. Die ursprünglich sich in zwei Eingängen manifestierende Doppelfunktion von Waage und Weinhaus weicht der vereinheitlichenden und verändernden Gestaltung eines Ladengeschäftes. Hier zeigt sich exemplarisch, daß die Zurücknahme individueller Merkmale zwar die Nutzbarkeit verbessern kann, andererseits aber die Frage einer wenigstens »optischen Authentizität« verleugnet. Ergebnis ist ein fiktiver Urzustand. Auch die dünne, handwerklich wirken sollende Sandsteinplattenverkleidung der tragenden Backsteinwände mit einbezogenen Betonträgern verdeutlicht derartige Absichten. Das Original als Dokument und Maßstab spielt eine wenig beachtete Rolle, Bauforschung wurde kaum oder gar nicht betrieben.

Rosinski weist nach, daß bereits um 1900, d. h. rund 50 Jahre vorher, in Münster ein Trend zur Schaffung des Bildes einer geschichtlichen Stadt existierte, der zu einer Aufwertung von Unbedeutenderem und damit zu einer Teilnivellierung führte. Auch hatte dieser die Entwertung historischer Prozesse zur Folge. Die Suggestion scheinbar bruchloser Tradition konserviert Heimatgefühl, ist aber auch Ausdruck eines Verdrängungsprozesses. Die Steinverkleidung der Fassaden steht für Dauerhaftigkeit und Unzer-

störbarkeit, erweckt den Eindruck ungebrochener bürgerlicher Stadtkultur. (Auch heute hat sich wieder die Prosperität signalisierende Giebellandschaft zum fast festen Bestandteil städtischen Gestaltens etabliert.) Architektonische Vereinheitlichung und Vereinfachung waren wirtschaftlich begründet, dienten z. T. der Akzentsteigerung, waren Ausdruck einer damals für modern gehaltenen Auffassung. Man kann ihr auch einen positiven Aspekt abgewinnen, ist sie doch Ausdruck stadtgestalterischer Aneignung. Doch hier drängen sich Fragen und Bedenken auf. Zwar konnten frühere Stimmungswerte wiedergewonnen werden, der Prinzipalmarkt ist werbewirksames regionales Wahrzeichen und kommunalpolitisches Erfolgserlebnis, aber auch Ausdruck der Geringschätzung historischer Bausubstanz wobei die »Vergegenwärtigung« des Verlustes gestalterisch-selektiv erfolgte.

Die Akzeptanz des Marktes wie generell historisierender Architektur und Stadtgestaltung scheinen tatsächlich – wie von Jürgen Paul dargestellt – deswegen heute eine Selbstverständlichkeit anstreben, keine Identität von Bau- und Lebensweise. Dieses Verhalten ist – man mag dies bedauern und darüber nachdenken – Spiegelbild auch (und noch!) unseres heutigen (un)geschichtlichen und gesellschaftlichen Zustandes, letztlich war es aber auch Veranlassung für die Positionsänderung der Denkmalpflege in den 70er Jahren, sich nun intensiver und kompromißloser um den Erhalt des Originals und die bisher vernachlässigten bescheideneren Denkmäler zu bemühen.

Das Buch von Roswitha Rosinski ist nicht anklagend, sondern sachlich und weitgehend prägnant geschrieben, enthält darüber hinaus zahlreiche erfreulich kurze, die jeweilige Position auf den Punkt bringende Zitate, erklärt Zusammenhänge, Alternativpositionen, warum was wie und durch welche Interessen und Interessenten geworden ist und sich möglicherweise entwickeln kann.

Es gibt dem Stadtplaner wie dem Architekten Einblick in die Andersartigkeit und Notwendigkeit der denkmalpflegerischen Aufgaben, deren Zeitgebundenheit und die sich durch sie und mit ihr stellenden, heute keineswegs einfacher ge-

wordenen Probleme, fördert Nachdenklichkeit wie Kooperationsbereitschaft, dient der Relativierung der eigenen Position, ist aber auch eine wichtige und übersichtliche Informationsquelle für denjenigen, der sich mit dem Städtebau – nicht nur – der frühen Nachkriegszeit, aber auch ihrer Architektur und deren Leitbildern und Einflüssen, so dem des Gebrauchsdesigns, befaßt.

Über die Facettierungen und damit den Umfang als solcher einzuordnender expressionistischer Architektur kann man anhand des vorgelegten Materials sicher anderer Meinung sein. Die Abbildungsbelege für Designeinflüsse auf Architektur scheinen mir mitunter allzu üppig geraten und im Anschluß an die Katalogbeispiele dessen Zusammenhang störend. Doch diese Bemerkungen sollen die Aussage dieser wichtigen und in vielem beispielgebenden Arbeit in keiner Weise schmälern!

Kaiserslautern

Hartmut Hofrichter

HARTMUT PROBST / CHRISTIAN SCHÄDLICH, *Walter Gropius, Berlin: Ernst & Sohn 1986/87, Bd. 1: Der Architekt und Theoretiker, 229 S., 482 Abb., DM 78,-; Bd. 2: Der Architekt und Pädagoge, 231 S., 330 Abb., DM 62,-; Bd. 3: Ausgewählte Schriften, 212 S., 107 Abb., DM 62,-.*

Der 100. Geburtstag verschafft derzeit vielen Heroen der modernen Architektur die Ehre großer Ausstellungen, Kolloquien und neuer Monografien. Auch bei Walter Gropius schien die Zeit reif für eine neue Sicht seiner Person und seines Werks, wie die Arbeiten von Winfried Nerdinger, Karin Wilhelm und Reginald Isaacs zeigen, wenn es auch nicht zu einem solchen revival kam, wie es um Mies van der Rohe veranstaltet wurde.

Bislang war die Forschung zudem durch den Umstand erschwert, daß der Zugang zum Nachlaß, den die Harvard Universität in Cambridge/Massachusetts besitzt, bis zum Erscheinen der

Arbeit Isaacs' anderen Historikern verwehrt war.

Aus der DDR kommt nun ein breit angelegtes monographisches Werk, das sich zum Ziel gesetzt hat, die Grundlagen für weitere Forschungsansätze zu bereiten. Als Herausgeber firmiert die Sektion Architektur der Hochschule für Architektur und Bauwesen in Weimar, die sich als Nachfolgeinstitution des Bauhauses versteht. Die Autoren sind Hartmut Probst und Christian Schädlich, letzterer Leiter des Wissenschaftsbereichs Baugeschichte und Architekturtheorie und lange Jahre mit der Erforschung des Bauhauses und insbesondere der Arbeit des Bauhausgründers Gropius befaßt.

Der erste Band macht mit der Person Walter Gropius bekannt, versucht durch Aufsätze von Schädlich und Nerdinger sein Werk in die Architektur des 20. Jahrhunderts einzuordnen. Schädlich bedient sich dabei einer ungewöhnlichen Form, nämlich des »fingierten Interviews«, indem er verschiedenste von Gropius überlieferte und belegte Äußerungen durch kluge Überleitungen und Fragestellungen zu einem fiktiven Gespräch zusammenfaßt, eine durchaus anfechtbare, doch didaktisch sehr geschickte und effektive Methode.

Im zweiten Band gibt Michael Siebenbrodt eine knappe Darstellung der pädagogischen Tätigkeit Gropius' in Weimar, Dessau und Harvard. Herzstück der Publikation ist jedoch das auf beide Bände verteilte, von Hartmut Probst, einem Mitarbeiter Schädlichs in Weimar, bearbeitete Werkverzeichnis, in dem 217 Objekte, geordnet nach Bauaufgaben, in Wort und Bild dokumentiert werden. Manche Nummern sind freilich nur sehr wortkarg und ohne Abbildung aufgelistet und werden dem Anspruch der Publikation nicht gerecht. So hätte zum Beispiel mindestens eine Abbildung des Wettbewerbsentwurfs zur Neugestaltung des Frankfurter Römerbergs Interesse gefunden. Manche Objekte (Altersheim Alfeld an der Leine, Projekt 1925) müssen ohne jede weitere Angabe auskommen. Ohne weiterführende Hinweise, Quellen- oder Literaturangaben sind sie jedoch nicht auffindbar, ein schwerwiegendes Manko. Werkverzeichnisse, das hat sich mittlerweile als Standard eingebür-

gert, listen immer auch die Publikationen der Objekte auf.

Ein dritter Band mit der Edition ausgewählter Schriften schließt die Monografie ab und ergänzt die Arbeiten von Isaacs, Wilhelm, Nerdinger, aber auch ältere Schriften von Argan, Hüter oder Giedion. Er bringt 44 Aufsätze und Reden aus der Zeit von 1920 bis 1964, in denen sich der Architekt theoretisch, programmatisch oder kritisch zu Ideen oder Problemen der Architektur äußert. Da kann man etwa nachlesen, wie sich das Verhältnis des Architekten zur Baugeschichte über die Jahrzehnte gewandelt hat: »to-

tes, assimiliertes Wissen« war es für ihn in der Bauhauszeit; »lebhaftes Sympathie« brachte er der Kunstgeschichte 1964 entgegen und empfahl deren Studium zumindest den gefestigteren Studenten höherer Semester.

Probst und Schädlich lassen Gropius und sein Werk selbst zu Wort kommen, unterbreiten authentisches Material, das bei den Biographen verständlicherweise zu kurz kommt, oft auch einseitigen Wertungen zum Opfer fällt.

Berlin

Falk Jaeger

Wie recht hatte Rathenau, als er (schon während des Krieges) von der kommenden Verarmung Deutschlands sprechend den Einwand nicht gelten lassen wollte: es gebe auch einen Stil der Einfachheit. »Wir werden nur das Häßliche der Armut zu sehen bekommen, die Teppiche in den Gasthäusern werden abgetreten und nicht erneuert, die Decken werden schwarz und nicht mehr aufgefrischt usw.« Da ist es dann auch mit der Stimmung der alten deutschen Städte bald vorbei. Immerhin, eine Schlachtschüssel im »Bischofshof« mit einem Krug Bier schmeckte vortrefflich.«

(Heinrich Wölfflin nach der Rückkehr von einer Vortragsreise nach Regensburg, in München am 9. Dezember 1922, in: Autobiographie. Tagebücher und Briefe [1982], S. 359 f.)

Kohlhammer



Peter Dormer
Die neuen Möbel
Internationale Trends und ihre Traditionen
1987. 208 Seiten mit 200 Abbildungen,
davon 75 in Farbe. Format 22 x 25,4 cm
Leinen im Schuber DM 118,-
ISBN 3-17-009798-9

Isa Vercelloni
Wohnstil und Wohnideen
Das Beste aus CASA VOGUE
Aus dem Englischen übersetzt von
Liselotte Mickel
1985. 224 Seiten mit 306 Farbtafeln
Format 25 x 30 cm
Leinen im Schuber DM 118,-
ISBN 3-17-008916-1

Verena Dietrich
Architektinnen
Ideen, Projekte, Bauten
1986. 196 Seiten mit 916 Abbildungen,
davon 216 in Farbe. Kart. DM 59,-
ISBN 3-17-009336-3



Jörg Kurt Grütter
Ästhetik der Architektur
Grundlagen der Architektur-Wahrnehmung
1987. 258 Seiten mit 448 Abbildungen,
davon 32 in Farbe. Kart. DM 79,-
ISBN 3-17-009394-0

Selim O. Chan-Magomedow
Pioniere der sowjetischen Architektur
Der Weg zur neuen sowjetischen
Architektur in den zwanziger und zu Beginn
der dreißiger Jahre
Unveränd. Nachdruck der 1. Aufl. von 1986
618 Seiten mit 1544 Abbildungen
Format 24 x 27 cm
Leinen im Schuber ca. DM 118,-
ISBN 3-17-009230-8
Vertrieb der Originalausgabe des Verlags
der Kunst, Dresden

Helge und Margret Bofinger
Junge Architekten in Europa
mit einem Vorwort von Philip Johnson
1983. 188 Seiten mit 1197 Abbildungen,
davon 327 in Farbe. Kart. DM 59,-
ISBN 3-17-007713-9

